

# Sozialismus ohne Wachstum und Technologie? Die Linke in der Schweiz und die Umweltfrage 1968–1990.

## Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades  
Doctor philosophiae (Dr. phil.)

Historisches Institut  
Philosophisch-historische Fakultät  
Universität Bern

Oliver Wyss, 14. August 1977

Gutachter: 1. Frau Prof. Dr. Brigitte Studer  
2. Herr Prof. Dr. Damir Skenderovic

eingereicht: 1. November 2013

Promotionsdatum: 14. März 2014

Originaldokument gespeichert auf dem Webserver der Universitätsbibliothek Bern



Dieses Werk ist unter einem

Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 2.5  
Schweiz Lizenzvertrag lizenziert. Um die Lizenz anzusehen, gehen Sie bitte zu  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/> oder schicken Sie einen Brief an Creative  
Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California 94105, USA.

## Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Dokument steht unter einer Lizenz der Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 2.5 Schweiz.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/>

1 **Sie dürfen:**



dieses Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen

2 **Zu den folgenden Bedingungen:**



**Namensnennung.** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).



**Keine kommerzielle Nutzung.** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.



**Keine Bearbeitung.** Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

Eine ausführliche Fassung des Lizenzvertrags befindet sich unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/legalcode.de>

***„Faktisch gibt es ja in der Geschichte nichts, was nicht in der einen oder anderen Weise dem menschlichen Fortschritt dient, aber oft auf einem ungeheuren Umweg.“***

Friedrich Engels, Brief an Nikolai Franzewitsch Danielson (vom 18.6.1892), MEW 38, S. 363-368, hier S. 363.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>4</b>
1.1	Die Linke und die ökologische Fortschrittskritik	4
1.2	Zentrale Begriffe und Akteure	6
1.3	Fragestellung und Erkenntnisinteresse	15
1.4	Forschungsstand	16
1.5	Theoretisch-methodischer Zugriff und Quellen	26
1.6	Aufbau der Arbeit	33
<b>2</b>	<b>DER WIRTSCHAFTSWACHSTUMSDISKURS</b> .....	<b>36</b>
2.1	Die Wachstumseuphorie	36
2.1.1	Die PdAS: Die totale Ökonomisierung der Natur .....	36
2.1.2	Die SPS: Fortschritt als Wachstum.....	42
2.1.3	Die Neue Linke: Erneuerung des sozialistischen Fortschritts.....	51
2.2	Der Wachstumsschock	55
2.2.1	Die Entdeckung der ‚Grenzen des Wachstums‘ um 1970 .....	55
2.2.2	Die traditionelle Linke: Die Erschütterung der Zukunftsgewissheit .....	59
2.2.3	Die Neue Linke: Zurück zur Natur? .....	64
2.3	Das Nullwachstum	69
2.3.1	Wider das Leitbild der Stabilisierung.....	69
2.3.2	Der Bruch mit der Wachstumseuphorie .....	73
2.3.3	Das Verstummen der Wachstumsgegner .....	78
2.4	Der Ökosozialismus	84
2.4.1	Die Verbindung von Sozialismus und Ökologie .....	84
2.4.2	Die Bestandteile der ökosozialistischen Vorstellungswelt .....	88
2.4.3	Marx und Engels – ökosozialistische Vordenker?.....	94
2.4.4	Ökosozialistische Prämissen – Funktion und Kritik.....	97
2.5	Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie?	102
2.5.1	Die traditionelle Linke: Der Abschied vom quantitativen Wachstumsideal.....	102
2.5.2	Die POCH: Der Bruch mit der wachstumsgetriebenen Moderne.....	111
2.5.3	Die SPS: Die Entdeckung der ökologischen Heilungskräfte des Marktes .....	117

<b>3</b>	<b>DER ATOMENERGIEDISKURS.....</b>	<b>123</b>
<b>3.1</b>	<b>Im Banne des Atomzeitalters</b>	<b>123</b>
3.1.1	Der Anbruch der atomaren Ära nach dem Zweiten Weltkrieg .....	123
3.1.2	PdAS: Das Atomzeitalter als „Zeitalter des Kommunismus“ .....	127
3.1.3	SPS: Die Nutzbarmachung der Atomenergie als „Lebensnotwendigkeit“ .....	133
3.1.4	Das Atomzeitalter als gesellschaftsübergreifende Fortschrittsutopie.....	140
<b>3.2</b>	<b>Die Genese des Anti-AKW-Diskurses</b>	<b>143</b>
3.2.1	Der kulturkritisch-reaktionäre Anti-AKW-Diskurs der 1950er und 1960er Jahre ..	143
3.2.2	Der gemässigt-juristische Anti-AKW-Diskurs 1969–1972/73.....	151
3.2.3	Der politisch-weltanschauliche Anti-AKW-Diskurs ab 1972/73.....	158
<b>3.3</b>	<b>Die Positionen im politisch-weltanschaulichen Anti-AKW-Diskurs</b>	<b>169</b>
3.3.1	Die antikapitalistische Kritik an der Atomenergie .....	169
3.3.2	Die Diskussion der freiheitsfeindlichen Dimension der Atomenergie.....	180
3.3.3	Ökologische Leitbilder vs. Fortschrittsversprechen der Atomenergie .....	193
<b>4</b>	<b>BILANZ UND SCHLUSSWORT.....</b>	<b>216</b>
<b>5</b>	<b>BIBLIOGRAFIE.....</b>	<b>230</b>
<b>5.1</b>	<b>Quellen</b>	<b>230</b>
5.1.1	Ungedruckte Quellen.....	230
5.1.2	Gedruckte Quellen .....	231
<b>5.2</b>	<b>Darstellungen</b>	<b>235</b>

## Abkürzungsverzeichnis

Atel	Aare Tessin AG für Elektrizität
BKW	Bernische Kraftwerke AG
BUSIPO	Bundessicherheitspolizei
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke AG
ENUSA	Energie Nucléaire S.A.
EOS	Energie de l'Ouest-Suisse
GAGAK	Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst
GAK	Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst
GPS	Grüne Partei der Schweiz
IMP	Interkantonale Mobile Polizei
IPZ	Institut für Politologische Zeitfragen
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
NAK	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk
NGA	Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnologie
NOK	Nordostschweizerische Kraftwerk AG
NWA	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke
PdAS	Partei der Arbeit der Schweiz
PLM	Progressive Lehrlinge und Mittelschüler
POB	Progressive Organisationen Basel
POCH	Progressive Organisationen Schweiz
PSA	Partito Socialista Autonomo
PSB	Progressive Studentenschaft Basel
RML	Revolutionäre Marxistische Liga (ab September 1980 SAP)
SAD	Schweizerische Aufklärungsdienst
SAG	Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (vor September 1980 RML)
SBF	Schweizerische Bewegung für den Frieden
SBgaA	Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung
SBN	Schweizerischer Bund für Naturschutz
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
WSL	Weltbund zum Schutz des Lebens
WWF	World Wildlife Fund

---

## 3 Einleitung

### 3.1 Die Linke und die ökologische Fortschrittskritik

„Für uns war 100 Jahre lang klar: Ohne technologisch-industrielles Wachstum ist kein sozialer Fortschritt möglich. Entsprechend haben wir im Verein mit der Gewerkschaftsbewegung den Grundsatz ‚Wachstum um jeden Preis‘ mitgefördert und mitvertreten. Heute, angesichts der Verwüstung unserer Umwelt, der Zerstörung der Natur und deren Folgen für unser aller Zusammenleben, sind wir zu neuem und differenziertem politischen Denken auch dem Wachstumsproblem gegenüber gezwungen.“

SPS (Hg.), Programmrevision: Ein Programm-Vorentwurf und Materialien für die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Bern 1981, S. 35.

Im einzigartigen wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit glaubte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), das historische Geschehen in naher Zukunft an sein politisches Ziel führen zu können. „Unsere Gesellschaftsordnung“ – so erklärte sie in ihrem Parteiprogramm von 1959 – „befindet sich, geschichtlich betrachtet, im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.“<sup>1</sup> Und Alt-Bundesrat Max Weber meinte zu den sozialistischen Errungenschaften seiner Zeit: „Ja, wir haben es erreicht. Wir wollen die Gloriole nicht ändern überlassen.“<sup>2</sup> Tatsächlich: Was die SPS mit dem Sozialismus ehemals versprochen hatte, hat die Entfaltung von Wirtschaft und Technologie nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu erfüllt. Die Produktivität nahm zu, die Löhne stiegen. Konsumgüter – Radios, Waschmaschinen, Staubsauger, Telefone – wurden massenhaft produziert. So setzte jener Wohlstand ein, den die politische Arbeiterbewegung während Jahrzehnten angestrebt hatte. Mehr als das: Die Hochkonjunktur führte dabei nicht nur zu breitem materiellen Besitztum, sondern ebenso zu mehr Freizeit, mehr Urlaub, besseren Wohnsituationen und Bildungschancen. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Prosperität wurde die soziale Sicherheit ausgebaut. Der ‚Lohnsklave‘ von ehemals war zum geschätzten Mitarbeiter und Bürger aufgestiegen. Die Sozialdemokratie hatte somit gute Gründe, mit sich und den gegenwärtigen Erfolgen zufrieden zu sein, und die Zukunft schien weitere positive Entwicklungen bereitzuhalten. Der Ausbau der Nationalstrassen löste einen zusätzlichen Wachstumsschub aus. In technologischer Hinsicht sollte die Nutzung der Atomkraft alsbald eine weitere Epochenwende einleiten. Es bestand kein Zweifel daran, dass diese Dynamik den rechten Weg in die Zukunft weisen würde.

---

<sup>1</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, angenommen durch den Parteitag vom 27. und 28. Juni 1959 in Winterthur, Zürich 1959, S. 20.

---

Ein gutes Jahrzehnt später sah die SPS erneut das Ende der Geschichte nahen – diesmal allerdings in einem apokalyptischen Szenario. „Es geht“ – so beschwor der Schriftsteller Max Frisch am Sonderparteitag 1971 – „um unser Überleben in einem veränderten Zeitalter.“<sup>3</sup> Günter Grass ergänzte als Gastredner, dass die Bürger demnächst an „den Absonderungen ihres Wohlstandes“ ersticken könnten.<sup>4</sup> Im Manifest jenes Parteitages hielt die SPS fest: „Die Umweltgefahr ist kein Schlagwort, sondern bittere Wirklichkeit. Gegen sie ist jede Armee machtlos. Zu lange ist sie übersehen worden. Zu lange wurde Wirtschaftswachstum, wurden jährliche Rekordumsätze und -gewinne wie Götzen verehrt. [...] Resultat: Auf der einen Seite die florierende Wirtschaft, auf der andern verfaulte Flüsse und Seen, verschmutzte und vergiftete Luft und eine bedrohliche Lärmlawine.“<sup>5</sup> Eindringlich mahnende Worte wie diese waren Ausdruck einer Krisenstimmung, die zu Beginn der 1970er Jahre weite Teile der Gesellschaft erfasste. Die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt hatte sich binnen kürzester Zeit grundlegend gewandelt. Begriffe wie Natur und Ökologie waren in aller Munde, unzählige kleinere und größere Umweltorganisationen wurden gegründet. In der ganzen Schweiz machten sich Menschen zu ‚Bachputzeten‘, Uferreinigungen oder Entrümpelungsaktionen auf oder suchten in unberührten Landstrichen nach einem neuen Umgang mit der Natur. So entfaltete das beginnende ökologische Zeitalter eine Dramatik, die in ihrer Breite und Vielfalt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens unberührt liess.

Die ökologische Zäsur hatte den in der Hochkonjunktur quasi zur Gewissheit erstarkten Glauben – die Geschichte der Menschheit vollziehe sich als unaufhaltsamer Prozess zum Besseren – in seinen Grundfesten erschüttert. Das Fortschrittsdenken wurde mit einem Mal massiv in Frage gestellt, in apokalyptischen Visionen sogar in sein Gegenteil verkehrt. Was einst das Versprechen einer glänzenden Zukunft einzulösen schien, drohte aus der ökologischen Perspektive die Belastungsgrenzen der Biosphäre zu überschreiten. So wurde die Haltung zu Technologie, Industrie und Wirtschaftswachstum zur Schlüsselfrage eines neuen Umweltdiskurses, welcher den Rahmen bisheriger Fortschrittskritik sprengte. Die Modernisierung – und mit ihr die technoökonomische Rationalität – musste nun aus einem ökologischen Blickwinkel neu überdacht werden.

---

<sup>2</sup> Max Weber, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1959 im Volkshaus Winterthur, Schaffhausen 1959, S. 181-184, hier S. 183, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>3</sup> Max Frisch, So wie jetzt, geht es nicht (Vorwort), in: SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 3-5, hier S. 3.

<sup>4</sup> Günter Grass, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 15.5.1971 in Fribourg, S. 70-73, hier S. 73, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>5</sup> SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 7-8.



Von der ökologischen Fortschrittskrise besonders betroffen war der Zukunftsoptimismus des sozialistischen linken Spektrums. Die Gruppierungen der Linken – neben der SPS auch die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) und die Organisationen der Neuen Linken – verstanden sich selbst als ‚progressiv‘ und glaubten, einzig über die Modernisierung die Utopie einer besseren Zukunft realisieren zu können. In ihrer traditionellen Ideologie war die technoökonomische Entfaltung untrennbar mit dem soziopolitischen Fortschritt verknüpft. So verstanden die Linksparteien den Industrialisierungsprozess – und genau dieser war durch den ökologischen Umbruch ja in die Kritik geraten – als unverzichtbaren Motor der historischen Progressivität. Das ökologische Krisenbewusstsein kollidierte frontal mit dem Zukunftsmodell dieser klassischen Fortschrittsfraktion. Plötzlich war alles unter Verdacht geraten, was der Linken als Garanten des gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsprozesses gegolten hatte.

Wie gestalteten die untersuchten Parteien die Neubewertung der vermeintlichen Grundlage jeglichen sozio-ökonomischen Fortschritts – der technoindustriellen Entfaltung – angesichts der ökologischen Herausforderung? Gab es aus linker Sicht einen Sozialismus ohne Wachstum und Technologie? Und welche Form nahm die linke Fortschrittskritik an? Antworten gibt es. Die politische Linke – ehemals ohne Sinn für den traditionellen Naturschutz – nahm sich des Umweltthemas an. Die traditionelle Linke löste sich sowohl vom ökonomisch-utilitaristischen Naturverständnis als auch von der Atomenergie. Und die Neue Linke, die Progressiven Organisationen Schweiz (POCH) wie die Revolutionäre Marxistische Liga (RML), bewegte sich in Richtung der Grünen. 1990 jedenfalls hatten sich die hiesigen Linksparteien von der Formel ‚Fortschritt ist industrielles Wachstum plus technologische Entfaltung‘ längst verabschiedet. Wie im Zuge eines Lernprozesses traditionelle Denkmuster ökologisch aufgebrochen wurden, davon handelt diese Arbeit.

### 3.2 Zentrale Begriffe und Akteure

In diesem Unterkapitel werden zum einen zentrale Aspekte der Themen Fortschritt und Fortschrittskritik geklärt. Abgrenzungen und Präzisierungen sind unerlässlich, weil vieldeutige Begriffe wie Fortschritt, Umwelt oder Ökologie historisch unterschiedlich ausgeformt sind und wenig konsistent verwendet werden. Zum anderen werden mit der SPS, der PdAS, der RML und den POCH jene Akteure näher vorgestellt, die in der Studie den Kreis der Linken konstituieren.

In einem allgemeinen Begriffsverständnis wird mit Fortschritt die positive Bewertung einer bestimmten Veränderung ausgedrückt.<sup>6</sup> Ob im Bereich von Wirtschaft, Technologie, Politik

---

<sup>6</sup> Zu den Arbeitsdefinitionen um den Themenkreis des Fortschritts vgl. Ruedi Brassel-Moser, Fortschritt, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 5.8.2010, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17451.php>;

oder Gesellschaft: Stets wird mit dem Begriff des Fortschritts eine Entwicklung zum Besseren assoziiert, im Sinne von Zunahme, Weiterentwicklung, Wachstum oder Vorwärtskommen. Vom allgemeinen Sprachgebrauch ist der philosophisch orientierte Fortschrittsbegriff der Aufklärung zu unterscheiden.<sup>7</sup> Nach geschichtsphilosophischem Verständnis beansprucht die Fortschrittsthese, ein Urteil über das gesamte zeitliche Geschehen zu fällen: Die Zukunft bietet gegenüber Vergangenheit und Gegenwart eine qualitative Steigerung. Da der Ablauf der Zeit stets diese qualitative Richtung einhält, kommt die Menschheit einem vollkommenen und glücklichen Zustand immer näher. Anfänglich hatten jedoch nicht die Entwicklung von Wirtschaft und Technologie, sondern humanistisch-idealistische Werte die Basis eines solchen Fortschrittsglaubens gebildet. Erst unter dem Einfluss des aufsteigenden Bürgertums rückte im 19. Jahrhundert der industrielle Transformationsprozess ins Zentrum der Fortschrittsthese.<sup>8</sup> Der technoökonomische Ausbau und die dadurch ermöglichte Naturbeherrschung wurden zu den wesentlichen Vervollkommnungsfaktoren und Fortschritt von einem Leitmotiv der Aufklärung zum Schlüsselbegriff der Industrialisierung.

Unter Industrialisierung wird in dieser Arbeit der tiefgreifende Wandlungsprozess von ehemals agrarischen hin zu technisch-maschinellen Produktionsformen verstanden. Zwar ist die Entwicklung der industriellen Produktionsweise eng mit der des Kapitalismus verbunden, in der vorliegenden Arbeit wird dieser Terminus aber nicht als Synonym für die Industriegesellschaft verwendet. Gemeint ist vielmehr eine Wirtschaftsform, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht und durch Marktprozesse gesteuert ist. Ist in dieser Arbeit vom Wirtschaftswachstum die Rede, geschieht dies stets im volkswirtschaftlichen Bedeutungszusammenhang. So zielt dieser Begriff auf die Leistungsentwicklung der Gesamtwirtschaft ab, als der Summe der produzierten Waren und Dienstleistungen. Die Industriegesellschaft insti-

---

Béatrice Veyrassat, Industrialisierung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 27.1.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13824.php>; François Höpflinger, Industriegesellschaft, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 13.6.2012, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D25614.php>; Jakob Tanner, Kapitalismus, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 1.6.2012, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D15982.php>; Philipp von Cranach, Wirtschaftswachstum, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 17.2.2004, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13821.php>; Thomas Perret, Technischer Fortschritt, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 22.8.2012, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13843.php>; Urs Hafner, Modernisierung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 10.11.2009, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D15997.php>.

<sup>7</sup> Zur Geschichte der Fortschrittsidee vgl. Reinhart Koselleck, Fortschritt, in: Reinhart Koselleck et al. (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 2, Stuttgart 1975, S. 351-423; Joachim Ritter, Fortschritt, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 2, Basel 1972, Spalte 1032-1059; Friedrich Rapp, Fortschritt. Entwicklung und Sinngehalt einer philosophischen Idee, Darmstadt 1992; Maja Svilar (Hg.), *Was ist Fortschritt?*, Bern 1979; Rudolf W. Meyer (Hg.), *Das Problem des Fortschrittes – heute*, Darmstadt 1969.

<sup>8</sup> Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*, München 1984, S. 30-41.

tionalisierte mit ihrer ökonomischen Dynamik das Akkumulationsgesetz, und das Wachstumsprinzip wurde rasch zu einem zentralen Bestandteil des Fortschrittsdenkens. Parallel dazu begann seit dem 19. Jahrhundert die technologische Entwicklung in gesellschaftspolitischer Hinsicht als Garantin einer besseren Zukunft gesehen zu werden. Aus der Perspektive dieser Arbeit ist mit technologischer Entwicklung eine Veränderung der Produktionsmethoden gemeint, die zu Produktivitätsgewinnen oder neuen Produkten und Errungenschaften führt. Die Technisierung zählt dabei zu den mit dem Modernisierungsbegriff bezeichneten Veränderungsprozessen, welche die Herausbildung und Weiterentwicklung der Industriegesellschaft ermöglichten.

Auf der Grundlage des Hegel'schen, neuzeitlich-aufklärerischen Fortschrittsdenkens entwickelten Marx und Engels eine Geschichtsphilosophie, welche vom technoökonomischen Zukunftsoptimismus des 19. Jahrhunderts beeinflusst war. Deren besondere Ausformung lag dabei in dem Gedanken, dass die gesellschaftliche Entwicklung durch den Kampf zwischen verschiedenen Klassen angetrieben werde.<sup>9</sup> Angesichts des Gegensatzes von „Bourgeoisie und Proletariat“ sahen Marx und Engels auch ihre eigene Epoche in Unterdrücker und Unterdrückte gespalten.<sup>10</sup> In einem letzten Klassenkampf – so die Hoffnung – werde die Arbeiterschaft schließlich obsiegen. Der machtvolle Modernisierungsprozess schaffe einerseits nämlich Reichtum, bringe andererseits aber Armut, Krankheit und Entfremdung hervor. Weil sich die sozialen Widersprüche notwendigerweise verschärfen würden, müssten sich die Ausgebeuteten schliesslich vereinen, erheben und in einer Revolution die Macht an sich reißen. So hätte sich die Bourgeoisie mit der industriell-kapitalistischen Produktionsweise schliesslich „ihre eigenen Totengräber“ geschaffen.<sup>11</sup>

Der Marxismus vertrat einen Begriff von Fortschritt, dessen Perspektiven im Industrialisierungsprozess selbst gründeten. Dieser war nicht bloss als notwendiger Motor des Fortschritts akzeptiert, Technik und Industrie – so beschreibt Rolf Peter Sieferle das Marx'sche Zukunftskonzept – waren vielmehr selbst Medium und Garanten der „historischen Progressivität“.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, stand bereits im Kommunistischen Manifest. Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest (1848), MEW 4, S. 462. Zum marxistischen Fortschrittskonzept vgl. auch Erich Gruner, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968, S. 893-896; Reinhart Koselleck, Fortschritt, 1975, S. 417-420; Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde?, 1984, S. 134-142 und Felix Müller, Jakob Tanner, „... im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“. Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988.

<sup>10</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, S. 463.

<sup>11</sup> Im Originallaut: „Mit der Entwicklung der grossen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“ Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, S. 474.

<sup>12</sup> Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde?, 1984, S. 139.

---

Technische Innovation und ökonomische Entwicklung sollten über die Entfaltung der Produktivkräfte notwendigerweise in eine klassenlose Gesellschaft münden. Die technoökonomische Entwicklung wurde mit dem sozialen und politischen Fortschritt verknüpft. Würde die Arbeiterschaft die monarchischen oder bürgerlichen Systeme einst beseitigt haben, wäre mit der kommunistischen Gesellschaft das Ziel der Geschichte erreicht. In diesem Zusammenhang sprachen Marx und Engels von einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.<sup>13</sup> Die inneren Widersprüche des Kapitalismus würden überwunden und der Fortschritt endgültig in den Dienst der neuen Gesellschaftsordnung gestellt werden.

Der Marxismus knüpfte mit seinem Fortschrittsdenken an das Erbe der Aufklärung an. Marx und Engels machten sich mit der Bejahung der Industrialisierung einen Standpunkt zu eigen, auf dessen Boden bereits das Bürgertum stand. Trotzdem konnte die Linke mit dem marxistischen Fortschrittskonzept stets in Anspruch nehmen, ‚progressiver‘ als die bürgerliche Seite zu sein. Die marxistische Weltanschauung hatte auf die bedeutendsten Zukunftsfragen eine Antwort: Mit dem Klassenkampf war der Bewegungsmodus der Geschichte bekannt. Die klassenlose Gesellschaft gab das Ziel des historischen Geschehens vor. Revolutionäres Subjekt war das Proletariat, dem die historische Mission oblag, gesellschaftliche Unterdrückung durch einen revolutionären Umsturz für alle Zeiten zu beenden. Aus dem Marxismus schöpfte man also Gewissheit für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft. Mit dem Ziel, die technoökonomische ebenso wie die soziopolitische Entwicklung aus den kapitalistischen Fesseln zu befreien, wurde die Linke im 20. Jahrhundert zu jener Bewegung, die beanspruchte, den Fortschritt politisch zu repräsentieren.<sup>14</sup>

An dieser Stelle ist zu ergänzen, dass ‚Fortschritt‘ nur eingeschränkt zum Forschungsgegenstand gemacht werden kann.<sup>15</sup> Als Werturteil entzieht sich die Auffassung, die Menschheitsgeschichte entwickle sich als ungebrochener Prozess zum Besseren, einer wissenschaftlicher Beweisführung. Wie sich indessen das Fortschrittsideal sowie die Einschätzungen von moderner Technologie und industriellem Wachstum verändert haben, kann einer historischen Untersuchung unterzogen werden. Eine solche Analyse wird hier für die politische Linke in der Schweiz vorgenommen.

---

<sup>13</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, S. 482.

<sup>14</sup> So stand etwa 1972 im Historischen Wörterbuch der Philosophie, Karl Marx und die marxistische Arbeiterbewegung seien die „führende Repräsentanz von Fortschritt“. Joachim Ritter, Fortschritt, 1972, Spalte 1050.

<sup>15</sup> Friedrich Rapp, Fortschritt, 1992, S. 34-39.

Die moderne Zivilisation und der Fortschrittscharakter der Industrialisierung sind von jeher in Frage gestellt wurden.<sup>16</sup> Die Maschinenstürmer zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Naturschützer ab der Jahrhundertwende oder die vereinzelt Kritiker der Nachkriegszeit waren Stimmen, die am Projekt der Moderne zweifelten. Obschon die industrielle Entwicklung unablässig von Kritik begleitet war, setzte zu Beginn der 1970er Jahre ein Wandel im modernen Fortschrittsverständnis ein, der als eigentlicher Bruch bezeichnet werden kann.<sup>17</sup> Ökologisch begründet geriet der Zukunftsoptimismus der Nachkriegszeit in eine fundamentale Krise. Auf einer Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins kam es insofern zu einer Zäsur, als sich die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt innerhalb kürzester Zeit fundamental veränderte. Nicht zu Unrecht hat Hermann Lübke diesen Umbruch als Eintritt in eine „gänzlich neue mentalitäts- und bewusstseinsgeschichtliche Epoche“ interpretiert.<sup>18</sup> Weil die umfassende Neudefinition der Mensch-Natur-Beziehungen in gewisser Weise als umweltgeschichtliche Epochenschwelle zu verstehen ist, wird in dieser Arbeit vom ökologischen Zeitalter oder von der ökologischen Ära die Rede sein. Das neue Umweltbewusstsein ging mit dem Wissen einher, dass die Biosphäre durch menschliche Eingriffe in einem globalen Ausmass beeinträchtigt werden kann. Diese Einsicht – von Patrick Kupper als „1970er Diagnose“ bezeichnet – sprengte den bisherigen Rahmen der Fortschrittskritik.<sup>19</sup> Angesichts der Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen musste die technoökonomische Entwicklung erstmals aus einer ökologischen Perspektive gänzlich neu überdacht werden.

Im Zuge der Popularisierung des Umweltdiskurses wurden schliesslich Begriffe und Konzepte, die zunächst hauptsächlich in wissenschaftlichen Fachkreisen verwendet worden waren, zu Schlüsselwörtern der öffentlichen Diskussion. Insbesondere der Umweltbegriff wurde ab Ende der 1960er Jahre in einem neuen Bedeutungszusammenhang verwendet. Der seither

---

<sup>16</sup> So zeigte Rolf Peter Sieferle für Deutschland, dass die Kritik an der technoökonomischen Entwicklung seit den Anfängen der Industrialisierung eine ungebrochene Kontinuität aufwies. Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984.

<sup>17</sup> Zu den Arbeitsdefinitionen um den Themenkreis der ökologischen Fortschrittskritik vgl. François Walter, *Umweltwahrnehmung*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 4.3.2013, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24598.php>; Christian Pfister, *Umweltschutz*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 4.3.2013, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24598.php>; Ueli Haefeli-Waser, *Ökologie*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 20.8.2009, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8428.php>.

<sup>18</sup> Hermann Lübke, *Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft. Über die moralische Verfassung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation*, Berlin/Heidelberg 1990, S. 31.

<sup>19</sup> Der Begriff der „1970er Diagnose“ steht für die Entdeckung und Interpretation jener Problematik, die in den Jahren nach 1970 dem Schutz der Umwelt einen bis dahin ungekannten Stellenwert zuwies. Von einem ökologischen Umweltbewusstsein ausgehend galt es, die Beziehungen von Mensch und Natur grundlegend neu zu definieren. Zur „1970er Diagnose“ vgl. Patrick Kupper, *Die „1970er Diagnose“*. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 325-348; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft: Die Geschichte des gescheiterten Atomkraftwerks Kaiseraugst*, Zürich 2003, S. 131-137, und Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt: Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz (1960–1975)*, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1998, S. 22-27.

dominierenden Bedeutung entsprechend wird unter Umwelt jener Bereich der Natur verstanden, auf welchen die Menschen einwirken. Umgekehrt wird mit diesem Begriff auch zum Ausdruck gebracht, dass die Lebensbedingungen der Menschen durch die zur Umwelt gewordene Natur beeinflusst werden. Der Begriff des Umweltschutzes zählte ab 1970 zu den bedeutsamsten mit dem Umwelt-Terminus verbundenen Wortschöpfungen. Entsprechend dem allgemeinen Sprachgebrauch sind damit Massnahmen gemeint, welche auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen abzielen. In enger Verwandtschaft mit dem Begriff der Umwelt wurde der Ökologiebegriff insofern erweitert, als er bald für einen ganzen Komplex von Werthaltungen stand, der den Bewusstseinswandel der 1970er Jahre repräsentierte.<sup>20</sup> Auch in dieser Arbeit ist mit Ökologie nicht primär ein biologisches Fachgebiet gemeint. Fokussiert wird vielmehr auf die politische Konnotation, welche dieser Begriff in der Umgangssprache hat. Hier wird Ökologie synonym mit Begriffen wie Umwelt oder Umweltschutz verwendet. Gemeint ist ein schonender Umgang mit den Lebensgrundlagen bzw. ein achtsamer Umgang mit der Natur, wobei das Adjektiv ökologisch gleichbedeutend mit umweltverträglich, rücksichtsvoll oder nachhaltig eingesetzt wird.

Mit dem Sammelbegriff der „Linken“ werden in der vorliegenden Arbeit vier Organisationen erfasst, die in der Schweiz der 1970er und 1980er Jahre als politischer Flügel der Arbeiterbewegung auftraten. Die SPS, die PdAS, die POCH und die RML agierten allesamt als Anhängerinnen einer Politik, die sich ideologisch aus sozialistischen Grundsätzen ableiten liess. Den als bürgerlich, konservativ oder reaktionär erachteten Kontrahenten wollte die Linke eine als fortschrittlich deklarierte Politik entgegensetzen. So verstanden sich die linken Parteien allesamt als ‚progressiv‘ und nahmen für sich in Anspruch, Trägerinnen des Fortschritts zu sein.<sup>21</sup> Der Glaube an die positive Wirkungsmacht des industriellen Transformationsprozesses bildete dabei eine gemeinsame Orientierung – unabhängig davon, ob die Linksparteien ihre Politik als Klassenkampf oder als reformorientierte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen interpretierten.

Trotz solcher Gemeinsamkeiten bildeten die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung nie eine geschlossene Einheit, sondern waren aufgrund von Rivalität und Konkurrenz, gegensätzlichen Ideologien und Praktiken vielmehr durch gegenseitige Abgrenzung geprägt. Da die Linksparteien zudem zu historisch unterschiedlichen Zeitpunkten entstanden, kann

---

<sup>20</sup> Ludwig Trepl, *Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 1987, S. 12; Ursula Brechbühl, Lucienne Rey, *Natur als kulturelle Leistung. Zur Entstehung des modernen Umweltdiskurses in der Schweiz*, Zürich 1998, S. 136-142.

<sup>21</sup> Deswegen werden im Historischen Lexikon der Schweiz die Linksparteien auch als die „Progressiven“ bezeichnet. vgl. Ruedi Brassel-Moser, *Fortschritt*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 5.8.2010, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17451.php>.

zwischen den Parteien der traditionellen und jenen der Neuen Linken unterschieden werden. Zur etablierten Linken zählen SPS und PdAS, obschon sich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein tiefer Graben aufgetan hatte. Am Ende der 1960er Jahre erwies sich die SPS als gemässigte Oppositionspartei, die in den Bundesrat eingebunden war. Mit der „Verwirklichung des wirtschaftlichen Fortschritts“ und der „Erlösung der Menschen von den Geisseln der Armut“ schien die ökonomische Hochkonjunktur die sozialdemokratischen Ziele der marxistischen Programme von 1904 und 1920 zu erfüllen.<sup>22</sup> Einstige gesellschaftspolitische Utopien waren weitgehend durch das ökonomische Streben nach steigendem Lebensstandard ersetzt worden. Aus Sicht der 1944 gegründeten PdAS aber hatte die SPS das klassenkämpferische Ideal einer revolutionären Partei verraten. Deren reformistischer Ausrichtung hielten die Kommunisten eine revolutionäre Fortschrittskonzeption entgegen, die den Sturz des Kapitalismus zum Ziel hatte. Mit der Orientierung an der Sowjetunion zog sich die Partei im Verlauf des Kalten Krieges zunehmend auf eine orthodoxe Programmatik zurück.<sup>23</sup>

Ende der 1960er Jahre wurden neue Akteure politisiert, die mit einer ouvrieristischen Perspektive Rückhalt in der Arbeiterklasse suchten. Aus einer Vielzahl konkurrierender ‚Aufbauorganisationen‘ konnten sich jedoch lediglich zwei Formationen überkantonale behaupten: die Revolutionäre Marxistische Liga (RML), die ab Ende der 1960er Jahre als PdAS-Abspaltung von Lausanne aus aufgebaut wurde, und die Progressiven Organisationen Schweiz (POCH), deren Grundstein 1971 in Basel durch die Progressiven Organisationen Basel (POB) gelegt worden war.<sup>24</sup> Diese Neue Linke verpflichtete sich ebenfalls dem Ziel gesellschaftlicher Emanzipation, doch anders als ihre historischen Vorläufer hatte sie die nachkriegszeitliche Wachstumsorientierung nicht mitgestaltet. Als Teil der 68er-Bewegung hatte sie vielmehr gegen die herrschenden Konsum- und Leistungsnormen der Wohlstandsgesellschaft aufgebeht. Zudem orientierten sich die neulinken Organisationen zunächst nicht nur an der tradi-

---

<sup>22</sup> Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1904, S. 7; SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1920, S. 10.

<sup>23</sup> Zur kommunistischen bzw. stalinistischen Ausrichtung der PdAS vgl. André Rauber, *Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991*, Freiburg 2003, S. 151-155, S. 192-196, S. 251-256, S. 298-300.

<sup>24</sup> Zur Entstehung der RML vgl. André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 513-514, S. 521-537; Pierre Jeanneret, *Popistes: Histoire du Parti Ouvrier et Populaire Vaudois 1943–2001*, Lausanne 2002, S. 184-198; Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980)*, Fribourg 2000, S. 29-58.

Die POB waren am 15. Januar 1970 durch einen Zusammenschluss der Progressiven Studentenschaft Basel (PSB) mit den Progressiven Lehrlingen und Mittelschülern (PLM) gegründet worden. Vgl. dazu Georg Kreis, *Die Universität Basel*, Basel 1986, S. 174-175; Roger Blum, *Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986*, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Bern 1986/26, S. 119-150, hier S. 124-125; Georg Kreis, *Basel in den Jahren 1945–1970*, in: Lukas Burckhardt et al. (Hgg.), *Das politische System Basel-Stadt*, Basel 1984, S. 87-115, hier S. 114.

tionellen Arbeiterbewegung, sondern auch an Denkrichtungen wie der Frankfurter Schule.<sup>25</sup> Antiautoritäre und neomarxistische Impulse wurden jedoch zunehmend klassenkämpferischen Positionen im alten Stil untergeordnet. So studierte die Neue Linke die sozialistische Literatur, berief sich auf die Klassiker und fügte ihre Utopien in die marxistische Fortschrittskonzeption ein.

Die POCH begannen den Marxismus-Leninismus aufzugreifen, nachdem sie sich im Frühjahr 1973 vom Selbstverständnis einer revolutionären Aufbauorganisation verabschiedet hatten.<sup>26</sup> Während die POCH die kommunistische Bewegung neu beleben wollten und ihre Affinität zur Sowjetunion bekundeten, steuerte die RML seit der Abspaltung von der PdAS in eine trotzkistische Richtung.<sup>27</sup> Mit der Orientierung an verschiedenen Interpretationen des Marxismus verpflichtete sich die neulinke Opposition also der Arbeiterbewegung, obwohl sie sich zunächst vor allem aus Studenten, Schülern und Lehrlingen zusammensetzte.<sup>28</sup> Der institutionellen Politarbeit der traditionellen Linken setzte sie eine ausserparlamentarische Oppositionsstrategie entgegen.<sup>29</sup>

Da weder die Neue noch die etablierte Linke über gemeinsame Organisationsstrukturen verfügte, war die realpolitische Bedeutung der untersuchten Parteien unterschiedlich. Die PdAS vermochte die Vormachtstellung der Sozialdemokratie nie ernsthaft zu gefährden, sondern verlor nach einer anfänglichen Blütezeit rasch an Attraktivität und wurde mancherorts von der jungen Konkurrenzorganisation überflügelt.<sup>30</sup> Den POCH war es ab 1971 gelungen, in ver-

---

<sup>25</sup> Ingrid Gilcher-Holtey, *Kritische Theorie und Neue Linke*, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.) 1968. *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1998, S. 168-187.

<sup>26</sup> Zur ideologisch-programmatischen Ausrichtung der POCH in den Jahren 1971–1990 vgl. Oliver Wyss, ‚Das schönste Rot ist grün‘. Die POCH 1971–1990 und die Rolle der Umweltbewegung, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004; Roger Blum, *Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH)*, 1986; Flurin Clalüna, *Von der Generallinie zum Grünen Bogen: Aufstieg, Wandel und Fall der progressiven Organisationen der Schweiz (POCH)*; unter besonderer Berücksichtigung der POCH Zürich, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 2000.

<sup>27</sup> 1970 nahm die RML bei der IV. Internationalen eine Beobachterrolle ein, bevor sie 1974 als vollwertige Sektion in die trotzkistische Dachorganisation aufgenommen wurde. Lucien Scherrer, *Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla: Die linksextremen Organisationen PdA, POCH und RML zwischen internationalistischer Theorie und Praxis, 1969–1981*, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004, S. 80-82.

Anders als die POCH brauchte die RML in der Schweiz mit keiner Partei zu konkurrenzieren, denn hierzulande war die trotzkistische Strömung im Verlauf der Nachkriegszeit zum Stillstand gekommen. Zur Geschichte der trotzkistischen Bewegung in der Schweiz vgl. David Vogelsanger, *Trotzkismus in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1986, S. 102-217.

<sup>28</sup> Zur sozialen Basis der RML vgl. Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 187-191; Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 239, und Simon Jäggi, *Vorhut ohne Rückhalt. Integrationsprozess der RML/SAP (1969–1987)*, Lizentiatsarbeit an der Universität Fribourg, 2007, S. 51-52.

Auch die POCH rekrutierten ihre Mitglieder vorab im radikalisierten Jugend- und Studentenmilieu.

<sup>29</sup> Die POCH haben sich zwar mit Wahlbeteiligungen, Initiativen oder Referenden schon früh am demokratischen Prozess beteiligt, hoben aber wie die Trotzkisten die Bedeutung direkter Aktionen hervor.

<sup>30</sup> 1947 eroberte die PdAS 7 Nationalratssitze – der Wähleranteil von 5,1 % wurde in der Folge nie mehr erreicht. Zu den Wähleranteilen der PdAS zwischen 1947 und 2007 vgl. Brigitte Studer, *Partei der Arbeit (PdA)*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 27.9.2010, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17401.php>.



schiedenen Kantonen der Deutschschweiz eigene Sektionen aufzubauen.<sup>31</sup> Mehr als 1'000 Mitglieder dürften sie aber nicht erreicht haben.<sup>32</sup> Immerhin gewannen sie 1983 drei Nationalratsmandate, wobei ihr Wähleranteil 1971–1991 zwischen 0,1 und 2,2 % schwankte. Während die POCH ausschliesslich in der deutschsprachigen Schweiz präsent waren, bildete der Schwerpunkt der RML die Westschweiz.<sup>33</sup> Durch einen enormen Kraftakt gelang es den Trotzlisten aber, in den drei wichtigsten Sprachräumen der Schweiz vertreten zu sein. Doch diese Präsenz war marginal: In die geschlossene Kaderorganisation haben nie mehr als 500 Mitglieder Eingang gefunden.<sup>34</sup> Von wenigen kommunalen und kantonalen Parlamentssitzen abgesehen, konnten die Trotzlisten auch keine Wahlerfolge erringen.<sup>35</sup> So blieben also auch die Organisationen der Neuen Linken Juniorparteien, die den Status der Sozialdemokratie als wichtigste Linkspartei des 20. Jahrhunderts nicht bedrohen konnten.<sup>36</sup> Diese politischen Kräfteverhältnisse gilt es zu bedenken, wenn in den folgenden Kapiteln die einzelnen Gruppen der Linken nahezu gleichrangig behandelt werden.

Zum Schluss dieses Unterkapitels sind die untersuchten Linksparteien von den Neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre abzugrenzen. Im Vergleich zur klassischen Arbeiterbewegung zeichneten sich die Umwelt-, Anti-AKW-, Frauen-, Friedens-, Solidaritäts- und die Autonomienbewegung durch spezifische Unterschiede aus.<sup>37</sup> Mit Forderungen nach Lebensqualität oder alternativen Lebensformen wurden ‚postmaterielle‘ Anliegen formuliert,

---

<sup>31</sup> 1975 hatten die POCH Sektionen in den Kantonen BS, SO, SG, ZH, BE, LU, SH, BL und AG. Weitere kamen nicht hinzu. Vgl. Flurin Clalüna, *Von der Generallinie zum Grünen Bogen*, 2000, S. 5.

<sup>32</sup> Roger Blum, *Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH)*, 1986, S. 134.

<sup>33</sup> Ende der 1970er Jahre verfügte die RML über 23 Sektionen in 14 Kantonen: VD, NE, GE, FR, ZH, BE, BS, LU, ZG, TI, AG, SO, JU, SH. Zum trotzlistischen Expansionsprozess vgl. Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 85-114.

<sup>34</sup> Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen vgl. Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 183-186.

<sup>35</sup> Die Trotzlisten hatten mit ihrer Vorliebe für direkte Aktionen lange an einem ausserparlamentarischen Kurs festgehalten. Während die POCH durch die ersten Wahlerfolge zu Beginn der 1970er Jahre quasi von selbst zur Partei geworden waren, begann sich die RML erst um 1978 von einer Agitations- zu einer Parlamentspartei zu wandeln. 1980 machte die Umbenennung in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) auch Aussentehenden klar, dass sich die Trotzlisten auf die politischen Institutionen einzulassen gedachten. Zur Wahlstrategie der Trotzlisten vgl. Simon Jäggi, *Vorhut ohne Rückhalt*, 2007, S. 99 ff.; Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 199-203; Christian Moser, *Neue politische Gruppierungen ziehen in die Parlamente ein*, in: Paul Stadlin (Hg.), *Die Parlamente der schweizerischen Kantone*, Zug 1990, S. 175-190, hier S. 178.

<sup>36</sup> 1943 wurde mit Ernst Nobs erstmals ein Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Seit einem Unterbruch in den Jahren 1953 bis 1959 war die SPS permanent mit zwei Sitzen in der Bundesexekutive vertreten. Vgl. dazu Bernard Degen, *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*, Zürich 1993. Für einen raschen Überblick über das Abschneiden der SPS bei National- und Ständeratswahlen vgl. Bernhard Degen, *Sozialdemokratische Partei (SP)*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 2.12.2009, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17393.php>.

<sup>37</sup> Zur theoretischen Abgrenzung der Neuen sozialen Bewegungen von ‚älteren‘ Bewegungen vgl. Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*, Frankfurt 1994; Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*, Frankfurt/Main 1985; Manuela Ziegler, *Soziale Bewegungen*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 7.11.2012, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D43688.php>.

die sich nicht ohne Schwierigkeiten im gängigen Links-Rechts-Schema einordnen liessen.<sup>38</sup> Der Organisationsgrad der neuen Bewegungen war relativ gering, und politische Parteien stiessen mit ihren gefestigten Führungsstrukturen auf Skepsis. Dies hatte auch mit den präferierten Aktionsformen zu tun, denn unkonventionellen Aktionen massen die neuen Protagonisten mehr Bedeutung zu als institutionalisierten Einflussmöglichkeiten. Da die Neuen sozialen Bewegungen wie die neulinken Organisationen in gewisser Weise mit der Studentenbewegung verbunden waren, standen ihnen POCH und RML generell näher als die etablierte Linke.

### 3.3 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Im Zuge der ökologischen Zäsur stellten sich den untersuchten Akteuren beunruhigende Fragen: Zeigten die Umweltprobleme nicht, dass man bei der Suche nach sozialistischen Alternativen die technoökonomische Entwicklung nicht aussparen konnte? Stimmt die Massstäbe noch, mit denen die Linke den Fortschritt gemeinhin zu messen versuchte? Die vorliegende Untersuchung geht diesen Diskussionen um die Umweltverträglichkeit des technoökonomischen Ausbaus nach. Im Zentrum steht die Frage, wie die traditionelle und die Neue Linke die klassischen Fortschrittsfaktoren Wachstum und Technologie angesichts der wahrgenommenen Umweltrisiken neu beurteilten. Dabei interessiert, welche Denkmuster um das Verhältnis von Wachstum, Technologie und dem gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozess ökologisch aufgebrochen wurden. Auch gilt es zu untersuchen, mit welchen Lösungsvorschlägen und Strategien die Linksparteien auf die ‚1970er Diagnose‘ zu reagieren versuchten. Hinsichtlich der traditionellen Linken ist zudem zu fragen, wie sich die Positionen der Nachkriegszeit im Zuge der ökologischen Zäsur veränderten und ob sich dabei Konflikte ergaben. Die Zeit zwischen 1968 und 1990 bildet den eigentlichen Schwerpunkt der Arbeit, während in geografischer Hinsicht die Deutschschweiz im Vordergrund steht.

Um den grundlegenden Debatten zur technoökonomischen Rationalität nachgehen zu können, müssen greifbare Umweltdiskurse bestimmt werden. Die schweizerische Linke hatte sich in den 1970er und 1980er Jahren nämlich mit einem ganzen Bündel von Risikothemen auseinanderzusetzen, die sich allesamt um die ökologischen Folgewirkungen der modernen Zivilisation drehten. Die Auseinandersetzungen um das Wirtschaftswachstum bilden das erste Diskursfeld, das in der vorliegenden Untersuchung analysiert wird. Dabei ist von Interesse,

---

<sup>38</sup> Die Unterscheidung in materielle und postmaterielle Werte geht auf die These einer „Silent Revolution“ von Ronald Inglehart zurück. Durch den sozialen Wandel in den entwickelten Industriestaaten sollen sich demnach die Wertvorstellungen und Einstellungen der Menschen geändert haben. Alte materialistische Werte wie hohes Einkommen, Wachstum, Sicherheit und Ordnung stehen nicht mehr im Vordergrund. Mehr Gewicht wird dagegen

---

inwiefern das sozialistische Wachstumsdenken durch die ökologische Krisenwahrnehmung herausgefordert wurde. Weiter wird hier der Frage nachgegangen, welche Standpunkte die Linke zu den sich neu formierenden ökologischen Bewegungen und Strömungen einnahm. Wie reagierten etwa die untersuchten Parteien auf das Postulat des ‚Nullwachstums‘? Inwiefern verknüpfte die Linke ökologische Leitbilder mit sozialistischen Prämissen und kapitalismuskritischen Positionen? Wie sich die Diskussionen um die Verbindung von Ökologie und Ökonomie auf die politische Ausrichtung der Linksparteien auswirkte, zählt ebenso zum Forschungsinteresse.

Neben dem Wirtschaftswachstumdiskurs stellen die Debatten um die Atomenergie das zweite untersuchte Diskursfeld dar. In der Nachkriegszeit hatte die traditionelle Linke hohe Zukunfts- und Fortschrittserwartungen an die Atomspaltung geknüpft. Mit dem Anbruch der ökologischen Ära indessen wurde diese Art der Energiegewinnung zum Konfliktfeld. Es soll gezeigt werden, welche Phasen den Anti-AKW-Diskurs strukturierten und welche Standpunkte die Linksparteien dazu jeweils einnahmen. Es werden die Motive und Interpretationsmuster herausgearbeitet, mit denen die Haltungen zur Atomenergie begründet wurden. Diese Aufgabe dreht sich hauptsächlich um die Frage, welche Positionen den linken Anti-AKW-Diskurs strukturierten. Insbesondere ist von Interesse, welche Meinungen die verschiedenen linken Parteien angesichts der diskursiven Gegensätze entwickelten, die zwischen den Fortschrittsversprechen der Atomenergie und den ökologischen Leitbildern bestanden.

### 3.4 Forschungsstand

Diese Arbeit interessiert sich für die Denkmuster, nach welchen die Linksparteien ihre Vorstellungen von der Natur bzw. von den Umweltproblemen strukturierten. Dabei geht es um Prozesse gesellschaftlichen Lernens, wie sie sich im Sprechen über die Umwelt während der 1970er und 1980er Jahre offenbarten. Da dieses Forschungsinteresse zwischen Gesellschaft, Politik und Natur liegt, ist die Arbeit im Spannungsfeld zweier historiografischer Debatten anzusiedeln. Zum einen versteht sie sich als Beitrag zu jener Richtung der Umweltgeschichte, welche auf die gesellschaftlichen Vorstellungen von der Umwelt(-gefährdung) fokussiert. In diesem Zusammenhang ist im Folgenden auf die wichtigsten Publikationen hinzuweisen, die sich mit der ökologischen Zäsur um das Jahr 1970 auseinandersetzen. Zum anderen ist die Studie in die Parteiengeschichte einzuordnen, wobei die Forschungsergebnisse zu den untersuchten Linksparteien zu präsentieren sind. Am Schluss dieses Sub-

kapitels wird gezeigt, dass an der Schnittstelle von Umwelt- und Parteiengeschichte eine Forschungslücke besteht.

Bei der Umweltgeschichte – sie entstand im Zuge der ökologischen Zäsur – handelt es sich um eine historische Subdisziplin, die sich mit der Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur auseinandersetzt.<sup>39</sup> In diesem äusserst breiten Themengebiet identifizierten Christian Pfister und Anton Schuler zu Beginn der 1990er Jahre unterschiedliche Forschungsfelder.<sup>40</sup> Gemäss dieser Differenzierung ist die vorliegende Arbeit dem konstruktivistischen Ansatz der Umwelthistorie zuzuordnen, dessen Forschungsinteressen nicht nur mit der materiellen Beschaffenheit der Natur, sondern auch mit bestehenden Normen, ideologischen Werten und Mythen zu tun haben.

Einem solchen Zugang war ebenfalls das Übersichtswerk von François Walter verpflichtet, in welchem die schweizerische Umweltgeschichte seit 1800 dargestellt wird.<sup>41</sup> Dieser Studie folgten mehrere Arbeiten, die sich ebenfalls mit dem aufkommenden Verständnis von Umweltschutz auseinandersetzten. Sie alle weisen darauf hin, dass der ökologische Problemkomplex Anfang der 1970er Jahre – scheinbar aus dem Nichts – zum bedeutendsten gesellschaftspolitischen Thema aufstieg. Susanne Niederer-Schmidli trug dazu verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens zusammen, die allesamt als Indikatoren eines neuen Umweltbewusstseins betrachtet werden können.<sup>42</sup> Eine andere Lizentiatsarbeit legte offen, dass die entscheidenden Impulse von der Wissenschaft ausgingen, denn dort waren im Laufe des 20. Jahrhunderts die Grundlagen des ökologischen Problembewusstseins entwickelt worden.<sup>43</sup> Dieses eröffnete mit Begriffen wie Ökosystem, natürlicher Kreislauf oder biologisches Gleichgewicht eine neue Sicht auf die Welt, in welcher durch komplexe Zusammenhänge alles mit allem verflochten schien.<sup>44</sup> Die Umwelt konnte nicht mehr als unerschöpfliche Res-

---

<sup>39</sup> Christian Pfister, Umweltgeschichte. Interdisziplinärer Anspruch und gängige Forschungspraktiken, in: Antonietta di Giulio et al. (Hgg.), Allgemeine Ökologie. Innovationen in Wissenschaft und Gesellschaft, Bern 2007, S. 51-63. Für umfassende Übersichtsdarstellungen zur Umweltgeschichte siehe exemplarisch Frank Uekötter, Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007; Verena Winiwarter, Martin Knoll, Umweltgeschichte. Eine Einführung, Köln 2007; Wolfram Siemann (Hg.), Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003.

<sup>40</sup> Christian Pfister, Anton Schuler, Historische Umweltforschung. Eine neue, fächerverbindende Aufgabe für Natur- und Sozialwissenschaft, in: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.), Geschichtsforschung in der Schweiz; Bilanz und Perspektiven 1991, Basel 1992, S. 169-187.

<sup>41</sup> François Walter, Bedrohliche und bedrohte Natur, Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800, Zürich 1996.

<sup>42</sup> Susanne Niederer-Schmidli, Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre. Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins Anfang der siebziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Basel, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel, 102 (1), 1992, S. 175-210.

<sup>43</sup> Besonders in Teilgebieten wie der Systemtheorie, der Kybernetik oder der Ökologie waren jene Konzepte, Begriffe und Analyseformen entworfen worden, auf denen das ökologische Denken schliesslich aufgebaut werden konnte. Vgl. Jörg Wanzek, Komplexe Natur – Komplexe Welt. Zum Aufkommen des Umweltbewusstseins in der Schweiz in den Jahren 1968–1972, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1996, S. 34-47 sowie S. 69-88.

<sup>44</sup> Engelbert Schramm, Im Namen des Kreislaufs: Ideengeschichte der Modelle vom ökologischen Kreislauf, Frankfurt 1997. Zu den Charakteristika des ökologischen Denkens vgl. auch Jörg Wanzek, Komplexe Natur – Komplexe Welt, 1996, S. 28-32; Patrick Kupper, Die „1970er Diagnose“, 2003, S. 346; François Walter, Umwelt-

source betrachtet werden, und der Mensch wurde als Täter und Opfer seines irrationalen Umgangs mit der Natur entdeckt.

Dieses neue Problembewusstsein hätte keine weit reichende Wirkung entfaltet, hätte es den wissenschaftlichen Kommunikationsrahmen nicht überschritten. In diesem Zusammenhang zeigte Jörg Wanzek auf, wie die von der Wissenschaft erarbeiteten Theorien und Problemfelder durch populärwissenschaftliche Publikationen, Medien oder sensibilisierende Veranstaltungen popularisiert wurden.<sup>45</sup> Im Jahr 2003 fasste Patrick Kupper die beschriebenen Forschungsergebnisse mit dem Begriff der „1970er Diagnose“ zusammen.<sup>46</sup> Dass der nachkriegszeitliche Wachstumsschub – Christian Pfister bezeichnete die damit einhergehenden Veränderungen als „1950er-Syndrom“ – zu einer Zäsur in der Geschichte der menschlichen Natureinwirkungen geführt hatte, wird mit der Diagnosemetapher nicht bestritten.<sup>47</sup> Vielmehr argumentierte Kupper, dass die einzelnen Symptome der Umweltverschmutzung erst 20 Jahre später als zusammenhängender Problemkomplex thematisiert wurden. So wies er nach, dass die Schattenseiten des Wirtschaftsbooms bis zu Beginn der 1970er Jahre noch nicht als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wurden.

Indikatoren für die ökologische Zäsur gibt es viele, denn die ‚1970er Diagnose‘ erwies sich als ausserordentlich facettenreiches Phänomen. Auf einer semantischen Ebene veranschaulichten Lucienne Rey und Ursula Brechbühl, dass sich die Diffusion des neuen Umweltbewusstseins durch die Verbreitung eines spezifischen Wortschatzes ausdrückte.<sup>48</sup> Ökologie und Umwelt entwickelten sich dabei zu jenen Leitbegriffen, unter welchen das Verhältnis von Mensch und Natur gesellschaftskritisch diskutiert wurde. Da sich die Möglichkeit eines ökologischen Kollapses nicht mehr verdrängen liess, stieg der Umweltschutz nicht nur zu einem medialen, sondern auch zu einem politischen Leitthema auf.<sup>49</sup> Anhand ökologisch argumentierender Teile der Überfremdungsbewegung zeigte Damir Skenderovic exemplarisch auf, wie das Umweltthema politisch vereinnahmt und instrumentalisiert werden konnte.<sup>50</sup> Wie konsensfähig das Ziel des Umweltschutzes war, erwies sich am 6. Juni 1971: Mit einem überwältigenden Ja-Stimmenanteil von 92,7 % nahm damals das Schweizer Stimmvolk einen

---

wahrnehmung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 4.3.2013, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24598.php>.

<sup>45</sup> Jörg Wanzek, *Komplexe Natur – Komplexe Welt*, 1996, S. 89-114.

<sup>46</sup> Patrick Kupper, *Die „1970er Diagnose“*, 2003, S. 325-348.

<sup>47</sup> Christian Pfister (Hg.), *Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern 1995.

<sup>48</sup> Ursula Brechbühl, Lucienne Rey, *Natur als kulturelle Leistung*, 1998.

<sup>49</sup> In diesem Zusammenhang wies Johannes Zürcher nach, wie schnell die politischen Parteien Umweltschutzpostulate aufnahmen. Johannes Max Zürcher, *Umweltschutz als Politikum*, Bern 1978.

Umweltschutzartikel in die Bundesverfassung auf.<sup>51</sup> Doch wie die Genese der Umweltbewegung sichtbar machte, konnten die traditionellen Institutionen weder dem Erwartungsdruck standhalten noch das politische Potenzial des Umweltdiskurses absorbieren. Dass sich die parlamentarische Bewegung der Grünen schliesslich dauerhaft im Parteiengefüge zu etablieren vermochte, zählte François Walter zu den „grundsätzlichen Neuerungen unserer Zeit“.<sup>52</sup> Die Wirkung der ökologischen Krisensituation war stark genug, dass sich neben den grünen Parteiformationen auch zahlreiche andere Umweltorganisationen konstituieren konnten.<sup>53</sup> Verschiedene Lizentiatsarbeiten zeigen, dass auch die traditionellen Naturschutzorganisationen wie der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) oder der WWF Schweiz ab 1969 einen bedeutsamen Wandel erfuhren, indem sie ihre herkömmlichen Schutzmotive mit ökologischen Perspektiven verbanden.<sup>54</sup> Studien dokumentieren, wie manche Aussteigergruppen ihrem ursprünglichen Milieu den Rücken kehrten, um sich in entvölkerten Alpentälern oder Landkommunen von der Industriegesellschaft zu lösen.<sup>55</sup> Diese Zurück-zur-Natur-Bewegung ist ein weiteres Exempel dafür, welche tiefen Eindrücke die ökologische Fortschrittsernüchterung hinterliess hat.

Den Umweltdiskurs der 1970er und 1980er Jahre haben vor allem Sozialwissenschaftler und Politologen zu fassen versucht.<sup>56</sup> Anhand der Inventarisierung von öffentlichen Protesten,

---

<sup>50</sup> Damir Skenderovic, *The radical right in Switzerland. Postwar Continuity and Recent Transformations. A Study of Politics, Ideology and Organizations*, Fribourg 2005, S. 326-339.

<sup>51</sup> Die Realisierung dieses Verfassungsartikels verlief dann ungleich zäher: Erst 1983 konnte das Umweltschutzgesetz verabschiedet werden. Vgl. dazu Ueli Haefeli, *Der lange Weg zum Umweltschutzgesetz. Die Antwort des politischen Systems auf das neue gesellschaftliche Leitbild „Umweltschutz“*, in: Mario König et al. (Hgg.), *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Schweiz 1798–1998*, Band 3, Zürich 1998, S. 241-249.

<sup>52</sup> François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 204.

<sup>53</sup> Mitte der 1970er Jahre konnten in der Schweiz über 20 Umweltorganisationen gezählt werden. Dazu gehörten etwa die Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU/1970), die Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU/1970), die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU/1971), die Aqua Viva (1971), die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Umweltforschung (SAGUF/1972) oder der Umweltclub (1972). Für eine Übersicht und den Versuch einer Systematisierung vgl. Andreas Giger, *Umweltorganisation und Umweltpolitik*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bd. 21, Bern 1981, S. 49-78, und Johannes Max Zürcher, *Umweltschutz als Politikum*, 1978, S. 93-109.

<sup>54</sup> Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 27-35; Jörg Wanzek, *Komplexe Natur – Komplexe Welt*, 1996, S. 56-68; Katrin Büchel, *Umweltschutz: Perception und Reaktion in der schweizerischen Politik (1950–1986)*, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1988, S. 26-43.

<sup>55</sup> Organisatorisch ist die Zurück-zur-Natur-Bewegung nur schwierig zu erfassen. Manche absolvierten nur ein ‚Überlebenstraining‘ in freier Wildbahn, andere erprobten die Kleinlandwirtschaft. Zu Beginn der 1970er Jahre schlossen sich einige in verschiedenen Gruppen zusammen (Bärglütli, Longo Mai, Neuer Walser Bund). Zur Zurück-zur-Natur-Bewegung vgl. François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 201-203; Stefan Bittner, *Höhenflüge im Underground: Die Bärglütli und ihre Sommer-Camps 1971–1973: ein Schweizer Hippie-Dropout-Phänomen als Ausdrucksform des ‚romantischen Komplexes‘*, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2006, und Beatriz Graf, *Longo Mai – Revolte und Utopie nach ’68: Gesellschaftskritik und selbstverwaltetes Leben in den Europäischen Kooperativen*, Egg 2005.

<sup>56</sup> Hanspeter Kriesi et al. (Hgg.), *Politische Aktivierung in der Schweiz: 1945–1978*, Diessenhofen 1981; Hanspeter Kriesi, *Bewegung in der Schweizer Politik*, Frankfurt am Main 1985; Heinrich Zwicky, *Umwelt als Aktivierungs-*

parlamentarischen Aktivitäten oder Medienberichten haben sie die Konjunktur des Umweltthemas empirisch rekonstruiert. Mit solchen Daten lässt sich die Intensität des Umweltdiskurses als langgezogene Wellenbewegung darstellen, mit Beginn ab Ende der 1960er Jahre und dem Höhepunkt um die Mitte der 1980er Jahre. Für die Zeit ab 1987 signalisierten alle Indikatoren ein abnehmendes Interesse an Umweltthemen.

Auch wenn uns heute die Zusammenhänge zwischen der Gesellschaft und der Natur selbstverständlich erscheinen, muss eine ökologische Sichtweise weitgehend als Neuansatz begriffen werden. Manche Studien heben zwar zu Recht die Kontinuität bestimmter Denk- und Argumentationsfiguren hervor, die zwischen dem modernen Umwelt- und dem älteren Naturschutzdiskurs bestanden.<sup>57</sup> Ebenfalls ist unbestreitbar, dass gewisse Folgeprobleme des Wachstumsprozesses bereits vor 1970 kritisiert und bekämpft wurden. Diese historischen Ansatzpunkte und Gemeinsamkeiten dürfen aber nicht überschätzt werden, denn erst mit der ökologischen Zäsur entstand ein Krisenbewusstsein, das die Umweltfrage in neuer Qualität und Dringlichkeit an die Spitze der öffentlichen Diskussion brachte.<sup>58</sup>

Der schweizerische Naturschutz nahm mit seinen wachstums- und technikkritischen Untertönen gerade zu dem Zeitpunkt seinen Anfang, als sich die politische Arbeiterbewegung aufgrund ihrer marxistischen Ausrichtung fest auf den Boden der Industrialisierung stellte. Stefan Bachmann zeigte auf, dass sich ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts im Naturschutz Menschen zu sammeln begannen, die sich gegen die Auswirkungen der Industrialisierung zur Wehr setzen wollten.<sup>59</sup> So vielfältig die Arbeitsfelder im Lauf der Jahrzehnte auch wurden, so homogen blieben bis Ende der 1960er Jahre die wesentlichen Motive, die sich hinter

---

grund: Politische Aktivierungsereignisse zu Umwelt-, Verkehrs- und Wohnfragen in der Schweiz, 1945-1989, Zürich 1993; Marco Giugni, Florence Passy, Zwischen Konflikt und Kooperation: Die Integration sozialer Bewegungen in der Schweiz, Chur 1999; Manuel Eisner et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003; René Levy, Laurent Duvanel, Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Basel 1984; Erich Gruner, Hans Peter Hertig, Der Stimmbürger und die „neue“ Politik: Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?, Bern 1983; Martin Dahinden (Hg.), Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987.

<sup>57</sup> In seiner Lizentiatsarbeit stellte Damir Skenderovic beispielsweise fest, dass zwischen der Natur- und Umweltschutzbewegung „eine gewisse ‚strukturelle, thematisch-inhaltliche Verwandtschaft‘“ bestehe. Gleichzeitig betonte er, dass das Jahr 1970 „einen Wendepunkt für die Umweltschutzbewegung“ markierte. Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung in den 1950er und 1960er Jahren, Lizentiatsarbeit an der Universität Fribourg, 1992, S. 3.

<sup>58</sup> Im Historischen Lexikon der Schweiz steht dazu: „Obwohl der moderne Umweltschutz und der ältere Naturschutz viele Gemeinsamkeiten aufweisen, lassen sich historisch in Bezug auf Problemlagen, Ziele, Akteure und polit. Strategien wichtige Unterschiede feststellen.“ Ueli Haefli-Waser, Umweltschutz, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 4.3.2013, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D24598.php>.

<sup>59</sup> Zu den Wurzeln und Anfängen der schweizerischen Naturschutzbewegung vgl. Stefan Bachmann, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft. Die schweizerischen Naturschutzpioniere (1900–1938), Zürich 1999, und Dieter Burckhardt, Die Wiege des Naturschutzes stand in Basel – Streiflichter auf Entstehung und Entwicklung des Na-

dem Naturschutz verbargen. Von Beginn an machten die Naturschützer die Schönheit der Landschaft als Motiv für den Schutz des natürlichen Lebensraumes geltend.<sup>60</sup> Die ästhetische Idealisierung der Natur ging nicht selten mit einer emotionalen Heimatverbundenheit einher.<sup>61</sup> Da der schweizerische Naturraum als Teil der helvetischen Identität verstanden wurde, erhielt der Naturschutz einen nationalen, gesellschafts- und kulturpolitischen Stellenwert.

Entscheidend ist nun, dass aus einer naturschützerischen Interessenlage heraus der Modernisierungsprozess nicht grundsätzlich hinterfragt werden musste. Den Naturschutzpionieren ging es insgesamt nicht um die Ablehnung der Industrialisierung, sie verstanden sich vielmehr als Korrektiv einer Entwicklung, die ohne Rücksicht auf die schweizerischen Naturschönheiten voranschritt.<sup>62</sup> Auch in der Nachkriegszeit betrieb die entsprechende Bewegung laut Damir Skenderovic eine Politik der Symptombekämpfung, welche Ökonomie und Technologie trotz gewisser Bedenken das Recht auf Entfaltung zugestand.<sup>63</sup> So zielte die Rhetorik der Naturschützer dahin, die Industrialisierung in gewissen Schranken zu halten, ohne hinter den Entwicklungsprozess grundsätzliche Fragezeichen zu setzen.

Mit der „1970er Diagnose“ aber nahm die latente Fortschrittskritik eine fundamentale Dimension an, da nun gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen hinterfragt wurden. Technologie und Ökonomie gerieten dabei in den Verdacht, schädigend in die biologischen Kreisläufe einzugreifen. So stellten sich mit dem Anbruch der ökologischen Epoche existentielle Fragen, die ungleich dringlicher waren als alle Problemstellungen, die der traditionelle Naturschutz je aufgeworfen hatte. Aus einer ökologischen Warte klang ‚Naturschutz‘ mit seiner Referenz an Ästhetik und Nation als veraltet und unzureichend angesichts der Herausforderungen, welche die Umweltfrage stellte.

Mit der Hinterfragung von Wachstum und Technik wurden die traditionellen Pfeiler des Fortschrittsdenkens in ihren Grundfesten erschüttert. Manche Studien zeigen, dass die Euphorie

---

turschutzes in der Schweiz, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel, 102 (1), Basel 1992, S. 3-45.

<sup>60</sup> Stefan Bachmann, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft, 1999, S. 322-327.

<sup>61</sup> Stefan Bachmann, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft, 1999, S. 57-64 und S. 327-333. Auch in den 1950er und 1960er Jahren wurden neben ästhetischen Motiven patriotisch-heimatliche Argumentationsmuster für den Naturschutz geltend gemacht. Vgl. dazu Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung, 1992.

<sup>62</sup> Der Hauptwiderspruch, in den sich die Naturschutzpioniere verstrickten, war so das „Nebeneinander von Fortschrittsgläubigkeit und kritischer Beobachtung der Entwicklung“. Stefan Bachmann, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft, 1999, S. 336.

<sup>63</sup> Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung, 1992, S. 202-223.



der Nachkriegszeit sogar in eine apokalyptische Katastrophenstimmung umschlug.<sup>64</sup> Die ökologischen Zerfallstheorien wurden als allgemeiner Sinnverlust erfahren, und der 200-jährige Fortschrittsglaube drohte sich in sein Gegenteil zu verkehren. Die Geschichte – so die Befürchtung – könnte nicht zum kollektiven Glück, sondern in die Apokalypse führen. Damit wurde die ökologische Fortschrittskritik zur dringlichsten Herausforderung der Zeit.

Über den Forschungsstand zu den Linksparteien ist zu sagen, dass parteiengeschichtliche Grundsatzfragen um Entstehung, Organisationsstrukturen oder Wähleranteile relativ gut dokumentiert sind. Allerdings liess das Forschungsvolumen zur Sozialdemokratie für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg merklich nach.<sup>65</sup> Am Umstand, dass zur SPS aktuelle Synthesen weitgehend fehlen, vermochte auch ein Jubiläumsband aus dem Jahr 1988 nicht viel zu ändern.<sup>66</sup> Dank zweier umfassender Übersichtsdarstellungen von André Rauber und Pierre Jeanneret ist die allgemeine Geschichte der PdAS besser erschlossen als jene der Sozialdemokratie.<sup>67</sup> Sogar Informationen über Biographien zahlreicher Aktivistinnen und Aktivisten liegen vor. Zur Neuen Linken existieren keine organisationsübergreifenden Gesamtdarstellungen, doch die Grundzüge der beiden 68er-Parteien lassen sich aus mehreren Studien rekonstruieren. Die Arbeiten aus den 1970er Jahren zeigen, wie die Neue Linke an der marxistischen Kapitalismuskritik anknüpfte und sozialistische Utopien zu revitalisieren versuchte.<sup>68</sup> Die nachfolgenden Studien vertieften solche Fragen oder haben sich mit dem Wandel der Neuen Linken befasst.<sup>69</sup>

Die Hoffnungen, welche die Linke seit dem 19. Jahrhundert an den Industrialisierungsprozess knüpfte, sind in einem wegweisenden Aufsatz von Jakob Tanner und Felix Müller do-

---

<sup>64</sup> Patrick Kupper, Die „1970er Diagnose“, 2003, S. 344-346, und Jörg Wanzek, Komplexe Natur – Komplexe Welt, 1996, S. 121. Zur kulturellen Renaissance der Apokalypse vgl. auch Hermann Lübke, Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft, 1990, S. 148-150.

<sup>65</sup> Immerhin wurden einige spezifische Themen ausgeleuchtet: Jacques Hürlimann, SPS und militärische Landesverteidigung 1946-1966, Zürich 1985; Hansueli von Gunten, Hans Voegeli, Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz (1912-1980), Bern 1980; Bernard Degen, Sozialdemokratie, 1993.

<sup>66</sup> Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 370-397.

Im Oktober 2013 erschien ein weiterer Jubiläumsband, der aber nicht mehr in die vorliegende Untersuchung miteinbezogen werden konnte. Redboox Edition (Herausgeberin im Auftrag der SP Schweiz), Einig – aber nicht einheitlich. 125 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 2013.

<sup>67</sup> André Rauber, Formierter Widerstand, 2003; Pierre Jeanneret, Popistes, 2002. Jeanneret hat sich zwar primär mit der waadtländischen PdAS-Sektion befasst, doch seine Ausführungen streifen des Öfteren die nationale Parteiebene, und auch internationale bzw. internationalistische Aspekte werden miteinbezogen.

<sup>68</sup> Peter Gilg, Jungendliches Drängen in der schweizerischen Politik: Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation, Bern 1974; Hans Boller, Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz, Zürich 1976; Hans Tschäni, Parteien, Programme, Parolen, Aarau 1979.

<sup>69</sup> Roger Blum, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH), 1986; Oliver Wyss, ‚Das schönste Rot ist grün‘, 2004; Flurin Clalüna, Von der Generallinie zum Grünen Bogen, 2000; Benoît Challand, La Ligue marxiste révolutionnaire, 2000; Simon Jäggi, Vorhut ohne Rückhalt, 2007; Lucien Scherrer, Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla, 2004.

kumentiert.<sup>70</sup> Darin ist herausgearbeitet, wie die schweizerische Arbeiterbewegung jene maschinenstürmerische Mentalität ablegte, die 1832 im zürcherischen Uster in der Zerstörung der ersten mechanischen Webstühle gegipfelt hatte.<sup>71</sup> Durch die Bejahung des Industrialisierungsprozesses geriet die Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert selbst „in den Bann eines optimistischen Fortschrittsglaubens“.<sup>72</sup>

Als die SPS 1888 gegründet wurde, erhoffte sie sich sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Gerechtigkeit nicht über einen revolutionären Umsturz, sondern durch einen reformistischen Umbau.<sup>73</sup> Wie Erich Gruner aber zeigte, wurden in einer Zeit sozialer Unrast jene Stimmen immer lauter, die marxistische Analysen und Zielsetzungen einforderten. Mit der Theorie, dass der Kapitalismus als „Hindernis jeglichen Fortschritts“ notwendigerweise zu einer revolutionären Umgestaltung führen müsse, spiegelten sich im Programm von 1904 die zentralen Elemente der marxistischen Zukunftsperspektive wider.<sup>74</sup> Mit dem Kapitalismus wurde aber keineswegs die industrielle Produktionsform, sondern lediglich deren privatwirtschaftliche Anwendung verworfen. „Die Rezeption des Marxismus in der Arbeiterbewegung“, schrieb Rolf Peter Sieferle, „war gleichbedeutend damit, dass sich die populäre Protestbewegung in ihrem Kern dem Fortschrittslager anschloss“.<sup>75</sup> Bezogen auf die Schweiz meinten auch Jakob Tanner und Felix Müller, dass damit „die Einbahnstrasse des industriellen Fortschritts von der Arbeiterbewegung akzeptiert“ worden sei, während die Natur zur „Gratisproduktivkraft“ herabsank.<sup>76</sup> Oskar Scheiben veranschaulichte, wie sich die SPS in den 1930er Jahren unter dem Eindruck nationalistischer Strömungen immer mehr von marxistischen Standpunkten entfernte.<sup>77</sup> Mit der ideologischen Anpassung begann die SPS einen Teil ihres alternativsozialistischen Fortschrittshorizonts zu verlieren. So wurde die Sozialdemokratie ab Mitte der

---

<sup>70</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988.

<sup>71</sup> Albert Hauser, Der Maschinensturm von Uster, in: Zürcher Taschenbuch, 1957, S. 107-116; Markus Bürgi, Maschinensturm, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 22.9.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16526.php>.

<sup>72</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 329.

<sup>73</sup> Zum ersten SPS-Programm von 1888 – es hatte bis 1904 Bestand – vgl. Erich Gruner (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Band 3: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur, Zürich 1988, S. 173-179.

<sup>74</sup> Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1904], ohne Angabe von Jahr und Ort, S. 8. Vgl. dazu auch Erich Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft, Band 3, 1988, S. 191-196.

Im SPS-Programm von 1920 wurde die marxistische Klassenkampfdoktrin verschärft, indem in einem umstrittenen Paragraphen die „Diktatur des Proletariats“ zum Ziel der sozialdemokratischen Politik erklärt wurde. SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Angenommen durch den Parteitag vom 10./12. Dezember 1920 in Bern), Bern 1920, S. 8. Zu den sozialdemokratischen Radikalisierungstendenzen während des Ersten Weltkrieges vgl. Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918, Zürich 1988, S. 27-71.

<sup>75</sup> Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde?, 1984, S. 139.

<sup>76</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 333.

<sup>77</sup> Oskar Scheiben, Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte, Zürich 1987.

1930er Jahre mehr und mehr von einer systemverändernden zu einer systempartizipierenden Kraft.

Die grössten Veränderungen erfuhr die sozialdemokratische Fortschrittsperspektive in der Nachkriegszeit. Sollte die Verbesserung der materiellen Situation ursprünglich die umfassende Entfaltung des Menschen ermöglichen, wurde das Wachstum nun zum Selbstzweck. „Fortschritt heisst jetzt Wirtschaftswachstum und technischer Wandel“, fassten Felix Müller und Jakob Tanner die sozialdemokratische Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre zusammen.<sup>78</sup> Mit dieser von Bernard Degen als „Wachstumsreformismus“ bezeichneten Haltung wurde die Steigerung von Produktivität, Konsum und technologischer Innovation zum Massstab des sozialdemokratischen Fortschritts.<sup>79</sup> So ging die utopische Dimension des Fortschritts verloren, der Begriff „degenerierte zu einem Glauben an die Produktion“.<sup>80</sup>

Die erwähnten Arbeiten von Pierre Jeanneret und André Rauber vermögen anzudeuten, dass auch die PdAS in der Nachkriegszeit von einem irdischen Wohlstandsparadies träumte – unter kommunistischen Vorzeichen allerdings. Obwohl die hiesige Wirtschaft florierte, setzten die Kommunisten das kapitalistische System weiterhin mit ausnahmsloser Stagnation gleich. Mit dem Sozialismus hingegen versprach die PdAS, „das Zeitalter der Gerechtigkeit, des Überflusses und des Fortschritts“ zu schaffen.<sup>81</sup> Diese neue Epoche sah man im ‚ersten sozialistischen Staat der Welt‘ bereits anbrechen. So rückständig das zaristische Russland ursprünglich war, als so dynamisch schilderte die PdAS die industrielle Entwicklung der UdSSR. Wie Pierre Jeanneret dazu skizzierte, entwickelte die PdAS im Gleichschritt mit den sowjetischen Fünfjahresplänen ein quantitatives Fortschrittsverständnis.<sup>82</sup> Die technoökonomische Entfaltung wurde zum Synonym für Fortschritt. Die Entwicklung der Produktivkräfte schien an keine Grenzen zu stossen. Wachstum und Technologie versprachen den kommunistischen Grundsatz „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ einlösen zu können.

Der deutsche Historiker Rolf Peter Sieferle gelangte zu dem Schluss, dass sich die Kritik am kapitalistischen Industriesystem ab dem Ende des 19. Jahrhunderts in zwei unterschiedliche Lager aufgeteilt hatte. Demnach entwarfen die Naturschützer eine konservative Zivilisations-

---

<sup>78</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 350. Vgl. auch Julien Wicki, „On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous“: histoire sociale et politique du parti socialiste vaudois (1945-1971), Lausanne 2007.

<sup>79</sup> Bernard Degen, Zwischen Opposition und Bundesratsbeteiligung, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, 1988, S. 370-397, hier S. 386.

<sup>80</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 326.

<sup>81</sup> PdAS (Hg.), Die Partei der Arbeit der Schweiz. Was sie ist – was sie will. Programm der PdAS, verabschiedet durch den siebten Parteitag, 16.–18. Mai 1959, S. 45, zitiert nach: André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 380.

kritik, während die Linke soziopolitische Problemkreise monopolisierte, ohne aber ein Sensorium für das „Zerstörungswerk der Industrialisierung“ zu entwickeln.<sup>83</sup> Da die Linke Phänomene der Naturzerstörung lange Zeit übersehen habe, sei die frühe Umweltkritik „ausschliesslich“ eine „Angelegenheit von Konservativen“ gewesen.<sup>84</sup> Tatsächlich blieb der Naturschutz bis zur ökologischen Zäsur in der Schweiz eine konservativ-bürgerliche Bewegung, deren Protagonisten sich gelegentlich auch der Abwehr des Kommunismus verschrieben.<sup>85</sup> In den 1960er Jahren erstarkten nationalistische Tendenzen insofern, als namhafte Naturschützer in die ideologische Nähe der Überfremdungsbewegung rückten.<sup>86</sup>

Das Verhältnis der politischen Linken zum Naturschutzdiskurs ist kaum erforscht, doch die eigentliche Forschungslücke zeigt sich an einer anderen Stelle: Wer sich mit Politik- bzw. Parteiengeschichte befasste, liess den ökologischen Themenkomplex ausser Acht. Und wer sich der Umweltgeschichte widmete, bezog die Linksparteien nicht mit ein. Dieses Manko liegt darin begründet, dass das Umweltthema vornehmlich unter dem Aspekt der Neuen sozialen Bewegungen erforscht wurde, während andere gesellschaftliche Akteure klar vernachlässigt wurden. So gilt es in vielen soziologischen und politologischen Studien als ausgemacht, dass die Umweltbewegung als Trägerin der ökologischen Kommunikation privilegiert zu betrachten sei. Dabei blieb weitgehend unberücksichtigt, dass am gesellschaftlichen Lernprozess auch engagierte Verbände, staatliche Institutionen oder politische Parteien beteiligt waren.

Immerhin boten manche Studien fragmentarische Erkenntnisse, an welche diese Arbeit anknüpfen konnte. Am Ende der 1980er Jahre befasste sich eine internationale Historikergruppe mit dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zu den technoökonomischen Umweltrisiken.<sup>87</sup> Weil diese aber auf die Schweiz nicht einging, blieb als wesentliche Inspirationsquelle der bereits zitierte Aufsatz von Jakob Tanner und Felix Müller. In einem Abschnitt deuteten die beiden Autoren an, dass der Umweltschock eine Schlüsselerfahrung war, welche die sozial-

---

<sup>82</sup> Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 522-523.

<sup>83</sup> Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984, S. 159.

<sup>84</sup> Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984, S. 157.

<sup>85</sup> In den Worten von Damir Skenderovic: „Eines der Hauptmerkmale der schweizerischen Natur- und Umweltschutzbewegung in den 1950er und 1960er Jahren war sowohl ihre Verankerung im konservativen, oft patriotischen Gedankengut als auch ihre politische Nähe zum bürgerlich-konservativen Spektrum.“ Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 208. Siehe auch François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 149 ff.

<sup>86</sup> So etwa Jakob Bächtold, der von 1960–1969 Präsident des Schweizerischen Bundes für Naturschutz (SBN) war. Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 210-211, und Damir Skenderovic, *The radical right*, 2005, S. 328-329.

<sup>87</sup> Siehe Helmut Konrad, Arne Andersen, im Auftrag d. Internat. Tagung d. Historiker der Arbeiterbewegung, (Hgg.), *Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung*, Wien 1990.

demokratischen Orientierungsmuster erschütterte.<sup>88</sup> Wie sich das Suchen nach alternativen Fortschrittsidealen auf die Atomenergiepolitik zweier SPS-Sektionen auswirkte, hat Leyla Gül in ihrer Lizentiatsarbeit untersucht.<sup>89</sup> Mit Blick auf die PdAS zeigten Jeanneret und Rauber an einigen Stellen auf, dass die ökologische Zäsur auch die kommunistischen Zukunftsentwürfe nicht unbeeinflusst liess. Weil die Partei den neuen Fragen aber lange Zeit verständnislos gegenüberstand und sowohl Wählerinnen und Wähler als auch Mitglieder verlor, wurden die 1980er Jahre zu „einem der schwierigsten Zeitabschnitte ihrer Geschichte“.<sup>90</sup> Ungleich wandlungsfähiger erwiesen sich die POCH, wie zwei Lizentiatsarbeiten nahelegen.<sup>91</sup> Diese Gruppierung entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einer ökologisch ausgerichteten Alternativpartei, welche von den gängigen Fortschrittsparadigmen Abschied nahm. 1987 fokussierte auch die RML auf das Umweltthema, worauf in beiden Parteien ein unübersichtlicher Auflösungsprozess einsetzte. Aus den Beiträgen eines von Werner Seitz und Matthias Baer herausgegebenen Sammelbandes lässt sich rekonstruieren, dass die Grüne Partei der Schweiz (GPS) bis Mitte der 1990er Jahre fast alle links-grünen Organisationen zu absorbieren vermochte, worunter sich viele Vertreter mit neulinken Ursprüngen befanden.<sup>92</sup> Diese schrittweisen Übertritte haben das Gesicht der GPS entscheidend verändert. Indem sich diese ab Ende der 1980er Jahre links der SPS zu verorten begannen, lebte das politische Vermächtnis der Neuen Linken fort – paradoxerweise aber in einer Dachorganisation, die ursprünglich als bürgerlich wahrgenommen worden war.

### 3.5 Theoretisch-methodischer Zugriff und Quellen

Laut Damir Skenderovic sind die 1950er und 1960er Jahre als eigentliche „Wiege der Umweltproblematik“ zu betrachten.<sup>93</sup> Christian Pfister gemäss wurde damals insofern eine historische Schwelle überschritten, als dass die Industriegesellschaften den „umweltverträglichen Entwicklungspfad“ des „Ancien Régime Ecologique“ definitiv verliessen und, wie es Jakob Tanner formulierte, „in eine ökologisch verantwortungslose Massenkonsum-, Verschwen-

---

<sup>88</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 361-363.

<sup>89</sup> Leyla Gül, „Soziale Sicherheit ohne gesicherte Umweltqualität ist eine Pflanze ohne Erde.“ Die Atomenergiepolitik der sozialdemokratischen Parteien Aargau und Baselland zwischen 1969 und 1986, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2002. Auf wenigen Seiten hat Gül auch die Atomenergiepolitik der Schweizerischen Sozialdemokratie skizziert. Leyla Gül, Einstieg in den Ausstieg. Ein Rückblick auf die Atomenergiepolitik der SP Schweiz von den 1950er Jahren bis Tschernobyl, in: Rote Revue 2/2006, S. 7-11.

<sup>90</sup> André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 650.

<sup>91</sup> Flurin Clalüna, Von der Generallinie zum Grünen Bogen, 2000; Oliver Wyss, ‚Das schönste Rot ist grün‘, 2004.

<sup>92</sup> Werner Seitz und Matthias Baer (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008.

<sup>93</sup> Damir Skenderovic, Die Umweltschutzbewegung im Spannungsfeld der 50er Jahre, in: Jean-Daniel Blanc, Christine Luchsinger, (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 119-146, hier S. 120.

dungs- und Wegwerfgesellschaft“ einstieg.<sup>94</sup> Die Natur ist gegenüber der Gesellschaft in- dessen weder artikulations- noch interaktionsfähig.<sup>95</sup> Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann brachte es wie folgt auf den Punkt: „Es mögen Fische sterben oder Menschen, das Baden in Seen oder Flüssen mag Krankheiten erzeugen, es mag kein Öl mehr aus den Pumpen kommen und die Durchschnittstemperaturen mögen sinken oder steigen: solange darüber nicht kommuniziert wird, hat dies keine gesellschaftlichen Auswirkungen.“<sup>96</sup> Und auch Ulrich Beck meinte: „Die Zerstörung vollzieht sich stumm. Technik demonstriert nicht, Nebenfolgen demonstrieren nicht. Singvögel demonstrieren nicht.“<sup>97</sup> So gehört es zu den umweltgeschichtlichen Grundannahmen, dass sich die Genese des Umweltdiskurses nicht auf eine simple Kausalität von Reiz und Reaktion zurückführen lässt. Um die Umbrüche im Verhältnis von Mensch und Natur verstehen zu können, muss primär nach Ursachen im gesellschaftlichen Bereich gesucht werden.<sup>98</sup>

Nun fällt mit Blick auf die Gesellschaft Ende der 1960er Jahre auf, dass diese in vielfacher Hinsicht in Bewegung geraten war. Neben der Wahrnehmung der natürlichen Umwelt wurden auch Begriffe der sozialen Welt vom Wandel ergriffen. Davon zeugen die damaligen Debatten über die Rolle der Autoritäten, die Herausbildung der Neuen Linken, die Akzentuierung der sogenannten Überfremdungs-Frage oder die Problematik des sich ausbreitenden Konsums von Rausch- und Betäubungsmitteln, die offenbar auf eine „Krise der Gesellschaft“ hindeutete.<sup>99</sup>

Aus einer historischen Perspektive stechen all diese Problematisierungen umso mehr hervor, als die 1950er und 1960er Jahre von einer grossen gesellschaftlichen Stabilität geprägt waren. Trotz des technoökonomischen Modernisierungsschubs hielt die Gesellschaft nämlich an den traditionellen Denkmustern fest.<sup>100</sup> Deshalb war die Nachkriegszeit in ihren ersten beiden Jahrzehnten durch einen breiten Konsens geprägt, der sich politisch in der Konkor-

---

<sup>94</sup> Christian Pfister, Das „1950er Syndrom“ – die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft, in: Christian Pfister (Hg.), Das 1950er Syndrom, 1995, S. 51-95, hier S. 65-66; Jakob Tanner, Die Schweiz in den 50er Jahren – Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten, in: Jean-Daniel Blanc, Christine Luchsinger, (Hg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 19-50, hier S. 21.

<sup>95</sup> Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 69.

<sup>96</sup> Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986, S. 63.

<sup>97</sup> Ulrich Beck, Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt am Main 1988, S. 75.

<sup>98</sup> Manuel Eisner, Einleitung, in: Manuel Eisner et al., Risikodiskurse, 2003, S. 11-22, hier S. 11.

Auch Patrick Kupper ortete den entscheidenden Schlüssel in der „Gesellschaftsgeschichte dieser Jahre“. Patrick Kupper, Die „1970er Diagnose“, 2003, S. 342.

<sup>99</sup> So etwa der Pharmakologieprofessor Peter Gaudenz Waser, in: Rudolf W. Meyer (Hg.), Das Problem des Fortschritts – heute, Darmstadt 1969, S. 202-226, hier S. 213-214.

<sup>100</sup> Vgl. dazu Hansjörg Siegenthaler, Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit, in: Jean-Daniel Blanc, Christine Luchsinger (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 11-17, hier S. 14; Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz 1914–1984, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6, Stuttgart 1987, S. 482-512, hier S. 502-503.

danz, wirtschaftlich in den Prinzipien des Arbeitsfriedens äusserte. Nicht selten machte sich in der damaligen Gesellschaft sogar eine gewisse Erstarrung bemerkbar, wie etwa im skizzierten Naturschutzdiskurs. So vermochten die Naturschützer mit ihren nostalgisch-patriotischen Wahrnehmungs- und Denkstrukturen auf die neuen Gefahrendimensionen keine Antworten zu geben.

Mit Hansjörg Siegenthalers Theorie des sozioökonomischen Wandels lässt sich die gesellschaftliche Stabilität der 1950er und 1960er Jahre als Ausdruck einer „Strukturperiode“ interpretieren.<sup>101</sup> In solchen Phasen bleibt die soziale Entwicklung insofern stabil, als die kognitiven Regelsysteme – Siegenthaler bezeichnet diese als „Struktur“ der Gesellschaft – quasi unverändert bleiben. Die Menschen halten an Normen und Werten fest, nach denen sie aus der alltäglichen Informationsflut die relevanten Nachrichten herausfiltern, verarbeiten und interpretieren. Zwar findet mit dem ‚regelgebundenen Lernen‘ auch in Strukturperioden ein Prozess der Wissenserweiterung statt. Weil sich dieser aber im Rahmen der „verfügbaren und vertrauten Regeln der Selektion und Interpretation“ vollzieht, bestehen die grundlegenden Konzepte, die von Welt und Wirklichkeit entworfen werden, fort.<sup>102</sup> Regelvertrauen und Zukunftssicherheit hielten in den 1950er und 1960er Jahren „den volkswirtschaftlichen ‚Wachstumsmotor‘ auf Touren“.<sup>103</sup> Die Stabilität der soziokulturellen Leitbilder kontrastierte deshalb mit dem technoökonomischen Wandel, welcher die dynamische Seite der nachkriegszeitlichen Strukturperiode bildete.

Der Modernisierungsprozess höhnte freilich die vertrauten Lebenswelten aus. Aus einer historischen Perspektive klafften so in der Nachkriegszeit „Sein und Sollen“ immer mehr auseinander.<sup>104</sup> Ende der 1960er Jahre waren immer weniger Menschen bereit, nach hergebrachten Normen und Orientierungen zu leben. Nun entluden sich abrupt jene Spannungspotenziale, die sich während Jahren aufgebaut hatten. In diesem Prozess ging das Vertrauen in das innergesellschaftliche Koordinatensystem verloren. Lebensleitende Selbstverständlichkeiten wurden auf einmal in Frage gestellt, der Grundkonsens der Nachkriegszeit geriet ins Wanken. Damit schlug die Strukturperiode in eine Phase sozialer Unrast um, die mit Siegenthaler als „Orientierungskrise“ verstanden werden kann. So lassen sich die

---

<sup>101</sup> Grundlegend zu Siegenthalers zyklischem Modell über die Ungleichzeitigkeit von sozialem und wirtschaftlichem Wandel vgl. Hansjörg Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993. Ergänzend dazu vgl. Hansjörg Siegenthaler, Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter, in: Martin Dahinden (Hg.), Neue soziale Bewegungen und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987, S. 251-264, und Hansjörg Siegenthaler, Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit, 1994.

<sup>102</sup> Hansjörg Siegenthaler, Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter, 1987, S. 253.

<sup>103</sup> Jakob Tanner, Die Schweiz in den 50er Jahren, 1994, S. 23.

gesellschaftlichen Krisenerscheinungen ab Ende der 1960er Jahre als verschiedenartige Facetten des gleichen Grundphänomens interpretieren. Insgesamt ergeben sie das Bild einer verunsicherten Gesellschaft, die nach dem Verlust an Regelvertrauen um den Entwurf neuer Deutungsmuster rang. Gegenüber den regeltreuen Lernvorgängen rücken in Orientierungskrisen ‚fundamentale Lernprozesse‘ in den Vordergrund. In ihnen wird versucht, durch Modifikation des herkömmlichen Denkgefüges ein angemesseneres Bild der Wirklichkeit zu gewinnen. Das kognitive Regelsystem selbst wird revidiert, die Selektions- und Interpretationsmuster angepasst.<sup>105</sup> So lässt sich die ökologische Zäsur als Folge eines fundamentalen gesellschaftlichen Lernprozesses verstehen. Im Rahmen des Umweltdiskurses wird versucht, durch ein aktualisiertes Regelsystem ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu begründen.

Diese theoretischen Überlegungen verlangen nach einem methodischen Zugang, der auf die Kommunikation der untersuchten Akteure fokussiert. „Einsames Nachdenken“ – so Siegenthaler – führt allenfalls „zu neuen Einsichten, zu Vertrauen in solche Einsichten verhilft es nicht. Es scheint, als ob sich solches Vertrauen im Regelfalle erst im Rückhalt herstellt, [...] im Gespräch mit Leuten“.<sup>106</sup> Gesellschaftliche Denkgelungen und Normen werden also in kommunikativen Prozessen revidiert. Die Umweltprobleme – so die entsprechende theoretische Prämisse – wurden im Zuge intensiver sozialer Kommunikation entdeckt.<sup>107</sup>

Die historische Diskursanalyse ist eine Methode, die sich zur Untersuchung kommunikativer Prozesse anbietet.<sup>108</sup> Sie hat den Anspruch, historisch variable Wahrnehmungsweisen von Wirklichkeit und den Wandel sozialer Realitätsauffassungen zu untersuchen. Die vorliegende Arbeit lehnt sich an diskurstheoretische Überlegungen und an entsprechende Forschungsmethoden an. So ist im Kontext kommunikativer Prozesse vom Umwelt-, Atomenergie- oder vom Wirtschaftswachstumdiskurs die Rede. Eine wichtige Orientierungshilfe bildete eine

---

<sup>104</sup> Hansjörg Siegenthaler, *Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter*, 1987, S. 258.

<sup>105</sup> Kehrt das Vertrauen in die neuen Leitbilder zurück, wird das spannungsreiche Verhältnis von gesellschaftlichem und ökonomischem Wandel erneut auf den Kopf gestellt: Die Orientierungskrise weicht der Strukturperiode bzw. regelgebundenes Routinelernen dominiert gegenüber fundamentalen Lernprozessen. Der soziale Wandel tritt hinter die ökonomische Entwicklung zurück.

<sup>106</sup> Hansjörg Siegenthaler, *Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter*, 1987, S. 256.

<sup>107</sup> Dass die ökologische Bedrohung über kommunikative Prozesse definiert wird, mag auf den ersten Blick merkwürdig erscheinen. Die Umweltprobleme werden so nämlich erst dann gesellschaftlich relevant, wenn darüber gesprochen wird. Methodisch gesehen bietet diese Betrachtungsweise aber wesentliche Vorteile. Wenn nur das Gestalt annehmen kann, worüber auch gesprochen wird, kann umgekehrt das Verhältnis zur Umwelt durch die Analyse der entsprechenden Kommunikationsprozesse einer historischen Untersuchung unterzogen werden. Der Umweltdiskurs wird so analytisch handhabbar gemacht.

<sup>108</sup> Zur Verknüpfung der Theorie des sozialen Wandels mit der Methode der historischen Diskursanalyse siehe auch Patrick Kupper, *Die „1970er Diagnose“*, 2003, S. 331-333. Für angewandte Beispiele vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, und Jörg Wanzek, *Komplexe Natur – Komplexe Welt*, 1996.



Arbeit von Achim Landwehr, der 2001 einen handhabbaren Zugang zur historischen Diskursanalyse schuf.<sup>109</sup>

Obschon die vorliegende Arbeit einen diskurstheoretischen Ansatz verfolgt, wird nicht ein rein diskursanalytisches Forschungsprogramm umgesetzt. Eine diskurstheoretische Perspektive dient vielmehr als Hilfsmittel, um die kommunikativen Prozesse der ausgewählten Linksparteien untersuchen zu können. Eine radikale konstruktivistische Ansicht, wonach die historischen Akteure der immanenten Macht der Diskurse vollständig unterzuordnen sind, wird in dieser Arbeit nicht geteilt. Zwar bildet ein Diskurs zu einer bestimmten Zeit den Rahmen, der das Denken, Sprechen und Handeln der Menschen eingrenzt.<sup>110</sup> Dennoch bilden diskursive Strukturen kein eisernes Gehäuse, dem die historischen Subjekte quasi als Gefangene deterministisch ausgesetzt sind. Achim Landwehr schreibt dazu, dass historische Akteure im Rahmen vorgegebener Horizonte „Raum für Abweichungen und individuelle Handlungsweisen“ haben und nicht zwingend einem vorgegebenen Schema folgen müssen.<sup>111</sup> Individuen sowie soziale Gruppen – wie die in dieser Arbeit untersuchten Parteien – nehmen innerhalb der durch diskursive Regeln vorgegebenen Strukturen Positionen ein, die durch unterschiedliche Werthaltungen, Weltbilder und politische Positionen geprägt sind. Vor diesem Hintergrund geht es in dieser Arbeit nicht primär um die Rekonstruktion gesamtgesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen oder allgemein akzeptierter Wirklichkeits- und Rationalitätsstrukturen. Nachzugehen ist vielmehr den Denkpositionen und Handlungsoptionen, welche sich für die Linksparteien aus der Teilhabe am Umweltdiskurs ergaben. Deshalb nimmt diese Arbeit jene Aussagen in den Forschungsfokus, welche die Linksparteien zur Umweltproblematik machten. Innerhalb des gewählten Zeitrahmens ist also zu untersuchen, wodurch sich die ökologisch geprägte Kommunikation der schweizerischen Linksparteien auszeichnete. Dabei müssen auch die Motive der historischen Akteure in den Blick genom-

---

<sup>109</sup> Achim Landwehr, *Die Geschichte des Sagbaren: Einführung in die historische Diskursanalyse*, Tübingen 2001. Für weitere Hinweise zur forschungspraktischen Umsetzung der historischen Diskursanalyse vgl. Peter Haslinger, *Diskurs, Sprache, Zeit, Identität. Ein Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Themenheft ‚Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte‘*, Band 4, Innsbruck 2005, S. 33-59, und Reiner Keller, *Wissen oder Sprache? Für eine wissensanalytische Profilierung der Diskursforschung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Das Gerede vom Diskurs*, 2005, S. 11-32.

<sup>110</sup> Angestoßen von Michel Foucault hat der Diskursbegriff seit Ende der 1960er Jahre Eingang in die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung gefunden. Doch diese Karriere verlief unübersichtlich, denn Linguisten, Soziologen oder Historiker gaben auf die Frage, was unter dem Begriff eigentlich zu verstehen sei, unterschiedliche Antworten. Die vorgenommene Arbeitsdefinition orientiert sich an Achim Landwehr, der sich wiederum an Michel Foucault anlehnte. Achim Landwehr, *Die Geschichte des Sagbaren*, 2001, S. 97-102; Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main 1973 (Original: *L'archéologie du savoir*, Paris 1969); Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970, Frankfurt am Main 1991. Siehe auch Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2003; *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Das Gerede vom Diskurs*, 2005.

<sup>111</sup> Achim Landwehr, *Die Geschichte des Sagbaren*, 2001, S. 129-130.

men werden, da Erwartungen oder politische Ziele das Reden, Denken und Handeln beeinflussen können. Im Bereich der Politik zeigen sich häufig konkurrenzierende Versuche, ein legitimes Weltbild zu etablieren. Hinsichtlich der schweizerischen Linksparteien ist nach Charakteristika zu suchen, welche beim Problematisieren von Fortschritt, Wachstum und Technologie die umweltpolitische Kommunikation der 1970er und 1980er Jahre strukturierten. Der ausgewählte Quellenfundus soll sowohl auf Regelmässigkeiten als auch auf Brüche untersucht werden. Dabei sind die mit der Umweltkrise zusammenhängenden Wahrnehmungsweisen, Problemzuschreibungen oder Lösungsansätze zu eruieren und der Wandel der zentralen Vorstellungsmuster der Linken zu analysieren.

Obschon Diskurse von unpersönlichen Sprachstrukturen her zu begreifen sind, werden in diese Arbeit auch die politischen Praktiken der historischen Akteure miteinbezogen. Wegen der Fokussierung auf kommunikative Prozesse wird der Diskursanalyse häufig vorgeworfen, das konkrete Handeln der Menschen nicht erfassen zu können. Mit Philipp Sarasin lässt sich darauf antworten, dass Handlungen, Gesten oder Gegenstände zwar nicht sprachlich verfasst sind, diese aber nur gesellschaftliche Relevanz erlangen können, „weil ihnen diskursiv eine Bedeutung zugeschrieben wurde/wird“.<sup>112</sup> Der Prämisse entsprechend, wonach in der sozialen Welt auch nichtsprachliche Dinge über kommunikative Prozesse bedeutsam werden, wird in dieser Studie das umweltpolitische Handeln der Linksparteien insofern erfasst, als Aussagen *über* Praktiken mitberücksichtigt werden.

Abschliessend stellt sich hier die Frage, anhand welcher Quellen die gestellten Forschungsfragen untersucht werden und berücksichtigte Quellendokumente klassifiziert werden können. Die Quellenlage stellte insofern eine Herausforderung dar, als es eine Fülle an Archiv- und Publikationsmaterial zu bearbeiten galt. Es lassen sich einerseits veröffentlichte Texte, andererseits für den internen Gebrauch bestimmte Dokumente auseinander halten.<sup>113</sup> Beide Quellenkategorien zeichnen sich bei der Analyse von Diskursen durch bestimmte Vor- und Nachteile aus. Die internen Dokumente halten in der Regel kommunikative Prozesse fest, die im vertraulichen Rahmen stattfanden. Sie erlauben einen intimeren Einblick, da die beteiligten Personen nicht unter öffentlicher Beobachtung standen und relativ ungezwungen argumentieren konnten. Besonders aus Beschlussprotokollen aber lassen sich Motive oder abweichende Meinungen nicht oder nur eingeschränkt rekonstruieren. Veröffentlichte Texte hingegen zwingen zu ausführlicheren Darstellungen, weil über den eigenen Kreis hinaus ein breites Publikum angesprochen wird. Dass die externe Vermittlung eigener Standpunkte von

---

<sup>112</sup> Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, 2003, S. 36.

<sup>113</sup> Vollständige Auskunft über das bearbeitete Quellenmaterial gibt die Bibliographie.

politischen Interessen geleitet wird, ist nicht nur als Problem zu erachten. Gewisse Aspekte werden zwar allenfalls absichtlich betont oder ausgelassen: Immerhin aber lässt sich rekonstruieren, wie bestimmte Weltbilder argumentativ legitimiert werden sollten.

Für die Sichtung unveröffentlichter Quellen war das Schweizerische Sozialarchiv mit seinen Beständen zum gesellschaftlichen Wandel, zur Arbeiter-, Studenten- und Umweltbewegung die wichtigste Anlaufstelle.<sup>114</sup> Den umfangreichsten Quellenbestand gibt es zur SPS, wobei im Sozialarchiv unzählige Protokolle, Arbeitsunterlagen oder Korrespondenzen erschlossen sind. Als besonders wertvoll erwiesen sich neben programmatischen Unterlagen die Parteitagprotokolle, denn darin sind zahlreiche Debatten um die ökologische Neuorientierung der SPS festgehalten. Die Archivbestände zur PdAS sind zersplittert und lückenhaft. Im Sozialarchiv sind Organisationsakten, Unterlagen zur Parteigeschichte, Drucksachen und Fotodokumente zu finden. Zu den POCH finden sich im Sozialarchiv die Unterlagen der Sektionen Zürich und Bern. Diese beinhalten neben parteigeschichtlichen Akten auch Positionspapiere oder Dokumente zu Aktionen, Wahlen und Abstimmungen. Verwertbar waren insbesondere die Unterlagen zur Verkehrs- und Atompolitik. Um den Kampf der POCH gegen das AKW Kaiseraugst zu dokumentieren, wurden zudem Quellen des Staatsarchivs Basel-Stadt gesichtet. Zur RML sind im Sozialarchiv insbesondere Akten der Leitungsorgane, programmatische Papiere, Schulungsunterlagen und Dokumente befreundeter Organisationen einsehbar. Fokussiert wurde wiederum auf Unterlagen zur Wirtschafts-, Atomenergie- und Umweltschutzpolitik der 1970er und 1980er Jahre.

Mit thematischen Broschüren, Partei- und Aktionsprogrammen, publizistischen Texten oder Manifesten hinterliessen die untersuchten Parteien eine beträchtliche Menge an gedrucktem Material, das in die Untersuchung miteinbezogen werden konnte. Als besonders wertvoll erwiesen sich die Zeitungen und Periodika der einzelnen Organisationen. Die „Zeitung der POCH“ – sie wurde ab April 1974 unter den Namen „POCH-Zeitung“ herausgegeben – erschien zum ersten Mal im Oktober 1971. Bis zu ihrem Namenswechsel wurde sie alle zwei Wochen, danach wöchentlich gedruckt. Im Herbst 1987 wurde die letzte Ausgabe publiziert. Zudem gaben die POCH mit den „Positionen“ zwischen Dezember 1974 und Juli 1986 viermal im Jahr ein politisches Magazin heraus. In der Öffentlichkeit war die RML vorab durch „La brèche“ präsent, die im Oktober 1969 zum ersten Mal herausgegeben wurde. Mit „Die Bresche“ erschien die Parteizeitung ab dem November 1971 auch auf Deutsch, zunächst im Monatsrhythmus, nach dem Oktober 1974 alle zwei Wochen. Beim „Vorwärts“ handelt es

---

<sup>114</sup> Zu erwähnen sind hier die Archive der SPS (SOZARCH Ar 1), der PdAS (SOZARCH Ar 459), der POCH Zürich (SOZARCH Ar 56), der POCH Bern (SOZARCH Ar 66) und der RML (SOZARCH Ar 65).

sich um das deutschsprachige Publikationsorgan der PdAS, welches ab 1945 als Tages-, nach 1957 als Wochenzeitung erschien. In der Westschweiz war die PdAS mit „Voix ouvrière“ präsent, welche 1986 in „VO réalités“ umbenannt wurde. Von den sozialdemokratischen Zeitungen wurde das „Volksrecht“ in die Untersuchung miteinbezogen, welches zwischen Januar 1970 und Mai 1973 unter dem Titel „Zürcher AZ“ erschien. Berücksichtigt wurden ebenfalls Artikel der „Berner Tagwacht“. Schließlich erschien im gewählten Untersuchungszeitraum eine sozialdemokratische Zeitschrift, die mit „Rote Revue“, „Profil“ und „Profil/Rote Revue“ verschiedene Namen trug.

### 3.6 Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit umrahmen Einleitung und Schluss zwei ausdifferenzierte empirische Hauptkapitel, die jeweils einem spezifischen Umweltthema nachgehen. Kapitel 2 – dieses beschäftigt sich mit dem Wirtschaftswachstumdiskurs – beginnt über ein Unterkapitel mit einem historischen Rückblick auf die Nachkriegszeit. Dargestellt wird, wie sich die Parteien der traditionellen Linken durch die Entwicklung eines materiellen Fortschrittsverständnisses in einen verbreiteten Wachstumsoptimismus einfügten. Die PdAS mass den industriellen Wachstumsziffern einen zentralen Stellenwert bei und vertrat die Idee, dass die Natur vollumfänglich in den Dienst des Menschen zu stellen sei. Dann wird gezeigt, dass die SPS zwar keine vergleichbar weitgehenden Vorstellungen entwickelte, sie die ökonomische Produktivitätssteigerung aber nahezu uneingeschränkt als glücksbringenden Wohlfahrtsfaktor unterstützte. Obschon die Paradigmen der Wachstumsgesellschaft durch die 68er-Bewegung erstmals kritisiert wurden, verschrieben sich die Parteien der Neuen Linken der Erneuerung des sozialistischen Fortschrittsdenkens.

Das Subkapitel 2.2 befasst sich mit dem Umweltschock der frühen 1970er Jahre, in dessen Folge die ‚Grenzen des Wachstums‘ breit diskutiert wurden. Hinsichtlich der traditionellen Linken ist zu schildern, wie Zukunftsgewissheiten durch die Herausbildung eines ökologischen Bewusstseins erschüttert wurden. Innerhalb der Neuen Linken äusserte sich die Angst vor einem Wachstumskollaps dergestalt, dass sich ein Teil ihrer Mitglieder und Anhänger der Zurück-zur-Natur-Bewegung anschlossen.

In Unterkapitel 2.3 wird die Auseinandersetzung der Linksparteien in der ersten Hälfte der 1970er Jahre mit der Idee des Nullwachstums untersucht. Obschon ein Wachstumsstopp verworfen wurde, haben allen voran die POCH verschiedene Auswüchse des Expansionsprozesses bekämpft. Es wird beschrieben, wie die Wachstumsgegner im Zuge der Wirtschaftskrise verstummten, ohne dass die ökologischen Probleme durch die Wirtschaftsschrumpfung entschärft worden wären.

Das Unterkapitel 2.4 thematisiert, wie die Linksparteien in der Verbindung von Sozialismus und Ökologie ideologisch auf die Umweltkrise zu reagieren versuchten. Die Bestandteile der

ökosozialistischen Vorstellungswelt werden analysiert, und es wird gezeigt, wie diese neue Betrachtungsweise mit dem Marx'schen Werk belegt werden sollte. Daraufhin werden im Rahmen einer kritischen Würdigung die politisch-argumentativen Funktionen der ökosozialistischen Prämissen betrachtet.

Mit den politischen Strategien zur Überwindung der ökonomisch-ökologischen Gegensätze befasst sich das Unterkapitel 2.5. Fokussiert auf die traditionelle Linke wird geschildert, in welcher Weise sich SPS und PdAS vom quantitativen Wachstumsideal der Nachkriegszeit verabschiedeten. Die POCH wiederum verloren den Glauben an die Versöhnlichkeit von Ökonomie und Ökologie, weshalb sie im Verlauf der 1980er Jahre mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik grundsätzlich brachen. Die SPS durchlief im gleichen Zeitraum insofern eine Kehrtwende, als sie den Schutz der Umwelt dank der Instrumente der modernen Umweltökonomie nicht mehr gegen, sondern mit der Marktwirtschaft durchzusetzen gedachte.

Kapitel 3 ist dem Atomenergiediskurs gewidmet. Ein erstes Unterkapitel zum Atomzeitalter klärt wiederum die Positionen der Nachkriegszeit, um eine Kontrastfolie zu den Umbrüchen ab den 1970er Jahren zu legen. Zunächst wird erörtert, wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Mythos einer atomaren Ära entstand. Sodann werden die Zukunftsvorstellungen betrachtet, welche PdAS und SPS unter dem Eindruck einer Zeitenwende um die zivile Verwertung der Nukleartechnologie entwarfen. Diese Atomeuphorie der traditionellen Linken wird insofern in den herrschenden Konsens eingeordnet, als das Atomzeitalter als gesellschaftsübergreifende Fortschrittsutopie beschrieben wird.

Das Unterkapitel 3.2 befasst sich mit der Genese des Anti-AKW-Diskurses. Unterschieden werden drei aufeinanderfolgende Diskurstypen, die jeweils durch spezifische Merkmale gekennzeichnet waren. Die Widerstandscharakteristika der 1950er und 1960er Jahre werden als kulturkritisch-reaktionär umschrieben, wobei auch die vereinzelt Kritiker aus den Reihen der traditionellen Linken Erwähnung finden. Auf diese erste Phase folgte in den Jahren 1969-1972/73 ein gemässigt-juristischer Anti-AKW-Diskurs, der auch in manchen Linksparteien tiefere Spuren hinterliess. Ab 1972/73 etablierte sich im Zuge der ‚1970er Diagnose‘ ein politisch-weltanschauliches Protestmuster, unter dessen Eindruck die Linke in den Anti-AKW-Diskurs einzustimmen begann.

Das Subkapitel 3.3 fokussiert auf die Vorstellungswelten und Beweggründe, welche den linken Anti-AKW-Diskurs nach der ökologischen Zäsur strukturierten. Zunächst geht es um die Art und Weise, in der die Neue Linke mit einer antikapitalistischen Politisierungsstrategie soziopolitische Aspekte des Atomprogramms thematisierte und anschließend um die Kritik der untersuchten Linksparteien – angeregt durch Robert Jungk – an freiheitsfeindlichen Aspekten des ‚Atomstaates‘. Der Prozess der Loslösung der Linksparteien von den Fort-

---

schrittsversprechen der Atomenergie unter gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Aspekten schliesst das Kapitel zur Nukleartechnologie ab.

Als Schluss konzipiert ruft Kapitel 4 zunächst die modernisierungseuphorischen Positionen der Nachkriegszeit in Erinnerung. In diesem Kontext wird gefragt, weshalb sich aus den Reihen der traditionellen Linken kaum jemand mit den Schattenseiten des technoökonomischen Entwicklungsprozesses beschäftigte. Auf die ‚1970er Diagnose‘ reagierte POCH und RML-Vertreter am heftigsten, wobei sie auch die ökologischen Lernprozesse der etablierten Linksparteien beeinflussten. Auch die traditionelle Linke vollzog im Zuge der 1970er Diagnose einen tiefgreifenden Wertewandel, was mit der Neubewertung der Atomenergie und der ökonomischen Entfaltung zu belegen ist. Wachstum und Technologie wurden aber nicht grundsätzlich verworfen, sondern sollten auf wünschenswerte Anwendungen hin ausgerichtet werden. Schliesslich wird gezeigt, dass die ökologische Umorientierung SPS und PdAS vor eine schwere Zerreissprobe stellte.

## 4 Der Wirtschaftswachstumdiskurs

### 4.1 Die Wachstumseuphorie

#### 4.1.1 Die PdAS: Die totale Ökonomisierung der Natur

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die PdAS von einem erwartungsfrohen Optimismus erfüllt: „Der Sozialismus marschiert“, titelte der Vorwärts am 1. Mai 1946, „die Arbeiterschaft der ganzen Erde blickt vorwärts in die bessere Zukunft einer sozialistischen Welt“.<sup>115</sup> In dieser glänzenden Zukunft sahen die Kommunisten Ausbeutung und Not verschwunden, halte doch der moderne Mensch „die Werkzeuge der Weltbeherrschung in seiner Hand“. Mit der Technik habe er „wilde Naturkräfte gezähmt und in seinen Dienst gestellt“, durch das „moderne Produktionswesen“ seien „Hungerkatastrophen zu bannen“. Doch trotz dieses fortschreitenden Potenzials sahen die Kommunisten die Schweiz nicht frei von Sorge und Furcht, denn hier glaubten sie die Wende zum Besseren durch den Kapitalismus blockiert. Gerade Wissenschaft und Technologie – eigentlich dazu bestimmt, den Menschen von den Tücken der Natur zu befreien – sah man in den „Ketten des Profites“ gefangen.<sup>116</sup> So brachte die PdAS unzählige Male zur Sprache, dass eine derartige Gesellschaft ausserstande sei, „die Weiterentwicklung der Menschheit zu fördern, geschweige denn zu leiten“.<sup>117</sup>

Diese Analyse behielt ihre charakteristischen Muster auch mit Blick auf die Wirtschaft. Innerhalb der PdAS war von Beginn an ein Denkmuster etabliert, in welchem der Kapitalismus für Unrecht, Rückständigkeit und Not stand. In allen erdenklichen Facetten symbolisierte dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem also Stagnation und Niedergang. Umgekehrt war der Sozialismus ein Synonym für Dynamik und Fortschritt, welcher in jeglicher Hinsicht ein sorgenfreies Leben verhies. Diese andere, bessere Ordnung versprach in wirtschaftlicher Hinsicht „die Schaffung einer neuen Schweiz [...], in der die Ausbeutung des Menschen, die Unsicherheit vor dem kommenden Tag, die Arbeitslosigkeit und das Elend verbannt sein werden“.<sup>118</sup> Der Sozialismus sollte das verschlossene Wirtschaftspotenzial gleichsam von den kapitalistischen Fesseln befreien und den Stillstand – Hunger, Not, Ausbeutung oder Obdachlosigkeit – auf ewig durchbrechen. Die „Herrschaft des allgemeinen Wohlstands“ war so die „grosse geschichtliche Mission“ aller Kommunisten.<sup>119</sup> Das angestrebte Zeitalter wiederum sah „einen derartigen Aufschwung der Produktivkräfte und einen derartigen Reichtum

---

<sup>115</sup> Vorwärts, Sondernummer zum 1. Mai 1946, S. 1.

<sup>116</sup> Vorwärts, 22.2.1951, S. 3.

<sup>117</sup> Vorwärts, 22.2.1951, S. 3.

<sup>118</sup> Entschliessung der Landeskonferenz der Partei der Arbeit der Schweiz vom 8.–10. Juni 1957, in: Vorwärts, 21.6.1957.

<sup>119</sup> Vorwärts, 14.2.1946.

der Gesellschaft vor, dass es möglich sein wird, die ständig wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen und für eine allseitige Entwicklung jedes ihrer Mitglieder zu sorgen“.<sup>120</sup> Der Kommunismus erschien so als Wirtschafts- und Konsumparadies, in welchem die technoökonomische Entfaltung alle Wünsche zu erfüllen versprach.

Das Bild vom bremsenden Kapitalismus hielt die PdAS selbst dann aufrecht, als die wirtschaftliche Hochkonjunktur einsetzte. Denn aus der Sicht der Kommunisten machten sich Banken, Industrie und Handel daran, einseitig vom ökonomischen Hoch zu profitieren. Die Arbeiterschaft hingegen blieb aus kommunistischer Perspektive auf der konjunkturellen Schattenseite zurück. Eine reiche Schweiz sei also nur die halbe Wahrheit, tatsächlich sah die PdAS darin nichts anderes als einen Mythos, „ein schönes Märchen“.<sup>121</sup> Da im Zuge des materiellen Aufschwungs aber immer weniger von Armut und Not die Rede sein konnte, versuchte die PdAS, ihre proletarische Verelendungsthese über die Kluft zwischen Arm und Reich aufrechtzuerhalten. Aufgrund des Gegensatzes zwischen der Lohn- und Produktivitätsentwicklung und des Geldentwertungsprozesses sollte sich die Schere weiter öffnen.<sup>122</sup> Aus diesem Ungerechtigkeitsempfinden heraus leitete sie die Existenz des Klassenkampfes ab: Betrogene und Nutzniesser der Hochkonjunktur sah die PdAS dabei unversöhnlich gegenüberstehen.

Nun hatte die PdAS mit ihren ökonomischen Analysen Recht und Unrecht zugleich. Einerseits waren es tatsächlich die Unternehmer, welche von der Hochkonjunktur am meisten profitierten. Dass sich nämlich der Wohlstand auf immer weitere Bevölkerungskreise ausdehnte, war nicht die Folge eines gerechteren Verteilungsmodus. Die Reallöhne – so beeindruckend die Erhöhungen auch waren – blieben zwischen 1950 und 1970 immer hinter der Produktivitätsentwicklung zurück.<sup>123</sup> Da die Gehälter nicht mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung mithielten, fand vielmehr eine volkswirtschaftliche Einkommensverteilung zuungunsten der Arbeitnehmer statt. So schnitten die einen ein immer grösseres Stück aus dem Wohlstandskuchen heraus, während sich die anderen – relativ gesehen – mit einem kleineren Anteil begnügen mussten. Andererseits war die Hebung des allgemeinen Lebensstandards unbestreitbar. Auch den Arbeiterhaushalten standen immer mehr Mittel für Konsum- oder Luxusgüter, für Kultur-, Ferien- und Freizeitaktivitäten zur Verfügung.<sup>124</sup> Mit solcherlei Seg-

---

<sup>120</sup> Vorwärts, 28.4.1961.

<sup>121</sup> Vorwärts, 13.5.1955, S. 3.

<sup>122</sup> Vgl. exemplarisch Vorwärts, 23.4.1955, S. 1; Vorwärts, 13.5.1955, S. 3.

<sup>123</sup> Hansjörg Siegenthaler, Schweiz 1910–1970, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Band 5, Stuttgart 1986, S. 245-275, hier S. 253-254; Urs Ernst, Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz: Stand und Entwicklung der persönlichen Einkommens- und Vermögensverteilung, Diessenhofen 1983, S. 213 ff.; Henner Kleinewefers, Inflation und Inflationsbekämpfung in der Schweiz, Frauenfeld 1976, S. 150-155.

<sup>124</sup> So setzte nach dem Zweiten Weltkrieg jener Prozess ein, den Jakob Tanner mit „Abschied von der ‚Proletariat‘“ zitierte. Jakob Tanner, Die Schweiz in den 50er Jahren, 1994, S. 35.



nungen verebbte das Gefühl der sozialen Benachteiligung.<sup>125</sup> Statistisch aufbereitet war die Bevorteilung der Unternehmer zwar ersichtlich. Zur Sprache gebracht wurde das missliche Thema der Ungleichheitsrelationen aber immer weniger. Die Gewerkschaften etwa nahmen in Kauf, dass die Lohn- nicht mit der Produktivitätsentwicklung mithielt.<sup>126</sup> Auch die SPS setzte mehr auf die Vergrößerung des Wachstums als auf den Umverteilungsstreit um ein paar Lohnprocente.<sup>127</sup> So hat sich mit dem kollektiven Wohlstand der Nachkriegszeit die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit verändert. Gleichzeitig begann die Plausibilität sozialer Klassen zu schwinden. Was man einst als Arbeit und Kapital verfeindet glaubte, sah man im Wirtschaftswachstum der Aussöhnung nahe.

Dieses Klima machte vor allem den Kommunisten zu schaffen, die kein Interesse an einer Öffnung der traditionellen Klassenschranken hatten. Im Wirtschaftsaufschwung musste die PdAS mitverfolgen, dass „Klassenkampf ein leeres Wort, Proletariat eine Beleidigung, Ausbeutung ein den Grossvätern zu überlassender Begriff, Arbeiter oder Arbeiterschaft ein anrüchiges, an Schweiß und Not vergangener Zeiten erinnerndes Etikett, Kapitalist eine unzutreffende Bezeichnung für tüchtige und reiche Menschen und damit Kapitalismus ein undifferenziertes Schlagwort geworden“ war.<sup>128</sup> So wurden ihre eigenen Ziele und Analysen durch die kapitalistische Produktivkraftentfaltung laufend diskreditiert. Dennoch hielt die Partei mit ihrer traditionellen Terminologie die alten Überlieferungen aufrecht. Dass sie mit den entsprechenden Kategorien die Realität immer weniger zu fassen vermochten, wurde ignoriert. So sprach die PdAS weiter von der proletarischen Verelendung, in einer Zeit, in welcher fast alle immer mehr hatten. Dass die technoökonomische Entwicklung der Nachkriegszeit keinen Zündstoff für eine Umwälzung lieferte – sondern gesellschaftliche Konflikte im Gegenteil entschärfte – wollten die Kommunisten keinesfalls wahrhaben. Deshalb hielt die PdAS am Klassencharakter der Industriegesellschaft fest und verweigerte dem Kapitalismus ungebrochen die Aussöhnung. Die kommunistische Fortschrittsutopie durfte auf keinen Fall aufgegeben werden.

Den Hebel des ökonomisch-kommunistischen Entfesselungsprojektes sah die PdAS von Beginn an in der Verstaatlichung.<sup>129</sup> Über die Sozialisierung sollte das Privateigentum an

---

<sup>125</sup> „Die Klassengesellschaft wird insgesamt eine Etage höher gefahren“, kommentierte Ulrich Beck den wachstumsgetriebenen „Fahrstuhl-Effekt“ der Nachkriegszeit. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986, S. 122.

<sup>126</sup> Angelus Eisinger, ‚Trockene Realitätspolitik‘ – die Wirtschaftspolitik des SMUV in den 50er und 60er Jahren zwischen Sozialpartnerschaft, Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt, in: *Rote Revue*, Nr. 1, 1999, S. 39-42, hier S. 40; Hansjörg Siegenthaler, *Schweiz 1910–1970*, 1986, S. 253-254.

<sup>127</sup> So führte Alt-Bundesrat Max Weber 1959 zum neuen Parteiprogramm aus: „Es ist eine Binsenwahrheit, dass nicht mehr verteilt werden kann, als vorhanden ist. Daher muss die Erhöhung der Produktivität an den Anfang gestellt werden.“ Max Weber, zitiert nach Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 349.

<sup>128</sup> *Vorwärts*, 28.4.1966, S. 1.

<sup>129</sup> Schon 1944 setzte sich die PdAS „die Nationalisierung der Privatbanken, der privaten Versicherungsgesellschaften, der industriellen Unternehmungen von nationaler Bedeutung, der Transportunternehmungen, Kraftwer-

Produktionsmitteln zum Verschwinden gebracht werden. Die gesellschaftliche Produktion versprach den wirtschaftlichen Fortschritt gleich doppelt zu beschleunigen. Einerseits sollte die planmässige Lenkung dem „kapitalistischen Krisenbazillus“ den Garaus machen.<sup>130</sup> Ohne Konkurrenzdruck und Profitdruck müsse die Planwirtschaft das materielle Lebensniveau in ungeahnte Höhen treiben. Andererseits sollte diese Wirtschaftsform die ‚kapitalistische Schmarotzerei‘ ausschalten und den Ertrag der Arbeit allen zugänglich machen. Das ökonomische Fundament der neuen Gesellschaftsordnung sollte also durch beständiges, krisenresistentes Wachstum gesichert werden. So sah die PdAS im sozialistischen Wirtschaftssystem die Möglichkeit, in noch „nie dagewesenem Tempo vorwärtszuschreiten“.<sup>131</sup>

Nun hatte die PdAS in der Schweiz keine Chance, ihr Verstaatlichungsprojekt politisch in die Tat umzusetzen. In der historischen Phase einer einzigartigen Wohlstandssteigerung wurde das kommunistische Wohlstandsversprechen zunehmend sinnlos, und die Wiederbelebung des Klassenkampfes blieb ein hoffnungsloses Unterfangen. Wie sich die PdAS den Aufbau des Kommunismus aber vorstellte, macht das Beispiel der UdSSR sichtbar. Weil man dort die zukunftssträchtigen Bedingungen erfüllt wähnte, sollte im sowjetischen Wirtschaftsmodell der sozialistische Wachstumsturbo zünden. Tatsächlich stellte in der UdSSR das Vorantreiben der Industrialisierung eine der wichtigsten ideologischen Säulen dar. Schrittmacher der wirtschaftlichen Entfaltung waren Fünfjahrespläne, welche seit 1928 den ehrgeizigen Rhythmus des Wachstums vorgeben. Mehr Eisen und Stahl, mehr Erdöl, Kohle und Erdgas, mehr Maschinen, mehr Verkehr, mehr Lebens- und Konsumgüter: In regelmässigen Abständen sollte die industrielle Gesamtproduktion wieder und wieder gesteigert werden.<sup>132</sup> So waren diese Pläne ganz auf Masse getrimmt. Qualitative Gesichtspunkte traten hinter quantitative Aspekte zurück, und Nutzen oder Nachfrage spielten nicht selten eine untergeordnete Rolle. Doch mit den Wachstumsraten glaubte man den wirtschaftlichen Fortschritt fassen zu können, waren Produktionsziele doch in einfachen Prozentzahlen festlegbar.

Die idyllischen Zukunftsvisionen der PdAS wurden durch die wirtschaftlichen Versprechen der sowjetischen Führerschaft gefestigt. 1961 etwa sagte Chruschtschow eine „aufregende und strahlende Zukunft des Kommunismus“ voraus, werde das Sowjetvolk doch bald im materiellen Überfluss schwelgen.<sup>133</sup> In der UdSSR kontrastierten solche hochfliegenden Ankündigungen mit der ernüchternden Realität. Die PdAS indessen sah ihr Bild eines wirtschaftlich

---

ke usw.“ zum Ziel. Aktionsprogramm der PdAS, beschlossen vom ersten Parteitag am 14./15. Oktober 1944 in Zürich, in: PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit? Zürich 1945, S. 81-85, hier S. 84.

<sup>130</sup> Vorwärts, 14.2.1946.

<sup>131</sup> Vorwärts, Sondernummer zum 1. Mai 1946.

<sup>132</sup> Die PdAS hat die sowjetischen Fünfjahrespläne mit grossem Interesse verfolgt. Im Vorwärts wurden die sowjetischen Vorgaben jeweils abgedruckt. Vgl. exemplarisch den Fünfjahresplan 1951–1955 in: Vorwärts, 25.8.1952; Vorwärts, 4.10.1952.

entfesselten Landes bestätigt. So wirkte die UdSSR als riesige Projektionsfläche, ja man sah in diesem Land – mit Chruschtschows Worten – „die Leuchte des menschlichen Fortschritts“.<sup>134</sup> Die wirtschaftliche Dynamik spiegelte sich für die PdAS in verschiedensten Facetten, in sinkenden Preisen, guten Löhnen, erschwinglichen Autos, Kaviar für alle.<sup>135</sup> In der planwirtschaftlich organisierten Sowjetunion sah die PdAS also ihr Vorbild, machte man sich dort doch offenbar daran, über die maximale Produktivitätssteigerung „einen Überfluss an materiellen und geistigen Gütern“ zu erschaffen.<sup>136</sup>

Nun ging es der PdAS um mehr als nur um den sowjetischen Lebensstandard. Mit der Revolution im zaristischen Russland war nämlich paradoxerweise einer der industriell rückständigsten Staaten Europas zum Zentrum einer Bewegung geworden, die sich selbst mit dem Fortschritt identifizierte. Deshalb wollte die PdAS mit der sowjetischen Dynamik den wirtschaftlichen Überlegenheitsanspruch des Sozialismus beweisen. Die kapitalistische Produktion ein- und überholen – das musste das Ziel der anderen, besseren Gesellschaftsordnung sein. Im Wettlauf zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen mass die PdAS der ökonomischen Entfaltung also eine Schlüsselstellung zu. Dass der Sozialismus das rückständige Russland in die ökonomisch prosperierende Sowjetunion verwandelte, deutete man deshalb als Zeichen der Zeit. Die sozialistische Produktivkraft galt als Ergebnis eines historischen Prozesses, in welchem sich umgekehrt die Unterlegenheit der kapitalistischen Ordnung ausdrücken sollte.<sup>137</sup>

Im quantitativen Fortschrittsverständnis der PdAS wurden industrielle Wachstumsziffern nach sowjetischem Vorbild zu bahnbrechenden Größen erhoben. Schliesslich war es die unbegrenzte Entfaltung der Produktivkräfte, welche den Weg zum Kommunismus ebnen sollte. Das Versprechen einer besseren Zukunft sollte primär über eine schier grenzenlose Steigerung der Produktion und eine Unmenge an Produktions- und Konsumgütern eingelöst werden. Weiterschreiten „zu einem Leben in Fülle und Wohlstand“ – das war es, was die PdAS zuerst unter kommunistischen Perspektiven verstand.<sup>138</sup>

Um dieses Ziel erreichen zu können, mass die PdAS den natürlichen Lebensgrundlagen einen zentralen Stellenwert zu. Dennoch erschloss sich die wahre Bedeutung der Natur erst in einem ökonomischen Zusammenhang. Sie sollte der Boden sein, auf dem die kommunistische ‚Herrschaft des Wohlstandes‘ durch unentwegtes Wachstum gedeihen konnte. Die

---

<sup>133</sup> Chruschtschow am 22. Parteitag der KPdSU, zitiert in: André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 402.

<sup>134</sup> Rede Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet am 5. Mai 1960, in: *Vorwärts*, 27.5.1960.

<sup>135</sup> Vgl. exemplarisch *Vorwärts*, 6.11.1948; *Vorwärts*, 11.12.1948; *Vorwärts*, 14.2.1949; *Vorwärts*, 1. Mai 1952.

<sup>136</sup> *Vorwärts*, 1. Mai 1952.

<sup>137</sup> Im Originallaut: „Der gegenwärtige Vorsprung der sozialistischen Sowjetunion ist keine Tücke der Geschichte, sondern das Ergebnis eines historischen Prozesses. Unter anderem drückt sich auch in ihm die Ueberlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus.“ *Vorwärts*, 9.1.1959, S. 1.

PdAS blickte deshalb fasziniert auf die Naturschätze der Sowjetunion, sah in Sibirien Wälder und unermessliche Weiten – und erhoffte sich nichts anderes als Schachttürme, Fabrik-schornsteine, Kohlen-, Eisen-, Erzgruben und Hochöfen.<sup>139</sup> Entsprechend galten Waldbestände primär als Nutzholzressource, Böden als An- und Abbaufäche, Flüsse als Verkehrswege und billige Energiespender.<sup>140</sup> Die Natur bildete aus dieser Perspektive keinen Wert für sich, sondern stand vielmehr für Hilfsquellen, natürliche Reichtümer oder Ressourcen. Als Reservoir für Erdöl, Kohle, Zement oder Stahl konnte scheinbar beliebig auf sie zugegriffen werden. Das Ziel des Kommunismus musste folglich sein, die Kontrolle über die Natur zu gewinnen, sie umzugestalten, um ihre Nutzbarmachung ins schier Unermessliche steigern zu können. Ihre Erschliessung sollte das liefern, was der Sozialismus zum Voranschreiten brauchte. Dabei sollte nicht nur das Machbare realisiert, sondern das Unmögliche möglich gemacht werden. Im kommunistischen Wachstumsdiskurs galt: Je kraftvoller und mächtiger die Einwirkung auf die Natur, umso grösser die Glücksverheissungen für den Menschen. Das lang erträumte „Zeitalter der freien Arbeit“ – in welchem Menschen „die Natur bezwingen und sie seinem Willen unterordnen“ – werde nun „endlich zur Wirklichkeit“, feierte die PdAS zu Beginn der 1950er Jahre die Sowjetunion.<sup>141</sup> Kühn würden sich die „Erbauer des Kommunismus“ daran machen, „das Klima zu verändern, Wüsten fruchtbar zu machen, Länder vom Umfang ganz Westeuropas zu entsteppen“.<sup>142</sup> Der Mensch als „Schöpfer aller materiellen Reichtümer auf Erden“ mache sich daher auf, „die Erdkugel in blühende Gärten zu verwandeln“.<sup>143</sup> „Wo heute noch auf Tausenden von Kilometern nichts als Sand ist, werden bald riesige Felder ergrünen, Obstgärten blühen, Dörfer und Städte aus dem Boden schiessen.“<sup>144</sup> So schwärmte man ungezwungen von der „Umgestaltung der freien Erde“ und lobte die „Be-zwingung der Natur durch Menschen“.<sup>145</sup> Im Namen von Fortschritt und Wachstum sollten die wundersamsten Wirtschaftsprojekte verwirklicht werden. Dabei sah die PdAS die Natur als form- und handhabbare Masse, die man nach Belieben verändern, umgestalten und kontrollieren konnte. Als ausbeutbare, schier unerschöpfbare Materie musste die Intaktheit der natürlichen Umwelt nicht in Frage gestellt werden.

---

<sup>138</sup> Vorwärts, 5.10.1953.

<sup>139</sup> Vgl. Vorwärts, 16.3.1946.

<sup>140</sup> „In der UdSSR sind alle Voraussetzungen für den Aufbau des Kommunismus gegeben. Auf dem riesigen Gebiete, das die Völker der Sowjetunion bewohnen, gibt es ungeheure Bodenschätze, zahlreiche Flüsse als Verkehrswege und Quellen billiger elektrischer Energie, unermessliche Waldbestände, die Bau- und Nutzholz liefern, und riesige Bodenflächen für die Entwicklung der Landwirtschaft.“ Vorwärts, 4.10.1952.

<sup>141</sup> Vorwärts, 20.1.1951.

<sup>142</sup> Vorwärts, 1. Mai 1952.

<sup>143</sup> Vorwärts, 20.1.1951.

<sup>144</sup> Vorwärts, 1. Mai 1952.

<sup>145</sup> Vorwärts, 20.1.1951.

Einen guten Einblick, wie sich die PdAS den kommunistisch-ökonomischen Entfaltungsprozess konkret vorstellte, bietet auch das Buch „Naturgewalten und Menschenmacht“.<sup>146</sup> Die Herausbildung der UdSSR wird darin als geradezu märchenhaftes Naturumgestaltungsprojekt gefeiert. Wüsten werden umgestaltet, Tundren erschlossen, Flüsse umgeleitet, Meere angepasst, Sümpfe trockengelegt, Berge verschoben, das Klima manipuliert. „Der Kraft der Elemente muss die Kraft der Arbeit gegenübergestellt werden“, lautete die Losung, und bald werde „die gesamte Natur [...] eine Riesenwirtschaft sein“.<sup>147</sup> Das sozialistische Wirken erscheint in diesem Buch als rationale ‚Ökonomisierung‘ der Natur, welche die Welt – erwünschtermassen – bis zur Unkenntlichkeit verändert.<sup>148</sup> Die Natur verbessern, korrigieren, bändigen: „Das ist der Sieg über die Natur, das ist – der Sozialismus“, schwärmte der Autor.<sup>149</sup> So sahen sich die Sozialisten, wie der russische Schriftsteller Maxim Gorki im Vorwort bestätigte, im „Kampf um die Macht über die Natur“.<sup>150</sup> Der Mensch war in diesem Sozialismus also das Mass aller Dinge. Als wirtschaftlicher Faktor hatte die Natur lediglich ihm dienstbar zu sein, ja sie war sogar unnützlich, wenn sie der Wirtschaft im Wege stand.

Eine derartige Sichtweise deckte sich mit Stalins ökonomisch-utilitaristischer Umweltkonzeption.<sup>151</sup> Diese war von der Idee geprägt, dass es die Natur zum Wohle des menschlichen Fortschritts nutzbar zu machen gelte. So zielte dessen Politik darauf ab, die natürliche Lebenswelt durch gewaltige Umbauten allseits verfügbar zu machen. Die PdAS zeigte sich von den gigantischen Plänen der Sowjetunion fasziniert und teilte die Einschätzung, dass der Kommunismus lediglich über die Domestizierung der Natur aufgebaut werden könne. So verfielen die Kommunisten weit reichenden Allmachtsfantasien und glaubten, dass der Weg zum Besseren zwingend über die Ausschöpfung der natürlichen Lebensgrundlagen führen müsse.

#### 4.1.2 Die SPS: Fortschritt als Wachstum

Es ist paradox, dass sich der Traum vom Wirtschaftswunderland – den die PdAS für den ferneren Sozialismus verhiess – ausgerechnet in der kapitalistischen Schweiz erfüllte. Denn hierzulande bildeten die 1950er und 1960er Jahre in wirtschaftlicher Hinsicht ein goldenes Zeital-

---

<sup>146</sup> Dieses Werk eines russischen Ingenieurs – 1935 erschien es erstmals in Moskau – wurde 1945 vom PdAS-Mitglied Konrad Farner unter dem Patronat der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion redigiert. Hans Erni malte die Illustrationen dazu. Michail Jakovlevič Il'in, *Naturgewalten und Menschenmacht*, Basel 1945. Mit einem Vorwort von Maxim Gorki, illustriert von Hans Erni.

<sup>147</sup> Michail Jakovlevič Il'in, *Naturgewalten und Menschenmacht*, 1945, S. 27 und S. 80.

<sup>148</sup> „Den Menschen, die von oben, von den Flugzeugen aus auf die Erde herabschauen werden, wird es scheinen, als sei das da unten nicht die Erde, sondern irgendein anderer Planet, ähnlich wie der Mars mit seinen dunklen Linien und Kreisen.“ Michail Jakovlevič Il'in, *Naturgewalten und Menschenmacht*, 1945, S. 82.

<sup>149</sup> Michail Jakovlevič Il'in, *Naturgewalten und Menschenmacht*, 1945, S. 177.

<sup>150</sup> Maxim Gorki (Vorwort), in: Michail Jakovlevič Il'in, *Naturgewalten und Menschenmacht*, 1945, S. 14.

<sup>151</sup> Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 522-523.

ter.<sup>152</sup> Diese expansive Epoche bescherte der Schweiz bis dahin unbekannte ökonomische Prosperität und Wohlstandsgewinne. In keiner Phase zuvor waren jemals höhere Zuwachsraten erreicht worden. So nahmen die volkswirtschaftlich produzierten Güter und Dienstleistungen beständig zu. Rückschläge kamen lediglich in geringeren Anstiegsraten zum Ausdruck, die sich wiederum als temporäre Phänomene erwiesen. Kleinere Baissen vermochten den Wachstumstrend also nicht umzukehren.

Im Einklang mit der Sozialistischen Internationale – diese hatte 1951 die „Produktionssteigerung“ und die „stetige Vergrößerung des Wohlstandes“ zu den „unmittelbaren wirtschaftlichen Zielen sozialistischer Politik“ erklärt – wollte die SPS in der Nachkriegszeit dazu beitragen, dass sich Wirtschaft und Politik ungehindert in den Bahnen einer erfolgreichen Ökonomie fortbewegen konnten.<sup>153</sup> Das Parteiprogramm von 1959 etwa war ein eigentlicher Produktivitätsentwurf, welcher ganz im Zeichen des technoökonomischen Fortschritts stand.<sup>154</sup> Mehr Güter, mehr Dienstleistungen, mehr Strassen, mehr Energie, möglichst rational und schnell: Das waren die wesentlichen Bestandteile eines Parteiprogramms, das mit seinen schlichten Expansionszielen bis 1982 in Kraft bleiben sollte. Um die sozialdemokratische Wachstumsmatrix zu vervollständigen, muss die Ebene programmatischer Aussagen nicht verlassen werden. So legte die SPS 1965 Richtlinien für eine moderne Konjunkturpolitik vor, welche „die Sicherstellung des höchstmöglichen wirtschaftlichen Wachstums“ gewährleisten sollten.<sup>155</sup> Und zwei Jahre später folgte ein Aktionsprogramm mit der Zielrichtung, „die Produktivität der Wirtschaft zu erhöhen“.<sup>156</sup>

Das sozialdemokratische Wachstumsziel war umfassend. So wurde im erwähnten Parteiprogramm eine bedingungslose „Produktionspolitik“ verlangt, welcher nahezu alle Bereiche ver-

---

<sup>152</sup> Für einen raschen Überblick über die ‚Wirtschaftswunderzeit‘ der 1950er und 1960er Jahre vgl. Peter Gilg, Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 2006, S. 821-968, hier S. 827-840; Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz 1914–1984, 1987, S. 504-511. Hansjörg Siegenthaler, Schweiz 1910–1970, 1986, S. 245-275; Jean-François Bergier, Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1990, S. 262-284.

<sup>153</sup> Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus. Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951, in: Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 23-32, hier S. 27.

<sup>154</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959.

<sup>155</sup> Edmund Wyss (Präsident der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS), Referat zu den Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 116-134, hier S. 133, SOZARCH Ar 1.116.17.

Vgl. auch Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 223-226, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>156</sup> SPS-Aktionsprogramm 1967–1971, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 21. Mai 1967 in Zürich, 1967, S. 4-16, hier S. 7, SOZARCH Ar 1.116.17.

Der SPS-Präsident erklärte dazu, es gehe „auf wirtschaftlichem Gebiet um eine organisch gewachsene harmonische Entwicklung, um die Steigerung der Produktivität zur Erhöhung des Sozialprodukts.“ Fritz Grütter (SPS-Präsident), in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 21. Mai 1967 in Zürich, 1967, S.59-81, hier S. 63, SOZARCH Ar 1.116.17.

pflichtet werden sollten.<sup>157</sup> Ob für die Agrar-, Verkehrs-, Handels- oder die Finanzpolitik, es galt stets: „Die Verbesserung der Produktivität ist mit allen Mitteln zu fördern.“<sup>158</sup> Von diesem Expansionsdrang blieben selbst jene Wirtschaftskomplexe nicht unberührt, die im Zuge der „1970er Diagnose“ zu den heftigsten Modernisierungskontroversen führen sollten. Die „Erzeugung von Atomenergie“ etwa war wie der Ausbau der Wasserkraft, der Erdöl- und Erdgasquellen expliziter Bestandteil der geforderten „Produktionspolitik“.<sup>159</sup>

Auch die sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat sich in den Dienst der Akkumulationsdynamik gestellt.<sup>160</sup> „Dem wachsenden Verkehr freie und sichere Bahn: Der Bau von Nationalstrassen und die Modernisierung des übrigen Verkehrsnetzes ist tatkräftig zu fördern“, lautete das entsprechende Credo.<sup>161</sup> Der ungestümen Motorisierung sollte also grosszügig der Weg gebahnt werden. Der „Ausbau der Verkehrsmittel“ wurde im sozialdemokratischen Wachstumsduktus sogar „zu einer wichtigen Lebensfrage“, ohne welchen die nationale Wirtschaft, das Gastgewerbe oder der internationale Warenaustausch zum Erliegen kommen mussten.<sup>162</sup> Mit dieser Bedeutung erhielt der Verkehrsapparat das Recht auf ungehinderte Ausbreitung. Dass die Strassen, Brücken oder Grenzübergänge der Automobilwelle bald nicht mehr standhalten könnten, galt hingegen als lähmendes Horrorszenario. 1959 konnte sich die SPS mit Hans Peter Tschudi als dem Vorsteher des Innendepartementes sogar an die Spitze des nationalen Verkehrskonsenses setzen. Mit dem Nationalstrassenbau fiel ein Schlüsselprojekt in das Wirkungsfeld des neu gewählten Bundesrates.<sup>163</sup> So war es 1964 ein Sozialdemokrat, der stolz das Eröffnungsband des ersten Autobahnteilstückes durchschneiden konnte. Tschudi blieb deshalb als jener Mann in Erinnerung, der das teuerste Infrastrukturprojekt der Eidgenossenschaft anstossen konnte.<sup>164</sup> Alsbald begannen die Autobahnen das Land zu durchschneiden, was dazu führte, dass eine tüchtige Schweiz europaweit den grössten Zementverbrauch pro Kopf aufweisen konnte.<sup>165</sup>

---

<sup>157</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 9.

<sup>158</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 11.

<sup>159</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 9.

<sup>160</sup> So stand im Parteiprogramm von 1959: „Die Verkehrspolitik hat dazu beizutragen, die Produktivität zu steigern und den allgemeinen Wohlstand zu mehren [...]“. Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 12.

<sup>161</sup> Aktionsprogramm der SPS für die Nationalratswahlen 1959, in: Walther Bringolf, Die Sozialdemokratie: Gestern, heute, morgen. Referat, gehalten am SPS-Parteitag in Winterthur vom 27./28. Juni 1959, 1959, S. 15-16, hier S. 15.

<sup>162</sup> SPS-Aktionsprogramm 1967–1971, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 21. Mai 1967 in Zürich, 1967, S. 4-16, hier S. 8, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>163</sup> Trotz der gigantischen Natureingriffe war der Nationalstrassenbau am 6. Juli 1958 in einer Volksabstimmung mit 85% Ja-Stimmen diskussionslos abgesehnet worden. Bereits fünf Monate später liessen die beiden Parlamentskammern ohne eine einzige Gegenstimme ein verkehrspolitisches „Ermächtigungsgesetz“ folgen. Der Bundesrat konnte nun letztinstanzlich über die Linienführung entscheiden. Christian Pfister, Landschaftsveränderung und Identitätsverlust. Akzentverschiebungen in der Modernisierungskritik von der Jahrhundertwende bis um 1970, in: *Traverse*, 1997/2, S. 49-67, hier S. 58-59, Zitat S. 58.

<sup>164</sup> Vgl. dazu Wolf Linder, Hans Peter Tschudi, in: Urs Altermatt (Hg.) Die Schweizer Bundesräte: ein biographisches Lexikon, Zürich 1992, S. 500-505.

<sup>165</sup> François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 183.

Auch jenseits des Asphalts war die SPS gerne bereit, aktiv zur Produktivitätssteigerung beizutragen. So ging es ihr generell um „eine systematische Ausschaltung aller produktivitätshemmenden Faktoren“.<sup>166</sup> Im Zentrum stand dabei einerseits die Entfesselung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung, sollten deren Errungenschaften doch „in den Dienst des Allgemeinwohls und des harmonischen Fortschritts“ gestellt werden.<sup>167</sup> Durch Rationalisierung, Automatisierung, Forschung und eine zweckmässige Ausbildung der Arbeitskräfte sollte die „Entwicklung der Produktivkräfte“ geflissentlich gefördert werden.<sup>168</sup> Die „Ausschöpfung unserer Arbeits- und Begabtenreserven“ oder der Ausbau des Bildungswesens standen ebenso im Zeichen „der Sicherstellung des höchstmöglichen wirtschaftlichen Wachstums“.<sup>169</sup> Andererseits sollte eine „planmässige Lenkung“ den Wirtschaftsmotor höher und höher schalten.<sup>170</sup> Die ökonomische Zukunft der Schweiz durfte nicht „an ‚den Wettbewerb‘, ‚den Markt‘ oder an eine andere falsche Gottheit“ abgetreten werden.<sup>171</sup> Vielmehr musste die rationale Entwicklung der Volkswirtschaft mit zielgerichteter Planung erfolgen. Die SPS schlug deshalb 1965 vor, die wirtschaftspolitischen Bundeskompetenzen durch eine Verfassungsänderung auszuweiten.<sup>172</sup> Mit staatlichen Steuerungsmechanismen, Strukturreformen oder periodischen Lenkungsimpulsen sollte der Marktmechanismus ergänzt werden, ohne diesen zu zerstören. Diese planerische Gestaltung fokussierte nicht primär auf das Ziel, die Demokratie auf den Wirtschaftsbereich auszuweiten. Die Sozialdemokratie sah in der „demokratischen Wirtschaftsplanung“ eher einen ökonomischen Hebel, um „ein Höchstmass an Leistungen zu erreichen“.<sup>173</sup> So drehte sich das sozialdemokratische Wirtschaftsdenken vor allem um die Frage, wie in der Schweiz Mensch und Kapital so einzusetzen seien, dass bei kleinstmöglichem Aufwand das grösstmögliche Produktionsergebnis erzielt würde.

---

<sup>166</sup> Edmund Wyss (Präsident der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS), Referat zu den Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 116-134, hier S. 121, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>167</sup> Arbeitsprogramm der SPS zu den Nationalratswahlen 1963, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 1. September 1963 im ‚Casino‘ in Bern, Olten 1963, S. 4-9, hier S. 8, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>168</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 6.

<sup>169</sup> Edmund Wyss (Präsident der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS), Referat zu den Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 116-134, hier S. 121 und S. 133, SOZARCH Ar 1.116.17.

Vgl. auch Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 223-226, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>170</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 6.

<sup>171</sup> Edmund Wyss (Präsident der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS), Referat zu den Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 116-134, hier S. 133.

<sup>172</sup> Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 223-226, hier S. 223, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>173</sup> SPS-Aktionsprogramm 1967–1971, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 21. Mai 1967 in Zürich, 1967, S. 4-16, hier S. 7, SOZARCH Ar 1.116.17.



Das Ziel des stetigen Wirtschaftswachstums wurde in der Sozialdemokratie derart selbstverständlich, dass es kaum mehr begründet werden musste. Mehr implizit als explizit lässt sich aber aus vielen Quellen ableiten, dass die Steigerung des Sozialprodukts mit Schaffung von Sicherheit, Lohnerhöhung oder Vollbeschäftigung gleichgesetzt wurde. Die zunehmenden Produktionsmöglichkeiten galten als Garanten dafür, die materiellen Bedürfnisse der Arbeiterschaft verlässlich befriedigen zu können. Da die Unternehmer satte Produktivitätsgewinne einfahren konnten, versprach die Expansion ebenso deren ‚Sozialpartnern‘ beständige Zukunfts- und Einkommenssicherung. Die kontroversen Ansprüche sollten im Wirtschaftswachstum also aufgeweicht werden, ohne die internationale Konkurrenzfähigkeit zu gefährden. Dann versprach der Produktivitätszuwachs, selbst einer ansteigenden Beschäftigtenzahl Lohn und Einkommen zu gewährleisten. Alle sollten im Sog der ökonomischen Entwicklung eine Stelle finden und dort von steigenden Reallöhnen und sozialem Aufstieg profitieren können.<sup>174</sup>

Insgesamt sahen die Sozialdemokraten im Produktionszuwachs eine positive Grösse, welche die Arbeiterschaft voranzubringen versprach. Im Wirtschaftswachstum glaubte man jenes segensreiche Mittel zu erkennen, welches quasi automatisch ein besseres Leben verhies. Mit ihm sollten Lebenslage und Lebensstandard auf ein neues Niveau gehoben werden. Mit ihrer Wachstumsgläubigkeit unterwarf sich die Sozialdemokratie aber einem eigentlichen Denkwang, der die eigenen politischen Optionen einschränken musste. Weil zur Besserstellung der Arbeiterschaft die ökonomische Expansion als unabdingbare Voraussetzung galt, konnte der Fortschritt nur über permanente Wachstumsraten vorangetrieben werden.

Dass die schweizerische Arbeiterschaft die Entfaltung der Produktivkräfte als Glücksfall empfinden musste, lässt sich leicht nachvollziehen, konnte sie doch in der Nachkriegszeit in vielerlei Hinsicht vom Wirtschaftswachstum profitieren.<sup>175</sup> Zum einen bescherte die Prosperität vielen Arbeitern und Angestellten Einkommen, welche die Wohlstandsträume vergangener Jahrzehnte überbot. Mit den Lohnerhöhungen hielten Konsumgüter in die Arbeiterhaushalte Einzug, die ehemals allein der Oberschicht vergönnt gewesen waren. Bessere Wohnungen,

---

<sup>174</sup> „Sicherung des Produktivitätszuwachses unserer Wirtschaft: Nur dadurch können bei langsam zunehmender Beschäftigtenzahl eine Steigerung des Sozialproduktes und eine weitere Zunahme der Reallöhne gewährleistet werden.“ Edmund Wyss (Präsident der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS), Referat zu den Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitag vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 116-134, hier S. 121, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>175</sup> Vgl. zum Folgenden Bernard Degen, Hochkonjunktur und Kalter Krieg, in: Valérie Boillat, Bernard Degen et al. (Hgg.), Vom Wert der Arbeit, 2006, S. 229-275, hier S. 230-232; Bernard Degen, Arbeiter, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 6.5.2010, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16386.php>; Karl Lang, Markus Matzmüller et. al., 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 1988, S. 24. Zur Steigerung des materiellen Wohlstands und zum Ausbau der sozialen Sicherheit während der Nachkriegszeit siehe auch Jakob Tanner, American Way of Life seit 1945, 1999; Jakob Tanner, Die Schweiz in den 50er Jahren, 1994, S. 24-34; Peter Gilg, Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel, 2006, S. 869-876.

kürzere Arbeitstage und zusätzliche Ferien führten zur Annäherung an die bürgerliche Freizeitkultur. Zudem bedeutete die Hochkonjunktur den Ausbau der sozialen Sicherheit. Eine Existenz, die einzig im Zeichen des Überlebens stand, gehörte nunmehr der Vergangenheit an.

Da die SPS mit der Produktivitätssteigerung und dem Wirtschaftswachstum vor allem den Wohlstand antreiben wollte, konnte sie zusammen mit der Arbeiterschaft zufrieden sein. So führte ihr Präsident am Parteitag 1959 aus: „Der Arbeiter ist nicht mehr Aussenseiter, verachtet, ein Paria. Er ist ein stolzer Bürger, seiner Kraft, seiner Rolle in der Wirtschaft und in der Politik bewusst. Das ist das Ergebnis des grossen historischen Kampfes, den die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes während hundert Jahren geführt haben.“<sup>176</sup> Der Stolz über das Erreichte ging in der SPS so weit, dass sich die alte Dualität zwischen Arbeit und Kapital in der Wachstumsgesellschaft aufzulösen schien. So verbreitete sich in der Sozialdemokratie die Einschätzung, der Kapitalismus sei im Begriff, dort zu enden, wo der Sozialismus anfange. Alt-Bundesrat Max Weber führte zum Parteiprogramm von 1959 aus: „Es sind sozialistische Gedanken, Bausteine, bereits in der heutigen Wirtschaftsform eingebaut. Es wäre ein Fehler, wenn wir das leugnen wollten.“<sup>177</sup> Aus der sozialdemokratischen Perspektive hatte sich das kapitalistische Gesicht also gewandelt, ja sogar sozialistische Züge angenommen. Das Ziel der Geschichte schien in greifbare Nähe zu rücken.

Es ist klar, dass damit der Wille zur gesellschaftlichen Veränderung schwand. Sozialistische Utopien von einer anderen Zukunft schmolzen angesichts von Konsum- und Luxusgütern geradezu dahin. Was der Sozialismus einst versprach, schien auch in einem kapitalistischen System möglich zu sein. So waren von der SPS längst keine Revolutionen mehr zu erwarten, sah man sich doch dank der Wohlstandsmerkmale in einer sozialistisch angehauchten Gesellschaft verortet. Eine totale Umwälzung dieser Ordnung kam nicht in Frage, hätte man damit doch die bereits vorhandene materielle Sicherheit aufs Spiel setzen müssen.

Mit dem Ziel der Systemüberwindung aber gingen zugleich die alternative Orientierung, die eigenständige politische Kultur und die sozialistische Fortschrittsperspektive weitgehend verloren. Die Verheissung des Sozialismus war ehemals die Schaffung einer neuen, anderen Welt. In der SPS der Nachkriegsjahre verblasste diese Vision zusehends. Was die Sozialdemokratie nunmehr versprach, war eine rationellere, bessere Organisation der bestehen-

---

<sup>176</sup> Walter Bringolf, Die Sozialdemokratie: Gestern, heute, morgen. Referat, gehalten am SPS-Parteitag in Winterthur vom 27./28. Juni 1959, 1959, S. 6.

Die Zufriedenheit der Sozialdemokratie wurde 1959 auch in einer Aufsatzsammlung offenkundig, die sich um die „Probleme des modernen Sozialismus“ drehte. Dort standen nämlich weniger die aktuellen Schwierigkeiten als der Stolz über das Erreichte im Vordergrund. Vgl. SPS (Hg.), Probleme des modernen Sozialismus: Beiträge zur Programmrevision der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, St. Gallen 1959.

<sup>177</sup> Max Weber, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1959 im Volkshaus Winterthur, Schaffhausen 1959, S. 181-184, hier S. 183, SOZARCH Ar 1.116.16.

den Gesellschaftsordnung und einen gerechten Anteil am gesellschaftlich-materiellen Wohlstand.

Mit dieser Zielrichtung durften selbst die übrig gebliebenen Reformvorstellungen nicht zu weit getrieben werden, hatte doch die kapitalistische Wirtschaft ihre rationelle Entfaltungskraft bewiesen. „Ein fairer Wettbewerb dient der Steigerung von Leistung und Ertrag“, hielt die SPS schon 1959 fest.<sup>178</sup> So hielten bedeutsame Elemente der Marktwirtschaft Eingang in das sozialdemokratische Sprach- und Politikrepertoire. Die Sozialdemokratie sprach mehr und mehr auf der Ebene der bestehenden Wirtschaftsordnung – ein Prozess, der bereits in den 1930er Jahren eingesetzt hatte. Die Verstaatlichungsidee hingegen trat mehr und mehr in den Hintergrund, glaubte doch die SPS, die Ökonomie lenken zu können, ohne die ganze Wirtschaft in Staatseigentum überführen zu müssen.<sup>179</sup> Dass die Sozialdemokratie im Dezember 1959 gleich zweifach in den Bundesrat zurückkehrte, trug dazu bei, dass viele Genossen die Politik als ‚die Kunst des Möglichen‘ interpretierten. Mit der Ausschau nach bodenständigen Kompromissen gingen hochgesteckte Utopien weiter verloren.

Im Lichte der materiellen Wohlstandserfüllung erschienen die Fortschrittsvisionen der PdAS verfehelter denn je. Zwar waren es von jeher vorab rechtsbürgerliche Kreise gewesen, die ein kommunistisches Feindbild entwarfen.<sup>180</sup> Doch auch viele gemässigte Linke liessen sich von der politischen Enge des Kalten Krieges anstecken. Nach dem niedergeschlagenen Ungarnaufstand 1956 liess etwa ein Manifest verlauten, dass die sozialdemokratischen Ziele nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen den Kommunismus verteidigt werden müssen.<sup>181</sup> Und der SPS-Präsident wollte unter Applaus einen „Zweifrontenkampf“ führen: „Gegen den Kapitalismus, wo er faschistisch wird, und gegen das, was wir als Kommunismus bezeichnen.“<sup>182</sup> So machte der Antikommunismus auch vor der Sozialdemokratie nicht

---

<sup>178</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1959, S. 6.

<sup>179</sup> Alt-Bundesrat Marx Weber dazu: „Wir haben ferner erkannt, welch gewaltigen Einfluss die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik haben, dass wir damit die Wirtschaft lenken können, ohne die ganze Wirtschaft in Staatseigentum überführen zu müssen. Deshalb ist heute die Bedeutung der Verstaatlichungsidee in den Hintergrund getreten, nicht nur bei uns, sondern bei allen sozialistischen Parteien.“ Max Weber, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1959 im Volkshaus Winterthur, Schaffhausen 1959, S. 181-184, hier S. 183, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>180</sup> Vgl. dazu Brigitte Studer, Antikommunismus, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 23.3.2009, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D27836.php>.

<sup>181</sup> SPS-Manifest vom 16./17. Februar 1957, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 16./17. Februar 1957 im Kongresshaus Luzern, Luzern 1957, S. 165-168, hier S. 166, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>182</sup> Walther Bringolf (SPS-Präsident), in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 16./17. Februar 1957 im Kongresshaus Luzern, Luzern 1957, S. 109-112, hier S. 111, SOZARCH Ar 1.116.16.

Halt.<sup>183</sup> Die SPS reihte sich vielmehr auf ihre Weise in die bürgerliche Front ein, sollten sich die Kommunisten doch „zu Unrecht [...] auf sozialistische Traditionen“ berufen.<sup>184</sup>

Da das Streben nach einer radikalen Umgestaltung im Wohlstand seinen Glanz und seinen Zweck verloren hatte, rückte im sozialdemokratischen Denken der Wunsch nach Materiellem nach. Sozialistische Fortschrittsutopien wurden so vom Wachstumsziel überholt, alte Hoffnungen von einem materialistischen Glauben übertüncht.<sup>185</sup> Besonders jene Genossen, welche Vollbeschäftigung, Sicherheit und Lohnerhöhung als die wichtigsten Aufgaben erachteten, konnten mit dem Erreichten mehr und mehr zufrieden sein. Aus der Not der Vergangenheit leiteten diese eine fortlaufende Priorität des Ökonomischen, aus dem Aufschwung der Gegenwart eine immerwährende Prosperität des Kommenden ab. So schien es, als ob die Anhäufung materieller Dinge den Sinn des Lebens ausmachten. Mehrproduktion und Erhöhung der Konsumchancen wurden zum zentralen Modernisierungsideal. Der Fortschritt wurde also nicht mehr an historischen Utopien, sondern an materiellen Konsumgütern bemessen. Die Ideale gesellschaftlicher Emanzipation oder individueller Selbstentfaltung gingen zwar nicht gänzlich verloren, wurden aber in das Wohlstandsstreben eingebettet. Der Fortschritt geriet so gleichsam zu einem materialistischen Glaubenssatz. Das Wachstum war nicht mehr Mittel zum Zweck – als Garant von Wohlstand und Glück stand es für das Begehrenswerte selbst.

Nun gab es durchaus einige Stimmen, welche die sozialistische Idee nicht mit dem Kapitalismus verbrüdet wissen wollten. Bei der Verabschiedung des Parteiprogramms von 1959 etwa regte sich Widerstand gegen die Verwässerung der traditionellen Fortschrittsperspektive: „Es scheint so, dass diese 15 Jahre Konjunkturpolitik die Brillen mancher Sozialisten mit einem Konjunkturniederschlag belegt haben“, meinte ein Redner.<sup>186</sup> Ein anderer ergänzte, dass „die wirtschaftlichen Erscheinungen der Nachkriegszeit mit ihrer Sonnenseite und der Hebung des Lebensstandards allzu sehr auf die Programmrevision eingewirkt haben und da

---

<sup>183</sup> Das gilt auch für die Gewerkschaften: In der Nachkriegszeit wurden verschiedene PdAS-Mitglieder aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen. Vgl. André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 364-370; Bernard Degen, *Hochkonjunktur und Kalter Krieg*, 2006, S. 232-234 und S. 274-275.

<sup>184</sup> *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, 1959, S. 21.

<sup>185</sup> Ein ähnliches Fortschrittsverständnis hatte sich in der Nachkriegszeit auch im SMUV breit gemacht. So hielt Eisinger fest: „Fortschritt bedeutete Mehrung des materiellen Wohlstands und wurde nicht über sozialistische Utopien beschrieben, sondern liess sich in Konsumgütern und wachsender Freiheit ausdrücken. Systemveränderung war dabei längst aus dem Blickfeld gerückt; sie hatte ihre Dringlichkeit verloren in einer Welt, in der Wissenschaft und Technik eine Wende zu einer besseren Welt beinahe automatisch erledigten.“ Angelus Eisinger, *„Trockene Realitätspolitik“*, 1999, S. 41. Zur Entwicklung des SMUV während der Nachkriegszeit siehe auch Angelus Eisinger, *„Die dynamische Kraft des Fortschritts“*. *Gewerkschaftliche Politik zwischen Friedensabkommen, sozioökonomischem Wandel und technischem Fortschritt*. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) 1952–1985, Zürich 1996.

<sup>186</sup> Egli, in: *Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1959 im Volkshaus Winterthur, Schaffhausen 1959*, S. 185-187, hier S. 186, SOZARCH Ar 1.116.16.

und dort Wasser in Wein verkehren“.<sup>187</sup> Andere Rufer warnten davor, dass die alten Ideale von einer gewissen Wohlstandsmentalität überlagert werden könnten. Schon 1955 mahnte der SPS-Präsident, dass sich das sozialdemokratische Wirken „um die Hebung der materiellen Existenz, um die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes, *nicht* erschöpfen darf und *nicht* erschöpfen kann“.<sup>188</sup> Der Wachstums- und Konsumfetisch – auch in den eigenen Reihen – widerstrebte manchen zutiefst. Ein Genosse bespottete 1958 das „Wirtschaftswunderparadies“ seiner Zeit, in welcher der Mensch „vorwiegend konsum-orientiert sei, [...] sich rezeptiv verhalte wie ein Säugling, der immer etwas erwartet und fordert“.<sup>189</sup> Eine anderer meinte kritisch: „Der Gott des Fortschritts ist nicht immer ein wahrer Gott, oft ist er nur ein tönerner Götze.“<sup>190</sup> Die „Versorgung der Massen mit Produktionsgütern“ sei zwar wichtig, könne aber „niemals das letzte und ausschliessliche Ziel des Sozialismus sein“. So drohten wirtschaftlicher Fortschritt und materielle Interessen aus Sicht einiger Sozialdemokraten geistig-kulturelle Ideale auszuhöhlen und ein eigentlich erfülltes Leben zu verstellen.

Doch egal welcher Art, die Kritik am reduzierten Fortschrittsbegriff blieb selten. So gibt es keinen Zweifel daran, dass die Sozialdemokratie mit ihrer materialistischen Gesinnung der 1950er und 1960er Jahre dazu beigetragen hat, dass Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung als objektive Fortschrittsfaktoren allgemein anerkannt wurden.<sup>191</sup> Im Wettlauf um möglichst viele Konsumgüter blieben auch in der sozialistischen Bewegung umfassendere Ideale auf der Strecke. Erst im Zuge der 68er-Bewegung wurde lauthals dagegen protestiert, dass in der SPS von der zündenden Idee des Sozialismus nur ein schaler Praktizismus übrig geblieben sei.<sup>192</sup> Die Jungen suchten wieder nach Utopien, die nicht nur als verbesser-

---

<sup>187</sup> Walter Kull, Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1959 im Volkshaus Winterthur, Schaffhausen 1959, S. 168-172, hier S. 170, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>188</sup> Und: „Der Sozialismus als Leitidee bildet einen moralischen Krafffaktor, das *Bekennnis zum Sozialismus, um es mit einem Worte zu sagen, ist eine geistige Haltung*. Aus dem Geist aber strömt Aktivität, entwickeln sich Ideen, entsteht schäumendes Leben und schöpferische Kraftentfaltung, die eine Partei und eine Bewegung lebendig erhält und sie vor dem Absturz in Selbstzufriedenheit bewahrt, die die materiellen Erfolge – so wertvoll und wichtig sie sind –, dann und wann erzeugen.“ Walther Bringolf (SPS-Präsident), in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Juli 1955 im Kongresshaus in Zürich, Zürich 1955, S. 114-127, hier S. 117-118, SOZARCH Ar 1.116.16 (kursiv im Original).

<sup>189</sup> So wurde nach einem „neuen Lebensstil“ verlangt, in dem Konsum- und Profitstreben überwunden sind. Karl Aeschbach, Die Suche nach einem neuen Lebensstil, in: Rote Revue, Nr. 1, Januar 1958, S. 1-10, hier S. 8 und S. 5.

<sup>190</sup> Ernst Erzinger, Sozialistische Grundsätze bei der Gestaltung des heimatlichen Lebensraumes, in: Rote Revue, Nr. 9, September 1958, S. 272-278, hier S. 278 (alle Zitate).

<sup>191</sup> Das sahen auch einige Zeitgenossen so: „Auch die sozialistische Bewegung trägt einen Teil der Verantwortung dafür, dass das Streben nach materiellem Erfolg zum Massstab unseres Lebens geworden ist, denn sie hat bisher zumindest viel zu wenig dagegen getan.“ Karl Aeschbach, Die Suche nach einem neuen Lebensstil, in: Rote Revue, Nr. 1, Januar 1958, S. 1-10, hier S. 4. Oder: „Wir sind an dieser Situation nicht ganz unschuldig. [...] Im Wettrennen um den Besitz möglichst vieler Konsumgüter gerieten die Ideale hoffnungslos ins Hintertreffen und sind nicht gefragt.“ Erwin A. Lang, Wo stehen wir eigentlich?, in: Profil, Nr. 4, 1967, S. 118-119, hier S. 118.

<sup>192</sup> Am Parteitag 1970 etwa forderten jene Genossen jene Utopien zurück, die im Wirtschaftswachstum verloren gegangen waren: „Grossvaters Sozialdemokratie ist tot. Es lebe der Sozialismus!“, liess die ‚Gruppe sozialistische Politik‘ verlesen. Zu der kontroversen Diskussion vgl. Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1970 im Kongresshaus Biel, Schaffhausen 1970, S. 168 ff., Zitat S. 181, SOZARCH Ar 1.116.17.

ter Kapitalismus daher kommen sollten. Noch länger sollte es indessen dauern, bis das materialistische, aufs Wachstum beschränkte Fortschrittsverständnis aus einer ökologischen Warte hinterfragt wurde.

### 4.1.3 Die Neue Linke: Erneuerung des sozialistischen Fortschritts

Das bis dato unverrückbar geltende Wachstumsparadigma wurde mit der 68er-Bewegung erstmals hinterfragt.<sup>193</sup> So verworren die konkreten Forderungen und so verwirrend die Gefühlslagen dieser Bewegung auch waren: Sie brachte deutlich das Unbehagen an einer gesättigten Konsumgesellschaft zum Ausdruck, die offenbar keine höheren Ziele als die Anhäufung weiteren Wohlstands kannte. Angesichts dieses Überdrusses an materiellen Gütern ist es nicht erstaunlich, dass die Studentenrevolten gerade in den reichsten Ländern der Welt zum Ausbruch kamen. Auch in der Schweiz hatte sich eine Wahrnehmung dafür entwickelt, dass Überfluss und Reichtum in der Wohlstandsgesellschaft oft keine wirkliche Zufriedenheit schaffen konnten.<sup>194</sup> Der Materialismus der Wirtschaftswunder-Generation geriet somit mehr und mehr in die Kritik. Die Revoltierenden nahmen eine zunehmend konsumfeindliche Haltung ein, prangerten die Macht der Wirtschaft und deren Folgen für die Gesellschaft an.

Der Konsum galt ihnen als Ausdruck einer Entfremdung, die zu Vermassung, Passivität und Vereinsamung führe.<sup>195</sup> Aus dieser Perspektive drohten die Menschen im ‚Vergeudungskapitalismus‘, so die Kritik, in innerer Verarmung und einem dumpfen Gefühl der Übersättigung zu versinken. Produktivitätssteigerung und Profit seien in dieser industriellen Konsumgesellschaft alles, der Mensch hingegen nichts. Den Einzelnen sah man zu einem Objekt wirtschaftlicher Interessen degradiert, dem Wachstumsdogma hilflos ausgeliefert. Das ‚Leiden am Wohlstand‘ schien umso grösser, als der sinnentleerte Konsumrausch der Einen mit der materiellen Not in der so genannten Dritten Welt kontrastierte.<sup>196</sup> Es war der Vietnamkrieg, der hierfür einen neuen Blickwinkel eröffnet hatte: Mit ihm entdeckte man eine erschreckende Wirklichkeit, in der Millionen von Menschen in tiefster Armut lebten. Die Logik des Materi-

---

<sup>193</sup> Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984, S. 235-264; Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 356-357 und S. 364; Jörg Wanzek, *Komplexe Natur – Komplexe Welt*, 1996, S. 52-54.

<sup>194</sup> Um das Denken und Fühlen jener Revoltierenden zu verstehen, die am Ende der sechziger Jahre gegen den Vietnamkrieg demonstrierten, Che Guevara, Mao Tse Tung oder Fidel Castro zitierten, gegen Autoritäten aufmuckten oder während des Globuskrawalls Bierflaschen warfen, hat Alfred Häsler 1969 hundert Studierenden einen Katalog mit ebenso vielen Fragen vorgelegt. In den Antworten fiel die Kritik an einer überbordenden Konsumgesellschaft nicht zu knapp aus. Vgl. Alfred Häsler, *Der Aufstand der Söhne. Die Schweiz und ihre Unruhigen*, Zürich 1969, S. 151-162.

<sup>195</sup> So listete eine Studentin die Folgen der Konsumgesellschaft wie folgt auf: „Versinken in Egoismus, Verlust jeglichen Verantwortungsbewusstseins, Vermassung, Mittelmässigkeit, Gleichgültigkeit gegenüber andern, Kritiklosigkeit, geistige und politische Passivität, Verblödung.“ Antwort einer Studentin, zitiert in: Alfred Häsler, *Der Aufstand der Söhne*, 1969, S. 155.

<sup>196</sup> „Hier Überfluss – in der Dritten Welt Hunger und Elend! Es ist eine gespenstische Wirklichkeit.“ Antwort eines Studenten, zitiert in: Alfred Häsler, *Der Aufstand der Söhne*, 1969, S. 153.

ellen hatte damit seine Unschuld verloren, schien es doch, als ob der Reichtum der Industrieländer auf dem Elend der Armen gründete.

Mit ihrer Kritik an der viel gepriesenen Hochkonjunktur nahm die Studentenbewegung laut Rolf Peter Sieferle „Züge einer konsumkritischen Revolte“ an, die an die Grundfesten der Wachstumsgesellschaft rührte.<sup>197</sup> Da sich in allem Überfluss Mangel- und Schuldgefühle einstellten, verloren Ziele wie Mehrproduktion und Konsumzuwachs an Überzeugungskraft. Materielle Interessen wurden von immateriellen Werten überwölbt. Doch trotz dieses Unbehagens an der Moderne darf nicht übersehen werden, dass die konsum- und wachstumskritische Haltung noch nicht in ein Umweltbewusstsein eingebettet war. Innerhalb der 68er-Bewegung dachte noch niemand in ökologischen Kategorien. So waren die studentischen Rebellen von einem starken Gestaltungswillen erfüllt. Man kritisierte den materiellen Perfektionismus der Zeit und wünschte sich gleichzeitig eine auf andere Weise vollkommene, erfülltere Welt. Deshalb steht ‚68‘ für Aufbruch und Erneuerung: Das Bestehende sollte radikal umgewälzt werden, um die Gesellschaft von veralteten Werten, Konventionen und Traditionen, von Zwang und Kontrolle zu befreien. Mit Forderungen nach Selbstverwirklichung, Emanzipation oder Autonomie hatte man eine positive Utopie vor Augen. Diese hoffnungsvollen Visionen unterschieden sich vom nachfolgenden Umweltprotest, der ja zunächst durch apokalyptische Ängste gekennzeichnet war.

Die 68er-Bewegung thematisierte also nicht die natürlichen, sondern vielmehr die „sozialen Grenzen des Wachstums“.<sup>198</sup> Sie brachte so zum Ausdruck, dass die Konsumgesellschaft ihre Versprechen unmöglich allen gegenüber würde einlösen können. Der wachsende Wohlstand übte einen inflationären Druck aus, da Luxusgüter, Massenartikel oder Dienstleistungen mit ihrer Verbreitung entwertet wurden.<sup>199</sup> Deshalb ging mit der Erhöhung des materiellen Lebensstandards eine Verschärfung des Wettbewerbs um Positions- und Statusgüter einher. „Wenn alle sich auf die Zehenspitzen stellen, kann keiner besser sehen“, brachte Fred Hirsch dieses ‚Überflussparadoxon‘ auf den Punkt.<sup>200</sup> Der wachsende Wohlstand brachte so automatisch Enttäuschungen mit sich: Die Verheissungen von Aufstieg, Status und Vorwärtskommen entpuppten sich für viele als falsche Versprechen. So konnte auch in einer reichen Gesellschaft das Gefühl von Mangel, Entbehrung und Frustration aufkommen.

Dass diese Enttäuschung von den Generationen unterschiedlich wahrgenommen wurde, ist verständlich, denn nur wer die Not nie erlebt hatte, konnte den Wohlstand schlimmer als den

---

<sup>197</sup> Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984, S. 236.

<sup>198</sup> Grundlegend dazu: Fred Hirsch, *Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, Reinbek bei Hamburg 1980. Siehe dazu auch Jakob Tanner, *American Way of Life seit 1945*, 1999, S. 104-109.

<sup>199</sup> Ein Beispiel: Je mehr Leute ein Auto besaßen, umso mehr verlor dieses an Statusgehalt. Sobald dann ein Gut für die meisten erreichbar wurde, entfiel sein Charakter des Privilegiums – und mit ihm auch ein Teil seines Glücksversprechens.

Mangel empfinden.<sup>201</sup> So kritisierten viele Jungen eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die mit ihrer materiellen Orientierung kalt, berechnend und unbefriedigend erschien. Deshalb stand der Überdruß an der Hochkonjunktur im Zeichen eines soziokulturellen Unbehagens. Die 68er-Bewegung hatte entdeckt, dass materieller Fortschritt allein nicht glücklich machen, sondern sogar zu neuen Frustrationen oder Zwängen führen kann.

Aus der 68er-Bewegung hervorgehend, fasste die Neue Linke die vorgefundene Realität in einen theoretischen Rahmen, den Marx, Lenin, Trotzki oder andere bereitgestellt hatten. So wurden der ‚Konsumterror‘, das Unbehagen oder der Wunsch nach Aufbruch in unterschiedlichen Facetten marxistisch gedeutet. Alle Missstände mitsamt den damit verbundenen Phantasien, Utopien und Sehnsüchten nach einer besseren Welt wurden in die tradierte marxistische Sprachregelung überführt. Man griff auf die Kapitalismuskritik zurück, dachte in Klassen, träumte von der Diktatur des Proletariats und vom Zugriff auf die Arbeiterbewegung. Die Gegenwart wurde mit den verdienstvollen Schriften der Vergangenheit erklärt, die Zukunft über die Arbeiterschaft geplant. Das Denken der Neuen Linken wurde so in feste, bereits tradierte Formen gefasst. Trotz der ideologischen Fragmentierung entstand ein Weltbild, das im Wesentlichen ähnliche Züge aufwies.

Während sich am Horizont mit der ökologischen Zäsur zwar bereits das Ende der Zukunftsgewissheit abzuzeichnen begann, traten POCH und RML zu Beginn der 1970er Jahre mit dem Anspruch an, den historischen Prozess in einem sozialistischen Sinn beschleunigen zu können. Sie verstanden sich selbst als Avantgardegruppen, als durch und durch ‚progressiv‘: Die RML trug die Revolution, die POCH den Fortschritt selbst in ihrem Namen. Es wuchs ein neuer Kreis von Fortschrittsgläubigen heran, welche durch die Zerschlagung des ‚Establishments‘ und den Umsturz der bestehenden Ordnung die Gesellschaft aus der Erstarrung befreien wollten.

Um die Welt nach marxistischen Standards zu vermessen, zog sich die Neue Linke mit ihren Gleichgesinnten in geschlossene Kreise zurück. Die POCH übten den marxistisch-leninistischen Sprachgebrauch und die kommunistische Weltanschauung ab 1973 in ihrer Parteschule ein.<sup>202</sup> Auch die RML versuchte, ihre Mitglieder mit obligatorischen Lektüren, Kursen und Ausbildungswochenenden für höhere Aufgaben zu qualifizieren.<sup>203</sup> In diesen Studiengruppen wurden das Klassendenken erlernt, ein eigenes Vokabular aufgebaut und internationalistische Fragen gelöst. Die eigene Politsprache diente als Code, der die neuen

---

<sup>200</sup> Fred Hirsch, Die sozialen Grenzen des Wachstums, 1980, S. 16.

<sup>201</sup> Vgl. dazu Jakob Tanner, American Way of Life seit 1945, 1999, S. 108.

<sup>202</sup> Die POCH initiierten ihre Parteschule Ende 1973, die in der Folge rund ein Viertel ihrer Mitglieder durchliefen. 1982 wurde die Parteschule durch ungezwungenere Diskussionswochenenden abgelöst. Vgl. dazu Flurin Clalüna, Von der Generallinie zum Grünen Bogen, 2000, S. 30-31.



Organisationen in der Arbeiterbewegung verortete. Zudem schuf sich die Neue Linke durch den Anschluss an die Mythen, Riten und Symbole der Arbeiterbewegung eine kollektive Identität, die in organisatorischer Hinsicht bindend und auf einer ideologischen Ebene sinnstiftend wirkte. Dass diese verschlüsselte Sprache in manchen Ohren abgedroschen klang und bei anderen antikommunistische Abwehrreflexe hervorrief, vermochte diese identitätsstiftende Wirkung nicht zu schmälern. Im Gegenteil: Die von aussen spürbare Ablehnung schweisste die Neue Linke nach innen noch weiter zusammen.

Um den Willen zu Streik und Aufruhr in die Tat umzusetzen, stützte sich die Neue Linke primär auf die Betriebsarbeit.<sup>204</sup> Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen boten die Gelegenheit dazu. Denn schon bevor die Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre auch die Schweiz in ihren Strudel riss, war man hierzulande in eine Periode wirtschaftlicher Konzentration geraten.<sup>205</sup> Die Neue Linke wollte die Gunst der Stunde nutzen und versuchte, die Epoche sozialer Klassenkämpfe wieder aufleben zu lassen. So wurden die Arbeitsniederlegungen als geeignete Anlässe erachtet, um den Betroffenen das dichotome Gesellschaftsbild näher zu bringen, klassenkämpferische Konzeptionen zu erörtern und das Ziel des revolutionären Sozialismus plausibel zu machen. Solche Ziele vor Augen, zogen POCH und RML vor die Unternehmungen, schalteten sich ein, informierten die Belegschaft, verteilten Flugschriften und Pamphlete.<sup>206</sup> Dann wurden Kundgebungen und Betriebsversammlungen organisiert, Forderungskataloge aufgestellt, Resolutionen erlassen oder Streikaufrufe verlesen. Wo POCH und RML bei ihren Agitations- und Politisierungsbemühungen auf Gewerkschaften oder Vertreter der traditionellen Linken stiessen, entbrannte nicht selten ein eigentlicher „Solidaritätswettstreit“<sup>207</sup>. Alle Gruppierungen versuchten, mit ihren Interessen und Forderungen bei den Streikwilligen Anklang zu finden und als anerkannte Vertreter ein Mandat zu erhalten. So befanden sich Gewerkschaften, traditionelle und Neue Linke nicht nur im Konflikt mit den Arbeitgebern, sondern auch im Wettstreit untereinander.

---

<sup>203</sup> Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 239.

<sup>204</sup> Simon Jäggi, *Vorhut ohne Rückhalt*, 2007, S. 58-64; Peter Gilg, *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik: Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation*, Bern 1974, S. 96-105.

<sup>205</sup> Seit Ende der 1960er Jahre ging die Zahl der industriellen Unternehmen wegen Fusionen und Betriebsschliessungen zurück. Weil es im Zuge dieses Umstrukturierungsprozesses zu Entlassungen kam oder Arbeitsbedingungen verändert wurden, nahm zu Beginn der 1970er Jahre die Streiktätigkeit zu. Bernard Degen, *Hochkonjunktur und Kalter Krieg*, 2006, S. 245.

<sup>206</sup> Exemplarisch die Vorgehensweise der POCH, als die Biberister Papierfabrik Laufen AG im Sommer 1972 die Betriebseinstellung ankündigte. Vgl. *Biberblick*, Extrablatt der Zeitung der POCH, 21.6.1972.

Die Intervention endete mit einem Erfolg: Man erreichte, dass der Konzern zusätzliche 130'000 Franken für Abgangschädigungen herausgab.

<sup>207</sup> Zum Buhlen um die Gunst der Arbeiterschaft zu Beginn der 1970er Jahre zwischen Gewerkschaften, der traditionellen und der Neuen Linken vgl. André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 494-507, Zitat S. 494; Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 440-441.

Es war paradox: Die junge Wohlstandsgeneration hatte die sozialen Grenzen des Wachstums selbst an Leib und Seele erfahren und wusste, dass mit Geld, materiellen Gütern oder Mehrkonsum nicht automatisch alles besser wird. Sie war zur Gewissheit gelangt, dass trotz aller materiellen Annehmlichkeiten eine innere Unzufriedenheit, ein Ohnmachtsgefühl, Leere und Frustration zurückbleiben können, dass die saturierte Gesellschaft abstumpft, träge, apolitisch oder passiv macht. Ebenfalls blieb der latente Verdacht, dass mit den materiellen Werten, mit Werbung und Konsumschwemme lediglich Ersatzbedürfnisse befriedigt werden. Die Wohlstandsgesellschaft erschien so als manipulativer Versuch, eine kritische Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit zu verhindern. Dennoch verschrieb sich die Neue Linke mit dem Rückgriff auf die marxistische Kapitalismuskritik ganz dem ökonomisch-materiellen Verteilungskampf. Der Überdruß am Wohlstand wurde dem Ziel untergeordnet, die Erträge der Industrialisierung vollumfänglich der Allgemeinheit zufließen zu lassen. Im Stil der klassischen Arbeiterbewegung traten POCH und RML also an, um für die Arbeiterschaft mehr, wenn nicht gar alles zu erkämpfen. Dieser Weg zum Sozialismus gründete immer noch auf den traditionellen Elementen der technoökonomischen Entwicklung. So reihten sich POCH und RML letztlich in den Fortschritts- und Wachstumskonsens ein, in dem bereits die traditionelle Linke stand. Es war dann der aufkommende Umweltdiskurs, der weniger die soziale als vielmehr die ökologische Frage in den Fokus der Industriegesellschaft rücken sollte.

## 4.2 Der Wachstumsschock

### 4.2.1 Die Entdeckung der ‚Grenzen des Wachstums‘ um 1970

Mit der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit hatte sich die Idee verfestigt, dass bei einem andauernden Wirtschaftswachstum alle immer reicher werden müssten. Weil sich die Gesellschaft immer mehr leisten konnte, schien die mit der ökonomischen Expansion eintretende Verbesserung universal. Aus der Perspektive dieses Wachstumdiskurses waren keine Verlierer auszumachen, glaubte man doch daran, dass alle bedeutsamen Parameter zugleich vermehrt werden könnten. Mit solchen Annahmen entwickelten sich Mehrproduktion und Massenkonsum zu einem Ziel, das praktisch alle gesellschaftlichen Kräfte teilten.<sup>208</sup> Als gemeinsamer Nenner von links bis rechts bildete die Expansionsstrategie nicht nur das Motiv des ökonomischen, sondern auch des politischen Handelns.<sup>209</sup> So teilte die Linke mit dem Bürgertum eine Zukunftsvision, die sich im materiellen Wohlstand erschöpfte. Zusammen

---

<sup>208</sup> Hansjörg Siegenthaler, *Die Schweiz 1914–1984*, 1987, S. 503; Jakob Tanner, *Die Schweiz in den 50er Jahren*, 1994.

<sup>209</sup> Hans Peter Fagagnini, *Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Band 21, Bern 1981, S. 79-98, hier S. 85.

glaubte man an die Glücksverheissungen der ökonomischen Entfaltung und wünschte sich weiteren industriellen Fortschritt herbei. Die Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum und Fortschritt wurde zur Losung ohne politische Ideologie, das ewig währende Wirtschaftswachstum zum Idealzustand der Industriegesellschaft erhoben. Deshalb ist ausdrücklich festzuhalten, dass die beschriebene Wachstumseuphorie bis zum Beginn der 1970er Jahre nicht nur innerhalb der Linksparteien, sondern in weiten Teilen der schweizerischen Gesellschaft vorherrschte.

Wenn sich die Menschen in der Nachkriegszeit lange Zeit auf der Sonnenseite wähnten, brachte das Akkumulationsmodell doch auch Schattenseiten hervor. Mit dem Begriff des „1950er Syndroms“ brachte Christian Pfister 1995 zum Ausdruck, dass Mehrproduktion und Konsumzuwachs nach dem Zweiten Weltkrieg zugleich mit einem exorbitanten Verschleiss natürlicher Umweltgüter verbunden waren.<sup>210</sup> So führte der wirtschaftliche Wachstumsprozess gleichzeitig zu materiellen Verbesserungen wie zur ökologischen Belastung der Natur. Flüssige, gasförmige, feste oder energetische Stoffflüsse nahmen in einem Tempo zu, das im Zuge der „1970er Diagnose“ als exponentiell bezeichnet wurde. Der Energiebedarf explodierte, der Flächenbedarf stieg, Abfallberge schwellen an, kurz: Die Belastung der natürlichen Umwelt nahm rapide zu. Es dauerte aber bis zum Beginn der 1970er Jahre, bis die Gesellschaft das ‚Krankheitsbild‘ der Umweltzerstörung als einheitlichen Problemkomplex zu diskutieren begann. In jener Phase der Verunsicherung büssten die herkömmlichen Sinngemungsmuster mit einem Mal ihre Überzeugungskraft ein. Mit dem Anbruch des ökologischen Zeitalters geriet das Wachstumsmodell der Nachkriegszeit schonungslos in Misskredit, schien doch die Akkumulationsdynamik nach den sozialen auch ihre natürlichen Grenzen erreicht zu haben.

Die Frage der ökonomischen Entfaltung stand von Beginn an im Fokus des Umweltdiskurses, da die Funktionssicherheit des materiellen Wachstums bereits von den Wissenschaftlern in Zweifel gezogen worden war. Den Anstoss dazu gaben seit den frühen 1960er Jahren Autoren aus dem angelsächsischen Raum, welche dem herrschenden Wachstums- und Fortschrittswahn mit immer eindringlicheren Warnungen entgegentraten.<sup>211</sup> Noch um 1968 gingen von hiesigen Wissenschaftskreisen kaum Impulse eines neuartigen Umweltdiskurses aus.<sup>212</sup> Dann aber traten immer mehr Schweizer Wissenschaftler der Auffassung entgegen,

---

<sup>210</sup> „Von den fünfziger Jahren an erfuhren der Energieverbrauch, das Bruttoinlandprodukt, der Flächenbedarf von Siedlungen, das Abfallvolumen und die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden den für die heutige Situation entscheidenden Wachstumsschub. Die Gesamtheit der damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen der Produktions- und Lebensweise wird als ‚1950er Syndrom‘ bezeichnet.“ Christian Pfister et al., „Das 1950er Syndrom“: Zusammenfassung und Synthese, in: Christian Pfister (Hg.), Das 1950er Syndrom, 1995, S. 21-47, hier S. 23.

<sup>211</sup> Jost Hermand, Grüne Utopien in Deutschland, 1991, S. 130-132.

<sup>212</sup> Im Wintersemester 1967/68 beispielsweise setzten sich im Rahmen einer inter fakultären Ringvorlesung 14 Dozenten der Universität Zürich mit der gegenwärtigen Fortschrittsproblematik auseinander. Angesichts der apo-

dass die wirtschaftliche Wachstumsbeschleunigung ein dauerhaftes Ziel bleiben könne. So sah beispielsweise der designierte Volkswirtschaftsprofessor Hans Christoph Binswanger 1969 in seiner Antrittsvorlesung den „Kulminationspunkt des Glücks“ überschritten.<sup>213</sup> Weil in den gängigen Wachstumstheorien der „Rohstoff Natur“ keine Rolle spiele, könnte bald „anstelle des Fortschritts der Raubbau dominieren“.<sup>214</sup> So drohe wegen der „Industrialisierung des Lebens“ die „Vernichtung unserer Produktionsanlagen“ und die „Störung unserer psychischen Grundstruktur“<sup>215</sup>. Viele Wissenschaftler an den Universitäten teilten die Auffassung, dass hohe Wachstumsraten und ungezügelter Produktivitätsgewinne an natürliche Grenzen stossen müssten.<sup>216</sup> So griff zu Beginn der 1970er Jahre die Wachstumdiskussion mehr und mehr auf die Hochschulen über. Die ETH Zürich organisierte 1970 im Rahmen des Naturschutzjahres ein nationales Symposium, bei dem die Folgeprobleme des Wachstums aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive betrachtet wurden.<sup>217</sup> In den Jahren 1971 und 1972 wurde dieselbe Problematik an der Hochschule St. Gallen aus einem ökonomisch-juristischen Blickwinkel behandelt.<sup>218</sup> Bald ergab sich daraus der Bedarf, die Umweltforschung zu koordinieren. 1972 wurde dazu die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Umweltforschung (SAGUF) gegründet, welche die entsprechenden Ergebnisse fortlaufend katalogisierte.<sup>219</sup> Im gleichen Jahr fanden 22 Schweizer Wissenschaftler in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammen, die vom Schweizer Nationalfonds finanziert wurde.<sup>220</sup> Geprägt vom Umweltschock wollte sich diese Gruppe der „Theologie des Wachs-

---

kalyptischen Visionen der frühen 1970er Jahre hat die professorale Fortschrittskritik den Eindruck einer geradezu idyllischen Welt hinterlassen. Einzig der Historiker Herbert Lüthy hat die kommenden Diskussion um die Grenzen des Wachstums antizipiert: Die „exponentiellen ‚Fortschrittskurven‘“ – so Lüthy – müssten binnen weniger Jahrzehnte „zum schlechthin Absurden, zum Erstickungstod in Bevölkerungsdichte, Verkehrsdichte und Zivilisations-schmutz führen“. Herbert Lüthy, *Geschichte und Fortschritt*, 1969, S. 28.

<sup>213</sup> Hans Christoph Binswanger, *Wirtschaftliches Wachstum – Fortschritt oder Raubbau?* (Antrittsvorlesung an der Hochschule St. Gallen 1969), in: ders., *Geld und Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie*, Stuttgart und Wien 1991, S. 27-41, hier S. 31.

<sup>214</sup> Hans Christoph Binswanger, *Wirtschaftliches Wachstum*, 1969/1991, S. 34, S. 29.

<sup>215</sup> Hans Christoph Binswanger, *Wirtschaftliches Wachstum*, 1969/1991, S. 32.

<sup>216</sup> So etwa Ernst Basler im Jahr 1970. Vgl. Ernst Basler, *Abschiedsvorlesung am Massachusetts Institute of Technology (MIT) 1970*, Boston, in: *Tages-Anzeiger* vom 5.12.1970 (Magazin-Beilage).

Basler wirkte 1969–1970 als Gastdozent am MIT und hat in dieser Zeit die Grundlagen seines viel beachteten Buches *Strategie des Fortschritts* erarbeitet. Ernst Basler, *Strategie des Fortschritts, Umweltbelastung, Lebensraumverknappung und Zukunftsforschung*, Frauenfeld 1972.

<sup>217</sup> Hans Leibundgut (Hg.), *Schutz unseres Lebensraumes: Symposium an der ETH in Zürich vom 10. bis 12. Nov. 1970 – Ansprachen und Vorträge*, Frauenfeld 1971.

<sup>218</sup> Vgl. dazu Martin P. von Walterskirchen, *Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. 1. Symposium für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St.Gallen, vom 19.–21. Okt. 1971, Frauenfeld und Stuttgart 1972* und Martin P. von Walterskirchen et al. (Hgg.), *Umweltpolitik in Europa. Referate und Seminarergebnisse des 2. Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St.Gallen vom 31. Okt.–2. Nov. 1972, Frauenfeld und Stuttgart 1973*.

<sup>219</sup> Susanne Niederer-Schmidli, *Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre*, 1992, S. 202, S. 207.

<sup>220</sup> Die Leitung hatte der bereits erwähnte Hans Christoph Binswanger, der zu einem der profiliertesten Wachstumskritiker der Schweiz avancierte. Als dann 1978 der Schlussbericht vorlag, hatte sich die Lage längst verkompliziert. So musste die Studie das Dilemma zwischen ökologischer Wachstums- und ökonomischer Rezessionskrise lösen. Vgl. Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), *Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle*.

tums“ annehmen, um Wege zu einem „ökonomisch-ökologischen Gleichgewicht“ aufzuzeigen.<sup>221</sup> Wie keine andere Studie schockierten 1972 „Die Grenzen des Wachstums“ die Welt. Ein Forscherteam um Denis Meadows berichtete dem Club of Rome, dass die „absoluten Wachstumsgrenzen“ bald erreicht sein würden.<sup>222</sup> Der Meadow'sche Zukunftspessimismus stützte sich auf so genannte Weltmodelle, deren exponentielle Wachstumskurven das Schreckbild der bevorstehenden Umweltkatastrophe entwarfen. Die Haltung zum ‚exponentiellen Wachstum‘ wurde somit zur Schlüsselfrage, ja zu einer Frage des Überlebens der Menschheit. Einzig durch einen „Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht“ glaubte Meadows der Apokalypse entgehen zu können.<sup>223</sup> Diese niederschmetternden Nachrichten gaben dem Umweltdiskurs weiteren Auftrieb und liessen den Glauben an den Sinn der wirtschaftlichen Progression nachhaltig ins Wanken geraten.

Mit der Ansicht, dass einzig eine radikale Kehrtwende das Überleben der Menschheit sichern könne, stand man zu Beginn der 1970er Jahre nicht lange allein da. Tatsächlich hatten die Schreckensbilanzen der Wissenschaftler rasch ein breites Echo gefunden. Die Weckrufe der Sachkenner wurden über Publikationen – Bücher, Aufsätze, Zeitungsartikel – über Symposien, Tagungen oder andere Veranstaltungen verbreitet.<sup>224</sup> So hatten zwar Experten bei der Formulierung der Zivilisationskrise das primäre Kommunikationszentrum gebildet, indem sie die ökologischen Folgeprobleme des Wachstumsprozesses überhaupt erst identifizierbar machten. Doch dieses Wissen breitete sich schlagartig aus. Durch die rasche Diffusion des neuen Problembewusstseins wurden auch die politischen oder administrativen Eliten von einer pessimistischen Grundhaltung erfasst.<sup>225</sup> In der Neujahrsansprache meinte Bundespräsident Nello Celio 1972, dass der Mensch zwar „nach den Sternen gegriffen habe“, doch die Fahrt könne „nicht stets mit gleich steigender Beschleunigung fortgeführt werden. In einer von Natur aus begrenzten Welt sind dem Wachstum Grenzen gesetzt, die nicht ungestraft überschritten werden.“<sup>226</sup> Der Optimismus der Wirtschaftswunderperiode begann einem dunklen Krisenbewusstsein zu weichen. Die Umweltproblematik war nun in aller Munde und mit ihr der Verdacht, dass die Welt bei der Fortsetzung des Wachstumstrends dem ökologischen Verfall erliegen könnte.

---

Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt am Main 1978. ‚NAWU‘ steht für ‚Neue Analysen für Wachstum und Umwelt‘.

<sup>221</sup> Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), Der NAWU-Report, 1978, S. 24, S. 21.

<sup>222</sup> Dennis Meadows et al., Die Grenzen des Wachstums, 1972, S. 17.

<sup>223</sup> Dennis Meadows et al., Die Grenzen des Wachstums, 1972, S. 17.

<sup>224</sup> Jörg Wanzek, Komplexe Natur – Komplexe Welt, 1996, S. 89-114.

<sup>225</sup> Vgl. Manuel Eisner, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, in: Manuel Eisner et al., Risikodiskurse, 2003, S. 46-80, hier S. 70.

<sup>226</sup> NZZ Nr. 2, vom 3.1.1972. Vgl. auch URL: <http://www.admin.ch/ch/d/cf/alloc/19720101.html> (11.6.07).

#### 4.2.2 Die traditionelle Linke: Die Erschütterung der Zukunftsgewissheit

Die Publikationen der traditionellen Linken verrieten, dass auch für sie der Lack des nachkriegszeitlichen Wachstumsmodells zu Beginn der 1970er Jahre abzublättern begann. So lässt sich der beginnende Umweltdiskurs in der sozialdemokratischen bzw. der kommunistischen Presse nachzeichnen. Im April 1971 beispielsweise schilderte die sozialdemokratische Zürcher AZ den „Weg zum Abgrund“.<sup>227</sup> Der „homo faber“ habe „unseren Planeten mehr und mehr zu einer einzigen Werkstatt umgestaltet“, erschöpfliche Lebens Elemente wie Luft oder Wasser würden von „der Wirtschaft zu Rohstoffen degradiert“. Die „technische Zivilisation“ bedrohe deshalb „Lebensgemeinschaften, die in Jahrtausenden entstanden sind“. Im August des gleichen Jahres startete dieselbe Zeitung eine zwölfteilige Artikelserie unter dem Titel „Aktion Zukunft – Zürich darf nicht sterben!“<sup>228</sup> Einleitend schrieb der Redaktor, man „sei reif geworden für die Erkenntnis der Umweltgefährdung im umfassenden Sinn des Wortes“. Dennoch dürfe man sich nicht auf eine „resignierende, pessimistische Weltuntergangserwartung zurückziehen“, denn die Umweltgefährdung sei „keine gottgesandte Plage wie die Heuschreckenschwärme im biblischen Ägypten“. Die Artikelserie verstand man denn auch als ersten Schritt zur Überwindung des lebensbedrohlichen Zustandes. Auch die Kommunisten lancierten 1971 das Umweltthema. Unter dem Titel „Der Fortschritt: Unheil oder Segen?“ wurde in Genf ein Sonderdruck an alle Haushalte verteilt, der die kommenden Debatten antizipierte.<sup>229</sup> Dann begann der kommunistische Vorwärts im Frühjahr 1971 vom drohenden „Selbstmord der Menschheit“ zu berichten.<sup>230</sup> „Haben wir tatsächlich, wie die Propheten des Untergangs erklären, die uns von der Natur gesteckten Grenzen unserer Existenz überschritten?“, fragte der Autor rhetorisch. Im Spätsommer setzte unter dem Titel „Wieviel Dreck erträgt die Schweiz?“ eine mehrteilige Reportage ein.<sup>231</sup> Die Bilanz war ernüchternd: Die Produktivkräfte hätten einen unvorhergesehenen Vollkommenheitsgrad erreicht, der im „saubersten Land der Welt“ zu sterbenden Seen, giftigen Winden, verpesteten Flüssen und stinkenden Städten geführt habe.

Von dieser beklemmenden Stimmung waren 1971 auch die Zusammenkünfte der traditionellen Linken ergriffen. Der SPS-Präsident verurteilte am ausserordentlichen Parteitag „gewinnorientierte Wachstumsstrategien, die uns die Wasserpest, die Luftverschmutzung, die Bedro-

---

<sup>227</sup> Zürcher AZ, 30.4.1971.

<sup>228</sup> Zürcher AZ, 21.8.1971.

<sup>229</sup> Der Inhalt dieses Sonderdrucks ist wiedergeben in: Voix Ouvrière, 21.1.1971. Vgl. auch André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 544 und S. 551 (Fussnote 94).

<sup>230</sup> Vorwärts, 8.4.1971. Noch 1971 wurde dieser Artikel in einer Broschüre veröffentlicht. Vgl. Hans Schmidt, *Umwelt und Wohnung als Schicksalsfragen der Gesellschaft*, in: PdAS (Hg.), ohne Titel, Zürich 1971, S. 3-24, Zitat S. 3.

<sup>231</sup> Die erste Folge erschien in Vorwärts, 19.8.1971. Die Reportage ist ebenfalls in der besagten Broschüre wiedergegeben. Vgl. Jean Villain, *Wieviel Dreck verträgt die Schweiz*, in: PdAS (Hg.), ohne Titel, Zürich 1971, S. 25-76.

hung des elementaren Lebensraumes gebracht haben“.<sup>232</sup> Und Bundesrat Hanspeter Tschudi bestätigte, dass der „Umweltschutz [...] eines der grossen brennenden Themen [ist], das uns in Zukunft ständig beschäftigen wird“.<sup>233</sup> Die PdAS stand an ihrer nationalen Konferenz nicht abseits, galten ihr die „Wachstumsprobleme“ doch als „Lebensfrage“.<sup>234</sup> Die ungeordnete industrielle Entwicklung verschmutze die Gewässer, führe zu Staub und schädlichen Gasen, verunstalte die Landschaft und schädige die Gesundheit.

Aus den ersten Reaktionen der traditionellen Linken wird bereits die Matrix des frühen Umweltdiskurses ersichtlich. Erstens basierte die Bereitschaft, die negativen Aspekte des Konjunkturbooms zu thematisieren, auf einer neuen Denk- und Analyseform. Es hatte sich auch innerhalb der Linken eine ökologische Sichtweise verbreitet, wonach sich Mensch und Natur in einem labilen Gleichgewicht befinden. Der Mensch erschien dabei als Teil eines grossen Ganzen, der über dynamische Beziehungen mit seiner natürlichen Umwelt verbunden ist. Dieses Ökosystem erkannte man aus der ökologischen Weltsicht als verwundbar. In ihren Bestandsaufnahmen über die negativen Aspekte des Wirtschaftsprozesses begann die traditionellen Linke die Natur als verletzbaren Organismus zu entdecken. Die vielfältige Schädigung der Lebensgrundlagen wurde nun nicht mehr isoliert gedeutet. Vielmehr wurden mit der neuen Sensibilisierung einzelne Erscheinungen in einem Gesamtzusammenhang interpretiert. So musste es nun um einen umfassenden Schutz des Lebens gehen, der die gesamte Flora und Fauna sowie die unbelebten Elemente miteinschloss. Weil letztlich der irrationale Umgang mit der Natur auf die Gesellschaft selbst zurückfallen musste, sah man auch den Menschen in dieses schützenswerte System eingebunden. Mensch und Natur konnten nicht mehr als getrennte Sphären erachtet werden, war doch alles über komplizierte Wechselwirkungen miteinander verbunden. Mit dieser Tendenz zu einer ganzheitlicheren Erfassung der Welt hielt eine globale Perspektive Einzug. Am Parteitag von 1971 erläuterte die SPS, dass man nicht an nationalen Grenzen scheitern dürfe, denn: „Der Umweltschutz kennt keine Neutralität.“<sup>235</sup> So wurde das neue Anliegen als internationale, ja sogar als weltumspannende Notwendigkeit definiert. Auch am Zeithorizont zeichneten sich Veränderungen ab. War der Naturschutzdiskurs noch vergangenheitsorientiert, richtete sich der Blick nun auf das Kommende, galt es die Umwelt doch im Hinblick auf die Zukunft zu bewahren. So ging es für SPS-Bundesrat Tschudi darum, „den kommenden Generationen eine lebenswerte Existenz“

---

<sup>232</sup> Arthur Schmid, (SPS-Präsident), in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 15.5.1971 in Fribourg, S. 74-80, hier S. 79-80, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>233</sup> Hans Peter Tschudi, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 15.5.1971 in Fribourg, S. 129-131, hier S. 130, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>234</sup> PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit der Schweiz? 59 Thesen zu ihrer Politik, Zürich 1971, S. 28. Die 59 Thesen wurden an der nationalen Konferenz vom 12./13.5.1971 verabschiedet.

<sup>235</sup> Günter Grass, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 15.5.1971 in Fribourg, S. 70-73, hier S. 73, SOZARCH Ar 1.116.17.

zu ermöglichen.<sup>236</sup> Und auch für manche Kommunisten stand nichts weniger als die „weitere Entwicklung des Menschheitsgeschlechts“ zur Disposition.<sup>237</sup>

Mit dem modernen Problembewusstsein hielt ein neuer Wortschatz Einzug. Noch 1970 hatte ‚Umwelt‘ insofern nicht zum Vokabular der Linken gehört, als der Begriff nicht in seiner heutigen Bedeutung verwendet worden war. Im folgenden Jahr aber drang ‚Umwelt‘ mit voller Wucht in die deutsche Sprache ein und rückte auch innerhalb der Linken in das Zentrum der Debatten.<sup>238</sup> „Die Umweltgefahr ist kein Schlagwort, sondern bittere Wirklichkeit“, hielt die SPS Mitte 1971 in ihrem Manifest fest. Auch in das kommunistische Vokabular fand nun jene Bezeichnung Eingang, unter deren Überschrift die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Gesellschaft diskutiert werden sollten.<sup>239</sup> Die Verwendung des Umweltbegriffs ist eines von vielen Indizien dafür, dass auch die traditionelle Linke von einem ökologischen Problembewusstsein ergriffen wurde. Dieses neue Umweltsensorium basierte auf Analyseformen, die von der Wissenschaft entworfen worden waren. So diskutierte die traditionelle Linke die Wachstumsfolgen unter ökologischen und biologischen Aspekten. Man rekurrierte auf wissenschaftliche Kategorien und verwies auf die entsprechenden Fachleute. Die Zürcher AZ beispielsweise stützte den „Weg zum Abgrund“ auf den Schweizer Geografieprofessor Emil Egli, dessen Buch „Natur in Not“ 1970 herausgekommen war.<sup>240</sup> Auch die PdAS bezog ihr Umweltwissen von verschiedenen Experten und konnte gelegentlich sogar auf sowjetische Wissenschaftler verweisen, um über die „gefährliche Erkrankung der Erdoberfläche“ zu berichten.<sup>241</sup> Die Konzepte und Lernprozesse der Wissenschaftler spielten also eine zentrale Rolle, als sich die Linke zu Beginn der 1970er Jahre ein ökologisches Bewusstsein erarbeitete und die Umwelt- und Wachstumsproblematik entdeckte.

Zweitens geriet aus dem ökologischen Blickwinkel das Wachstum selbst in den Mittelpunkt der Umweltdebatte. Da die Vorstellung einer ausbeutbaren Materie erschüttert worden war, machten sich die SPS und PdAS das Wissen um den Verschleiss der Naturgüter zu Eigen. Damit wandelte sich die Einstellung zur Natur radikal. Unter den Aspekten von Raubbau, Ausbeutung und Vergeudung setzte die Diskussion über die Verantwortung des Menschen gegenüber seiner natürlichen Umwelt ein. Die Natur bekam einen Opferstatus, während die

---

<sup>236</sup> Hans Peter Tschudi, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 15.5.1971 in Fribourg, S. 129-131, hier S. 130, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>237</sup> Hans Schmidt, Umwelt und Wohnung als Schicksalsfragen, 1971, S. 5.

<sup>238</sup> Der Umweltbegriff setzte sich in seiner aktuellen Bedeutung als Übersetzung von *environnement/environnement* durch. Im Verlauf des Europäischen Naturschutzjahres 1970 fand das Wort rasante Verbreitung. Vgl. Ursula Brechbühl, Lucienne Rey, Natur als kulturelle Leistung, 1998, S. 124-127; Susanne Niederer-Schmidli, Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre, 1992, S. 176; Manuel Eisner, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, 2003, S. 69.

<sup>239</sup> Weil das in seiner Bedeutung angereicherte Wort neu war, wurde es gelegentlich noch mit Anführungs- und Schlusszeichen apostrophiert. Vgl. Hans Schmidt, Umwelt und Wohnung als Schicksalsfragen, 1971, S. 3-24.

<sup>240</sup> Zürcher AZ, 30.4.1971. Emil Egli, Natur in Not, 1970.

<sup>241</sup> Im Oktober 1969 war in der sowjetischen Zeitschrift „Piroda“ ein Artikel eines Wissenschaftlers erschienen, der auf die Umweltproblematik aufmerksam machte. Die PdAS griff diese Informationen auf. Vgl. Vorwärts, 14.5.1970.



Linke den Menschen wegen dessen unverantwortlichen Handelns als Täter entdeckte. Den Kern des Problems erkannte man in einer Gesellschaft, die einseitig auf quantitative Werte ausgerichtet ist. Aus dieser Perspektive bildete „die florierende Wirtschaft“ die eine Seite, „verfäulende Flüsse und Seen, verschmutzte und vergiftete Luft und eine bedrohliche Lärmlawine“ die andere Seite der Medaille.<sup>242</sup> Der ‚homo faber‘ symbolisierte dabei jenen schaffenden Menschen, der mit seinem Fortschrittsmodell in einen verheerenden Gegensatz zur Natur geriet. Die SPS sah in der Zerstörung der natürlichen Umwelt eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Expansion. Auch die PdAS erkannte in der industriellen Entfaltung jene Kraft, welche die Verbindung von Mensch und Natur aus der Balance bringen könnte.<sup>243</sup> Die Produktivkräfte hatten eine derartige Dynamik erreicht, dass das Wachstum nun als „Lebensfrage“ bezeichnet werden musste. Diese Deutung hatte in der traditionellen Linken zu der Auffassung geführt, dass die Umweltfrage ohne Antworten auf die Wachstumskrise ungelöst bleiben musste.

Drittens hatte die Erkenntnis, dass der industrielle Wachstumsprozess zu verschiedensten Dysfunktionen im natürlichen Stoffwechsel führen kann, die traditionelle Linke in einen veritablen Schockzustand versetzt. Nicht selten schlug das neue Wissen in apokalyptische Ängste um. Die Zürcher AZ sah die Menschheit auf dem „Weg zum Abgrund“, obschon sich diese des eigenen Untergangskurses nicht bewusst sei. Angesichts einer „auf kollektiven Selbstmord programmierten Profit- und Konsumzivilisation“ wurde auch die PdAS von einer düsteren Weltuntergangsstimmung erfasst.<sup>244</sup> So sah die traditionelle Linke die Umweltbedrohung als Schicksalsfrage, an der die gesellschaftliche Existenz zu scheitern drohte. Dabei spielte die Metapher der Apokalypse und die Vorstellung eines Weltendes eine zentrale Rolle. Die düsteren Zukunftsvisionen basierten indessen nicht auf einer religiösen Gewissheit, vermochte man in der Umweltgefahr doch „keine gottgesandte Plage“ zu erkennen. Die Endzeiterwartung beruhte vielmehr auf ökologischen ‚Fakten‘, welche rationale Wissenschaftler mit mathematischer Genauigkeit ermittelt hatten.<sup>245</sup> Die Apokalypse erschien in dieser säkularisierten Version als Konsequenz des menschlichen Handelns selbst, hatte man doch offenbar über die natürlichen Grenzen hinaus gewirtschaftet. Da das Weltende nicht von Gott gesetzt wurde, bestand immerhin noch Hoffnung, dass der Untergang verhindert werden

---

<sup>242</sup> SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 7-8.

<sup>243</sup> „Dieses jahrtausende alte Verhältnis Mensch-Natur hat sich im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte entscheidend gewandelt. Wissenschaft und Technik haben die Menschheit befähigt, die ihnen bisher von der Natur gesetzten Grenzen zu überschreiten und das Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern.“ Hans Schmidt, Umwelt und Wohnung als Schicksalsfragen, 1971, S. 4.

<sup>244</sup> Jean Villain, Wieviel Dreck verträgt die Schweiz?, 1971, S. 32.

<sup>245</sup> So hatte etwa der Club of Rome seine beängstigenden Weltmodelle anhand empirischer Daten erstellt, die von den modernsten Computern errechnet worden waren. Vgl. dazu Patrick Kupper, „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer“. Zur Geschichte der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972, in: Uekötter, Frank, Hohensee, Jens (Hgg.), Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Öko-Alarme, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft (HMRG), 57, Stuttgart 2004, S. 98-111.

konnte. So stand die „Aktion Zukunft“ für die Zuversicht, dass das Schlimmste durch eigenes Tun gerade noch abzuwenden sei.

Trotz dieser hoffnungsvollen Wendung wurde die sozialistische Zukunftsgewissheit durch den Anbruch der ökologischen Ära zutiefst erschüttert. Die Hoffnungen, welche man an den industriellen Entfaltungsprozess geknüpft hatte, erwiesen sich durch die ökologischen Folgewirkungen als verheerend. Das Akkumulationsmodell hatte mit seiner wirtschaftlichen Überproduktion die natürlichen Wachstumsgrenzen offenbar bereits überschritten. Besonders die SPS musste die Umweltkrise als Hiobsbotschaft begreifen, denn ihre Idee vom Fortschritt drohte auf dem eingeschlagenen Pfad in einen ökologischen Albtraum umzuschlagen. Noch 1959 waren die Genossen – dem Wachstumsoptimismus des damaligen Parteiprogramms entsprechend – mit dem Slogan „Schöne Heimat – frohe Menschen“ in den Wahlkampf gestiegen.<sup>246</sup> Ein gutes Jahrzehnt später konnte von diesem harmonischen Modernisierungsideal nicht mehr die Rede sein. Die ‚schöne Schweiz‘ von ehemals sah man 1971 knietief im Dreck stehen.<sup>247</sup> Und die ‚frohen Menschen‘ von 1959 drohten nun an „den Absonderungen ihres Wohlstandes“ (Günter Grass) zu ersticken. Die sozialdemokratische Freude über das Erreichte wich der Furcht vor dem Kommenden.<sup>248</sup> Wirtschaftswachstum, Mehrproduktion und Massenkonsum schienen im Sog der „1970er Diagnose“ nicht ins Glück, sondern an den Abgrund zu führen. Die Umweltkrise drohte alles zu vernichten, was man sich mit der Beschleunigung des Wachstums selbst erarbeitet hatte.

Viertens wurde mit dieser beklemmenden Sorge die Umweltfrage jäh zum wichtigsten Thema der traditionellen Linken erhoben. Es ist klar, dass der Umweltschutzgedanke bis zu Beginn der 1970er Jahre nicht als Zielvorstellung der traditionellen Linken existieren konnte. Doch selbst nach klassischen Naturschutzpostulaten sucht man in den Programmen, Manifesten oder Resolutionen von SPS und PdAS vergebens. Als dann aber das sozialistische Fortschrittsdenken in ökologische Zerfallstheorien umschlug, schien nichts wichtiger als die unverzügliche Einleitung zukunftsbringender Gegenmassnahmen zu sein. Mit der Ansicht, dass die Rettung der Zukunft die vordringlichste Gegenwartsfrage überhaupt sei, war das Postulat des Umweltschutzes schon 1971 zum Wahlkampfthema Nummer 1 aufgestiegen. „Die Sanierung unserer Umwelt“ – wurde 1971 erklärt – ist „die politische Forderung Nummer eins der SPS Schweiz“.<sup>249</sup> Die Lösung der Wachstumsfrage sollte deshalb allem anderen voraus-

---

<sup>246</sup> Das Plakat zeigte Vater und Tochter, die winkend und glücklich einer glänzenden ‚american-way-of-life‘-Zukunft entgegenschreiten. Das SPS-Wahlplakat von 1959 ist abgedruckt in: Niklaus Scherr, Hauskrach in der Sozialdemokratie, in: positionen, Nr. 35, Juni 1981, S. 3-11, hier S. 5.

<sup>247</sup> Das ‚Manifest 1971‘ hielt lakonisch fest: „Absterbende Gewässer, verschandelte Landschaften, giftige Luft und unerträglicher Lärm sind keine Visitenkarte für die Schweiz.“ SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 8.

<sup>248</sup> „Was nützt der Wirtschaftserfolg, was nützt die Armee, was nützt die persönliche Freiheit, wenn unsere Schweiz buchstäblich zugrunde geht?“, fragte die SPS in ihrem Manifest 1971. SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 8.

<sup>249</sup> SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 8.

gehen. Gleichzeitig verlangte die PdAS unverzüglich einen nationalen Entwicklungsplan, „der die Gesamtheit dieser Wachstumsprobleme erfasst“.<sup>250</sup> Dann sollte der Bund eine „harmonische Entwicklung der Wirtschaft“ sicherstellen, um den „Erfordernissen des Umweltschutzes“ gerecht zu werden.<sup>251</sup> SPS und PdAS nahmen den Umweltschutz also flugs in ihre Programme auf. Von der Schnelligkeit und der Wucht der ökologischen Zäsur war die traditionelle Linke selbst überrascht. Noch im Sommer 1969 sahen SPS und PdAS die Menschheit einen Fuss auf die Mondoberfläche setzen, zwei Jahre später währte man dieselbe einen Schritt vor dem irdischen Abgrund.<sup>252</sup> Die Rhetorik einer „Fünf-vor-zwölf-Situation“ versinnbildlichte dabei, dass entsprechende Lösungen keinen Aufschub duldeten, drohten die Folgewirkungen des industriellen Wachstumsprozesses doch katastrophale Effekte zu zeitigen.<sup>253</sup>

Die zukunftsweisende Linke war mit der dunklen Endzeiterwartung unversehens in den Strudel der „1970er Diagnose“ geraten. Mit dem ökologischen Ansatz ging das bedingungslose Vertrauen in die Industriegesellschaft verloren. Durch die Entdeckung der Umweltproblematik kam auch die traditionelle Linke zu dem Schluss, dass unbedingt ein neues Verhältnis zur Natur gesucht werden musste.

### 4.2.3 Die Neue Linke: Zurück zur Natur?

Als in der Schweiz zu Beginn der 1970er Jahre die ökologisch begründeten Sorgen um die Zukunft umgingen, war die Neue Linke im Begriff, sich dem marxistischen Fortschrittsmodell zu verschreiben. POCH und RML waren dabei mit grossem Enthusiasmus von vielerlei Fragen angetrieben. Zumindest in der politischen Theorie gehörten Wachstumsfragen indessen kaum dazu. Man war vielmehr mit der eigenen Identitätsfindung, mit Ausbaustrategien, Klassenanalysen, der Verortung in der Arbeiterklasse oder internationalistischen Imperialismustheorien beschäftigt. POCH und RML hatten sich in Aufbauorganisationen formiert, stritten um die rechtmässige Interpretation des Marxismus und debattierten die Frage, wie das Proletariat zu wecken und zu organisieren sei.

---

<sup>250</sup> PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit der Schweiz?, 1971, S. 28.

<sup>251</sup> So lautete im Frühjahr 1974 der (erfolglose) Antrag eines PdAS-Nationalrates, um den Bund zur Erstellung eines entsprechenden Mehrjahresplanes zu verpflichten. Antrag André Muret vom 7.3.1974, zitiert in: Vorwärts, 14.3.1974.

<sup>252</sup> Aus der Sicht der PdAS: „Allen Ernstes wird uns die Frage gestellt, ob die Menschheit zur selben Zeit, wo sie sich anschickt, den Kosmos zu erobern, die Gefahr läuft, den eigenen Erdball unbewohnbar zu machen.“ Hans Schmidt, Umwelt und Wohnung als Schicksalsfragen, 1971, S. 3. Auch die Zürcher AZ meinte, dass der Mensch eben noch den Kosmos eroberte, doch jetzt sei der Fortschritt eine „Quelle untergründiger Angst“. Zürcher AZ, 30.4.1971.

<sup>253</sup> Jean Villain, Wieviel Dreck verträgt die Schweiz?, 1971, S. 35.

Im Bemühen, eine revolutionäre Arbeiterorganisation auf die Beine zu stellen, wurden die eigenen Vereinigungen vorwärtsgetrieben.<sup>254</sup> Die Engagiertesten verliessen ihre Heimatkantone, um anderswo schlagkräftige Sektionen aufzubauen. Mit viel Engagement wurden eigene Publikationsorgane aufgebaut.<sup>255</sup> So war die Neue Linke um das Organisationsgefüge besorgt, studierte die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und strukturierte sich in Zentralkomitees, Politbüros, Sektionen oder Zellen.<sup>256</sup> In diesem Aufbauprozess entwickelten sich die revolutionären Hilfsorganisationen zu eigenständigen Gruppierungen, die sich selbst als Vorhut der Arbeiterschaft begriffen.

Obschon POCH und RML also nicht prioritär von Umweltthemen eingenommen waren, lässt sich die ökologische Schockwirkung auch in den Reihen der Neuen Linken nachverfolgen. Das beste Beispiel dafür liefert die Lehrlingsorganisation Hydra, die sich im Frühjahr 1970 von den POB abspaltete.<sup>257</sup> Die Hydra übernahm das Glaubensbekenntnis und den Stil ihrer österreichischen Vorbildgruppe Spartakus und entwickelte sich zu einer Art Schwesterorganisation.<sup>258</sup> Zusammen bekämpfte man die beklagte Ausbeutung der Lehrlinge und startete Aktionen zugunsten junger Arbeiter. Dann beschäftigte sich die Basler Lehrlingsorganisation mit der Heimpolitik, brandmarkte die ‚repressive‘ Erziehung, das Jugendstrafrecht und die Verwahrung. So zog sie mit einer revolutionären Rhetorik vor die Jugendheime, um den Zöglingen zur Flucht zu verhelfen.<sup>259</sup> In der Folge weiteten die beiden Gruppierungen ihr Aktionsfeld auf die industrielle Welt aus. Bald reisten Spartakus und Hydra durch Europa, um Betriebschliessungen nicht nur Österreich und der Schweiz, sondern auch in Frankreich, Belgien und Deutschland anzuprangern. So wirkten Hydra und Spartakus in den Jahren 1970–1972 als typische Agitations- und Propagandagruppen, die mit ihrer Vorliebe für be-

---

<sup>254</sup> Die POCH expandierten ab 1971 in verschiedene deutschschweizer Kantone, die RML machte sich daran, Ableger in allen drei Sprachräumen zu bilden.

<sup>255</sup> Die Zeitung der POCH, deren Name mehrmals wechselte, wurde erstmals im Oktober 1971 erstellt. Die erste Ausgabe von *La Brèche* erschien bereits im Oktober 1969, später wurde sie von der RML auch ins Deutsche (Bresche), Italienische (Rosso) und Spanische (Rojo) übersetzt. Zu den Zeitungen der RML vgl. Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 125-127 und S. 137-141; Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 240, S. 197.

<sup>256</sup> Zu den Organisationsprinzipien der RML vgl. Lucien Scherrer, *Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla*, 2004, S. 81; Simon Jäggi, *Vorhut ohne Rückhalt*, 2007, S. 47-49; Benoît Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire*, 2000, S. 76-78.

Zum Funktionieren der POCH, welche erst Mitte 1972 die Zentralisierung beschlossen hatte, vgl. Peter Gilg, *Jugendliches Drängen*, 1974, S. 96-97; Lucien Scherrer, *Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla*, 2004, S. 35.

<sup>257</sup> Dieser Bruch wurde von Aktivisten aus Österreich herbeigeführt, die zu diesem Zeitpunkt eine POB-Wohngemeinschaft besuchten, Drogen konsumierten und ihre Ideen verbreiteten. Die Hydra wurde vom ehemaligen Lehrlingsverantwortlichen der POB geleitet. Vgl. Gilbert-François Caty, *Die umstrittenen Erben*. Longo Mai und die europäischen Medien, Giessen 1983, S. 47, und Beatriz Graf, *Longo Mai*, 2005, S. 9-22.

<sup>258</sup> Die neulinke Organisation Spartakus hatte sich in Wien im Sommer 1970 von der Kommunistischen Partei Österreichs abgespalten. Für die Aktionen von Hydra und Spartakus zwischen 1970 und 1972 vgl. Gilbert-François Caty, *Die umstrittenen Erben*, 1983, S. 21-52, und Beatriz Graf, *Longo Mai*, 2005, S. 9-22.

<sup>259</sup> Damit reihte sich die Hydra in die Heimkampagne-Bewegung ein, die zwischen 1968 und 1972 die ‚Disziplinargesellschaft‘ einer harschen Kritik unterzog und das Thema der Heimerziehung mit spektakulären Aktionen in die Öffentlichkeit trug. Zu der Heimkampagne-Bewegung vgl. Renate Schär, ‚Erziehungsanstalten unter Beschuss‘. Heimkampagne und Heimkritik in der Deutschschweiz Anfang der 1970er Jahre, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2006.

nachteiligte Randgruppen und für ‚antiautoritäre‘ Aktionen irgendwo zwischen den Spontanisten und den Ouvrieristen eingeordnet werden können.

Als aber die beiden neulinken Gruppierungen im Frühjahr 1972 ihre Situation überdachten, gerieten sie unvermittelt in den Bann der ökologischen Zivilisationskrise. „Wir atmen Benzin, wir trinken Waschmittel, wir hören Maschinen“, brachten sie in einem Grundsatzdokument zu Protokoll.<sup>260</sup> Ökologisch beleuchtet, trat nun das Entsetzen an der zerstörerischen „Überindustrialisierung“ hervor.<sup>261</sup> So liessen Hydra und Spartakus den Klassen- und Lehrlingskampf, die Heime, Gefängnisse und die Betriebsschliessungen hinter sich. Jetzt begann man aufgeschreckt an einer Alternative zu arbeiten, um der fehlgeleiteten Industriegesellschaft den Rücken zu kehren. Noch im Dezember 1972 wurde in Basel der erste Schritt zum Ausstieg getan.<sup>262</sup> Im Sommer 1973 gehörten dann Hydra- und Spartakusmitglieder zum harten Kern jener 30-köpfigen Gruppe, die mit Hab und Gut in Richtung Provence aufbrach. Dort – in der Gegend von Limans – sollte unter dem Namen Longo Mai der ökologisch-gesellschaftlichen Misere die konkrete Utopie entgegengesetzt werden.

So wurde die europäische Pioniersiedlung aufgebaut: Wasser suchen, Holz fällen, Gärten anlegen, jäten, pflügen, ernten, Schafe hüten – unter dem Motto ‚roden statt reden‘ wurde das städtische Leben durch die körperliche Landarbeit ersetzt. Mit dem Ziel, fernab der Zivilisation den Teufelskreis der industriellen Eskalation zu durchbrechen, wandelten sich die neulinken Agitatoren zu naturnahen ‚Neorurali‘. Die Konsumgesellschaft wurde nicht nur theoretisch abgelehnt. Vielmehr sollte mit dem Aufbau von Öko-Kommunen eine neue Gesellschaftsordnung praktiziert werden, die weder Mensch noch Natur zerstört. Mit dem Projekt einer landwirtschaftlichen Kommune hat die Hydra ihr Profil deutlich verändert. Zusätzlich zu den gesellschaftlichen Missständen war die ökologische Misere für sie zum Anlass geworden, um sich definitiv von der Zivilisation zu verabschieden.

Die ehemaligen Klassenkämpfer wurden zu Öko-Aussteigern und schlossen sich der facettenreichen Zurück-zur-Natur-Bewegung an.<sup>263</sup> Neben Longo Mai fanden diese naturnahen Anhänger der 68er-Bewegung noch in anderen Zusammenschlüssen eine Heimat. So entstanden hierzulande zwischen 1971 und 1973 auch die Bärglütli, die Gemeinnützige Gesell-

---

<sup>260</sup> Nachrichten für Unzufriedene ‚Die Krise – ein Angriff‘, März/April 1972, auszugsweise wiedergegeben in: Gilbert-François Caty, *Die umstrittenen Erben*, 1983, S. 52-56, hier S. 53.

<sup>261</sup> Gilbert-François Caty, *Die umstrittenen Erben*, 1983, S. 53.

<sup>262</sup> So fand dort mit dem ‚Kongress zur Bildung europäischer Jugendgemeinschaften‘ die Gründung von Longo Mai statt. Vgl. Gilbert-François Caty, *Die umstrittenen Erben*, 1983, S. 67-79, und Beatriz Graf, *Longo Mai*, 2005, S. 25-48.

<sup>263</sup> Angezogen wurden diese AussteigerInnen von verlassenen Landstrichen, insbesondere in den Bergen. In der Schweiz entwickelten sich vor allem die Tessiner Bergtäler zu einem eigentlichen Mekka. Für einen Überblick über die Zurück-zur-Natur-Bewegung in der Schweiz vgl. François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 201-203, und Stefan Bittner, *Höhenflüge im Underground*, 2006, S. 164-168. Zum historischen Kontext der vielfältigen 68er-Alternativkultur siehe auch Hanspeter Kriesi, *Die Zürcher Bewegung*, 1984, S. 160-167 und S. 189-197; Jost Hermand, *Grüne Utopien in Deutschland*, 1991, S. 150-156.

---

schaft Bergheimat oder der Neue Walser Bund. Diese Gruppierungen waren allesamt von der ökologischen Endzeitstimmung der frühen 1970er Jahre geprägt. Sie zeigten seismographisch jene gesamtgesellschaftliche Befindlichkeit an, die sich spätestens mit den ‚Grenzen des Wachstums‘ verbreitet hatte. Der Ausstieg war deshalb nicht zuletzt ein Versuch, dem apokalyptischen Zeitgeist die eigene Tat entgegenzusetzen und auf die ökologische Frage eine konkrete Antwort abseits des ‚Systems‘, der Zwänge des Marktes und der Technologie zu geben.

Die Öko-Aussteiger – junge Hippies, Idealisten und Gesellschaftskritiker – setzten dem herrschenden Konsumzwang ein einfaches Leben ohne Luxus und Überfluss entgegen, um die Natur zu schonen anstatt zu zerstören. Mit diesem antizivilisatorischen Bekenntnis zur Bedürfnislosigkeit war das Experiment einer dezentralen Produktionsform verbunden, die sich durch überschaubare, geschlossene Kreisläufe auszeichnen sollte. Deshalb wurden umweltverträgliche Lebensformen getestet, eine ‚sanfte‘ Technik erprobt und das Konzept der Selbstversorgung eingeübt. Abseits von kapitalistischem Expansionsdrang und Rentabilitätsansprüchen strebte man nach einer Gemeinschaft, die harmonisch mit der Natur lebt.

Doch die Vision einer naturerhaltenden Existenzform liess sich nicht ohne weiteres realisieren, denn der Erschaffung des eigenen Paradieses standen manche Hindernisse im Weg. Das Autarkiestreben musste in einer komplexen Welt allzu oft unerfüllt bleiben und erwies sich letztlich als wirklichkeitsfern oder unbequem. So führte die Suche nach einem gerechteren und nachhaltigeren Kollektiv mit den Öko-Kommunen auf einen steinigen, entbehrungsreichen und problembeladenen Weg. Für viele Aussteiger blieben die Öko-Gemeinschaften lediglich eine einzelne Etappe einer grossen Selbstfindungsreise. Den meisten dieser Gemeinschaften war denn auch keine allzu lange Dauer beschieden.<sup>264</sup> Das Projekt Longo Mai indessen erwies sich als ausserordentlich erfolgreich und langlebig. Aus der Pioniersiedlung in der Provence ist bis heute ein europäisches Netzwerk von neun Kooperativen entstanden, das um die 200 Personen umfasst. Die enge Verbundenheit mit der Schweiz blieb bestehen: Ab 1974 besass die Kooperative auch hierzulande eine Kommune. Die Zentrale befindet sich immer noch in Basel.<sup>265</sup> Allerdings hat sich auch in dieser Kooperative der Traum von der umfassenden Selbstversorgung als Illusion erwiesen. Ohne Pragmatismus, ohne Spenden und ohne Kooperation mit der Industriegesellschaft hätte auch Longo Mai nicht überleben können.

Die untersuchten Linksparteien taten sich schwer mit der ideologisch und organisatorisch nicht klar zu fassenden Aussteigerbewegung. Die Bewegung, die weder Partei noch Ge-

---

<sup>264</sup> So gibt es heute in der Schweiz nur noch wenige Öko-Kommunen. Vgl. dazu Stefan Bachmann, Öko-Aussteiger: Harte Landung auf dem Boden der Realität, in: Beobachter Natur, Nr. 18, 2009.

<sup>265</sup> Vgl. die Zeittafel in Beatriz Graf, Longo Mai, 2005, S. 154-166. Siehe auch NZZ am Sonntag, 9.7.2006.

werkschaft sein wollte, stiess bei der Linken auf Skepsis. Die Öko-Aussteiger betonten – anders als die politischen Parteien – mehr die existentielle denn die politische Seite der ökologischen Herausforderung, setzte man der Umweltkrise doch die eigene Tat entgegen. So bewegten sich die Kommunen ausserhalb der bestehenden Institutionen. Der Neuen Linken erschien dieser Rückzug entweder als verantwortungslose, egoistische Flucht oder als Ausdruck der Unfähigkeit, den Klassencharakter der Gesellschaft zu erkennen.<sup>266</sup> Aus ihrer Sicht kapselten sich die ‚Neorurali‘ mit ihren alternativen Inseln im kapitalistischen ‚Meer‘ von der ökonomischen, sozialen und politischen Realität ab. Für die hochpolitische RML beispielsweise war die „Selbstbefreiung im Kapitalismus“ illusorisch.<sup>267</sup> Warum in der Peripherie die Mikroökonomie proben, wenn doch ein erfülltes Leben erst mit dem Sturz der lebensfeindlichen Klassengesellschaft möglich ist? Für die Trotzisten konnte es eine ‚private‘ Harmonie mit der Natur nicht geben. Da man also keine Strategie zur sozialistischen Gesellschaftsveränderung erkennen konnte, lehnte die Neue Linke den mythischen Rückzug in die Öko-Kommunen ab. Die Abgrenzung war allerdings gegenseitig, auch wenn in den Medien zumeist die Gemeinsamkeiten zwischen den Klassenkämpfern und der Subkultur hervorgehoben wurde. In den Augen der Alternativen war die Neue Linke spröde und dogmatisch verbohrt.<sup>268</sup> Im intellektuellen Gebaren sahen sie zumeist eine entrückte Phrasendrescherei, die wirkungslos verpuffen musste.

Die traditionelle Linke hatte ebenfalls ein gespaltenes Verhältnis zur Aussteigermentalität. Es ist gut möglich, dass die grüne Alternativkultur gerade bei manchen Sozialdemokraten auf wertschätzende Anerkennung stiess. Aus einer politischen Perspektive aber konnte man den Rückzug in private Produktiv- und Wohngemeinschaften kaum gutheissen. Dass die ökologische Frage im „gesellschaftlichen Separée“ – quasi unter einzelnen Eingeweihten und Erleuchteten – gelöst werde könne, erschien den meisten Genossen als „verhängnisvoller Irrtum“.<sup>269</sup> Das Aussteigen galt als Weg, um „persönlich mit den Problemen fertig zu werden“, ohne allerdings aus der „gesellschaftlichen Sackgasse“ herausführen zu können.<sup>270</sup>

Tatsächlich hatten die ‚Neorurali‘ nie das Potenzial, zu einer Massenbewegung heranzuwachsen. Zwar konnte man sich in den Randgebieten von den Verbrechen an der Natur distanzieren, durchgreifende Umweltverbesserungen liessen sich dort aber nicht bewerkstelligen. Die Linke stand deshalb vor der Herausforderung, nach politisch-gesellschaftlichen Ansätzen für die Wachstumsproblematik zu suchen. Individuelle Antworten wie der Rückzug in die Landkommunen konnten für ihre Vertreter keine Alternative sein.

---

<sup>266</sup> Stefan Bittner, Höhenflüge im Underground, 2006, S. 38-41.

<sup>267</sup> Bresche, Nr. 101, Oktober 1977, S. 12.

<sup>268</sup> Vgl. Stefan Bittner, Höhenflüge im Underground, 2006, S. 38.

<sup>269</sup> Toya Maissen, Das joblose Wachstum ist in Sicht, in: Profil/Rote Revue, Nr., 2, 1983, S. 1.

<sup>270</sup> Toya Maissen, Das joblose Wachstum, 1983, S. 1.

---

## 4.3 Das Nullwachstum

### 4.3.1 Wider das Leitbild der Stabilisierung

Mit dem Anbruch des ökologischen Zeitalters wurde der Kult der Produktivitätssteigerung entzaubert. Mit der Ansicht, dass eine überbordenden Produktions- und Konsumgesellschaft die zentrale Ursache der Umweltzerstörung sei, wurden alte Vorzeichen hinterfragt oder umzukehren versucht. So wurde im Wachstumsschock der Ruf nach Verlangsamung und natürlichem Gleichgewicht zum Gebot der Stunde. Wer im konjunkturellen Boom die Ursache des ökologischen Missstandes verortete, setzte Umweltschutz nicht selten mit Wachstumsstopp gleich. Von verschiedenen Seiten wurde das Wachstumsparadigma kurzerhand durch das Leitbild der Stabilisierung ausgetauscht.

Insbesondere der Club of Rome trat vehement der Ansicht entgegen, dass ungezügelte Wachstumsraten und ungebremste Produktivitätsgewinne anzustreben seien. Das Schreckbild der Umweltkatastrophe galt dabei als Konsequenz, wenn das Postulat eines ökologisch-ökonomischen Gleichgewichtszustandes missachtet würde. Die Botschaft war eingängig: Überleben durch Stabilisierung oder Vernichtung durch Expansion. Einzig durch den „Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht“ glaubte das Meadow'sche Manifest der Apokalypse entgehen zu können.<sup>271</sup> Durch den Erfolg des Club of Rome waren die „Grenzen des Wachstums“ ab 1972 rasch in aller Munde. Damit verfestigte sich im hiesigen Umweltdiskurs die Ansicht, dass die gesellschaftliche Kursänderung über den Wachstumsstopp eingeschlagen werden musste. In der Verlangsamung der ökonomischen Expansion sah man das Mittel, um den verhängnisvollen Wachstumskurven Einhalt zu gebieten. Auch auf der politischen Ebene konnte nun mit dem Ansinnen, die Wachstumstendenzen umzukehren, eine radikale Kehrtwendung eingefordert werden. Schon 1970 – während der parlamentarischen Debatte zum Umweltschutzartikel – wurde die Ausrichtung der Politik auf ein grösstmögliches Wirtschaftswachstum angeprangert.<sup>272</sup> Mit den zunehmenden Zweifeln an der Funktionssicherheit des materiellen Wachstums wurden 1972 im schweizerischen Parlament Forderungen nach Nullwachstum erhoben.<sup>273</sup> Auch wurde im selben Jahr die Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption initiiert, wobei im entsprechenden Vorstoss auf die Stabilisierungsforderungen des Club of Rome verwiesen wurde.<sup>274</sup> Da die Meadow'schen Gleichgewichtsszena-

---

<sup>271</sup> Dennis Meadows et al., *Die Grenzen des Wachstums*, 1972, S. 17.

<sup>272</sup> Katrin Büchel, *Umweltschutz*, 1988, S. 250.

<sup>273</sup> Patrick Kupper, „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer“, 2004, S. 105-106.

<sup>274</sup> Patrick Kupper sieht in der Gesamtenergiekonzeption – die am 5.10.1972 durch das Postulat Letsch eingeleitet wurde – eine „nationale Spielart zur Ergründung und Planung der ökologischen Grenzen“. Patrick Kupper, „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer“, 2004, S. 106. Zur Initiierung der Gesamtenergiekonzeption und zu den Diskussion um die Ersetzung des energiepolitischen Wachstumsprimats durch den Leitwert des Umweltschutzes vgl. auch Johannes Max Zürcher, *Umweltschutz als Politikum*, 1978, S. 135-137.



rien also bald zum Grundwissen der Zeit gehörten, sahen viele in der wirtschaftlichen Einschränkung das einzige Mittel zur Verhinderung einer ökologischen Desasters. Das Nullwachstum wurde so zu einem wichtigen Schlagwort der umweltpolitischen Diskussion. Mit ihm konnte der Angst vor dem Wachstumskollaps der Wunsch nach Stabilisierung und Gleichgewicht entgegengehalten werden. Der verheerenden Dynamik des exponentiellen Wachstums sollte also mit der Logik der Wachstumsbeschränkung begegnet werden.

Obschon die untersuchten Parteien zu Beginn der 1970er Jahre in den Bann der „1970er Diagnose“ geraten waren, lehnten sie das Nullwachstum allesamt ab. Die traditionelle Linke hatte ihr verabsolutiertes Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum zwar revidiert. Doch auch ihre Gruppierungen wiesen die Forderung des Wachstumsstopps zurück. Besonders die PdAS reagierte auf die Stabilisierungstheorien äusserst pikiert, und die Parteiführung wies die Idee der wirtschaftlichen Drosselung weit von sich. Am Parteitag 1974 beispielsweise führte das Zentralkomitee aus, dass der Club of Rome in einer reaktionären Kampagne gegen das Wirtschaftswachstum mobilisiere.<sup>275</sup> Das Zentralkomitee geisselte die Nullwachstumstheorien als irrealer Ablenkungsideologien und stellte klar, dass die PdAS mit der Opposition gegen das Wirtschaftswachstum keine Gemeinsamkeiten habe. Unter den jüngeren Parteimitgliedern stiess die schroffe Rückweisung der Umweltbewegung auf einigen Unmut.<sup>276</sup> Vergeblich: In der finalen Entschliessung setzte die altgediente Parteileitung durch, dass „das notwendige ökonomische Wachstum“ gegen „jede Verherrlichung von Wachstumsbeschränkungen“ zu verteidigen sei.<sup>277</sup> Mit diesen resoluten Positionen hatte die PdAS in der Ablehnung des Nullwachstums die Wortführerschaft übernommen. Aber auch SPS, POCH und RML stimmten im Grundsatz überein, dass das Leitbild der Stabilisierung abzulehnen sei.<sup>278</sup>

Die entsprechende Kritik lässt sich in drei Argumentationsgruppen zusammenfassen. Ein erster Begründungsstrang beinhaltete, dass sich der gesamtgesellschaftliche Transformationsprozess nicht auseinanderdividieren lasse. Die Fürsprecher des Nullwachstums schlugen nämlich vor, die ökonomische Entwicklung vom sozialen und politischen Fortschritt abzukoppeln. Die Linksparteien indessen wollten zusammenhalten, was aus ihrer Sicht eine Einheit bildete. Im Glauben, dass die Wirtschaft als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts funktio-

---

<sup>275</sup> Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, Basel, 1.–3. Juni 1974 (Berichterstatter: Jean Vincent), in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz – dem Sozialismus entgegen! 10. Parteitag der Arbeit der Schweiz, 1.–3. Juni 1974, Zürich 1974, S. 3-64.

<sup>276</sup> Vgl. dazu André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 588-591.

<sup>277</sup> Entschliessung des 10. Parteitages, in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz, 1974, S. 68.

<sup>278</sup> Die SPS hielt 1975 offiziell fest, dass die Partei „nicht zu den Verfechtern des Nullwachstums“ gehöre. Sozialdemokratische Plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 42-52, hier S. 52, SOZARCH Ar 1.116.18. Auch die Neue Linke distanzierte sich klar vom Wachstumsstopp. Vgl. Erklärung der Geschäftsleitung der POCH, in: POCH-Zeitung, Nr. 36, Oktober 1977, S. 3-4; Bresche, Nr. 28, Februar 1974; RML (Hg.), Was will die RML?, Zürich 1979, S. 6.

niere, spiegelte sich klar die marxistische Zukunftsperspektive wider.<sup>279</sup> Für den PdAS-Führer Jean Vincent etwa war der Wachstumsstopp „ein tadelnswerter Unsinn, der jeglichen Fortschritt (auch den sozialen)“ verbieten würde.<sup>280</sup> So war er zutiefst davon überzeugt, dass ohne ein gewisses Wirtschaftswachstum „jegliche Entwicklung hin zum Sozialismus unmöglich ist“.<sup>281</sup> Auch für manche Trotzisten galt die Weiterentwicklung der Produktivkräfte als sozialistische Notwendigkeit, da „erst in einer Situation des Ueberflusses“ eine „wirkliche Gesellschaft der Gleichheit“ aufgebaut werden könne.<sup>282</sup> Das PdAS-Zentralkomitee erkannte so in den Nullwachstumskampagnen einen „tiefreaktionären Charakter“, werde damit doch die sozialistische Wende blockiert: „Wenn man keinen Reichtum schafft, so kann man auch den Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit nicht gewährleisten. Wenn man den Produktivitätsgrad nicht erhöht, so kann man weder die Arbeitszeiten reduzieren noch das Pensionsalter herabsetzen.“<sup>283</sup>

Besonders heftig fiel die Reaktion bei jenen aus, welche das Nullwachstum als Angriff auf die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technologie interpretierten. Die Ansicht, dass diese Fortschrittsfaktoren dem Menschen feindlich gegenüberstünden, deutete man als „Ausdruck reaktionären Pessimismus“.<sup>284</sup> So erkannte man im Nullwachstum ein Bemühen, das Rad der Geschichte zu einem „primitiven goldenen Zeitalter“ zurückzudrehen.<sup>285</sup> Die Wachstumsgegner um den Club of Rome wurden so zu den neuen Maschinenstürmern, die im Kampf um den Sozialismus in die Irre leiteten.<sup>286</sup> Deshalb stand das Nullwachstum in einem umfassenden Sinn für gesellschaftlichen Rückschritt. Die Forderung wurde mit einem „Leben in Einfachheit“ gleichgesetzt, wobei man auf Fernseher, Badewasser, Lohnerhöhung und Lebensstandard verzichten müsse.<sup>287</sup> Die PdAS aber hielt an der Vision einer „Gesellschaft des Überflusses“ fest.<sup>288</sup> Auch die anderen Parteien der Linken assoziierten mit der Wachstums-

<sup>279</sup> Das PdAS-Zentralkomitee hielt denn auch explizit fest, dass das Kommunistische Manifest von 1848 die „schnellste Erhöhung der Quantität der Produktivität“, mit anderen Worten, das wirtschaftliche Wachstum“ einfordere. Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

<sup>280</sup> Jean Vincent, in: Voix Ouvrière, 6.1.1973, zitiert nach André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 584.

<sup>281</sup> Brief von Jean Vincent an Armand Magnin vom 16.1.1973, zitiert nach André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 585.

<sup>282</sup> Bresche, Nr. 49, Mai 1975, S. 5.

<sup>283</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

<sup>284</sup> Vorwärts, 13.3.1973.

<sup>285</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

<sup>286</sup> „Stürmten vor 170 Jahren verzweifelte Handweber gegen die Maschinen, so folgt heute der Tragödie von damals die Farce des Sturms der Apologeten des Kapitals gegen Wissenschaft und Technik.“ Vorwärts, 13.3.1973.

<sup>287</sup> Vorwärts, 13.3.1973.

<sup>288</sup> „In dieser neuen Epoche wird der kollektive Verbrauch gewiss zunehmen, aber auch der individuelle Bedarf und der individuelle Verbrauch. [...] Wir wollen ein Leben, das wert ist, gelebt zu werden, eine interessante und bereichernde Arbeit, eine Kultur, die weder Ware noch Luxus ist. Lernen, kennenlernen, sehen lernen, reisen, für sich selbst Zeit haben, ‚um zu leben‘ [...]“ Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, 1974, S. 61 (alle Zitate).

beschränkung Lohnstopp, Abbau der Sozialleistungen, Kürzung der Renten, Arbeitslosigkeit, Wohlstandsminderung oder die Bremsung des sozialen Aufstiegs. So sahen die untersuchten Gruppen im Ideal der Stabilisierung nicht nur soziopolitische Stagnation, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Niedergang. Den Gürtel enger schnallen – dieses Ideal lehnten die Linksparteien also entschieden ab. Weder an den erkämpften Errungenschaften noch an den Versprechen der Zukunft durften aus ihrer Sicht Abstriche vorgenommen werden.

Ein zweites, ähnliches Begründungsmuster lautete, dass in einer Welt voller Armut und Not nicht auf die Wachstumsbremse getreten werden könne. Wenn Millionen von Menschen ohne genügend Nahrung, ohne ausreichende Kleidung und unter miserablen Wohnungsbedingungen leben mussten, erschien der Wachstumsstopp grotesk.<sup>289</sup> Mit der Ansicht, dass die Lebensverhältnisse einer Mehrheit der Weltbevölkerung noch verbessert werden müssten, wurde die Weiterentwicklung der Produktivkräfte vielmehr zur unerlässlichen Pflicht. Dies galt besonders mit dem Blick auf die Dritte Welt, wo ein fortschreitendes Wirtschaftswachstum angesichts der zahllosen Mängel als unabdingbare Notwendigkeit erschien.<sup>290</sup> Im Setzen von Wachstumsgrenzen sah die Linke also insbesondere für die ärmeren Weltregionen keine tragfähige Alternative.

Drittens wurden die Nullwachstumstheorien mit der Begründung abgelehnt, dass soziale und politische Dimensionen vernachlässigt oder gar verschleiert würden. Schon wegen ihres Absenders stiessen die Nullwachstumsbotschaften auf eine gehörige Portion Skepsis. Die PdAS etwa nahm den Club of Rome als elitären, bürgerlichen „Debattierverein“ wahr.<sup>291</sup> Dennis Meadows galt als „Wachstumskatastrophenschwafler“, welcher über die Entfaltung einer kollektiven Hysterie die wirklichen Krisenursachen vertusche.<sup>292</sup> Dass das Forscherteam seine mathematisch erhärteten Computerthesen als objektive, hieb- und stichfeste Wahrheiten präsentierte, machte für die PdAS die Vernachlässigung gesellschaftspolitischer Faktoren noch schlimmer. Methodisch betrachtet sah man in den Ergebnissen des Meadow'schen ‚Orakels‘ elektronisch aufgemotzte „Taschenspielertricks“, welche die Wirklichkeit politisch verkürzten.<sup>293</sup> Besonders scharf verurteilte man den Bericht deshalb, weil Meadows Weltmodelle die verschiedenen Gesellschaftsmodelle als globale Einheit betrachteten. Expansionsdrang, Gier, Konsumgesellschaft, Verschwendung oder Schluderei galten den Linksparteien aber als kapitalistische Wesensmerkmale, die nicht mit der sozialistischen

---

<sup>289</sup> „Wie grotesk ist es, dass Vertreter einer Profitwirtschaft für ‚Null-Wachstum‘ eintreten, ebenso wie ‚Philosophen‘, die glauben, human zu denken in einer Welt des Hungers und der Not!“ Vorwärts, 13.3.1973.

<sup>290</sup> Die trotzkistische Bresche etwa argumentierte 1977: „Wir sind der Ansicht, dass die Produktivkräfte unbedingt noch in riesigem Ausmass gesteigert werden müssen: Die Menschheit kann noch immer zahllose Bedürfnisse nicht oder teilweise befriedigen; das Elend und der ständige Hunger, mit dem 2/3 der Menschheit leben müssen, sind dafür das tragischste Beispiel.“ Bresche, Nr. 97, August 1977, S. 1, S. 6.

<sup>291</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (I), in: Vorwärts, 6.3.1975.

<sup>292</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (I), in: Vorwärts, 6.3.1975.

<sup>293</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (I), in: Vorwärts, 6.3.1975.

Ökonomie verwechselt werden durften. Die Grenzen des kapitalistischen Wachstums wurden aus dieser Perspektive in unzulässiger Weise zu einem universalen Problem hochstilisiert. Das von Meadows skizzierte Umweltproblem trug jedoch „einen sehr genauen, einprägsamen Namen: kapitalistisches Wirtschaftssystem“.<sup>294</sup> Die Therapie lautete deshalb nicht Nullwachstum, sondern „chirurgische Operation“.<sup>295</sup> Mit der ‚Amputation‘ des Kapitalismus sollten die Wachstumsgeschwüre entfernt werden, handelte es sich beim Umweltproblem doch nicht um eine Menschheits-, sondern um eine Systemkrise. Unter sozialistischen Verhältnissen – so die PdAS – habe man einem krebsartigen Wachstum abgeschworen, würden doch die „materiellen Bedürfnisse ‚organisch‘, das heisst nach ausgewogenen Plänen befriedigt“.<sup>296</sup> Wenn also nicht die industrielle Entfaltung der Produktivkräfte – sondern lediglich das kapitalistische System der Profitmaximierung – das eigentliche Umweltproblem war, sass man mit dem Nullwachstum einer Scheinlösung auf. So stand für die Linken nicht die Industrialisierung, sondern der Kapitalismus im Zentrum der ökologischen Krise. Der Sozialismus geriet so zum Rettungsanker, von dem auch das ökologische Schicksal des Erdballs abhängen musste. Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sollte nun eine menschen- und umweltgerechte Zukunft ermöglichen.

Es wird noch zu zeigen sein, dass gerade die systemoppositionelle Linke ökologische Unterschiede zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus reklamierte. Aber auch die SPS deutete die Umweltkrise aus einer ökosozialistischen Perspektive, indem sie die ‚Wachstumskatastrophe‘ als kapitalistisches Grundübel identifizierte.

#### 4.3.2 Der Bruch mit der Wachstumseuphorie

Auch wenn die untersuchten Parteien gegen die abrupte Bremsung des ökonomischen Steigerungslaufes waren, setzten sie sich doch in verschiedenen Bereichen gegen die Exzesse des Wachstumsprozesses zur Wehr. Das galt besonders für die Neue Linke, wobei den POCH eine herausragende Bedeutung zukam. Im Vergleich zur RML, die stärker auf den klassischen Betriebskampf fokussierte, wiesen die POCH von Anfang an ein breites Themenspektrum auf. Ihnen ging es darum, den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft auch im Verkehrswesen, in der Gesundheits-, Bildungs- oder der Mieterpolitik aufzudecken.<sup>297</sup> In verschiedensten Fällen opponierten die POCH auch gegen den Fortschritt, wenn man darunter Strassen, Hoch- und Parkhäuser, Shopping-Center, Überbauungen oder andere moderne Grossprojekte versteht. Wie ihr Name verrät, verstanden sich die POCH

---

<sup>294</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (II), in: Vorwärts, 13.3.1975.

<sup>295</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (II), in: Vorwärts, 13.3.1975.

<sup>296</sup> Jean Villain, Stichwort ‚Wachstumskatastrophe‘ (II), in: Vorwärts, 13.3.1975.

<sup>297</sup> Die POCH bezeichneten jene revolutionären Gruppen, die sich einzig und allein in den Betrieben um den Klassenkampf bemühten, als „sektiererisch“. Zeitung der POCH, Nr. 18/19, Juli 1972, S. 6.

zwar durch und durch als ‚progressiv‘. Doch in ihrer politischen Praxis begannen sie sich mit Problemkomplexen zu befassen, die auf den entfesselten Modernisierungsprozess zurückgeführt werden konnten.

Als erstes Beispiel dient die Verkehrspolitik, denn die POCH gehörten gerade in diesem Bereich zu jenen Gruppierungen, die den gesellschaftlichen Konsens der Nachkriegszeit aufkündigten. Damals hatte sich der Verkehr – angetrieben vom ökonomischen Wachstumsmodell – enorm verdichtet. Um den Motorfahrzeugen Platz zu machen, wurden Wege ausgebaut, Strassen mit Beton und Asphalt überzogen. Die POCH indessen stemmten sich dagegen, dass dem Verlangen nach unbegrenzter Mobilität in jedem Fall nachgegeben wurde. Die Ansicht, dass die Schweiz im Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt mit einem weit verzweigten Strassennetz zu bepflanzen sei, vermochten die POCH nicht mehr zu teilen.

Die Beschäftigung mit der Verkehrspolitik reicht bis in die frühestens Wurzeln der POCH zurück. So versuchten die späteren POB-Mitglieder im Sommer 1969, ihre gesamtgesellschaftlichen Ambitionen mit der Blockierung von Tramgeleisen zum Ausdruck zu bringen.<sup>298</sup> Diese Provokation zur Vereitelung einer Tramtaxenerhöhung sorgte in Basel für einigen Wirbel.<sup>299</sup> Die jugendlichen Demonstranten liessen nicht locker und lancierten innert kurzer Zeit eine Volksinitiative, um in Basel das Gratistram einzuführen. 1971 lancierten die POCH auch in Zürich eine kommunale Nulltarifinitiative, die aber ebenso erfolglos blieb.<sup>300</sup>

Obschon keine Verbindung zu den ‚proletarischen‘ Trambenützern hergestellt werden konnte, bauten die POCH ihr verkehrspolitisches Engagement weiter aus. Sie wandten sich gegen National-, Schnell- und Zubringerstrassen, kämpften in Basel gegen den Cityring, in Zürich gegen die ‚Y‘-Expressstrassen, nahmen Anstoss an Grossparkhäusern oder Tiefgaragen und bekämpften generell die Verdichtung des Strassennetzes sowie die ‚Verbetonierung‘ der Landschaft. Der verkehrspolitische Stil war direkt und erfrischend, denn die POCH blieben anfänglich den unkonventionellen Aktionsformen der 68er-Bewegung treu. So wurden Baugelände besetzt, Bäume erklettert, Volksmärsche organisiert, Strassensperren errichtet oder

---

<sup>298</sup> Diese Blockaden waren von der Progressiven Studentenschaft Basel (PSB) und ihrer Schwesterorganisation, den Progressiven Lehrlingen und Mittelschülern (PLM), organisiert worden. Am 15. Januar 1970 schloss sich der harte Kern der Tramdemonstranten zu den POB zusammen, welche später die POCH aufbauten. Georg Kreis, Die Universität Basel, 1986, S. 174-175; Roger Blum, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH), 1986, S. 124-125.

<sup>299</sup> Am 18. Juli 1969 wurden die Rädelsführer der Tramgleisblockaden verhaftet, worauf es in Basel zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Taxerhöhung, Druckschrift der PSB vom 25. Juli 1969, StABS, PA 933a G 5-1.

<sup>300</sup> In Basel wurde die Gratistraminitiative im Juni 1972 klar abgelehnt. In Zürich wurde die Nulltarifinitiative zu jenem Zeitpunkt vom Zürcher Gemeinderat für ungültig erklärt. Immerhin wurde dort Ende 1972 ein Referendum gegen die Taxerhöhungen der VBZ angenommen, das wenige Monate zuvor von den POZH lanciert worden war.

Transparente befestigt. Neben Tränengaseinsätzen hatten einige PÖCHler für ihre Provokationen Gefängnisstrafen hinzunehmen.<sup>301</sup>

Das Interesse der POCH für Mobilitätsfragen war zunächst vor allem sozialpolitisch motiviert. Der Privatverkehr verkörperte in ihren Augen die Anliegen der Kapitalistenklasse, er stand für privates Eigentum, Egoismus, Luxus und Reichtum. Im öffentlichen Verkehr sah man umgekehrt die Gemeinschaft, das Soziale und die Solidarität repräsentiert. Mit diesen Deutungen trug man den Klassenkampf auch über die Verkehrspolitik aus, sollten mit dem Stopp des Privatverkehrs doch die Kapitalisten ausgebremst werden. Der ‚Nulltarif‘ aber war ein ‚Sozialtarif‘, da der öffentliche Verkehr als Transportmittel der Angestellten und Arbeiter galt. So sollte mit den Gratistram-Initiativen nichts weniger als am „unmenschlichen Fundament der kapitalistischen Leistungsgesellschaft“ gerüttelt werden.<sup>302</sup>

Obschon die POCH'sche Verkehrspolitik zunächst hauptsächlich dem Klassenkampf geschuldet war, wurde sie zunehmend in einen ökologischen Kontext eingebettet. Schnell symbolisierten Autos und Strassen deshalb Werte, die es aus sozialen *und* ökologischen Gründen zu überwinden galt. Der Privatverkehr stand in den Augen der POCH also zugleich für eine gesellschafts- wie naturfeindliche Errungenschaft. Es wurde ein Ziel der POCH, die ‚Verkehrsflut‘, den ‚Mobilitätsstrom‘, den Ausbau der ‚Betonwüsten‘ und die ‚Autolawine‘ zu stoppen. Aus ihrer Sicht drohte die Verkehrsmisere – in der Art einer vermeintlichen Naturgewalt – die Städte und Agglomerationen zu ersticken. Die POCH kämpften gegen die ‚Unwohnlichkeit‘ und ‚Unwirtlichkeit‘ der Städte, die durch die ‚Errungenschaften‘ der westlichen Zivilisation in Beton, Lärm und Abgasen unterzugehen drohten.

Auch aus einer grünen Perspektive eignete sich das Auto als vortreffliches Sinnbild jener Werte, die in der Nachkriegszeit zu festen Glaubenssätzen geworden waren: Aufstieg, Wachstum und Fortschritt. In den 1950er und 1960er Jahren hatte das Automobil das Leben der Menschen tief durchdrungen, von der Arbeits- und Freizeit bis in die Wünsche, Hoffnungen und Träume hinein. Dieses Industrieprodukt war mehr als nur Verkehrsmittel. Es transportierte Identität, Status und Prestige und war zum Inbegriff des sozioökonomischen Fortschritts geworden.<sup>303</sup> Für viele gingen mit der gewonnenen Mobilität lang gehegte Wünsche in Erfüllung. Die POCH aber brachen mit den Ansprüchen und Sehnsüchten rund um das Automobil. Aus ihrer Perspektive war dieser Inbegriff des sozioökonomischen Aufstiegs zur rüden Zerstörungswaffe geworden. Damit reihten sich die POCH in jene wachstumskritische

---

<sup>301</sup> Nachdem beispielsweise am 1. März 1978 die POB gegen eine weitere Taxerhöhung der Basler Verkehrsbetriebe demonstriert hatten, wurde drei ihrer Mitglieder zu bedingten Gefängnisstrafen verurteilt. POCH-Zeitung, Nr. 44, November 1979, S. 7; POCH-Zeitung, Nr. 44, November 1980, S. 6.

<sup>302</sup> Zeitung der POCH, Nr. 16, Mai 1972, S. 3.

<sup>303</sup> Wie bereits gezeigt, hat auch die SPS das Auto als Zeichen des sozialen Aufstiegs gedeutet. Sie hatte sich deshalb in der Nachkriegszeit für einen grosszügigen Ausbau des schweizerischen Strassennetzes – Autobahnen inklusive – eingesetzt.

Fundamentalopposition ein, welche zu Beginn der 1970er Jahre die Strassen- und Infrastrukturplaner mit neuen Themen und Argumentationsmustern überraschte. In den 1950er und 1960er hatten zwar vereinzelt Proteste gegen Strassenbauprojekte zugenommen.<sup>304</sup> Doch grundsätzlicher Widerstand war im wachstums- und fortschrittsgläubigen Klima jener Zeit ausgeblieben. Selbst der Plan, mit fast 1'900 km Nationalstrassen die Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen, war 1958 trotz der gewaltigen Natureingriffe auf einen breiten Konsens gestossen.<sup>305</sup> Mit dem Anbruch des ökologischen Zeitalters aber konnten dem Verlangen nach uneingeschränkter Mobilität neue Argumente entgegengehalten werden. Die „1970er Diagnose“ schuf ein Begründungsarsenal, das auch im Verkehrsbereich gegen das Dogma der wirtschaftlichen Entfaltung gerichtet werden konnte.<sup>306</sup> Aus den ökologischen Denkmustern konnten konsensfähige Argumente geformt werden, die über einen lokalen Rahmen hinaus öffentliche Resonanz erzeugten.<sup>307</sup> Die POCH zählten dabei zu jenen neuen Protagonisten, welche die ökologischen Nebenwirkungen der Strassenbauerei thematisierten und sich der Vision autogerechter Städte verweigerten. Stattdessen wurden mit ‚Wohnlichkeit‘, ‚Umweltschutz‘, ‚öffentlichem Verkehr‘ und ‚Lebensqualität‘ neue Leitwerte propagiert, die gegen die ‚Vollmotorisierung der Schweiz‘ gerichtet waren und die ‚betonierten Irrtümer‘ einer ungezügelt und umweltverschmutzenden Mobilitätspolitik aufbrechen wollten.

Zweitens setzten sich die POCH gegen die Wachstumsexzesse des städtisch-lebensräumlichen Modernisierungsprozesses zur Wehr. Auch abseits der Strassen hatte nach dem Zweiten Weltkrieg eine bis dahin ungekannte Bautätigkeit eingesetzt. So wurde der Bau einerseits zu einem wichtigen Wachstumsmotor. Andererseits ist im Zuge dieser regen Tätigkeiten viel Altes, Liebgewordenes und Vertrautes verschwunden. Wie sich im ungebändigten Konjunkturoch Land- und Stadtlandschaften unter dem „Presslufthammer“ und dem „Baggerzahn“ verändert haben, zeigte Jörg Müller exemplarisch in seinen bekannten Bildtafeln von 1973 und 1976 auf.<sup>308</sup> Im Zeitraffer wurde dem Betrachter vor Augen geführt,

---

<sup>304</sup> Vgl. dazu Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung, 1992, S. 160-170; Michael Ackermann, Konzepte und Entscheidungen in der Planung der schweizerischen Nationalstrassen von 1927 bis 1961, Bern 1992; Georg Kammann, Mit Autobahnen die Städte retten? Städtebauliche Ideen der Expressstrassen-Planung in der Schweiz 1954-1964, Zürich 1990.

<sup>305</sup> Der Verfassungsartikel, der den Bau des Nationalstrassennetzes ermöglichte, wurde am 6. Juli 1958 mit 85 % Ja-Stimmen abgesegnet. Das folgende Nationalstrassengesetz wurde vom Parlament ohne eine einzige Gegenstimme verabschiedet.

<sup>306</sup> Vgl. dazu Christian Pfister, Landschaftsveränderung und Identitätsverlust, 1997, S. 57-64.

<sup>307</sup> Seit Beginn der 1970er Jahre stiessen Verkehrsprojekte in vielen Städten und Gemeinden auf heftigen Widerstand. Nicht wenige Verkehrsvorlagen konnten dabei erfolgreich verhindert werden. Auch die Nationalstrassenplanung stiess nun auf Vorbehalte, weshalb einige Netzteile blockiert, andere abgeändert oder gar gestrichen wurden. Zur Nationalstrassenopposition vgl. Bernard Gutknecht, Proteste gegen den Nationalstrassenbau 1957-1990. Von punktueller Opposition zu grundsätzlichem Widerstand, in: Urs Altermatt et al., Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik, 1965–1990, Basel 1994, S. 62-94.

<sup>308</sup> Jörg Müller, Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder oder die Veränderung der Landschaft, Aarau 1973; Jörg Müller, Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn oder die Veränderung der Stadt, Aarau 1976.

wie sich in einer Phase ungebrochener Fortschrittsgläubigkeit beschauliche Stadtzentren zu modernen Metropolen mit Bürobauten, Strassenunterführungen und Einkaufspassagen verwandelt haben. Die Städte schossen in die Höhe und in die Breite, charakteristische Ortsbilder machten fahlen Betonblöcken Platz. Müllers gesellschaftskritische Betrachtungen des lebensräumlichen Modernisierungsprozesses trafen den Nerv der Zeit. Ausgezeichnet mit Preisen und aufgehängt in Schulzimmern wurden die Darstellungen zu einem Symbol für die unheimlichen Veränderungen des Stadt- und Landschaftsbildes.

Die städtische Lebensqualität wurde nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Rentabilitätslogik bedroht.<sup>309</sup> Das Streben nach Rendite verdrängte alteingesessene Stadtbewohner, Restaurants und Ladengeschäfte durch Bürogebäude, Banken oder Warenhäuser. Trotz des Baubooms vermochte nämlich das Wohnungsangebot mit der Nachfrage nicht Schritt zu halten, weshalb wachsende Wohnungsnot und steigende Mietzinse bis Mitte der 1970er Jahre zu den drückendsten Sorgen vieler Schweizerinnen und Schweizer zählten.<sup>310</sup>

Die POCH – in den Städten und Agglomerationen zuhause – haben diese unseligen Veränderungen der urbanen Zentren bekämpft. Sie traten gegen die ‚Unbewohnbarkeit‘ der Städte und gegen den ‚Häuser-‘ und ‚Quartiermord‘ an, indem sie abrissbedrohte Wohnhäuser besetzten.<sup>311</sup> Arbeitsgruppen und Mieterversammlungen wurden gegen den ‚Ausverkauf der Stadt‘ organisiert, Demonstrationen durchgeführt, Petitionen oder Initiativen lanciert.<sup>312</sup> Hier ging es darum, die Zweckentfremdung von Wohn- und Lebensraum für die Bedürfnisse der Wirtschaft zu verhindern. Die POCH wollten keine ‚Bürobunker‘, Hochhäuser, Konzerngebäude oder Verwaltungszentren an jenen Orten, wo gemütliche Beizen, billige Wohnungen oder gemeinnützige Jugendtreffpunkte standen. So bekämpften sie die unselige ‚Citybildung‘, wehrten sich gegen die ‚Verbetonierung‘ und Verbauung der Städte, wollten den Exodus der Stadtbewohner, Restaurants und Ladengeschäfte verhindern. Auch diese Politik wurde von den POCH primär klassenkämpferisch begründet. Doch hinter all den Aktionen zeigte sich

---

Obschon Müllers Zeichnungen fiktive Räume darstellten, wiesen die collageartigen Illustrationen eine grosse Realitätsnähe auf.

<sup>309</sup> Vgl. Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), Der NAWU-Report, 1978, S. 176-177.

<sup>310</sup> René Riedo, Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik von 1945–1970, Frankfurt am Main 1976, S. 97-100.

<sup>311</sup> Die POB beispielsweise haben 1971, 1973 und 1975 Hausbesetzungen durchgeführt, um die Umnutzung von Wohnungen zu verhindern. Vgl. Zeitung der POCH, Nr. 1, Oktober 1971, S. 5; Zeitung der POCH, Nr. 22/23, Juli 1973, S. 5; POCH-Zeitung, Nr. 11, September 1975, S. 3.

<sup>312</sup> Ende 1971 beispielsweise reichten die POB im Kanton BS die Volksinitiative ‚Verteidigung des Wohnraums‘ ein. Diese wurde zurückgezogen, nachdem im Sommer 1976 das ‚Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnraum‘ angenommen worden war. Vgl. Stellungnahme der PPG zur Frage des Rückzugs der Zweckentfremdungsinitiative, undatiert, Ende 1976, StABS, PA 933a G 6-1.



deutlich das Unbehagen gegenüber einer wachstumsgetriebenen Moderne, die mit all den Hochglanzfassaden und dem Beton kalt und unfreundlich daherkam.<sup>313</sup>

Mit dem Widerstand in Verkehrs- und Stadtentwicklungsbelangen traten die POCH gegen die unseligen Folgen und Widersprüche der Wachstumsgesellschaft an. Damit brachen sie mit der wahnwitzigen Infrastrukturplanung der Nachkriegszeit, welche einem hemmungslosen Expansionsstreben geschuldet war. Die entsprechenden Proteste traten verschiedenenorts Kontroversen über den Fortgang der Modernisierung los. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die POCH in den Augen ihrer politischen Gegner oftmals als wirtschaftsfeindliche Verhinderer oder ausgeprägte Antimodernisten erschienen. Tatsächlich nahmen die POCH nicht selten die Rolle konservativer Bewahrer ein. Hinter ihrem Wirken steckte der Wunsch nach einer Idylle, die von den zerstörenden Folgen des Wirtschaftswunders verschont blieb. Sie thematisierten jene Verluste, die es in den Städten und Agglomerationen durch den modernen Entwicklungsprozess zu verzeichnen gab. Eine ‚wohnliche‘ Stadt mit unverbauten Wiesen, Bäumen, Beizen, Kleinläden, verkehrsarmen Wohnquartieren und einem überschaubaren Quartierleben bildeten für die POCH aber wichtige Werte, über die sie ihr Unbehagen an einer menschen-, lebens- und umweltfeindlichen Modernisierung artikulierten.

Es ist paradox, dass der Erfolg der ‚fortschrittlichen‘ POCH wohl ausgerechnet auf diese antimodernistischen Züge zurückzuführen war. In ihrer politischen Praxis hat die Partei nämlich darauf verzichtet, ihren ideologisch-kommunistischen Überbau und ihr internationalistisches Selbstverständnis darzulegen. Dieses undogmatische Auftreten gefiel. Manche Bürger, welche die Lebensqualität durch den modernen Transformationsprozess bedroht glaubten, fühlten sich in Verkehrs- und Stadtentwicklungsfragen gut von den POCH vertreten.<sup>314</sup> So stiegen die POCH – die in einem gewissen Sinne auch eine konservativ-bewahrende Oppositionspolitik betrieben – in einigen Deutschschweizer Zentren zu einer ernstzunehmenden Partei auf. In der wachstums- und modernisierungskritischen Praxis lag dabei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg der POCH.

### 4.3.3 Das Verstummen der Wachstumsgegner

Als die Forderungen nach Nullwachstum erhoben wurden, befand sich die Wirtschaft nach wie vor in einer Wachstumsphase, ja die frühen 1970er Jahre waren sogar durch eine so genannte Überkonjunktur gekennzeichnet. Die ökonomische Expansion war derart stark,

---

<sup>313</sup> Während Jörg Müller die Veränderungen des Modernisierungsprozesses illustrierte, haben die POCH die gleiche Entwicklung mit Vorher-nachher-Fotografien veranschaulicht: Wiesen wichen Betonstrassen, Altstadtkerne wurden von Betonbauten verdrängt. Vgl. Zeitung der POCH, Nr. 9, Februar 1972, S. 2; Mieter- und Planungsgruppe der POB/POCH (Hg.), Wohnen statt Profit. Materialien zur Wohnungsfrage, Basel 1981, S. 43.

<sup>314</sup> Mit Blick auf die POB wird diese Ansicht auch von Roger Blum vertreten. Mit der Kombination von sozialer und ökologischer Praxis hätten sich die POCH zur „Anwältin vieler Baslerinnen und Basler“ gemacht, „die sich ohn-

dass der schweizerischen Volkswirtschaft die Überbelastung drohte, denn die Produktion vermochte mit der Nachfrage nicht Schritt zu halten. Der Prozess der Geldentwertung hatte dabei ein derartiges Ausmass angenommen, dass die Preise buchstäblich davongaloppierten. Dieses Inflationsphänomen war nicht neu, hatte die legendäre Hochkonjunktur doch bereits in den 1960er Jahren Anzeichen der Überhitzung gezeigt.<sup>315</sup>

Als sich zu Beginn der 1970er Jahre das Problem dramatisch zuspitzte, wurde die Inflation zu einem Politikum ersten Ranges. Besonders die Linksparteien machten sich für die Dämpfung der Überkonjunktur stark. Als Verlierer inflationärer Prozesse gelten nämlich Arbeitnehmer und untere Einkommensschichten, da diese als Lohnbezieher, Rentner, Konsumenten oder Sparer überdurchschnittlich stark von den Preisauftrieben betroffen sind.<sup>316</sup> Wegen dieser Umverteilung von Reichtum hatte die traditionelle Linke den Preisauftrieb schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert.<sup>317</sup> Zu Beginn der 1970er Jahre griff auch die Neue Linke den Prozess der Geldentwertung umgehend auf. Gerade den systemoppositionellen Parteien dienten die Teuerungsraten als Beweis, dass die kapitalistische Krisenhaftigkeit auch in der wachstumsgetriebenen Hochkonjunktur nicht überwunden werden kann. „Die Inflation steckt im System selbst“, meinten die POCH, und auch für die RML stand fest: „Inflation gehoert zum Spaetkapitalismus wie der Regen zum Schlechtwetter.“<sup>318</sup> So sollte mit der revolutionären Erhebung auch den Inflationsschüben der Boden entzogen werden. Im Vergleich zur Neuen Linken hatte die PdAS eine etwas differenziertere Antiinflationstrategie erarbeitet. Ihre Politik stand seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre fest: „Preisstop: ja, Lohnstop: nein.“<sup>319</sup> Mit dieser kürzestmöglichen Formel wurde ausgedrückt, dass der Geldentwertung durch eine wirksame Preiskontrolle Einhalt geboten werden sollte. Da demnach Löhne und Renten, nicht aber Preise weiter erhöht werden dürften, sollte die inflationsträchtige Lohn-Preis-Spirale durch die Schmälerung der Unternehmergewinne durchbrochen werden. Dieses konjunkturpolitische Rezept versuchten die Kommunisten 1974 über eine eidgenössi-

---

mächtig und bedroht vorkamen“. Roger Blum, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH), 1986, S. 133.

<sup>315</sup> 1960 stand der Preisindex bei 252 Punkten (1914 = 100 Punkte), 1970 bei 349 Punkten und 1975 bei 506 Punkten. Zu Beginn der 1970er Jahre betrug die jährliche Inflationsrate besorgniserregende 7–10 %. Sandro Guzzi-Heeb, Inflation, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 23.1.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13660.php>. Zum Inflationsproblem während der 1960er und 1970er Jahre siehe auch Peter Gilg, Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel, 2006, S. 842-845.

<sup>316</sup> Unternehmer und höhere Einkommensschichten sind umgekehrt in der Regel die Inflationsgewinner. Vgl. dazu Henner Kleinewefers, Inflation und Inflationsbekämpfung, 1976, S. 24-28, S. 145-163.

<sup>317</sup> Die SPS etwa hatte den Preisauftrieb bereits am Parteitag von 1947 diskutiert. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 30./31. August 1947 im Volkshaus in Basel, Olten 1947, S. 8, SOZARCH Ar 1.116.15.

<sup>318</sup> POCH, Nr. 6/7, Dezember 1972, S. 2; Bresche, Nr. 17, März 1973, S. 3.

<sup>319</sup> Vorwärts, 30.6.1956. Schon 1947 war im Vorwärts zu lesen gewesen: „Es gibt nur ein Mittel, um die Kaufkraft des Schweizerfrankens zu erhalten: Höhere Löhne, Stabilisierung der Preise, niedrigere Profite.“ Vorwärts, 23.4.1947.

sche Volksinitiative durchzusetzen.<sup>320</sup> Preise, Gewinne, Mieten und Kapitalanlagen sollten einer Kontrolle unterstellt werden, selbst wenn die Handels- und Gewerbefreiheit dabei eingeschränkt werden müsste. Doch die Vorlage schaffte es nicht bis zur Abstimmung: Wegen fehlender Einheit der Materie wurde der Vorstoss – in einem bis dahin einmaligen Vorgang – von Bundesrat und Parlament für ungültig erklärt.

Auch die SPS glaubte nicht an Selbstdisziplinierung der Wirtschaft und kritisierte, dass der Bund seine Politik der Konjunkturdämpfung nur mit grosser Zurückhaltung betrieb. Stattdessen verlangte sie ab den 1950er Jahren eine wirksame Konjunkturplanung, die im Vergleich zu den Lösungsansätzen der systemoppositionellen Linken defensiv orientiert war.<sup>321</sup> Durch staatliche Steuerungsmassnahmen sollte die ungezügelt entwickelte Entwicklung einem harmonischen Wirtschaftswachstum weichen, welches Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht hält. Während PdAS, POCH und RML die Marktwirtschaft letztlich zu überwinden gedachten, wollte ihr die SPS durch die Konjunkturlenkung staatliche Leitplanken setzen.

Auch wenn sich ihre Rezepte unterschieden, waren sich die linken Parteien zu Beginn der 1970er Jahre doch einig, dass die Überkonjunktur aus ökonomischen Gründen eingedämmt werden müsse. Die Produktivkräfte hatten sich durch die rasante Entwicklung ‚heissgelaufen‘, die Wirtschaft litt durch den ‚Inflationsbrand‘ und die ‚Investitionsseuche‘ an ‚Fieber‘ und ‚Konjunkturüberhitzung‘. Als ‚Spiralwurm-Seuche‘ drehte sich die Lohn-Preis-Spirale weiter, weshalb ein ‚Notstand im Wohlstand‘ und eine ‚kranke Wirtschaft‘ diagnostiziert wurden. Daher brauchte die Marktwirtschaft ‚Pflege‘ und ‚therapeutische Staatskrücken‘, während radikalere Kräfte den ‚kranken Kapitalismus‘ gleich ganz absterben lassen wollten. Metaphern aus dem medizinischen Bereich und das Bild von Hitze und Feuer dienten allseits zur Charakterisierung von Überkonjunktur und Inflation. Deren Bekämpfung forderte die Linke durchweg, ohne dabei jedoch die Massnahmen der ‚Konjunkturärzte‘ übernehmen zu wollen. Weniger Lohn, weniger Konsum, weniger Wohlstand: Das waren Konjunkturdämpfungstherapien, denen sich die Linken nicht unterziehen wollten. In einer Phase einzigartiger Expansion sollte die Arbeiterschaft nicht durch „Masshalten“ und die Einschränkung ihrer materiellen Bedürfnisse zurückstecken müssen.

---

<sup>320</sup> Eidgenössische Volksinitiative gegen Teuerung und Inflation, in: Vorwärts, 24.11.1974. Vgl. auch André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 591-592 und Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 419.

<sup>321</sup> Zur Eindämmung der Inflation forderte die SPS 1957, die Steuern auf notwendige Verbrauchsgüter und die landwirtschaftlichen Produktionskosten zu senken. Weiter sollte die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte beschränkt werden. Entschliessung des SPS-Parteitages vom 12./13. Oktober 1957 zum Teuerungsproblem, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 164-165, SOZARCH Ar 1.116.16.

Zu diesen Massnahmen kam 1965 die Forderung hinzu, die Inflation durch eine entsprechende Finanz-, Geld- und Kreditpolitik zu bekämpfen. Richtlinien der SPS für eine moderne Konjunktur-, Struktur- und Wachstumspolitik, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 2./3. Oktober 1965 im Kursaal Bern, Schaffhausen 1965, S. 223-226, SOZARCH Ar 1.116.17.

Zur Bekämpfung inflationärer Tendenzen war die Abschwächung des Wirtschaftswachstums ein Ziel, das seit den 1960er Jahren vom Bund geteilt wurde. Der Bundesrat begann damals, verschiedene Massnahmen gegen die Konjunkturüberhitzung einzuleiten, wobei die Jahre 1963, 1964 und 1972 die wichtigsten Etappen markierten.<sup>322</sup> 1978 schliesslich – als sich die Teuerungsraten bereits abgeschwächt hatten – erhielt der Bund die verfassungsrechtliche Kompetenz, für eine ausgeglichene Konjunkturentwicklung zu sorgen. So betrieb der Bund ab 1963 also tatsächlich eine zaghafte Politik, welche das Wirtschaftswachstum eindämmen sollte.<sup>323</sup> Dahinter verbargen sich allerdings nicht umweltpolitische Motive. Bevor nämlich mit der „1970er Diagnose“ die ökologischen Grenzen des Fortschritts diskutiert wurden, hatten sich die ökonomischen Probleme des Akkumulationsmodells offenbart. Der Arbeitskräftemangel und die Geldentwertung waren die Folgen einer Wirtschaft, deren Motor am Überdrehen war. So kämpfte der Bund aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Überkonjunktur und wollte wegen der Inflation den Wachstumsboom dämpfen. Das Wirtschaftswachstum sollte aber keineswegs abgewürgt werden, im Gegenteil: Die Konjunkturdämpfungspolitik zielte auf langfristiges Wachstum, wobei ein stetiger, gleichmässiger Expansionsprozess angestrebt wurde. So wurde die wirtschaftliche Entwicklung nicht spürbar gedämpft, und das Wachstumsstreben blieb ungebrochen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zu Beginn der 1970er Jahre aus verschiedenen Gründen an der Funktionssicherheit des materiellen Wachstums gezweifelt wurde. Von den Erfolgen des Konjunkturaufschwungs zunächst überdeckt, hatten sich nach und nach die wirtschaftlichen Defizite des Wachstumsprozesses gezeigt. Seit den 1960er Jahren gab es in der Schweiz einen weit reichenden Konsens, dass die Überkonjunktur aus ökonomischen Überlegungen einzudämmen sei. Später hegte die 68er-Bewegung den Verdacht, dass mit den Konsumgütern der Wohlstandsgesellschaft die wahren Bedürfnisse und Probleme lediglich überdeckt oder verschleiert würden. Dann kamen im Zuge der „1970er Diagnose“ Stimmen hinzu, welche dem umweltzerstörenden Akkumulationsmodell aus ökologischen Motiven widersprachen. Der Wirtschaftsmotor sollte dabei nicht nur gebremst, sondern gleich ganz zum Stillstand gebracht werden.

---

<sup>322</sup> Weil die ausländischen Arbeitskräfte als wesentlicher Motor der Überkonjunktur erachtet wurden, sollte 1963 ein Bundesratsbeschluss die Zahl der Fremdarbeiter stabilisieren. Doch damit konnten die inflationären Tendenzen nicht gebrochen werden, weshalb im folgenden Jahr mit zwei dringlichen Bundesbeschlüssen gegen die Teuerung vorgegangen wurde. 1972 folgte – wieder auf extrakonstitutionellem Weg – ein erneutes Programm zur Konjunkturstabilisierung. Die Ausführungen zur Konjunkturpolitik der 1960er und 1970er Jahre stützen sich auf Sandro Guzzi-Heeb, Inflation, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 23.1.2008, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13660.php>; Bernard Degen, Konjunktur, Kap. 3: Konjunkturpolitik, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 15.11.2008; URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13918-1-2.php>; Henner Kleinewefers, Inflation und Inflationsbekämpfung, 1976.

<sup>323</sup> Kritiker der staatlichen ‚Inflationsbekämpfungspolitik‘ meinten noch 1976, deren weitgehende „System- und Wirkungslosigkeit“ werde „kaum ernsthaft bestritten“. Henner Kleinewefers, Inflation und Inflationsbekämpfung, 1976, S. 13.

Nun kam aber der Wachstumsmotor schneller und abrupter ins Stottern, als wohl alle Zweifler und Kritiker gehofft hatten. Das Nullwachstum wurde von selbst zur Realität, denn die Schweiz schlitterte von der Konjunkturüberhitzung geradewegs in die grösste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Auf einer globalen Ebene markierten im Herbst 1973 der Jom-Kippur-Krieg und der nachfolgende Ölpreisschock einen Trendbruch, denn nun begannen in praktisch allen westlichen Industrieländern die Wirtschaftsparameter zu stagnieren. Der globale Einbruch erreichte die Schweiz mit leichter Verzögerung. 1975 aber wurde das ‚Wirtschaftswunder‘ der Nachkriegszeit jäh beendet.<sup>324</sup> Das Bruttosozialprodukt, die Industrieproduktion und der Aussenhandel sanken, Arbeitslosigkeit und Konkurse nahm zu. Alle wirtschaftlichen Indikatoren zeigten negative Tendenzen auf, ja der wirtschaftliche Rückschlag hatte in der Schweiz überraschend schnell ein beträchtliches Ausmass erreicht. Die konjunkturelle Talsohle wurde 1976 zwar durchschritten, doch waren innert kürzester Zeit mehr als 300'000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die wirtschaftliche Aktivität war stark geschrumpft, ging doch das Bruttosozialprodukt zwischen 1974 und 1976 um 8 % zurück.

Mitte der 1970er Jahre war die Überkonjunktur somit beendet, hatte sich doch das Problem der wirtschaftlichen Redimensionierung in sein Gegenteil verkehrt.<sup>325</sup> Nun musste der Wachstumsprozess nicht mehr abgekühlt, sondern vielmehr angefacht werden, weshalb der Bund von einer Dämpfungs- zu einer Ankurbelungspolitik überging. Angesichts der Wirtschaftskrise – noch nie war die Schweizer Wirtschaft so stark geschrumpft wie 1975 – sah sich der Bundesrat Mitte der 1970er Jahre zur Verabschiedung von gleich drei Investitionsprogrammen veranlasst.<sup>326</sup> In sozioökonomischer Hinsicht offenbarte die Wirtschaftskrise nämlich, dass ein Null- bzw. Negativwachstum viele unerwünschte Auswirkungen mit sich brachte. An die wirtschaftliche Entfaltung waren in der Hochkonjunktur Strukturen, Mechanismen und Errungenschaften gebunden worden, die sich ohne Wachstum als funktionsunfähig erwiesen. Die Sozialversicherungen, die Vollbeschäftigung oder der materielle Lebensstandard etwa schienen den Belastungen des Nullwachstums langfristig nicht standhalten zu können. Die Stagnation führte so nicht zu einem Gleichgewichtszustand, sondern drohte das gesellschaftliche Leben im Gegenteil aus dem Lot zu bringen.<sup>327</sup> Deshalb war der soziale

---

<sup>324</sup> Peter Gilg, Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel, 2006, S. 843-848; Jean-François Bergier, Wirtschaftsge-  
schichte der Schweiz, 1990, S. 262-284; Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz 1914–1984, 1987, S. 482-512.

<sup>325</sup> Die Geldentwertung war 1975 zwar noch nicht vollständig zum Stillstand gekommen, doch stellte die Inflation  
im Zuge der Wirtschaftskrise kein vorrangiges Problem mehr dar. Zudem hatte die Nationalbank im Januar 1973  
mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen mehr Möglichkeiten erhalten, um den Preisauftrieb wirkungsvoll zu  
dämpfen. Vgl. Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz 1914–1984, 1987, S. 508.

<sup>326</sup> Bernard Degen, Konjunktur, Kap. 3: Konjunkturpolitik, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version  
vom 15.11.2008; URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13918-1-2.php>.

<sup>327</sup> Benedikt von Tschamer meinte 1979 treffend: „Ein bescheideneres Wachstum von 1 bis 2 % oder das berühmte  
Nullwachstum schaffen die allergrössten Schwierigkeiten, weil unsere Volkswirtschaften gewissermassen wie  
ein Fahrrad erst von einer gewissen Geschwindigkeit das Gleichgewicht finden – mit dem entscheidenden Unter-  
schied allerdings, dass im Wirtschaftsleben von heute nicht die konstante, sondern erst die ständig zunehmende

Fortschritt durch die Umkehrung der Wachstumstendenzen tatsächlich in gewisser Weise bedroht.

Entscheidend ist nun, dass sich das Nullwachstum auch in ökologischer Hinsicht als wenig wünschenswertes Ziel erwies. Im Bann der ökologischen Zäsur hatte es tatsächlich so ausgesehen, als ob die Menschheit am Anfang einer Zeitenwende stünde und das vom techno-ökonomischen Fortschritt beherrschte Denken an ein Ende gekommen sei. Mit dem unerwarteten Konjunkturunbruch aber liess das Interesse an Umweltfragen nach, und der ökologische Diskurs begann an Dringlichkeit und Intensität zu verlieren.<sup>328</sup> Besonders der Spielraum der Wachstumskritik wurde eingeengt. Jetzt, wo das Leitbild der Stabilisierung seine bedrohlichen Konturen zeigte, kehrten Nützlichkeitsdenken und Wachstumsparadigma zurück. Die Kritik an der Dynamik des exponentiellen Wachstums wich angesichts des realen Nullwachstums dem Wunsch, wieder die Expansionsraten der Hochkonjunktur zu erreichen. Damit kehrte auch bei den meisten politischen Entscheidungsträgern der Glaube an das Wachstum zurück, und ‚alte‘ Leitbilder erlebten eine Restauration.<sup>329</sup> Der Wunsch nach Stabilisierung war indessen Makulatur geworden, die Forderung des Nullwachstums verhallte weitgehend ungehört. So gingen die ökologischen Warner angesichts der aktuellen ökonomischen Sorgen mehr und mehr unter.

Hinzu kam, dass sich mit dem Konjunkturunbruch in Umweltschutzfragen politische Interessengegensätze auftraten. Bis dahin hatte über alle Lager hinweg Konsens geherrscht, dass die Umwelt vor den Nebenfolgen des Wachstumsprozesses zu retten sei.<sup>330</sup> Mit der Rezession aber traten sich Gegensätze auf zwischen jenen, die die Umweltschutzpostulate ökonomischen Anliegen unterordnen wollten und anderen, deren Sensibilität in Umwelt- und Wachstumsfragen nachhaltiger war. Die Kontroversen spitzten sich zu, und die Spannung zwischen Wirtschaftswachstum und Ökologie erhielt laut Manuel Eisner „die Konturen eines hochgradig emotionalisierten Konfliktes“.<sup>331</sup> In diesem Klima, das von Konfrontation und Radikalisierung geprägt war, wurde die Umweltpolitik auf Eis gelegt. Wie die Verschleppung des Um-

---

Geschwindigkeit zum Gleichgewicht führt! Die bloße Verlangsamung des Wachstums führt damit bereits zu Gleichgewichtsstörungen.“ Benedikt von Tscharnier, Fortschritt ohne Wachstum?, 1979, S. 109.

<sup>328</sup> Mit quantitativen Indikatoren lässt sich die Stagnation des Umweltdiskurses deutlich belegen: Das mediale Interesse für Umweltthemen ging zurück, die umweltpolitische Aktivierung liess nach, im so genannten Sorgenbarometer rückte die Besorgnis über die Umwelt nach unten und die Parlamentsgeschäfte zu Umwelt- und Risikothemen wurden weniger. Vgl. dazu Manuel Eisner, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, 2003, S. 56-60.

<sup>329</sup> Als 1978 die 22 Schweizer Wissenschaftler des NAWU-Projektes ihren Bericht vorlegten, sprachen sie von einer „Theologie des Wachstums“. Noch nie zuvor sei die Menschheit von einer Wertvorstellung so tief geprägt gewesen wie von der „Überzeugung vom Segen des Wachstums“. Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), Der NAWU-Report, 1978, S. 24 und S. 23.

<sup>330</sup> Patrick Kupper, Die „1970er Diagnose“, 2003, S. 343.

<sup>331</sup> Manuel Eisner, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, 2003, S. 72.

weltschutzgesetzes exemplarisch zeigte, wurden ökologische Ziele im Konjunkturtief erfolgreich mit ökonomischen Bedenken torpediert.<sup>332</sup>

Es war merkwürdig: Als der lautstarke Wunsch nach Nullwachstum in Form der Wirtschaftskrise Realität wurde, hat das den ökologischen Anliegen mehr geschadet als genützt. Eine automatische Verbesserung trat nicht ein. Doch die Rezession führte Mitte der 1970er Jahre zu einem politischen Klima, das keine Grundlage mehr für eine tragfähige Umweltpolitik bieten konnte. So prallte das Anliegen des Umweltschutzes lange am politischen System der Schweiz ab, stand doch das Kriterium der wirtschaftlichen Effizienz im Weg.<sup>333</sup> Wie die Linksparteien vermutet hatten, bot die Forderung des Nullwachstums somit keinen gangbaren Weg. Sie klang – etwa in den Ohren von Jean-François Bergier – „eher nach einer Beschwörungsformel als nach einer rationalen Perspektive“.<sup>334</sup> Andere Lösungen waren gefordert.

## 4.4 Der Ökosozialismus

### 4.4.1 Die Verbindung von Sozialismus und Ökologie

Der Konjunkturreinbruch Mitte der 1970er Jahre zeigte auf, dass das Nullwachstum mehr Probleme schuf als löste und auch kein praktikables Mittel zur Umwelterhaltung war. Für die untersuchten Parteien hatte von Beginn an festgestanden, dass die Nullwachstumsforderungen der ‚Knappheitsstrategen‘ keine tragfähigen Lösungen bieten. Die Linke stiess sich besonders daran, dass mit dem Leitbild der Stabilisierung gesellschaftspolitische Dimensionen vernachlässigt würden. Dieser Einwand bringt zum Ausdruck, dass die „1970er Diagnose“ ohne die Linksparteien ihren Anfang genommen hatte. Als diese dann aber ökologische Bezüge herzustellen begannen, spielten die ideologischen Vorannahmen eine zentrale Rolle. Tatsächlich trug die Umweltkrise ein grosses politisches Deutungspotenzial in sich. Es war zwar das Verdienst der Wissenschaft gewesen, dass die Gesellschaft um ökologische Einsichten bereichert wurde. Doch wie ein ‚besseres‘ Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur aussehen sollte, konnte nicht mit den Mitteln der Wissenschaft erschlossen werden. Was ist die primäre Ursache der Umweltproblematik? Und mit welchen Massnahmen kommt die Gesellschaft aus der Krise heraus? Solche elementaren Fragen blieben weitgehend unbe-

---

<sup>332</sup> Bis Ende 1973 wurde ein erster Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der durch eine bemerkenswerte Reformdynamik gekennzeichnet war. Doch in der Vernehmlassung – in dieser Phase brach die Wirtschaftskrise herein – wurden die Vorschläge von den bürgerlichen Parteien und den Wirtschaftsverbänden zerrissen, da die Kosten für die Wirtschaft zu hoch seien. Erst 12 Jahre nach der Annahme des Verfassungsartikels konnte 1983 – nach einem unsäglichen Ränkespiel – das Umweltschutzgesetz verabschiedet werden. Vgl. dazu Ueli Haefeli, *Der lange Weg zum Umweltschutzgesetz*, 1998.

<sup>333</sup> Als sich 1981 die Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft speziell mit der eidgenössischen Umweltschutzpolitik befasste, stellten viele Autoren ein Versagen des politischen Systems fest. Vgl. *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Band 21, Bern 1981.

<sup>334</sup> Jean-François Bergier, *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz*, 1990, S. 281.

antwortet. Da die „1970er Diagnose“ also der Auslegung bedurfte, hatten sich Problemstellungen ergeben, die kaum ‚objektiv‘ zu entziffern waren. Durch die ökologische Zäsur war vielmehr ein Vakuum entstanden, das nach politischen Lösungen verlangte. Innerhalb des Umweltdiskurses begann deshalb eine Vielzahl von Interpretations- und Lösungsmustern miteinander zu konkurrenzieren. Welchen Weg die Moderne einzuschlagen habe, wurde zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Weil die existentiellen Fragen kaum jemanden unberührt lassen konnten, wurden in der Schweiz viele Menschen durch die Umweltkrise neu politisiert. Aber auch Menschen und Gruppen, die bereits ein gefestigtes Weltbild besaßen, begannen ökologische Bezüge herzustellen. Alle Entscheidungsträger, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen waren zu einer Reaktion auf die Umweltkrise gezwungen, sei es in Form der Artikulierung oder der Verdrängung. Die Linken gehörten dabei zu jenen, die beim Aufkommen der „1970er Diagnose“ bereits über ein ideologisches Grundgerüst verfügten.<sup>335</sup> Es erstaunt deshalb nicht, dass die sozialistischen Vorannahmen bei der Wahrnehmung, Deutung und Interpretation der Umweltkrise eine erstrangige Rolle spielten. Die Linke ging die ‚neue‘ Umweltfrage mit jenem ideologischen Rüstzeug an, das man sich in der Vergangenheit angeeignet hatte.

Als die PdAS in den Sog der „1970er Diagnose“ geriet, versuchte sich die Partei am Kommunismus festzuhalten. Aus ihrer Sicht hatte erst die kapitalistische Wirtschaft jene unheilvolle Form der Produktionsverhältnisse entwickelt, welche die von der Natur gesteckten Grenzen zu überschreiten drohte. Einmal mehr hatte also die spätbürgerliche Gesellschaft versagt, da zu allem sozialen Unheil noch ein umweltzerstörendes Strukturproblem geschaffen worden war.<sup>336</sup> Dieses Gesellschaftssystem stand so letztlich im Verdacht, das Jahrtausende alte Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur aus der lebenswichtigen Balance zu bringen. Weil aus dieser Perspektive erst der Kapitalismus die biologischen Kreisläufe störte, hatten die Kommunisten nicht „Antiproduktivisten“, sondern „Antikapitalisten“ zu sein.<sup>337</sup> So sollte nicht das industrielle Wachstum, sondern das herrschende Gesellschaftssystem bekämpft werden. Die Ablehnung des Nullwachstums war also explizit an die Bejahung der sozialistischen Revolution gekoppelt.

---

<sup>335</sup> Die Neue Linke war zu Beginn der 1970er Jahre zwar noch in einer weltanschaulichen Suchphase, doch ihre bestimmenden Weltbilder waren bereits entwickelt.

<sup>336</sup> „Wir stehen hier also einmal mehr vor der Tatsache, dass die spätbürgerliche Gesellschaft unfähig ist, mit einem Strukturproblem fertigzuwerden, das sie selber schuf. Abermals hat sie versagt, ist sie im Examen durchgefallen, so wie sie zuvor schon mit Pauken und Trompeten durchfiel, als es um Fragen der Sozialmedizin, der Altersversorgung, des öffentlichen und privaten Verkehrs, der Bildungspolitik, des Städtebaus und des Rechts auf Wohnung ging.“ Jean Villain, *Wieviel Dreck verträgt die Schweiz*, 1971, S. 72.

<sup>337</sup> So die Vorgabe des Zentralkomitees. Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: *Vorwärts*, 18.4.1974.



Die Neue Linke teilte die Auffassung, dass die Wachstums- und Umweltkrise auf die Widersprüche des Gesellschaftssystems zurückzuführen sei. Auch aus ihrer Sicht ging die kapitalistische Entfaltung der Produktivkräfte untrennbar mit der fortschreitenden Unterwerfung und Zerstörung der Natur einher. Die Umweltfrage wurde so nicht als isoliertes Phänomen gedeutet, sondern in die bestehende Rhetorik des Antikapitalismus eingebunden. Für die POCH etwa stand schon im Frühjahr 1972 fest, dass „das Prinzip des Kapitalismus“ die „menschliche wie die gegenständliche Umwelt“ ruiniere.<sup>338</sup> Unter dem „Zwang der Profitmaximierung“ würden im herrschenden System Gesellschaft und Natur zugleich zerstört. Aus der Perspektive der RML schrieben die Wachstumsgegner „der Natur Phänomene zu, die eine wirtschaftliche und soziale Ursache haben“.<sup>339</sup> Die Grenzen des Wachstums würden aber weniger durch die natürliche Umwelt als vielmehr durch die ökonomische Entwicklung des kapitalistischen Gesellschaftssystems gesetzt. So konnte auch aus der Sicht der Neuen Linken das Problem der Entfremdung zwischen Mensch und Natur nicht unabhängig von der Klassenfrage gelöst werden. Die soziale wie die ökologische Frage – so die Annahme – konnte einzig durch die Systemüberwindung gelöst werden.

Obschon sich die SPS zum Zeitpunkt der ökologischen Zäsur mit der liberalen Wirtschaftsordnung weitgehend ausgesöhnt hatte, verorteten nun auch viele Genossen im Kapitalismus „eine tödliche Schwäche“.<sup>340</sup> Weil in diesem System – so das Manifest 1971 – eine demokratische Wirtschaftsplanung fehle, werde die Gesellschaft „durch die wilde Entwicklung ihrer eigenen, aber nicht kontrollierten Produktionskräfte“ immer mehr aus dem Gleichgewicht gebracht.<sup>341</sup> So führte man einerseits die verheerenden Folgen des Wirtschaftswachstums auf ein akutes Demokratiedefizit zurück. Andererseits glaubte die SPS die Umweltkrise nur dann meistern zu können, wenn die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten auf den wirtschaftlichen Bereich ausgeweitet würden. Aus dem Bericht des Club of Rome leitete man daher ab, dass das Wirtschaftsleben auch aus ökologischen Gründen organisationsbedürftig sei.<sup>342</sup> Angesichts der Schäden, welche die ungeplante Entfaltung der Produktivkräfte verursachte, mussten die ökonomischen Entscheidungen dringender denn je einer gesellschaftlichen Kontrolle unterzogen werden. Mit diesem Konzept führte auch die SPS die ökologische Wachstumskrise auf die ‚freie Wirtschaft‘ bzw. auf die Planlosigkeit des kapitalistischen Wirkens zurück.<sup>343</sup>

---

<sup>338</sup> Zeitung der POCH, Nr. 8, Januar 1972, S. 7.

<sup>339</sup> Bresche, Nr. 28, Februar 1974, S. 13.

<sup>340</sup> Richard Lienhard, Abschied von der Linken, in: Profil, Nr. 12, Dezember 1972, S. 337-344, hier S. 342-343.

<sup>341</sup> SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 6.

<sup>342</sup> Richard Lienhard, Die Sozialdemokratie stellt sich der Diskussion, in: Profil, Nr. 11, 1973, S. 297-303, hier S. 298; Richard Lienhard, Die Grenzen des Wachstums (Literaturbericht), in: Profil, Nr. 6, 1973, S. 189.

<sup>343</sup> „Nur die kapitalorientierte Produktion treibt zu immer schnellerem Wachstum an und ordnet ihrem Antriebsdiktat alles Menschliche unter – Individuum, Gesellschaft, Kultur, Politik – und selbst die Natur.“ Entwurf der Wahl-

Zusammengefasst waren die Schlüsse, welche die Linksparteien zu Beginn der 1970er Jahre aus der ökologischen Modernisierungskrise zogen, durch die bereits bestehenden Weltanschauungen vorgeprägt. Das sozialistische Denken bildete quasi den Rahmen, in welchem sich die Linke ein Bild von der Umweltkrise machte. Bestehende Weltbilder und alte Forderungen wurden dabei mit der ökologischen Frage verbunden. Durch die Kombination von Sozialismus und Ökologie wurden Fragmente einer Politik entworfen, die in der Umgangssprache mit dem Begriff des Ökosozialismus bezeichnet wurde. Seitens der Sozial- und Geisteswissenschaften wird der Ausdruck als Analysekatégorie verwendet, mit der sich die entsprechenden Weltbilder und Denkweisen beschreiben lassen.

Im deutschsprachigen Raum war es Hans Magnus Enzensberger, der ökosozialistische Bruchstücke erstmals zu einem kohärenten Ganzen zusammenzufügen versuchte.<sup>344</sup> In einem Aufsehen erregenden Aufsatz von 1973 gab der ungebundene Marxist eine Antwort auf den Bericht des Club of Rome, wobei die Umweltfrage der Arbeiterbewegung zugeordnet wurde. Die drohende Rohstofferschöpfung und die Verschmutzung der Welt betrachtete Enzensberger als „eine Folge der kapitalistischen Warenproduktion“.<sup>345</sup> Die ökologische Bedrohung wurde so als „gesellschaftlich erzeugte Naturgewalt“ gedeutet.<sup>346</sup> Damit lag die Ursache der Umweltkrise nicht im technoökonomischen Modernisierungsprozess als solchem, sondern im kapitalistischen Gesellschaftssystem. Der Umweltbewegung warf Enzensberger vor, genau diese soziopolitischen Variablen zu übersehen. Schlimmer noch würden die Ökologen mit ihrer „grenzenlosen gesellschaftlichen Unwissenheit“ die Umweltfrage entpolitisieren und deren „Klassencharakter“ negieren.<sup>347</sup> Aus einer marxistischen Perspektive argumentierend reklamierte Enzensberger die ökologische Krise indessen als ‚linke‘ Thematik. Einzig mit ökosozialistischen Planungskonzepten sah er die Zukunft garantiert: „Was einst Befreiung versprach, der Sozialismus, ist zu einer Frage des Überlebens geworden.“<sup>348</sup>

Besonders von linksintellektuellen Kreisen wurden diese ökosozialistischen Thesen begierig aufgegriffen. Die linken Parteien verstärkten in der Folge ihre Bemühungen, die ökologische Frage in den Sozialismus einzubauen. Sozialistisches Gedankengut sollte so auch in der Umweltfrage fortleben können. Die ökosozialistischen Denk- und Argumentationsmuster gewannen dabei weitere Konturen. Die Grundzüge dieser Weltanschauung – wie sie von den

---

plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 16-35, hier S. 31, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>344</sup> Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch, 33, 1973, S. 1-42.

Zu Enzensberger und dessen Aufsatz von 1973 vgl. auch Jost Hermand, Grüne Utopien in Deutschland, 1991, S. 147-150; Siefert, Fortschrittsfeinde, 1984, S. 243 ff.

<sup>345</sup> Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, 1973, S. 25.

<sup>346</sup> Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, 1973, S. 36.

<sup>347</sup> Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, 1973, S. 35 und S. 8.

<sup>348</sup> Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, 1973, S. 41.

untersuchten Parteien in den 1970er und 1980er Jahren entwickelte wurden – sollen in der Folge nachgezeichnet werden.

#### 4.4.2 Die Bestandteile der ökosozialistischen Vorstellungswelt

Grundlegend für eine ökosozialistische Betrachtungsweise war, dass die Beziehung zwischen Mensch und Natur aus einer gesellschaftszentrierten Perspektive durchleuchtet wurde.<sup>349</sup> Deshalb suchten die Linksparteien vornehmlich auf einer soziopolitischen und ökonomischen Ebene nach der Ursache der ökologischen Misere. Dieser Problemidentifizierung lag die Annahme zugrunde, dass das Verhältnis zur Natur durch die gesellschaftlichen Beziehungen geprägt sei, welche die Menschen im wirtschaftlichen Produktionsprozess eingingen.<sup>350</sup> Der gesellschaftliche Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital musste sich deshalb auch auf die natürliche Umwelt negativ auswirken. So sah man im Kapitalismus ein mit einer sozialen wie ökologischen Gesellschaft unvereinbares System. Der blaue Planet krankte also am liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Mit dieser Diagnose wurden Verbindungen zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hergestellt. Durch diese Verknüpfung erschien das Wachstumsproblem nicht als Menschheits-, sondern lediglich als Systemkrise. In der Systemfrage sah man denn auch die Klammer, welche Ökologie und Sozialismus zusammenhielt.

Um die ökologischen Unzulänglichkeiten des Kapitalismus zu untermauern, griffen die Linken auf zwei wesentliche Argumentationsmuster zurück. Ein erster Begründungsstrang ging dahin, dass dem Kapitalismus ein verhängnisvoller „Zwang zu grenzenlosem Wachstum“ inne wohne.<sup>351</sup> Dessen innere Gesetzmässigkeiten schienen zwangsläufig zu einer unseligen ‚Expansivgesellschaft‘ zu führen. Konkurrenz- und Rentabilitätsdenken führten demnach zu einem masslosen Streben nach weiterer Entfaltung der Produktivkräfte. Getrieben von den Gesetzen des Besitzens und Habens würden immer mehr Lebensbereiche vom Markt erfasst und dabei zur Ware herabsinken. So wurden ‚Profittrieb‘ und ‚Gewinnmaximierung‘ als jene verheerenden Mechanismen identifiziert, welche Produktion und Konsumation immer weiter ankurbeln. Wegen der ‚Produktion um der Produktion willen‘ tendierte der Kapitalismus also zu einer masslosen Ausdehnung, die offenbar ohne Rücksicht auf Mensch und Natur voranschritt.<sup>352</sup> Die Vergeudung von Rohstoffen, die Ausplünderung und Verschmut-

---

<sup>349</sup> Vgl. dazu auch Joachim Raschke, Die Grünen, 1993, S. 59-67.

<sup>350</sup> Aus der Sicht der PdAS-Führung etwa musste die Umweltfrage durch gesellschaftsverändernde Prozesse gelöst werden: „Indem man Charakter und Inhalt der Gesellschaft verändert, wird man schliesslich auch in weitem Masse die ökologischen Probleme lösen.“ Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 11. Parteitag, Genf, 13.–15. Mai 1978 (Berichterstatter: Armand Magnin), in: Vorwärts, 18.5.1978.

<sup>351</sup> SPS (Hg.), Programmrevision: Ein Programm-Vorentwurf und Materialien für die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Bern 1981, S. 29.

<sup>352</sup> „Der Profittrieb kennt keine Vernunft, keine Rücksicht auf Mensch und Natur“, war im Vorwärts exemplarisch zu lesen. Vorwärts, 4.9.1980.

zung der Natur galten deshalb als ökologische Kehrseite des kapitalistischen Expansionsstrebens. Ungeachtet dieser Folgen schien die Werbung unablässig weitere Bedürfnisse zu schaffen und zu sinnlosem Konsum anzustiften. So sei der Mensch zur „Konsummaschine“ degradiert worden.<sup>353</sup> Konsum- und Wegwerfmentalität hatten so wie die Verschwendung von Umweltgütern „systembedingte Ursachen“.<sup>354</sup> Die ökologische Wachstumskrise erschien deshalb als Folge des kapitalistischen Profit- und Expansionszwangs.

Eine zweite Gruppe von Argumenten baute auf dem Privateigentum der Produktionsmittel auf. Im Kapitalismus hatte man die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel den Unternehmern überlassen. Diese würden den technoökonomischen Fortschritt aber nicht nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit, sondern nach den Interessen des Kapitals ausrichten.<sup>355</sup>

Aus einem privatwirtschaftlichen Standpunkt gelte die Natur einzig als verbrauchbarer Rohstoff, als Ware, welche den eigenen Profit mehren könne. Umweltzerstörung rentiert, Umweltschutz kostet: So sah man im kapitalistischen Produktionsprozess nicht das gesellschaftliche Wohlergehen, sondern den individuellen Nutzen im Vordergrund. Weiter könnten die natürlichen Ressourcen wegen der privaten Aneignung nicht sinnvoll in den gesellschaftlichen Produktionsprozess eingegliedert werden. Die kapitalistische Ökonomie verlaufe vielmehr chaotisch, anarchisch, wild und ungeplant.<sup>356</sup> So wurde das kapitalistische System im ökosozialistischen Diskurs mit Überproduktion, Verschwendung, Vergeudung, Verschleiss oder Schluderei assoziiert. Dem Kapitalismus mangelte es also an jener zentralen Planung, welche einen schonenden Umgang mit der Natur erst ermöglicht hätte. Mit diesen beiden Argumentationsgruppen wurde zu belegen versucht, dass auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise eine Aussöhnung mit der Natur unmöglich sei. In diesem System hatte der ökonomische Fortschritt vielmehr einen destruktiven Charakter angenommen.

Wenn erst der Kapitalismus ‚Produktivkräfte‘ in ‚Destruktivkräfte‘ verwandelte, war es nur konsequent, dass am Gesellschaftssystem etwas geändert werden musste. Um die ökologischen Probleme zu lösen, sollten die Strukturen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft grundlegend verändert werden. Die Umweltfrage konnte jedenfalls nicht in einer Ordnung gelöst werden, die als Ursache der ökologischen Gefahren galt. So wurde es zur ökosozialistischen Prämisse, dass erst der Sozialismus die Ausbeutung von Mensch und Natur beenden kann.

---

<sup>353</sup> Vorwärts, 5.1.1984.

<sup>354</sup> POCH, Nr. 20/21, August 1972, S. 6.

<sup>355</sup> „Mehr als je zuvor sind die Erscheinungsformen des Kapitalismus: Anarchie, Unordnung, Verschwendung und Zerstörung der natürlichen Umwelt. Der Kapitalismus missbraucht die Fortschritte von Wissenschaft und Technik und nützt sie mit Unverstand und Verantwortungslosigkeit aus. Das ist die innere Logik dieses Systems, die zerbrochen werden muss.“ Entschliessung des 10. Parteitages, 1974, S. 68.

<sup>356</sup> „Um es extrem und brutal zu formulieren: Kapitalismus ist gleichbedeutend mit Unordnung, Anarchie, dem Gesetz des Dschungels, der Verschwendung. Sozialismus bedeutet [...] Ordnung, Planmässigkeit und Nützlichkeit.“ Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, 1974, S. 19-20.

Weil die PdAS das ‚Krebsgeschwür‘ im Kapitalismus exponentiell wachsen sah, stand für die Kommunisten schon 1971 fest, dass die Umwelt einzig mit der Amputation dieser tödlichen Gesellschaftsformation gerettet werden könne.<sup>357</sup> Auch die Neue Linke baute bereits zu Beginn der 1970er Jahre die ökologische Frage in den antikapitalistischen Kampf mit ein. Die RML legte ihre ökosozialistische Formel im Frühjahr 1974 fest: „Sozialismus oder Barbarei“.<sup>358</sup> Mit diesem Schlagwort hatte Rosa Luxemburg im Ersten Weltkrieg einst skizziert, wie die Alternative zu den Kriegsgräueln, zu Hunger, Not und sozialer Unterdrückung aussehen soll. Wenn sich der Kapitalismus ursprünglich immer brutaler auf die Gesellschaft auswirken sollte, kam mit der ökologischen Krise eine neue Dimension hinzu. So hat die RML die altbekannte Formel in einem neuen Kontext revitalisiert.<sup>359</sup> Wie die imperialistische Kriegstreiberei schien auch die ökologische Umweltzerstörung dem Kapitalismus inhärent zu sein. Der Sozialismus stand dabei unverändert für jenen Weg, der aus der verhängnisvollen ‚Barbarei‘ dieses Gesellschaftssystems herausführen sollte.

Die gleichen Zukunftsperspektiven haben die POCH mit dem Reizwort des Profits entworfen. Mit ihm wurde die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als zwangsläufige Folge der kapitalistischen Herrschaft und der ‚Macht der Monopole‘ beschrieben.<sup>360</sup> ‚Leben‘ andererseits wurde an den Sozialismus gebunden. Mit der sozialistischen Lösung sollte der ‚monopolkapitalistische Verwertungsprozess‘ abgeschafft und die ökologischen Kreisläufe einem neuen Gleichgewicht zugeführt werden. So wurde „Leben statt Profit“ zu jenem Gebot, mit dem sich die Entfaltung der Produktivkräfte in einem ökologisch vertretbaren Rahmen vollziehen sollte.

Es liegt auf der Hand, dass die antikapitalistische Rhetorik der SPS weniger markig ausfiel. Doch mit der PdAS, den POCH und der RML war die Sozialdemokratie darin einig, dass die verhängnisvolle Wachstumswirtschaft einer gesellschaftlichen Kontrolle unterstellt werden musste. So glaubten die Genossen, dass die Fehlentwicklungen des Wachstumsprozesses einzig durch eine tief greifende Demokratisierung des Wirtschaftslebens überwunden werden könnten. Die umweltzerstörende Plan- und Konzeptlosigkeit der kapitalistischen Ökonomie sollte dabei durch eine demokratische Wirtschaftsplanung beigelegt werden. Mit den gesellschaftlich legitimierten Rahmenbedingungen sollte die ökonomische Entfaltung in den gewünschten Bahnen gehalten werden. Unerwünschte Tendenzen des ökonomischen Wirkens

---

<sup>357</sup> Vgl. PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit der Schweiz?, 1971, S. 10.

<sup>358</sup> Bresche, Nr. 28, Februar 1974, S. 13.

<sup>359</sup> Es ist möglich, dass sich die RML von Enzensberger inspirieren liess. Dieser hatte mit der Formel „Sozialismus oder Barbarei“ bereits 1973 ausgedrückt, dass die Überwindung des Kapitalismus angesichts der Umweltkrise eine neue, dringlichere Bedeutung bekomme. Hans Magnus Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, 1973, S. 26.

<sup>360</sup> „Umwelt und Profit“ lautete im Frühjahr 1972 beispielsweise die Überschrift eines Zeitungsartikels. Darin wurde der Kapitalismus als System der „rücksichtslosen Profitmaximierung“ geschildert, weshalb der „Kampf gegen

sollten auf diesem Weg gestoppt, erwünschte Effekte verstärkt werden. So begann also auch die SPS Vorstellungen eines ökologischen Sozialismus zu entwickeln, ohne allerdings auf den proletarischen Klassenkampf, die sozialistische Revolution oder die ‚Diktatur des Proletariats‘ zu verweisen. Mit dem Vorantreiben der Demokratisierung blieb die SPS vielmehr der reformistischen Linie treu. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ein ökosozialistisches Vokabular, in welchem die alten Spannungen – Reform oder Revolution – neu gewendet fortlebten. ‚Sozialismus oder Barbarei‘, sowie ‚Leben statt Profit‘ standen auf der einen, ‚ökologische Ökonomie‘ oder ‚ökologische Wirtschaftsplanung‘ auf der anderen Seite dieses Spektrums.<sup>361</sup>

Bemerkenswerterweise hat gerade die als reformistisch gebrandmarkte SPS die konkretesten Konzepte entworfen, wie Wirtschaft und Produktion einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden könnten. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass ohne Demokratisierung der Wirtschaft kein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur herzustellen sei. So war die SPS durch die „1970er Diagnose“ mehr denn je von der Notwendigkeit der Wirtschaftsplanung überzeugt. In der herkömmlichen Planwirtschaft aber vermochten die Sozialdemokraten kein passendes Vorbild erkennen. So hat sich die SPS – intensiver als die anderen Linksparteien – mit der Frage auseinandergesetzt, wie zur Überwindung der fehlgeleiteten Wachstumswänge das wirtschaftliche Geschehen kontrolliert und demokratisiert werden könne.

Zunächst bot die Idee der Mitbestimmung einen Weg, um gegen autoritäre Wirtschaftsstrukturen anzukämpfen und die ökonomische Machtkonzentration über den Ausbau der Arbeitnehmerrechte zu brechen. So unterstützte die SPS die Mitbestimmungsinitiative, welche 1971 von den Gewerkschaften lanciert worden war.<sup>362</sup> Doch 1976 scheiterte dieser Vorstoss an der Urne. Damit war das Konzept erledigt, die Arbeitnehmer verstärkt an den Entscheidungsprozessen der Unternehmen teilhaben zu lassen. Über die Mitbestimmung liess sich keine Aufsicht über den Wirtschaftsprozess etablieren. Innerhalb der SPS wurde das Konzept der Mitbestimmung rasch durch die Idee der Selbstverwaltung abgelöst, inspiriert durch die Selbstverwaltungsbewegung, die im Zuge der 68er-Bewegung entstanden war.<sup>363</sup> Aus der

---

die Zerstörung der Umwelt“ als „antikapitalistischer Kampf“ geführt werden müsse. Zeitung der POCH, Nr. 8, Januar 1972, S. 7.

<sup>361</sup> Die ‚ökologische Ökonomie‘ und die ‚ökologische Wirtschaftsplanung‘ wurden dabei in Analogie zur ‚sozialen Marktwirtschaft‘ entworfen.

<sup>362</sup> Zur Idee der Mitbestimmung und zur erwähnten Volksinitiative vgl. Bernard Degen, Mitbestimmung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 24.11.2009, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16538.php>; Peter Gilg, Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel, 2006, S. 883-884.

<sup>363</sup> Einen Überblick über den Stand der Selbstverwaltungsbewegung am Ende der 1970er Jahre liefert Toni Holenweger (Hg.), Inseln der Zukunft? Selbstverwaltung in der Schweiz, Zürich 1979. Allgemein zur ‚Gegenkultur‘ nach 1968 vgl. Hanspeter Kriesi, Die Zürcher Bewegung, 1984, S. 160-167 und S. 189-197.

Diskussion um eine alternative Wirtschaft entstanden in den 1970er Jahren ‚selbstverwaltete‘ Beizen, Druckereien, Verlage, Filmkooperativen, ‚Bio-Lädeli‘ oder Buchhandlungen. Mit dem Motto ‚Arbeit statt Kapital‘ ging es dieser links-alternativen Szene vor allem um die Demokratisierung der Ökonomie. Unter dem Eindruck dieser alternativen Projekte – auch ‚Inseln der Zukunft‘ genannt – griff die SPS die Idee der Selbstverwaltung wieder auf.<sup>364</sup> Nach dem Parteitag 1976 wurde eine Arbeitsgruppe um den Schriftsteller Peter Bichsel eingesetzt, die bis 1980 ein eigentliches Selbstverwaltungsprogramm verfasste.<sup>365</sup> Weil dieses politische Konzept darin als „alleinseligmachende Heilslehre“ erschien, wurde der Entwurf von der SPS-Führung indessen abgelehnt.<sup>366</sup> Aber auch das 1982 verabschiedete Programm knüpfte enorme Hoffnungen an die Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung stand darin für jene demokratische Lenkung der Wirtschaft, mit der die „Wachstumswänge des Kapitalismus“ überwunden werden können.<sup>367</sup> Mit ihr sollte die „Eigengesetzlichkeit des Wachstums“ kontrolliert werden, um „die Folgen des Wirtschaftswachstums auf die Natur und die Gesundheit des Menschen“ auszuschalten.<sup>368</sup> So sah die SPS in einer gemeinwirtschaftlich organisierten Gesellschaft jene ökosozialistische Programmatik, welche die Voraussetzungen für eine „ökologische Ökonomie“ würde erfüllen können.<sup>369</sup>

Weil die SPS unter Selbstverwaltung ein umfassendes Konzept verstand, blieb die konkrete Ausgestaltung reichlich diffus.<sup>370</sup> Gemeint waren mit diesem Begriff nicht nur ein genossenschaftliches Organisationsprinzip, sondern auch eine Grundhaltung, eine Lebensform, ein ewig wählender Lernprozess. Am ehesten symbolisierte die Selbstverwaltung wohl ein demokratisches Prinzip, mit welchem Entscheidungen basisdemokratisch und dezentral getroffen werden sollten.<sup>371</sup> Da in der ‚Selbstverwaltungs-Gesellschaft‘ sämtliche Beschlüsse der demokratischen Willensbildung unterworfen sind, sollten alle Widersprüche der gegenwärtigen Ordnung überwunden werden können. Zusammengefasst entwarf die SPS ein Konzept, wie im wirtschaftlichen Bereich neue Gestaltungsmöglichkeiten etabliert werden könnten.

---

<sup>364</sup> Die Geschichte der SPS ist von der Idee der Selbstverwaltung bzw. der Selbstorganisation durchzogen, auch wenn sie in der marxistischen Phase und in der Nachkriegszeit in den Hintergrund gedrängt worden war. Zur ‚Konjunktur‘ der Selbstverwaltung innerhalb der SPS vgl. Rudolf Strahm, Die Idee der Selbstorganisation in der Schweizerischen Arbeiterbewegung, in: SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 92-97.

<sup>365</sup> Die Selbstverwaltung bildete das Kernstück dieses Entwurfs. Die Programmkommission verstand die Selbstverwaltung als Ziel (Vision), als Methode (Strategie) und als Organisationsprinzip (Demokratiemodell). SPS (Hg.), Programmrevision, 1981.

<sup>366</sup> Stellungnahmen der Geschäftsleitung der SP Schweiz zum Vorentwurf der Programm-Arbeitsgruppe, in: SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 80-91, hier S. 85.

<sup>367</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 15.

<sup>368</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 26.

<sup>369</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 26.

<sup>370</sup> So schrieb die SPS: „Selbstverwaltung ist für uns Weg und Ziel zugleich, Methode und Utopie, Strategie und Vision.“ SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 18.

<sup>371</sup> „Selbstverwaltung heisst: Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam in die Hand. [...] Sie bedeutet Beteiligung der Betroffenen am Entscheiden, Handeln und an der Verantwortung und den Konsequenzen. [...] Sie bezieht alle Beteiligten in die Entscheidung ein.“ SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 18.

Ihren Protagonisten galt die selbstverwaltete Gesellschaft als demokratischer Weg, um mit den „weltzerstörerischen Mechanismen“ zu brechen und das „Raumschiff Erde“ auf einen umweltverträglichen Kurs zurückzuführen.<sup>372</sup>

Ob man nun aus einer revolutionären oder reformorientierten Perspektive argumentierte: Die Notwendigkeit einer ökosozialistischen Politik wurde mit ähnlichen Begründungsmustern belegt. So stand der Sozialismus im ökosozialistischen Diskurs gemeinhin für jene ökologische Wirkungsfähigkeit, die dem Kapitalismus notwendigerweise fehlte. Wären die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft erst einmal geschaffen – sei es durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder die Demokratisierung der Wirtschaft – sollten die Hebel von Wirtschaft und Technologie nach Belieben bedient werden können. Deshalb galt die ökologische Problematik als eine, welche mit den entsprechenden sozioökonomischen Strukturen mit Leichtigkeit würde gelöst werden können. Im Zentrum der Argumentation stand das Konzept der Planung, das den kapitalistischen Expansionszwängen, dem egoistischen Profitdenken oder der kurzsichtigen Gewinnmaximierung entgegengesetzt werden sollte. Es sollte erreichen, was dem Kapitalismus verwehrt bleiben musste: einen sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Zentral gesteuert und gelenkt sollte die Wirtschaft nicht mehr den Gesetzen des Marktes, sondern sorgsam geplanten Richtlinien folgen, um sich im Rahmen solcher Leitplanken umwelt- und sozialverträglich entfalten zu können. Die Wirtschaftsplanung propagierte man so als Möglichkeit, dem ökonomischen Fortschritt eine erwünschte Wegrichtung aufzuzwingen. Der Eigengesetzlichkeit des Wachstums sollte insofern die Grundlage entzogen werden, als die Gesellschaft selbst den Gang der Wirtschaft bestimmen und kontrollieren sollte. Damit würde die Entwicklung der Ökonomie kollektiven statt individuellen Interessen folgen können. Mensch und Natur sollten in einer sozialistischen Gesellschaft vielmehr als zusammenhängendes Ganzes behandelt werden können. Dank dieser umfassenden Perspektive sollten umweltschädliche Verschwendung und Überproduktion überwunden, die Nebenwirkungen und Folgeschäden beseitigt werden.

Es ist offensichtlich, dass sich hinter diesem Ansatz ein ungebrochener Machbarkeitsglaube verbarg. Zwar hatte die Umweltkrise das Vertrauen in die menschlichen Fertigkeiten erschüttert. Mit der ökosozialistischen Lösung hielt die Linke aber eine Antwort bereit, die stärker denn je auf den gesellschaftlichen Fähigkeiten aufbaute. So erschien der Sozialismus als ein System, in dem die Gesellschaft über alle wirtschaftlichen, technologischen, sozialen oder ökologischen Parameter verfügt. Damit sollte jegliche Unbill aus dem Industriesystem verbannt werden können. Deshalb schien alles Wünschenswerte möglich zu sein: Auch die Ver-

---

<sup>372</sup> Rudolf Winkler, Ein neues Wirtschaftskonzept, in: Profil/Rote Revue, Nr. 4, 1981, S. 10-13, hier S. 10.



---

söhnung von Mensch und Natur bzw. die bewusste Lenkung von Ökonomie und Technologie.

#### 4.4.3 Marx und Engels – ökosozialistische Vordenker?

Um die ökologische Frage in den Marxismus einzubinden, unterzogen einige Linke die alten Klassiker einer neuen Lesart. Besonders aus den Reihen von PdAS und RML machten sich manche daran, die ökosozialistische Betrachtungsweise mit den Werken von Marx und Engels zu untermauern. Um die eigenen Theorien zu untermauern, sollte die ökosozialistische Betrachtungsweise mit dem Marx'schen Werk belegt werden. So mussten für die Verbindung von Sozialismus und Ökologie Anhaltspunkte gefunden werden. Dazu musste einerseits das zerrüttete Verhältnis von Mensch und Natur als Folge des kapitalistischen Produktionsprozesses erscheinen. Der Marxismus sollte das Problem der Umweltzerstörung auf die Vorherrschaft des Kapitals zurückführen können. Andererseits mussten Belege gefunden werden, um den Umweltschutz als Klassenkampf interpretieren zu können. So sollte die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auch aus ökologischen Gründen plausibel werden.

Tatsächlich fanden sich entsprechende Passagen, um die ökosozialistischen Elemente im Nachhinein auf die Marx'schen Auffassungen zurückzuführen. So gratulierte der trotzkistische Vordenker Ernest Mandel dem Club of Rome für die Entdeckung jener ökologischen Problematik, die das „Überleben der Spezies Mensch“ bedroht.<sup>373</sup> Doch diese Herren – vom Marxismus gänzlich unbefleckt – kämen mit über 100 Jahren Verspätung zu ihren existentiellen Erkenntnissen. Tatsächlich war Marx an der verwiesenen Stelle zur bemerkenswerten Feststellung gelangt, dass „die kapitalistische Produktion“ die „Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und die Arbeiter“.<sup>374</sup> So sei „jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur [...] nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern auch zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben“.<sup>375</sup> Deshalb werde der „Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde“ mitsamt der physischen und psychischen Gesundheit der Landarbeiter zerstört.<sup>376</sup> Die Einsicht, dass der ‚Fortschritt‘ destruktive Folgen zeitigen kann, bezog sich zwar mehr auf die landwirtschaftliche als auf die industrielle Produktionsweise. Dennoch konnten RML und PdAS mit dieser Stelle eine Parallele zwischen der Ausbeutung der Arbeiter und der Schädigung der Natur herstellen.<sup>377</sup> Beide Aspekte konnten als zwangsläufige Folge der kapitalisti-

---

<sup>373</sup> Interview mit Ernest Mandel, in: RML (Hg.), Die kapitalistische Umweltzerstörung, Zürich 1976, S. 5-10, hier S. 6.

<sup>374</sup> Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 529-530.

<sup>375</sup> Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 529.

<sup>376</sup> Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 528.

<sup>377</sup> Vgl. Marxismus und Ökologie, in: Bresche, Nr. 284, Februar 1986, S. 1, S. 6-7; PdAS (Hg.), Keine Zukunft ohne Vergangenheit. 60 Jahre Partei der Arbeit, Genf 2004, S. 18.

schen Produktionsweise verstanden werden, was die Möglichkeit bot, den Klassenkampf mit dem Ziel des Umweltschutzes zu verbinden. Die betreffende Stelle blieb denn auch die beliebteste Referenz, um die Umweltzerstörung der kapitalistischen Raubbaulogik zuzuschreiben.

Auch bei Engels fanden sich Formulierungen, um aus dem Marxismus eine ökologische Sensibilität abzuleiten. „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur“, führte dieser aus – denn „jeder hat in erster Linie zwar Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“<sup>378</sup> In einem anderen Text hat Engels erkannt, dass die „ungeheuren ökonomischen Umwälzungen“ der industriellen Revolution mit der Erschöpfung des Bodens, der Entwaldung oder dem Klimawechsel zu „notwendigen Begleiterscheinungen“ geführt haben.<sup>379</sup> So bot auch Engels der RML und der PdAS eine Grundlage, um die ökologische Frage mit dem Marxismus zu verbinden.<sup>380</sup>

Nachdem die Umweltzerstörung als kapitalistisches Grundübel dokumentiert war, konnte der Marx'sche Sozialismus als Problemlösung angeboten werden. Die RML etwa hat – mit Marx – den Umweltschutz als Ringen gegen die Vorherrschaft des Kapitals propagiert. Der Kommunismus – so hatte dieser nämlich bereits 1844 versprochen – bedeutete auch „die *wahrhaftige* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“.<sup>381</sup> So konnte der Kommunismus sowohl in sozialer wie in auch ökologischer Hinsicht als „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“ erscheinen.<sup>382</sup>

Mit den erwähnten Stellen konnten die ökosozialistischen Theoretiker zumindest belegen, dass Marx und Engels das Schicksal der Natur nicht völlig ausgeblendet hatten. Es fanden sich zweifellos Passagen, die eine gewisse Sensibilität für die Frage der natürlichen Umwelt erkennen liessen. Es kann deshalb kaum behauptet werden, der Marxismus habe sich rundweg unkritisch mit der Industriekultur auseinandergesetzt. Wenige Stellen lassen sich vielmehr als Erkenntnis interpretieren, dass der technoökonomische Fortschritt in seinen Auswirkungen auf die Natur ein destruktives Potenzial entwickeln kann. Andererseits gibt es im Marx'schen Vermächtnis auch Stellen, die ein produktivistisches Credo verraten.<sup>383</sup> Marx

---

<sup>378</sup> Weiter führte Engels aus: „Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der ausser der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“ Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 452-453.

<sup>379</sup> Friedrich Engels, Brief an Nikolai Franzewitsch Danielson (vom 18.6.1892), MEW 38, S. 363-368, hier S. 365.

<sup>380</sup> Vgl. exemplarisch Bresche, Nr. 252, September 1984, S. 6; Vorwärts, 13.10.1983.

<sup>381</sup> Karl Marx, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, MEW 40 (Ergänzungsband 1), S. 536 (kursiv im Original).

<sup>382</sup> Karl Marx, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, MEW 40 (Ergänzungsband 1), S. 536.

<sup>383</sup> Vgl. dazu auch Michael Löwy, Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, in: Utopie kreativ, Nr. 174, April 2005, S. 306-316.

verhiess beispielsweise, dass in der „kommunistischen Gesellschaft“ durch die Entwicklung der Produktivkräfte „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fliesen“. <sup>384</sup> Und Engels sprach in einem sozialistischen Zusammenhang von „einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst“. <sup>385</sup> In solchen Versprechen scheint die Entfesselung der Produktivkräfte der eigentliche Zweck der sozialistischen Umwälzung zu sein. Ein Bewusstsein der natürlichen Wachstumsgrenzen hingegen scheint darin zu fehlen.

Wegen dieser Bandbreite hat der Marxismus in ökologischer Hinsicht ein widersprüchliches Erbe hinterlassen. Deshalb spaltete die Frage, ob Marx und Engels eher blinde Fortschrittseiferer oder ökologische Vordenker waren, auch die HistorikerInnen. In den Jahren 1989 und 1990 wurde auf einer Tagung nach einer Antwort gesucht. Einige meinten, es sei ein „Unding“, die Geschichte der Ökologie ohne den Marxismus schreiben zu wollen. <sup>386</sup> Andere vertraten die These, dass Marx und Engels keineswegs ‚ökologische Bibeln‘ geschaffen hätten. <sup>387</sup>

Sicher ist, dass der Marxismus den industriellen Produktionsprozess grundsätzlich begrüsst hat, galt doch die Entwicklung der Produktivkräfte als Motor des sozioökonomischen Fortschritts. Das Verhältnis von Mensch und Natur dagegen nahm in der Marx’schen Disposition keinen zentralen Platz ein. <sup>388</sup> Deshalb waren Marx und Engels weder die Begründer der Umweltbewegung noch jene Visionäre, welche den Schlüssel zu ökologischen Lösungen bereits im 19. Jahrhundert gefunden hatten. Das Ziel der Geschichte – die klassenlose Gesellschaft – kann so kaum im Sinne eines ökologischen Paradieses gedeutet werden. Zudem gerieten die wenigen Naturbezüge, welche von Marx und Engels hergestellt worden waren, in der nachfolgenden Arbeiterbewegung schnell in Vergessenheit. Der Faden einer gewissen Umweltbesorgung ist rasch verloren gegangen und wich einer unbeschwerten, fortschrittsgläubigen Wachstumsphilosophie. Erst im Zuge der „1970er Diagnose“ griffen manche auf die vergessenen Denkanstösse zurück, um die ökosozialistischen Standpunkte auf den Marxismus abzustellen. Als Fazit bleibt indessen: Wer im Marxismus nach einer kohärenten Lösung des Umweltproblems fahndete, tat dies weitgehend vergeblich. Man suchte Antworten auf Fragen, die sich Marx und Engels so nicht gestellt hatten.

---

<sup>384</sup> Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW 19, S. 21.

<sup>385</sup> Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 263.

<sup>386</sup> So etwa Edgar Gärtner, Arbeiterbewegung und Ökologie, in: Helmut Konrad, Arne Andersen (Hgg.), Ökologie, 1990, S. 33-44, hier S. 33.

<sup>387</sup> Vgl. exemplarisch Ger Harmsen, Sozialismus, Natur, Umwelt, in: Helmut Konrad, Arne Andersen (Hgg.), Ökologie, 1990, S. 88-104.

<sup>388</sup> Michael Löwy kam deshalb auch zum Schluss, „dass es Marx und Engels an einer ökologischen Gesamtperspektive mangelt“. Michael Löwy, Destruktiver Fortschritt, 2005, S. 313.

#### 4.4.4 Ökosozialistische Prämissen – Funktion und Kritik

Auch wenn die ökosozialistischen Theorien nur oberflächlich mit dem Marxismus belegt werden konnten, hat der Entwurf entsprechender Weltbilder doch wichtige Funktionen erfüllt. Mit der Kritik am wirtschaftlichen Akkumulationsmodell war die Umweltfrage ursprünglich weit entfernt von einem etwaigen sozialistischen Kern. Die Verbindung von Ökologie und Sozialismus sollte den ökologischen Komplex aber rasch an die Arbeiterbewegung anschliessen. Das produktivistische Credo der Nachkriegszeit wurde kaschiert, ja es schien sogar so, als habe die Linke Problem und Lösung der Umweltkrise von jeher gekannt.

Die untersuchten Linksparteien haben das Konzept eines ökologischen Sozialismus mit einer gewissen Selbstverständlichkeit entwickelt. Darob darf nicht vergessen werden, dass man in der sozialistischen Literatur der Nachkriegsjahre vergeblich nach einer wegweisenden Studie über die Zerstörung der Umwelt sucht. Unter dem Eindruck des Umweltschocks war die Diagnose dann rasch gestellt: Es war der kapitalistische Produktionsprozess, der die Grenzen des Wachstums zu überschreiten drohte. Dieses Krankheitsbild war einerseits deshalb attraktiv, weil der alte Klassenfeind gebrandmarkt werden konnte. Andererseits hat man sich mit der schnellen Diagnose lange Recherchen und mühselige Kleinarbeit ersparen können. Sie entband vom Zwang, sich allzu viele Gedanken über die konkrete Lösung des Umweltproblems zu machen. Mit dem ökosozialistischen Argumentationsmuster wurde in die Zukunft verwiesen, sollte doch der Sozialismus den Knoten des Umweltproblems entwirren. Besonders für die Neue Linke und die PdAS hatten sich damit konkrete Alternativen, Analysen oder Konzepte erübrigt.<sup>389</sup>

Dass ein Problem erst im Sozialismus gelöst werden könne, war auch jenseits der Umweltfrage ein beliebtes Argumentationsmuster. Besonders die Parteien der antikapitalistischen Linken – PdAS, RML und POCH – haben diese magische Kurzformel in den 1970er und 1980er Jahren des Öfteren verwendet. Arbeitslosigkeit, Betriebsschliessungen, Hunger, Not und Elend waren für die Trotzkiten allesamt „Erscheinungen einer Gesellschaft, die krank ist – krank am Kapitalismus!“<sup>390</sup> Die Umweltzerstörung war deshalb schlicht eine weitere „Seite der Barbarei“.<sup>391</sup> Mit der gleichen Diagnose führten auch die POCH diverse Missstände – von der Unterentwicklung der Dritten Welt bis zur Unterdrückung der Frauen – auf das kapitalistische Produktionssystem zurück. Und der Vorwärts stimmte ein: „Keines der grossen Probleme [...] kann gelöst werden, ohne dass das Grundübel, der Kapitalismus, überwunden

---

<sup>389</sup> Ein Beispiel: Mit dem Hinweis, dass das ‚natürliche Funktionieren‘ des Kapitalismus mit der Natur unvereinbar sei, haben sich diese Parteien der Diskussion um das Umweltschutzgesetz gänzlich verweigert.

<sup>390</sup> Bresche, Nr. 91, April 1977, S. 7. Ernst Mandel meinte zum Kapitalismus: „Alles, was in der Gesellschaft unmenschlich und selbstzerstörend ist, entspringt letzten Endes dieser Quelle.“ Bresche, Nr. 277, Oktober 1985, S. 9.

<sup>391</sup> Bresche, Nr. 137, Mai 1979, S. 6.

wird.<sup>392</sup> Selbst innerhalb der SPS wurde der Kapitalismus im Zuge der „1970er Diagnose“ pauschal kritisiert.<sup>393</sup>

Wie diese Beispiele zeigen, liess sich die Kritik am Kapitalismus schier universal anwenden. Jedes beliebige Problem konnte letztlich im ‚System‘ verortet werden, und immer war es der Sozialismus, der Abhilfe versprach. Damit kam dieses Argumentationsmuster der Wirkung eines Passepartouts gleich. Die Kapitalismuskritik funktionierte als Schlüssel, der vermeintlich für jedes Problem eine Lösung bot. Dabei konnte die Linke den Kapitalismus zwar analysieren, kritisieren und zerreden – gelöst war damit jedoch nichts. Auch in der Umweltfrage hat der Ökosozialismus vieles erklärt, aber noch mehr verschleiert. Wie der technoökonomische Fortschritt jenseits der kapitalistischen Vernichtungslogik aussehen sollte, blieb im Dunkeln. Praxisnahe Vorschläge eines ökosozialen Umbaus gab es keine. So umfassend der ökosozialistische Ansatz auch ausfiel: Gerade diese Universalität hob dessen Erklärungskraft letztlich auf.

Mit der Entwicklung ökosozialistischer Vorstellungswelten konnten die neuen Ungewissheiten auf alte Übel zurückgeführt werden, ohne traditionelle Annahmen um die technoökonomische Entwicklung aufgeben zu müssen. Die Umweltzerstörung erschien weniger als Folge der rasch expandierenden Produktivkräfte, sondern vielmehr als Konsequenz der Produktionsverhältnisse. So war nicht die Zügelung der Produktivkräfte, sondern nach wie vor die sozialistische Kontrolle der Produktionsverhältnisse das Gebot der Stunde. Da demnach lediglich die Ökonomie in die sozialistische Planung einzubeziehen war, kam man um die Kritik am Industriesystem herum. Dass die Linke aber ebenfalls auf dem Boden der Moderne stand, wurde mit solchen Lösungsvorschlägen verdrängt. So kamen die Ökosozialisten in den Reihen der untersuchten Parteien darum herum, sich ernsthaft auf die ökologischen Widersprüche einzulassen. Warum der Sozialismus das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur aufheben solle, bleibt unklar, wenn doch die industriellen Prozesse unhinterfragt bleiben. So drang der Ökosozialismus nicht bis zum eigentlichen Kern der Dinge vor, und auf die wirklich zentralen Fragen konnte man keine befriedigenden Antworten geben. Dass man mit dem Sozialismus innerhalb des Industrialisierungsprozesses alles anders und besser machen würde, sagte letztlich wenig bis nichts aus.

Nicht zuletzt die Lebensbedingungen im so genannten Ostblock zeigten, dass mit einer sozialistischen Steuerung der Produktionsverhältnisse die Begleiterscheinungen der Industrialisierung nicht einfach ausgeschaltet werden konnten. Tatsächlich war die Umweltzerstörung

---

<sup>392</sup> Vorwärts, 2.6.1983.

<sup>393</sup> „Mit ihm hängen so ziemlich alle Übel zusammen, die uns heute zu schaffen machen: die Umweltverschmutzung, der Bodenverschleiss, die Bodenspekulation, die Teuerung, die Inflation, die Wohnungsnot. Fast alle Nöte sind auf die gedankenlose Fehlsteuerung der Wirtschaft zurückzuführen.“ Hans Adank, Der Wahlkampf 1975 hat schon begonnen, in: Profil, Nr. 2, Februar 1972, S. 33-36 hier S. 35.

in den kommunistisch regierten Ländern nicht weniger weit fortgeschritten.<sup>394</sup> So war der Widerspruch zwischen industrieller Entfaltung und Naturvernichtung auch im sowjetischen Einflussbereich offensichtlich geworden. Zu Beginn der 1970er Jahre setzte dort zwar ebenfalls eine Diskussion über die ‚Grenzen des Wachstums‘ ein.<sup>395</sup> Doch die eigenen Umweltprobleme wurden in der UdSSR lange tabuisiert. Dass ein dynamisches Wirtschaftswachstum die Grundlage des sozialistischen Fortschritts sei, blieb so ein unbestrittenes Credo.<sup>396</sup> Die PdAS war die einzige Partei, welche an die ökologische Überlegenheit des ‚real existierenden Sozialismus‘ glaubte. Die Korrespondenten des kommunistischen ‚Vorwärts‘ hatten die sowjetischen Umweltprobleme zwar schon zu Beginn der 1970er Jahre eingeräumt, doch die PdAS hielt an ihren Paradigmen fest.<sup>397</sup> Ohne Ausflüchte ging das nicht, sollte der Kapitalismus doch auch an der realsozialistischen Umweltzerstörung Schuld haben: Angesichts des ökonomischen Systemwettbewerbs hätten die sozialistischen Staaten die westlichen Produktions- und Konsummodelle zum Teil unkritisch übernehmen müssen oder der ‚imperialistische‘ Kriegs- und Rüstungsdruck habe den Umweltschutz verunmöglicht.<sup>398</sup> Dass auch die planwirtschaftlichen Industrieländer mit dramatischen Umweltproblemen konfrontiert waren, schränkte die Plausibilität ökosozialistischer Deutungsmuster generell ein. Widersprüchlich erschien die ökosozialistische Theorie auch aus einer historischen Langzeitperspektive. Die PdAS beispielsweise hatte den Kapitalismus jahrelang mit Knappheit, Entbehrung, Stagnation und Armut gleichgesetzt. Im Zuge der „1970er Diagnose“ aber wurde diesem System ein verheerender Wachstumszwang zugeschrieben: Mit dem Kapitalismus assoziierte man nun Masslosigkeit, unbegrenztes Wachstum, Überproduktion und Verschwendung. Zum kommunistischen Versprechen gehörte jetzt weniger die ökonomische Entfesselung, sondern vielmehr die ökologische Kontrolle der Produktionskräfte. Die SPS ihrerseits hatte in der Nachkriegszeit geklagt, dass wegen der fehlenden Planung gesamtwirtschaftliche Wachstumschancen verpasst würden. Aus einer ökologischen Perspektive erschien dann die Planlosigkeit als Ursache der Umweltzerstörung, weil der ökonomische Expansionsprozess ungehemmt voranschreite. Nun sollte eine zielgerichtete Lenkung nicht mehr den Wirtschaftsmotor beschleunigen, sondern auf ein umweltverträgliches Tempo reduzieren. Das freie Spiel der Märkte produzierte einmal also zu wenig, dann zu viel oder das

---

<sup>394</sup> Die Staaten mit ‚realsozialistischen‘ Produktionsverhältnissen hatten ebenfalls miserable Umweltbilanzen aufzuweisen. Vgl. dazu Joachim Raschke, *Die Grünen*, 1993, S. 64.

<sup>395</sup> Vgl. dazu Jost Hermand, *Grüne Utopien in Deutschland*, 1991, S. 146-147.

<sup>396</sup> Jost Hermand meinte, dass die Führung der KPdSU die Umweltkrise erst in den 1980er Jahren ernsthaft zur Kenntnis genommen habe. Vgl. Jost Hermand, *Grüne Utopien in Deutschland*, 1991, S. 146.

<sup>397</sup> In den Jahren 1971 und 1972 berichteten die Vorwärts-Korrespondenten Jean Villain und Anna Drejer regelmäßig über die Umweltsituation in der DDR bzw. in der Sowjetunion. Der Ton war dabei nüchtern gehalten. Vgl. exemplarisch *Vorwärts*, 16.9.1971 (Jean Villain) und *Vorwärts*, 27.1.1972 (Anna Drejer).

<sup>398</sup> Vgl. *Vorwärts*, 21.6.1979; *Ökologie und Sozialismus*, in: *Vorwärts*, 5.1.1984.

falsche Wachstum. Diese Umkämpfungen zeigen, wie sehr sich mit der ökologischen Zäsur die sozialistischen Idealvorstellungen geändert haben.

Bei aller Kritik darf aber nicht vergessen werden, dass die ökosozialistischen Analysen auch auf offene Wunden hinwiesen. Ein gewinnorientiertes Kosten-Nutzen-Denken ist beispielsweise ein unbestreitbares Element der liberalen Wirtschaftsweise. Was aber wie die Natur keinen Preis hat, bleibt in einem nützlichkeitsorientierten Wirtschaftsprozess unberücksichtigt. Die Analyse, dass im Kapitalismus Umweltgüter vernichtet und die Folgeschäden gewissermassen sozialisiert werden, trifft also einen wahren Punkt. So konnten viele Umweltprobleme tatsächlich auch als systemimmanente Folgen der kapitalistischen Wirtschaftslogik betrachtet werden.

Aus den Reihen der Linken gab es einige Versuche, um dem ökosozialistischen Umweltdiskurs zum Durchbruch zu verhelfen. Die RML beispielsweise organisierte Ende der 1970er Jahre eine Meetingreihe unter dem Titel „Marxismus und Ökologie“.<sup>399</sup> In Zürich, Bern, Aarau und Baden wurde versucht, den Zuhörenden den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Umweltkrise bzw. Sozialismus und Umweltschutz näher zu bringen. Die PdAS lancierte im April 1983 ein „Ökologie-Forum“, um die Beziehung zwischen Ökonomie und Ökologie sowie die Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu erläutern.<sup>400</sup> War Karl Marx ein Grüner? Welches Wachstum brauchen wir? Ökologie contra Ökonomie? Solche Fragen wurden bis Januar 1984 regelmässig im Vorwärts debattiert.<sup>401</sup> Die POCH wiederum wendeten einige Energie auf, um ökosozialistische Betrachtungsweisen in die Verkehrs- und Atomenergiefrage einzubringen. Und die SPS setzte zu Beginn der 1980er Jahre viel daran, mit der Selbstverwaltung einen gemeinwirtschaftlichen Lösungsansatz populär zu machen. Trotz dieser Bemühungen gelang es nicht, ein engeres Band zwischen Ökologie und Sozialismus zu entwickeln. Die Umweltbewegung vermochte in der ökosozialistischen Betrachtungsweise keine wegweisenden Perspektiven zu erkennen. Die Rufe nach ‚Verstaatlichung‘, ‚Vergesellschaftung‘ oder ‚Demokratisierung der Wirtschaft‘ stiessen deshalb auf wenig Gehör. Die POCH kamen Ende der 1970er Jahre selbst ins Grübeln, ob sich die Umweltfrage mit dem Sozialismus wirklich lösen lasse.<sup>402</sup> In den folgenden Jahren wurden derartige Bedenken zur Gewissheit. Im Sommer 1983 kam eine bemerkenswerte Stimme zu dem Schluss, dass die zerstörerischen Fortschrittsprämissen „Gemeingut sowohl des Sozialismus

---

<sup>399</sup> Bresche, Nr. 130, Februar 1979, S. 11.

<sup>400</sup> Das „Ökologie-Forum“ wurde zwischen April 1983 und Januar 1984 regelmässig im Vorwärts abgedruckt. Die Erkenntnisse wurden auch in Form einer Broschüre publiziert: PdAS (Hg.) Ökologie und Sozialismus. Ökologische Grundsatzfragen, 1983.

<sup>401</sup> Dann fasste die Redaktion die gewonnenen Erkenntnisse zusammen: „Kein Sozialismus ohne Ökologie – keine Ökologie ohne Sozialismus“. Ökologie und Sozialismus, in: Vorwärts, 5.1.1984.

<sup>402</sup> Walter E. Gammenthaler, Umwelt oder Systemkrise, in: positionen, Nr. 23, Juni 1979, S. 10-12.

wie des Liberalismus“ seien.<sup>403</sup> Der „Vorrang der Produktivität“ sei zwar im Bürgertum entstanden, doch würden industrielle Produktivitätssteigerungen „von der sozialistischen Theorie als materielle Voraussetzung für eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft betrachtet“.<sup>404</sup> Dass die sozialistische Bewegung dem Fortschrittsglauben gefolgt sei, habe aber verheerende Auswirkungen gehabt, denn die industrielle Dynamik habe sich damit über die ganze Welt ausbreiten können. Deshalb stehe die Gesellschaft nun vor der Aufgabe „die alte Übereinstimmung zwischen Sozialismus und Liberalismus bezüglich ‚Fortschritt‘ aufzubrechen“.<sup>405</sup> Mit dieser Betrachtungsweise stand weniger der Kapitalismus als die technologische Entwicklung zur Disposition. Weil auch die sozialistische Bewegung als Trägerin des industriellen Wachstumsmodells identifiziert wurde, hatte das ökosozialistische Lösungsrezept ausgedient. Bis Mitte der 1980er Jahre setzte sich in den POCH weitgehend die Ansicht durch, dass der traditionelle Sozialismus für eine ökologische Politik nicht automatisch besser sein müsse.

Die RML/SAP wiederum musste 1987 feststellen, dass an ihrer Stelle Organisationen zum Rückgrat der ökologischen Bewegung geworden waren, die sich lediglich „als ökologische Berater der Machtorgane“ verstünden.<sup>406</sup> Obwohl man seit 1972 an Umweltfragen arbeite, werde man selbst von der 68er-Generation kaum als ökologische Instanz wahrgenommen. Gleichzeitig mussten die Trotzlisten aber einräumen, „dass sich die Beziehung zwischen Ökologie und Sozialismus als erheblich gewundener und indirekter erwiesen hat, als wir glaubten“.<sup>407</sup> Mit dieser doppelten Enttäuschung gab die RML die Idee auf, wonach Ökologie und Sozialismus gleichsam natürlich zusammengehören. Dass sich der Traum vom ökosozialen Umbau mit der Abschaffung des Kapitalismus von selbst erfüllen würde, war selbst in den eigenen Reihen unglaubwürdig geworden.

Auch die von der SPS ab Ende der 1970er Jahre entworfenen Utopien um die Idee der Selbstverwaltung, welche die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchziehen sollte, konnten der Realität nicht standhalten.<sup>408</sup> So wurde die Selbstverwaltung keine „Alter-

---

<sup>403</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 23.

<sup>404</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 26 und S. 25. Und: „Eine weitere (un-)heimliche Gemeinsamkeit zwischen Sozialismus und Liberalismus ist die Vorstellung von der neutralen, wertfreien, vom Gesellschaftssystem unabhängigen technologischen Entwicklung.“ Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 25.

<sup>405</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 24.

<sup>406</sup> Gemeint waren Organisationen wie die GPS, der SBN, der WWF oder der VCS. Bresche, Nr. 314, Juni 1987, S. 6.

<sup>407</sup> Bresche, Nr. 314, Juni 1987, S. 8.

<sup>408</sup> Bereits 1987 musste zur Selbstverwaltung festgehalten werden: „Die schweizerische Gegenwart zeigt an sich das Gegenteil solcher Bestrebungen. Grosse Firmen geben den Ton an, Kartelle riegeln die Binnenmärkte von Neuzugängern ab, die Kapitalintensität verscheucht Neulinge. Immerhin bestehen ein paar selbstverwaltete Betriebe weiterhin und nehmen sogar leicht zu. Sie sind mit wenigen Ausnahmen in eher bescheidenen, wenig innovativen Nischen der Wirtschaftsstrukturen angesiedelt.“ Wirtschaftspolitische Kommission der SPS, Wollen wir selber wirtschaften lernen?, in: Profil/Rote Revue, Nr. 3, 1987, S. 1.



native zum Kapitalismus“, wie sich dies Rudolf Strahm für das Jahr 2010 erträumt hatte.<sup>409</sup> Auch in der SPS selbst geriet die Selbstverwaltung bald in Vergessenheit. Damit war die PdAS um 1990 die einzige Partei, die den ökosozialistischen Umweltdiskurs am Leben zu erhalten versuchte. Ihr galt der Sozialismus unverdrossen als das geeignetste Mittel, um den „ökologischen Zerfall“ zu stoppen.<sup>410</sup> Dass aber die praktischen Erfahrungen im ‚realsozialistischen‘ Lager alles andere als optimistisch stimmten, konnte auch die Kommunisten nicht unberührt lassen. Als 1986 die Atomkatastrophe in Tschernobyl die Welt erschütterte, war das Konzept eines ökologischen Sozialismus mit einer erdrückenden Hypothek belastet. Jetzt schwächte die PdAS ihre Position dahingehend ab, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung zwar kein Problem automatisch löse – aber immerhin die besten Voraussetzungen dafür schaffe.<sup>411</sup>

Die ökosozialistische Betrachtung war ein Versuch, die Umweltfrage in alte Denkmuster einzubinden. Eine solche Verbindung von Sozialismus und Ökologie schien zwar das eigene Weltbild retten zu können, lösungsorientierte und durchsetzungsfähige Ansätze ergaben sich daraus jedoch nicht. Diese Ausrichtung innerhalb der sozialistischen Bewegung verlor daher bald wieder an Einfluss.

## 4.5 Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie?

### 4.5.1 Die traditionelle Linke: Der Abschied vom quantitativen Wachstumsideal

Die ökosozialistischen Denkmuster überwand ein Stück weit die Vorstellung, dass die Entfaltung der Produktivkräfte automatisch auch die gesellschaftlichen Bedingungen für den Sozialismus schaffe. Die sozialistische Zukunftsperspektive wurde insofern relativiert, als die angestrebte Gesellschaftsordnung angesichts der Umweltzerstörung weniger den materiellen Überfluss als vielmehr eine neue Harmonie zwischen Mensch und Natur versprach. Obschon mit dem Ökosozialismus also durchaus Abstriche an der Wachstumsutopie vorgenommen wurden, stand besonders die traditionelle Linke vor der Aufgabe, sich von den Illusionen der Wirtschaftswunderzeit zu verabschieden. Der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie bildete ein Grundparadigma des ökologischen Diskurses. Wer mit den ökologischen Lernpro-

---

<sup>409</sup> Rudolf Strahm, Ein Utopie-Brief aus dem Jahre 2010, in: SPS (Hg.), Wirtschaftskonzept und Selbstverwaltung, Bern 1980, S. 19-31, hier S. 30.

<sup>410</sup> Diskussionstext für ein neues Parteiprogramm, verabschiedet vom Politischen Büro der PdAS, 3.6.1989, in: Vorwärts, 29.6.1989.

<sup>411</sup> Der Vorwärts zur Frage, weshalb es in einer sozialistischen Gesellschaft zur Atomkatastrophe von Tschernobyl kommen konnte: „Die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung löst kein Problem automatisch, sie schafft nur die besten Grundlagen, um sie zu lösen.“ Vorwärts, 4.12.1986.

zessen Schritt halten wollte, musste ein neues Verhältnis zwischen zwei Anforderungen entwickeln, die weithin als Gegensatzpaar betrachtet wurden.

In der SPS wurden 1974 alle Organe dazu aufgerufen, „innert nützlicher Frist die Diskussion über das Wachstum zu führen“.<sup>412</sup> Man habe geglaubt, dass die wirtschaftliche Expansion soziale Zustände verbessere und individuelle Freiheiten vergrößere. Doch angesichts der Umweltkrise müsse sich die SPS neu ausrichten und abklären, „welchen Typus von Wachstum wir wünschen“.<sup>413</sup> Dieses Unbehagen an der eigenen Wachstums- und Fortschrittseuphorie führte zwei Jahre später zum Parteitagebeschluss, die Grundlagen der SPS zu reformieren.<sup>414</sup> Weil das bestehende Programm von 1959 einem ungebrochenen Wachstumsglauben huldigte, mussten die alten Ziele – aus einer ökologischen Perspektive besehen – neu definiert werden. So wurde die ökologische „Wachstumskrise“ zum wichtigsten Anlass, um die programmatischen Grundlagen zu erneuern.<sup>415</sup>

Die Anforderungen an das neue Parteiprogramm waren hoch gesteckt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die überbordende Wirtschaftsmaschinerie an den Rand des ökologischen Kollapses geführt hatte, sollten Fortschritt und Wohlstand neu definiert werden.<sup>416</sup> Es wurde zur Aufgabe, von der alten Wachstumsideologie Abstand zu nehmen und mit „neuen Vorstellungen neue Pfade zwischen Boom und Stagnation aufzuzeigen“.<sup>417</sup> Da die wirtschaftliche Entwicklung mit dem „Weiterbestand der Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen“ in Einklang gebracht werden musste, sollte das neue Programm ein eigentliches „Lebens- und Ueberlebensprogramm werden“.<sup>418</sup> Das wirtschaftliche Handeln musste auf die Natur abgestimmt werden, und es war verboten, auf einem begrenzten Planeten den eingeschlagenen Wachstumspfad weiterzubeschreiten.

---

<sup>412</sup> Sektion Fontaines, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 25./26. Mai 1974 in Luzern, Bern 1974, S. 132-134, hier S. 132, SOZARCH Ar 1.116.18.

Schon 1973 hatte die Geschäftsleitung der SPS eine Kommission namens „Oekologie und Wirtschaftswachstum“ eingesetzt. Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 25./26. Mai 1974 in Luzern (maschinengeschrieben), S. 209, SOZARCH Ar 1.116.21.

<sup>413</sup> Sektion Fontaines, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 25./26. Mai 1974 in Luzern, Bern 1974, S. 132-134, hier S. 132, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>414</sup> Am Parteitag 1976 wurde ein Antrag auf Programmrevision angenommen, der wie folgt begründet worden war: „Das Parteiprogramm von 1959 vertritt, vor allem in der Wirtschaftspolitik, einen euphorischen Fortschrittsglauben. In den vergangenen 17 Jahren hat sich aber ein deutlich kritisches Verständnis für unser Wirtschaftssystem durchgesetzt [...]. Ebenfalls die Grundlagen und Einstellungen zur Verkehrs- und Energiepolitik haben sich grundlegend geändert.“ Antrag auf Programmrevision, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 30./31. Oktober 1976 in Montreux, Bern 1976, S. 67, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>415</sup> Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Schweiz, in: SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 80-91, hier S. 80.

<sup>416</sup> Wörtlich: „Wir Sozialdemokraten sind herausgefordert. Fortschritt und Wohlstand sind neu zu definieren. Wir suchen neue Qualitäten des Wachstums, wir suchen ein neues Optimum.“ Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Schweiz, in: SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 80-91, hier S. 80.

<sup>417</sup> SPS (Hg.), Politische Erklärung, 1979, S. I.

<sup>418</sup> Leitlinien für ein neues Programm der SPS, in: Beschlussprotokoll des ausserordentlichen SPS-Parteitages vom 17./18. Oktober 1981 in Interlaken, Bern 1981, S. 7-13, hier S. 11, SOZARCH Ar 1.116.18.

Es dauerte sechs Jahre, bis diese Vorgaben in ein neues Parteiprogramm mündeten.<sup>419</sup> Im Vergleich zu den vorherigen Revisionen war diese Dauer enorm, doch wurde die lange Zeit als eigentlicher „Lernprozess“ verstanden.<sup>420</sup> Möglichst viele Parteimitglieder sollten bei diesem Unterfangen mitwirken können, weshalb das Ergebnis als Resultat der seit den 1970er Jahren geführten Diskussionen gelten kann.

1982 wurde ein altes Parteiprogramm abgelöst, das – in den Worten von Willi Ritschard – seine „ökologische Unschuld“ längst verloren hatte.<sup>421</sup> Nun wurde die Partei neu ausgerichtet, Begriffe wie Fortschritt und Wachstum wurden mit aktuellen Bedeutungen versehen. „Die Wachstumsgesellschaft ist in Frage gestellt“, nahm das Programm vorweg, und machte die „masslose Expansion der Wirtschaft“ für verschiedenartige Missstände verantwortlich.<sup>422</sup> Einerseits wurde die ungestüme Entwicklung der Wirtschaft mit der Umweltzerstörung in Verbindung gebracht. Andererseits sah man das Wirtschaftswachstum auch ökonomische, gesellschaftliche, psychologische, gesundheitliche und politische Schatten werfen. Es ist offensichtlich, dass sich das Wertesystem der SPS radikal gewandelt hatte. Während vieler Jahre hatte der Glaube an ein unbegrenztes Wachstum zum sozialdemokratischen Bekenntnis gehört. Wenn Fortschritt und Wohlfahrt einst mit materiellen Kriterien gemessen worden waren, so galt das ungebrochene Wirtschaftswachstum nun als existentielle Bedrohung. Die SPS kehrte den alten Akkumulations- und Expansionsmodellen den Rücken und wandelte sich von einer wachstumseuphorischen zu einer wachstumsskeptischen Partei. Mit der Verwerfung einer eindimensionalen ‚Wachstumsgesellschaft‘ hatte sich die SPS – in den Worten von Felix Müller und Jakob Tanner – „in beträchtlichem Ausmass ‚enttraditionalisiert‘“<sup>423</sup>. Das Wachstum verkörperte nun nicht mehr den Fortschritt selbst, sondern stand im Gegenteil im Verdacht, die Zukunft zu beenden. So war der Glaube an ein grenzenloses Wirtschaftswachstum verloren gegangen.

Wie radikal die diskursiven Vorzeichen umschlugen, wird insbesondere in der sozialdemokratischen Mobilitätspolitik ersichtlich. Galt der Ausbau der Verkehrsmittel der wachstumshungrigen SPS einst als ökonomische Notwendigkeit, kritisierte man den Privatverkehr im neuen Programm als „Hätschelkind des Fortschrittglaubens“.<sup>424</sup> Dass ein umfassendes Strassennetz einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringe, wurde nun bezweifelt. Zum umwelt-

---

<sup>419</sup> Eine erste Kommission wurde 1976 eingesetzt, doch deren (Selbstverwaltungs)Programm wurde nur als Diskussionsgrundlage akzeptiert. Deshalb folgte 1981 eine zweite Arbeitsgruppe. Ihr Entwurf wurde am Parteitag 1982 weitgehend angenommen. Vgl. SPS (Hg.), Programmrevision, 1981; SPS (Hg.), Programmentwurf 1982, Bern 1982; SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983.

<sup>420</sup> Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Schweiz, in: SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 80-91, hier S. 82.

<sup>421</sup> Rede von Willi Ritschard, in: Wortprotokoll des ausserordentlichen Parteitages vom 17./18. Oktober 1981 in Interlaken, S. 8 (maschinengeschrieben), SOZARCH Ar 1.116.25.

<sup>422</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 8.

<sup>423</sup> Felix Müller, Jakob Tanner, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“, 1988, S. 362.

<sup>424</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 63.

zerstörenden „Moloch“ geworden, sollten die „gesamten Verkehrsbewegungen“ vielmehr eingedämmt werden.<sup>425</sup> Speziell dem motorisierten Individualverkehr sollte durch den Stopp des Nationalstrassenausbaus ein Riegel vorgeschoben werden. So war die Mobilitätspolitik von einer ökonomischen Lebens- zu einer ökologischen Überlebensfrage geworden.

Wie noch zu zeigen sein wird, hatten sich in der SPS ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre viele Verständigungsschwierigkeiten ergeben. Nicht alle Genossen wollten sich von einem quantitativen Wachstumsverständnis lossagen, weshalb der ökologische Lernprozess spannungsgeladen und konfliktreich verlief. Noch mehr Schwierigkeiten taten sich bei den Kommunisten auf, deren Einheit ebenfalls in Gefahr geraten sollte. Darüber hinaus verstrickte sich die PdAS in mannigfaltige Widersprüche, die bereits 1971 ihren Anfang nahmen. Trotz des Umweltschockes versprach die Partei mit der sozialistischen Lösung „die rasche Entwicklung der Produktivkräfte“, um die „Gesellschaft der Gerechtigkeit und des Überflusses“ zu realisieren.<sup>426</sup> Umgekehrt galt der Kapitalismus unentwegt als Hürde, um den Menschen „die unermesslichen Möglichkeiten“ zu erschliessen, „die sich aus dem Wachstum der Produktivkräfte, des Fortschritts von Wissenschaft und Technik ergeben“.<sup>427</sup> Aus einem ökosozialistischen Blickwinkel aber wurde der Kapitalismus gleichzeitig für das ungebremsste Wachstum gebrandmarkt, während das andere System die ökologische Kontrolle der Ökonomie versicherte. So produzierte der Kapitalismus gleichzeitig zu viel und zu wenig, der Sozialismus zugleich unbegrenztes und eingeschränktes Wachstum. Diese Widersprüche in den politischen Überzeugungen zeigen, dass sich die PdAS nicht ernsthaft mit den ökologischen Wachstumsgrenzen auseinandergesetzt hatte.

Es ist wenig erstaunlich, dass die PdAS mit der Wirtschaftskrise mehr anzufangen wusste als mit dem ökologischen Wachstumsdiskurs. Die Rufe nach Stabilisierung und Nullwachstum sprengten die traditionellen Denkmuster der Kommunisten. Der wirtschaftliche Einbruch Mitte der 1970er Jahre aber bestätigte die Erwartungshaltung aller Marxisten, wonach die kapitalistische Ökonomie per se fehlerhaft verlaufe. In der Zeit des Wirtschaftswunders hatten derartige Krisentheorien mehr und mehr Spott provoziert. Doch jetzt, angesichts des Einbruchs, war die Prophezeiung zyklischer Krisen endlich in Erfüllung gegangen.<sup>428</sup> Nun waren die Bürgerlichen die „falschen Propheten“, welche mit der „Legende vom helvetischen Wirtschaftswunder“ jahrzehntelang trügerische Illusionen verbreitet hatten.<sup>429</sup>

---

<sup>425</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 63.

<sup>426</sup> PdAS, Was will die Partei der Arbeit der Schweiz?, 1971, S. 21 und S. 32.

<sup>427</sup> PdAS, Was will die Partei der Arbeit der Schweiz?, 1971, S. 3.

<sup>428</sup> So konnte der Vorwärts 1975 festhalten: „Was wir ununterbrochen und als einzige voraussagten und als einzige eingetreten: In der kapitalistischen Welt sind Millionen und Abermillionen Männer, Frauen und Jugendliche arbeitslos und kennen materielle und moralische Not, Entbehrungen und Demütigung. Einmal mehr wird diese kapitalistische Gesellschaft, die sich als ‚ewig während‘ betrachtet, die vorgab, unantastbar zu sein und das wirtschaftliche Gleichgewicht durch ein stetes Wunder zu sichern, von Krise und Rezession geschüttelt.“ Vorwärts, 1. Mai 1975.

<sup>429</sup> Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 26. Juni 1975.

Die PdAS – aber auch die POCH und die RML – wollte die Chance des Aufbegehrens nach der langen Prosperitätsphase nutzen. Angesichts der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg verstärkte die Neue Linke ihre Bemühungen, zu Gegenaktionen aufzurufen und den Arbeitsfrieden zu brechen.<sup>430</sup> Gleichfalls war die PdAS bemüht, sozialistische Alternativen populär zu machen, indem sie diese als wachstumsträchtig, krisenfest und inflationsfrei propagierte. Die eidgenössische Volksinitiative, die im Herbst 1974 als Massnahmenkatalog gegen die Teuerung lanciert worden war, wurde nun zur ‚Anti-Krisen-Initiative‘ erklärt.<sup>431</sup> Im Februar 1979 lancierte die PdAS zusammen mit den POCH und dem Partito Socialista Autonomo (PSA) einen weiteren Vorstoss, der ‚Sichere Arbeitsplätze für alle‘ verhiess.<sup>432</sup> Doch auch in der Rezession kam die PdAS kaum weiter voran. Zu Beginn der 1980er Jahre war der Versuch, das ‚freie‘ Wirtschaftsgeschehen über staatliche Eingriffe an die gesellschaftliche Kandare zu nehmen, gescheitert. Die erste Initiative wurde für ungültig erklärt, die zweite scheiterte am eigenen Unvermögen, da die notwendigen Unterschriften nicht gesammelt werden konnten. So konnte aus der wirtschaftlichen Krise kein politisches Kapital geschlagen werden, ja die PdAS drang mit ihren Vorschlägen nicht einmal bis zur Stimmbürgerschaft vor. Die Diskussionen während der Rezession verdeutlichen nochmals, wie fest die PdAS einem quantitativen Wachstumsverständnis verbunden blieb. Es liegt zwar in der Natur der Sache, dass ökonomische Aspekte bei einem Konjunkturtief in den Mittelpunkt geraten. Doch niemand drängte vehementer auf die Entfaltung der Produktivkräfte als die PdAS. Die wirtschaftliche Expansion galt immer noch als wichtigster Baustein des kommunistischen Aufbauprojekts. Beschleunigung des Wachstums, Zuwachsraten, Produktivitätssteigerung und materieller Fortschritt blieben die unangefochtenen Zauberwörter der kommunistischen Rhetorik. Solche Ziele deckten sich nach wie vor mit den sowjetischen Fünfjahresplänen, die auch in den 1970er und 1980er Jahren hohe Zuwachsraten verordneten. Allerdings eignete sich der ‚real existierende Sozialismus‘ auch in ökonomischer Hinsicht immer weniger als Vorzeigeprojekt, sollte die UdSSR in den 1970er Jahren doch in einen wirtschaftlichen Immobilismus geraten.<sup>433</sup>

1978 nahm die PdAS unvermittelt Abstriche an der unbeschränkten Akkumulationsideologie vor und hielt fest, dass „Wachstum an und für sich nicht ein Synonym für Wohlergehen“

---

<sup>430</sup> Zur RML vgl. Simon Jäggi, Vorhut ohne Rückhalt, 2007, S. 72-75.

Die POCH begannen zu Beginn des Jahres 1975 eine „Krisenchronik“ zu führen, dann schaltete man sich bei Betriebsschliessungen und Entlassungen ein, gründete Arbeitslosenkomitees und lancierte in verschiedenen Kantonen ‚Kriseninitiativen‘. Zu den ‚Kriseninitiativen‘ in BS, SO, BE und ZH vgl. Flurin Clalüna, Von der Generallinie zum Grünen Bogen, 2000, S. 68-69.

<sup>431</sup> Vgl. etwa den Standpunkt des PdAS-Zentralkomitees, in: Vorwärts, 26.6.1975.

<sup>432</sup> Zum Wortlaut der Initiative vgl. Vorwärts, 15.2.1979 oder POCH-Zeitung, Nr. 7, Februar 1979, S. 1.

<sup>433</sup> In den 1970er Jahren verringerten sich in der UdSSR das industrielle Wachstum und der Zuwachs des Volkseinkommens von Jahr zu Jahr. Vgl. André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 556.

sei.<sup>434</sup> Deshalb war „ein vernünftiges, planmässiges und kontrolliertes Wirtschaftswachstum“ das erstrebte Mittel, „um sozialen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit zu schaffen“.<sup>435</sup> Diesen neuen Einsichten war allerdings keine Debatte vorausgegangen, die mit dem sozialdemokratischen Lernprozess vergleichbar gewesen wäre. Die jähren Anpassungen wurden wohl als Reaktion auf die Umweltbewegung vorgenommen, die im Verlauf der 1970er Jahre erstarkt war. Immerhin hatte die PdAS die Gleichsetzung von Wachstum und Fortschritt für falsch erklärt. Wie aber eine ökosozialistische Politik die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie herstellen sollte, blieb offen.

Um sich die Loslösung von einem grenzenlosen Expansionsmodell zu erleichtern, konnte die traditionelle Linke auf Schlagworte zurückgreifen, die im Zuge des Wachstumsschocks breite Verwendung gefunden hatten. Die beiden wichtigsten Wortkombinationen bezogen sich auf den Begriff der Qualität: erstens als Lebensqualität, zweitens als qualitatives Wachstum.

Der Begriff der Lebensqualität gehörte zu jenem semantischen Repertoire, das durch die ökologische Zäsur geprägt worden war.<sup>436</sup> Mitte der 1970er Jahre war dieser Ausdruck bereits im Umweltdiskurs etabliert.<sup>437</sup> Zu jenem Zeitpunkt hielt die SPS fest, dass die Erhöhung der Lebensqualität ohne eine quantitative Wachstumssteigerung erreicht werden müsse.<sup>438</sup>

Die Erzeugnisse eines einseitigen Wirtschaftsprozesses drohten im Gegenteil durch die Umweltschäden aufgezehrt zu werden. Das Ziel der Lebensqualität konnte so jener ökonomischen Entwicklung entgegengestellt werden, die ohne Rücksicht auf die Natur voranschritt. 1981 hielt ein Programmentwurf fest, dass die technoökonomische Vervollkommnung angesichts der Umweltkrise nicht mehr automatisch mit Fortschritt gleichgesetzt werden könne.<sup>439</sup> Ausgehend von einem neuen Fortschrittsbegriff sollte die SPS nur noch das gutheissen, „was der Verbesserung der Lebensqualität und der Emanzipation des Einzelnen und des Volkes dient“.<sup>440</sup> In einem ähnlichen Sinn fand der Begriff der Lebensqualität auch in das SPS-Programm von 1982 Eingang.

---

<sup>434</sup> Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 11. Parteitag, Genf, 13.–15. Mai 1978 (Berichterstatter: Armand Magnin), in: Vorwärts, 18.5.1978.

<sup>435</sup> Resolution des 11. Parteitages zur Energiepolitik, Genf, 13.–15. Mai 1978, in: Vorwärts, 25.5.1978.

<sup>436</sup> Der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hatte das Wort 1964 populär gemacht. Ausgehend von der Frankfurter Buchmesse – die Gemeinschaftsausstellung der amerikanischen Verleger stand unter dem Motto ‚The quality of Life‘ – fand der entsprechende Begriff ab 1970 auch im deutschsprachigen Raum Verbreitung. Zur Herkunft des Begriffs der Lebensqualität siehe Roland Müller, Vom Umweltschutz zur Lebensqualität, in: Schweizer Rundschau, Nr. 74, Januar/Februar 1975, S. 8-17.

<sup>437</sup> Exemplarische Belege: Beat Kappeler: Umwelt: Politischer Zankapfel der Zukunft. Was versteht man unter „Qualität des Lebens“. National-Zeitung, Basel, 25.11.1972, Nr. 436; Erhard Eppler: Es geht um die Qualität des Lebens. Wirtschaftswachstum taugt nicht als Massstab für den Fortschritt. National-Zeitung, Basel, 31.3.1973, Nr. 102; Théo Chopard (Hg.): Lebensqualität – Qualité de la vie – La qualità della vita. Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Bern 1975.

<sup>438</sup> Siehe dazu Sozialdemokratische Plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 42-52, hier S. 52, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>439</sup> SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 68.

<sup>440</sup> SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 70.

Die PdAS griff den neuen Leitwert erst mit einiger Verzögerung auf. Dafür wurde das Ziel der Lebensqualität im Aktionsprogramm von 1979 sofort zum zentralen Schlagwort erklärt. Es entsprach dem, was die Kommunisten mit dem Motto „Vivre mieux et autrement“ verbanden.<sup>441</sup> Die Lebensqualität stand dabei nicht nur für eine intakte Umwelt. Sie umfasste auch Ziele, die zusammengenommen als gesellschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden können. Diese Klammerfunktion erklärt, weshalb die traditionelle Linke gerne auf den Begriff der Lebensqualität zurückgegriffen hat. Dank ihm konnten sozioökonomische Ziele mit ökologischen Leitwerten verbunden werden. Die Lebensqualität versprach also Altes und Neues zugleich: ein materiell erfülltes Leben in einer intakten Umwelt. Wegen dieser umfassenden Zielsetzung war es schwierig, geeignete Indikatoren für den bezeichneten Sachverhalt zu definieren. Die Lebensqualität musste eine Worthülse bleiben, solange der Begriff nicht mit konkreten Inhalten gefüllt werden konnte.

Das gleiche Problem ergab sich für das qualitative Wachstum, das in enger Verbindung zur Lebensqualität ebenfalls eine bemerkenswerte Karriere durchlief. Ab Beginn der 1970er Jahre stand diese Wortkombination für eine Strategie, welche die masslose Vermehrung von Produktion und Konsumation ersetzen sollte. Popularisiert wurde die neue Zielvorstellung besonders durch den 1978 veröffentlichten NAWU-Report, eine Studie, die durch qualitatives Wachstum Wege zu einem „ökonomisch-ökologischen Gleichgewicht“ aufzeigen wollte.<sup>442</sup> Dieser Wachstumstyp versprach somit die Überwindung der Umweltprobleme einerseits, das Ende von Rezession und Arbeitslosigkeit andererseits.<sup>443</sup>

Bei ihrer Suche nach einem neuen Modernisierungsideal wurde die SPS relativ früh auf das qualitative Wachstum aufmerksam. Im Kontext der Lebensqualität steuerte man bereits 1975 „ein ausgeglichenes Wachstum an, das sich zuerst an qualitativen und sozialen Zielsetzungen orientiert“.<sup>444</sup> Mit dieser Formulierung grenzte man sich einerseits von der „Verschwendungswirtschaft“ der Nachkriegszeit, andererseits von den „Verfechtern des Nullwachstums“ ab.<sup>445</sup> Wegen der Rezession musste die Diskussion der Wachstumsgrenzen vorübergehend

---

<sup>441</sup> PdAS (Hg.), *Vivre mieux et autrement*. Programme d'action politique du Parti suisse du Travail, adopté par une conférence nationale du Parti tenue les 26 et 27 mai 1979 à Regensdorf, Genève 1979.

<sup>442</sup> Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), *Der NAWU-Report*, 1978, S. 21.

Nach dem NAWU-Report von 1978 erschien 1981 ein weiteres Buch, in dem Binswanger seine Vorstellungen von einem ökonomisch-ökologischen Gleichgewicht darlegte. Hans Christoph Binswanger, *Wirtschaft und Umwelt. Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik*, Stuttgart 1981.

<sup>443</sup> So wurde das ‚qualitative Wachstum‘ zu einer eigentlichen Allmachtsformel: Der NAWU-Report versprach, es helfe „nicht nur die ökologischen, sondern auch die ökonomischen, politischen und sozialen Krisen zu vermeiden“. Hans Christoph Binswanger et al. (Hgg.), *Der NAWU-Report*, 1978, S. 86.

<sup>444</sup> Sozialdemokratische Plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitag vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 42-52, hier S. 43, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>445</sup> Sozialdemokratische Plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitag vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 42-52, hier S. 52, SOZARCH Ar 1.116.18.

auf Eis gelegt werden.<sup>446</sup> Ende der 1970er Jahre aber konnten die sozialdemokratischen Wachstumsskeptiker jene Denkräume wieder öffnen, welche durch das Primat von Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit eingeschränkt worden waren. Das Ziel einer ‚qualitativen‘ Umlenkung wurde wieder aufgegriffen, und die SPS wandte sich gegen jenen Teil des Bürgertums, welcher „die alte Wachstums- und Verschwendungswirtschaft wieder herbeizaubern“ wollte.<sup>447</sup> Dass sich die Wirtschaft qualitativ statt quantitativ zu entwickeln habe, wurde nun zu einem festen Bestandteil der sozialdemokratischen Orientierung.

Die PdAS griff erst 1987 auf den Begriff des qualitativen Wachstums zurück.<sup>448</sup> Zwar hatten die Kommunisten bereits Ende der 1970er Jahre einem quantitativen Produktionsverständnis abgeschworen. Alternativen wurden seither aber lieber als ‚vernünftiges‘, ‚planmässiges‘, ‚kontrolliertes‘ oder ‚sozialistisches Wachstum‘ bezeichnet.

Von der konkreten Bezeichnung unabhängig erfüllten die erwähnten Wortkombinationen wichtige Funktionen. Das qualitative bzw. das vernünftige Wachstum diente als politische Strategie, um auf den Schrecken des ‚exponentiellen Wachstums‘ reagieren zu können. Die Umweltkrise wurde insofern entschärft, als man eine Alternative zum zerstörerischen Akkumulationsmodell präsentieren konnte. Die quantitative Entwicklung stand als Synonym für eine überkommene Produktionskultur, für Masslosigkeit, eindimensionalen Materialismus und für einen verhängnisvollen Fortschrittsglauben. Der ‚neue‘ Wachstumstyp hingegen stand für die Versöhnbarkeit von Ökonomie und Ökologie, für Lebensqualität, Ganzheitlichkeit und Nachhaltigkeit. Dann gab das qualitative Wachstum einen neuen Weg zwischen Umweltmisere und soziopolitischer Stagnation vor, indem das Dilemma zwischen Ökologie und Ökonomie aufgelöst wurde.<sup>449</sup> Die neue Art der Entwicklung versprach die Segnungen des Wirtschaftswachstums einerseits und die Wahrung ökologischer Bedingungen andererseits. So verhiess man Lebensstandard *und* Lebensqualität, Produktivitätsgewinne *und*

---

<sup>446</sup> Ein Beispiel: Am Parteitag 1974 wurde eine Planungskommission eingesetzt, die sich mit grundsätzlichen Fragen – u. a. der ökologischen Wachstumskrise – auseinandersetzen sollte. Doch die Wirtschaftskrise machte die Vorhaben dieser Kommission zunichte, da sich nun andere Probleme in den Vordergrund drängten. Deshalb wurde die Planungskommission bereits im Februar 1977 aufgelöst. Bericht der Planungskommission, in: Beschlussprotokoll des ausserordentlichen SPS-Parteitages vom 16. April 1977 in Brig, Bern 1977, S. A18-A20, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>447</sup> SPS (Hg.), Politische Erklärung, 1979, S. I.

<sup>448</sup> Damals bekannte sich die PdAS zu einer „industriellen Entwicklung [...], welche den qualitativen und nicht nur den quantitativen Aspekt der Produktion berücksichtigt“. Politische Resolution der PdAS vom 1. März 1987, Für eine Wirtschaft des Friedens, in: PdAS (Hg.), Für eine Wirtschaft des Friedens. 13. Parteitag der PdAS: Genf, 1. März 1987, Genf 1987, S. 2-20, hier S. 13.

<sup>449</sup> So hielt ein SPS-Programmentwurf fest: „Die Rezession hat uns den Teufelskreis offenbart, in den uns der Kapitalismus hineinführte: Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat verlangen stetiges Wirtschaftswachstum, aber dieses fördert unter den heutigen Bedingungen unweigerlich die Umweltkrise und stellt damit letztlich nicht nur den Wohlstand, sondern gar das Ueberleben der Menschheit in Frage. [...] Die Aufhebung dieses Widerspruchs zwischen kapitalistischer Oekonomie und Ökologie erfordert ein Umdenken, das sich an der Zielorientierung eines qualitativen, kontrollierten und beschränkten Wachstums orientiert.“ SPS (Hg.), Programmrevision, 1981, S. 35.



---

Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung *und* ökologisches Gleichgewicht, soziale Sicherheit *und* Umweltschutz.

Der Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie war damit geschafft – allerdings nur rhetorisch. Die Rede von der qualitativen Entwicklung suggerierte zwar, dass die quantitative Entfaltung ganz einfach durch ein neues Wachstum ausgetauscht werden könne. Das war in der Realität aber nicht der Fall. Das qualitative Wachstum war ein schillernder und facettenreicher, vor allem aber ein unbestimmter Begriff. Weil weder der Gegenstand noch die Art der Veränderung eindeutig definiert waren, konnte das Schlagwort auf verschiedenste Weise verwendet werden. Gerade diese Unbestimmtheit erklärt, weshalb die Forderung des qualitativen Wachstums in einem hohen Mass konsensfähig war. So ist es nicht erstaunlich, dass sich nahezu alle politischen Parteien das entsprechende Postulat zu Eigen machten.<sup>450</sup> Das qualitative Wachstum war eine Worthülse, die entweder mit beliebigen Inhalten gefüllt werden konnte oder auf die sich kommentarlos verweisen liess. Damit drohte dieser Allerweltsbegriff nutzlos zu werden, konnte mit seiner Verwendung doch jegliche Festlegung vermieden werden.

Trotz dieser Unschärfe musste der Begriff nicht automatisch in der Bedeutungslosigkeit versinken. Erstens konnte die traditionelle Linke mit ihm zum Ausdruck bringen, dass der Zauber des Wirtschaftswunders verflogen war und man nicht mehr zu den Wachstumsrezepten der Nachkriegszeit zurückkehren wollte. Zweitens konnte durchaus erläutert werden, was man unter diesem Ausdruck verstand. Die PdAS hat diese Chance allerdings verpasst: Ohne Präzisierung blieb das ‚vernünftige Wachstum‘ substanzlos und konnte nichts zur Lösung der Wachstumskrise beitragen. Die SPS immerhin hat verschiedentlich versucht, einige Elemente eines quantitativen Wachstums zu bestimmen.<sup>451</sup> Ein politisch handhabbares Konzept resultierte aber auch daraus nicht, und es blieb unklar, welche konkreten Formen das alternative Wachstumsmodell annehmen sollte. Zielvorstellungen wie Lebensqualität und qualitatives Wachstum versprachen also ökonomisches und ökologisches Glück – doch der Weg dahin blieb unbeschildert.

In den 1980er Jahren haben die kommunistischen Positionen zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie keine berichtenswerten Präzisierungen mehr erfahren. Je nach Konjunktur und Themenaktualität hat die PdAS einmal die ökonomische, dann wieder die ökologische Überlegenheit zum sozialistischen Trumpf erklärt. Über die beschriebenen Anschauungen hinaus haben sich auch in der RML keine bedeutsamen Veränderungen mehr ergeben. Mit dem

---

<sup>450</sup> Hans Peter Fagagnini, Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes, 1981, S. 88.

<sup>451</sup> Ein Beispiel: „Die Umwelt schonen, die Verschwendung reduzieren, das Ueberflüssige vermeiden und das Nötige erschaffen. Grossmärkte im Grünen und Ladenmangel im Dorf oder Quartier sind die Folgen eines falschen, eben nicht qualitativen Wachstums.“ Materialien zur Standortbestimmung, ausgearbeitet von der SPS-Geschäftsleitung, in: SPS (Hg.), Politische Erklärung, 1979, S. 1-37, hier S. 12.

revolutionären Selbstverständnis blieb die Liga lange den ökosozialistischen Theorien verhaftet, ohne in der Umweltfrage auf neue Antworten zu kommen. Innerhalb der SPS und der POCH hingegen gingen Lernprozesse weiter, die eine genauere Betrachtung verdienen. Während die einen im Verlauf der 1980er Jahre das Wirtschaftswachstum verwarfen, wollten die anderen den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie ausgerechnet mit marktwirtschaftlichen Mitteln aufheben. Dabei wurden die Marktmechanismen als heilsame Umweltschutzkoordinatoren entdeckt.

#### 4.5.2 Die POCH: Der Bruch mit der wachstumsgetriebenen Moderne

Begriffe wie Lebensqualität und qualitatives Wachstum wurden Ende der 1970er Jahre auch von den POCH diskutiert.<sup>452</sup> Zu jenem Zeitpunkt begannen sich in dieser Partei aber Stimmen zu mehren, welche grundsätzliche Zweifel am Sinn der ökonomischen Entfaltung äuserten. Peter Mattmann etwa kam Ende 1978 zur Erkenntnis, dass das „Wirtschaftswachstum“ nicht mehr als „hinreichender Massstab für den gesellschaftlichen Fortschritt“ gelten könne.<sup>453</sup> Durch die verhängnisvolle Expansion würden die Produktivkräfte vielmehr von „Kräften zur Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts“ zu „Kräften der Destruktion und des Rückgangs“.<sup>454</sup> Weil ein weiteres Wirtschaftswachstum ökologisch nicht mehr vertretbar sei, müssten Sozialisten wie Kommunisten von ihren traditionellen Zukunftsträumen abrücken. Andere stimmten rasch überein, dass man sich die „klassenlose Gesellschaft“ nicht mehr als jene „schlaraffenlandartige Überflusgesellschaft“ vorstellen könne, für welche „Generationen von Revolutionären“ gekämpft hätten.<sup>455</sup> Der sozialistisch-kommunistische „Wachstumsfetischismus“ müsse endlich über Bord geworfen werden, denn angesichts der Umweltkrise erscheine alles anders: „Was fortschrittlich ist kann reaktionär werden, was als reaktionär galt, kann fortschrittliche Seiten gewinnen.“<sup>456</sup> Mit diesen Umkrepelungen wurde das Innehalten zu einem ‚progressiven‘ Ziel, während das Wachstum als ‚reaktionär‘ galt. Damit war alles auf den Kopf gestellt: Die Linke durfte mit dem Sozialismus nicht mehr einen Weg verheissen, der über die Entfesselung der Industrialisierung in eine beglückende Wohlstandsgesellschaft führt. Im Gegenteil: Im Namen des Fortschritts sollte nun gegen den ‚Wachstumsfetischismus‘, die ‚Konsumverblödung‘, die ‚Massengüterproduktion‘, die ‚Produk-

---

<sup>452</sup> Vgl. Für eine demokratische Erneuerung der Schweiz (Entwurf), in: POCH-Zeitung, Nr. 15, April 1978, S. 3-10; Erich Deschwanden, Rezension: Wege aus der Wohlstandsfalle, in: positionen, Nr. 23, Juni 1979, S. 27-28; POCH-Zeitung, Nr. 28, Juni 1979, S. 8.

<sup>453</sup> Peter Mattmann, Ziel Wirtschaftswachstum? In: POCH-Zeitung, Nr. 43, November 1978, S. 5.

<sup>454</sup> Peter Mattmann, Ziel Wirtschaftswachstum? In: POCH-Zeitung, Nr. 43, November 1978, S. 5

<sup>455</sup> Christof Dressler, Oekologie – ein Weltproblem, in: POCH-Zeitung, Nr. 1, Januar 1979, S. 1

<sup>456</sup> Christof Dressler, Oekologie – ein Weltproblem, in: POCH-Zeitung, Nr. 1, Januar 1979, S. 1.

tionsschlacht' und gegen ein grenzenloses Wirtschaftswachstums angekämpft werden.<sup>457</sup> Im Zentrum einer solchen Sozialismusvorstellung stand die Aussöhnung mit der Natur über dem Ziel, gleichsam alle materiellen Bedürfnisse befriedigen zu können.

Die Wachstumskritiker der POCH haben sich von zwei ausländischen Vordenkern inspirieren lassen. Der eine war der oppositionelle DDR-Kommunist Wolfgang Harich, der zu Beginn der 1970er Jahre in den Bann der Umweltkrise geraten war.<sup>458</sup> Schockiert durch den Bericht des Club of Rome verschrieb sich der politische Dissident der Ökologie und wurde weithin als marxistisch argumentierender Wachstumsbegrenzer bekannt. 1975 forderte Harich die Linke auf, das herkömmliche Wunschbild einer kommunistischen Füllhorngesellschaft fallen zu lassen.<sup>459</sup> Er propagierte stattdessen eine „asketische Variante des Kommunismus“, um den ökologisch notwendigen „Konsumverzicht“ global durchzusetzen.<sup>460</sup> Harichs Empfehlungen gipfelten in einer kommunistischen Öko-Diktatur: „Umerziehung“, „rigorose Unterdrückungsmassnahmen“ oder „gesetzlich verfügte Massen-Entziehungskuren“ sollten, wenn nötig, den wachstumslosen Kommunismus sichern.<sup>461</sup> Bei vielen Linken stiessen solche Einfälle auf wenig Gegenliebe, und Harich wurde als „Zuteilungsbürokrat“, „Mangelverwalter“ oder „Ökostalinist“ verurteilt.<sup>462</sup> Die POCH aber suchten den Kontakt zu Harich: Im Juni 1979 schlug dieser der Partei vor, sich zum ökologischen Gewissen der Nation zu machen und der hiesigen Arbeiterklasse materielle Opfer zu predigen.<sup>463</sup> Ein „wachstumsloser, homöostatischer Kommunismus“ schien ihm auch in der Schweiz die einzige Alternative zur Öko-Katastrophe zu sein.<sup>464</sup> Wenige Monate später führten die POCH in Basel, Bern und Zürich Vortragsabende durch, an welchen Harich über die Bedeutung der Umweltbewegung referierte.<sup>465</sup> Um die Botschaft eines wachstumslosen Gesellschaftssystems zu verbreiten, bereiste Harich zwischen 1979 und 1981 noch weitere Länder Westeuropas.<sup>466</sup>

---

<sup>457</sup> Vgl. dazu Peter Mattmann, Rote oder grüne Fahnen, in: POCH-Zeitung, Nr. 18, Mai 1980, S. 4; Peter Mattmann, Thesen zum Verhältnis zwischen Ökologie- und Arbeiter-Bewegung, in: POCH-Zeitung, Nr. 21, Juni 1981, S. 6-7.

<sup>458</sup> Der reformwillige Harich hatte in der DDR bereits 1956 für Aufsehen erregt, als er nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes verhaftet und verurteilt wurde. Zu Harichs Biographie vgl. Siegfried Prokop, Wolfgang Harich – Leben und Werk, in: ders. (Hg.), Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich, Berlin 1996, S. 14-25; Hannes Hofbauer, Der ökologische Harich, in: Siegfried Prokop (Hg.), Ein Streiter für Deutschland, 1996, S. 42-52.

<sup>459</sup> Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Reinbek bei Hamburg 1975.

<sup>460</sup> Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum?, 1975, S. 117.

<sup>461</sup> Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum?, 1975, S. 179.

<sup>462</sup> Hannes Hofbauer, Der ökologische Harich, 1996, S. 49.

<sup>463</sup> Interview mit Wolfgang Harich, in: positionen, Nr. 23, Juni 1979, S. 3-7.

<sup>464</sup> Interview mit Wolfgang Harich, in: positionen, Nr. 23, Juni 1979, S. 3.

<sup>465</sup> Die Vorträge fanden im Oktober 1979 statt. Vgl. POCH-Zeitung, Nr. 34, September 1979, S. 4; POCH-Zeitung, Nr. 35, Oktober 1979, S. 1.

<sup>466</sup> Siegfried Prokop, Wolfgang Harich, 1996, S. 22.

Als zweite Inspirationsquelle wirkte der sozialistische Philosoph André Gorz, der ebenfalls von der Umweltkrise umgetrieben war.<sup>467</sup> Von Frankreich aus diskutierte der gebürtige Wiener die Ökologie- und Wachstumsfrage ungleich subtiler als der hemdsärmelige Harich. So galt er als „postindustrielle[r] Prophet“, der mit seinen ökosozialistischen Thesen besonders im deutschsprachigen Raum viele Wachstumskritiker inspirierte.<sup>468</sup> 1975 kam er zu dem Schluss, dass die kapitalistische Rationalität mit den ökologischen Erfordernissen unvereinbar sei.<sup>469</sup> Mit dem „Wachstumskapitalismus“ sagte Gorz zugleich den „Wachstumssozialismus“ tot.<sup>470</sup> „Wachstum an sich ist keine Lösung mehr“, hielt er fest und wollte die sozialistische Utopie von der Vorstellung entrümpeln, dass ein besseres Leben an Wachstum und Konsum gebunden sei.<sup>471</sup> Die alte Kopplung von ‚mehr‘ und ‚besser‘ sollte angesichts der Umweltkrise der Ansicht weichen, dass „weniger zu arbeiten und zu produzieren und dabei besser zu leben“ sei.<sup>472</sup> Mit diesem Motto sollte der „Mythos der ewigen Wohlstandsblüte“ überwunden werden.<sup>473</sup> 1979 mutete den POCH die Gorz'sche Wachstumskritik noch „alternativlerisch“ an.<sup>474</sup> Doch in den 1980er Jahren entwickelte die Partei ähnliche Anschauungen und begann, sich von der wachstumsgetriebenen Moderne zu verabschieden.

Durch die Ende der 1970er Jahre von den Wachstumsskeptikern initiierte Ökologiedebatte begann sich das Selbstverständnis der POCH radikal zu wandeln.<sup>475</sup> Zusammen mit der Umweltfrage gerieten nun all jene Bewegungen in den Partiefokus, die unter dem Begriff der Neuen sozialen Bewegungen zusammengefasst werden konnten. Die Ansicht indessen, dass die Arbeiterklasse zum Motor der gesellschaftlichen Erneuerung werden könne, wurde zunehmend bezweifelt.<sup>476</sup> Deshalb strichen die POCH 1983 ihr marxistisch-leninistisches Bekenntnis aus den Statuten und definierten sich als Teil der Neuen sozialen Bewegungen. Zu diesem Zeitpunkt war klar geworden, dass das qualitative Wachstum innerhalb der POCH

---

<sup>467</sup> Galt Gorz zunächst als geistiger Anreger der Studentenrevolte, entwickelte er sich in den 1970er Jahren zu einem führenden Vertreter der politischen Ökologie. Für Gorz' Biographie vgl. Claus Leggewie, Das Leben des André Gorz zwischen Österreich, Frankreich und Deutschland, in: Claus Leggewie, Hans Leo Krämer, (Hgg.), Wege ins Reich der Freiheit. André Gorz zum 65. Geburtstag, Berlin 1989, S. 12-35.

<sup>468</sup> Claus Leggewie, Das Leben des André Gorz, 1989, S. 31.

<sup>469</sup> André Gorz, Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek bei Hamburg 1977. (franz. Original: Ecologie et Politique, Paris 1975).

<sup>470</sup> André Gorz, Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise II, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 8 (franz. Original: Ecologie et Liberté, Paris 1977).

<sup>471</sup> André Gorz, Ökologie und Politik, 1977, S. 27.

<sup>472</sup> André Gorz, Ökologie und Politik, 1977, S. 17 (Hervorhebung im Original).

<sup>473</sup> André Gorz, Ökologie und Politik, 1977, S. 19.

<sup>474</sup> Walter E. Gammethaler, Umwelt oder Systemkrise, in: positionen, Nr. 23, Juni 1979, S. 10-12.

<sup>475</sup> Grundlegend zum wechselnden Selbstverständnis der POCH in den 1970er und 1980er Jahren vgl. Roger Blum, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH), 1986; Flurin Clalüna, Von der Generallinie zum Grünen Bogen, 2000; Oliver Wyss, „Das schönste Rot ist grün“, 2004.

<sup>476</sup> „Die Arbeiterbewegung wird kaum zum neuen Motor der Erneuerung, zur totalisierenden Kraft, um die sich alle anderen Bewegungen zu gruppieren haben“, stellte Daniel Vischer 1981 fest. Und: „Die Arbeiterbewegung ist zur Fiktion geworden.“ Daniel Vischer, Gedanken zu Fragen, die unsere Politik in der Schweiz betreffen, in: positionen 36/37, November 1981, S. 27-30, hier S. 29.

nicht zur Konsensformel reifen konnte.<sup>477</sup> Vielmehr gelangte man zunehmend zu der Auffassung, dass zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Wohlergehen der Menschen kein direkter Zusammenhang bestehe, weshalb generell mit der Wachstumspolitik zu brechen sei. Die Industrialisierung hatte sich in den Augen vieler als Prozess entpuppt, welcher mehr Probleme schuf als löste. „Der Glaube, die wachsende industrielle und technologische Potenz schaffe erst die Grundlagen zur Bewältigung der existentiellen Probleme der Menschheit hat sich als Mythos erwiesen“, hielt Peter Mattmann 1983 fest.<sup>478</sup> Der „moderne ‚Fortschritt‘“ sei deshalb „unfähig, die existentiellen Weltprobleme zu meistern“.<sup>479</sup>

Der POCH'sche Wachstumsverdruss kam am besten in einer Idee zum Ausdruck, die ab Mai 1983 entwickelt wurde. Damals schlug Mattmann dem Parteikongress vor, mit einer Strassenbauvorlage gegen den ‚Wachstumsfanatismus‘ vorzugehen.<sup>480</sup> Ab dem Jahresende wurde tatsächlich eine eidgenössische Volksinitiative ausgearbeitet, die den Strassenbau regelrecht einfrieren sollte.<sup>481</sup> Neue Strassen hätten nur noch gebaut werden dürfen, wenn gleichzeitig andere Teile des Strassennetzes entfernt worden wären. Dass die verhängnisvolle Wachstumsspirale ausgerechnet im Strassenbau gestoppt werden sollte, war kein Zufall, denn im Privatverkehr sah man das Diktat der industriellen Produktivität in exemplarischer Weise repräsentiert. So galt den POCH „der Moloch Privatauto“ als „ungeheuerlichstes Kind“ der „Wachstumsfanatiker“, und das ungeliebte Vehikel wurde als „letzte Zuflucht des modernen Hochhaus-Fernseh-Massenkonsum-Menschen“ erachtet.<sup>482</sup> Die Initiative der POCH aber sollte die „betonierten Irrtümer“ um den Wachstumsglauben aufbrechen.<sup>483</sup> Der Slogan „Mehr Grün statt Blech“ richtete sich deshalb gegen das Wachstum, die Verschwendung und die ungezügelte Mobilität. So sollten mit den Betonpisten auch die entsprechenden Denkgebäude eingerissen werden. Gerade der Baustoff Beton war aus ökologischer Sicht zunehmend in Verruf geraten.<sup>484</sup> Er galt weithin als Gegenbegriff zu Natur und Natürlichkeit, das ökologische Gleichgewicht empfindlich störend. Beton wurde zum Inbegriff einer lebens- und um-

---

<sup>477</sup> In den Jahren 1983 und 1984 haben die POCH viele Diskussionen geführt, ob Ökonomie und Ökologie unter einen Hut zu bringen seien. Vgl. exemplarisch positionen, Nr. 47, September 1983; positionen, Nr. 50/51, März 1984; positionen Nr. 53/54, September 1984. Die gleiche Frage wurde im Juli 1984 auch anlässlich einer Diskussionswoche debattiert. Vgl. POCH-Zeitung, Nr. 15, April 1984, S. 4.

<sup>478</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 23.

<sup>479</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 23.

<sup>480</sup> POCH-Zeitung, Nr. 19, Mai 1983, S. 1.

<sup>481</sup> Kompromisslos wurde gefordert, dass das schweizerische Strassennetz den am 30. April 1986 festgestellten Umfang nicht überschreiten dürfe. Zum Wortlaut der Initiative vgl. POCH-Jahrbuch 1985, Zürich 1985, S. 6-7 oder POCH-Zeitung, Nr. 34, September 1984, S. 5.

<sup>482</sup> POCH-Zeitung, Nr. 18, Mai 1984, S. 2; Ruedi Zeltner, Nationalstrassenbau: Betonierte Irrtümer, in: positionen, Nr. 47, September 1983, S. 8-11 und S. 14-15, hier S. 8.

<sup>483</sup> Ruedi Zeltner, Nationalstrassenbau: Betonierte Irrtümer, in: positionen, Nr. 47, September 1983, S. 8-11 und S. 14-15, hier S. 15.

<sup>484</sup> Ursula Brechbühl, Lucienne Rey, Natur als kulturelle Leistung, 1998, S. 112-117.

weltfeindlichen Moderne, die glatt, steril und kalt daherkam.<sup>485</sup> Trotz ihrer anschaulichen Argumentation war der ‚Antiwachstums-Initiative‘ kein Erfolg beschieden. Am 1.4.1990 wurde die Initiative von über 70 % der Stimmenden abgelehnt.

Zusammengefasst waren die POCH seit Ende der 1970er Jahre immer mehr vom Selbstverständnis einer kommunistischen Partei abgerückt, um sich 1983 als organisierendes Element der alternativen Kräfte zu verstehen. So hatte sich die marxistisch-leninistische Organisation zu einer ökologisch ausgerichteten Alternativpartei entwickelt. Dabei gründete das Streben nach radikalen Veränderungen immer weniger auf marxistischen denn auf ökologischen Überzeugungen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde ein eigentlicher Bruch vollzogen: Ursprünglich waren die POCH angetreten, um die geschichtliche Entwicklung im Sinne des sozialistischen Fortschritts voranzutreiben. Ab dem Ende der 1970er Jahre aber galt die technoökonomische Entwicklung immer weniger als die Triebfeder einer sozialistischen Zukunft. Die Grundlagen der Moderne wurden im Gegenteil einer fundamentalen Kritik unterzogen. Die POCH liessen die marxistische Lehre, die Arbeiterklasse, den Verteilungs- und Klassenkampf mitsamt der technoindustriellen Dynamik hinter sich, um nach einem Ausweg aus der existenzbedrohenden Wachstumswirtschaft zu suchen. Noch immer agierten die POCH als radikale Fundamentalopposition: Doch ihr Organisationspotenzial hatten sie von der Arbeiter- in die links-grüne Umweltbewegung überführt.

Da die POCH aus dem Projekt der Moderne aussteigen wollten, wurde das alte Orientierungssystem ausser Kraft gesetzt. Tatsächlich hatten für viele ‚Pöchler‘ die industrielle Wachstumssteigerung und die technologische Innovation als Massstäbe des Fortschritts ausgedient. Man wollte deshalb nicht ein „Zurück in die Steinzeit“.<sup>486</sup> Doch die Stützen der traditionellen Industriezivilisation hatten aus der Sicht der POCH ihre Tragkraft verloren. Was als gut oder schlecht bzw. als progressiv oder reaktionär zu gelten hatte, sollte deshalb anhand neuer Kriterien entschieden werden.

Allerdings war es einfacher, das Bestehende zu verwerfen, als Neues zu entwickeln. Immerhin wurden Mitte der 1980er Jahre Alternativen ausgetestet. Um von einer wachstumsträchtigen Wirtschaftspolitik abzukommen, sollten die POCH 1985 ein „antiindustrielles Programm“ entwickeln.<sup>487</sup> Darauf wurde Ende Juli im Rahmen einer Diskussionswoche das „Konzept Wirtschaftsschrumpfung“ debattiert.<sup>488</sup> Gefordert wurde darin die „industrielle Ab-

---

<sup>485</sup> Die POCH setzten den Begriff deshalb häufig ein: Die bürgerlichen Parteien wurden als ‚Betonparteien‘ bezeichnet oder man warb mit Slogans wie ‚Grün statt Beton‘, ‚Sozial statt Beton‘ oder ‚Kindertagesstätten statt Beton‘.

<sup>486</sup> Peter Mattmann, in: positionen, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 27.

<sup>487</sup> So der Aufruf von Peter Mattmann, in: POCH-Zeitung, Nr. 19, Mai 1985, S. 3.

<sup>488</sup> POCH-Zeitung, Nr. 27, Juli 1985, S. 1.

rüstung“.<sup>489</sup> Mit dieser pazifistisch aufgeladenen Parole postulierte man den Abbau jener Industriezweige, welche ökologisch betrachtet nicht mehr tragbar wären.<sup>490</sup> Eine gehaltvollere Alternative zum Akkumulationsmodell begannen zur gleichen Zeit jene zu entwickeln, welche die Idee eines garantierten Mindesteinkommens aufgriffen. Bereits in den 1970er Jahren hatte diese alte Utopie durch die ökologische Bewegung neuen Auftrieb erhalten. André Gorz etwa sah im bedingungslosen Grundeinkommen ein Mittel, um über die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen den Menschen von den umweltfeindlichen Zwängen der Industriegesellschaft zu befreien.<sup>491</sup> Nicht zuletzt durch Gorz inspiriert, wurde dieses Konzept in den 1980er Jahren von den deutschen Grünen rezipiert, worauf 1985 auch die POCH auf die Grundeinkommensidee aufmerksam wurden.<sup>492</sup> Die POCH sahen darin einen Hebel, um die ‚Zwangsehe‘ von Produktion und Sozialpolitik zu entkoppeln. So sollten mit der Armut und der Arbeitslosigkeit einerseits soziale Missstände, mit der Umweltzerstörung andererseits ökologische Übel bekämpft werden können. Manche sahen deshalb in der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen einen Weg, um die Gegensätze von Ökonomie und Ökologie versöhnen zu können. So wollte man mit der Grundeinkommensidee dem „Quantitäts- und Geldfetischismus der Wirtschaftsgesellschaft“ den Kampf ansagen und das Versprechen der sozialen Gerechtigkeit ohne Wirtschaftswachstum einlösen.<sup>493</sup> Andere hingegen warnten davor, in diesem sozialpolitischen Finanzmodell jenen „Zauberstab“ zu sehen, mit dem „grüne Zauberlehrlinge die ‚hässliche Industrieraupe‘ in einen ‚ökologischen Schmetterling‘ verwandeln können“.<sup>494</sup>

Auch in der Grundeinkommensdebatte zeigte sich nun, dass die POCH nicht mehr Antworten auf alle Ungewissheiten parat hatten. Im Gegenteil: Nun taten sich viele Fragezeichen, Risse und gegensätzliche Meinungen auf. Während die einen die ‚industrielle Abrüstung‘ oder die Verwerfung der Moderne forderten, plädierten andere für mehr Realitätssinn. Wegen dieser Bedenken und Unsicherheiten konnte auch die Grundeinkommensdebatte weder innerhalb noch ausserhalb der POCH richtig Fahrt aufnehmen.<sup>495</sup>

---

<sup>489</sup> Thomas Heilmann, Überlegungen zur Wirtschaftsschrumpfung, in: positionen, Nr. 59, September 1985, S. 8-14, hier S. 8.

<sup>490</sup> Der Initiant behauptete, dass beim Abbau der Rüstungs-, Atom- oder Autoindustrie das „Huhn, das die goldenen Eier legt, nicht geschlachtet“ werde. Doch dazu brauche es eine Alternativgesellschaft, in welcher die wirtschaftliche Expansion nicht mit ‚Wohlstand‘ und ‚Wohlfahrt‘ gleichgesetzt werde. Thomas Heilmann, Überlegungen zur Wirtschaftsschrumpfung, in: positionen, Nr. 59, September 1985, S. 8-14, Zitate S. 8 und S. 14.

<sup>491</sup> Claus Leggewie, Das Leben des André Gorz, 1989, S. 12 und S. 30.

<sup>492</sup> POCH-Zeitung, Nr. 20, Mai 1985, S. 5; POCH-Zeitung, Nr. 35, September 1985, S. 5; POCH-Zeitung, Nr. 39, Oktober 1985, S. 5.

<sup>493</sup> Entwurf zu einem POCH-Manifest 1987, in: POCH-Zeitung, Nr. 14, April 1987, S. 5-8, hier S. 6.

<sup>494</sup> Alex Schwank, Garantiertes Mindesteinkommen, in: POCH-Zeitung, Nr. 20, Mai 1985, S. 5.

<sup>495</sup> Im August 1987 musste mit Blick auf das garantierte Mindesteinkommen festgestellt werden: „Die Sache scheint abgeschlossen zu sein, bevor es richtig losgegangen ist.“ Thomas Heilmann, Garantiertes Mindesteinkommen, in: POCH-Zeitung, Nr. 30, August 1987, S. 5.

Es blieb dabei: Die POCH konnten feststellen, dass das Projekt der Moderne vom rechten Weg abgekommen sei, weil der „Industrialismus“ zu „Monstrositäten“ geführt habe.<sup>496</sup> In der industriellen Entfaltung sah man deshalb nicht mehr einen Gradmesser für den gesellschaftlichen Fortschritt, sondern ein Zeichen des ökologischen Niedergangs. Die Forderung nach Wende, Ausstieg, Umkehr oder Überwindung wurde so zum Kernanliegen der Partei. Damit hatten die herkömmlichen Fortschrittsparadigmen für die POCH zwar ihre Gültigkeit verloren, doch mit dieser Verwerfung waren noch keine Alternativen skizziert. Wie die bessere Zukunft jenseits der „Atom-, Auto- und Wachstumsgesellschaft“ aussehen könnte, blieb verschwommen.<sup>497</sup> Wohin der Ausstieg führen sollte, blieb also unklar, und das historisch Gewachsene konnte nicht einfach über Bord geworfen werden. Mit dem Abschied von der ‚alten‘ Wachstumsgesellschaft war das Neue noch längst nicht zu Ende gedacht.

#### **4.5.3 Die SPS: Die Entdeckung der ökologischen Heilungskräfte des Marktes**

In den 1970er Jahren hatten viele Sozialdemokraten mit den POCH die Diagnose geteilt, dass die ökologische Umweltkrise auf die kapitalistische Ökonomie zurückzuführen sei. Im Verlauf der 1980er Jahre durchliefen die POCH einen radikalen Wandel, indem sie das traditionelle Fortschrittsmodell mitsamt seinen Wachstumszielen verwarfen. Auch die SPS änderte ihre Position fundamental – allerdings in entgegengesetzter Richtung.

Um die destruktive Entfaltung der Produktivkräfte einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen, hatte die SPS Ende der 1970er Jahre die Idee der Selbstverwaltung aufgegriffen. Wie alle ökosozialistischen Ansätze basierte auch dieses Projekt auf der Überzeugung, dass der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie in der ‚freien‘ Marktwirtschaft unüberbrückbar sei. Überproduktion, Wachstumszwang, Vergeudung, Ausplünderung, Verschmutzung und Zerstörung schienen so einzig durch die Aushebelung kapitalistischer Gesetzmässigkeiten überwindbar zu sein. Diese Prämisse stellte die SPS nach 1982 auf den Kopf. Mehr und mehr setzte sich die Ansicht durch, dass der Schutz der Umwelt nicht *gegen*, sondern *mit* dem Markt durchzusetzen sei. Dem ökosozialistischen Konzept wurde eines entgegengesetzt, welches die ökologische Umorientierung mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreichen sollte. Das verhängnisvolle Wirtschaftswachstum sollte also mit dem Markt selbst domestiziert und gelenkt werden. Somit mussten die kapitalistischen Spielregeln nicht mehr ausser Kraft gesetzt, sondern vielmehr ökologisch reformiert werden. Für das Ziel einer ökologi-

---

<sup>496</sup> Entwurf zu einem POCH-Manifest 1987, in: POCH-Zeitung, Nr. 14, April 1987, S. 5-8, hier S. 8.

<sup>497</sup> So mussten es die POCH 1987 bei der Einladung belassen, zusammen nach einem Ausweg aus der Moderne zu suchen: „Was wir vorzuschlagen haben, ist die Suche nach einem neuen Konsens, vom halbierten Entwicklungsweg abzugehen, eine neue Richtung einzuschlagen.“ Entwurf zu einem POCH-Manifest 1987, S. 8 (alle Zitate).



schen Erneuerung des Wirtschaftssystems sollte der Umweltschutz quasi in den Marktmechanismus hineingenommen werden.

Das Konzept einer ökologischen Marktwirtschaft war allerdings nicht von der Sozialdemokratie entwickelt worden. Es waren vielmehr Ökonomen, die den Markt als umweltpolitisches Steuerungsmittel erkannten und dessen Kräfte für eine ökologische Umstrukturierung mobilisieren wollten. Der Ursprung der modernen Umweltökonomie lag in den USA.<sup>498</sup> Dort diskutierten Ökonomen schon in den 1950er Jahren über jene Kosten, welche die technoökonomische Entwicklung zwar verursacht, welche aber ausserhalb des Marktprozesses liegen. Zu Beginn der 1970er Jahre liessen sich dann auch Schweizer Wirtschaftswissenschaftler vom Umweltschock beeinflussen.<sup>499</sup> Manche begannen die Gegebenheiten des Wirtschaftssystems zu überprüfen und fragten sich, wer die Kosten der Umweltbelastungen zu tragen habe. Im Bemühen, die externen Kosten in den Markt zu internalisieren, trugen diese Ökonomen dazu bei, die Konturen einer marktwirtschaftlich orientierten Umweltschutzpolitik zu entwerfen.<sup>500</sup>

Mit diesem Ansatz wurde die Umweltzerstörung als Marktversagen gedeutet. Weil die Umweltgüter gratis oder zu billig seien, würden sie im Kalkül von Produzenten und Konsumenten unberücksichtigt bleiben. Aus einem umweltökonomischen Blickwinkel aber sollten Luft, Wasser oder natürliche Rohstoffe in den Marktpreis miteingebunden werden. Dazu wurden marktorientierte Umweltschutzinstrumente wie Umweltabgaben oder Emissionszertifikate entwickelt.<sup>501</sup> Mithilfe dieser ökonomischen Lenkungsmittel sollte die Umwelt in die Marktwirtschaft ‚hereingeholt‘ werden. Einmal integriert, wäre eine ökologische Vernunft über Preissignale herbeizuführen. So wurde dem Markt bei der ‚Ökologisierung der Wirtschaft‘ eine Hauptrolle zugewiesen, sollte doch dessen unsichtbare Hand einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie herstellen.

Die Idee, dass die ökologischen Konstruktionsfehler des Kapitalismus mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung zu beheben seien, griff die SPS bereits 1982 auf. Im damaligen Parteiprogramm forderte man „neue *Lenkungsinstrumente*, die der wirtschaftlichen Ent-

---

<sup>498</sup> Zur Genese des Faches ‚Umweltökonomie‘ vgl. Bertram Schefold, Umweltökonomie. Die Entstehung einer Fachdisziplin vor dem Hintergrund von Weltuntergangängsten, Kapitalismuskritik und Methodenkontroversen zur neoklassischen Theorie, in: Karl Acham et al. (Hgg.), Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaft, Stuttgart 2006, S. 252-255, S. 296-299 und S. 504-538.

<sup>499</sup> So wurden an der Hochschule St. Gallen 1971 und 1972 die bereits erwähnten Symposien zum Themenbereich Umweltschutz und Wirtschaftswachstum durchgeführt: Vgl. Martin P. von Walterskirchen, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, 1972; Martin P. von Walterskirchen et al. (Hgg.), Umweltpolitik in Europa, 1973.

<sup>500</sup> Der schweizer Ökonom Bruno S. Frey beispielsweise veröffentlichte schon 1972 ein erfolgreiches Lehrbuch. Vgl. Bruno S. Frey, Umweltökonomie, Göttingen 1972.

<sup>501</sup> Bei Umweltabgaben wird die Freisetzung von Schadstoffen mit Steuern belastet, wobei die Erträge an die Bevölkerung zurückfliessen können (z. B. durch Direktzahlungen oder eine Senkung der Sozialabgaben). Mit dem Kauf von Emissionszertifikaten wird das Recht erworben, ein bestimmtes Mass an Emissionen freizusetzen. Einen guten Überblick über die ökonomischen Strategien zur Bewältigung des Umweltproblems bieten René Frey et al., Energie, Umweltschäden und Umweltschutz in der Schweiz, Chur 1991, S. 33 ff.

wicklung Ziel geben und Grenzen setzen“.<sup>502</sup> Mit der Selbstverwaltung sollte das wirtschaftliche Geschehen einerseits auf der Unternehmensstufe neu ausgerichtet werden. Die Umweltabgaben andererseits sollten ökologische Vorgaben in Preissignale übersetzen, um der ökonomischen Entwicklung auf einer übergeordneten Ebene die erwünschte Richtung zu weisen. Je mehr sich aber im Verlauf der 1980er Jahre das ökosozialistische Selbstverwaltungskonzept als illusionär erwies, umso mehr rückte eine marktwirtschaftlich orientierte Umweltschutzpolitik in den Vordergrund, um die ökologische Wachstumsfrage schliesslich weniger durch ein alternatives Wirtschaftssystem als vielmehr durch die ökologische Umpolung des Kapitalismus einer Lösung zuzuführen.

Die Weichen dazu wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gestellt. 1986 forderte ein sozialdemokratisches Autorenkollektiv – ihm galt die „Ökologisierung der Wirtschaft“ als „eine der grossen Schlüsselfragen der Zukunft“ – ein neues Verständnis von Ökologie und Ökonomie.<sup>503</sup> Der im Parteiprogramm von 1982 verabsolutierte Gegensatz von Markt und Umweltschutz sollte aufgehoben werden, weil „ein ökologisch richtig gesteuerter Markt“ zu einer „umweltgerechten Produktion und Konsumation“ führen könne.<sup>504</sup> So wurde der Marktmechanismus, verbunden mit einer entsprechenden Preis- und Fiskalpolitik, als umweltpolitisches Steuerungsmittel propagiert. Noch im selben Jahr forderte Otto Stich „soviel Markt wie möglich“, um den Umweltschutz zu bewerkstelligen.<sup>505</sup> Diese Devise sah der sozialdemokratische Bundesrat in den Lenkungssteuern erfüllt, würde man damit doch versuchen, die „Kosten des Umweltschutzes in den Marktmechanismus einzubauen“.<sup>506</sup> In der Folge waren es besonders Ökonomen wie Rudolf Strahm oder Rudolf Rechsteiner, welche die Idee einer ökologischen Marktwirtschaft innerhalb und ausserhalb der SPS zu popularisieren versuchten. Strahm forderte 1986 einen „sozialdemokratischen ‚Ökoplan‘“, wobei marktwirtschaftliche Umweltschutzinstrumente eine bedeutsame Rolle spielen sollten.<sup>507</sup> In den Jahren 1988 und 1989 prüfte Rechsteiner für die SPS und den SGB die Idee, per Volksinitiative eine „Umweltumlage“ einzufordern.<sup>508</sup> Weil sich aber umwelt- wie sozialpolitische Organisationen gegen dieses Vorhaben sträubten, wurde es bald beiseite gelegt. Rechsteiner indessen liess nicht locker und veröffentlichte mit „Umweltschutz per Portemonnaie“ ein Buch, um für die

---

<sup>502</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 41 (kursiv im Original).

<sup>503</sup> Perspektiven der Sozialdemokratie. Ein Diskussionsbeitrag (Juni 1986), in: Hans Werder et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988, S. 163-181, hier S. 173.

<sup>504</sup> Perspektiven der Sozialdemokratie (Juni 1986), 1988, S. 173.

<sup>505</sup> Vortrag von Otto Stich, in: Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. Juni 1986 in Lausanne (maschinengeschrieben), S. 7, SOZARCH Ar 1.116.28.

<sup>506</sup> Vortrag von Otto Stich, in: Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. Juni 1986 in Lausanne (maschinengeschrieben), S. 7, SOZARCH Ar 1.116.28.

<sup>507</sup> Vgl. Rudolf H. Strahm, Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug, Zürich 1986, 170-172, Zitat S. 129.

<sup>508</sup> Siehe die Beiträge von Rudolf Rechsteiner, in: Profil/Rote Revue, Nr. 7/8, 1988; Nr. 1, 1989; Nr. 7/8, 1989.

ökologische Marktwirtschaft zu werben.<sup>509</sup> Innerhalb der SPS fielen derartige Anstösse auf fruchtbaren Boden: Als 1988 sozialdemokratische Perspektiven für das 21. Jahrhundert entworfen wurden, postulierten manche Visionäre die ökologische Reformierung des Kapitalismus.<sup>510</sup> Zu diesem Zeitpunkt verlangte auch die Zürcher Kantonalsektion, dass „der Markt in den Dienst des Umweltschutzes zu stellen“ sei.<sup>511</sup> Und drei Jahre später bekannte sich die SPS klar zu einem „ökologischen Umbau der Wirtschaft“ und forderte verschiedene Umweltabgaben ein.<sup>512</sup>

Mit dem marktwirtschaftlichen Ansatz hielt ein neues Vokabular in die SPS Einzug. Nun erschien die Natur als Vertragspartnerin, es ging um die Internalisierung externer Effekte, um das Verursacherprinzip oder um das Festlegen ‚ökologischer Preise‘. Diesem Wortschatz lag ein spezifisches Denken zugrunde, welches sich von den ökosozialistischen Annahmen grundsätzlich unterschied. Nun sollte der Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie nicht mehr gegen den Kapitalismus, sondern vielmehr durch den Marktprozess herbeigeführt werden. Dem neuen Konzept lag die Diagnose zugrunde, dass der Markt auf sensible Umweltgüter keine Rücksicht nehmen könne. Deshalb sollten Kosten, die bis anhin der Allgemeinheit, der Natur oder den künftigen Generationen aufgebürdet worden waren, durch das Setzen politischer Preise in das Marktgeschehen internalisiert werden. So sollte die ökologisch gesteuerte Marktwirtschaft in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden. Diese Lösung ging von der Rationalität eines Marktes aus, in welchem Produzenten und Konsumenten Entscheidungen im Stile eines Homo oeconomicus treffen. Der Mensch galt als kalkulierendes Individuum, das sich durch Rentabilitätsanreize ökologisch steuern lasse. Umweltverträgliches Verhalten sollte deshalb belohnt, Umweltschädigung finanziell bestraft werden. ‚Ökologische Preise‘ sollten also auf rationale Weise das umweltschützerische Eigeninteresse des Menschen wecken.

Die theoretischen Vorteile der marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente hatten die Umweltökonominnen rasch errechnet und belegt. Gegenüber Verboten oder Geboten galten sie als ökonomisch und ökologisch effizienter. Dank ihnen sollte der Umweltschutz keine defensive Politik mehr verfolgen, die den Entwicklungen hinterherhinkt, sondern vielmehr das Innovationspotenzial der Marktwirtschaft zur Entwicklung eines umweltgerechten Produktionsmodells freigesetzt werden. So konnte die empfohlene Umweltschutzpolitik mit ökonomisch-

---

<sup>509</sup> Rudolf Rechsteiner, *Umweltschutz per Portemonnaie*, Zürich 1990.

<sup>510</sup> Peter Hablützel, *Politische Steuerung durch den Staat*, in: Hans Werder et al. (Hgg.), *Sozialdemokratie 2088*, 1988, S. 131-134; Ruedi Meier, *Ökologisierung der Wirtschaft*, in: Hans Werder et al. (Hgg.), *Sozialdemokratie 2088*, 1988, S. 135-145.

<sup>511</sup> SP des Kantons Zürich, *Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich* (Hgg.), *Arbeit und Umwelt. Ein Konzept für eine ökologische Wirtschaftspolitik*, Zürich 1988, S. 29-31, hier S. 29.

<sup>512</sup> „Umweltschutz per Portemonnaie – das wirkt auf des Schweizers empfindlichste Stellen.“ SPS (Hg.), *Wirtschaft und Umwelt. Sozialdemokratische Vorschläge für einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft*. Schriftenreihe ‚Fakten und Argumente‘, Nr. 3, Juli 1991, hier S. 9.

mathematischen Überlegungen untermauert werden. Diese rationale Beweisführung erklärt die Attraktivität des umweltökonomischen Konzeptes. Mit den entsprechenden Vorschlägen mussten die Umweltschützer nicht mehr als naturverbundene Träumer, ewiggestrige Maschinenstürmer oder klassenkämpferische Systemüberwinder erscheinen. Weil das Vorhaben von umweltökonomischen Experten entwickelt worden war, kam es im Gegenteil in einem wirtschaftswissenschaftlichen Gewand daher.

Ein weiterer Vorteil dieses Ansatzes war, dass er ganz auf dem Boden der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stand. Die ‚Ökologisierung der Wirtschaft‘ konnte so als sozialdemokratisches Reformprojekt präsentiert werden, das in Analogie zur ‚sozialen Marktwirtschaft‘ stand.<sup>513</sup> Nach den sozialen Unzulänglichkeiten sollten nun also auch die ökologischen Mängel des Kapitalismus abgefedert werden, ohne die marktwirtschaftlichen Spielregeln ausser Kraft zu setzen. Mit dieser Argumentation wurde es zur neuen Aufgabe der SPS, das bestehende System ökologisch umzugestalten.

Dass sich die Umweltfrage ausgerechnet *mit* dem Markt lösen lasse, bestätigte die Auffassung, dass der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie zu überbrücken sei. Das Konzept einer marktwirtschaftlichen Umweltschutzpolitik verhiess nämlich den Ausbau des Wohlstands einerseits und die Erhaltung der Umwelt andererseits. Die Propagierung ökonomischer Lenkungsinstrumente trug deshalb dazu bei, dass ab Mitte der 1980er Jahre einem Grundparadigma des ökologischen Diskurses der Boden entzogen wurde.<sup>514</sup> Die Auffassung, dass der Schutz der Umwelt zwingend gegen die ökonomische Entfaltung gerichtet sei, verlor an Plausibilität. Eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik musste den technoökonomischen Fortschritt im Gegenteil beflügeln – im Interesse der Umwelt. So sollten die Umweltfolgen der Industrialisierung mit den Waffen der Moderne bekämpft werden. Es war die Aufgabe der marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente, ein „gewaltiges kreatives Potential“ (Rudolf Rechsteiner) zu mobilisieren, das den technologischen Wandel beschleunigt.<sup>515</sup> Die Preissignale sollten umweltverträgliche Zukunftstechnologien rascher und effizienter nutzbar machen: „Ein Exportpotential für die Zukunft“, wie die SPS 1991 meinte.<sup>516</sup> Damit konnten für den ökologischen Umbau – neben dem technologischen Innovationsschub – auch ökonomische Argumente geltend gemacht werden. Umweltschonende Technologien und Produktionsverfahren galten als „Markt der Zukunft“, weshalb die propagierten Umweltschutzinstru-

---

<sup>513</sup> Vgl. dazu Rudolf Rechsteiner, Umweltschutz, 1990, S. 188.

<sup>514</sup> Zusätzlich begann die Wirtschaft ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein ökologisches Image als begehrtes Qualitätsmerkmal zu erachten und verkündete die Harmonie zwischen Profit und Ökologie. Auch Umweltschutzorganisationen wie der WWF versuchten zu jenem Zeitpunkt, das vermeintliche Gegensatzpaar Ökologie – Ökonomie zu versöhnen. Vgl. dazu Manuel Eisner, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, 2003, S. 78-79; Katrin Büchel, Umweltschutz, 1988, S. 59.

<sup>515</sup> Rudolf Rechsteiner, Umweltschutz, 1990, S. 103.

Die SPS wörtlich: „Der technische Wandel liesse sich mit marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten beschleunigen.“ SPS (Hg.), Wirtschaft und Umwelt, 1991, S. 14.

mente eine „neue wirtschaftliche Dynamik“ entfachen konnten.<sup>517</sup> Ausgerechnet der Umweltschutz wurde so zum Garanten jenes zukunftssträchtigen Wirtschaftswachstums erkoren, das die Wettbewerbsfähigkeit stärken, Exportchancen eröffnen und Arbeitsplätze schaffen sollte.<sup>518</sup> Im Zeichen des Umweltschutzes sollte der wirtschaftliche Expansionsprozess nicht mehr gebändigt oder gebremst, sondern das Wachstum über den Umweltschutz gewährleistet und beschleunigt werden.

Gleichwohl hatte die ökologische Modernisierung einen entscheidenden Nachteil: Die entsprechenden Instrumente waren unpopulär und politisch nur schwer durchsetzbar.<sup>519</sup> Die mangelnde Akzeptanz blieb denn auch das Hauptproblem dieses Ansatzes. Dass sich indes ausgerechnet die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaft diesen Instrumenten gegenüber reserviert zeigten, war gleich doppelt paradox. Erstens wurden die ökologischen Heilungskräfte des Marktes nun von einer Partei beschworen, die im Programm von 1982 angesichts der Umweltkrise noch die Überwindung des Kapitalismus angestrebt hatte. Und zweitens stiessen die ökonomischen Umweltschutzinstrumente gerade bei jenen auf Vorbehalte, die fest auf dem Boden der Marktwirtschaft standen. Alle theoretischen Vorteile einer marktwirtschaftlichen Umweltschutzpolitik nützten aber nichts, solange diese nicht in der Praxis bewiesen werden konnten.

---

<sup>516</sup> SPS (Hg.), *Wirtschaft und Umwelt*, 1991, S. 14.

<sup>517</sup> SP des Kantons Zürich, Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (Hgg.), *Arbeit und Umwelt*, 1988, S. 33, S. 30.

<sup>518</sup> „Je ökologischer die Wirtschaft, desto wettbewerbsfähiger wird sie auf den Weltmärkten. Wer fähig ist, im Zukunftsmarkt Umweltschutz früh teilzunehmen, wird viel gewinnen. [...] Der ökologische Umbau der Wirtschaft hilft nicht nur der Umwelt, sondern auch der Wirtschaft. Umweltschutz schafft Exportchancen und Arbeitsplätze.“ SPS (Hg.), *Wirtschaft und Umwelt*, 1991, S. 20.

<sup>519</sup> Der „bevorstehende Paradigmenwechsel“, wie er vom Bundesamt für Konjunkturfragen noch 1993 verkündet worden war, blieb aus. Vorschläge, marktwirtschaftliche Instrumente für eine effiziente Umweltschutzpolitik einzusetzen, konnten nur selten in die Praxis umgesetzt werden. Die bedeutsamste Ausnahme ist die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Thomas von Stokar et al., *Marktwirtschaftliche Instrumente für einen ökologischen Strukturwandel. Übersicht über die Entwicklungstrends*, 1993, S. 3 (Herausgegeben vom Bundesamt für Kommunikation).

## 5 Der Atomenergiediskurs

### 5.1 Im Banne des Atomzeitalters

#### 5.1.1 Der Anbruch der atomaren Ära nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Atomkraft offenbarte der Weltöffentlichkeit zunächst ihr entsetzlichstes Potenzial. Am frühen Morgen des 6. August 1945 legte eine Atombombe – diese wurde auch Little Boy genannt – die Stadt Hiroshima in Schutt und Asche. Die Hitze liess im Zentrum alles verbrennen oder verdampfen, die Druckwelle fegte das Restliche nieder und was blieb, wurde mit radioaktivem Fallout belegt. Drei Tage später wurde mit Nagasaki eine weitere japanische Metropole verwüstet.

Obschon das Schreckbild einer atomverbombten Welt apokalyptische Endzeitgedanken hervorrief, wurde die Nutzbarmachung der Atomenergie auch als Beginn eines hoffnungsvollen Kapitels der Menschheitsgeschichte gedeutet.<sup>520</sup> Ausgehend von den USA verbreitete sich das Schlagwort des Atomzeitalters über die ganze Welt, verbunden mit der Aussicht, dass die friedliche Nutzung der Atomkraft eine Epochenwende herbeiführen würde.<sup>521</sup> In der Schweiz war es kein Geringerer als Paul Scherrer, der wenige Monate nach den Atombombenabwürfen den Mythos des Atomzeitalters begründete. Der berühmteste Atomforscher des Landes kündete in einem viel beachteten Zeitungsartikel an: „Ein alter Traum der Menschheit ist in Erfüllung gegangen, als es der Physik gelang, Atome ineinander umzuwandeln und zugleich unzählige neue, bisher unbekannte Atomarten künstlich zu erzeugen. [...] Jetzt ist es [...] infolge der raschen Fortschritte [...] gelungen, diese Energie im Grossen technisch zugänglich zu machen, und es scheint, als ob ein neues Zeitalter der Energiegewinnung anbrechen wolle, das ‚Zeitalter der subatomaren Energie‘.“<sup>522</sup>

Tatsächlich hatte sich in den Schweizer Medien ab dem August 1945 eine angeregte Debatte über die neue Energieform entfaltet.<sup>523</sup> Den Kontrapunkt zur militärischen Verwendung bildeten dabei jene Utopien, welche an die zivile Nutzung des Atoms geknüpft werden konnten.

---

<sup>520</sup> Zum Leitbild des Atomzeitalters nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Ladislav Mysyrowicz, *Aux origines de la problématique nucléaire*, 1987; Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor. Schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969*, Zürich 2003, S. 25-34; Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel: Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie*, Opladen 1994, S. 40-43; Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 78-100.

<sup>521</sup> Vgl. Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft*, 1983, S. 93.

<sup>522</sup> Paul Scherrer, in: *NZZ*, 28.11.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 183-187, hier S. 183.

<sup>523</sup> Siehe dazu die zahlreichen Zeitungsartikel in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987. Vgl. auch Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 25-29.

So kamen praktisch alle Zeitungsberichte zu dem Schluss, dass sich mit der neuen Technologie ein schier unbegrenztes Anwendungsfeld eröffne, von der Energieerzeugung und Atommotoren bis hin zur landwirtschaftlichen, biologischen oder medizinischen Nutzung.<sup>524</sup>

Der Mythos eines atomaren Zeitalters konnte nur deshalb so rasch diffundieren, weil das Phänomen der Radioaktivität seit seiner Entdeckung eine starke Faszination ausgeübt hatte. Die Stunde Null des Atomenergiediskurses bildete dabei das Jahr 1896, als Henri Becquerel jene geheimnisvolle Strahlung entdeckte, die vom Uran ausging. Zunächst malten besonders Wissenschaftler und Science-Fiction-Autoren die heraufziehende Epoche aus, noch bevor in technologischer die ersten Durchbrüche erreicht worden wären.<sup>525</sup> Als dann am Ende des Zweiten Weltkrieges tatsächlich eine Zeitenwende ausgerufen werden konnte, nahm das Leitbild des Atomzeitalters mit einem Mal feste Konturen an.

Die internationale Atombegeisterung erhielt Ende 1953 einen weiteren Schub, als Dwight D. Eisenhower in seiner „Atoms for Peace“-Rede bekannt gab, dass die USA ihr kerntechnologisches Wissen allen Ländern zur Verfügung stellen würden.<sup>526</sup> In der Schweiz war die Euphorie umso grösser, als die 1. internationale Atomkonferenz im August 1955 in Genf stattfand.<sup>527</sup> Zehn Jahre nach Hiroshima und Nagasaki fanden sich dort 1'400 Experten aus 73 Ländern zusammen, um die ‚Atome für den Frieden‘ nutzbar zu machen. Viele Beobachter kamen zu jenem Schluss, den Bundespräsident Max Petitpierre schon in seiner Eröffnungsrede zu der Konferenz vorweggenommen hatte: dass die Menschheit mit dem Atomzeitalter in eine verheissungsvolle Epoche eingetreten sei.

Auch manche Schweizer Unternehmen wurden nun von der Atomeuphorie ergriffen und befassten sich intensiver mit den Perspektiven einer industriellen Verwertung der Atomtechnologie. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre initiierten gleich drei Industriegruppen Projekte

---

<sup>524</sup> Eine Woche nach Hiroshima wurde in der NZZ die zeitgenössische Stimmung folgendermassen beschrieben: „Die Menschheit sieht im Geiste schon Motoren von der Grösse etwa einer Damenhandtasche, die gigantische Schiffe über den Ozean treiben, Flugzeuge von Kontinent zu Kontinent schießen oder ungeheure elektrische Kraftwerke in Bewegung halten.“ NZZ, 13.8.1945, zitiert nach Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, 62-64, hier S. 62.

<sup>525</sup> Zur Entstehung und Popularisierung des Atomenergiediskurses zwischen 1896 und dem Zweiten Weltkrieg vgl. Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 24-40.

<sup>526</sup> Ladislav Mysyrowicz, *Aux origines de la problématique nucléaire*, 1987, S. 71-84; Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 58-63.

<sup>527</sup> Jean-Michel Pictet, *Die Genfer Konferenz 1955*, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969*, Oberbötzberg 1992, 47-57; Ladislav Mysyrowicz, *Aux origines de la problématique nucléaire*, 1987, S. 84-90; Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 58-63.

700 Journalisten aus der ganzen Welt verbreiteten die Ansicht, dass mit den entsprechenden Technologien die irdische Existenz revolutioniert werden könne. Zur Berichterstattung der Schweizer Medien vgl. die Quellen Nr. 14-19, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 3, 1987, S. 57-81.

zur Entwicklung von Versuchsatomkraftwerken.<sup>528</sup> Die Subventionierung unterschiedlicher Versuchskonzepte wollte der Bund indessen nicht leisten, weshalb sich die drei Projektanten Ende 1960 in der Nationalen Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnologie (NGA) zusammenschlossen. So machte sich die Dachgesellschaft im waadtländischen Lucens daran, den Traum eines Reaktors ‚Made in Switzerland‘ in Form eines unterirdisch angelegten Versuchsatomkraftwerks umzusetzen.<sup>529</sup>

Dem gewaltigen Potenzial des Atoms wollte sich auch die europäische Linke nicht verschliessen. Im Gegenteil: Von Anfang an hat diese ungeheure Energiequelle die Zukunftserwartungen sozialistischer Visionäre beeinflusst. Im Jahr 1914 griff beispielsweise Herbert Wells, der auch im deutschsprachigen Raum für seine Science-Fiction-Geschichten bekannte englische Sozialist, die Utopie einer von allen Sorgen entledigten Menschheit auf.<sup>530</sup> In einem Roman prophezeite Wells, dass es den Physikern in den 1950er Jahren gelingen würde, die neuen „Truhen voll geballter Energie“ mit Atomflugzeugen, Atomautos und allerlei Atommaschinen nutzbar zu machen.<sup>531</sup> Ebenfalls sagte Wells voraus, dass die angekündigte ‚befreite Welt‘ erst durch den läuternden Umweg eines Atomkrieges erreicht werden könne. Als sich dann im August 1945 tatsächlich eine neue Epoche anzukündigen schien, erinnerten sich Schweizer Medien an die Voraussagen des englischen Autors.<sup>532</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Mythos des Atomzeitalters weltweit die sozialistischen Vorstellungen geprägt. Linke Politiker, Autoren oder Theoretiker wurden vom nuklearen Enthusiasmus erfasst und teilten die Idee einer neuen, goldenen Epoche. Mit der Auffassung, dass die neue Energiequelle in den Dienst des Sozialismus gestellt werden könnte, haben intellektuelle Vordenker in Deutschland, Frankreich oder Belgien sogar besonders fantastische Zukunftsbilder entworfen.<sup>533</sup> Als 1955 beispielsweise der zweite Band von Ernst Blochs ‚Prinzip Hoffnung‘ erschien, schwärmte der marxistische Philosoph von den „subatomaren

---

<sup>528</sup> Ein Konsortium um die Firma Sulzer entwickelte zusammen mit Hochschulinstituten einen Entwurf, um die ETH Zürich über ein atomares Heizkraftwerk mit Wärme zu versorgen. 1957 begann die Energie Nucléaire S. A. (ENUSA) – ein Westschweizer Zusammenschluss – auf der Grundlage von amerikanischen Plänen einen eigenen Reaktortyp zu entwickeln. Und im selben Jahr gründeten die grössten schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften die Suisatom, um zu Versuchszwecken ein amerikanisches Kernkraftwerk aufzubauen. Vgl. Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 81-115.

<sup>529</sup> Zum Projekt eines Schweizerischen Reaktors vgl. Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 81-256; Otto Lüscher, *Die Schweizer Reaktorlinie*, in: SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik*, 1992, S. 115-131; Paul Ribaux, *Das Versuchsatomkraftwerk Lucens*, in: SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik*, 1992, S. 133-149.

<sup>530</sup> Herbert Georg Wells, *Befreite Welt*, Wien 1985 Original: *The World Set Free*, London 1914). Vgl. auch Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 28-32.

<sup>531</sup> Herbert Georg Wells, *Befreite Welt*, 1985, S. 29.

<sup>532</sup> Vgl. *Weltwoche*, 10.8.1945, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 35-37; *Curieux*, 16.8.1945, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 87-91; *Journal militaire Suisse*, Dezember 1945, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 199-206.

<sup>533</sup> Vgl. dazu auch Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft*, 1983, S. 81 und S. 94.



Impulsen“.<sup>534</sup> Dem Deutschen war, „als ob Fabriken unmittelbar über den Energieorgien der Sonne oder des Sirius stünden“.<sup>535</sup> Dank der Atomkraft stünde „Energie, die sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden musste“, nunmehr „in schmalen Büchsen“ zur Verwendung bereit.<sup>536</sup> Nicht minder schwärmerisch fielen im Jahr darauf die Atomfantasien des französischen Sozialisten Angelos Angelopoulos aus.<sup>537</sup> In seinem Buch, das sogleich auch auf Deutsch erschien, versprach die „Zähmung der Atomenergie“ nicht nur eine wissenschaftlich-technologische, sondern ebenfalls eine wirtschaftliche, soziale und politische Revolution.<sup>538</sup> Ähnlich wurde die Atomenergie in Belgien durch den trotzkistischen Vordenker Ernest Mandel interpretiert. 1962 erkannte dieser in der atomaren Nutzbarmachung eine „dritte industrielle Revolution“, welche in einer sozialistischen Gesellschaft im „Überflüssen“ enden könnte.<sup>539</sup>

Bei allen drei Autoren basierte die Erwartung einer Zäsur auf den phantastischen Mutmassungen über die neue Technologie. So schrieb Bloch in seinem philosophischen Hauptwerk, die Atomenergie schaffe „aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“<sup>540</sup> Auch andere Linke träumten von der atomaren Fruchtbarmachung: „Die Pole werden bewohnbar werden und die Wüsten in Blüte stehen“, sagte etwa Angelopoulos voraus.<sup>541</sup> Während derart überzogene Vorstellungen auch abseits der Linken ersonnen wurden, waren andere Visionen exklusiv sozialistisch. So war Mandel davon überzeugt, dass die Atomenergie den Rahmen des Privateigentums sprengen müsse, weil sie der Lenkung einer sozialistischen Gesellschaft bedürfe. Ohne gesellschaftliche Kontrolle dagegen riskiere man die „Zerstörung der Freiheit, der Zivilisation und der Menschheit“.<sup>542</sup> Auch Bloch erkannte in der atomaren Nutzung ein sozialistisches Projekt, könne das Potenzial dieser progressiven Technologie doch nicht „auf dem Boden der bürgerlichen Beziehung“ entfaltet werden.<sup>543</sup> Angelopoulos hingegen sah in der Nutzbarmachung der Atomenergie eher ein soziopoliti-

---

<sup>534</sup> Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Band 2, Berlin 1955, S. 234

<sup>535</sup> Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, 1955, S. 234.

<sup>536</sup> Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, 1955, S. 235.

<sup>537</sup> Angelos Angelopoulos, *Atomenergie und die Welt von morgen*, Göttingen 1956 (Original: *L'atom unira-t-il le monde?*, Paris 1956).

<sup>538</sup> Angelos Angelopoulos, *Atomenergie*, 1956, S. 9.

<sup>539</sup> Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1968, S. 640 und S. 643 (franz. Original: *Traité d'économie marxiste*, Paris 1962).

<sup>540</sup> Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, 1955, S. 235.

<sup>541</sup> Angelos Angelopoulos, *Atomenergie*, 1956, S. 63.

<sup>542</sup> Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, 1968, S. 643.

<sup>543</sup> Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, 1955, S. 236.

ches Versöhnungsprojekt, das „zur Einheit der Welt“ verbinden sollte.<sup>544</sup> Im Atomzeitalter ereigne sich die „Sozialisierung‘ des Kapitalismus“ einerseits und die „Demokratisierung‘ des Kommunismus“ andererseits, so dass zwischen Ost und West eine „Begegnung auf halbem Wege“ stattfinden müsse.<sup>545</sup>

Was die europäischen Linksintellektuellen formulierten, hat auch in der Schweiz das Denken der traditionellen Linken geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen SPS und PdAS die Rede vom Atomzeitalter auf, wobei mit dem Anbruch der atomaren Epoche eine andere, „bessere“ Welt erwartet wurde. Diese vergangenen Zukunftsperspektiven müssen nachgezeichnet werden, bevor die Verwerfungen der 1970er und 1980er Jahre erarbeitet werden können. Deshalb wird im Folgenden dargestellt, wie die schweizerischen Linksparteien in den Bann des Atomzeitalters gerieten.

### 5.1.2 PdAS: Das Atomzeitalter als „Zeitalter des Kommunismus“

Es waren US-amerikanische Atombomben, die im August 1945 die Kernphysik schlagartig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit rückten. Obschon ausgerechnet der kapitalistische Klassenfeind die Atomenergie entladen hatte, erlag auch das kommunistische Lager nur wenig später dem Bann des Atomzeitalters.<sup>546</sup> Ganz im Zeichen der Atomenergie sah etwa die „Voix ouvrière“ eine neue Zeit am Horizont aufziehen: „Un nouvel âge s’annonce; nous entrons dans l’âge de l’atome.“<sup>547</sup>

Die atomare Nutzbarmachung interpretierte man als Anfang einer neuen Periode, die als eine der bedeutungsvollsten in die Menschheitsgeschichte eingehen sollte. Als epochale Errungenschaft war die Bedeutung der neuen Technologie jedoch nur schwer zu fassen, weshalb deren Wert mit geschichtlichen Vergleichen ermessen werden musste. Dabei galt die „Nutzbarmachung der Atomkraft“ als „grösste Revolution unserer Zeit“.<sup>548</sup> Als solche schien sie den Kommunisten der Zähmung des Feuers ebenbürtig zu sein.<sup>549</sup> Hatte dessen Eroberung einst Werkzeuge aus Bronze, Kupfer oder Eisen ermöglicht, sollte auch das

---

<sup>544</sup> Angelos Angelopoulos, Atomenergie, 1956, S. 141 ff. Zitate S. 204.

<sup>545</sup> Angelos Angelopoulos, Atomenergie, 1956, S. 159.

<sup>546</sup> Im Vergleich zu den USA wurden die Atomzeitalter-Visionen in der UdSSR mit Verspätung entworfen. Dafür haben die Kommunisten den Mythos einer neuen Epoche länger aufrechterhalten. Vgl. Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, 1983, S. 93.

<sup>547</sup> Voix ouvrière, 24.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 121.

<sup>548</sup> Vorwärts, 19.1.1949, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 3, 1987, S. 12-14, hier S. 13.

<sup>549</sup> „La seconde guerre mondiale se termine par une révolution atomique: C’est un instant qui pèsera sur l’histoire des hommes que la découverte du feu. [...] La rupture du noyau d’uranium pourra donner naissance demain au motor atomique. Nous verrons un nouveau bouleversement dans l’économie des transports et l’on ne rira plus de

Atomzeitalter zu Errungenschaften führen, die das Vorangehende bei weitem übertreffen würden. Die Atomspaltung – so wurde deshalb spekuliert – könnte in ihrer Wirkung Erfindungen wie die Dampfmaschine oder die Elektrifizierung sogar noch überbieten. So hatten auch die Kommunisten das Gefühl, Zeugen einer historischen Zeitenwende zu sein.

Die Idee einer „révolution atomique“ konnte sich nach dem August 1945 also mit Leichtigkeit in den Köpfen der umbruchwilligen Kommunisten festsetzen.<sup>550</sup> Aus einer militärischen Perspektive sah man zwar die Gefahr, dass die ‚Dollarimperialisten‘ mit ihren Atombomben die ganze Welt bedrohen, erschrecken und fügsam machen könnten. Und in ziviler Hinsicht ängstigte man sich davor, dass die USA dank der Atomenergie ein industriell-technologisches Übergewicht schaffen würden.<sup>551</sup> Je mehr sich aber das Ende des amerikanischen Atommonopols abzuzeichnen begann, desto mehr konnte die PdAS dieser neuen Energiequelle abgewinnen. Als dann die UdSSR am 29.8.1949 ihren ersten Atomtest durchführte, hat die PdAS die populären Visionen des Atomzeitalters sogar noch überboten. Durch den Fortschritt der sowjetischen Atomtechnologie wurde die Partei von einer weiteren Begeisterungswelle erfasst und begann definitiv, den Traum von einer besseren Welt in die nukleare Energieform einzubetten. Da sich nun das Geheimnis der Atomspaltung auch dem Sozialismus erschlossen hatte, konnte die PdAS sogar der atomaren Waffe positive Seiten abgewinnen, denn in den Händen der Kommunisten sollte diese ihre Wirkung „zu friedlichen Zwecken“ entfalten.<sup>552</sup> So wurde anstelle des Menschen die Natur zum atomaren Angriffsobjekt auserkoren – im Zeichen des sozialistischen Fortschritts wohlverstanden.

Tatsächlich sollte die Sowjetunion dank der Atomkraft nachhaltig umgestaltet werden. Einerseits wollte die PdAS Berge sprengen, Flüsse umleiten, Wüsten bewässern und Sumpflandschaften trocken legen. Andererseits sollten mit der Atomsprengekraft künstliche Landschaften kreiert werden, um Landwirtschaft zu betreiben, Industriezonen zu schaffen oder Erholungsflächen zu gestalten. Mit Hilfe der Atombomben schien die Umgestaltung der Erdoberfläche nach Belieben möglich zu sein. „Das Land des Sozialismus bändigt Flüsse und Klima“, frohlockte deshalb der Vorwärts im Januar 1950, denn in der Sowjetunion würden „solche gewaltigen Pläne zur Umgestaltung der Natur nicht nur ins Auge gefasst, sondern auch durchge-

---

mon transatlantique se chauffant avec un caillou de la grosseur d'un pois.“ Voix ouvrière, 24.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 121.

<sup>550</sup> Voix ouvrière, 24.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 121

<sup>551</sup> Zu diesen Befürchtungen vgl. Vorwärts, 3.1.1949; Vorwärts, 24.1.1949.

<sup>552</sup> Vorwärts, 9.11.1949, S. 2.

führt“.<sup>553</sup> So sollte in diesem Staat – „zum Wohl all seiner Menschen“ – eine „Grossoffensive gegen Wüsten und sengende Winde, eine Grossoffensive des Friedens“ beginnen. „Ja, im Land des Sozialismus werden die Flüsse gezwungen, ihren Lauf zu ändern“, wurde weiter versichert, „der Mensch baut ihnen neue Mündungen, gibt ihrem Flussbett neue Richtungen vor.“ Wenige Monate zuvor hatte die gleiche Parteizeitung ihren Lesern versprochen, dass sich die Wüsten Mittelasiens per „Atomexplosionen in der Sowjetunion“ in „einen luxuriösen Garten verwandeln, wo die verschiedensten tropischen Pflanzen, Baumwolle, Kautschuk sowie alle anderen Gemüsearten wachsen werden“.<sup>554</sup> Bis Mitte der 1950er Jahre hielt der Vorwärts daran fest, dass die „toten Ländereien“ mit den Atomsprengköpfen „märchenhaft fruchtbar“ gemacht werden können, dass die kargen Wüsten erblühen und obstbehangenen Grünplantagen weichen.<sup>555</sup> Die nuklearen Sprengsätze sollten zur grossräumigen Landschaftsgärtnerei eingesetzt werden, wobei das Problem der radioaktiven Verseuchung kurzerhand übergangen wurde. So wurden die wahnwitzigen Projekte als propagandistische Mittel eingesetzt, um den Parteifreunden die Wunder des sozialistischen Gesellschaftssystems vor Augen zu führen.

Im Juni 1954 hatte die sowjetische Atomforschung weitere Fortschritte gemacht, indem es ihr gelungen war, die Elektrizität eines Atomreaktors in das Hochspannungsnetz einzuspeisen.<sup>556</sup> Damit war die Sowjetunion das erste Land der Welt, welches die atomare Energie industriell zu nutzen vermochte. Die grundsätzliche Sympathie, welche die PdAS seit dem Zweiten Weltkrieg für diese viel versprechende Energiequelle hegte, steigerte sich nun zu der Vision vom kommunistischen Atomzeitalter. Dass sich die Energienöte bald im atomaren Überfluss auflösen könnten, eröffnete der PdAS fantastische Perspektiven. Zum einen sollte „rund ums Eismeer [...] blühendes Leben (entstehen)“, indem ein Damm die Beringstrasse verschliessen und mächtige Atompumpwerke einen „künstlichen Golfstrom“ erzeugen sollten.<sup>557</sup> Zum anderen sollten „Wüsten in Gärten verwandelt werden“, denn durch die „unerschöpflichen Energiequellen“ würden sich Bewässerungsprojekte überall realisieren lassen.<sup>558</sup>

Mit der Erschliessung arktischer Gebiete oder der Bewirtschaftung unwirtlicher Gegenden wurden atemberaubende Projekte an die atomare Energiegewinnung geknüpft. Doch die

---

<sup>553</sup> Und: „Gegen das grösste Hindernis, das sich dem Schmelzwasser aus den sibirischen Bergen [...] in den Weg stellt [...] wurde die neue sowjetische Atomwaffe geworfen, so dass es im Weissen Haus in Washington wiederholte.“ Vorwärts, 7.1.1950, S. 3.

<sup>554</sup> Vorwärts, 9.11.1949, S. 2.

<sup>555</sup> Vorwärts, 9.11.1955, S. 2.

<sup>556</sup> Jean-Claude Favez, Ladislav Myszyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 1, 1987, S. 29.

<sup>557</sup> Vorwärts, 31.12.1955.

<sup>558</sup> Vorwärts, 8.3.1955, S. 4.

PdAS versprach sich von der Atomspaltung mehr als nur billigen Strom auf immer und ewig. Weit über die Energieversorgung hinaus schien das Atom nun zu ermöglichen, was bis dahin dem Reich der Fantasie angehört hatte. Durch seine Anwendung sollten „umwälzende Erfolge auf den Gebieten der Botanik, Medizin, Bewässerungstechnik, Krafterzeugung usw.“ erzielt werden können.<sup>559</sup> Man glaubte also über ein Instrument zu verfügen, das schier unvorstellbare Wunder zu vollbringen vermochte. So schaute die PdAS Mitte der 1950er Jahre in eine Zukunft, die gewaltige Umwälzungen versprach. Die Atomtechnologie schien dafür den geeigneten Rahmen zu bieten, weshalb das Atom zum Sinnbild einer neuen Ära geworden war.

Teil des breiten Spektrums viel versprechender Neuerungen war seit dem August 1945 die Entwicklung so genannter Atommotoren.<sup>560</sup> Seither meinten die Kommunisten, den Atlantik alsbald mit Hilfe einer Energiequelle überqueren zu können, die nicht mehr Platz als eine Erbse beanspruchen sollte. So wurde die Revolutionierung des Verkehrswesens erwartet, sollte doch der Traum grenzenloser Mobilität Wirklichkeit werden. Paul Scherrer sah sich im November 1945 dazu veranlasst, gegen „das Märchen von der Uranpastille“ vorzugehen, denn die Physik sehe „keine Möglichkeit für eine Kleinmaschine dieser Art“, und das Atomauto sei „in das Reich der Fabel zu weisen“.<sup>561</sup> Obwohl feststand, dass sich atomgetriebene Vehikel so schnell nicht würden realisieren lassen, hielt die PdAS die Visionen nuklearer Mobilität aufrecht. „Jules Vernes Utopien werden Wirklichkeit – durch die Atomenergie“, titelte der Vorwärts etwa im März 1955.<sup>562</sup> So sollten Kleinreaktoren Automobile in Gang halten, Lokomotiven bewegen, Schiffe über die Meere treiben oder Flugzeuge durch die Luft gleiten lassen. So phantastisch diese atomgetriebene Vehikel auch anmuteten, die PdAS malte solche Pläne aus, als ob sie kurz vor der Realisierung stünden. Ungeachtet aller physikalischen Grenzen verkündete etwa der Vorwärts, dass „das Atomauto kommt!“, und druckte noch 1958 das Schema eines „Atomflugzeuges“ ab.<sup>563</sup> Die „Atommotoren“ versprachen also weit mehr als nur die Eroberung der Strassen. Die Weltmeere, die Atmosphäre und sogar der Weltraum sollten dem Menschen ebenfalls zugänglich werden. So glaubte die PdAS, dass im

---

<sup>559</sup> Vorwärts, 19.3.1955, S. 4.

<sup>560</sup> So war nach den Atombombenabwürfen in der Voix ouvrière zu lesen: „La rupture du noyau d'uranium pourra donner naissance demain au motor atomique. Nous verrons un nouveau bouleversement dans l'économie des transports et l'on rira plus de mon transatlantique se chauffant avec un caillou de la grosseur d'un pois.“ Voix ouvrière, 24.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 121.

<sup>561</sup> Paul Scherrer, in: NZZ, 28.11.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 183-187, hier S. 185.

<sup>562</sup> Vorwärts, 15.3.1955, S. 4.

<sup>563</sup> Vorwärts, 19.3.1955, S. 4; Vorwärts, 17.1.1958, S. 4.

---

Atomzeitalter Distanzen zusammenschumpften, Kontinente näher rückten und der Globus umrundbar würde.<sup>564</sup>

Wie das Verkehrswesen sollte auch die Produktionswirtschaft durch die nuklearen Umwälzungen radikal umgestaltet werden. Mit Hilfe der „mächtigen Ausstrahlungsquellen“ erhoffte sich der Vorwärts etwa die „Entstehung und Entwicklung neuer Industriezweige“.<sup>565</sup> Durch die industrielle Verwertung der Atomtechnologie sollten neue Metalle oder Kunststoffe gewonnen werden, was die Revolutionierung verschiedenster Branchen verhies. Diese wirtschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten versprachen genügend Reichtum, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können. Armut, Not oder Entbehrung waren somit überwindbar dank der Atomspaltung als Königsweg zur materiellen Prosperität.

Nichts verkörperte die Wunder der Atomtechnologie aber stärker als die Tatsache, dass chemische Stoffe nun ineinander umgewandelt werden konnten. Obwohl in den Laboratorien nur die Umsetzung kleinster Stoffmengen gelang, hatte Paul Scherrer schon 1945 verkündet, dass mit der Umwandlung von Atomen ein alter Menschheitstraum in Erfüllung gegangen sei. Die technologischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Transmutation blieben zwar gross, und die Goldsynthese etwa blieb wirtschaftlich bedeutungslos. Trotzdem war der PdAS diese geradezu magische Befähigung noch neun Jahre später präsent. Die „moderne Wissenschaft“ sollte demnach „jene Verwandlung von Elementen verwirklichen, von der die Alchemisten im Mittelalter träumten, und die noch vor kurzem als unmöglich galt“.<sup>566</sup> Stickstoff zu Sauerstoff, Quecksilber zu Gold – in den Kernumwandlungsprozessen sahen die Kommunisten den Beweis, dass sich der Mensch nun nach Belieben in das Getriebe der Natur einzuschalten vermochte.

Dass durch den Umbau der Atomkerne neue Stoffe fabriziert werden konnten, bestärkte innerhalb der PdAS die Idee, wonach sich der Mensch zum Herren über seine natürliche Umwelt aufschwingen könne. Die Kernphysiker hatten der Natur die grössten Geheimnisse entrisen, und jetzt sollten die Kommunisten dieses Wissen dazu benutzen, um die Welt nach den eigenen Plänen zu gestalten. So verkündete der Vorwärts mit der Atomtechnologie „das Zeitalter des grossen Sieges des Menschen über die Natur“.<sup>567</sup> Hinter dieser Ankündigung

---

Zu den Utopien um Atomflugzeuge, Atomunterseeboote, Atomraketen etc. vgl. auch Vorwärts, 17.7.1954, S. 1 und Vorwärts, 31.12.1955.

<sup>564</sup> „Mit Atomenergie betriebene Schiffe, Unterseeboote und Lokomotiven können lange Reisen ausführen [...]. Ein Flugzeug, das mit Atombrennstoff arbeitet, kann ohne Zwischenlandung den Erdball umfliegen.“ Vorwärts, 5.3.1955, S. 3.

<sup>565</sup> Vorwärts, 17.7.1954, S. 1.

<sup>566</sup> Vorwärts, 17.7.1954, S. 1.

<sup>567</sup> Vorwärts, 8.2.1955, S. 4.

steckte die offen formulierte Ansicht, dass die menschliche Existenz „durch den Kampf gegen die Natur gekennzeichnet“ sei.<sup>568</sup> In dieser Auseinandersetzung war die Atomspaltung der entscheidende Trumpf, denn sie sollte den Menschen in die Rolle des schöpfenden Lenkers versetzen, der über die Natur zu bestimmen vermochte. Im „friedlichen Atom“ sahen die Kommunisten deshalb jenen „Schlüssel zu Wohlstand und Glück“, der „uns auf eine neue hohe Stufe der Macht des Menschen über die Natur (trägt)“.<sup>569</sup> Der Mensch selbst hatte die „titanische Kraft der Atome“ freigesetzt – und wurde damit zum „Herr der Natur“.<sup>570</sup> Als solcher konnte der Homo sapiens die Erde seinem Willen unterwerfen und diese nach eigenem Gutdünken umgestalten. Dabei sollten jene Erdteile domestiziert werden, die nach menschlichem Ermessen als zu kalt, zu heiss, zu trocken oder zu feucht erschienen. Leben, Glück und Wohlstand sollten selbst an jene unwirtlichen Orte gebracht werden, auf die kaum je ein Mensch einen Fuss gesetzt hatte. Berge versetzen, Wüsten begrünen, Flüsse umleiten, das Klima bestimmen: Mit der Befähigung, die Natur zu beherrschen und zu unterjochen, schienen dem Menschen nunmehr keine Grenzen mehr gesetzt zu sein.

Aus ihrem ökonomisch-utilitaristischen Standpunkt sah die PdAS in der Atomenergie nicht nur ein Mittel zur Umgestaltung der Natur, sondern auch eine gesellschaftliche Antriebskraft. Als alles verwandelnde Macht musste die nukleare Technologie auch zur Umwälzung des sozialen Systems beitragen. Mit ihrer Hilfe sollte die Menschheit zum Sozialismus fortschreiten können. Diese Überzeugung schöpfte der Vorwärts 1949 aus der Tatsache, dass in der Vergangenheit technoökonomische Errungenschaften immer auch politisch-soziale Revolutionen eingeleitet hatten.<sup>571</sup> Die Dampfmaschine hatte einst das bürgerliche Zeitalter begründet, jetzt sollte der Übergang zur Atomtechnologie die sozialistische Wende schaffen. So sollten die ‚Profitkapitalisten‘ – wie einst die Sklavenhalter oder Feudalherren – durch den Gang der Geschichte verschwinden. Deshalb präsentierte sich die PdAS am 1. Mai 1955 als „Partei des Fortschritts“, welche sich aus guten Gründen der Atomtechnologie verschrieben habe: „Die Atomenergie ermöglicht ins Unermessliche die Nutzbarmachung der Natur und die Steigerung der Produktion all dessen, wessen der Mensch zum Leben bedarf. So schreitet die Menschheit immer vorwärts, von einer Stufe zu (sic!) andern, von einer gesellschaftlichen Ordnung zur andern.“<sup>572</sup> Im gleichen Jahr liess die PdAS an ihrem Parteitag verlauten, dass die Menschheit „mit der Nutzbarmachung der Atomenergie“ einen „entscheidenden

---

<sup>568</sup> Vorwärts, 7.1.1950, S. 3.

<sup>569</sup> Vorwärts, 6.8.1955.

<sup>570</sup> Vorwärts, 20.10.1956, S. 5.

<sup>571</sup> Vorwärts, 19.1.1949, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 3, 1987, S. 12-13.

<sup>572</sup> Edgar Woog, in: Vorwärts, 1.5.1955, S. 1.

Schritt vorwärts getan“ habe.<sup>573</sup> Nun sei „die materielle Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Produktion und die Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gegeben. Der Uebergang vom Kapitalismus ist für die ganze Welt möglich und notwendig geworden, und niemand und nichts wird imstande sein, den Gang der Entwicklung zu verhindern.“

Diese Hoffnungen wurden insofern gestützt, als „die grösste Idee der Menschheit, der Kommunismus, im Bunde mit der stärksten Naturkraft, der Atomkraft [...] unüberwindlich“ sei.<sup>574</sup> Deshalb stand nunmehr fest, dass der „Traum vom ‚amerikanischen Jahrhundert‘“ ausgeübt sei: „Das Atomzeitalter ist gleichzeitig das Zeitalter des Kommunismus“. Die Atomenergie sollte eine gesellschaftliche Kraft entfachen, die das alte Sozialsystem bzw. den Kapitalismus sprengen würde. Dieses Potenzial lag in der Atomkraft selbst, musste sie doch aufgrund ihrer „Eigengesetzlichkeit“ zur „Verwirklichung des Sozialismus“ führen.<sup>575</sup> Ende 1957 mündeten all die Utopien, welche die PdAS an der Atomkraft festmachen konnte, in die Gewissheit, dass die sozialistische Fortschrittsidee bewiesen sei: „Die Entdeckung und Nutzbarmachung der Atomenergie bewahrheitet die These, dass sich *die Geschichte der Menschheit in steter Vorwärtsentwicklung* befindet. Es gibt kein Zurück.“<sup>576</sup>

### 5.1.3 SPS: Die Nutzbarmachung der Atomenergie als „Lebensnotwendigkeit“

Die atomare Zäsur von 1945 konfrontierte die SPS schlagartig mit den Schrecknissen des Atomzeitalters, prägte fortan aber auch deren positive Zukunftserwartungen. So beflügelte die Atomenergie, der man einen herausragenden Einfluss auf die Menschheitsgeschichte zuschrieb, die sozialdemokratischen Fortschrittsutopien. Die Berner Tagwacht sah fünf Tage nach Hiroshima die Morgenröte eines neuen Zeitalters aufziehen, indem sie der militärischen Destruktion die Potenziale einer friedlichen Verwertung gegenüberstellte. Aus dieser Perspektive sagte die sozialdemokratische Zeitung voraus, dass mit der „Atom-Zertrümmerung“ die „grösste Revolution aller Zeiten“ bevorstehe.<sup>577</sup> In zivile Bahnen geleitet, stelle die Atomtechnologie „eine neue, höhere Stufe der Zivilisation“ in Aussicht, indem „riesige Werte“ überflüssig, die Arbeit und das Leben erleichtert würden. In den 1950er Jahren nahm das Ver-

---

<sup>573</sup> Vorwärts, 1.6.1955, S. 4.

<sup>574</sup> Vorwärts, 7.1.1950, S. 8.

<sup>575</sup> Vorwärts, 19.1.1949, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 3, 1987, S. 12-13, hier S. 13.

<sup>576</sup> Vorwärts, 11.12.1957 (kursiv im Original).

<sup>577</sup> Berner Tagwacht, 11.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 48-49, hier S. 48.



trauen in die Wirkungsmacht der Atomkraft nochmals zu, sollte ihr Potenzial doch alle bisherigen Massstäbe überschreiten können. So meinte eine Stimme 1955, es sei „nicht zuviel behauptet, wenn man verspricht, dass die Anwendung der Atomenergie das Gesicht unserer alten Welt total verändern wird“.<sup>578</sup> Und zwei Jahre später bezeichnete Willy Spühler – bald sollte er als Bundesrat das Energieressort leiten – die Atomtechnologie als „historische, als Geschichte machende Kraft“.<sup>579</sup> So schienen die Genossen eine eigentliche Zeitenwende zu erwarten.

Dieser Optimismus basierte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf den „phantastischen Fortschritte(n)“, welche die SPS vom „anbrechenden Zeitalter der Atomenergie“ erwarten durfte.<sup>580</sup> Die Rede von einer atomaren Ära signalisierte, dass sich mit der Atomspaltung ein neuer Kosmos ungeheurer Möglichkeiten auftun könnte. Als neue „umwälzende Produktivkraft“ schien die Atomtechnologie nämlich fähig, verschiedenste Bereiche zu einem Strukturzusammenhang zu vereinen.<sup>581</sup> So sollten von den Atomen diverse Impulse ausgehen, die den Lebensstandard heben und das gesellschaftliche Wohlergehen befördern. Grundlegende Umwälzungen wurden deshalb nicht nur im Energiebereich, sondern auch in der Wirtschaft, Chemie, Medizin, Biologie oder in der Landwirtschaft erwartet.<sup>582</sup> Dass dank der Atomreaktoren Materialien radioaktiv aufgeladen werden konnten, sollte „ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten“ eröffnen.<sup>583</sup> Mit Isotopen bestrahlte Pflanzen etwa sollten zu neuen Frucht- und Pflanzensorten führen, während radioaktive Heilpräparate den gefürchtetsten Volkskrankheiten entgegenwirken sollten. Und in industrieller Hinsicht versprachen die radioaktiven Stoffe den Ausbau der Automatisierung voranzutreiben. So wurde vom Atomzeitalter die Beseitigung unzähliger Probleme erwartet, wobei den Utopien keine Grenzen gesetzt waren.

---

<sup>578</sup> Martel Gerteis, Das Atomzeitalter hat begonnen, in: Rote Revue, Nr. 9/10, September/Oktober 1955, S. 228-237, hier S. 233.

<sup>579</sup> Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitagess vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 126, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>580</sup> Valentin Gitermann, Votum im Nationalrat vom 3.10.1947, wiedergegeben in: Rote Revue, Nr. 11, November 1947, S. 387-391, hier S. 388 und S. 390.

<sup>581</sup> Volksrecht, 19.12.1957.

<sup>582</sup> Willy Spühler etwa hat der SPS am Parteitag 1957 berichtet, dass „die Atomenergie bereits geschäftlich verwertbar ist und ganz neue industrielle Möglichkeiten eröffnet. Solche bestehen ausser derjenigen der Ersetzung der konventionellen Energiequellen durch die Atomenergie, unter anderem auf dem Gebiete der Metallurgie, der Chemie, der Medizin, der Landwirtschaft. Auch die schweizerische Industrie befasst sich sehr intensiv mit den Anwendungsmöglichkeiten der Atomenergie [...]“ Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitagess vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 128-129, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>583</sup> Martel Gerteis, Das Atomzeitalter hat begonnen, in: Rote Revue, Nr. 9/10, September/Oktober 1955, S. 228-237, hier S. 234.

Die Atomtechnologie wurde vor allem deshalb zum Inbegriff einer besseren Zukunft, weil sie eine neue Form der Stromerzeugung ermöglichen sollte. Die Energiefrage hatte seit jeher einen Schatten über die Moderne geworfen, doch jetzt sollten dank des radioaktiven Zerfalls alle Engpässe überwunden werden. Einerseits nahm nämlich der Energiehunger in der Schweiz unablässig zu. Für die SPS war die Zunahme des Strombedarfs ein unhinterfragter Sachzwang, denn all die neuen Fabriken, Maschinen, Kühlschränke oder Küchengeräte mussten zum Laufen gebracht werden. So sollten die Errungenschaften des Wohlstands energetisch abgesichert und ausgebaut werden. Andererseits war klar, dass der Ausbau der hydrologischen Energieproduktion früher oder später an Kapazitätsgrenzen stossen musste. Viele Flüsse waren bereits begradigt und gestaut, Bergbäche zubetoniert und selbst die entlegensten Bergtäler mit Staumauern versehen. Bewusst war den SPS-Exponenten ebenfalls, dass der unablässig steigende Energiebedarf nicht für alle Zeiten durch Kohle oder Rohöl befriedigt werden konnte. In diesem Dilemma erwies sich die Suche nach neuen Energiequellen „als unerlässliche Voraussetzung für den weiteren technischen und wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Fortschritt der Menschheit“.<sup>584</sup>

Fündig wurde die SPS in der Atomenergie, um sich des Energieproblems ein für allemal zu entledigen. Ein sozialdemokratischer Redaktor etwa meinte 1957, dass mit der Atomenergie „auf uneingeschränkte Zeiten Energiequellen zur Verfügung stehen werden, so stark sie auch ausgenützt werden mögen“.<sup>585</sup> Und das Volksrecht glaubte im gleichen Jahr, dass „eine der Lebensfragen unseres Landes, das Energieproblem“, gelöst werden könne.<sup>586</sup> Weil die Stromversorgung unbedingt gesichert werden musste, erschien die Nutzbarmachung der neuen Energiequelle nicht nur wünschenswert, sondern geradezu als „Existenzfrage“, wie Willy Spühler am damaligen Parteitag ausführte.<sup>587</sup> Dass mit der Revolutionierung der Elektrizitätsgewinnung bald unerschöpfliche Energiequellen zur Verfügung stehen könnten, hat innerhalb der SPS die Idee des ewigen Wachstums beflügelt. Der Entfaltung des Menschen sollten nun keine Grenzen mehr gesetzt sein.

Das goldene Zeitalter des Atoms sollte der Schweiz nicht nur energetische, sondern auch entsprechende ökonomische Möglichkeiten eröffnen. So erachtete es Willy Spühler 1957 als „Gemeinplatz“, dass mit „der Atomenergie eine neue Epoche der wirtschaftlichen Entwick-

---

<sup>584</sup> Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 127, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>585</sup> Martel Gerteis, Die Auswirkungen der Technik auf den Gesellschaftsaufbau, in: Rote Revue, Nr. 11, November 1957, S. 321-332, hier S. 327 (kursiv im Original).

<sup>586</sup> Volksrecht, 11.12.1957.

<sup>587</sup> Willy Spühler, in: Volksrecht, 21.11.1957. Vgl. auch Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 127-128, SOZARCH Ar 1.116.16.

lung angebrochen“ sei.<sup>588</sup> Aus einer ökonomischen Perspektive erschien die Atomenergie einerseits als Treibstoff, um den Wirtschaftsmotor höher und höher drehen zu lassen. Ohne die Atomenergie aber „würde unser Volks bald seinen Lebensstandard senken müssen“, hielt Fritz Giovanoli am Parteitag von 1957 unter allgemeiner Zustimmung fest.<sup>589</sup> So schien dem SPS-Nationalrat die Nutzbarmachung der neuen Energiequelle eine „Lebensnotwendigkeit“ zu sein. Andererseits sah man mit der Entwicklung der Atomtechnologie ein neues Wirtschaftsfeld aufgehen. Von einem „Atom-Boom“, der als „Riesengeschäft“ einzig mit dem „Erdöl-Boom“ zu vergleichen sei, war die Rede.<sup>590</sup> In dieser Goldgräberstimmung wurde der Anschluss ans Atomzeitalter zur Pflicht, denn für die Schweizer Industrie schien nichts weniger als die Existenz auf dem Spiel zu stehen. Deshalb unterstützte die SPS die Entwicklung einer schweizerischen Reaktorlinie. Diese Kraftanstrengung galt als unerlässlich, um die Zukunft des Landes zu sichern.<sup>591</sup> Übertroffen wurden die wirtschaftlichen Erwartungen noch von der SPD, deren Grundsatzprogramm von 1959 ganz im Zeichen des Atomzeitalters stand: „Das ist der Widerspruch unserer Zeit“, lauteten die ersten Zeilen zum Gegensatz zwischen militärischer und ziviler Nukleartechnologie, „dass der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet [...]. Aber das ist auch die H o f f n u n g dieser Zeit, dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann [...]“.<sup>592</sup>

Im Atomzeitalter gelangten viele Genossen zur Überzeugung, dass die machtvolle Technologie auch gesellschaftliche Umwandlungsprozesse auslösen müsse. Zunächst schien das atomare Zerstörungspotenzial klar gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem zu sprechen und eine sozialistische Planung notwendiger denn je zu machen.<sup>593</sup> Je mehr dann die zivilen Aspekte in den Vordergrund traten, desto mehr wurde die industrielle Verwertung der

---

<sup>588</sup> Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitagess vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 128, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>589</sup> Fritz Giovanoli, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitagess vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 135 (beide Zitate), SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>590</sup> Martel Gerteis, Das Atomzeitalter hat begonnen, in: Rote Revue, Nr. 9/10, September/Oktober 1955, S. 228-237, hier S. 233.

<sup>591</sup> Dass dieses Projekt in den 1960er Jahren durch viele Rückschläge gekennzeichnet war, erschien dem SPS-Präsidenten 1967 als „verhängnisvoll“, denn die Schweiz drohte den Anschluss an eine unabdingbare Schlüsseltechnologie zu verlieren. Fritz Grütter, in: Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitagess vom 21. Mai 1967 in Zürich, 1967, S. 59-81, hier S. 75, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>592</sup> Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Köln 1959.

Zur Atomeuphorie der westdeutschen Sozialdemokratie vgl. auch Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, 1983, S. 94-96.

<sup>593</sup> Die nukleare Weltuntergangsgefahr werde „die Ueberführung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische Planwirtschaft beschleunigen; die Furcht zwingt die Menschen zur Vernunft“, meinte etwa die Berner Tagwacht im August 1945. Berner Tagwacht, 11.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 2, 1987, S. 48-49.

Atomenergie als sozialistisches Zukunftsprojekt interpretiert. Die anbrechende Epoche versprach die menschliche Gesellschaft schneller zu verändern als jede zuvor, sollten die neuen Energiequellen doch Armut und Rückständigkeit überwinden können. Darüber hinaus galt die Atomenergie als gesellschaftlicher Aufstiegsmotor, dank der die unteren Gesellschaftsschichten einen Klassenwechsel nach oben vollziehen könnten. Im Sog der neuen Technologie sollten einfache ‚Büezer‘ zu kompetenten „Atomtechnikern“ aufsteigen, zu Ingenieuren und Physikern oder zu Facharbeitern wie Elektromonteuren und Maschinenschlossern.<sup>594</sup>

In diesem Sinne trug Willy Spühler 1957 dem Parteitag vor, dass die „Anwendung der Atomenergie“ genau das erfordere, „was die Arbeiterschaft durch ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf anstrebt“: Das „Proletariat von einst verschwindet“ und werde „abgelöst von einer immer grösseren Zahl von wissenschaftlich, technisch, organisatorisch geschulten Betriebsleuten, Arbeitern und Angestellten“.<sup>595</sup> Die Idee, dass die Schicht gebildeter Arbeitskräfte im Atomzeitalter tiefer denn je in die Gesellschaft hineinreiche müsse, wurde vom Volksrecht umgehend aufgegriffen. Im Zuge dieser Entwicklung – so prophezeite die Parteizeitung – würde „die Figur des autokratischen ‚Wirtschaftsführers‘ als *sozial überlebt* und *überflüssig* anerkannt. Die Wirtschaft wird entsprechend der historischen Forderung der sozialistischen Bewegung zur Sache des Volkes.“<sup>596</sup> Aus dieser Perspektive wurde die Atomenergie zu einer Produktivkraft erklärt, welche den sozialistischen Transformationsprozess beschleunigt. Die Demokratisierung der Wirtschaft und die Beseitigung alter Bildungsprivilegien sollten die Zukunftsziele der SPS mehr und mehr in Reichweite rücken.

Wie die PdAS hatte sich auch die SPS nach dem Zweiten Weltkrieg dem Atomzeitalter verschrieben, wobei der Höhepunkt der Euphorie in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erreicht wurde. Dann aber büsste der Glaube an das ungeheure Potenzial der Kernspaltung an Überzeugungskraft ein, nicht nur innerhalb der traditionellen Linken, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit.<sup>597</sup> Die Medien beispielsweise verloren mehr und mehr das Interesse, und die verbliebenen Zeitungsartikel wurden der Wirtschafts- oder Wissenschaftsredaktion überlassen.<sup>598</sup> Das Atomzeitalter hatte seine Leitbild-Funktion offenbar nur so lange erfüllen können, wie es in die ferne Zukunft gerichtet war. Je näher aber die energetische Nutzung in

---

<sup>594</sup> Volksrecht, 12.10.1957.

<sup>595</sup> Willi Spühler, Verfassungsvorlage über Atomenergie, in: Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 12./13. Oktober 1957 im Kursaal Bern, 1958, S. 125-134, hier S. 134, SOZARCH Ar 1.116.16.

<sup>596</sup> Volksrecht, 28.12.1957.

<sup>597</sup> Vgl. dazu Matthias Jung, Öffentlichkeit und Sprachwandel, 1994, S. 65-67; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, 1983, S. 89-91.

<sup>598</sup> Es ist symptomatisch, dass eine vom Nationalfonds finanzierte Quellenedition – diese umfasst ‚atomrelevante‘ Dokumente zwischen 1945 und 1980 – keinen einzigen Zeitungsartikel aus den 1960er Jahren enthält. Vgl. Jean-

den 1950er Jahren rückte, desto mehr verlor der atomare Mythos an Glanz. Die illusionären Vorstellungen kollidierten mit der Realität, sodass die Idee des goldenen Atomzeitalters im Verlauf der 1960er Jahre verblasste.

Diese Ernüchterung griff auch auf die Parteien der traditionellen Linken über. Hatte die Atomspaltung die sozialistischen Visionen zunächst beflügelt, ging der Enthusiasmus in den 1960er Jahren merklich zurück. Die Sozialdemokraten wurden 1960 in der Roten Revue darüber informiert, dass sich weder das Atomauto noch das Atomflugzeug realisieren lasse. Ausser zur Stromerzeugung gebe es vorläufig „wenig andere wirtschaftliche Anwendungen der Kernenergie“, und selbst der Atomstrom sei teurer und problembehafteter als gedacht.<sup>599</sup> Diese Erkenntnis über eine vermeintlich omnipotente Technologie dämpfte die Atomeuphorie der Linken nachhaltig. Mit der technologisch-industriellen Realität wurden auch den Allmachtsfantasien der Kommunisten die Grundlage entzogen, denn selbst in der Sowjetunion blieben jene atomgetriebenen Umwälzungen aus, welche die Proklamierung einer Zeitenwende erst gerechtfertigt hätten. So ersetzte der Vorwärts ab Ende der 1950er Jahre die nukleare Ära mehr und mehr durch das „Zeitalter der Weltraumschiffahrt“.<sup>600</sup> Dass die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 den ersten Satelliten überhaupt in die Erdumlaufbahn schoss, deutete die PdAS als neues Zeichen der Zeit. So wurde die sowjetische Weltraumtechnologie zum neuen Mythos, durch den sich die „die geschichtliche Überlegenheit des Sozialismus“ offenbar beglaubigen liess.<sup>601</sup>

Das alte Wunschbild vom nahenden Atomzeitalter verlor ab Ende der 1950er Jahre also an Faszination. Doch noch immer gab es einen breiten Konsens darüber, dass die Atomenergie ein entscheidender Zukunftsfaktor sei, der immerhin das Problem der Stromversorgung zu lösen vermöge. Auch die SPS und die gesamte Linke teilten die Auffassung von den mannigfaltigen Vorzügen des Atomstroms. Ausgerechnet die schweizerische Elektrizitätswirtschaft war jedoch zunächst nur wenig geneigt, dieser Eintracht praktische Schritte folgen zu lassen.<sup>602</sup> Im Konjunkturboom der Nachkriegszeit war der Stromverbrauch zwar jedes Jahr ge-

---

Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 3, 1987; Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 4, 1987.

<sup>599</sup> Franz Plasil, *Wirtschaftliche und technische Probleme der Kernenergie*, in: *Rote Revue*, Nr. 2, Februar 1960, S. 33-41, hier S. 41.

<sup>600</sup> *Vorwärts*, 9.1.1959, S. 1.

<sup>601</sup> *Vorwärts*, 18.10.1957, S. 1 (Titel).

Nicht in den kommunistischen Determinismus passte dann allerdings die Tatsache, dass im Sommer 1969 erstmals die US-Amerikaner die Mondoberfläche betraten.

<sup>602</sup> Vgl. dazu Peter Hug, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft: Das vergebliche Werben der Schweizer Reaktorbauer um die Gunst der Elektrizitätswirtschaft*, in: David Gugerli (Hg.), *Allmächtige Zauberin unserer Zeit: Zur Geschichte der elektrischen Energie in der Schweiz*, Zürich 1994, S. 167-184; Philipp Sarasin, *Die kommerzielle*

stiegen, und die Elektrizitätswirtschaft gehörte zu den wichtigsten Wachstumsbranchen.<sup>603</sup> Doch solange die Nachfrage durch neue Wasserkraftwerke befriedigt werden konnte, sahen die Anbieter keinen Grund, sich auf das Abenteuer Atomtechnologie einzulassen. Zu Beginn der 1960er Jahre aber musste die Energiewirtschaft ernsthaft nach Alternativen zu den hydraulischen Werken suchen. Vom Atomzeitalter wenig beeindruckt, fassten die Stromversorger konventionell-thermische Kraftwerke ins Auge. Die projektierten Öl- und Kohlekraftwerke stiessen aber auf massiven Widerstand, und dies nicht nur seitens der Natur- und Heimatschützer. An vorderster Stelle wirkte auch Willy Spühler den Plänen der Elektrizitätswirtschaft entgegen. Ende 1959 in den Bundesrat gewählt, machte sich der sozialdemokratische Energieminister vehement für den Übergang zur Atomenergie stark.<sup>604</sup> So schickte sich der Bundesrat unter seiner Führung an, die Weichen in Richtung Atomenergie zu stellen. Überzeugt, dass der unablässig steigende Energiebedarf per Atomspaltung zu decken sei, setzte Spühler die Elektrizitätswirtschaft unter Druck. Um die Luft zu schonen sowie die Auslandsabhängigkeit bei den fossilen Brennstoffen zu vermindern, sollte die Branche möglichst auf konventionell-thermische Kraftwerke verzichten. Stattdessen drängte Spühler im Parlament und in der Öffentlichkeit auf den Energieträger seiner Wahl. 1964 etwa richtete der Departementschef der Energiewirtschaft unverhohlen aus, dass nun „unmittelbar auf den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken zugesteuert werden“ solle.<sup>605</sup> Damit sollte sich diese dem Willen der Bundesbehörden sowie der „herrschenden Auffassung“ beugen. Spühlers Drängen hatte Erfolg, denn im Februar 1964 gab der grösste Stromproduzent seinen Widerstand auf. Die Nordostschweizerische Kraftwerk AG (NOK) kündigte überraschend an, in Beznau einen amerikanischen Druckwasserreaktor errichten zu wollen. Jetzt war der Bann gebrochen: Auch andere Elektrizitätsgesellschaften schwenkten nun auf die Atomlinie um, und AKW-Projekte schossen wie Pilze aus dem Boden.<sup>606</sup> Mit dieser ungeheuren Dyna-

---

Nutzung der Atomenergie in der Schweiz. Ein historischer Abriss vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Besetzung in Kaiseraugst am 1. April 1975, in: Stefan Füglistner (Hg.), *Darum werden wir Kaiseraugst verhindern. Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW*, Zürich 1984, S. 11-38; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 27-60.

<sup>603</sup> Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 40-43.

<sup>604</sup> Vgl. dazu Karl Lang, Willy Spühler, in: Urs Altermatt (Hg.), *Die Schweizer Bundesräte*, 1992, S. 488-493, hier S. 490-491; Bruno Pellaud, *Strom aus Wasser- und Kernkraft*, in: SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik*, 1992, S. 151-161, hier S. 156-158; Peter Hug, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft*, 1994, S. 181.

<sup>605</sup> Willy Spühler, in: *Technische Rundschau* (47), 1964, S. 2, zitiert nach Peter Hug, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft*, 1994, S. 181.

<sup>606</sup> Noch im selben Jahr meldeten die Stromversorger weitere Atomkraftwerke in Mühleberg und Leibstadt an, 1966 wurden die Projekte Rütli, Kaiseraugst und Verbois bekannt, 1967 folgten Beznau II, 1968 Graben, 1969 Gösgen sowie Rheinklingen und 1971 schliesslich Inwil.

mik – binnen weniger Jahre waren 11 Atomreaktoren angekündigt worden – wurde der direkte Übergang zur Atomenergie geschafft, während von den konventionell-thermischen Kraftwerkprojekten lediglich jenes von Vouvray umgesetzt wurde. Damit hatten sich die pronuklearen Vorstellungen Spühlers durchgesetzt, und es kann kaum bestritten werden, dass der Energieminister eine treibende Kraft für den Bau von Atomkraftwerken war. Wie weit der Einfluss Spühlers im Detail reichte, ist allerdings umstritten. Manche meinten, der bundesrätliche Druck sei für den Übergang zur Atomenergie entscheidend gewesen.<sup>607</sup> Die neuere Forschung kam indessen zum Schluss, dass andere Faktoren für das Einlenken der Elektrizitätswirtschaft noch schwerer gewogen haben.<sup>608</sup> Sicher ist, dass Spühler auf die Unterstützung der Sozialdemokratie zählen konnte, hatte diese doch ebenfalls einen frühzeitigen Einstieg in die Atomenergie favorisiert.<sup>609</sup> So wurde das Überspringen der konventionellen Kraftwerklinie von der SPS mitgetragen, und viele Genossen waren zufrieden, als das Atomprogramm die ersten Konturen annahm.

#### 5.1.4 Das Atomzeitalter als gesellschaftsübergreifende Fortschrittsutopie

Die traditionelle Linke war nach dem Zweiten Weltkrieg der Utopie des Atomzeitalters erlegen und blieb der ‚zivilen‘ Atomtechnologie lange treu. Gegen die militärische Verwendung der Atomkraft aber waren SPS und PdAS seit Ende des Zweiten Weltkrieges Sturm gelaufen. So segensreich die Perspektiven der ‚friedlichen‘ Anwendung auch erschienen, so grauenvoll mutete beiden der kriegerische Einsatz von Atomsprenköpfen an.

Für die SPS verkörperte das Atom nach den Bombenabwürfen Hoffnung und Katastrophe zugleich. So diskutierte die Berner Tagwacht im August 1945 die Atomkraft auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Einmal stand sie für eine „neue Kulturentwicklung“, dann für den „Untergang jeglicher Kultur“.<sup>610</sup> Auch die PdAS sah die Menschheit am Ende des Zweiten Welt-

---

Von diesen elf Projekten wurden schliesslich fünf realisiert: Beznau I nahm 1969 den Betrieb auf, dann folgten Beznau II (1971), Mühleberg (1972), Gösgen (1978) und Leibstadt (1984). Vgl. Tabelle 1, in: Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 22.

<sup>607</sup> Peter Hug, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft*, 1994, S. 180-182.

<sup>608</sup> Kupper und Wildi sehen besonders in den Widerständen der lokalen Bevölkerung einen entscheidenden Grund, weshalb konventionell-thermische Kraftwerke zugunsten der Atomenergie aufgegeben wurden. Vgl. Patrick Kupper, *Atomenergie und gesplattene Gesellschaft*, 2003, S. 55-59; Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 196 und S. 207.

<sup>609</sup> Bereits im Parteiprogramm von 1959 hatte die SPS die „Erzeugung von Atomenergie“ bejaht. 1967 floss ihre antikonventionell-thermische Haltung unmissverständlich in das Aktionsprogramm ein, sei doch der zusätzliche Energiebedarf „durch Kernkraftwerke zu decken“. Vgl. *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, 1959, S. 9; *SPS-Aktionsprogramm 1967–1971*, in: *Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages vom 21. Mai 1967 in Zürich*, 1967, S. 4-16, hier S. 8, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>610</sup> Berner Tagwacht, 11.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 48-49, hier S. 48.

krieges am Scheideweg stehen: Fortschritt oder Apokalypse, Traum oder Alptraum, Sein oder Nichtsein.<sup>611</sup> Tatsächlich war die Rede vom Atomzeitalter stets ambivalent. So standen Hoffnungen neben Ängsten und Fortschrittsutopien neben apokalyptischen Befürchtungen. Diese Widersprüchlichkeiten des Atomzeitalters wurden aufgelöst, indem scharf zwischen destruktiven und konstruktiven Anwendungsformen unterschieden wurde. Dem Realitätstest konnte diese diskursive Trennung allerdings kaum standhalten, denn die Übergänge zwischen ziviler und militärischer Atomtechnologie waren fließend. Gleichwohl wurde die Verwertung der Atomenergie auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert, weshalb sich zwei Diskurse entfalteten, die voneinander abgekoppelt waren. So sprachen sich die Linken gegen die Atombomben aus und traten gleichzeitig für die zivile Nutzung der Kernspaltung ein.

Um die Atomwaffen international zu verbieten, unterstützte die PdAS den Stockholmer Appell, der im März 1950 vom Weltfriedenskongress ausgerufen worden war.<sup>612</sup> Die Schweizerische Bewegung für den Frieden (SBF) – hauptsächlich von Aktivisten der PdAS getragen – trug zur weltweiten Unterschriftensammlung 250'000 Signaturen bei, um dem pazifistischen Aufruf Gehör zu verschaffen.<sup>613</sup> Weil aber der Weltfriedenskongress der Sowjetunion nahestand, traf die SBF der Bannstrahl des Antikommunismus. Die Gruppe wurde in der Schweiz ausgegrenzt, und die PdAS galt vielen als unglaubwürdige Atomwaffengegnerin.

Anders als die Initiativen um den Weltfriedenskongress fand die Antiatombewegung zwischen 1958 und 1963 nicht im Umfeld des internationalen Kommunismus statt. Im Zentrum dieser Opposition stand die Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung (SBgaA), die am 18. Mai 1958 vom sozialdemokratischen Nationalrat Fritz Giovanoli initiiert worden war. Diese Organisation bildete den Kern der Antiatombewegung, welche vorab von linken, pazifistischen und kirchlichen Kreisen getragen wurde.<sup>614</sup> Entscheidend ist hier, dass sich praktisch die ganze Antiatombewegung einzig gegen die militärische Nutzarmamentierung

---

<sup>611</sup> Angesichts der Atombomben – so führte der Vorwärts beispielsweise 1945 aus – gehe es „einfach um Sein oder Nichtsein der Menschheit“. Vorwärts, 30.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 123-124, hier S. 124.

<sup>612</sup> André Rauber, *Formierter Widerstand*, 2003, S. 233.

<sup>613</sup> Zur SBF – später nannte sie sich Schweizerische Friedensbewegung (SFB) – vgl. Ruedi Epple, *Die schweizerische Friedensbewegung: Alte Wurzeln – Neue Blüten*, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), *Politische Parteien und neue Bewegungen*, Bern 1986/26, S. 193-210, hier S. 198-200; Schweizerische Friedensbewegung (Hg.), *Schweizerische Friedensbewegung 1949–1984*, 1984.

<sup>614</sup> Für einen Überblick über die Antiatombewegung siehe Markus Heiniger, *Die schweizerische Antiatombewegung 1958–1963: Eine Analyse der politischen Kultur*, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1980; Rudolf Epple-Gass, *Zur Friedensbewegung in den 50er Jahren*, in: Jean-Daniel Blanc, Christine Luchsinger (Hgg.), *Achtung die 50er Jahre*, Zürich 1994, S. 147-156; Roland Brechbühl, „Kleine und saubere Atomwaffen“. Die öffentliche Diskussion zur Atomwaffenfrage in der Schweiz 1958–1963, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2003.



wehrte.<sup>615</sup> Nicht selten war die Ablehnung der Atomwaffen sogar an die Bekräftigung der ‚pazifistischen‘ Nukleartechnologie gekoppelt. ‚Nieder mit den Atomwaffen – für die friedliche Verwendung der Atomenergie‘, sollen etwa die Friedensbewegten auf den Ostermärschen skandiert haben.<sup>616</sup> Die links-pazifistische Opposition hat dem Schreckbild des Atomkrieges also die zivilen Perspektiven der Atomenergie entgegengehalten. Dabei bildete die friedliche Verwendung jenen Kontrapunkt, von dem aus die militärische Nutzung verworfen werden konnte. So trugen die Atomwaffengegner Friedenstauben und Peace-Embleme, ächteten Krieg und Militarismus – und traten gleichzeitig für den ‚pazifistischen‘ Gebrauch der Atomenergie ein. Wie die Genfer „Atoms for Peace“-Konferenz hinterliess auch die Antiatombewegung allenthalben den Eindruck, als ob mit der zivilen Nutzung die militärische Bedrohung aus der Welt geschaffen werden könnte.

Bemerkenswerterweise war die Atomtechnologie nicht nur für die Friedensbewegten, sondern auch für die Naturschutzbewegung ein positiv besetztes Identifikationsobjekt.<sup>617</sup> Bereits im August 1945 verbreitete sich in den Schweizer Medien die Hoffnung, dass angesichts der neuen Energiequelle die umstrittenen Wasserkraftwerkprojekte „von selbst aus Abschied und Traktanden fallen könnten“. <sup>618</sup> So sollte mit der Atomkraft ein altes Anliegen der Naturfreunde erfüllt werden. Schon im 19. Jahrhundert hatte nämlich die Nutzbarmachung der Wasserkraft die Gemüter erregt, und nach 1920 riefen die Staumauerplaner besonders im Urserental heftigen Widerstand hervor.<sup>619</sup> Nun sollte ausgerechnet die neueste Errungenschaft helfen, die Gewässerlandschaften von den verunstaltenden Folgen des Modernisierungsprozesses zu verschonen. In den 1960er Jahren waren sich die bedeutendsten Naturschutzorganisatio-

---

<sup>615</sup> Es trifft zwar zu, dass vereinzelte Atomwaffengegner auch der zivilen Nutzung kritisch gegenüberstanden. Doch diese wurden von der Bewegung beäugt und geächtet, nicht selten auch als Maschinenstürmer verschrien. Markus Heiniger, *Die schweizerische Antiatombewegung*, 1980, S. 172.

<sup>616</sup> Zur Befürwortung der ‚friedlichen‘ Atomtechnologie seitens der Antiatombewegung vgl. Markus Heiniger, *Die schweizerische Antiatombewegung*, 1980, S. 133 und S. 172.

<sup>617</sup> Zur Haltung der Naturschutzbewegung gegenüber der Atomtechnologie zwischen 1945 und 1970 vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 36-51; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 128-131; François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 180-182; Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 119-121.

<sup>618</sup> *Zürichsee-Zeitung*, 11.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 53-55, hier S. 54.

Eine andere Zeitung orakelte derweil, dass „les turbines tourneront sans le secours de l'eau des Alpes, laquelle sera rendue à l'ornement des sites, pour le plus grand bonheur des amis de la nature.“ *La Nation*, 24.8.1945, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 2, 1987, S. 117-119, hier S. 117.

<sup>619</sup> Vgl. dazu François Walter, *Bedrohliche und bedrohte Natur*, 1996, S. 119 ff. und Stefan Bachmann, *Zwischen Patriotismus und Wissenschaft*, 1999, S. 237-255.

Zur naturschützerischen Opposition gegen Wasserkraftwerke während den 1950er und 1960er Jahren siehe Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 40-118.

nen einig, dass die Atomenergie endlich in den Dienst der Natur zu stellen sei.<sup>620</sup> Als dann die Elektrizitätsversorger den Schritt zur Atomenergie verkündeten, atmeten die Naturschützer erleichtert auf.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es also nicht nur die traditionelle Linke, die eine magische Epoche am Horizont heraufziehen sah. Aufgrund ihrer angenommenen Omnipotenz konnten sich von der Atomtechnologie alle etwas erhoffen: materiellen Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt, ‚Atome für den Frieden‘, die Aussöhnung von Mensch und Natur oder unbeschränkte Energiereserven. Kaum eine gesellschaftliche Gruppe vermochte sich einer Technologie zu entziehen, welche die Zukunft derart umfassend zu verbessern versprach. Im gemeinsamen Traum von einer besseren Welt schmolzen Gegensätze dahin. Linke und Rechte, Technokraten und Naturfreunde, Friedensbewegte und Realisten – was sie alle vereinte, war das Vertrauen in die neue Zukunftstechnologie. „Das ‚Atom‘“ – so schrieb deshalb Jakob Tanner 1994 – „beflügelte die kollektive Phantasie und fungierte als Kristallisationskern für einen neuen gesellschaftsübergreifenden Fortschrittsglauben im Zeichen ewigen Überflusses.“<sup>621</sup> Gemeinsamer Nenner war der Glaube an Wachstum und Technologie. Als deshalb 1966 die Hinwendung zur Atomenergie besiegelt war, zeigten sich praktisch alle zufrieden. Doch die Zeit „des undeckelten ‚Energiefriedens‘“ hielt nur kurz.<sup>622</sup> Ab dem Ende der 1960er Jahre kamen in der Öffentlichkeit immer mehr Zweifel auf, und bald geriet das Atomprogramm in den Strudel der „1970er Diagnose“. Die Genese des Anti-AKW-Diskurses ist Teil des nächsten Unterkapitals, wobei die ersten Widerstände bis in die 1950er Jahre zurückreichen.

## 5.2 Die Genese des Anti-AKW-Diskurses

### 5.2.1 Der kulturkritisch-reaktionäre Anti-AKW-Diskurs der 1950er und 1960er Jahre

Historisch betrachtet hätte es für die traditionelle Linke von Anfang an genügend Gründe gegeben, die Entwicklung der Atomtechnologie aus einer kritischeren Perspektive zu verfolgen. Die Verstrahlungsgefahr etwa war mit den Atombomben bereits im August 1945 ins öffentliche Bewusstsein getreten. Dass die Radioaktivität – obwohl man sie weder sehen, spü-

---

<sup>620</sup> Besonders ungeduldig zeigte sich dabei Jakob Bächtold, zwischen 1960 und 1969 Präsident des Schweizerischen Bundes für Naturschutz (SBN). Er forderte energisch die nukleare Energiegewinnung, und soll zu Beginn der 1960er Jahre sogar ein Projekt entwickelt haben, um Teile der Stadt Bern über ein Atomheizkraftwerk mit Wärme zu versorgen. Vgl. Patrick Kupper, Abschied vom Wachstum und Fortschritt, 1998, S. 37-41.

<sup>621</sup> Jakob Tanner, Die Schweiz in den 50er Jahren, 1994, S. 41.

ren noch riechen kann – negative Effekte hervorrief, war weitgehend bekannt. Auch die traditionelle Linke war sich der Gefahren radioaktiver Strahlen bewusst: Mit der ‚Atompest‘ oder dem ‚Strahlentod‘ haben SPS und PdAS die nuklearen Risiken denn auch rege diskutiert. Weil die drohenden Gesundheitsschäden aber der militärischen Verwendung zugewiesen wurden, blieb der Transfer zum Risikopotenzial der Atomkraftwerke lange aus. So wurde bis Mitte der 1950er Jahre die Möglichkeit weitgehend ignoriert, dass radioaktive Substanzen auch bei der ‚friedlichen‘ Handhabung freigesetzt werden könnten.

1955 aber – anlässlich der Genfer „Atoms for Peace“-Konferenz – haben Kritiker auch die zivile Nutzbarmachung der Atomenergie näher untersucht.<sup>623</sup> Trotz der euphorischen Grundstimmung wurden dabei besonders Nicht-Physiker, darunter auch viele Journalisten, von Skepsis ergriffen. Die Zweifel bezogen sich nicht nur auf die allgemeine Verstrahlungsgefahr, sondern konkret auch auf die Sicherheit der Atomkraftwerke. Dass diese – ob im Normalzustand oder im Katastrophenfall, wegen Materialfehlern oder Sabotage – eine massive Gefährdung darstellen könnten, wurde nun denkbar und auch öffentlich ausgesprochen. Hinzu kam die Frage des Atommülls. Angesichts der eingehenden Diskussion verschiedenster Entsorgungsvarianten wurde offensichtlich, dass das Problem einer Lösung harpte. Entledigung in den Tiefen des Meeres, den Weiten des Weltalls oder in der Abgeschlossenheit der Arktis? Die Beschwichtigungen vermochten nicht alle zu beruhigen, mussten die Experten doch zugeben, dass eine Lösung erst in unbestimmter Zukunft zu erwarten sei. Interessierte Laien begannen deshalb zu ahnen, dass es keinen Freibrief für die zivile Atomtechnologie geben konnte. Die SPS hat in der Folge das Endlagerungsproblem und das Gefahrenpotenzial der Atomtechnologie vereinzelt angesprochen.<sup>624</sup> Doch der grundsätzlichen Frage nach dem Für und Wider der Atomenergie ging die traditionelle Linke nicht weiter nach.

Dies ist umso erstaunlicher, als sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nicht nur technologische Schwierigkeiten offenbarten, sondern sich auch die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten dieser Stromquelle zu verfinstern begannen. Die ersten Erfahrungen in Grossbritannien und in den USA zeigten, dass der Preis des Atomstroms unterschätzt worden war und die Kostenkalkulationen unzuverlässig waren.<sup>625</sup> Deshalb wurden die Leser der Roten Revue

---

<sup>622</sup> Simon Thönen, Ökonomisches Wachstum und politische Krise der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft 1945–1975, in: David Gugerli (Hg.), Allmächtige Zauberin unserer Zeit, 1994, S. 41-55, hier S. 51.

<sup>623</sup> Vgl. dazu Ladislav Mysyrowicz, Aux origines de la problématique nucléaire, 1987, S. 84-90.

<sup>624</sup> Ende 1957 war beispielsweise im Volksrecht zu lesen: „Die Gefahren, die mit der Atomenergie verbunden sind, sind bekanntlich ungewöhnlich hoch. Ein Unfall in einer Reaktoranlage, eine unsorgfältige Behandlung der radioaktiven Abfälle können weitreichende und langwirkende Strahlungsschäden hervorrufen. Es können ganze Gebiete verseucht und zahlreiche Menschen betroffen werden.“ Volksrecht, 17.12.1957.

<sup>625</sup> Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, 1983, S. 89 und S. 90.

1960 mit der Meldung konfrontiert, dass es in wirtschaftlicher Hinsicht unmöglich sei, „einen rationellen Vergleich zwischen der konventionellen und der atomischen Stromerzeugung“ zu machen.<sup>626</sup> Einerseits sei es aufgrund der ausländischen Erkenntnisse eine „Tatsache, dass die Energieerzeugung durch Kernspaltung wesentlich teurer ist als die konventionelle Erzeugung“. Andererseits könnten „sich die Kosten in überraschend kurzer Zeit ausgleichen“. Faktisch aber konnte in diesem Informationsvakuum niemand wissen, ob die Energiekosten mit der Nutzbarmachung der Atomenergie sinken oder steigen würden.

Zu allen technoökonomischen Ungewissheiten kam für die Linke 1959 noch hinzu, dass ihre wirtschaftsrechtlichen Vorstellungen bei der Ausgestaltung des Atomgesetzes (AtG) schlichtweg übergangen wurden.<sup>627</sup> Für die SPS und die PdAS war es von jeher eine ausgemachte Selbstverständlichkeit gewesen, dass die Atomenergie kollektiv produziert werden müsse, um ihr viel versprechendes Potenzial zur Entfaltung zu bringen. So hatten die Kommunisten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft mitsamt der Atomenergie verlangt. Im Namen der SPS hatte 1947 auch Valentin Gitermann gefordert, die Erzeugung von Atomenergie einem staatlichen Monopol oder zumindest der Konzessionspflicht zu unterstellen.<sup>628</sup> Das wichtigste Motiv dieser Forderungen war klar: Die erwarteten Fortschritte durften nicht den privaten Profit oder die Privilegien einzelner bedienen, weshalb die nukleare Nutzbarmachung der Privatwirtschaft entzogen werden musste.<sup>629</sup> In den Händen des Staates sollte die Atomenergie vielmehr die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt befördern.

Als dann am Ende der 1950er Jahre die rechtlichen Grundlagen der Atomenergie gelegt wurden, machte die traditionelle Linke erwartungsgemäss die wirtschaftsrechtliche Stellung der Atombranche zum Politikum. Die SPS-Vertreter wollten die Bildung eines Privatmonopols verhindern und wiesen die Gesetzesvorlage zurück. Die Atomwirtschaft sollte vielmehr „auf dem Grundsatz gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen“ aufgebaut werden, d. h., dass

---

<sup>626</sup> Franz Plasil, Wirtschaftliche und technische Probleme der Kernenergie, in: Rote Revue, Nr. 2, Februar 1960, S. 33-41, hier S. 39. Für die folgenden Zitate siehe S. 33 und S. 40.

<sup>627</sup> Anders als das Atomgesetz von 1959 hatte der Verfassungsartikel 24<sup>quinquies</sup> – am 24.11.1957 war dieser von Volk und Ständen fast unbeanstandet angenommen worden – noch keine Weichen gestellt, weil er dem Bund lediglich die entsprechende Gesetzgebungskompetenz übertrug. Umfassend zu den rechtlichen Grundlagen der Atomenergie vgl. Heribert Rausch, Das Schweizerische Atomenergierecht, Zürich 1980; Urs Hochstrasser, Politik und Gesetzgebung, in: SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik, 1992, S. 59-69.

<sup>628</sup> Valentin Gitermann, Votum im Nationalrat vom 3.10.1947, in: Rote Revue, Nr. 11, November 1947, S. 387-391. Siehe auch Postulat Gitermann, in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, Le nucléaire en Suisse, Annexe 1, 1987, S. 13.

<sup>629</sup> Valentin Gitermann, Votum im Nationalrat vom 3.10.1947, in: Rote Revue, Nr. 11, November 1947, S. 387-391, hier S. 388.

Bund, Kantone und Gemeinden die atomare Führung übernehmen sollten.<sup>630</sup> Auch die Kommunisten wollten eine privatwirtschaftliche Lösung vereiteln und verlangten die umgehende Verstaatlichung der Atomenergie.<sup>631</sup> Doch angesichts der bürgerlichen Ratsmehrheit war die Linke zu schwach, um selbst ein Konzessionssystem durchsetzen zu können. „Das ist doch ganz paradox“ – rief deshalb Fritz Giovanoli aus – dass „das Marzilibähnchen hinter dem Bundeshaus“ einer Konzession bedürfe, ein „riesiges Atomkraftwerk hingegen“ kein derartiges Bewilligungsverfahren nötig mache.<sup>632</sup>

Was der SPS-Nationalrat als historischen „Fehlentscheid“ erachtete, wurde im Dezember 1959 Schweizer Recht: Die privatwirtschaftliche Lösung erhielt den Vorzug, wobei dem Staat lediglich ein polizeiliches Aufsichtsrecht zugesprochen wurde.<sup>633</sup> Die betroffenen Bürger, Kantone und Gemeinden schloss man von der Mitsprache quasi aus, und die Behörden waren zur Bewilligung der Atomanlagen gezwungen, wenn der Antragsteller den sicherheitstechnischen Bestimmungen nachkommen konnte. Dass der Staat einerseits auf demokratische Mitspracherechte verzichtete und andererseits dem privatwirtschaftlichen Atomsektor mit diversen Förderungsmassnahmen unter die Arme griff, provozierte innerhalb der traditionellen Linken die Kritik, dass das Atomgesetz die Gewinne privatisiere, Kosten und Risiken hingegen sozialisiere. Auch zeichnete sich mit diesem Bundesgesetz deutlich ab, dass die kapitalintensive Atomenergie die ökonomische Machtkonzentration verstärken würde. So war mit dem Atomgesetz von 1959 das zur Realität geworden, was die Linke schon lange befürchtet hatte: Dieser viel versprechende Wirtschaftsbereich wurde zum „Tummelfeld privatwirtschaftlicher Interessen“.<sup>634</sup> Den Standpunkt aber, dass die neue Energiequelle als Wohlstands- und Fortschrittsfaktor grundsätzlich zu begrüßen sei, haben selbst die ‚privaten‘ Atomkraftwerke nicht umzustossen vermocht.

Immerhin gab es in den Reihen der traditionellen Linken vereinzelte Persönlichkeiten, die sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren der atomaren Bannkraft entziehen konnten. Auf Seiten der PdAS soll etwa der Psychiater Dr. Robert Dreyfuss schon früh gegen die

---

<sup>630</sup> Antrag Valentin Gitermann vom 23.9.1959, in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 598. Dieser Antrag wurde von der gesamten SPS unterstützt.

<sup>631</sup> Jean Vincent, in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 598 und S. 603-606.

<sup>632</sup> Fritz Giovanoli (23.9.1959), in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 617.

<sup>633</sup> Das ‚Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz‘ wurde am 23.12.1959 von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Zu Entstehung und Inhalt des Atomgesetzes vgl. Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner in der Schweiz, Diessenhofen 1982, S. 13-16; Jean-Claude Favez, *Le nucléaire et la culture politique Suisse*, in: Jean-Claude Favez, Ladislas Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse, Sommaire*, 1987, S. 109-178, hier S. 119-135; Philipp Sarasin, *Die kommerzielle Nutzung der Atomenergie*, 1984, S. 19-22. Und auch Heribert Rausch, *Das Schweizerische Atomenergierecht*, 1980.

<sup>634</sup> Mit diesem Negativszenario hatte Valentin Gitermann bereits 1947 ein staatliches Monopol oder zumindest die Konzessionspflicht für die Atomenergie eingefordert. Valentin Gitermann, *Votum im Nationalrat vom 3.10.1947*, in: *Rote Revue*, Nr. 11, November 1947, S. 387-391, hier S. 390.

Atomenergie opponiert haben.<sup>635</sup> Das beste Beispiel aber liefert Gertrud Woker, die mit der SPS sympathisierte. Diese bemerkenswerte Frau – ausserordentliche Professorin, überzeugte Friedensaktivistin, Frauenrechtlerin und Sozialistin – hatte sich Ende des Zweiten Weltkrieges gegen einen atomaren Vernichtungskrieg eingesetzt.<sup>636</sup> 1955 nahm sie an der Genfer UNO-Konferenz teil, liess sich aber vom Motto ‚Atome für den Frieden‘ nicht überzeugen. Zwei Jahre später veröffentlichte sie ihren Standpunkt, dass die Atomreaktoren für die Schweiz keine Überlebensfrage, sondern vielmehr eine „Volksgefahr“ seien.<sup>637</sup> Ohne auf dem Gebiet der Nuklearphysik eine Spezialistin zu sein, warnte die Biochemikerin vor den Gefahren des Atomzeitalters – und dies zu einem Zeitpunkt, als sich noch nicht einmal die Antiatombewegung konstituiert hatte. Sie versuchte die diskursive Trennung zwischen militärischer und ziviler Anwendung aufzuheben, hielt sie doch die ‚pazifistische‘ Atomenergie für eine Illusion. Davon überzeugt, dass die Bevölkerung angesichts von Hochwasser, Erdbeben, Lawinen, Erdbeben oder Bränden vor den radioaktiven Atomreaktoren nicht zuverlässig geschützt werden könne, durfte die menschliche Gesundheit nicht den „Industriebaronen des Atomzeitalters“ anheim gestellt werden.<sup>638</sup> Deshalb verlangte Woker die Erforschung alternativer Energiequellen einerseits und ein Art Atom-Moratorium andererseits: Bis zu einer definitiven Klärung der Sicherheitsrisiken einschliesslich der Entsorgungsfrage hätten demnach weder private noch staatliche Atomreaktoren bewilligt werden dürfen.

Wegen ihres politisch-pazifistischen Engagements wurde Woker von Nationalisten und Militaristen als Kommunistin, Landesverräterin oder ‚Gas-Trudi‘ verunglimpft. Was die Atomenergie anbelangte, fand sie auch bei der Linken kein Verständnis. Retrospektiv zeigt ihr Beispiel zwar auf, dass man die Kehrseite der Atomtechnologie sehr wohl wahrnehmen konnte, doch

---

Die PdAS hatte seit eh und je die Nationalisierung des gesamten Energiesektors verlangt.

<sup>635</sup> Dreyfuss machte in den 1950er Jahren verschiedene Gründe geltend, weshalb die Atomenergie zu verwerfen sei. So verwies er mit der radioaktiven Verseuchung oder der ungelösten Atommüllfrage auf Probleme, welche dieser Produktionsmethode inhärent waren. Innerhalb der PdAS-Führung stiessen solche Ansichten aber auf keinerlei Verständnis. Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 518-519.

<sup>636</sup> Zur Biographie von Gertrud Woker siehe Franziska Rogger, *Der Doktorhut im Besenschrank. Das abenteuerliche Leben der ersten Studentinnen – am Beispiel der Universität Bern*, Bern 1999, S. 178-198; Franziska Rogger, *Gertrud Woker (1878–1968): Kein Pazifismus ohne politische Gleichberechtigung der Frau*, in: Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg.), *Der Kampf um gleiche Rechte*, Basel 2009, S. 304-309; Gerit von Leitner, *Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen? Gertrud Woker (1878–1968), Chemikerin, & Internationale Frauenliga 1915–1968*, Berlin 1998.

<sup>637</sup> Gertrud Woker, *Sind Reaktoren eine Volksgefahr?*, in: *Neue Wege*, 1957, I, S. 205-212, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 3, 1987, S. 101-108.

Gleichzeitig forderte Woker die Erforschung alt-neuer Energiequellen (u.a. Sonne- und Windenergie), um auf die gefährliche Atomkraft verzichten zu können. Vgl. Gertrud Woker, *Atomic energy and alternative sources of power*, Genf 1957.

<sup>638</sup> Gertrud Woker, *Sind Reaktoren eine Volksgefahr?*, in: *Neue Wege*, 1957, I, S. 205-212, zitiert in: Jean-Claude Favez, Ladislav Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 3, 1987, S. 101-108, hier S. 107.

in den 1950er und 1960er Jahren wollten die Linken diese nicht zur Kenntnis nehmen. SPS und PdAS sahen sich vielmehr als Vorkämpferinnen einer Technologie, die wegen der erhofften Segnungen als ‚progressiv‘ galt. Die Gefahren und Risiken waren zwar durchaus bekannt, doch das Wunschbild der Atomenergie wurde deswegen kaum angekratzt. In einer Zeit ungebrochener Fortschrittsgläubigkeit war auch die Linke davon überzeugt, dass alle Unwägbarkeiten letztlich doch gemeistert werden können.

Da sich auch die linksgerichtete Antiatombewegung von der ‚pazifistischen‘ Nukleartechnologie vereinnahmen liess, ist es nicht erstaunlich, dass der Anti-AKW-Diskurs ausgerechnet am rechten Ende des Politspektrums seinen Anfang fand. So war es im deutschsprachigen Raum eine rechtskonservative Minderheit, die ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit vergangenheitsbezogenen Idealen und kulturpessimistischen, mitunter auch rassistischen oder sozialdarwinistischen Argumentationsmustern gegen die Atomenergie zu Felde zog.<sup>639</sup> Insbesondere der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) – 1958 vom ehemaligen Nationalsozialisten Günter Schwab gegründet – wurde zur „Keimzelle der Anti-AKW-Bewegung“.<sup>640</sup> Die ideologische Grundlage lieferte der Forstverwalter, der sich auch als Schriftsteller betätigte, in seinem Roman ‚Tanz mit dem Teufel‘.<sup>641</sup> Darin liess Schwab den Satan Auskunft über dessen ‚Vernichtungsministerium‘ geben. „Das Atomgift ist etwas Wunderbares!“, schwärmte die Unterwelt, denn bald würden die Menschen „in der Sonne des Atomzeitalters krepieren“.<sup>642</sup> Gerade die „friedliche Anwendung der Atomenergie“ führe „mit Sicherheit zur Vergiftung des Lebens, zu schwerster Erkrankung, Siechtum und Tod“, gab sich der „Atomteufel“ siegesgewiss.<sup>643</sup> Nun sollte die eigenwillige Aufmachung nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schwab in der Sache selbst durchaus ernsthaft argumentierte. So diskutierten seine Figuren das ganze Spektrum der Atomkraftwerksproblematik, von gesundheitlichen Gefährdungen über den Atommüll bis hin zu möglichen Störfällen. Die Kombination von Polemik, teuflischen Apokalypseprognosen und fundierter Beweisführung kam beim Publikum gut an; der Roman wurde in verschiedene Sprachen übersetzt, und der WSL ex-

---

<sup>639</sup> Zum kulturkritisch-reaktionären Anti-AKW-Diskurs vgl. auch Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 83 und S. 84; Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft*, 1983, S. 434 ff.; Patrick Kupper, *Atomenergie und gesplante Gesellschaft*, 2003, S. 111-114.

<sup>640</sup> Joachim Radkau, *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt*, München 2000, S. 304.

Der WSL fiel nicht nur als Sammelbecken der ersten Anti-AKW-Gegner auf. Für Aufsehen sorgte auch, dass manche seiner Exponenten – Schwab inklusive – Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen unterhielten. Zum WSL vgl. auch Damir Skenderovic, *The radical right*, 2005, S. 327; Oliver Geden, *Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus*, Berlin 1996, S. 105-106; Franz-Josef Brüggemeier, *Tschernobyl*, 26. April 1986: *Die ökologische Herausforderung*, 20 Tage im 20. Jahrhundert, München 1998, S. 202-205.

<sup>641</sup> Günther Schwab, *Der Tanz mit dem Teufel*, Hannover 1958.

<sup>642</sup> Günther Schwab, *Der Tanz mit dem Teufel*, 1958, S. 375 und S. 410.

<sup>643</sup> Günther Schwab, *Der Tanz mit dem Teufel*, 1958, S. 401.

pandiierte von Österreich aus in die Schweiz und viele weitere Nationen.<sup>644</sup> Belegt ist, dass Günther Schwab 1967 in Kaiseraugst gegen das geplante Atomkraftwerk auftrat und der ‚Tanz mit dem Teufel‘ auch hierzulande rezipiert wurde.<sup>645</sup>

Neben Günther Schwab und dem WSL fügten sich weitere Stimmen in den kulturkritisch-reaktionären Anti-AKW-Diskurs.<sup>646</sup> Der deutsche Zoologieprofessor, Arzt und Ingenieur Reinhard Demoll etwa war bereits 1954 durch markige Worte aufgefallen. Mit den Atomen spanne der Mensch „gewaltige kosmische Kräfte“ ein, ohne zu wissen, ob „ihm die allzu kräftigen, allzu feurigen, schwer zu zähmenden Rosse nicht eines Tages durchgehen“ würden.<sup>647</sup> Mit dieser Unsicherheit habe man dem Planeten „die Möglichkeit des Selbstmordes geschenkt: Freitod durch Explosion der Atome“.<sup>648</sup> 14 Jahre später war Ernst Jäckel – ein deutscher Marineoffizier – dem gleichen Pessimismus verfallen. „Tödlicher als die Bombe“ lautete sein Buch, denn wenn nicht umgehend „jede Kernspaltung auf der ganzen Erde“ aufhöre, würden „dem Atomtod [...] gewaltige Erntechancen“ verbleiben.<sup>649</sup> Jäckels Auffassungen mündeten in eine skurrile Verschwörungstheorie, machte er für die atomare „Selbstverseuchung des Westens“ doch die sowjetischen Kommunisten verantwortlich.<sup>650</sup> Dass die linke Antiatombewegung die zivile Atomenergie explizit bejahte, deutete er denn auch als Beweis dafür, dass die Bolschewisten „eine neue Form des biologischen Krieges“ führen möchten.<sup>651</sup> Als Ralph Graeb 1972 die Atomkraftwerke als ‚sanfte Mörder‘ demaskieren wollte, war der Anti-AKW-Diskurs bereits im Umbruch begriffen.<sup>652</sup> Auch der Schweizer Chemiker versuchte, seine Ausführungen in einen ökologischen Gesamtzusammenhang einzubetten. Doch in diesem Bemühen drückten immer noch Argumente durch, die auf konservative oder gar sozialdarwinistische und rassenhygienische Traditionen verwiesen. Weil das ‚Menschengeschlecht‘ durch die medizinischen Fortschritte sowieso schon von der Degeneration bedroht sei, könne man sich eine radioaktive Verunreinigung des Erbgutes nicht mehr leisten, so Graeb.<sup>653</sup> Solche Botschaften trafen den Grundton des damaligen Anti-AKW-Diskurses, weshalb der WSL Graeubs Bemühungen mit einem Anerkennungspreis würdigte. Auch Jäckel war von

---

<sup>644</sup> Ende der 1960er Jahre war der WSL in 31 Nationen vertreten. Deutschland, Österreich und die Schweiz bildeten die mitgliederstärksten Länder.

<sup>645</sup> Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 112-113.

<sup>646</sup> Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 84; Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft*, 1983, 434 ff.

<sup>647</sup> Reinhard Demoll, *Ketten für Prometheus: Gegen die Natur oder mit ihr?* München 1954, S. 91.

<sup>648</sup> Von der Unvermeidbarkeit der „Uranmaschinen“ überzeugt, verlangte Demoll nach „starken, freiwerdenden sittlichen Kräften“. Nur so könne die Gefahr des ‚Selbstmordes‘ abgewendet werden. Reinhard Demoll, *Ketten für Prometheus*, 1954, S. 91 (alle Zitate).

<sup>649</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, München 1968, S. 251.

<sup>650</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, 1968, S. 251.

<sup>651</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, 1968, S. 273.

<sup>652</sup> Ralph Graeb, *Die sanften Mörder: Atomkraftwerke – demaskiert*, Rüschiikon 1972.



der Sorge umgetrieben, dass sich „die Menschheit mit minderwertigem Erbgut“ verseuche, „das nur durch Tod des einzelnen oder ganzer Geschlechter allmählich wieder ausgemerzt werden kann“.<sup>654</sup> Und Demoll – dessen Rassismus offenkundig war – hatte sich ausgiebig mit der „Bastardzucht“ und der Rassenhygiene auseinandergesetzt.<sup>655</sup>

Neben den ‚qualitativen‘ Belastungen haben die frühen AKW-Gegner nicht selten auch die Vermehrung des Menschen kritisiert, weshalb der erzkonservative Ton dieses Diskurses auch im Argument der ‚Überbevölkerung‘ wiederhallte. So meinte Demoll 1954, man fühle „die katastrophale Vermehrung der Menschen wie einen Alpdruck“.<sup>656</sup> Und vier Jahre später liess Schwab den „Fruchtbarkeitsteufel“ ein ganzes Kapitel lang über „den Menschheitsuntergang durch Massenvermehrung“ referieren.<sup>657</sup> Graeub stand dem nicht nach, müsse die „masslose Überbevölkerung“ doch „alle Ökosysteme“ gefährden.<sup>658</sup> Die „liebgewordene Vorstellung einer eigenen fröhlichen Kinderschar“ sollte deshalb mit einer gesetzlichen Geburtenregelung unterbunden werden.<sup>659</sup>

Charakteristisch war ebenfalls eine technik- und wissenschaftsfeindliche Grundhaltung, die gerne mit einer konservativen Kultur- und Zivilisationskritik verbunden wurde. Demoll etwa schimpfte über den „Eilmarsch der Technik“ und das „gleichgültige Vegetieren ethischer Reigungen“ – eine Entwicklung, die im „Untergang der Kultur“ enden könnte.<sup>660</sup> Graeub blies ins gleiche Horn und stellte kurzum fest, dass der menschliche Geist verglichen mit den materiellen Fortschritten „um Jahrhunderte zurückgeblieben“ sei.<sup>661</sup> Bei Jäckel indes richtete sich die technikfeindliche Einstellung gegen die Wissenschaftler selbst. Die atomare Verstrahlung habe demnach die „Gehirnzellen der Kernspalter“ geschädigt und bei den Experten „zu einer erschütternden Reduzierung und Primitivierung des Denkens geführt“.<sup>662</sup>

Neben antikommunistischen Kampfansagen griffen die frühen AKW-Kritiker gelegentlich auch auf religiöse Orientierungen zurück. So brachte Jäckel den „Schöpfer allen Lebens“ ins Spiel, dem die Atomphysiker selbstherrlich ins Handwerk pfuschten.<sup>663</sup> Schwab zufolge er-

---

<sup>653</sup> Ralph Graeub, *Die sanften Mörder*, 1972, S. 18 ff.

<sup>654</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, 1968, S. 248.

<sup>655</sup> Reinhard Demoll, *Ketten für Prometheus*, 1954, S. 173 ff. und S. 213 ff.

<sup>656</sup> Reinhard Demoll, *Ketten für Prometheus*, 1954, S. 24.

<sup>657</sup> Günther Schwab, *Der Tanz mit dem Teufel*, 1958, S. 445-459.

<sup>658</sup> Ralph Graeub, *Die sanften Mörder*, 1972, S. 167.

<sup>659</sup> Ralph Graeub, *Die sanften Mörder*, 1972, S. 170.

<sup>660</sup> Reinhard Demoll, *Ketten für Prometheus*, 1954, S. 15.

<sup>661</sup> Ralph Graeub, *Die sanften Mörder*, 1972, 166.

<sup>662</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, 1968, S. 241.

<sup>663</sup> Ernst Jäckel, *Tödlicher als die Bombe*, 1968, S. 241.

schien ein „Weiterleben der Menschheit ausgeschlossen“ ohne Rückkehr zu den „unabänderlichen göttlichen Sittengesetzen“.<sup>664</sup>

Trotz des moralischen Pathos, der eindringlichen Appelle und der religiösen oder antikomunistischen Untertöne: In der Öffentlichkeit fand der kulturkritisch-reaktionäre Anti-AKW-Diskurs kein Gehör. Auch jene, die wie Gertrud Woker ohne rassistische oder menschenfeindliche Argumentation vor der Atomenergie warnten, stiessen auf taube Ohren. Die wenigen AKW-Kritiker hatten keine Chance, im Atomzeitalter wahrgenommen zu werden, geschweige denn, dessen Verheissungen zu übertönen. Mit der konservativen Naturschutz-, der linksgerichteten Antiatom- und der ‚progressiven‘ Arbeiterbewegung standen ja selbst die wichtigsten Oppositionsströmungen für die Atomenergie ein.

### 5.2.2 Der gemässigt-juristische Anti-AKW-Diskurs 1969–1972/73

Im Jahr 1969 traten neue Opponenten in Erscheinung, welche die Atomenergie mit veränderter Argumentation öffentlichkeitswirksam in Zweifel zogen und den vormals breiten Konsens durchbrachen.<sup>665</sup> Dass ab Mitte der 1960er Jahre ein AKW-Projekt nach dem anderen angekündigt worden war, hatte die Öffentlichkeit noch durchweg begrüsst. Die ersten Atomanlagen hatten die benötigten Bewilligungen problemlos erhalten, und der Bau schritt so rasch voran, dass Beznau I im Sommer 1969 in Betrieb gehen konnte.<sup>666</sup> 1969 war aber auch das Jahr, in dem das Bewilligungsverfahren für das AKW Kaiseraugst in die entscheidende Phase kam – und dieses Projekt wurde prompt zum Problemfall. Jetzt regten sich Bedenken, und alle nachfolgenden Projekte stiessen auf zunehmenden Widerstand.

Das sich im Jahr 1969 manifestierende Unbehagen scheint aus heutiger Sicht nahezu zwingend, denn die Schweiz schrammte damals nur denkbar knapp an einer Atomkatastrophe vorbei. Seit Beginn der 1960er Jahre hatte die NGA in Lucens versucht, einen weiteren Schritt in Richtung eines kommerziellen Reaktortyps zu tun. Spätestens am 21. Januar 1969 aber erwies sich die Entwicklung einer schweizerischen Reaktorlinie unwiderruflich als Sackgasse.<sup>667</sup> Im Untergrund kam es zum Kontrollverlust, Brennelemente schmolzen, der Mode-

---

<sup>664</sup> Günther Schwab, *Der Tanz mit dem Teufel*, 1958, Buchumschlag.

<sup>665</sup> Zur Entfaltung des Anti-AKW-Diskurses bzw. zur Genese der entsprechenden Widerstandsbewegung zwischen 1969–1972/73 vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 52-69; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 115-128; Johannes Max Zürcher, *Umweltschutz als Politikum*, 1978, S. 47-54; Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 22-27.

<sup>666</sup> Fritz Aemmer, Kurt Küffer, *Beznau: Der erste Druckwasserreaktor*, in: SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik*, 1992, S. 163-177.

<sup>667</sup> Der Bau eines eigenständigen Versuchsatomkraftwerks war pannen anfällig und problembeladen, dauerte sieben statt vier Jahre und verschlang viele Millionen Franken. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht verlor das Projekt noch während der Bauzeit jegliche Perspektive. Als im Frühjahr 1963 bekannt wurde, dass die NOK einen ameri-

---

ratortank barst und radioaktives Material wurde durch die Reaktorkaverne geschleudert. Damit endete eines der umfangreichsten Industrieprojekte der Schweiz, ein Atomreaktor ‚Made in Switzerland‘, im Fiasko.

Obschon die Havarie von Lucens bis heute zu den schwersten Reaktorunfällen überhaupt zählt, nahmen die Zeitgenossen vom schweren Unfall kaum Notiz. Noch standen keine diskursiven Interpretationsmuster bereit, mit denen sich die knapp abgewendete Atomkatastrophe hätte deuten und einordnen lassen. Weil die Befunde des so genannten Baldinger-Berichtes in einen etablierten Diskussionszusammenhang eingeordnet werden konnten, rief dessen Offenlegung im März 1969 ungleich stärkere Reaktionen hervor. Mit der Diagnose, dass die projektierten Atomkraftwerke – diese sollten allesamt mit Flusswasser gekühlt werden – die Gewässer erwärmen könnten, war das Ergebnis dieser Expertenkommission brennend. Besorgten Naturschützern war es zu Beginn der 1960er Jahre nämlich gelungen, einen breiten Gewässerschutzdiskurs zu entfachen, der zu einem politisch und massenmedial getragenen Thema aufstieg.<sup>668</sup> Nach all den Debatten über Fischsterben, Badeverbote oder Algenteppiche schaffte es die Meldung, dass sich die Wasserqualität wegen der Erwärmung weiter verschlechtern könnte, leicht auf die Agenda öffentlich diskutierter Probleme. Das zentrale Motiv eines neuen Anti-AKW-Diskurses waren also weder die eigentlichen Atomreaktoren noch die Geschehnisse in Lucens. Vielmehr wurde die Atomenergie durch die Kühlwasserproblematik und die damit verbundene Erwärmung der Gewässer politisiert.

Im März 1971 versuchte der Bundesrat die Debatte im Keim zu ersticken, indem er weitere Durchlaufkühlungen kurzerhand verbot. Doch die Infragestellung der Atomenergie liess sich damit nicht mehr rückgängig machen. Zwar war das Argument der thermischen Belastung vom Tisch, doch mit den Kühltürmen rief die Atomenergie wiederum den Landschaftsschutz auf den Plan. Zudem wurden mit der Kühlturmalternative auch jene Ängste nicht ausgeräumt, welche schon frühere Kritiker angesprochen hatten. Seit Beginn der 1970er Jahre wurden mit der Sicherheits- und Atommüllfrage nämlich altbekannte Problemfelder wieder eröffnet, die einst diskussionslos übergangen worden waren. Dass es auf diese Ungewissheiten keine abschliessenden Antworten gab, fachte die Debatte weiter an.

Nun waren es keineswegs die Linksparteien, welche ab 1969 einen neuen Anti-AKW-Diskurs begründeten. Hinsichtlich der SPS und der PdAS ist dies wenig erstaunlich, doch genauso

---

kanischen Leichtwasserreaktor kaufen möchte, war klar, dass die schweizerische Eigenentwicklung kaum Abnehmer finden würde. Tobias Wildi, *Der Traum vom eigenen Reaktor*, 2003, S. 194-195.

<sup>668</sup> Zum Gewässerschutzdiskurs der 1950er und 1960er Jahre siehe Manuel Eisner, „Wenn Fische und Bäche stimmen könnten...“, 2003; Damir Skenderovic, *Die schweizerische Umweltschutzbewegung*, 1992, S. 122-125.

wenig war es die Neue Linke, welche dem Atomkonsens der Nachkriegszeit die ersten Risse zufügte. Die Ursprünge des Atomenergiekonflikts lagen vielmehr bei betroffenen Anwohnern, lokalen und regionalen Aktionskomitees, kritischen Spezialisten oder Politikern, die nicht selten den bürgerlich-konservativen Regierungsparteien nahe standen. Ganz am Anfang stand sogar die basellandschaftliche Regierung selbst, denn sie hatte schon am 25. März 1969 politische Forderungen aus dem Baldinger-Bericht abgeleitet.<sup>669</sup> Wie die Basler Politiker waren auch die ersten Widerstandskomitees nicht prinzipiell gegen die Nukleartechnologie – aber gegen einen Atomreaktor in Kaiseraugst. Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK) etwa brachte die Erwärmung des Wassers, die Kühltürme oder die Strahlengefahr vor allem im Zusammenhang mit der Standortfrage zur Sprache.<sup>670</sup> So gab es mit der Basler Regierung eine Opposition von ‚oben‘ und mit den Bürgerinitiativen Widerstand von ‚unten‘ – doch bei der Initialzündung des Anti-AKW-Diskurses waren die untersuchten Organisationen nicht mit von der Partie.

Die PdAS sah in den Jahren 1969–1972/73 keinen Anlass, die Frage der Atomenergie auch nur zu stellen. Das Debakel von Lucens nahmen die Kommunisten zwar zur Kenntnis, denn durch das Scheitern dieses privatwirtschaftlichen Projekts galt ihnen die Notwendigkeit der Verstaatlichung als bewiesen.<sup>671</sup> So wurden einmal mehr die rechtlichen Grundlagen der Atomwirtschaft kritisiert, ohne aber Sinn und Zweck der entsprechenden Technologie zu bezweifeln. Dass die technologischen Errungenschaften voll ausgenützt werden müssen, galt der PdAS nach wie vor als Selbstverständlichkeit. Das kommunistische Ja galt deshalb uneingeschränkt, und die Partei wollte sich den Atomreaktoren selbst unter kapitalistischen Vorzeichen nicht widersetzen. Vom Nutzen der Atomtechnologie zutiefst überzeugt, prallten die Sorgen der frühen AKW-Skeptiker also an der PdAS ab.

Anders als die Kommunisten hatte sich die Neue Linke nie an den Verheissungen des Atomzeitalters berauschen können, denn als sich ihre Organisationen ab Ende der 1960er Jahre formierten, war das atomare Hochgefühl längst verfliegen. Da sich die POCH und die RML

---

<sup>669</sup> In einer Eingabe an den Bundesrat hat die Baselländer Regierung verlangt, dass am Rhein und dessen Zuflüssen keine weiteren Atomkraftwerke bewilligt werden, bis die thermische Belastung besser abgeklärt sei. Zwei Monate später hieb der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt mit einer Resolution in die gleiche Kerbe. Zu den Vorstössen aus den Basler Halbkantonen vgl. Jean-Claude Favez, Ladislas Mysyrowicz, *Le nucléaire en Suisse*, Annexe 1, 1987, S. 224-226; Jean-Claude Favez, *Le nucléaire et la culture politique Suisse*, 1987, S. 147 ff.

<sup>670</sup> Gegründet wurde das NAK 1970. Gegner des Kaiseraugster AKW-Projekts hatten sich bereits im Sommer 1969 in der Gruppe „Kaiseraugst für gesundes Wohnen“ zusammengeschlossen.

Zum NAK siehe Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 57-58; Michael Schroeren, z. B. *Kaiseraugst. Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam*, Zürich 1977 S. 19-24; Stefan Füglistler (Hg.), *Kaiseraugst verhindern*, 1984, S. 69-75.

<sup>671</sup> Ein typischer Kommentar lautete wie folgt: „Das Debakel von Lucens hat bereits vor zwölf Jahren begonnen, damals nämlich, als der Verfassungsartikel über die Atomkraft im Parlament zur Diskussion stand und die in die

nie explizit zum Atomprogramm bekannt hatten, konnten sie das Aufkommen des Anti-AKW-Diskurses emotionslos zur Kenntnis nehmen. Rückblickend meinte die RML zwar feierlich, ihre Zeitschriften hätten „weltweit zu den ersten Organen der Linken“ gehört, „welche die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie ablehnten“.<sup>672</sup> Das ist nicht grundsätzlich falsch, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Atomenergie für die Trotzlisten bis 1974 kein diskussionswürdiges Thema war. Vergleichsweise früh flossen die Bedenken der ersten AKW-Skeptiker in die POCH-Zeitung ein. Im Oktober 1972 war diese zu dem Schluss gekommen, dass im Rheintal aus meteorologischen Gründen der Bau eines Atomkraftwerkes zu verbieten sei.<sup>673</sup> Ab diesem Zeitpunkt griffen verschiedene Sektionen Fragmente des Anti-AKW-Diskurses auf und begannen sich binnen eines Jahres gegen die AKW-Standorte Rütli, Gösgen und Inwil zu wenden.<sup>674</sup>

Weil anlässlich der ersten Vorbehalte nicht grundsätzlich mit der Atomenergie gebrochen wurde, hatte die SPS zunächst wenig Mühe, den Bedenken Rechnung zu tragen. Einerseits konstatierte sie 1971, dass die „Atomkraftwerke mit Kühlwassersystem [...] Flüsse, Lebewesen und Umwelt (gefährden)“.<sup>675</sup> Andererseits galt die Atomkraft im gleichen Manifest – der Kühltürmbetrieb versprach ja Abhilfe – weiterhin als Energieträgerin der Zukunft. So hielt die Sozialdemokratie an den alten Versprechungen dieses Fortschrittsfaktors fest und formulierte gleichzeitig erste Sicherheitsanforderungen. Je mehr sich aber die Positionen im Anti-AKW-Diskurs radikalisierten, desto mehr geriet diese ambivalente Energiepolitik unter Druck. Spannungen bauten sich insbesondere in den eigenen Reihen auf. Manche SPS-Repräsentanten machten sich uneindeutig für das Atomprogramm stark, während sich andere früh in den Anti-AKW-Diskurs einreihen. Deshalb begann sich bald abzuzeichnen, dass die Atomfrage dereinst die Sozialdemokratie spalten würde.

Leitfigur der AKW-Befürworter war Willi Ritschard, der als Solothurner Regierungsrat die politischen Weichen zur Realisierung des Atomkraftwerkes Gösgen stellte.<sup>676</sup> Ritschard, der als Regierungsvertreter im Verwaltungsrat des Stromkonzerns Atel sass, hatte sich in der zwei-

---

Zukunft weisenden Anträge der Partei der Arbeit, die gesamte Kernenergieerzeugung als Domäne des Bundes zu erklären, von der bürgerlichen Ratsmehrheit unter den Tisch gewischt wurden.“ Vorwärts, 7.8.1969.

<sup>672</sup> Thesen zu einer sozialistischen Energiepolitik, Sonderbeilage zur Bresche, Nr. 181/182, Juni 1981.

<sup>673</sup> Zeitung der POCH, Nr. 1, Oktober 1972, S. 5.

Seit dem Bundesratsentscheid im März 1971 waren Befürchtungen geäußert worden, dass sich das regionale Klima wegen der Kühltürme verändern könnte. Eineinhalb Jahre später meinte dann auch die POCH-Zeitung, dass dieses Kühlsystem das regenreiche Rheintal noch nasser machen könnte.

<sup>674</sup> Vgl. Zeitung der POCH, Nr. 2, Oktober 1973, S. 2.

<sup>675</sup> SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971, S. 22.

<sup>676</sup> Dieter Ulrich, Von einer linken zu einer links-grünen Politik. Der Generationenwechsel in der SP des Kantons Solothurn von 1967 bis 1989, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004, S. 51-52 und S. 65.

ten Hälfte der 1960er Jahre vehement für den Bau eines Atomkraftwerkes auf Kantonsgebiet eingesetzt. So war er 1967 davon überzeugt, dass der Kanton Solothurn wegen seiner Beteiligung am Energiekonzern zwar keinen rechtlichen, aber doch „einen moralischen Anspruch“ auf ein Atomkraftwerk habe.<sup>677</sup> Seine Bemühungen waren erfolgreich, und 1969 liess die Atel verlauten, dass sie in Gösigen ein Atomkraftwerk errichten wolle. Widerstand keimte erst auf, als die Standortgemeinde Däniken Ende 1972 die Baubewilligung erteilen wollte.<sup>678</sup> Alle Einsprachen aber wurden abgewiesen, und als im Herbst 1973 mit dem Bau begonnen wurde, richtete sich der Zorn gegen jenen, der als Hauptverantwortlicher galt. Willi Ritschard – so erwogen nun manche Opponenten – sollte über eine Volksinitiative mitsamt dem ganzen Regierungsrat abberufen werden. Was nach Solothurner Verfassung möglich gewesen wäre, brachte die Gruppe Aktion pro Niederamt nicht zustande: Als Willi Ritschard Ende 1973 zum Bundesrat aufstieg, ging die Hauptfigur verloren und die Abberufungsinitiative verlief im Sand.

Während Ritschard als Atombefürworter national bekannt wurde, gingen von einzelnen Sozialdemokraten wichtige Impulse des Anti-AKW-Diskurses aus. Ein Gegner der ersten Stunde war Alexander Euler, der 1970 zu den Gründungsmitgliedern der ersten regionalen Anti-AKW-Organisation zählte.<sup>679</sup> Zusammen mit dem NAK machte sich der Basler Grossrat auf, den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst zu bekämpfen. Als er 1979 für die SPS in den Nationalrat einzog, hatte sich Euler – mittlerweile Präsident des NAK/NWA – längst zu einem grundsätzlichen AKW-Gegner entwickelt.<sup>680</sup> Auch manche SPS-Sektionen entwickelten schon ab 1969 atomenergiekritische Positionen. Die Bedenken des basellandschaftlichen Regierungsrates etwa wurden von der sozialdemokratischen Fraktion umgehend aufgenommen.<sup>681</sup> Bis im Oktober 1973 hatte sich das Unbehagen derart verschärft, dass die SP Baselland die Atomenergie aus grundsätzlichen Erwägungen verwarf. Bald bekämpften die kritischen Sozialdemokraten also das, was ‚ihr‘ Bundesrat Willi Ritschard als zuständiger Energieminister verteidigte: das schweizerische Atomprogramm.

---

<sup>677</sup> Willi Ritschard im Solothurner Kantonsrat, 1967, zitiert in: Dieter Ulrich, Von einer linken zu einer links-grünen Politik, 2004, S. 52.

<sup>678</sup> Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 24.

<sup>679</sup> Zu Alexander Euler – er war schon in der Antiatombewegung aktiv gewesen – vgl. Ruedi Brassel-Moser, Euler, Alexander, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 22.11.2005, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D33690.php>; Stefan Füglistler (Hg.), Kaiseraugst verhindern, 1984, S. 69-75; Patrick Kupper, Abschied vom Wachstum und Fortschritt, 1998, S. 43 und S. 57; Patrick Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 2003, S. 109 und S. 114.

<sup>680</sup> Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK) hiess ab 1974 Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA).

<sup>681</sup> Zur Atomenergiepolitik der SP Baselland zwischen 1969 und 1986 siehe Leyla Gül, Die Atomenergiepolitik, 2002, S. 74-106. Für die Phase zwischen 1969 und 1972 siehe S. 74-78.

All die frühen Opponenten formten ab 1969 einen neuen Anti-AKW-Diskurs, welcher sich von den kulturkritisch-reaktionären Grundmustern fundamental unterschied. Kennzeichnend für die Phase bis 1972/73 war erstens dessen gemässigter Charakter. Im Vergleich zur alten Opposition schlugen die neuen Aktivisten ungleich sanftere Töne an.<sup>682</sup> Die konservativen Vorgänger hatten ihre Kritik noch in eine dramatische, metaphorische Sprache verpackt. Sie redeten vom ‚Atomgift‘, setzten die Atomenergie mit ‚Siechtum‘ und ‚Atomtod‘ gleich oder geisselten die ‚Todeskraftwerke‘ in dämonologischer Aufmachung als ‚Teufelswerke‘. Von den markigen Worten der kulturkritisch-reaktionären Atomopposition waren die nachfolgenden AKW-Kritiker meilenweit entfernt. Ihr neuer Argumentationsstil zeichnete sich vielmehr durch den Versuch der Versachlichung aus. Sichtlich um Seriosität bemüht, wurden die AKW-kritischen Ausführungen in eine nüchterne Terminologie verpackt. So lehnte man sich gerne an die Fachsprache an und griff auf wissenschaftliche Expertisen wie den Baldinger-Bericht zurück. Es ist klar, dass mit dieser sachkennerischen Gewissenhaftigkeit die moralische Ergriffenheit und das metaphorische Pathos des Vorgängerdiskurses verloren gehen mussten. Dies war gewollt, denn durch die Anbindung an den Fachjargon wollten die nachfolgenden Atomskeptiker als ernstzunehmende Opponenten wahrgenommen werden. Eine präzise Sprache und eine sachliche Beweisführung waren deshalb umso wichtiger, um nicht als un-seriöse Gesprächspartner aus der Atomdebatte ausgeschlossen zu werden.

Die gemässigte Wortwahl hing auch mit dem biographischen Hintergrund jener Skeptiker zusammen, welche dem Anti-AKW-Diskurs zum Durchbruch verhalfen. Dem NAK beispielsweise gehörten neben regionalen Politikern auch Ärzte, Wissenschaftler oder Geschäftsleute an. Das waren etablierte Bürger im mittleren Alter. In die extreme Ecke passten diese ‚Gemässigten‘ jedenfalls nicht, und so ist es nicht erstaunlich, dass die NAK-Exponenten ihre Ziele mit traditionellen, rechtsstaatlichen Mitteln erreichen wollten.

In das Bild eines massvollen Widerstands fügte sich ferner die zurückhaltende Zielsetzung. Die ersten AKW-Gegner richteten sich nicht fundamental gegen die Atomenergie, sondern bekämpften mit ihrer punktuellen Kritik lediglich einzelne Aspekte des Atomprogramms. Dazu gehörten etwa die Flusswassererwärmung, die Landschaftsbeeinträchtigung, das Bewilligungsverfahren oder die Standortwahl. Aus grundsätzlichen Überlegungen aber hat man die Atomtechnologie nicht explizit verworfen.

Ein zweites Charakteristikum dieses gemässigten Anti-AKW-Diskurses war, dass die Schwerpunkte auf einer juristischen Argumentations- bzw. Aktionsebene lagen. Ob in Kai-

---

<sup>682</sup> Zur neuen Sprache im Anti-AKW-Diskurs nach 1969 vgl. auch Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 84-89.

seraugst, Leibstadt, Gösgen oder Graben, zwischen 1969 und 1973 bevorzugten die AKW-Gegner überall institutionalisierte Einsprachemöglichkeiten. Dementsprechend passte das Handlungsrepertoire in einen Rahmen, welcher die Legalität unangetastet liess. Angewendet wurden vielmehr konventionelle Methoden, und auch die Öffentlichkeitsarbeit war traditionell. So wurden Einsprachen erhoben, Beschwerden eingeleitet, Stellungnahmen eingefordert, Unterschriften gesammelt oder Petitionen eingereicht.

Der folgenschwerste Rechtsstreit wurde dabei um jenes Projekt ausgetragen, das im Ringen um die Atomkraftwerke zum Hauptschauplatz geworden war.<sup>683</sup> Im Juni 1972 verweigerte der Kaiseraugster Gemeinderat die kommunale Baubewilligung, weil sich die Stimmberechtigten gegen das neue Kühlturmprojekt ausgesprochen hatten. Jetzt begann ein Rechtsstreit, der über die Aargauer Kantonsregierung bis ans Bundesgericht führte. Die höchstrichterliche Instanz gab schliesslich der AKW-Projektantin Recht, weshalb der Gemeinderat am 5. Dezember 1973 das Baugesuch bewilligte. So mussten die AKW-Gegner auf dem juristischen Feld eine entscheidende Niederlage einstecken, denn der Gerichtsentscheid war richtungsweisend. Nun stand fest, dass der Widerstand auf dem Rechtsweg in einer Sackgasse endete. Daher konnten bis Ende 1973 auch die Einspracheverfahren betreffend der Vorhaben in Gösgen und Leibstadt abgeschlossen werden. Die Möglichkeiten des legalen Protests waren ausgeschöpft, nachdem alle Instanzen festgehalten hatten, dass hinsichtlich der Atomkraftwerke die Bundeskompetenzen obsiegen. Während der Ausarbeitung des Atomgesetzes hatte es niemand für möglich gehalten, dass betroffene Bürger oder Gemeinden im Atomenergiebereich mitreden möchten. So fiel die zentralistische Atomgesetzgebung auf die AKW-Gegner zurück, was nach dem Bundesgerichtsurteil Unverständnis, Verbitterung und Frustration auslöste.

Die folgende Ausweitung der AKW-Debatte war indessen nicht nur auf das beklagte Demokratiedefizit zurückzuführen. Mit der „1970er Diagnose“ setzten sich neue Interpretationsmuster durch, welche um 1972/73 auch den Komplex der Energiegewinnung erfassten. Unter den Vorzeichen des Umweltschocks wurde der Anti-AKW-Diskurs neu kodiert, und mit der ökologischen Fundamentalkritik begann eine neue Phase. Aus einer gemässigt-juristischen Gegenargumentation entwickelte sich ein diskursives Widerstandsmuster, das als politisch-weltanschaulich bezeichnet werden kann. Dieser machtvolle Anti-AKW-Diskurs spaltete die Gesellschaft – und nahm über kurz oder lang auch die Linksparteien nicht aus.

---

<sup>683</sup> Zum Rechtsstreit um das AKW Kaiseraugst zwischen Mitte 1972 und Ende 1973 vgl. Patrick Kupper, Abschied vom Wachstum und Fortschritt, 1998, S. 65; Patrick Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 2003, S. 197-203; Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 25-26; Johannes Max Zürcher, Umweltschutz als Politikum, 1978, S. 49 f.



### 5.2.3 Der politisch-weltanschauliche Anti-AKW-Diskurs ab 1972/73

Im Rahmen eines längeren Prozesses – vor allem während der Jahre 1972 und 1973 – drang die Umweltfrage in die Kontroverse um die Atomenergie ein.<sup>684</sup> Dabei wurde der Anti-AKW-Diskurs von der ökologischen Fortschrittskritik erfasst und in den Interpretationsrahmen der „1970er Diagnose“ eingepasst. So wurde die Atomenergie-Debatte von einem grundlegenden Wandel ergriffen. Als im Frühjahr 1975 das Kaiseraugster Baugelände besetzt wurde, debattierte man über den technoökonomischen Fortschritt hinaus auch Grundwerte wie Demokratie, Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit oder Föderalismus.<sup>685</sup> So bildete der Anti-AKW-Diskurs den Rahmen, der verschiedenste Grundsatzdebatten zusammenhielt.

Unter dem Umweltschock haben sich die Ansichten der AKW-Skeptiker nicht nur radikalisiert, es kamen auch weitere Gegner hinzu. In der Umkehr der Naturschutzorganisationen ist eine gewisse Ironie der Geschichte zu erkennen, schliesslich war genau die Atomenergie einst als ‚saubere‘ Art der Stromerzeugung gefeiert worden. Zu Beginn des Jahres 1973 war die naturschützerische Haltung noch unbestimmt, doch dann setzte sich mit der Neukodierung des Anti-AKW-Diskurses ein klarer Standpunkt durch.<sup>686</sup> Aus einem ökologischen Blickwinkel wurde es zur Gewissheit, dass der Atomstrom kaum etwas zur Versöhnung von Mensch und Natur beitragen könne. Deshalb forderte der WWF im Sommer 1973 mit dem Atommoratorium eine Denkpause – ein Anliegen, dem sich weitere Naturschutzorganisationen bald anschliessen sollten.

Geprägt von ökologischen Bedenken einerseits und politischer Enttäuschung andererseits traten Ende 1973 erstmals AKW-Gegner auf, die dem ‚progressiven‘ Lager entstammten. Die SPS hatte mit einer Resolution gegen den erwähnten Bundesgerichtsentscheid protestiert, wollte aber keine weiteren Schritte einleiten. Einigen Basler Jungsozialisten um den Politologiestudenten Ruedi Epple reichte das nicht aus, und sie begannen im November 1973 ein eigenes Netzwerk aufzubauen. Mit Erfolg: Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) entwi-

---

<sup>684</sup> Zur Entwicklung des Anti-AKW-Diskurses im Zuge der ökologischen Fundamentalkritik ab 1972/73 vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 69-75; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 131-145; Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 27-63.

<sup>685</sup> Rückblickend beschrieb eine Anti-AKW-Aktivistin die diskursive Ausweitung der Atomenergiedebatte wie folgt: „Alles schien in Bewegung zu geraten, Kaiseraugst war unser 68. Die Fragen weiteten sich aus über Energiesorgen, sanfte Technologie und Demokratieverständnis, zur Sinnfrage überhaupt. Alles wollten wir anders, und zwar grundsätzlich; Selbstverwaltung, kleine, überschaubare Einheiten, Vernetzung, stürmischer Aufbruch im Zwischenmenschlichen.“ Maja Zysset, *Kaiseraugst war unser 68*, in: Stefan Füglistler (Hg.), *Kaiseraugst verhindern*, 1984, S. 101-107, hier S. 102.

<sup>686</sup> Seit 1969 hatten die Naturschutzorganisationen einzelne Aspekte beanstandet, ohne aber die Atomenergiepolitik einer Grundsatzkritik zu unterziehen. Zum Meinungsumschwung des Schweizerischen Bundes für Naturschutz, des Rheinlandbundes, des WWF und der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz zwischen 1969 und 1975 vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 84-113; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 140-145.

ckelte sich zu einer bedeutsamen Gruppierung, die 1975 die Kaiseraugster Bauplatzbesetzung initiierte.<sup>687</sup> Dem politischen Selbstverständnis nach fühlte sich die GAK indessen mehr der Neuen als der traditionellen Linken verbunden. Die Methode des gewaltfreien Widerstands verwies auf Theoriediskussionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem im Umkreis der 68er-Bewegung geführt worden waren. Der GAK ging es aber weniger um die sozialistische Wende als um die Sache selbst, und das war die Verhinderung des Atomkraftwerkes Kaiseraugst.<sup>688</sup> Diese thematische Einschränkung und die parteipolitische Neutralität konnten von vielen akzeptiert werden, weshalb bald Leute aus den verschiedensten Lagern hinstiegen. Während der Besetzungszeit wurde die GAK gar zu einem Sammelbecken für jene, die sich einer Gruppierung jenseits der Linken anschliessen wollten.<sup>689</sup> Nach den Naturschutzorganisationen und der GAK stiessen 1974 weitere Gruppierungen zur Atom-Opposition hinzu, die allerdings nicht primär durch Umweltsorgen motiviert waren: die POCH und die RML. Nachdem sich die POCH im Herbst 1972 gegen einzelne AKW-Projekte ausgesprochen hatten, wurden im Januar 1974 alle geplanten Atomreaktoren abgelehnt.<sup>690</sup> Dieser Widerstand richtete sich allerdings nicht gegen die Atomenergie selbst, sondern sollte vielmehr die ‚kapitalistische Atomwirtschaft‘ treffen. Gegen „die Profitplanung der Energiemonopole“ war denn auch der Volksmarsch gerichtet, den die POCH am 15. Juni 1974 durchführten.<sup>691</sup> Im Rahmen dieser Kundgebung – es handelte dabei um einen der ersten Anti-AKW-Protestmärsche der Schweiz – marschierten rund 500 Personen von Basel nach Kaiseraugst, wo dann die Verstaatlichung des Energiesektors gefordert wurde.<sup>692</sup> Im Herbst 1974 versuchten die POCH, die nationale Koordination der lokalen Anti-AKW-Gruppierungen an sich zu reißen. Seit längerem war vergeblich versucht worden, die versprengten AKW-Gegner zusammenzuschliessen. Deshalb strebten nun die POCH mit einem Schweizerischen Widerstandskomitee an, die lenkende Hand der Atom-Opposition zu werden.<sup>693</sup> Eben-

---

<sup>687</sup> Zur Geschichte der GAK vgl. Michael Schroeren, z. B. Kaiseraugst, 1977; Stefan Füglistler (Hg.), Kaiseraugst verhindern, 1984, S. 76-82 und S. 123-128 (Gespräch mit Ruedi Epple); Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 27-33.

<sup>688</sup> Die Grundsatzklärung vom 25.2.1974 kam deshalb ohne radikale Klassenkampfretorik daher. Zur Grundsatzklärung der GAK siehe Michael Schroeren, z. B. Kaiseraugst, 1977, S. 35. Zum eher zurückhaltenden Ton der GAK vgl. auch Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst, GAK (Hg.), Atomenergie-Argumentekatalog, Liestal 1974.

<sup>689</sup> „Durch diesen Mitgliederzuwachs verstärkte sich der ‚Rechtsdrall‘ in den Reihen der GAK“, beschrieb Schroeren das wechselnde Selbstverständnis der Gruppe. Michael Schroeren, z. B. Kaiseraugst, 1977, S. 129.

<sup>690</sup> Zeitung der POCH, Nr. 10, Januar 1974, S. 1.

<sup>691</sup> POCH-Zeitung, Nr. 23, Mai 1974, S. 3.

<sup>692</sup> Atomkraftwerke und Energiemonopole, Referat von Willi Gerster, gehalten am Volksmarsch nach Kaiseraugst am 15.6.74, StABS, Pa 933a G 4-1.

<sup>693</sup> Die vollständige Bezeichnung lautet Schweizerisches Widerstandskomitee gegen den unverantwortlichen A-Werk Bau (SWK). Gegründet wurde das SWK am 14. September 1974, als Präsident amtierte der POB-Grossrat Willi Gerster. Vgl. POCH-Zeitung, Nr. 14, Oktober 1974, S. 3.

falls im September 1974 beschlossen die POCH, in den Kantonen St. Gallen und Luzern Volksinitiativen ‚Gegen den unverantwortlichen Atomkraftwerkbau‘ zu lancieren.<sup>694</sup> Diese Vorstösse waren gegen die Vorhaben in Rüthi und Inwil gerichtet und zielten darauf ab, die ‚monopolistischen‘ AKW-Pläne vor das Stimmvolk zu bringen. Die eine Initiative verlief allerdings im Sand und die andere wurde vom Bundesgericht für rechtswidrig erklärt.<sup>695</sup>

Wie die POCH versuchte auch die RML, dem Anti-AKW-Diskurs eine klassenkämpferische Note zu verpassen. Seit dem Sommer 1974 trat die Liga einerseits dafür ein, dass sich die AKW-Gegner an der Arbeiterbewegung orientieren.<sup>696</sup> Andererseits sollten auch die Linken selbst die Frage der Atomenergie aufgreifen. An die oberste Stelle auf der trotzkistischen Agenda schafften es die Atomkraftwerke dann, als im April 1975 das Kaiseraugster Baugelände besetzt wurde. Sofort war die RML vor Ort und war bemüht, der noch unstrukturierten Bewegung antikapitalistische Impulse zu verleihen.

Die Argumente, mit denen die linken Aussenseiterparteien gegen das Atomprogramm antraten, wurden also nicht aus dem Umweltdiskurs bezogen. Entscheidender als die ökologische Umdeutung des Energieproblems war vielmehr die aussichtslos scheinende Lage, in welche die AKW-Kritiker ab Mitte 1973 geraten waren. Jetzt, wo sich die Gegner aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Atomenergie stellten, wies das Bundesgericht sämtliche Beschwerden letztinstanzlich ab. Die juristischen Niederlagen wirkten deprimierend, und mit dem Gefühl der Ohnmacht wurde politisches Potenzial freigelegt. Die Atomenergie entpuppte sich dabei als Frage, die nicht auf einer juristischen Ebene abgehandelt werden konnte. Vielmehr trat deren politischer Charakter von gesellschaftlicher Sprengkraft zu Tage. Dieses neue Politikfeld blieb zunächst allerdings unbearbeitet, weil die traditionellen Parteien die gesellschaftspolitische Tragweite des Anti-AKW-Diskurses übersahen. Anders als die herkömmlichen Fraktionen nahm die Neue Linke die emotionsgeladene Politisierung jedoch zum Anlass, um in den Anti-AKW-Diskurs einzustimmen.

Mit den marxistischen Paradigmen ging es den POCH und der RML darum, gesellschaftspolitische Standpunkte in den Anti-AKW-Diskurs einzubringen. Da das Atomprogramm als Ausdruck der kapitalistischen Machtkonstellation gedeutet wurde, sollten Einsichten in die Strukturen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vermittelt werden. Obschon POCH und RML zunächst lediglich die kapitalistischen Unzulänglichkeiten auf die politische Agenda setzen wollten, wurden sie bald vom Umweltdiskurs erfasst, und neben die strategischen Zielset-

---

<sup>694</sup> POCH-Zeitung, Nr. 12, September 1974, S. 3.

<sup>695</sup> Zur Ungültigkeitserklärung der in St. Gallen lancierten Initiative vgl. POCH-Zeitung, Nr. 6, Februar 1976, S. 1.

<sup>696</sup> Die französischsprachige La Brèche befasste sich schon im Sommer 1974 mit der Atomenergie. La Brèche, 1974, Nr. 90, Nr. 94-96.

zungen trat eine vertiefte Betrachtung der Atomtechnologie. Deshalb wurden bald auch die inhärenten Risiken der Atomenergie aufgegriffen, und die Neue Linke entwickelte sich zu einer überzeugten AKW-Gegnerin. So starteten ihre Organisationen 1975 und 1979 direktdemokratische Versuche, um zunächst ein vierjähriges Atommoratorium, dann sogar das Abschalten der bestehenden Atomreaktoren zu erzwingen.<sup>697</sup>

Anders als bei der Neuen Linken war es der Umweltdiskurs, welcher die SPS im Verlauf der 1970er Jahre zu einer Kehrtwendung veranlasste. Was den Sozialdemokraten einst als Zukunftsfaktor gegolten hatte, erwies sich im Licht der „1970er Diagnose“ als Ergebnis fehlgeleiteter Utopien. Doch der Abschied vom Atomzeitalter verlief weder geradlinig noch konfliktfrei, denn die Umkehr war umstritten und nahm wegen der Kontroversen einige Zeit in Anspruch.

Als die Atomenergie ab 1972 aus einer ökologischen Perspektive kritisch untersucht wurde, konnten sich die frühen Zweifler unter den Sozialdemokraten bestätigt sehen. Alexander Euler oder die SP Baselland beispielsweise benannten die Probleme, banden die Atomenergie in einen umfassenderen Kontext ein und unterzogen die gängige Fortschrittsphilosophie einer ökologischen Kritik.<sup>698</sup> In der Folge war es besonders die Basis, welche von der SPS eine Umkehr einforderte. Am Parteitag von 1974 etwa warf die Sektion Fontaines die Frage der Sicherheit auf, um dann mit der Moratoriumsforderung sogleich die Antwort vorwegzunehmen.<sup>699</sup> Der grösste Druck ging indessen von SP Baselland aus. Sie verlangte umgehend die Einsetzung einer parteiinternen Kommission zur Abklärung der ökologischen Problematik der Atomenergie.<sup>700</sup> Mit der Eruiierung alternativer Energieträger sollte zugleich ein zukunftsträchtiges Energiekonzept ausgearbeitet werden. Der Parteivorstand aber hatte keine Eile und gedachte offenbar, seine Schlussfolgerungen erst 1979 kundzutun.<sup>701</sup>

Mit der ‚Sozialdemokratischen Plattform 1975‘ konnten die AKW-Kritiker immerhin einen kleinen Erfolg erringen, noch bevor die Kaiseraugster Bauplatzbesetzung ihren Anfang nahm.<sup>702</sup>

---

<sup>697</sup> Auf die entsprechende Moratoriums-Petition bzw. die Volksinitiative ‚für den Stopp des Atomprogramms‘ wird weiter hinter (Kapitel 3.3.1) eingegangen.

<sup>698</sup> Wie die SP BL ab 1972 in den Sog der „1970er Diagnose“ geriet, beschreibt Leyla Gül, *Die Atomenergiepolitik*, 2002, S. 78-81.

<sup>699</sup> „Solange die grundlegenden technischen Probleme und alle Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit nicht abgeklärt sind, muss der Bau von Atomkraftwerken eingestellt werden.“ Sektion Fontaines, in: *Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 25./26. Mai 1974 in Luzern, Bern 1974*, S. 140, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>700</sup> SP Kanton Basel-Land, in: *Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 25./26. Mai 1974 in Luzern, Bern 1974*, S. 134, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>701</sup> Darüber erbost, legten die Baselländer im Frühjahr 1975 ihren Antrag nochmals vor. Merschberger (für die SP BL), in: *Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich (maschinengeschrieben)*, S. 13-16, SOZARCH Ar 1.116.22.

<sup>702</sup> „Solange keine Gesamtenergiekonzeption besteht, dürfen keine Kernkraftwerke gegen den Willen der betroffenen Kantone und Gemeinden gebaut werden.“ *Sozialdemokratische Plattform 1975*, in: *Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975*, S. 42-52, hier S. 44, SOZARCH Ar 1.116.18.

Demnach sollten vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke die Ergebnisse jener Expertenkommission abgewartet werden, die Willi Ritschard 1974 eingesetzt hatte.<sup>703</sup> Diese Forderung markierte indessen keinen Durchbruch, denn in ihr kam lediglich die Einsicht zum Ausdruck, dass die schweizerische Energiepolitik ökologische Kriterien berücksichtigen müsse. Was das für das Atomprogramm bedeutete, blieb unklar, und weil die entsprechenden Fragen an eine offizielle Expertengruppe delegiert wurden, war keine sozialdemokratische Perspektive auszumachen.

Mitte der 1970er Jahre war die sozialdemokratische Position nicht nur nebulös, sondern auch von Gegensätzen und Widersprüchen geprägt. Einerseits hatten in der Partei jene Kritiker zugenommen, die Sinn und Zweck der Atomspaltung bezweifelten. Andererseits hatte die SPS nach dem Zweiten Weltkrieg unablässig betont, dass die Atomenergie ein unverzichtbarer Fortschrittsfaktor sei. Von der ökologischen Zäsur scheinbar unberührt, hielten manche Kantonalsektionen bis Ende der 1970er Jahre an der Atomenergie fest.<sup>704</sup> Und dann waren da noch Befürworter wie Willi Ritschard, die das schweizerische Atomprogramm aus Überzeugung vertraten. Hinter all diesen unvereinbaren Positionen war kein sozialdemokratischer Standpunkt auszumachen, und selbst als sich in Kaiseraugst eine Volksbewegung formierte, blieb die Haltung der SPS diffus. Zwar solidarisierte sich die SP Baselland Anfang April 1975 umgehend mit der GAK und schickte ihre Mitglieder auf den Bauplatz, um die Besetzer zu unterstützen.<sup>705</sup> Vom Lauf der Ereignisse unter Druck gesetzt, fand die SPS aber keine klaren Worte. Vier Wochen nach dem Aktionsbeginn äusserte sie sich in einer halbherzigen Erklärung lediglich zur Besetzung, ohne aber zur Atomenergie eine eigene Meinung zu bekunden.<sup>706</sup>

Am Parteitag von 1976 kam endlich Klarheit in die sozialdemokratische Energiepolitik. Unter dem Druck des Anti-AKW-Diskurses sprachen sich die Delegierten für „einen unverzüglichen und befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau“ aus.<sup>707</sup> Bis zur Klärung aller offenen Fragen sollten demnach keine weiteren Atomreaktoren mehr erstellt werden dürfen. Mit dieser Forderung – das Moratorium kam einer eigentlichen Denkpause gleich – wurde der Atomenergie

---

<sup>703</sup> Seit 1972 hatten mehrere parlamentarische Vorstösse eine Gesamtenergiekonzeption verlangt, die nach ökologischen Gesichtspunkten ausgearbeitet werden sollte. 1974 lenkte der Bundesrat ein, und Willi Ritschard setzte eine entsprechende Expertenkommission ein. Vier Jahre später lag eine schweizerische Gesamtenergiekonzeption vor, die allerdings weitgehend Makulatur blieb. Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption, Das schweizerische Energiekonzept, Schlussbericht, Bern 1978.

<sup>704</sup> Die SPSO stand bis 1977, die SPAG bis 1979 hinter dem Atomenergieprogramm. Vgl. Dieter Ulrich, Von einer linken zu einer links-grünen Politik, 2004, S. 47-88; Leyla Gül, Die Atomenergiepolitik, 2002, S. 41-73.

<sup>705</sup> Leyla Gül, Die Atomenergiepolitik, 2002, S. 81-83.

<sup>706</sup> SPS-Communiqué vom 28.4.1975, zitiert in: Michael Schroeren, z. B. Kaiseraugst, 1977, S. 85-86.

<sup>707</sup> Resolution ‚Atomkraftwerk-Moratorium‘, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 30./31. Oktober 1976 in Montreux, Bern 1976, S. 42, SOZARCH Ar 1.116.18.

noch keine definitive Absage erteilt.<sup>708</sup> Und dennoch markierte diese Resolution eine energiepolitische Wende: Die SPS hatte sich in die Richtung des atomenergiekritischen Lagers gewendet. Die entscheidenden Schritte wurden in der Folge von jener Kommission eingeleitet, die zwischen Sommer 1976 und Frühjahr 1977 ein „Konzept für eine neue Energiepolitik“ ausarbeitete.<sup>709</sup> In diesem Konzept – der ‚Energieparteitag‘ von 1978 hat es nach einigen Kontroversen angenommen – wurde die Forderung eines vierjährigen Atommoratoriums nochmals bekräftigt.<sup>710</sup> Zudem wurde die ablehnende Haltung insofern verschärft, als die Delegierten auch das AKW Gösgen – dieses stand kurz vor der Fertigstellung – in den Bewilligungs- und Baustopp mit einbeziehen wollten. Trotz der verlangten Zwangspause wurde dem Bau neuer Atomkraftwerke ein Hintertürchen offen gehalten. Doch die Bedingungen waren so restriktiv formuliert, dass ein Ausbau des Atomprogramms nicht mehr in Frage kommen konnte.<sup>711</sup> Für die Sozialdemokratie war ‚Kaiseraugst‘ gestorben, und selbst dem AKW Gösgen stand man ablehnend gegenüber.

Dass die Atomenergiegegner 1978 obsiegten, kam auch in der sozialdemokratischen Haltung zur ‚Atomschutz-Initiative‘ zum Ausdruck.<sup>712</sup> Bundesrat Willi Ritschard – er selbst sah sich am damaligen Parteitag als „Bölimann“ – wollte an der nuklearen „Übergangslösung“ festhalten, sprach sich aber vergeblich gegen die Unterstützung des Volksbegehrens aus.<sup>713</sup> Als das Stimmvolk die Vorlage am 18.2.1979 nach einem gehässigen Abstimmungskampf äusserst knapp ablehnte, geriet der eigene Bundesrat an den Pranger. Nicht wenige erkannten in Willi Ritschard keinen Sozialdemokraten mehr und wollten den atomenergiefreundli-

---

<sup>708</sup> Das erklärt, weshalb die untraktandierete Resolution diskussionslos verabschiedet werden konnte. Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 30./31. Oktober 1976 in Montreux (maschinengeschrieben), S. 289-290, SOZARCH Ar 1.116.22.

<sup>709</sup> Das Konzept hat die SPS zusammen mit SGB-Vertretern entwickelt. Für die SPS waren Elmar Ledergerber, Alexander Euler, Ursula Koch, Eduard Kiener und Roger Biedermann federführend, der SGB wurde durch Benno Hardmeier, Gody Kessler und Fritz Reimann vertreten. SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977.

<sup>710</sup> Beschlussprotokoll des ordentlichen SPS-Parteitages vom 19.–21. Mai 1978 in Basel, Bern 1978, S. 56-61, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>711</sup> Ist das Atommüllproblem in jeglicher Hinsicht gelöst, kann der Strombedarf nicht anders befriedigt werden und sollte die betroffene Bevölkerung einverstanden sein, dann wäre die SPS bereit, einen beschränkten Atomausbau zu tolerieren. SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977, S. 17-18. Vgl. auch das Referat von Kurt Reiniger, in: Wortprotokoll des ordentlichen SPS-Parteitages vom 19.–21. Mai 1978 in Basel (maschinengeschrieben), SOZARCH Ar 1.116.23.

<sup>712</sup> Die Eidgenössische Volksinitiative ‚zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen‘ wurde im Mai 1976 vom ‚gemässigten‘ Flügel der Anti-AKW-Bewegung eingereicht. Diese ‚Atomschutz-Initiative‘ wollte die Atomkraftwerke nicht verbieten, sondern das Bewilligungsverfahren demokratisieren. Am 18.2.1979 wurde die Initiative mit 51 % Nein-Stimmen verworfen. Vgl. Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 33-44.

<sup>713</sup> Referat von Willi Ritschard, in: Wortprotokoll des ordentlichen SPS-Parteitages vom 19.–21. Mai 1978 in Basel, S. 1 und S. 2 (maschinengeschrieben), SOZARCH Ar 1.116.23.

chen Energieminister ausschliessen.<sup>714</sup> Auf dem nächsten Parteitag im Juni 1979 lagen sieben Sektionsanträge vor, um Ritschard mitsamt der SPS aus dem Bundesrat abzuziehen.<sup>715</sup> Die Frage der Regierungsbeteiligung wurde schliesslich so akut, dass die SPS drei Monate später eine Arbeitstagung dazu abhielt.<sup>716</sup>

Aus Ärger über die verpatzte ‚Atomschutz-Initiative‘ und angesichts des Reaktorunfalls im Atomkraftwerk Harrisburg in den USA hat die SPS im Juni 1979 ihre Positionen akzentuiert, und das verbliebene Hintertürchen wurde geschlossen. In einer Resolution hielt sie eindeutig fest, „dass ein weiterer Ausbau der Atomenergie zu bekämpfen und wenn möglich zu verhindern ist“.<sup>717</sup> Damit hat eine Position klar Konturen angenommen, die sich seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre abgezeichnet hatte. Die SPS war bereit, die bestehenden Atomkraftwerke zu akzeptieren. Weitere Reaktoren aber – das war Ende der 1970er Jahre klar – wollten die Sozialdemokraten nicht mehr zulassen.<sup>718</sup>

Dennoch hatten sich längst nicht alle Sozialdemokraten von der Vision des Atomzeitalters gelöst. Als der SPS-Vorstand im Juni 1984 die so genannte ‚Atomschutz-Initiative II‘ unterstützte, flackerte der Widerstand der „Atomgenossen“ nochmals auf.<sup>719</sup> Eine 33-köpfige Gruppe – darunter Alt-Bundesrat Willy Spühler, der Aargauer Regierungsrat Louis Lang und der ehemalige SGB-Präsident Richard Müller – machten sich öffentlich für die Atomenergie stark.<sup>720</sup> Die Geschäftsleitung machte hinter solchen Stimmen lediglich unbelehrbare Ewiggestrige aus.<sup>721</sup> Die Zeit, in welcher die Atomenergie noch als ‚progressiv‘ galt, war längst vorbei. Wer sich als Atombefürworter outete, galt als konservativ und reaktionär, als einer, der die Zeichen der Zeit verkannte.

Noch beharrlicher als manche Sozialdemokraten hielten die meisten Kommunisten am traditionellen Kurs des technoökonomischen Wachstums fest. So sehr sich die PdAS einst vom

---

<sup>714</sup> „Ich habe etwas gegen Absolutisten“ gab dieser im Mai 1979 zur Antwort. „Man kann Sozialist sein, ohne Marxist zu sein. Man kann auch Sozialist sein, ohne ein Atomkraftwerkgegner zu sein.“ Willi Ritschard, Rede am Parteitag der SP Aargau vom 12. Mai 1979, zitiert in: Leyla Gül, Die Atomenergiepolitik, 2002, S. 55.

<sup>715</sup> Vgl. Beschlussprotokoll des ausserordentlichen SPS-Parteitages vom 23.–24. Juni 1979 in Bern, Bern 1980, S. 33-35, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>716</sup> SPS (Hg.), Regierungsbeteiligung der SP. Unterlagen für eine Arbeitstagung der SPS vom 15.9.1979, 1979, SOZARCH Ar 1.255.13.

<sup>717</sup> SPS-Resolution ‚für eine verantwortliche, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung‘, in: Beschlussprotokoll des ausserordentlichen SPS-Parteitages vom 23.–24. Juni 1979 in Bern, Bern 1980, S. A56-57, hier S. A57, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>718</sup> Dieser Standpunkt fand 1982 Eingang ins neue Parteiprogramm und wurde verschiedentlich bestätigt.

<sup>719</sup> „Atomgenossen“: Mit dieser Bezeichnung wurden von der SPS rückblickend jene Mitglieder belächelt, die sich im August 1984 für die Atomenergie ausgesprochen hatten. SPS (Hg.), Geschäftsbericht 1984/1985, Schaffhausen 1986, S. 8 und S. 54, SOZARCH Ar 1.116.18.

Die Volksinitiative ‚für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke‘ wurde am 23. September 1984 – trotz der Unterstützung der SPS – verworfen.

<sup>720</sup> Erklärung der 33 zur SP-Energiepolitik (19.8.1984), in: Profil/Rote Revue, Nr. 9, 1984.

<sup>721</sup> SP-Communiqué zur Erklärung der 33, in: Profil/Rote Revue, Nr. 9, 1984.

Atomzeitalter hatte fesseln lassen, so schwierig und langwierig gestaltete sich die Loslösung von den früheren Zukunftsversprechungen. Es vergingen deshalb Jahre, bis die PdAS ihre Haltung gegenüber der Atomenergie revidierte. Im April 1974 hielt das Zentralkomitee fest, dass die „Kampagnen der Atomkraftwerkgegner“ auf „eine Einschüchterung, ja Terrorisierung der Bevölkerung“ abzielen würden.<sup>722</sup> Zwei Wochen später erinnerte dieses Gremium den Parteitag daran, „dass wir immer für die friedliche Verwendung der Atomenergie eingetreten sind“, weshalb die PdAS nichts gemein haben könne mit jenen, die „dem Bau von Atomkraftwerken feindlich gesinnt sind“.<sup>723</sup>

Mit der raschen und heftigen Verurteilung der AKW-Gegner hatte die PdAS versucht, den Anti-AKW-Diskurs im Keim zu ersticken. Doch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begannen sich selbst in den eigenen Reihen Zweifel am Atomprogramm zu regen. Die Basler Kommunisten griffen 1975 die Forderungen der GAK auf und teilten die Ansicht, dass in dicht besiedelten Gebieten auf Atomkraftwerke zu verzichten sei.<sup>724</sup> Die Genfer Kommunisten wurden derweil durch jene Oppositionsbewegung herausgefordert, die sich gegen die Planung des Atomkraftwerks Verbois richtete.<sup>725</sup> Diese Konfrontation hat – ähnlich wie in der Nordwestschweiz – den Ablösungsprozess beschleunigt, so dass sich die Genfer Sektion im Mai 1976 ebenfalls gegen das AKW-Projekt wandte. Im August 1977 gab auch die PdA Bern ihr bedingungsloses Ja zur Atomenergie auf. Noch mochte sie sich nicht prinzipiell gegen neue Atomkraftwerke stellen, doch immerhin wurden nun verschiedene Vorbehalte geäußert.<sup>726</sup>

Die PdAS selbst hingegen tat sich mit einer Neubeurteilung der Atomenergie ungeheuer schwer. Bis zum 11. Parteitag 1978 blieben ihre Positionen erstarrt, gefangen in den Denkmustern, welche die Partei nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatte. Durch die rigorose Verurteilung der AKW-Gegner hatte die Parteiführung alle Fragen rund um die Atomenergie zum Tabu erklärt. In diesem diskursiven Vakuum fanden Kommunikation und Lernprozesse nicht mehr statt, und so blieb die PdAS bei den Standpunkten des Atomzeitalters stehen.<sup>727</sup>

---

<sup>722</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974

<sup>723</sup> Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, Basel, 1.–3. Juni 1974 (Berichterstatter: Jean Vincent), in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz, 1974, S. 3-64, hier S. 21.

<sup>724</sup> „Wir verlangen: Verzicht auf die Errichtung von A-Werken in dichtbesiedelten Gebieten, eine Gesamtenergiekonzeption, welche alle Energiequellen umfasst, und deren Kontrolle durch Bund, Kanton und Bevölkerung.“ Presseerklärung der PdA BS und der PdA BL, in: Vorwärts, 17.4.1975.

<sup>725</sup> Pierre Jeanneret, Popistes, 2002, S. 518.

<sup>726</sup> So sollten die Sicherheit oder die demokratische Leitung der Atomkraftwerke erfüllt sein. Auch die Einbettung der Atomenergie in eine Gesamtenergiekonzeption wurde verlangt. Communiqué der PdA Bern, in: Vorwärts, 25.8.1977.

<sup>727</sup> Der Vorwärts beispielsweise beschränkte sich lange auf eine fragmentarische Berichterstattung über die Genese der Anti-AKW-Bewegung. Eine eigene Meinungsbildung wurde nicht betrieben: So gab es bis 1978 weder



Erst anlässlich des 11. Parteitages konnten die neuen Problemstellungen zur Sprache gebracht werden. Im Vorwärts etwa wurde ein Diskussionsforum eingerichtet, und die Sektionen begannen sich für die parteiinterne Thematisierung der Atomenergie zu rüsten.<sup>728</sup> Doch was gab es im Mai 1978 noch zu debattieren? Die Pfeiler des Anti-AKW-Diskurses waren längst errichtet, Gegner und Befürworter standen sich unverrückbar gegen. Dabei fanden sich die Kommunisten ausgerechnet im Lager jener wieder, die das Atomprogramm auch gegen den Widerstand einer Volksbewegung durchzusetzen gedachten. So stand die ‚atomfreundliche‘ PdAS an der Seite von Bürgertum und Bundesrat, begleitet durch die Atom- und Elektrizitätswirtschaft. Innerhalb der Linken war die PdAS völlig isoliert, nachdem sich sowohl die Neue Linke als auch die SPS den AKW-Gegnern angeschlossen hatten.

Selbst in dieser misslichen Lage war die Parteiführung nur widerwillig bereit, ihre uneingeschränkte Zustimmung zur Atomenergie zu revidieren. So schlug diese dem 1978er Parteitag die Forderung eines vierjährigen Atommoratoriums vor, ohne damit den Bau neuer Atomkraftwerke prinzipiell in Frage stellen zu wollen.<sup>729</sup> Doch der Basis ging dies nicht weit genug, und so taten sich jetzt jene Konflikte auf, die bis anhin unter dem Deckel gehalten worden waren. Die Mehrheit der Delegierten wollte eine ablehnende Haltung beziehen und nahm – gegen den Willen des Zentralkomitees – einen Widerstandspassus an.<sup>730</sup> So wurde die PdAS verpflichtet, sich gegen die Weiterführung des vorgesehenen Atomprogramms zu wenden.

Diese Umkehr kam auch in der Haltung zur Atomschutzinitiative zum Ausdruck, welche die PdAS ab dem 11. Parteitag unterstützte. Nach dem Scheitern dieser Vorlage und dem Reaktorunfall von Harrisburg wiederholten die Kommunisten, dass die Inbetriebnahme des AKW Gösgen und die Arbeiten in Leibstadt einem vierjährigen Moratorium unterliegen sollten.<sup>731</sup> Jene Projekte, welche im Mai 1979 erst in Planung waren – Kaiseraugst, Inwil, Graben, Rüthi oder Verbois – sollten gleich definitiv aufgegeben werden. Damit hatte die PdAS im Grundsatz jene Position bezogen, die auch die SPS vertrat, allerdings mit einem bedeutsamen Unterschied: Die Kommunisten legten 1979 nämlich Bedingungen fest, unter welchen Um-

---

Artikel, Diskussionsforen noch Leserbriefe, welche im Bereich der Atomenergie unangenehme Fragen zur Sprache brachten.

<sup>728</sup> „Sind AKW-Gegner wirklich Maschinenstürmer?“, wurde etwa im Rahmen der Diskussionstribüne gefragt. Vorwärts, 16.3.1978.

<sup>729</sup> Diskussionsgrundlage für den 11. Parteitag vom 13.–15. Mai 1978, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 9.3.1978.

<sup>730</sup> „Sie (die PdAS, der Verfasser) wendet sich gegen die Weiterführung des jetzigen Programms des Baus und der Projektierung von AKW in der Schweiz. Sie unterstützt deshalb die Petition und die Initiative für einen vierjährigen Baustopp, damit das ganze Problem der Energieproduktion neu überdacht werde.“ Resolution des 11. Parteitages zur Energiepolitik, Genf, 13.–15. Mai 1978, in: Vorwärts, 25.5.1978.

<sup>731</sup> PdAS (Hg.), *Vivre mieux et autrement*, 1979, S. 35.

ständen neue Atomkraftwerke doch noch möglich sein sollten.<sup>732</sup> So war das kommunistische Bekenntnis zum Anti-AKW-Diskurs nur ein halbherziges. Manche Kommunisten hielten unbeirrt an der Atomenergie fest, und wer zwischen einer sozialistischen bzw. kapitalistischen Atomtechnologie unterschied, wollte lediglich das Gesellschaftssystem zum Politikum machen.

Vollends ins Hintertreffen gerieten die Atombefürworter in den Reihen der traditionellen Linken erst nach dem April 1986, als Tschernobyl zur Chiffre für die grösste Atom-Havarie der Menschheitsgeschichte wurde. Jetzt erfuhr die Atomenergiepolitik dieser Parteien – wie später noch zu zeigen sein wird – eine neuerliche Wende. Über die Verhinderung neuer Atomreaktoren hinaus wollten nun SPS und PdAS den vollständigen Atom-Ausstieg erzwingen. Damit hatte die gesamte Linke der Atomenergie definitiv und unwiderruflich den Rücken gekehrt.

Ob entschlossen oder zögerlich, die Linksparteien griffen im Verlauf der 1970er Jahre allesamt einen Anti-AKW-Diskurs auf, der durch die ökologische Zäsur entscheidende Umbrüche erfahren hatte. Das eine Merkmal war die Radikalisierung. Da die Atomenergie mit ökologischen Leitbildern kollidierte, musste der Widerstand prinzipieller und grundlegender Natur sein. Die atomare Mehrenergie schien an die Grenzen des Ökosystems zu stossen, und dass die Sicherheit in jedem Fall gewährleistet sei, wurde zunehmend bezweifelt. So wichen die einzelnen Vorbehalte einer grundsätzlichen Ablehnung.<sup>733</sup>

Zu diesem fundamentalen Widerstand passte, dass die AKW-Gegner bereit waren, nach Protestformen jenseits des Rechtsweges zu suchen. Ende 1973 waren die juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft, doch deswegen wurde der Kampf nicht aufgegeben. So wurden in den Jahren 1974 und 1975 einerseits kantonale Volksinitiativen lanciert, welche sich gegen das Atomprogramm richteten.<sup>734</sup> Andererseits wurden nun auch direkte Aktionen wie Demonstrationen oder Protestmärsche erprobt. Als dies im Frühling 1975 in der Besetzung des Kaiseraugster AKW-Geländes gipfelte, wurde der Rahmen des Legalen definitiv verlassen.

Ein weiteres Charakteristikum war der politische Ton, der in den Anti-AKW-Diskurs Einzug hielt. Die ökologische Zäsur zerstörte die Vorstellung, dass sich die Moderne ungestraft nach

---

<sup>732</sup> Diese Bedingungen lauteten im Aktionsprogramm von 1979 wie folgt: „Le besoin, les garanties de sécurité et d'élimination des déchets, sont les conditions préalables à la construction et à l'exploitation des centrales nucléaires. Le droit de décision des citoyens les plus directement concernés doit être assuré.“ PdAS (Hg.), *Vivre mieux et autrement*, 1979, S. 35.

<sup>733</sup> Exemplarisch für diese Verhärtung stand das NAK, welches sich 1974 sinnigerweise in Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) umbenannte.

<sup>734</sup> Zu den kantonalen Volksbegehren vgl. Jean-François Aubert, *So funktioniert die Schweiz: Dargestellt anhand einiger konkreter Beispiele*, Bern 1980, S. 144-160; Damir Skenderovic, *Die Umweltschutzbewegung im Zeichen des Wertewandels*, in: Urs Altermatt et al., *Rechte und Linke Fundamentalopposition*, 1992, S. 33-61, hier S. 44.

den genuinen Gesetzmässigkeiten des Industriesystems fortentwickeln könne. Die techno-ökonomische Entfaltung sollte deshalb nicht mehr ihrer eigenen Logik, sondern einer gesellschaftlich legitimierten Richtung folgen. So zeigte sich die Nutzbarmachung der Atomenergie nicht nur als technologische Herausforderung, sondern als Problem mit gesellschaftspolitischer Tragweite.

Dieser politisch-weltanschauliche Charakter kam auch in der Sprache der AKW-Gegner zum Ausdruck.<sup>735</sup> Zu Beginn der 1970er Jahre hatten die Atomenergiegegner ihre Argumente in das Vokabular der Fachleute gekleidet. Dieser Versuch der Versachlichung wich dann der Ideologisierung, und die sachkennerische Zurückhaltung verschwand. Jene, die mit abstrakten Fachausdrücken und Insiderbegriffen für die Atomenergie eintraten, gerieten nun in den Verdacht, die Bevölkerung verwirren und manipulieren zu wollen. Deshalb wurde das Expertenvokabular durch sprachspielerische Demontagen ad absurdum geführt.<sup>736</sup> Alte Begriffe wie ‚GAU‘ (grösster anzunehmender Unfall) wurden zum ‚Super-GAU‘ hochstilisiert oder wie ‚Störfall‘, ‚Entsorgung‘ und ‚Restrisiko‘ schlichtweg wörtlich genommen. So wurden die traditionellen Fachtermini einer ironischen Kritik unterzogen, umfunktioniert, und gegen die Atombefürworter selbst gerichtet.

Gleichzeitig setzte sich im Zuge der „1970er Diagnose“ eine gemeinsame Sprache durch, welche die AKW-Gegner verband. Besonders der Atom-Terminus entwickelte sich zu einem Erkennungszeichen der Gegenbewegung.<sup>737</sup> Noch zu Beginn der 1970er Jahre war nicht systematisch zwischen Atom- oder Kernenergie unterschieden worden, so dass zur Benennung der gleichen Sache verschiedene Begriffe verwendet werden konnten. Dann aber wurden Atom-Komposita zu einem Spezifikum der AKW-Gegner, während die Befürworter die Zusammensetzung mit ‚Kern‘ bevorzugten. So wurden durch die Politisierung der Atomdebatte bestimmte Ausdrücke bewusst vermieden bzw. konsequent verwendet. Ob nun von Kern- oder Atomenergie die Rede war, hatte also eine kommunikative Bedeutung, denn einmal wurde Zustimmung, im anderen Fall Distanz oder Ablehnung signalisiert. Mit dieser unterschiedlichen Begriffsentwicklung rüsteten sowohl Gegner als auch Befürworter sprachlich auf, und es entwickelte sich ein „semantischer Kampf“.<sup>738</sup>

Die Politisierung des Atomenergie-Diskurses war für die AKW-Gegner von Erfolg gekrönt. Die Zeit, in der die Fachleute auf die Wissenschaftsgläubigkeit der Bevölkerung zählen konn-

---

<sup>735</sup> Vgl. dazu Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 90-97.

<sup>736</sup> Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 105-109.

<sup>737</sup> Vgl. dazu Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 82-83; Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 14; Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 159.

<sup>738</sup> Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 93.

ten, war vorbei, denn die so genannten Laien wollten nicht nur verstehen, sondern mitreden und mitbestimmen. Deshalb haben die Atombefürworter die Deutungshoheit mitsamt dem Sprachmonopol verloren, und der Einfluss der Experten erodierte.<sup>739</sup> Was die einen Wissenschaftler bezeugten, haben andere umgehend bestritten. Durch diese Kettenreaktion gegensätzlicher Studien ging das Vertrauen in die Sachverständigen verloren und die Expertenmacht schwand. Die AKW-Kritiker hingegen gewannen durch die Politisierung an Durchsetzungsvermögen und Konfliktfähigkeit. Bereits Mitte der 1970er Jahre konnte sie den Vorstellungen der AKW-Befürworter Paroli bieten.

Die Linksparteien stimmten früher oder später in den beschriebenen Anti-AKW-Diskurs mit ein. Ihre Einwände beschränkten sich dabei nicht auf die ökologische Problematik, sondern richteten sich auch gegen politische, freiheitsfeindliche, gesellschaftliche, ökonomische und technologische Fehlentwicklungen, die mit der Atomenergie eingeleitet werden könnten. Diese verschiedenen Elemente waren vielfältig miteinander verknüpft. Analytisch getrennt sollen im Folgenden jene Standpunkte dargestellt werden, welche die untersuchten Gruppen innerhalb des politisch-weltanschaulichen Anti-AKW-Diskurses eingenommen haben.

### **5.3 Die Positionen im politisch-weltanschaulichen Anti-AKW-Diskurs**

#### **5.3.1 Die antikapitalistische Kritik an der Atomenergie**

Das liberale Atomgesetz von 1959 hatte den betroffenen Wirtschaftsbereich zu einem nahezu demokratiefreien Raum erklärt, wobei der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken der unternehmerischen Verfügungsgewalt überlassen war. Die AKW-Projektanten hatten lediglich die baupolizeilichen Voraussetzungen zu erfüllen. Ansonsten konnten sie ihre Pläne – vom Staat unterstützt – nach eigenem Gutdünken realisieren.

Wegen solcher institutioneller Gegebenheiten konnten POCH und RML den Widerstand gegen die Atomenergie als antikapitalistischen Kampf interpretieren. In ihren Augen verkörperte die Atomwirtschaft geradezu das verhasste ‚System‘, und der Kampf gegen Kapitalismus und Nuklearanlagen wurde weitestgehend gleichgesetzt. Die linken Aussenseiterparteien versuchten daher, das neue Streitthema in die Tradition des Klassenkampfes einzubetten. Ihren Vorstellungen zufolge galt die Atomenergie als ‚Kind der Bourgeoisie‘, wobei einer breiten Bevölkerung die nukleare Gefahr aufgezwungen werde. Der Widerstand gegen die Atomkraftwerke musste sich deshalb gegen die Logik des Profits, das Bürgertum und gegen ein

---

<sup>739</sup> Zur Erosion der Expertenmacht vgl. Patrick Kupper, Abschied vom Wachstum und Fortschritt, 1998, S. 75-84.

fehlgeleitetes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem richten. Im verbreiteten Unbehagen gegenüber der modernen Zivilisation sahen die linken Revolutionäre eine Chance, die Kapitalismuskritik zu popularisieren und die eigene Basis zu verbreitern. Um in den Anti-AKW-Diskurs eine revolutionäre Perspektive einzubringen, unterzog die Neue Linke die Atomwirtschaft einer eingehenden Analyse. Die Widersprüche der kapitalistischen Energiewirtschaft sollten offen gelegt werden, auf dass sich die Atomopposition an den Zielsetzungen der radikalen Arbeiterbewegung orientiere.

Nun stand im Prinzip die Inbetriebnahme einer Atomanlage jedem Bürger offen, der die geforderten Vorgaben erfüllte. Verwaltungsrechtlich betrachtet behandelte das Atomgesetz den Bau eines Atomkraftwerkes nämlich nicht viel anders als die Eröffnung irgendeines Gewerbebetriebes. Faktisch jedoch war die Energiewirtschaft seit jeher eine kapitalintensive Branche, die im Bereich der Stromproduktion früh monopolistische Züge aufwies. So wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Grossteil des Schweizerischen Elektrizitätsbedarfs von einigen wenigen Unternehmen abgedeckt.<sup>740</sup>

Mit der NOK (Beznau I) und der BKW (Mühleberg) waren es zwei öffentlich-rechtliche Elektrizitätsgesellschaften, die im Jahr 1964 auf die Atomenergie umschwenkten.<sup>741</sup> Obwohl aber diese Gesellschaften von Kantonen und Städten getragen wurden, unterstanden sie als privatrechtliche Aktiengesellschaften keiner öffentlichen Kontrolle. Als diese öffentlichen Stromproduzenten auf die kommerzielle Atomenergie umgestellt hatten, vollzogen auch private Anbieter eine Umkehr. Noch 1964 projektierte die Elektrowatt in Leibstadt, während die Motor Columbus ab 1966 in Kaiseraugst ein Atomkraftwerk errichten wollte. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen zogen ebenfalls nach, als die EOS 1966 (Verbois), die Atel 1969 (Gösgen) und die CKW 1971 (Rheinklingen) weitere Projekte bekannt gaben. Da ab dem Frühjahr 1964 ein Projekt nach dem anderen angekündigt worden war, musste bald ein eigentlicher Energieüberschuss befürchtet werden, und die Elektrizitätsunternehmen gerieten miteinander ins Rangeln. Dieser Konkurrenzkampf kam 1970 durch die „atopolitische Hochzeit“ zum Erliegen, denn von nun an gingen die Projektanten dazu über, sich an den verschiedenen Bauvorhaben wechselseitig zu beteiligen.<sup>742</sup> Bald waren öffentliche Stromanbieter, private Elektrizitätsgesellschaften und gemischtwirtschaftliche Unternehmen in unterschiedlichen Kombinationen zusammengeschlossen.<sup>743</sup> Diese Allianzen waren umso

---

<sup>740</sup> Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung, 1992, S. 42.

<sup>741</sup> Weiter gaben die NOK zwischen 1966 und 1969 die AKW-Projekte Rüthi, Beznau II und Rheinklingen bekannt, während die BKW 1968 einen Atomreaktor in Graben ankündigte.

<sup>742</sup> Patrick Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 2003, S. 292.

<sup>743</sup> Vgl. dazu Rudolf Epple, Schweiz – atomare Präzision, in: Lutz Mez (Hg.), Der Atomkonflikt, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 260-283, hier S. 270.

unübersichtlicher, als schon vor 1970 Konsortien mit ausländischen Partnern gebildet worden waren.

Dass sich die potentesten Elektrizitätsunternehmen in undurchsichtigen Partnerwerken zusammengetan hatten, bot den Kritikern eine breite Angriffsfläche. Aus der Sicht der Neuen Linken hatten sich die ökonomischen Verflechtungen zu einem undurchdringlichen Geschwür entwickelt, das von der Bevölkerung weder durchschaut noch kontrolliert werden konnte. So konnte die gebündelte Macht der Atombranche effektiv auseinander genommen werden. Was dabei zutage trat, war beachtlich, denn an vielen AKW-Projekten waren nicht nur diverse Elektrizitätsunternehmen, sondern auch Maschinenkonzerne und Banken beteiligt.<sup>744</sup> Diese ‚Atom-Lobby‘ war vielfach miteinander vernetzt, kreuz und quer, verklumpt zu einem undurchschaubaren Filz. So wurde das ‚Energie-Kartell‘ von der Neuen Linken kritisch beobachtet und durchleuchtet und die Akteure als ‚Energie-Bonzen‘, ‚Atomprofiteure‘, ‚Energieimperialisten‘ oder ‚Strombarone‘ gebrandmarkt. Mit solchem klassenkämpferischen Vokabular versuchten POCH und RML, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verflechtungen der ‚Eidgenossenschafts-AG‘ zu lenken.

Die Parole vom ‚Atomfilz‘ war umso wirkungsvoller, als auch staatliche Institutionen darin verstrickt waren.<sup>745</sup> Mit dem Atomgesetz von 1959 hatte sich der Bund nämlich eine konfliktträchtige Doppelrolle aufgeladen. Einerseits hatte er die Entwicklung der Atomenergie finanziell zu unterstützen. Andererseits sollten die Atomkraftwerke durch die Behörden bewilligt und kontrolliert werden. In den 1960er Jahren wurde das Band zwischen Atomwirtschaft und Bundesbehörden zusätzlich gestärkt, weil das Vertrauen in die Atomenergie Wirtschaft und Politik vereinte. Als dann einige den pronuklearen Konsens durchbrachen, stellten sich die Behörden automatisch hinter jene, die man seit Jahren gefördert hatte. So traten die Kontrollinstanzen zu Beginn der 1970er Jahre engagiert an der Seite der AKW-Projektanten auf, um die Bedenken der Kritiker zu zerstreuen.<sup>746</sup> Zwar kühlte das Verhältnis zwischen Atomwirtschaft und Nuklearbehörden ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre merklich ab. Doch zu jenem Zeitpunkt war die Vertrautheit zwischen Gesuchstellern und Begutachtern längst zu einem Politikum geworden, und der Bund hatte den Ruf des unabhängigen Vermittlers verloren.

---

<sup>744</sup> Vgl. exemplarisch das ‚Atomorganigramm‘ der POCH in: POCH-Zeitung, Nr. 3, Juni 1975, S. 3.

<sup>745</sup> Für einen Versuch, die ‚Atomgemeinde‘ zu durchleuchten, siehe Susanne Boos, *Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft*, Zürich 1999, S. 353-369.

<sup>746</sup> Zu den Informationskampagnen von Bundesbehörden und Elektrizitätswerken vgl. Patrick Kupper, *Abschied vom Wachstum und Fortschritt*, 1998, S. 60, S. 83; Leyla Gül, *Die Atomenergiepolitik*, 2002, S. 20.

Die POCH hatten die „harmonische Kooperation zwischen Behörden und Privatwirtschaft“ schon im Herbst 1973 verurteilt.<sup>747</sup> Das enge Zusammengehen von Politik und Kapital bot nun ein vortreffliches Feindbild, um die ‚interessengeleiteten‘ Atombefürworter ein ums andere Mal zu desavouieren. Was von den Verfilzungen ans Tageslicht kam, konnten die POCH als ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ diagnostizieren. Mit diesem Schlagwort – ursprünglich von Lenin entwickelt – wurde der Staat als Instrument der Wirtschaftsmonopole angeprangert. So viel Theorie war allerdings nicht einmal nötig, denn die Nähe zwischen Staat und Atomwirtschaft war offensichtlich. Bundesrat Willi Ritschard etwa machte im Sommer 1974 den bekanntesten Atombefürworter – ‚Energiepapst‘ Michael Kohn – zum Präsidenten der Gesamtenergiekommission.<sup>748</sup> Nun durften die Perspektiven der schweizerischen Energiepolitik von einem Mann ausgelotet werden, der wie kein anderer die Interessen der Atomwirtschaft vertrat. Für die POCH hatte man damit „den Bock zum Gärtner gemacht“.<sup>749</sup> Angesichts all der Befangenheitsprobleme, Seilschaften und Kapitalverflechtungen wird deutlich, weshalb die Begriffe ‚Atomfilz‘, ‚Eidgenossenschaft AG‘ oder ‚Energie-Kartell‘ bei den AKW-Gegnern zu wirkungsvollen Kampfparolen avancierten.

Als am 1. April 1975 das Kaiseraugster Baugelände besetzt wurde, war die Neue Linke geradezu elektrisiert, denn die antikapitalistische Saat schien endlich aufzugehen. Während einiger Jahre bereits hatten die jungen Utopisten versucht, das eingeschlummerte Proletariat im Namen des Marxismus wieder wachzurütteln. Vor den Fabrikatoren freilich waren alle Appelle ungehört verhallt. Jetzt aber war sie da, die Aktion, welche die Massen mobilisieren sollte. So sah man ausgerechnet in der Anti-AKW-Bewegung die Chance heranreifen, mit dem angefeindeten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf Konfrontationskurs zu gehen.<sup>750</sup> Sonst häufig geschmäht und gemieden, kamen die jungen Agitatoren während der elfwöchigen Aktion auf dem Baugelände endlich in engen Kontakt mit der Bevölkerung.

---

<sup>747</sup> Dabei würden die Atomprojekte „der grossen Monopole“ von „den staatlichen Stellen auf allen Ebenen mit allen Kräften durchgeboxt“. Zeitung der POCH, Nr. 25, September 1973, S. 2.

<sup>748</sup> Michael Kohn verkörperte in den 1970er Jahre wie kein anderer die Verquickung von Staat und Atomindustrie. Mit seinen Verwaltungsratsmandaten war er einerseits gleich mit diversen AKW-Projekten verbunden. Andererseits durfte er im Auftrag des Bundesrates als Präsident der GEK amten.

Willi Ritschard hatte Michael Kohn Ende der 1960er Jahre im Verwaltungsrat der Atel kennengelernt. Seither waren die beiden befreundet. Vgl. dazu Dieter Ulrich, Von einer linken zu einer links-grünen Politik, 2004, S. 43-44; Susanne Boos, Strahlende Schweiz, 1999, S. 356.

<sup>749</sup> „Wahrlich ein anschauliches Beispiel für staatsmonopolistischen Kapitalismus“, haben die POCH weiter kommentiert. POCH-Zeitung, Nr. 5, Juli 1974, S. 2.

<sup>750</sup> André Froidevaux von der RML bilanzierte 1976: „Es war ein Erlebnis, nicht nur aufreibend und stinkernst. Wir haben viel gelacht, wir waren oft erregt. Man fiel sich nach Siegen gegen die Kapitulanten spontan in die Arme, man sprach mit weniger Hemmungen und mit jedermann. Wir lebten im Durchschnitt gut einige Grade über der normalen Temperatur.“ André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz): Antikapitalistische Anfänge – wie kämpfen? Eine Bilanz der Bewegung von Kaiseraugst, in: RML (Hg.), Die kapitalistische Umweltzerstörung, 1976, S. 51-189, hier S. 167.

Aufgrund ihrer nationalen Ausstrahlungskraft wurde die Besetzung rasch zum Inbegriff des AKW-Widerstands – und für die Neue Linke zur gesellschaftspolitischen Arena. In Kaiseraugst trotzte man Regen und Kälte, bestieg Baumaschinen und blockierte die Aushubarbeiten. Gemeinsam hämmerten die Besetzer Brettvorschläge, errichteten ein Hüttendorf und schoben Wache.<sup>751</sup> In dieser aufgekratzten Lageratmosphäre fühlten sich POCH und RML in ihrem Element. Reden halten, Forderungen aufstellen, Diskussionen initiieren: ‚Kaiseraugst‘ diente den revolutionären Organisationen als Bühne, um ihr antikapitalistisches Weltbild zu verbreiten.<sup>752</sup> Dabei wurden die kapitalistischen Verhältnisse angeprangert und die Verflechtungen der ‚Energie-Mafia‘ gegeißelt. So wollte es die Neue Linke nicht bei wissenschaftlichen Zusatzexpertisen oder vagen Versprechungen bewenden lassen. Ihr ging es um mehr, denn mit der illegalen Grossaktion hatte sich der Spieleinsatz erhöht. Jetzt wo in der ganzen Nation die Regeln des Rechtsstaates diskutiert wurden, wollten die jungen Revolutionäre die Stirn bieten: den Bauherren, der Regierung, der ‚Atomlobby‘, ja dem bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem überhaupt. Als dann aber der Bundesrat einen vorläufigen Baustopp und Gespräche mit einer Besetzungsdelegation anbot, stimmte die Vollversammlung am 11. Juni 1975 dem Übungsabbruch zu.<sup>753</sup> So hatte die Neue Linke zähneknirschend zu akzeptieren, dass sich die erwünschte Machtprobe als funktionale Regelverletzung erwies, um den Anliegen der AKW-Gegner Gehör zu verschaffen.<sup>754</sup> Das Feld wurde freiwillig geräumt, und ein Stück real geglaubter Utopie war dahin.

In Kaiseraugst hatte sich gezeigt, was schon vorher unübersehbar war: Der atomkritische Diskurs wurde von diversen Akteuren getragen, die in politischer Hinsicht unterschiedlich oder gar gegensätzlich motiviert waren. Weil die Mobilisierung auch tief in bürgerliche und bäuerliche Schichten hineinreichte, waren ganze Familien auf den Bauplatz gepilgert, Beamte, Selbständige, Schülerinnen und Rentner. Die Bewegung wurde deshalb von einem breiten Spektrum an Gruppierungen getragen, das von der Nationalen Aktion bis zu den Organisationen der Neuen Linken reichte. Einerseits war es gerade diese Vielfalt, welche die Besetzungsaktion zu einem einmaligen Abenteuer werden liess. Andererseits konnte aufgrund dieser politischen Heterogenität nicht von einer ‚revolutionären‘ Bewegung die Rede

---

<sup>751</sup> Zum Alltag der Besetzer vgl. Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, 72-83.

<sup>752</sup> Die RML etwa hat eigene Kommunikationskanäle geschaffen, um über Wandzeitungen, Diskussionsbroschüren oder eine Lautersprecheranlage propagandistischen Einfluss auszuüben. Zu den Kommunikationsstrukturen der RML vgl. André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz), 1976, S. 100-102, S. 106, S. 118 und S. 125.

<sup>753</sup> Zum Abbruch der Besetzung vgl. Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 102-113. Siehe auch Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 32.

<sup>754</sup> So bedauerte die Bresche: „Die Einsicht, dass eine wie auch immer geartete Konfrontation mit der Bourgeoise unvermeidlich ist (sofern der Verzicht auf Kaiseraugst Ziel der Bewegung bleibt) [...] hat sich notgedrungen nur ungenügend durchgesetzt.“ Bresche, Nr. 51, Juni 1975, S. 2.



sein. Die Mehrheit dieser Volksbewegung war weder klassenkämpferisch ausgerichtet noch gewillt, eine politische Wende herbeizuführen. Vielmehr war die Anti-AKW-Bewegung zu einem Massenphänomen geworden, dem ausgerechnet das Gros der traditionellen Linken passiv gegenüberstand. Hinzu kam, dass sich die provokativen Zielsetzungen nicht mit den politischen Vorstellungen jener deckten, die ab Ende der 1960er Jahre den Anti-AKW-Diskurs entfacht hatten. Deshalb stiess die Neue Linke bei der GAK oder dem NWA auf Skepsis. Aber auch die POCH und die RML betrachteten die Anti-AKW-Pioniere, die den Illusionen der bürgerlichen Demokratie erlegen schienen, mit Argwohn. Weil diese ihren Widerstand nicht als Kampf gegen den Kapitalismus begreifen wollten, galten die entsprechenden Organisationen als apolitisch, legalistisch und hoffnungslos systemtreu.

Wegen dieser ideologischen Differenzen waren in Kaiseraugst bald heftige Auseinandersetzungen unter den AKW-Gegnern entbrannt. Die Aktionseinheit geriet in Gefahr, bis sie nach dem Besetzungsabbruch an den Gegensätzen zerbrach.<sup>755</sup> Von all den Polemiken, Wortgefechten und Klassenkampfkontroversen überfordert und genervt, schloss die GAK am 9. Juli 1975 kurzerhand die POCH-Mitglieder aus. Kurz darauf klinkte sich der Verein aus jenen Gremien aus, welche die Besetzer gemeinsam aufgebaut hatten. Mit dieser Abgrenzung gegen links war die Bewegung gespalten, wobei sich nunmehr zwei widerstreitende Lager gegenüberstanden. Die einen wurden fortan als die ‚gemässigten‘, die anderen als die ‚radikalen‘, ‚harten‘ oder ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner bezeichnet.<sup>756</sup> Die GAK, das NWA und einige Bürgerinitiativen bildeten dabei den Flügel, der die Klassenkampfrhetorik der Neuen Linken ablehnte. Die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner wiederum – allen voran die Neue Linke und die 1975 gegründete Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (GAGAK) – identifizierten die ‚Gemässigten‘ als Teil des geächteten Bürgertums.<sup>757</sup> Jetzt, wo die inhaltlichen Differenzen der AKW-Gegner auch auf einer organisatorischen Ebene zutage getreten waren, folgten dem gemeinsamen Vorgehen Konfusion, Konkurrenzkampf und die Zersplitterung der Kräfte.<sup>758</sup>

In den Augen der ‚Gemässigten‘ hatten sich die Möglichkeiten der unkonventionellen Protestformen erschöpft, weshalb sie nach dem Besetzungsabbruch den Verfassungsartikel von

---

<sup>755</sup> Vgl. dazu Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 123-134. Zur Abspaltung der GAK im Sommer 1975 siehe auch Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 31-33; André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz), 1976, S. 75-76.

<sup>756</sup> Zu einer systematischen Unterscheidung zwischen dem „gemässigten“ und dem „fortschrittlichen“ Flügel der Anti-AKW-Bewegung vgl. Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 141-147.

<sup>757</sup> Für die RML etwa zählten das NWA und die GAK zu jenen „Legalisten“, die als „objektive Agenten des Bundesrates“ einzuschätzen waren. André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz), 1976, S. 84.

<sup>758</sup> Zu den Folgen der Spaltung vgl. Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 134-136; Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 32-33.

1957 über die Atomschutzinitiative mit neuen Bestimmungen versehen wollten.<sup>759</sup> Diese deckten sich interessanterweise zu einem grossen Teil mit den Forderungen der traditionellen Linken aus den 1950er Jahren. Zwar war in der Initiative nicht von einem Staatsmonopol die Rede, doch immerhin wurde für die Atomanlagen nunmehr eine Konzessionspflicht vorgeschlagen. Zudem sollten die nuklearen Risiken durch eine unbeschränkte Haftpflicht von AKW-Betreibern selbst getragen werden. Schliesslich wollte die Initiative jene demokratischen Handlungsspielräume zurückerobern, die im Atomzeitalter enthusiastisch freigegeben worden waren: Die Bundesversammlung durfte die Konzessionen erteilen, aber auch die betroffenen StimmbürgerInnen hatten ihr Einverständnis zu geben. Am 18. Februar 1979 aber scheiterte der Versuch, den Bau weiterer Atomkraftwerke weitgehend zu verunmöglichen. Dennoch waren die Bemühungen der ‚Gemässigten‘ nicht vergebens, denn das Parlament hatte auf die Atomschutzinitiative mit einer Teilrevision des Atomgesetzes reagiert. Dass das Stimmvolk im Mai 1979 einen entsprechenden Bundesbeschluss bestätigte, stellte für die ‚Gemässigten‘ einen indirekten Erfolg dar, denn jetzt wurde der Bau neuer Atomkraftwerke immerhin erschwert.<sup>760</sup>

Im Gegensatz zu den „kleinbürgerlichen Legalisten“ wollten die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner nicht auf der institutionalisierten Politikebene agieren.<sup>761</sup> Direkte Aktion statt direkte Demokratie lautete ihr Credo. Damit unterstützte das ‚fortschrittliche‘ Lager die Atomschutzinitiative nur widerstrebend.<sup>762</sup> Das teilrevidierte Atomgesetz blieb denn auch weit hinter den Erwartungen der radikalen AKW-Gegner zurück, weshalb ihre Vertreter gegen den entsprechenden Bundesbeschluss das Referendum ergriffen hatten. Unmittelbar nach ‚Kaiseraugst‘ aber stiess das bevorzugte Konzept – Widerstand durch direkte Aktion – an seine Grenzen. Der Besetzungsabbruch, die inneren Unstimmigkeiten und allgemeine Ermüdungserscheinungen entzogen dem Anti-AKW-Diskurs seinen Zündstoff und mündeten in einen allgemeinen Demobilisierungsprozess.

---

<sup>759</sup> Zur Volksinitiative ‚zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen‘ siehe Heribert Rausch, *Das Schweizerische Atomenergiegesetz*, 1980, S. 24-28.

<sup>760</sup> Die Bewilligungsbedingungen für Atomkraftwerke wurden insofern verschärft, als neu Bedarfs- und Entsorgungsnachweise erbracht werden mussten. Zudem verlangte der Bau von Atomkraftwerken die Zustimmung der Bundesversammlung, wobei auch Kantone und Gemeinden angehört werden mussten. Die Referendumsabstimmung fand am 20. Mai 1979 statt. 69 % der Stimmenden befürworteten die Teilrevision. Zur Teilrevision des Atomgesetzes durch den Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1978 siehe Heribert Rausch, *Das Schweizerische Atomenergiegesetz*, 1980, S. 30-36, S. 86-97.

<sup>761</sup> *Bresche*, Nr. 54, September 1975, S. 4.

<sup>762</sup> Ganz wollte man die traditionelle Politbühne dann doch nicht den ‚Gemässigten‘ überlassen. Deshalb haben die ‚Fortschrittlichen‘ der Atomschutzinitiative eine Petition entgegengesetzt, welche für alle Atomkraftwerke einen vierjährigen Baustopp einforderte. Doch das Unterschriftensammeln verlief mühsam, und nachdem die Moratoriumsforderung im August 1977 doch noch eingereicht werden konnte, hat sie keinerlei Wirkung entfacht. Vgl. Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 34.

Im Jahr 1977 fand die Anti-AKW-Bewegung plötzlich wieder zu alter Stärke zurück. Deren absolute Höhepunkte waren dabei zwei Besetzungsversuche, welche die ‚fortschrittlichen‘ Atomenergieopponenten im Alleingang koordinierten. Ihre Repräsentanten hatten sich am Ende des Pfingstmarsches – über 10'000 Aktivisten skandierten damals gegen die Atomanlage – über die Gründung eines Schweizerischen Aktionskomitees gegen das AKW Gösgen (SAG) geeinigt. Kurz darauf fanden darin Vertreter der Neuen Linken, GAGAK-Anhänger und sympathisierende Kreise zusammen, um eine ehrgeizige Vereitelungsaktion vorzubereiten. Alle Appelle, die ansässige Bevölkerung in das Bewilligungsverfahren einzubinden, waren bislang ungehört verhallt. Jetzt sollte die Inbetriebnahme des fast fertig gestellten Atomkraftwerkes Gösgen durch die Besetzung der Zufahrtswege abgewendet werden. Um die lokale Bevölkerung zur Mitwirkung aufzurufen, gründeten die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner eigens den illegalen Radiosender „Radio aktiv, freies Gösgen“.<sup>763</sup> Doch nicht nur das SAG, auch die staatlichen Sicherheitshüter hatten noch die Kaiseraugster ‚Revolve‘ im Hinterkopf. Während die einen über den Piratensender Parolen und Lieder skandierten, bemühten die anderen die Verfassung. So sah die Solothurner Regierung die innere Ordnung bedroht und mahnte ausserkantonale Polizeihilfe an.<sup>764</sup> Als dann die Widerstandsbewegung am 25. Juni 1977 zur Tat schreiten wollte, war die Staatsmacht gerüstet. Den etwa 3'000 Aktivisten standen Panzerfahrzeuge und Hunderte von Polizisten im Kampfanzug gegenüber, die aus der ganzen Schweiz rekrutiert worden waren.<sup>765</sup> Als der Protestzug dann auf einen geschlossenen Polizeikordon stiess, fand der Besetzungsversuch ein brüskes Ende. Unter dem Angriff von Wasserwerfern, Tränengas und Gummischrot zogen sich die Demonstranten zurück – um jedoch eine Woche später in doppelter Zahl einen neuen Anlauf zu wagen. Doch wieder prallten die Fronten gewaltsam aufeinander. In den bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen unterlagen die demonstrierenden Massen. Wer geglaubt hatte, dass die Atomanlage mit Barrikadenmaterial zu verhindern sei, wurde bitter enttäuscht. Freilich gaben die radikalen AKW-Gegner nicht sofort auf, doch alles Aufbäumen half nichts: Im Herbst 1978 war das Atomkraftwerk Gösgen fertig gebaut, und ein gutes Jahr später konnte es offiziell in Betrieb genommen werden.

---

<sup>763</sup> In den Zeiten des staatlichen Rundfunkmonopols erregte dieser Piratensender einige Aufmerksamkeit. Selbst ausländische Medien berichteten darüber. Vgl. „Radio aktiv“, in: Der Spiegel, Nr. 30, 1977, S. 96.

<sup>764</sup> Dabei berief sich die Solothurner Regierung auf Art. 16 der Bundesverfassung: „Bei gestörter Ordnung im Innern“ waren die Kantonsregierungen demnach befugt, „andere Kantone zur Hilfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hilfeleistung verpflichtet“.

<sup>765</sup> Zu den Vorkommnissen in Gösgen vgl. Rudolf Eppele, Von Kaiseraugst nach Gösgen. Ein Nachwort zur aktuellen Situation, in: Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 145-159, hier S. 151-154; Susanne Boos, Strahlende Schweiz, 1999, S. 95-97.

Dass trotz aller Anstrengungen – der Besetzungsaktionen, Protestzüge, Strassenblockaden, ‚Vollversammlungen‘ oder ‚Massenhungerstreiks‘ – keine Erfolge verzeichnet werden konnten, hinterliess im radikalen Flügel Spuren. Alle Aktivisten waren enttäuscht, die einen resignierten, andere machten weiter und einige wenige radikalisierten sich. Lange war die Anti-AKW-Bewegung in friedlichen Bahnen verlaufen, doch nach den misslungenen Besetzungsversuchen reagierten manche Aktivisten militant. So machten bis im August 1984 immer wieder Angriffe gegen das Eigentum von Elektrizitätsgesellschaften und deren Repräsentanten von sich reden.<sup>766</sup> Zunächst gab es im Dezember 1977 einen Anschlag auf den Eisenbahnverkehr, um die Zufahrtlinien zum AKW Gösgen zu blockieren, und zehn Monate später stand der dortige Besucherpavillon in Flammen. Einen weiteren Brandanschlag verübten Unbekannte auf den Informationspavillon in Kaiseraugst, unmittelbar nachdem die Atomschutzinitiative abgelehnt worden war. Als dann das Referendum gegen die Teilrevision des Atomgesetzes abgeschmettert wurde, ging zuerst der Chevrolet von ‚Energiepapst‘ Michael Kohn in Flammen auf, weitere Exponenten der Atomwirtschaft wurden in gleicher Weise abgestraft. So kam es beim Ringen um die Atomenergie während mehrerer Jahre zu Gewalt, Sabotagenakten, Sprengstoff- und Brandanschlägen. Allerdings war es nicht die Neue Linke, die in dieser Auseinandersetzung den gewaltlosen Pfad verlassen hatte. Zwar war ihre Klassenkampfretorik militant, und selbstredend haben POCH und RML direkte Aktionen propagiert. Doch die terroristischen Sachbeschädigungen überschritten den Rahmen der vorgesehenen Provokationsstrategie bei weitem. So hat sich die Neue Linke von solchen radikalen Kampfmassnahmen distanziert. Die Urheber der Gewaltaktionen konnten nicht ausgemacht werden, vermutlich aber handelte es sich um einzelne militant radikalisierte ‚Spontis‘ aus dem antiautoritären Substrat der 68er-Bewegung.<sup>767</sup>

Mit ihren Aktionen hatten sich die ‚radikalen‘ AKW-Gegner erfolgreich gegen die Institutionalisierung der Widerstandsbewegung gewehrt. Spätestens ab Beginn der 1980er Jahre aber spielte sich der Konflikt zunehmend in einem rechtsstaatlichen Rahmen ab.<sup>768</sup> Je mehr sich der Anti-AKW-Diskurs verfestigte, umso mehr wurden die Opponenten in geordnete Bahnen gelenkt. Gleichzeitig wurde der Spielraum für direkte Aktionen immer kleiner. So griffen in den 1980er Jahren selbst die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner vermehrt auf institutionelle Akti-

---

<sup>766</sup> Eine Übersicht über die Sabotageakte, welche AKW-Gegner zwischen 1977 und 1984 unternommen haben, liefert Susanne Boos, *Strahlende Schweiz*, 1999, S. 144-145. Vgl. auch Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 45ff.

<sup>767</sup> Vgl. dazu Dominique Wisler, *Drei Gruppen der Neuen Linken*, 1996.

Zur Vermutung, dass die Täterschaft im Umfeld der spontanistischen Linksbewegung zu suchen sei, vgl. Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 46.

<sup>768</sup> Zur Institutionalisierung der Anti-AKW-Bewegung ab Ende der 1970er Jahre vgl. Marco Giugni, Florence Passy, *Zwischen Konflikt und Kooperation*, 1999, S. 31-55.

onsformen zurück. Weil im Zuge dieser Entwicklung die Mobilisierungskraft schwand, fiel es der Neuen Linken zunehmend schwer, im Rahmen des Anti-AKW-Diskurses eine antikapitalistische Propaganda zu betreiben.

An solchen Schwierigkeiten waren POCH und RML nicht unschuldig, denn einige Probleme waren hausgemacht. Seit sich die Organisationen der Neuen Linken mit der Atomenergie befassten, lebten die alten Differenzen im neuen Aktionsfeld fort. Die RML etwa vertrat nach ‚Kaiseraugst‘ die Meinung, die „neostalinistische POCH“ habe mit ihrer ‚Apparatepolitik‘ die Entfaltung des Massenpotenzials behindert.<sup>769</sup> Zu den üblichen Anfeindungen kamen im Umgang mit den ‚Gemässigten‘ strategische Meinungsverschiedenheiten. Die ‚antimonopolistische‘ Taktik der POCH sah vor, auch GAK- und NWA-Vertreter in die angestrebte ‚Volksfront‘ einzubeziehen. Die RML jedoch – sie propagierte einen ‚antikapitalistischen‘ Kurs – wollte diese ‚Bürgerlichen‘ lieber aus der Anti-AKW-Bewegung verdrängen. Als dann im Nachgang zur Atomschutzinitiative das weitere Vorgehen geklärt werden sollte, brachen bei den ‚Fortschrittlichen‘ die Animositäten und Machtkämpfe offen aus.<sup>770</sup> Paradoxierteilweise wollten nun die Trotzlisten mit den ‚Gemässigten‘ zusammenarbeiten, während die POCH den Alleingang probten. So spaltete sich das Lager der ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner in den Jahren 1979 und 1980: Auf der einen Seite gab es mit dem so genannten 8er Verein verschiedene Bürgerinitiativen, welche mit der RML sympathisierten. Diesen standen einige Gruppierungen gegenüber, die durch die POCH repräsentiert wurden. Diese erneute Fragmentierung stärkte den ‚gemässigten‘ Flügel und begünstigte die Institutionalisierung der Anti-AKW-Bewegung. So trugen die Zwistigkeiten innerhalb der Neuen Linken dazu bei, dass sich der Protest immer mehr von der Strasse in die Institutionen verlagerte.

Eine weitere Folge der Spaltung war die Einleitung von nicht weniger als drei eidgenössischen Volksinitiativen. Unterstützt vom 8er Verein lancierten die ‚Gemässigten‘ und die Schweizerische Energiestiftung (SES) einen Vorstoss, um den Bau weiterer Atomkraftwerke zu verbieten. Daran gekoppelt war eine Energieinitiative, die einer alternativen Energiepolitik zum Durchbruch verhelfen wollte. Die von den POCH dominierten Gruppierungen wiederum lancierten ein Plebiszit, um über den Atomstopp hinaus die Stilllegung der bestehenden Atomkraftwerke zu erreichen. Diese so genannten ‚Atomstöppler‘ aber schafften es nicht bis an die Urne: Sie mussten die Initiative ‚für den Stopp des Atomprogramms‘ Ende 1981 zurückziehen, nachdem die Unterschriftensammlung äusserst schleppend verlaufen war. Doch

---

<sup>769</sup> André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz), 1976, S. 139-142, Zitat S. 141.

<sup>770</sup> Vgl. dazu Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 47-51.

auch den anderen Vorstößen war kein Erfolg beschieden: Am 23. September 1984 wurden beide Initiativen von Volk und Ständen verworfen.<sup>771</sup>

Ab dem Ende der 1970er Jahre hat die Neue Linke also Volksinitiativen angestossen, Unterschriften gesammelt und Kompromisse ausgehandelt, während von der Radikalität früherer Tage lediglich verbale Willensäußerungen übrig blieben. Damit waren POCH und RML im Bereich der Energiepolitik in den Sog der institutionellen Einbindung geraten. Weil zunehmend auf der Ebene des bestehenden Politsystems gehandelt wurde, kam die angestrebte Provokationsstrategie zum Erliegen. So fand das antikapitalistische Agitieren im Verlauf der 1980er Jahre ein allmähliches Ende.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass die Neue Linke in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einiges Aufsehen hatte erregen können. So hielten ihre Aktionen die Bewegung am Leben, auch wenn keine unmittelbaren Erfolge erzielt wurden. Zudem trugen die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner auf ihre Weise zur Politisierung des Anti-AKW-Diskurses bei. Sie durchleuchteten das Umfeld der Atomenergie und unterzogen die Verquickung von Atomwirtschaft und Staat einer eingehenden Kritik. Mit diesen Analysen gewann der Anti-AKW-Diskurs an argumentativer Breite.

Gleichwohl stiess die antikapitalistische Politisierungsstrategie rasch an ihre Grenzen. Weil die Perspektive der Neuen Linken nicht mit der ökologischen Betrachtungsweise übereinstimmte, wurde die Anti-AKW-Bewegung 1975 sogar gespalten. Tatsächlich war keinesfalls jeder AKW-Gegner ein Kapitalismuskritiker. Die Atomenergie hat die Gesellschaft zwar gespalten – doch die Trennung zwischen Gegnern und Befürwortern verlief nicht entlang der Klassenlinie, sondern quer durch alle Schichten. Umgekehrt sprachen sich längst nicht alle Klassenkämpfer gegen die Nutzbarmachung dieser Energiequelle aus. Während die Neue Linke im Verlauf der 1970er Jahre gegen das Atomprogramm mobilisierte, machte sich die PdAS im Namen des Sozialismus für dessen Realisierung stark. Wegen all dieser Widersprüche konnte der Anti-AKW-Diskurs kaum mit klassenkämpferischen Deutungs- und Interpretationsmustern angereichert werden. Innerhalb der ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner konnte sich die Neue Linke zwar die Wortführerschaft sichern, doch abseits dieses Lagers stiessen die antikapitalistischen Prämissen auf Ablehnung. Viele AKW-Gegner zeigten sich bereit, die Grundlagen der modernen Zivilisation fundamental zu hinterfragen, dafür aber reichte ihnen eine antikapitalistische Perspektive nicht weit genug. So wurde wegen der Atomenergie häu-

---

<sup>771</sup> Die Volksinitiative ‚für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke‘ erreichte einen Ja-Stimmenanteil von rund 45 %, für die Volksinitiative ‚für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung‘ votierten 46 % der Stimmenden.

fig über die Moderne oder das Industriesystem, nur selten aber über den Kapitalismus gestritten.

Auch wenn die Auswirkungen der revolutionären Imperative auf den Anti-AKW-Diskurs nur beschränkt waren, hat umgekehrt die Atomenergie-Debatte zweifellos die Positionen der Neuen Linken beeinflusst. Neben die Kritik am Wirtschafts- und Gesellschaftssystem trat früh die Bereitschaft, sich ernsthaft mit den Problemfeldern der Atomtechnologie auseinanderzusetzen. Im Zuge dieser Lernprozesse begründete die Neue Linke den Widerstand gegen die Atomenergie bald mit zusätzlichen, sozusagen systemimmanenten Argumenten. Neben dem Aufgreifen ökologischer Leitbilder ist die Rede vom freiheitsfeindlichen ‚Atomstaat‘ dafür das beste Beispiel.

### **5.3.2 Die Diskussion der freiheitsfeindlichen Dimension der Atomenergie**

Um den emotionalen Gehalt eines freiheitsfeindlichen ‚Atomstaat‘-Argumentes zu erfassen, muss man sich zunächst vor Augen führen, dass wegen der Gögenger Besetzungsversuche viele AKW-Gegner in einen veritablen Schockzustand versetzt wurden. Das Vorhaben, die Zufahrtswege symbolisch mit Holzstangen, Kisten oder Fässern zu verbarrikadieren, wurde durch einen rabiaten Polizeieinsatz durchkreuzt. Noch nie zuvor hatte die Staatsmacht härter auf die Anti-AKW-Aktivist\*innen eingeschlagen als im Sommer 1977. Allein das polizeiliche Arsenal vom Panzerfahrzeug bis zur Tränengaskanone empfanden viele AKW-Gegner als kriegsrische Aufrüstung. So entbrannte im Nachgang eine Debatte darüber, welche Methoden in einem demokratischen System angewendet werden dürfen, um derartige Demonstrationen zu vereiteln.

Wie verstörend der brutale Polizeieinsatz auf viele AKW-Gegner gewirkt haben muss, zeigt Otto F. Walters politischer Jugendroman „Wie wird Beton zu Gras“ von 1979.<sup>772</sup> Seine Romanfigur, eine junge Frau, erlebte, wie die AKW-Gegner am 2. Juli 1977 hoffnungsvoll zusammenkamen, Lieder sangen und Transparente entrollten: „Gegen die Energiemonopole“ oder „Lieber aktiv und rot als radioaktiv und tot“. Was dann aber vor den Zufahrtsstrassen geschah, war ein Schock: „Man müsste dabeigewesen sein“, schrieb Walter, „man müsste den Schrecken und das erschreckte Staunen gespürt haben, als es zeh-, zwanzigmal dumpf knallte und als gleich darauf die ersten Tränengasgranaten vor und in der Mitte und

---

<sup>772</sup> Otto F. Walter, *Wie wird Beton zu Gras*, Reinbek bei Hamburg 1979.

Der Buchtitel ist einer Verszeile aus dem Lied ‚in Gösge stoht e-n AKW‘ entnommen. Geschrieben wurde dieses von Ernst Born, der in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als ‚Haussänger‘ der Anti-AKW-Bewegung bekannt geworden war.

ringsum einschlugen.“<sup>773</sup> Zu der Szene, als auf dem Dulliker Bahnhofsgelände von Panik erfüllte Demonstranten beinahe unter einen Schnellzug gerieten, stockte dem Autor die Sprache: „Das schaffen Worte nicht“, hiess es, denn abgespielt habe sich „die Strafexpedition einer Polizeimaschine, ferngesteuert von einer Macht, die keinen Menschnamen mehr hatte“.<sup>774</sup> Die Romanfigur drohte an diesem traumatischen Erlebnis zu zerbrechen, denn nach der Manifestation fühlte sie sich überall massiven Aggressionen ausgesetzt, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Familie. Schliesslich wollte die junge Frau die Gewalt, die Unterdrückung, die gesellschaftlichen Zwänge mitsamt der eigenen Wehrlosigkeit durchbrechen. Doch das verzweifelte Unterfangen, eine repressive Gesellschaft wachzurütteln und „die Freiheit wiederherzustellen“, scheiterte tragisch.<sup>775</sup> So nahm der fiebrige Roman ein bedrückendes Ende.

Walters Romanfigur und der finale Befreiungsversuch waren frei erfunden, doch spielte seine Geschichte keineswegs in einem fiktiven Raum. Zum einen basierte die Schilderung der Besetzungsversuche auf den wahren Gegebenheiten. Zum anderen glaubten viele AKW-Gegner tatsächlich, die geballte Macht der ‚Atomlobby‘ nun auch physisch spüren zu müssen.<sup>776</sup> Aus dieser Sicht war ‚Wie wird Beton zu Gras‘ ein Versuch, das Trauma in Romanform zu verarbeiten.

Was der Solothurner Schriftsteller literarisch zum Ausdruck brachte, hat Robert Jungk 1977 im ‚Atomstaat‘ theoretisch gedeutet.<sup>777</sup> In Gösigen, so schien es, sei hierzulande erstmals das sichtbar geworden, was das Schlagwort des ‚Atomstaates‘ zu fassen versuchte: dass nämlich die Umsetzung des Atomprogramms notwendigerweise mit einem freiheitsfeindlichen Unterdrückungssystem einhergehe. Die Idee einer Gefährdung des demokratischen Modells durch die Nutzbarmachung der Atomenergie wurde bereits in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entwickelt, vermochte sich jedoch erst zwanzig Jahre später zu einem öffentlichkeitswirksamen Diskurs zu verfestigen.<sup>778</sup> Eine entscheidende Rolle spielte dabei Robert Jungk, dessen Buch ab 1977 zu einem literarischen Markstein der Anti-AKW-Bewegung werden

---

<sup>773</sup> Otto F. Walter, *Wie wird Beton zu Gras*, 1979, S. 28 und S. 29.

<sup>774</sup> Otto F. Walter, *Wie wird Beton zu Gras*, 1979, S. 30.

<sup>775</sup> Otto F. Walter, *Wie wird Beton zu Gras*, 1979, S. 137.

<sup>776</sup> Selbst manche Polizisten wurden an den Gösigen Besetzungsversuchen von Zweifeln ergriffen. Martin Brunold etwa – er hatte beim Grosseinsatz im Sommer 1977 als Polizeifotograf gewirkt – verarbeitete später seine Erlebnisse in einem Buch. Martin Brunold, *Der Silberling. Bericht eines Polizeifotografen*, Wald 1987.

<sup>777</sup> Erstmals benutzte Jungk den Begriff im Februar 1977, als er bei der ‚Schlacht um Brokdorf‘ eine Rede vor den versammelten AKW-Gegnern hielt. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstrierenden vor und erzeugte eine gewaltgeladene Atmosphäre, welche der deutsche Zukunftsforscher mit dem Konzept eines militarisierten ‚Atomstaates‘ deutete. Noch im selben Jahr veröffentlichte Jungk sein gleichnamiges Buch. Hans Holzinger, Robert Jungk: *Der Atomstaat – eine Einführung*. URL: <http://www.jungk-bibliothek.at/atomstaat.htm>. Der Text basiert auf einem Vortrag, den Holzinger am 30.4.2009 in Paris gehalten hatte.



sollte. Tatsächlich wurden mit dem ‚Atomstaat‘ neue Argumentationsmuster in den Anti-AKW-Diskurs eingeführt, auf welche bald auch die hiesigen AKW-Gegner Bezug nehmen konnten. „Mit der technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung wurde der Sprung in eine ganz neue Dimension der Gewalt gewagt. Zuerst richtete sie sich nur gegen militärische Gegner. Heute gefährdet sie die eigenen Bürger.“<sup>779</sup> Diese Worte eröffneten das Buch, welches Jungk in „Angst um den drohenden Verlust von Freiheit und Menschlichkeit“ geschrieben hatte.<sup>780</sup> Tatsächlich wollte der Zukunftsforscher weniger die ökologischen als vielmehr die demokratiepolitischen Gefahren des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts zur Sprache bringen. Zwar war auch Jungk der Meinung, die Atomspaltung sei riskant und im Grunde genommen unbeherrschbar. Als ebenso schlimm erachtete er aber die wegen dieser Hochrisikotechnologie drohende umfassende Überwachung der Gesellschaft. So beschwor Jungk mit dem Horrorszenario des ‚Atomstaates‘ vor allem die politischen Risiken der Atomkraftwerke, denn das nukleare Gefahrenmoment rechtfertigte letztlich alles: von der Missachtung allgemeiner Freiheitsrechte über die Etablierung eines staatlichen Kontrollapparates bis hin zur Bepitzelung der AKW-Gegner. Grundlegend ist also der Schluss, dass die Atomtechnologie die Gesellschaft als Ganzes verändert – und zwar durchwegs in einem negativen Sinn. Demnach zwingt das atomare Gefahrenrisiko die Behörden dazu, das menschliche Verhalten bis ins Letzte zu regulieren. Wegen der enormen Verwundbarkeit müsse die staatliche Überwachung allgegenwärtig sein – und schliesse daher nicht nur Kerntechniker, Wissenschaftler oder ‚Atomterroristen‘, sondern grundsätzlich alle Bürger mit ein. Den atomaren Sicherheitsrisiken musste demnach zwangsläufig ein inakzeptabler Sicherheitsapparat folgen, ein Warn- und Kontrollsystem von ungekannter Dichte. Deshalb sah Jungk mit der Atomenergie ein anderes Leben am Horizont aufziehen, „ein Leben voll Verboten, Überprüfungen und Zwängen“.<sup>781</sup> So drohte die entsprechende Technologie den Rechtsstaat in einen totalitären ‚Atomstaat‘ zu verwandeln. Das „Plutonium-Zeitalter“ sollte also in die „totale Anpassung“ führen, und es drohte, wie Jungk im Untertitel ankündigte, der „Fortschritt in die Unmenschlichkeit“.<sup>782</sup> Damit war die Atomtechnologie auch gesellschaftspolitisch ad absurdum geführt, denn in der Zukunft wartete nichts weniger als eine neue Tyrannei, ähnlich wie sie George Orwell in seiner pessimistischen Utopie ‚1984‘ ausgemalt hatte.

---

<sup>778</sup> Vgl. Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde?*, 1984, S. 229-230; Matthias Jung, *Öffentlichkeit und Sprachwandel*, 1994, S. 103.

<sup>779</sup> Robert Jungk, *Der Atomstaat: Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München 1977, S. 9.

<sup>780</sup> Robert Jungk, *Der Atomstaat*, 1977, S. 10.

<sup>781</sup> Robert Jungk, *Der Atomstaat*, 1977, S. X.

<sup>782</sup> Robert Jungk, *Der Atomstaat*, 1977 (Buchrücken).

In der Schweiz wirkten Jungks Befürchtungen umso plausibler, als die AKW-Gegner stets einem eisigen Gegenwind ausgesetzt waren. Die Unterdrückung zählte mitunter zu den beliebtesten Mitteln, um die gesamte Bewegung zu schwächen und ihre Exponenten zum Schweigen zu bringen. Tatsächlich ist die Liste der Repressionen und Kriminalisierungsversuche lang. Hanspeter Kriesi kam deshalb schon 1982 zu dem Schluss, dass die Gegenbewegung sowohl von den Atombefürwortern als auch von den Behörden „von allem Anfang an mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft“ wurde.<sup>783</sup> Im privaten Umfeld wurden die AKW-Gegner verlacht oder verleumdet, nicht selten als Spinner oder Subversive gebrandmarkt. Diese grundsätzliche Geringschätzung konnte in verschiedensten Bereichen zu unerfreulichen Konsequenzen führen: Kontakte wurden abgebrochen, Schüler diszipliniert und Stellensuchende übergangen. Wer sich nicht so leicht beugen liess, musste zuweilen mit Entlassung rechnen.

Wegen der Besetzung in Kaiseraugst sahen sich manche Bürger sogar veranlasst, gegen die Volksbewegung mobil zu machen. Einige schlossen sich mit der Aktion Kaiseraugst in einer Art Bürgerwehr zusammen, die sich für die „Erhaltung der Rechtsordnung in der Schweiz“ verwendete.<sup>784</sup> Diese Alarmierten wollten weniger das Atomprogramm verteidigen als gegen die AKW-Kritiker vorgehen. Deshalb machte die Gruppe mit Plakaten, Flugblättern und Inseraten Stimmung und drohte den Besetzern Akte der Selbstjustiz an. Auch wurde versucht, die AKW-Opponenten nach dem Muster des antikommunistischen Diskurses zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Für die Aktion Kaiseraugst etwa war es eine ausgemachte Sache, dass hinter der Besetzung „ausländische Extremisten“ am Werk waren, die „unseren Rechtsstaat im Sinne der Baader-Meinhof Gruppe“ unterwanderten.<sup>785</sup> Für diese ‚Bürgerwehr‘ ging es deshalb darum, „Revolutionäre, Marxisten und andere Rechtsbrecher“ zu disziplinieren, um wieder Ordnung zu schaffen. Auch eine Arbeitsgruppe Besonderes Basel versuchte, durch die Schürung antikommunistischer Ressentiments die AKW-Gegner zu diskreditieren, würden diese ihr Propagandamaterial doch aus dem Ostblock beziehen.<sup>786</sup> Bewusst wurde damit an die untergründigen Ängste während des Kalten Krieges appelliert. Die Besetzung konnten die Attacken dieser Anti-Atomopponenten dennoch nicht beeinflussen.

---

<sup>783</sup> Hanspeter Kriesi, AKW-Gegner, 1982, S. 239-250, Zitat S. 239.

<sup>784</sup> Die vollständige Bezeichnung dieser Gruppierung war Aktion Kaiseraugst für die Erhaltung der Rechtsordnung in der Schweiz (AKR). Vgl. dazu Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 88-91.

<sup>785</sup> Plakat der „Aktion Kaiseraugst für die Erhaltung der Rechtsordnung in der Schweiz“ (AKR), Ende April 1975, wiedergegeben in: Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 88.

<sup>786</sup> Urs Paul Engeler, Grosser Bruder Schweiz: Wie aus wilden Demokraten überwachte Bürger wurden. Die Geschichte der politischen Polizei, Zürich 1990, S. 200.

Ungleich empfindlicher wurden die AKW-Gegner durch die staatlichen Massnahmen getroffen. Oftmals wurden die Protagonisten polizeilich überprüft, einige auch gerichtlich verfolgt und zu Geldbussen oder Gefängnisstrafen verurteilt.<sup>787</sup> Was Jungks Atomstaat-Theorie jedoch am meisten erhärtete, war die Ausforschung der AKW-Gegner durch den Staatsschutz. Bereits im Jahr 1973 eröffnete die Bundespolizei unter der Bezeichnung ‚AKW-Gegner Schweiz‘ eine Fiche, die sich mit der Gegenbewegung befasste.<sup>788</sup> Die Überwachungsorgane erstellten Karteikarten und Register, notierten Autokennzeichen, legten Namenslisten von verdächtigen Personen an und schleusten Polizeispitzel in die Anti-AKW-Bewegung ein. Diese Observierung erfolgte selbstverständlich im Geheimen. Bereits 1977 aber machte das Gerücht die Runde, wonach ausgerechnet der SPS-Bundesrat Willi Ritschard die AKW-Kritiker beschatten lassen könnte. Der Energieminister dementierte die Bespitzelung öffentlich, räumte aber ein, dass er die Bundespolizei angewiesen hatte, bei den kantonalen Polizeikorps Informationen über die Stärke der Anti-AKW-Komitees einzuholen.<sup>789</sup> Im März 1978 musste dann der Chef der Schaffhauser Kantonspolizei zugeben, dass die Behörden ein Register verdächtiger Personen führten und einen Lauscher in den Reihen der AKW-Opponenten platziert hatten.<sup>790</sup> Im Zuge der Fichenaffäre wurde dann klar, dass die Überwachung der Anti-AKW-Bewegung ab 1977 intensiviert worden war und bis Ende der 1980er Jahre nicht abriess. Ritschards Anordnung dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, und nach dem Scheitern der Gösgener Besetzungsversuche kamen die Sabotageanschläge der militanten AKW-Gegner hinzu.

Dass gerade die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner die Rede vom ‚Atomstaat‘ mit Nachdruck aufgriffen, lag nahe. Erstens misstrauten POCH und RML – im Gegensatz zu den ‚Gemässigten‘ – dem bürgerlichen Staat von Anfang an. Mit Jungks ‚Atomstaat‘ stand jetzt ein zusätzliches Argumentarium bereit, um das Unbehagen gegenüber der staatlichen Ordnungsmacht zu deuten. Zweitens erlitten die Aussenseiterparteien den Kontroll- und Repressionsapparat gleich doppelt, einmal als ‚radikale‘ AKW-Kritiker, dann auch als Teil der ‚revolutionären‘ Linken.

Die Neue Linke wurde von Beginn an von privaten Staatsschutzorganisationen überwacht, die sich dem Kampf gegen die ‚Subversion‘ verschrieben hatten. Dazu zählten vor allem der

---

<sup>787</sup> Die Umfrage von Hanspeter Kriesi ergab, dass jeder vierte AKW-Gegner mindestens einmal mit Polizei oder Justiz in Kontakt gekommen war. Hanspeter Kriesi, *AKW-Gegner*, 1982, S. 246.

<sup>788</sup> Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935–1990. Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrag des schweizerischen Bundesrates*, Bern 1993, S. 459-462.

<sup>789</sup> Siehe dazu Urs Paul Engeler, *Grosser Bruder Schweiz*, 1990, S. 200.

<sup>790</sup> Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 462; Urs Paul Engeler, *Grosser Bruder Schweiz*, 1990, S. 200.

Schweizerische Aufklärungsdienst (SAD), das Institut für Politologische Zeitfragen (IPZ) oder die Informationsgruppe Schweiz unter Ernst Cincera.<sup>791</sup> All diesen privaten ‚Staatsschutzbüros‘ war gemeinsam, dass sie jene linksgerichteten Protestgruppen in Eigenregie beäugten, die im Zuge der 68er-Bewegung entstanden waren.<sup>792</sup> Im Namen der Sicherheit sammelte der vom Bund subventionierte SAD Broschüren und Flugblätter oder verbreitete Mahnrufe und Informationsschriften. Auch das 1970 gegründete IPZ verstand sich in erster Linie als Aufklärungsdienst. Ab 1971 erschienen regelmässig die IPZ-Informationen, welche die Tätigkeiten der Neuen Linken rege dokumentierten.<sup>793</sup> Niemand aber feindete die unerwünschten Gruppierungen heftiger an als ein Mann, der sich 1972 mit einigen Gefolgsleuten vom IPZ abgespalten hatte. Ernst Cincera – Grafiker, Freisinniger und Oberstleutnant – war von den subversiven Umtrieben geradezu besessen. Der Eiferer führte mit Hilfe eines Spitzelnetzes eine private ‚Extremistenkartei‘, in der rund 3'500 subversiv-verdächtige Subjekte verzeichnet waren. Ende 1976 aber wurden die geheimen Machenschaften aufgedeckt, und in der Öffentlichkeit entbrannte eine Debatte über den Sinn und Zweck der privaten Staatsschutzpraktiken.

Doch nicht nur die privaten ‚Subversionsspezialisten‘, auch die Sicherheitsorgane von Bund und Kantonen verfolgten die Tätigkeiten der Neuen Linken ausserordentlich genau.<sup>794</sup> Erstaunlicherweise riss dieser polizeiliche Eifer nicht ab, sodass die linken Aussenseiterparteien bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre hinein beharrlich überwacht und registriert wurden. Dabei griffen die Sicherheitsorgane auf ein breites Instrumentarium zurück.<sup>795</sup> Ein ergiebiges Studienobjekt etwa war das reichhaltige Publikationsmaterial, das am deutlichsten

---

<sup>791</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg waren diverse Organisationen entstanden, welche der kommunistischen Bedrohung entgegenwirken wollten. Ein guten Überblick bieten Jürg Frischknecht et al., *Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz: Ein aktuelles Handbuch*, Zürich 1979. Vgl. auch Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 344-364 (1945–1968); S. 597-611 (nach 1968). Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf diesen beiden Übersichtswerken.

<sup>792</sup> Die privaten Überwachungspraktiken richteten sich deshalb nicht exklusiv gegen die POCH und die RML. Seziert wurden vielmehr alle, die mit Blick nach links in einem verdächtigen Licht erschienen, also viele Gruppierungen und unzählige Personen. Allerdings wurde 1971 in der Westschweiz mit der Ligue antirevolutionnaire eine antisubversive Vereinigung gegründet, die direkt gegen die RML gerichtet war. Vgl. zu dieser ‚Antirevolutionären Liga‘ Bresche, Nr. 3, Februar 1972, S. 15; Bresche, Nr. 17, März 1973, S. 4; Jürg Frischknecht et al., *Die unheimlichen Patrioten*, 1979, S. 277.

<sup>793</sup> 1976 kam das IPZ zum Schluss: „Die Neue Linke gab sich in der Schweiz mit ihren Parteien organisatorische Formen, die ihr eine leistungsfähige Agitation für revolutionäre Ziele erlauben. Diese Parteien werden wegen ihres totalitären Anspruchs kurz- und mittelfristig zu einer Belastung der pluralistischen Gesellschaft.“ IPZ-Information, *Entwicklungsformen der neuen Linken*, Nr. 0/2, Zürich Dezember 1976, S. 28.

<sup>794</sup> Zur Überwachung der POCH und der RML seitens der Staatsschutzorgane siehe Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, 414-417.

Mehr noch als die POCH stand die RML im Fokus, denn aus Sicht der zuständigen Behörden war bereits 1970 erwiesen, dass die Trotzlisten „ohne Zweifel eine Gefahr für unser Land“ darstellen würden. Bericht vom 25. Juni 1970, zitiert in: Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 417.

<sup>795</sup> Zu den angewendeten Überwachungsmethoden siehe Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 431-433.

die Gefährlichkeit der Neuen Linken zu belegen schien. Zur Überwachung der Neuen Linken wurden auch die neuesten elektronischen Hilfsmittel wie Wanzen, Mikrofone oder Minispione trickreich eingesetzt. Zudem sollten Telefonabhörungen, Postkontrollen oder die Ausforschung durch Informanten den Sicherheitsbehörden ein möglichst lückenloses Bild der verdächtigen Gruppierungen vermitteln.

Das volle Ausmass der geheimen Bespitzelung kam erst im Zuge der Fichenaffäre ans Tageslicht. Doch die Neue Linke war sich der Überwachung stets bewusst, vor allem deshalb, weil die RML im Mai 1973 eine dilettantisch angelegte Abhöraktion aufdecken konnte.<sup>796</sup> Der Chef der Bundespolizei hatte im Vorfeld zugestimmt, den nationalen Kongress der RML über eine Abhöranlage überwachen zu lassen. Als aber die Trotzlisten den Verhandlungssaal in Epalinges betraten, entdeckten sie gleich die Wanzen und Minispione und reichten gegen die Verantwortlichen Strafklage ein. So erlangten die geheimen Staatsschutzpraktiken nationale Bekanntheit. Die Staatsschutzorgane gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik, denn die Rechts- und Verhältnismässigkeit der missglückten Abhöraktion wurden vielerorts bezweifelt oder verneint.<sup>797</sup>

Vor diesem Hintergrund stimmte die Neue Linke rasch in die Diskussion über die polizeistaatliche Dimension der Atomenergie mit ein. Sie vertrat die Auffassung, dass die Nutzbarmachung der Atomenergie mit einem Abbau demokratischer Rechte und dem Ausbau des Staatsschutzes einhergehe. Wenn die Neue Linke nunmehr den Überwachungsapparat und die staatliche Repression verurteilte oder gegen den Ausbau der Sicherheitsdienste demonstrierte, dann oftmals mit dem Schreckbild eines totalitären ‚Atomstaates‘ vor Augen.<sup>798</sup> Innerhalb der POCH stand der Begriff ‚Atomstaat‘ darüber hinaus nicht nur für einen totalitären Kontrollapparat, sondern für das kapitalistische Übel schlechthin.<sup>799</sup>

Ende der 1970er Jahre wurde die politische Tragweite des Atomprogramms auch seitens der traditionellen Linken ergründet. In der Sozialdemokratie war es ironischerweise Willi Ritschard, der im April 1977 den ‚Atomstaat‘ erstmals zur Sprache brachte. „Ist unsere Gesellschaft fähig, die Atomtechnik politisch zu bewältigen?“, erkundigte sich der Atombefürworter bei den

---

<sup>796</sup> Ausführlich dazu Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 130-131; S. 538-548; S. 638-640. Aus der Sicht der RML: Bresche, Nr. 20, Juni 1973, S. 2-4.

<sup>797</sup> In juristischer Hinsicht hatte dann das Bundesgericht das letzte Wort, das die Klage der RML am 8. März 1974 einstimmig abwies.

<sup>798</sup> Ende 1978 stellte die Bresche die schauerliche Vision des ‚Atomstaates‘ in einer Karikatur dar: Ausgerüstet mit Helmen, Schlagstöcken und Schutzschildern bildeten Polizisten ein engmaschiges Netz, das an Strommasten hängend über die Gesellschaft wachte. Im Innern dieses Geflechtes lag der Atomreaktor. Siehe die Zeichnung in Bresche, Nr. 125, November 1978, S. 3.

<sup>799</sup> „Der Atomstaat ist für uns das Synonym für eine Industriegesellschaft, die Mensch und Umwelt verachtet [...], die die Atomenergie nur über ein immenses staatliches Aufrüstungsprogramm durchsetzen konnte [...], die zur

Studenten der Hochschule St. Gallen.<sup>800</sup> Und Robert Jungk zitierend fragte er weiter: „Wird uns [...] der Energiekoloss nicht neue Gesetze und Verordnungen aufdrängen, die den Freiraum der Menschen immer wie mehr (sic!) einschränken?“ Der Energieminister räumte in seiner Rede freimütig ein, dass die Atomabfälle „während Jahrtausenden versenkt oder vergraben und wohl auch bewacht werden“ müssten. Er liess offen, ob die notwendige Sicherheit garantiert werden könne und ob so viel gesellschaftliche Stabilität überhaupt wünschbar sei. Trotzdem kam er letztlich zu dem Schluss, dass die atomare Energiegewinnung nicht weniger, sondern mehr „Freiraum“ biete.<sup>801</sup>

Mit diesem Standpunkt sah sich Ritschard selbst in der eigenen Partei bald auf verlorenem Posten. Schon die Subkommission, welche 1977 das für die SPS wegweisende ‚Energiekonzept‘ erarbeitete, entwickelte gegenteilige Auffassungen. Die Forderung eines vierjährigen Moratoriums wurde unter anderem so begründet, dass die Atomwirtschaft „auf die Länge eine rigorose soziale Stabilität“ erfordere, denn „einmal freigesetzte Radioaktivität muss dauernd kontrolliert werden und für Jahrtausende überwacht werden“.<sup>802</sup> So sah die Arbeitsgruppe in der Atomenergie nicht nur ein technologisch-ökologisches, „sondern in erster Linie ein gesellschaftliches und politisches Problem“. Als das ‚Energiekonzept‘ im Mai 1978 durch den Parteitag bestätigt wurde, waren derartige Bedenken bereits eine Selbstverständlichkeit geworden.<sup>803</sup> So hatte sich in der SPS während der Jahre 1977 und 1978 die Meinung durchgesetzt, dass die Atomkraftwerke nicht nur Energie, sondern ein nahezu grenzenloses Sicherheitsbedürfnis produzieren. „Die Überwachung von Atomanlagen ruft z. B. nach Überwachern der Überwacher – der Polizeistaat wird hier quasi systemimmanent geboren!“, brachte der SPS-Nationalrat Andreas Gerwig die verhängnisvolle Repressionsspirale auf den Punkt.<sup>804</sup> Im Parteiprogramm von 1982 galt dann die Atomenergie wegen des Zwangs „zur jahrtausendelangen Überwachung der Radioaktivität“ als „untragbare Hypothek“.<sup>805</sup> Weil also

---

Autogesellschaft wurde [...], die als selbstherrliche Männergesellschaft dominiert [...].“ Entwurf zu einem POCH-Manifest 1987, in: POCH-Zeitung, Nr. 14, April 1987, S. 5-8, hier S. 5.

<sup>800</sup> Willi Ritschard, *Wieviel Energie braucht der Mensch?*, Rede an der Hochschule St. Gallen vom 20.4.1977, in: Frank A. Meyer (Hg.), *Willi Ritschard. Bilder und Reden aus seiner Bundesratszeit*, Zürich 1984, S. 85-94, hier S. 86.

<sup>801</sup> Frei von Zweifeln war Ritschard dennoch nicht: „Aber auch wir müssen aufpassen, dass wir mit der Atomspaltung neu gewonnenen Freiraum nicht durch den notwendig gewordenen polizeilichen Schutz wieder verlieren“, mahnte er vor den Zuhörern. Willi Ritschard, *Wieviel Energie braucht der Mensch?*, 1984, S. 86.

<sup>802</sup> SPS (Hg.), *Konzept für eine neue Energiepolitik*, 1977, S. 5.

<sup>803</sup> Deshalb scheiterte ein Ergänzungsantrag, der den „Ueberwachungs- und Polizeistaat“ explizit erwähnen wollte, denn es sei allen klar, dass genau diese Gefahren gemeint seien. Ergänzungsantrag zum ‚Konzept für eine neue Energiepolitik‘, in: *Beschlussprotokoll des ordentlichen SPS-Parteitages vom 19.–21. Mai 1978 in Basel*, Bern 1978, S 59, SOZARCH Ar 1.116.18.

<sup>804</sup> Andreas Gerwig in: *POCH-Zeitung*, Nr. 37, Oktober 1978, S. 1.

<sup>805</sup> SPS (Hg.), *Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982]*, 1983, S. 66.

die „politischen Folgen derartiger grosstechnologischer Anlagen nicht abzusehen“ seien, sollte auf den Ausbau des Atomprogramms verzichtet werden.

Einzelne Mitglieder der PdAS nahmen Jungks Befürchtungen erstmals im Frühjahr 1978 auf, als sich die Parteiführung nach quälend langer Zeit dazu durchringen konnte, die Atomenergie zumindest in Frage zu stellen. Der Tabubruch war endlich vollbracht, und auch in den Reihen der PdAS ging „die Angst vor einem Atomstaat Schweiz“ um.<sup>806</sup> Am Parteitag von 1978 machten die Kommunisten dann zum Thema, was auch andere schon formuliert hatten: dass nämlich die „Bedrohung der Atomkraftwerke [...] zum Vorwand werden [könnte], die demokratischen Rechte abzubauen“.<sup>807</sup> Das Schreckbild eines autoritär-technokratischen ‚Atomstaates‘ war nun ein Grund, weshalb sich die PdAS einem Weiterausbau des Atomprogramms in den Weg stellen wollte. So sagten die Kommunisten voraus, dass zur Sicherung der Atomkraftwerke Polizeischutz, Verbote, Überwachung und Geheimhaltung zu einem weltweiten Sachzwang würden.

Das diskursive Wirkungsfeld des ‚Atomstaates‘ verbreiterte sich in der Schweiz insofern, als die entsprechenden Argumente gleich doppelt eingesetzt werden konnten: einerseits gegen die Weiterführung des Atomprogramms, andererseits auch gegen den Ausbau des Staatsschutzsystems. Mit den repressiven Strukturen des ‚Atomstaates‘ im Hinterkopf setzten sich die Linksparteien und die ‚radikalen‘ AKW-Kritiker gegen die Verstärkung des Ordnungapparates zur Wehr. Dieser Widerstand war Ende 1978 insofern von Erfolg gekrönt, als die Schaffung einer bundeseigenen Schutzpolizei zur Verstärkung der inneren Sicherheit verhindert werden konnte.

Nun muss man wissen, dass 1935 mit der Bundespolizei keine eigentliche Bereitschaftstruppe geschaffen wurde, die für ordnungsdienstliche Aufgaben ausgerüstet war.<sup>808</sup> Wenn der Bund konkrete Sicherheitsmassnahmen erfüllen wollte, musste er die notwendigen Polizeikräfte von den Kantonen anfordern – oder sogleich die Armee aufbieten. Diese Situation schien dem Bund schon in den 1960er Jahren unhaltbar. Um die Lücke zu schliessen, wurde zunächst mit der Interkantonalen Mobilen Polizei (IMP) eine 600-köpfige Polizeitruppe geplant, die aus kantonalen Einsatzkräften bestehen sollte.<sup>809</sup> Das Polizeikorps hätte auch als

---

<sup>806</sup> Atomkraftwerke: Maschinenstürmer?, in: Vorwärts, 16.3.1978.

<sup>807</sup> Resolution des 11. Parteitages zur Energiepolitik, Genf, 13.–15. Mai 1978, in: Vorwärts, 25.5.1978.

<sup>808</sup> Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 585-586; Therese Steffen Gerber, Martin Keller, Bundespolizei, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 27.1.2010, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17246.php>.

<sup>809</sup> Zum Projekt einer Interkantonalen Mobilen Polizei vgl. Reto Patrick Müller, Innere Sicherheit: Rechtliche und tatsächliche Entwicklungen im Bund seit 1848, Egg bei Einsiedeln 2009, S. 345-356; Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 586-589.

Ordnungsdienst wirken sollen, um Ruhe und Ordnung – etwa bei Demonstrationen – aufrechtzuerhalten.

Dass die IMP zu Beginn der 1970er Jahre am Widerstand einzelner Kantone scheiterte, haben die zuständigen Behörden bald als umso schmerzlicher empfunden. Die innere Sicherheit schien nicht nur wegen des internationalen Terrorismus, sondern auch wegen der innenpolitischen Konfrontationen mehr und mehr bedroht. Insbesondere wegen der aufmüpfigen AKW-Gegner vertraten nun auch viele bürgerliche Parlamentarier die Meinung, dass die Exekutive einer bundespolizeilichen Kommandotruppe bedürfe.<sup>810</sup> Tatsächlich hatte sich 1975 in Kaiseraugst gezeigt, dass die kantonalen Polizeikräfte angesichts einer nationalen Widerstandsbewegung rasch an ihre Grenzen stiessen. Die Aargauer Sicherheitsdienste waren zur Räumung des Geländes nicht imstande, und manche Kantone verweigerten die polizeiliche Mithilfe.<sup>811</sup> Angesichts dieser Schwierigkeiten ist davon auszugehen, dass die IMP in Kaiseraugst – und 1977 auch in Gösgen – zum Einsatz gekommen wäre.<sup>812</sup>

Jedenfalls wagte der Bundesrat unter diesen Eindrücken den Versuch, mit der Bundessicherheitspolizei (Busipo) ein eigenes Polizeikorps zu schaffen.<sup>813</sup> Just im Juni 1977 – als die Göggener Besetzungsversuche im Tränengas erstickt wurden – lag dann die Botschaft zum Erlass eines entsprechenden Bundesgesetzes vor. Demnach sollte die Busipo eine Kommandotruppe sein, die sicherheitspolitische Bundesaufgaben erfüllt, aber aus kantonalen Polizeikräften besteht. In der Folge wurde diese Lösung vor allem unter dem Schlagwort der internationalen Terrorismusbekämpfung propagiert. Doch die Vorlage ging über die Vereitelung von Terrorakten, Geiselnahmen oder Sprengstoffanschlägen hinaus. Denn wiederum hätte der Bundesrat die Truppe als polizeilichen Ordnungsdienst einsetzen dürfen, um die Störung der inneren Sicherheit zu verhindern.

Gegen die Verstärkung des staatlichen Ordnungsapparates setzten sich vor allem die linken Parteien und die ‚radikalen‘ AKW-Gegner vehement zur Wehr. Als der Nationalrat Ende 1977 die Busipo beriet, versuchten die Sozialdemokraten, den Ordnungsdienst aus der Vorlage zu streichen.<sup>814</sup> Die PdAS opponierte erwartungsgemäss am schärfsten, schliesslich hatten sich

---

<sup>810</sup> Just im Juni 1975, als die Besetzer in Kaiseraugst den Übungsabbruch beschlossen, wurden in den eidgenössischen Räten Vorstösse eingereicht, welche die Prüfung einer bundeseigenen Bereitschaftspolizei forderten. Die entsprechenden Postulate wurden noch vor Jahresende überwiesen. Vgl. Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 592.

<sup>811</sup> Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst, 1977, S. 85-87, oder Reto Patrick Müller, Innere Sicherheit, 2009, S. 366.

<sup>812</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung die Meinung von Reto Patrick Müller, Innere Sicherheit, 2009, S. 367.

<sup>813</sup> Zum Busipo-Projekt siehe Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 593-595; Reto Patrick Müller, Innere Sicherheit, 2009, S. 363-373.

<sup>814</sup> Zu den parlamentarischen Beratungen der Busipo-Vorlage vgl. Reto Patrick Müller, Innere Sicherheit, 2009, S. 368-371.



die bundespolizeilichen Aktivitäten während langer Zeit vor allem gegen sie gerichtet. Alle Gegenwehr aber war vergebens, und die bürgerliche Parlamentsmehrheit winkte im März 1978 die Busipo problemlos durch. Der entscheidende Widerstand kam in der Folge von der Neuen Linken, die sich mit diversen Anti-AKW-Organisationen in einem Referendumskomitee zusammengetan hatte.<sup>815</sup> Die PdAS schloss sich dieser Vereinigung an, während die SPS in Eigenregie Unterschriften sammeln wollte.

Die Motive allerdings waren die gleichen, denn allseits störten nicht die Antiterrorleute, sondern jene 1'000 Mann, welche zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung vorgesehen waren. Für die Opponenten war klar, dass diese Truppe auch gegen Streikende, Demonstrierende, Arbeiter oder Atomkraftwerkgegner eingesetzt werden würde.<sup>816</sup> So lehnte man eine ‚nationale Repressionspolizei‘ ab, die jede unliebsame Oppositionsbewegung hätte bekämpfen können. Hinzu kam, dass manche Gegner mit der Busipo jene verhängnisvolle Entwicklung aufziehen sahen, die Jungk im ‚Atomstaat‘ jüngst umschrieben hatte. Das Referendumskomitee etwa sah in der Ordnungstruppe „nur die Spitze eines Eisberges“.<sup>817</sup> So wurde die Vorlage vor dem Hintergrund der Berufsverbote, der Bespitzelungs- und Überwachungsfälle, der Unterdrückung, ja „der Repression auf allen Ebenen“ gedeutet. Da die Busipo die Demokratie notfalls mit Gewalt hätte unterdrücken können, galt sie als weiterer Schritt in Richtung eines vielgestaltigen Kontroll- und Repressionsapparates. Auch in den Reihen der PdAS vermochte man einen „Zusammenhang zwischen geplanten AKW und geplanter Sicherheitspolizei“ zu erkennen.<sup>818</sup> Und für den SPS-Nationalrat Andreas Gerwig stand fest: „Der ‚Atomstaat‘ produziert das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis und dieses dann die ‚Lösungen‘ wie z. B. eine ‚Sicherheits‘-Polizei.“<sup>819</sup> Aus dieser Perspektive wurde es zu einem wichtigen Ziel, durch die Verhinderung der Busipo die gefährliche Entwicklung zum starken Polizei- oder ‚Atomstaat‘ zu unterbinden.

In der Abstimmung vom 3.12.1978 erwies sich die Verstärkung des Ordnungsapparates als unpopulär, und die Busipo wurde mit 56 % der Stimmen abgelehnt. Viele Abstimmende waren offenbar der Auffassung gefolgt, dass eine bundeseigene Schutzpolizei, die zur Bekämpfung innerer Unruhen eingesetzt werden kann, die Demonstrations- und Streikfreiheit tat-

---

<sup>815</sup> Das ‚Schweizerische Komitee gegen die Schaffung einer nationalen Repressionspolizei‘ war bereits im Oktober 1977 gegründet worden. Neben der Neuen Linken und den Anti-AKW-Organisationen (SAG, Gagak u. a.) waren auch die PdAS, feministische Frauengruppen, das Demokratische Manifest und andere Gruppierungen dabei. Siehe Bresche, Nr. 106, Januar 1978, S. 3.

<sup>816</sup> „Die vorgesehenen Polizeikräfte, angeblich für den Kampf gegen den Terrorismus bestimmt, sind in Wirklichkeit gegen jede oppositionelle Volksbewegung und die Arbeiterbewegung bestimmt.“ Plattform des schweizerischen Komitees gegen die Busipo, in: POCH-Zeitung, Nr. 16. Mai 1978, S. 4.

<sup>817</sup> Plattform des schweizerischen Komitees gegen die Busipo, in: POCH-Zeitung, Nr. 16. Mai 1978, S. 4.

<sup>818</sup> Atomkraftwerke: Maschinenstürmer?, in: Vorwärts, 16.3.1978.

sächlich zu beeinträchtigen drohe.<sup>820</sup> So scheiterte nach der IMP auch der zweite Versuch, die bundespolizeilichen Kapazitäten im Namen der inneren Sicherheit auszubauen. Für das erwähnte Referendumskomitee war diese Ablehnung ein grosser Erfolg, denn in der Abstimmungskampagne hatten sich alle bürgerlichen Landesparteien für die Bundessicherheitspolizei ausgesprochen. Zufrieden sein konnten selbstredend auch jene, welche die Vorlage im Lichte des ‚Atomstaates‘ wahrgenommen hatten. Mit dem Nein zur Busipo wurde der Plan durchkreuzt, den Staatsschutzapparat weiter auszubauen.

35 Jahre nach der Veröffentlichung des ‚Atomstaates‘ lässt sich festhalten, dass Robert Jungks Horrorszenarien nicht eingetroffen sind. Zwar müssen die Atomkraftwerke zweifellos überwacht werden, und es ist wahr, dass die Sicherheitsfragen rund um die radioaktiven Abfälle ungelöst geblieben sind. Dennoch hat die Atomenergie das gesellschaftliche Klima nicht in jener Form verdorben, wie dies der deutsche Zukunftsforscher 1977 vorausgesagt hatte.

Nun lässt sich einwenden, dass die präventiven Überwachungstätigkeiten des Schweizerischen Staatsschutzes selbst dann immer weiter ausgebaut wurden, als sich die Frontstellungen des Kalten Krieges allmählich auflösten.<sup>821</sup> Als dann 1989 mit der Fichenaffäre das engmaschige System des Staatsschutzes aufflog, fegte ein Sturm der Empörung durch die Schweiz.<sup>822</sup> Jetzt kam die Sammelwut der Sicherheitsorgane ans Tageslicht. In der Öffentlichkeit und den Schweizer Medien war fortan vom ‚Überwachungsstaat‘ die Rede. Tatsächlich war die Dimension gewaltig: 900'000 Fichen wurden entdeckt, welche eifrige Beamte in jahrzehntelanger Kleinarbeit zusammengetragen hatten. Auf der Suche nach Staatsfeinden war ein Repressions- und Überwachungsapparat errichtet worden, der sich jenseits demokratischer Prinzipien fast jeglicher Kontrolle entzog.<sup>823</sup> Dabei drangen die Staatsschutzorgane immer weiter in den Schutzbereich der Grundrechte ein bis hin zur Verletzung der elementaren Rechte betroffener Personen.

Der politische Skandal rund um den Staatsschutz kann also nicht geleugnet werden, und dennoch hat die Fichenaffäre den ‚Atomstaat‘ nicht bestätigt. Denn die Sicherheitsorgane –

---

<sup>819</sup> Andreas Gerwig in: POCH-Zeitung, Nr. 37, Oktober 1978, S. 1.

<sup>820</sup> Die VOX-Analyse brachte denn auch zutage, dass sich das Nein nicht gegen die Antiterrortruppe, sondern gegen den Ausbau des ordnungsdienstlichen Polizeiapparates gerichtet hatte. Vgl. Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 595.

<sup>821</sup> Zum Schweizerischen Staatsschutz zwischen 1945 und 1990 siehe Georg Kreis et al. (Hgg.), Staatsschutz in der Schweiz, 1993, S. 257-611 und Urs Paul Engeler, Grosser Bruder Schweiz, 1990, S. 107-220.

<sup>822</sup> Vgl. Urs Paul Engeler, Grosser Bruder Schweiz, 1990, S. 209-220.

<sup>823</sup> Die eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission deckte Ende 1989 auf, dass die ungezügelter Staatsschutzorgane ebenso unstrukturiert wie umfassend vorgegangen waren. Klare Kriterien haben gefehlt, und nicht selten wurden willkürliche, unnötige oder unrichtige Informationen über jene zusammengetragen, die als

ob staatliche oder private – fürchteten in der Nachkriegszeit nicht den atomaren Zerfall, sondern die politische Zersetzung durch das Wirken linksradikaler Agitatoren.<sup>824</sup> So war es denn auch diese geradezu paranoide Furcht vor der ‚Subversion‘, die den Staatsschutzapparat politisch legitimierte. Auch in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Überwachungstätigkeit nicht zum Schutz des Atomprogramms, sondern aufgrund der alten Bedrohungsszenarien ausgebaut, die in den zuständigen Behörden fortlebten.<sup>825</sup> Die Verwundbarkeit der Atomanlagen spielte in den Überlegungen der Sicherheitsorgane also nie eine wesentliche Rolle. Charakteristisch war auch das Interesse der Polizei gegenüber der Anti-AKW-Bewegung. Die Sicherheitsorgane wollten weniger den Schutz des Atomprogramms gewährleisten, sondern überwachten die Oppositionsbewegung vor allem wegen der politischen Gesinnung ihrer linken Exponenten.<sup>826</sup> Noch vor Mitte der 1970er Jahre waren die zuständigen Behörden zur Auffassung gelangt, dass die Anti-AKW-Bewegung von linksextremen Kreisen unterwandert sei. Fortan war der Staatsschutz von der Sorge umgetrieben, dass die Angst vor der Atomenergie für revolutionäre Zielsetzungen missbraucht werden könnte. Besonders die Neue Linke schien den Überwachungsbeamten verdächtig, denn diese galt als Trittbrettfahrerin, die über die Frage der Atomenergie lediglich linksextreme Anliegen transportieren wollte.<sup>827</sup> Zusammengefasst haben die freiheitsfeindlichen Tendenzen, welche die Linksparteien ab Ende der 1970er Jahre der Atomenergie zugeschrieben hatten, nicht irreversibel in einen totalitären Kontroll- und Überwachungsapparat geführt. Der Ausbau des Staatsschutzes war keine Reaktion auf das Atomprogramm, sondern eine Folge der überzogenen Feindbilder des Kalten Krieges. Deshalb teilten die AKW-Gegner das Schicksal der Bespitzelung mit vielen anderen, mit Pazifisten, Öko- und Drittweltgruppen oder Feministinnen. Bezeichnenderweise konnte die Fichenaffäre denn auch erst nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ostblockstaaten ans Licht kommen. Der ‚Atomstaat‘ wurde also nicht Realität, und vieles kam anders, als zu befürchten war.

---

gefährlich taxiert worden waren. Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vom 22. November 1989, Bern 1989.

<sup>824</sup> Reto Patrick Müller, *Innere Sicherheit*, 2009, S. 339-344; Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 257-281 und S. 365-383.

<sup>825</sup> Zu den Motiven und Befürchtungen der Staatsschutzorgane in den 1970er und 1980er Jahren siehe Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 385-397.

<sup>826</sup> Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 459-462.

Da man die Anti-AKW-Bewegung vor allem als Agitationsfeld für fehlgeleitete Revolutionäre sah, war es nur schlüssig, die entsprechenden Karteikarten der Kategorie des ‚Linksextremismus‘ zuzuordnen. Siehe zu dieser Zuordnung Georg Kreis et al. (Hgg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, 1993, S. 399.

<sup>827</sup> Die AKW-Gegner mussten aber nicht zwingend revolutionäre Zielsetzungen teilen, um vom Staatsschutz bespitzelt zu werden. Die Fiche von Alexander Euler etwa umfasste zwölf Karten, in welchen während 29 Jahren rund 130 Einzeleinträge verzeichnet wurden. Urs Paul Engeler, *Grosser Bruder Schweiz*, 1990, S. 200.

---

### 5.3.3 Ökologische Leitbilder vs. Fortschrittsversprechen der Atomenergie

#### Die soziopolitische Dimension der Atomenergie

1974 brachte die PdAS ihre pronukleare Haltung wie folgt auf den Punkt: „Wir sind der Ansicht, dass jeder soziale Fortschritt und der Weg hin zu Sozialismus nur möglich ist bei voller Nutzung der Wissenschaft und Technik, einbezogen die vernünftige und kontrollierte Nutzung der Kernenergie.“<sup>828</sup> In diesen Worten spiegelte sich nochmals jene Auffassung wider, welche die traditionelle Linke nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatte. Damals war die Nutzbarmachung der Atomenergie zum Königsweg erhoben worden, um die gesellschaftliche Entwicklung vorwärtszutreiben. So hatte man diese Energiequelle zur Garantin historischer Progressivität hin zu einer sozialistischen Gesellschaft erklärt.

Durch den Anbruch der „1970er Diagnose“ aber wurden alle Utopien jäh in Frage gestellt, welche um die technoökonomische Entfaltung entworfen worden waren. Für die Linksparteien wurde jetzt der marxistische Fortschrittsentwurf zum grössten Hindernis, das sie davon abhielt, frühzeitig in den Anti-AKW-Diskurs einzugreifen. Für die Linken war es nämlich ein absolutes Tabu, die technologische Entwicklung auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Daher durfte man selbstredend auch einer Energiequelle nicht den Weg versperren, welche im Einklang mit den überlieferten Überzeugungen so viel erhoffen liess. Unter den traditionellen Linken machten sich einige sogar daran, die Atomenergie wegen ihrer soziopolitischen Wirkungskraft zu verteidigen. Wie noch zu zeigen sein wird, spielte in diesen Versuchen das Bild des fehlgeleiteten Maschinenstürmers eine entscheidende Rolle.

Auch die Neue Linke konnte sich nicht über den sozialistischen Lehrsatz hinwegsetzen, wonach eine gerechte Gesellschaftsordnung ohne das bedingungslose Vorantreiben der technologischen Entfaltung ausgeschlossen sei. Zwar wollten POCH und RML die Frage der Atomenergie aufgreifen, weil sich in diesem Themenkomplex gesellschaftliche Spannungen aufbauten. Doch dieses Interesse wollte gut begründet sein, denn keinesfalls mochten die linken Aussenseiterparteien riskieren, als Maschinenstürmer stigmatisiert zu werden. Tatsächlich fürchteten die ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner kaum etwas mehr als das Odium der Technik- und Wirtschaftsfeindlichkeit. Als deshalb die POCH im Sommer 1974 einen Protestmarsch zum Kaiseraugster Baugelände organisierten, wurde der Öffentlichkeit eiligst versichert, dass ihre Mitglieder keine „Maschinenstürmer, Fortschrittsfeinde, Ludditen etc.“

---

<sup>828</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

sein.<sup>829</sup> Zwar räumte man ein, dass es unter den Opponenten Leute gebe, „welche aus Prinzip gegen A-Werke sind, weil die Kernspaltung der Natur zuwiderlaufe“. Davon grenzte sich die Partei aber vehement ab, denn sie wollte nicht Atomtechnologie an sich bekämpfen, sondern einzig „gegen die Profitplanung der Energiemonopole“ demonstrieren.<sup>830</sup> Unter dem Schlachtruf „Gegen die Maschinenstürmerei!“ wollten die POCH also „für die volle Ausnützung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ eintreten, wie sie Ende 1974 nochmals versicherten.<sup>831</sup> So sollte der Atomsektor verstaatlicht werden, um den „Energiebonzen“ die „Kontrolle über die Entwicklung der Produktivkräfte“ zu entreissen.

Mitunter trieb der Zwang, den technologischen Fortschritt zu beschleunigen, seltsame Blüten: Im Januar 1974 etwa lehnten die POCH das geplante Atomprogramm ab, weil die ‚profitgetriebene‘ Elektrizitätswirtschaft veraltete Technologien einsetzen würde. Selber aber wollte die Partei auf „technisch höherstehende Reaktoren“ setzen, auf „Hochtemperaturreaktoren“ oder auf „schnelle Brüter“.<sup>832</sup> Am liebsten indessen hätten die POCH „die Energiegewinnung aus Kernfusion“ abgewartet, weil dann Brennstoff und Energie in beliebigen Mengen zur Verfügung stünden. So sollten die Atomkerne nach der Jahrhundertwende nicht mehr gespalten, sondern durch Kernfusionsreaktoren miteinander verschmolzen werden.

Auch in der RML zeigte sich gelegentlich die Tendenz, die Utopien des Atomzeitalters mit neuen Visionen zu übertrumpfen. So wurde in der Bresche Mitte 1975 die Möglichkeit skizziert, im Weltall ein 80 km<sup>2</sup> grosses Sonnensegel zu setzen, wobei die Energie per Ultrakurzwellen auf der Erde übermittelt werden sollte.<sup>833</sup> Aus der trotzkistischen Perspektive betrachteten die „bürgerlichen Behörden“ solche Chancen „wie Kuriositäten aus Science-Fiction-Romanen“. Selber aber sah man die Möglichkeit, den technologischen Fortschritt weiter zu beschleunigen. Dieses ungebrochene Zukunftsvertrauen erklärt, dass sich die RML immer wieder von jenen AKW-Kritikern abgrenzte, welche aus ihrer Sicht das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten. So opponierte die RML gegen das schweizerische Atomprogramm, ohne deswegen der „Logik der Fortschrittsfeindlichen“ zu verfallen.<sup>834</sup> Die marxistische Bejahung der technologischen Entwicklung verbot die romantischen Ideale, welche sich

---

<sup>829</sup> Fritz Witschi, Maschinenstürmerei?, in: Kolibri: Die Studentinnen-Zeitung, Nr. 25, 27. Mai 1974, S. 5-6, hier S. 5.

<sup>830</sup> POCH-Zeitung, Nr. 23, Mai 1974, S. 3.

Vgl. auch das Referat von Willi Gerster, Atomkraftwerke und Energiemonopole, gehalten am Volksmarsch nach Kaiseraugst am 15.6.74, StABS, Pa 933a G 4-1.

<sup>831</sup> Mit der POCH gegen die Energiebonzen (undatiertes Flugblatt), Ende 1974, StABS, Pa 933a G 4-1.

<sup>832</sup> Zeitung der POCH, Nr. 10, Januar 1974, S. 1.

<sup>833</sup> Bresche, Nr. 49, Mai 1975, S. 5.

Die derartig produzierte Elektrizität sollte den Stromverbrauch der Schweiz um das 2- bis 3-Fache übertreffen.

<sup>834</sup> André Froidevaux, Kaiseraugst (Schweiz), 1976, S. 173.

die Aussteiger der Zurück-zur-Natur-Bewegung, die Alternativen oder die Nullwachstumsbefürworter angeeignet hatten.

Die Neue Linke stieg also in die Anti-AKW-Bewegung ein, ohne die grundsätzliche Skepsis gegenüber der modernen Zivilisation zu teilen. Deshalb suchte die RML bereits Mitte der 1970er Jahre nach Alternativen, um die Entwicklung der Produktivkräfte auch jenseits der Atomenergie vorwärtstreiben zu können.<sup>835</sup> Dabei verwies sie mit der Sonnen-, Wind-, Gezeiten- und der geothermischen Energie auf das technologische Potenzial der Zukunft.<sup>836</sup> Mit der Propagierung dieser ‚neuen‘ Energiequellen konnte man gegen die Atomkraft sein, ohne deswegen die technologische Entwicklung bzw. den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt zu gefährden. Im Gegenteil: Es wurden alternative Wege skizziert, wie Wachstum und Technologie selbst unter Einhaltung ökologischer Kriterien gesteigert werden könnten.<sup>837</sup> So blieb die Neue Linke der marxistischen Fortschrittsphilosophie treu und konnte dem Stigma des Maschinensturms entgehen.

Die PdAS hat sich lange und impulsiv gegen die Idee gewehrt, dass der soziopolitische Fortschritt von der Atomenergie entkoppelt werden könne. Dass in den 1970er Jahren besonders die altgedienten Kommunisten eisern an der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Energiequelle festhielten, war nicht erstaunlich.<sup>838</sup> Schliesslich hatten diese in den 1950er Jahren das anbrechende Atomzeitalter mit der kommunistischen Epoche gleichgesetzt. Dabei hatte die Atomtechnologie als grösste Revolution der Zeit gegolten, welche die Menschheit besonders in sozialer und politischer Hinsicht voranzubringen versprach.

Vom Bild des geschichtlichen Treibstoffes konnte sich die PdAS selbst unter dem Schock der „1970er Diagnose“ nicht ohne weiteres verabschieden. Im Gegenteil: Die AKW-Kritiker schienen den sozialistischen Transformationsprozess zu bedrohen, weshalb sie von den Kommunisten zu reaktionären Fortschrittsfeinden erklärt wurden. So hielt das Zentralkomitee am 10. Parteitag 1974 fest, mit dem Kampf gegen die Atomkraftwerke kehre man „wirklich zu dem zurück, das sich bei Beginn der industriellen Revolution vollzog, mit den verzweifelten

---

<sup>835</sup> „Wir wissen jedoch, dass die Kernenergie für das Wachstum der Produktivkräfte nicht unerlässlich ist und dass andere Wege begangen werden können, um die steigende Nachfrage nach Energiequellen zu befriedigen.“ *Bresche*, Nr. 47, April 1975.

<sup>836</sup> *Bresche*, Nr. 49, Mai 1975, S. 5-8.

<sup>837</sup> „Die alternativen Energiequellen [...] deren Erforschung systematisch unterentwickelt ist, genügen bei weitem für eine massive Weiterentwicklung der Produktivkräfte.“ *Bresche*, Nr. 47, April 1975.

<sup>838</sup> Jean Vincent etwa – er war seit 1944 mit der PdAS verbunden – blieb sein ganzes Leben lang von der Atomenergie überzeugt. Dass er mit seinen fortschrittsgläubigen Überzeugungen am Ende der 1970er Jahre selbst in der eigenen Partei isoliert dastand, war für ihn ein persönliches Drama. Besonders die jüngeren Mitglieder hatten Vincents Auffassungen nach ‚Kaiseraugst‘ immer weniger geteilt. Vgl. dazu Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 515, S. 520-521.

Luddisten in England oder der Zerstörung von Textilmaschinen beim Brand von Uster“.<sup>839</sup> In solchen Statements wurden die AKW-Gegner der 1970er Jahre mit den Maschinenstürmern des frühen 19. Jahrhunderts gleichgesetzt, wobei alle als rückwärtsgewandte Ewiggestrige betrachtet wurden. Als solche standen die AKW-Opponenten im Verdacht, nicht nur gegen die Atomenergie, sondern „selbst gegen elektrische Haushaltsgeräte, das Farbfernsehen und letztlich gegen den technischen Fortschritt überhaupt“ zu sein.<sup>840</sup>

Auch in der SPS gab es in den 1970er Jahren Befürworter, welche zur Verteidigung des Atomprogramms das symbolträchtige Bild des Maschinensturms beschworen. Ein anschauliches Beispiel bietet einmal mehr Willi Ritschard, denn dieser war fest davon überzeugt, dass die Ängste der AKW-Gegner durch die Geschichte längst widerlegt worden waren. In einer Rede räumte er 1977 zunächst ein, es habe „zu allen Zeiten Menschen“ gegeben, welche „die technische Entwicklung kritisierten, die sie beklagten und auch bekämpften“.<sup>841</sup> Doch der Innovationsprozess sei unverkennbar „ein Segen“, denn dieser habe es „dem Menschen ermöglicht, von den Bäumen zu steigen und die Höhlen zu verlassen“. Um zu zeigen, dass sich die Errungenschaften der Technologie – allen ursprünglichen Unkenrufen und Befürchtungen zum Trotz – noch immer als Fortschritt erwiesen hätten, griff der Energieminister auf die Vergangenheit zurück: „In einem Buch über die Anfänge der Eisenbahnen habe ich ein Bild gesehen, auf dem ein Priester der Lokomotive das Kruzifix entgegenstreckt, weil er auf ihr den Teufel reiten sieht. Heute steht diese Lokomotive im Verkehrshaus. [...] Vor der Eisenbahn rennen die Leute zwar immer noch davon, aber nicht wegen des Teufels, sondern weil sie ein Auto haben.“ Der wichtigste Referenzpunkt indessen war jener des Maschinensturms: „Am 22. November 1832 haben die Weber von Uster aus Angst vor Arbeitslosigkeit die ersten Webmaschinen zerstört und ihre Fabrik angezündet. Ihre Tat hatte vor der Geschichte nicht Bestand. Man hat sie später belächelt. Die Webmaschinen haben das Los der Weber nicht verschlechtert. Sie haben es verbessert. Die Webmaschine hat sie von einer Arbeit befreit, die in heutigen Augen fast sklavisch anmuten würde.“

Der sozialdemokratische Energieminister hat stets betont, dass die AKW-Gegner ernst zu nehmen seien, da diese glaubten, „ihren Kampf der Menschheit schuldig zu sein“. In seinem eigenen Weltbild aber galten die Opponenten als naiv und unbedarft, denn die „Urangst vor dem Atom“ liess sich durch geschichtlich fundierte Argumente widerlegen. So sah sich der

---

<sup>839</sup> Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, Basel, 1.–3. Juni 1974 (Berichterstatter: Jean Vincent), in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz, 1974, S. 3-64, hier S. 22.

<sup>840</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

<sup>841</sup> Willi Ritschard, Wieviel Energie braucht der Mensch?, 1984, S. 85. Für die nachfolgenden Zitate siehe S. 85 und S. 86.

Magistrat durch den Verlauf des historischen Prozesses in seinen pronuklearen Überzeugungen bestätigt.

Dass die linken Atombefürworter die AKW-Kritiker häufig mit dem Stigma der Maschinenstürmerei versahen, erstaunt wenig. Innerhalb der Arbeiterbewegung funktionierte der entsprechende Begriff nämlich als Schimpfwort, um die Gegner des technologischen Fortschritts auszuschliessen. Das Kommunistische Manifest von 1848 hatte den Arbeitern geraten, die Maschinen nicht zu zerstören, sondern in Besitz zu nehmen. Seither galt der Widerstand gegen die technologisch-industrielle Entwicklung als reaktionär, weil damit der gesamtgesellschaftliche Emanzipationsprozess verhindert werde. Wer diesen sozialistischen Glaubenssatz nicht beherzigen wollte, wurde fortan als ‚Maschinenstürmer‘ disqualifiziert. Indem man nun die AKW-Gegner der Maschinenstürmerei beschuldigte, unterstellte man den Opponenten eine unreflektierten Aversion gegen das Neue. Einerseits galt ihr Widerstand als irrational und unbegründet, weil er angeblich auf Aberglauben, Vorurteilen und Unwissenheit beruhte. Andererseits schrieb man ihnen rückwärtsgewandte Ziele und Motive zu, die sich gegen die moderne Welt, ja überhaupt gegen jeglichen Fortschritt richten würden. Mit dieser negativen Darstellung der Anti-AKW-Bewegung wurde das Atomprogramm als vermeintlich unabdingbares Fortschrittsprojekt verteidigt.

Weil sich die Neue Linke der Tradition der marxistischen Fortschrittsphilosophie verschrieben hatte, traf sie der Vorwurf der Maschinenstürmerei an einem wunden Punkt. So verkündeten diese Parteien zunächst in fast jeder Debatte über die Atomenergie, dass sie nicht als verstockte ‚Fortschrittsfeinde‘ zu betrachten seien. Bemerkenswerterweise wurden diese Beteuerungen ab Mitte der 1970er Jahre immer leiser, denn die politische Verortung der Atomenergie wurde derweil in verwirrender Weise auf den Kopf gestellt. Bereits Patrick Kupper stellte 1998 fest, dass „sich bei der Etikettierung ‚fortschrittlich – rückständig‘ eine „interessante Umkehr“ vollzogen hatte: „Wurden AKW-Kritiker zu Beginn der Kontroverse noch als Fortschrittsfeinde bezeichnet, gelten heute vielerorts diejenigen Kreise als rückständig, die weiterhin an der Atomenergie festhalten.“<sup>842</sup> Tatsächlich hatte in der Nachkriegszeit kaum jemand grössere Hoffnungen an das Atom gebunden als die Linke. So war die „Begeisterung für die Atomkraft [...] einst ein typischer Bestandteil progressiver Einstellungen“, wie der deutsche Historiker Joachim Radkau bestätigte.<sup>843</sup> Skeptisch hingegen war bis 1964 die

---

<sup>842</sup> Patrick Kupper, „Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt!“ Die Auseinandersetzungen um die zivile Nutzung der Atomenergie, in: Mario König et al. (Hgg.), *Dynamisierung und Umbau*, 1998, S. 227-239, hier S. 237.

<sup>843</sup> Joachim Radkau kommentierte die Umetikettierung wie folgt: „Im übrigen enthält der historische Rückblick manches Verwirrende. Die Begeisterung für die Atomkraft war einst ein typischer Bestandteil progressiver Einstellungen, während lange Zeit niemand gegenüber den behaupteten Segnungen des Atoms skeptischer war als



Schweizerische Elektrizitätswirtschaft, die den Visionen des Atomzeitalters nur wenig abgewinnen konnte. Und die wenigen Kritiker der Atomenergie entstammten ausgerechnet dem rechtskonservativen Politspektrum. Im Laufe der 1970er Jahre aber änderte sich dies: Die Linksparteien gesellten sich nach und nach in das gegnerische Lager, während die bürgerlichen und konservativen Parteien das Atomprogramm der Energiewirtschaft gegen alle Widerstände durchzusetzen gedachten. Je mehr nun die Atomenergie als ‚rückständig‘, ‚konservativ‘ oder gar ‚reaktionär‘ interpretiert wurde, umso weniger mussten sich die linken AKW-Gegner gegen den Vorwurf der Maschinenstürmerei verwahren.<sup>844</sup>

Die POCH versuchten im Oktober 1977, diesen Umetikettierungsprozess weiter voranzutreiben. In einer Erklärung liess die Geschäftsleitung verlauten, dass hinsichtlich der Anti-AKW-Bewegung „von einem grundlegenden Konservatismus [...] keine Rede sein [kann]“.<sup>845</sup> Die Mehrheit der Opponenten sei nicht gegen die technoökonomische Entfaltung, sondern würde sich lediglich gegen eine Entwicklung wehren, die weder sozial- noch umweltverträglich daherkomme. Jene Linkskräfte hingegen, „die einem blinden Technik-Glauben verfallen“ seien und „der Volksbewegung Konservatismus und Maschinenstürmerei vorwerfen“, sollten ihre Haltung nochmals überdenken. Dass in „Sozialistischen Ländern AKW gebaut werden“, dürfe „selbständige, unabhängige und notwendigerweise kritische Positionen“ nicht verhindern.

Innerhalb der Linken stiessen solche Forderungen zunehmend auf fruchtbaren Boden: Die Gewerkschaft Textil Chemie Papier (GTCP) etwa sah in den Atomkraftwerken „die Möglichkeit eines Rückfalls in die Barbarei statt eines Schrittes vorwärts in eine befreite Gesellschaft, die sich die Technik dienstbar macht“.<sup>846</sup> Und für den Vorwärts stand im Frühjahr 1979 immerhin fest, dass die Atomkraftwerkgegner „nicht mehr als Ausgeburten von Maschinenstürmern, Nihilisten, Linksextremisten und Spinnern“ übergangen werden könnten.<sup>847</sup> Bis zum Ende der 1970er Jahre war sich die gesamte Linke einig, dass der soziopolitische Fortschritt

---

eben die Energiewirtschaft, die in den 70er Jahren den Bau von Kernkraftwerken mit Polizeigewalt gegen die Protestbewegung durchzusetzen suchte.“ Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, 1983, S. 14.

<sup>844</sup> Diese Umetikettierung kann nicht an einem Datum festgemacht werden, denn es handelte sich dabei um einen längeren Prozess. Allerdings spricht einiges dafür, dass diese Entwicklung durch ‚Kaiseraugst‘ beschleunigt wurde. Dass die besonders radikalen AKW-Gegner fortan als ‚fortschrittlich‘ bezeichnet wurden, hat man im Sommer 1975 bereits nicht mehr als Widerspruch empfunden.

<sup>845</sup> Zwar seien in der Anti-AKW-Bewegung reaktionäre Nullwachstumsreflexe vorhanden, doch würden diese nur „von einem kleinen, rückschrittlichen Teil vertreten“. Erklärung der Geschäftsleitung der POCH, Atomkraftwerke Nein, in: POCH-Zeitung, Nr. 36, Oktober 1977, S. 3-4, alle Zitate S. 3.

<sup>846</sup> Mit dieser Begründung verlangte die GTCP am 9. September 1977 „ein Moratorium für Atomkraftwerke“. Stellungnahme zur Atomkraftwerkfrage des GTCP-Zentralvorstandes vom 9. September 1977, zitiert in: POCH-Zeitung, Nr. 34, September 1977, S. 5.

<sup>847</sup> Dieser Hinweis war nicht mehr an die PdAS gerichtet, denn die Kommunisten hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits in das Lager der AKW-Gegner gegeben. Vorwärts, 22.2.1979.

auch ohne die Atomenergie vorangetrieben werden könne, war doch die technoökonomische Bedeutung der Atomenergie im Zuge der „1970er Diagnose“ mit völlig neuen Vorzeichen versehen worden. Diese Neubeurteilung war nur selten von den untersuchten Parteien ausgegangen, doch waren sie zu stark, als dass sie von der Linken hätten ignoriert werden können. Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie die Linksparteien ab Beginn der 1970er Jahre die wirtschaftliche respektive die technologische Dimension der Atomenergie neu auszuloten begannen.

### **Die ökonomische Dimension der Atomenergie**

In der SPS waren kritische Sektionen schon 1974 zu der Auffassung gelangt, dass von der „vielgepriesenen Wirtschaftlichkeit des Atomstroms“ nicht viel übrig geblieben sei.<sup>848</sup> Wenn demnach die tatsächlichen Kosten in Rechnung gestellt würden – von der Entwicklung der Nukleartechnologie bis zur Endlagerung des radioaktiven Mülls – müsste die Atomindustrie sofort Bankrott anmelden. Da all diese Aufwendungen aber durch öffentliche Gelder gedeckt würden, sei der Atomenergie ein volkswirtschaftlicher Nutzen abzusprechen. In der Folge gerieten vor allem jene Kosten in den Fokus, die sich durch die Risiken der Atomenergie ergaben. Je mehr man die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls ins Auge fasste, umso mehr musste sich das Atomprogramm auch in ökonomischer Hinsicht als unverantwortbares Wagnis erweisen.

Was die Frage der Haftpflicht anbelangte, musste die Linke 1959 eine herbe Niederlage hinnehmen, denn das Atomgesetz war ganz nach dem Willen der Wirtschaftsverbände ausgestaltet worden.<sup>849</sup> Ursprünglich hatte der Bundesrat beabsichtigt, dass die Betreiber von Atomkraftwerken unbeschränkt haften, falls Mensch oder Natur zu Schaden kommen sollten. In der Vernehmlassung aber wurde dieses an sich selbstverständliche Prinzip durch die Maschinenindustrie und die Elektrizitätswerke geschlossen bekämpft, denn so werde der Bau von Atomkraftwerken verunmöglicht. Dieser Wink genügte, damit der bundesrätliche Gesetzesentwurf die maximale Haftpflichtsumme für jedes Atomkraftwerk auf 30 Millionen Franken beschränkte. Während der parlamentarischen Beratung bekämpften die Sozialdemokraten diese Haftungsbegrenzung vehement: „Wir sind der Meinung, dass die Privatwirtschaft, wenn ihr das Risiko zu gross ist, auch auf das Geschäft zu verzichten hat. Es geht nicht an, die Haftung der Gesamtheit des Volkes zu überbinden, die Gewinne aber einer Minderheit des

---

<sup>848</sup> SP Maennedorf (Hg.), Atomkraftwerke oder friedlich in die Katastrophe, 1974, S. 15.

<sup>849</sup> Zu den haftpflichtrechtlichen Bestimmungen des Atomgesetzes von 1959 vgl. Heribert Rausch, Das Schweizerische Atomenergierecht, 1980, S. 11, S. 219-235; Patrick Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 2003, S. 176-177; Philipp Sarasin, Die kommerzielle Nutzung der Atomenergie, 1984, S. 21-22.

Volkes vorzubehalten.<sup>850</sup> Dass es das Atomgesetz letztlich bei einem Haftungsumfang von 40 Millionen Franken bewenden liess, war gleich in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Erstens gab es im internationalen Vergleich wohl kein anderes Land, das lockerere Haftungsbestimmungen erliess. Zweitens setzte der schweizerische Gesetzgeber die Haftpflichtgrenze paradoxerweise deshalb derart tief an, weil die Risiken der Atomtechnologie als unvergleichlich hoch erachtet wurden.

Im Laufe der 1970er Jahre erinnerten sich die AKW-Gegner in- und ausserhalb der Linken daran, dass weder die Atomanlageninhaber noch die kapitalkräftigen Versicherungsgesellschaften bereit waren, das volle Risiko der Atomkraftkraftwerke zu übernehmen. Tatsächlich: Wenn in einem Katastrophenfall die vorgeschriebene Versicherungsdeckung von 40 Millionen Franken überschritten worden wäre, hätten die Geschädigten und die Öffentlichkeit für die Kosten geradestehen müssen. Der Atomanlageninhaber aber hätte zur Schadensbewältigung keine eigenen Mittel aufbringen müssen, egal wie hoch die Unkosten auch ausgefallen wären.<sup>851</sup>

Angesichts dieser opportunistischen Haftungsbeschränkung entlarvten die AKW-Gegner die Rede vom ‚billigen Atomstrom‘ als Propagandalüge, weil sich dessen Risiken nicht im Marktpreis widerspiegeln. Aus der betriebswirtschaftlichen Sicht der Anlageninhaber rechnete sich zwar die Produktion von Atomstrom – aber nur, weil andere mit ihrem Vermögen und ihrer Gesundheit dafür einzustehen hatten. Den Opponenten schien es widersinnig: Zwar betonte die Atomindustrie unablässig, dass der Betrieb von Atomkraftwerken ungefährlich sei. Dennoch wollte sie einen potenziellen Schaden nicht vollumfänglich versichern lassen, weil der Atomstrom sonst nicht konkurrenzfähig sei. Nun war es wohl tatsächlich so, dass in der Schweiz aus wirtschaftlichen Gründen keine Atomkraftwerke hätten gebaut werden können, wenn die nuklearen Risiken nicht weitestgehend der Allgemeinheit übertragen worden wären.<sup>852</sup> Die Versicherungsprämien hätten sich für Atomanlageninhaber nämlich derart erhöht, dass der Atomstrom viel zu teuer und damit wettbewerbsunfähig geworden wäre.

Der Bundesrat versuchte im Sommer 1977 auf die Kritik an den ‚unterversicherten‘ Atomkraftwerken zu reagieren, indem er die Haftpflichtsumme von 40 auf 200 Millionen Franken

---

<sup>850</sup> Valentin Gitermann (23.9.1959), in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 607.

Da die Einführung einer unbegrenzten Kausalhaftung als chancenlos erachtet wurde, wollte die SPS die „geradezu lächerliche Grenze von 30 Millionen Franken“ im Sinne eines Kompromisses zumindest erhöhen. Harald Huber (23.9.1959), in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 633.

<sup>851</sup> Dies war umso anstössiger, als die Atomanlagen selbst für mehrere hundert Millionen Franken versichert waren. Heribert Rausch, Das Schweizerische Atomenergierrecht, 1980, S. 227.

<sup>852</sup> Dass das Atomgesetz von 1959 den Haftungsumfang auf 40 Millionen Franken beschränkte, kommentierte Patrick Kupper deshalb wie folgt: „Ohne diese staatlich sanktionierte Externalisierung von Kosten wären sowohl

erhöhte.<sup>853</sup> Als aber im Frühjahr 1979 der Unfall von Three Miles Island die Welt erschütterte, kam wiederum die Frage des Versicherungsschutzes auf, und im März 1983 wurde das Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG) verabschiedet.<sup>854</sup> Nun hafteten die Atomkraftwerksbetreiber unbegrenzt, mussten ihre Anlagen aber lediglich für 1 Milliarde Franken versichern lassen. Weil auch diese Deckungssumme sowie das Eigenkapital der Betreiber bei einer grossflächigen Verstrahlung nicht einmal annähernd ausgereicht hätten, wurden die Risiken der Atomenergie weiterhin sozialisiert.<sup>855</sup> Umgekehrt wurden die Atomkraftwerke immer noch indirekt subventioniert, weil die Lücke zwischen einem potenziellen Schaden und dem gewährleisteten Versicherungsschutz von der Allgemeinheit bzw. vom Steuerzahler geschlossen werden musste.

Angesichts des ökonomisch-ökologischen Schadenspotenzials war die SPS Ende der 1970er Jahre zur Gewissheit gelangt, dass die Atomkraftwerke – unabhängig von der Höhe des Versicherungsschutzes – letztlich nicht zu verantworten seien. Da ihr die Folgen eines Atomunfalls als unkalkulierbar gross galten, entzog sich die Atomenergie einer ökonomischen Risikoabwägung. „Ihre Wirtschaftlichkeit und Finanzierung ist längst in Frage gestellt“, hiess es deshalb im Parteiprogramm von 1982, und neben anderen Unwägbarkeiten seien auch die wirtschaftlichen Risiken der Atomenergie „nicht abzusehen“.<sup>856</sup> So konnte der Stopp des Atomprogramms auch mit ökonomisch-strukturellen Argumenten begründet werden, wobei diese diskursive Strategie darauf abzielte, die Atombefürworter mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

Um die ökonomische Bedeutung der Atomenergie mit neuem Vorzeichen zu versehen, brachte die linke AKW-Gegnerschaft neben den vergesellschafteten Mehr- und Risikokosten auch die Arbeitsplätze zur Sprache. Diese Frage hatte Mitte der 1970er Jahre Priorität erlangt, nachdem die Schweiz in eine Rezession geraten war. Nicht zufällig argumentierten die Wirtschaftsvertreter daher immer wieder, dass bei einem Stopp des Atomprogramms unzäh-

---

aus versicherungstechnischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen wohl keine Atomkraftwerke gebaut worden.“ Patrick Kupper, *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft*, 2003, S. 177.

<sup>853</sup> So wurde am 6. Juli 1977 die ‚Verordnung über die Deckung der Haftpflicht aus dem Betrieb von Kernkraftwerken‘ erlassen. Den Ausschlag dazu hatte eine Motion der Zürcher SP-Nationalrätin Doris Morf vom 22. Juni 1976 gegeben. Heribert Rausch, *Das Schweizerische Atomenergierecht*, 1980, S. 29, S. 227.

<sup>854</sup> Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (KHG), BBl 1983 I, S. 1196.

Zur Vorgeschichte des ‚Kernenergiehaftpflichtgesetzes‘ – der ursprüngliche Ausgangspunkt hatte die bereits erwähnte Motion Morf gebildet – vgl. Heribert Rausch, *Das Schweizerische Atomenergierecht*, 1980, S. 36-39.

<sup>855</sup> 1995 schätzte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, dass eine Atomkatastrophe Schäden im Wert von 4'200 Milliarden Franken (!) verursachen könnte. Diese Summe hätte auch der Bund nie decken können, da sie das schweizerische Bruttosozialprodukt gleich um Faktoren übertraf. Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Hg.), *Katastrophen und Notlagen in der Schweiz: Eine Risikobeurteilung aus der Sicht des Bevölkerungsschutzes*, Bern 1995.

lige Mitarbeiter auf die Strasse gesetzt werden müssten. In diesen Drohszenarien wurden die Atomkraftwerke nicht nur als tragende Pfeiler der schweizerischen Energieversorgung, sondern auch als Stützen des heimischen Arbeitsmarktes propagiert. Deshalb drohte der Stopp des Atomprogramms die schweizerische Wirtschaft massiv zu schädigen.

„Entweder Atomkraftwerke oder Arbeitslosigkeit“: Diese Parole führte die RML 1978 zu der Auffassung, dass die Atomlobby „eine gigantische Erpressungskampagne“ führe.<sup>857</sup> Diesem politischen Druckmittel wollte die Neue Linke ein „propagandistisches Gegengewicht“ entgegensetzen, das die Argumentationskette der Atomlobby geradezu auf den Kopf stellte.<sup>858</sup> Grundlegend war dabei die Idee, dass zwischen der Atomenergie und den Arbeitsplätzen kein positiver Zusammenhang bestehe. Durch einen Mix von alternativer Energieerzeugung und Stromsparmassnahmen sollten im Gegenteil mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als durch den Stopp des Atomprogramms verloren gingen. Auch die SPS vertrat in ihrem ‚Energiekonzept‘ von 1977 die Auffassung, dass „der volkswirtschaftlich grösste Nutzen“ nicht im Ausbau der Energieproduktion, sondern in den Investitionen für eine „bessere und effizientere Nutzung der Energie“ liegen würde.<sup>859</sup> Durch die Nutzung der Abwärme, die Verbesserung der Gebäudeisolationen oder die Entwicklung energieeffizienter Nutzungstechniken hätte man demnach auf den Bau neuer Atomkraftwerke verzichten und zudem „mehr und sichere Arbeitsplätze“ schaffen können. Von solchen Energiekonzepten inspiriert, organisierte die PdA Zürich im Januar 1979 ein Podiumsgespräch mit der Frage, ob „ein Stopp des A-Werkbaus die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährde“.<sup>860</sup> Nunmehr setzte sich auch unter den Kommunisten weitgehend die Meinung durch, dass die wirtschaftliche Entwicklung auch ohne die Atomenergie gesichert werden könne. Dass mit dieser Entsagung Arbeitsplätze verloren gehen könnten, war jetzt nur noch ein „abgegriffenes ‚Argument‘, das in die Katastrophentheorie unserer altbekannten Monopolfritzen passt“.<sup>861</sup>

Bis Ende der 1970er Jahre hatte also die Gleichung ‚mehr (Atom-)Energie gleich mehr Arbeitsplätze‘ in der gesamten Linken ihre Richtigkeit verloren. Der Atom-Stopp musste die konjunkturelle Entwicklung keinesfalls abwürgen, weil damit nicht weniger, sondern mehr

---

<sup>856</sup> SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 66.

<sup>857</sup> Bresche, Nr. 116, Juni 1978, S. 6.

<sup>858</sup> Bresche, Nr. 107, Januar 1978, S. 4. Siehe auch Bresche, Nr. 115, Mai 1978, S. 7.

<sup>859</sup> SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977, S. 9.

<sup>860</sup> Vorwärts, 25.1.1979. In dieser Diskussion haben manche PdAS-Mitglieder auch auf sozialdemokratisch-gewerkschaftliche ‚Energiekonzept‘ verwiesen. Vgl. Vorwärts, 8.2.1979.

<sup>861</sup> Vorwärts, 25.1.1979.

Stellen geschaffen würden.<sup>862</sup> Mit diesem Konzept liess sich der Verzicht auf das Atomprogramm sogar als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit propagieren. Durch Investitionen in regenerative Energieträger und stromsparende Technologien sollte eine nachhaltige Wirtschaftszweig geschaffen werden, die vielen Menschen eine Beschäftigung gäbe. Mit einer neuen Energiepolitik sollten sich der Schweiz also ökonomische Perspektiven auftun, um Wertschöpfung zu generieren und die gesamte Volkswirtschaft zu stärken – jenseits der Atomenergie wohlverstanden.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Atomenergie konnte umso leichter in Abrede gestellt werden, als eine grenzenlose Energieproduktion im Zuge der „1970er Diagnose“ ohnehin ihren Sinn verloren hatte. Im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit hatte die Elektrizitätswirtschaft zu den entscheidenden Wachstumsbranchen gezählt. Der Energiekonsum war geradezu explodiert, und die maximal mögliche Stromproduktion hatte sich zwischen 1950 und 1970 mehr als verdreifacht.<sup>863</sup> Dieser expansive Entwicklungskurs wurde von den Elektrizitätsgesellschaften vorangetrieben, doch getragen wurde er von einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, der auch die traditionelle Linke fest umschloss. Für diese war es selbstverständlich, dass der Strombedarf in einem modernen Industriestaat – quasi einem Naturgesetz gleich – unablässig ansteigen musste. Mit einer solchen Wachstumsphilosophie war der Ausbau der Elektrizitätsversorgung nicht nur zwingend, er war auch erwünscht. So meinte das Volksrecht 1957, dass die Höhe des Energieverbrauchs den allgemeinen Entwicklungsstand widerspiegle: „Je höher der Energiekonsum pro Kopf der Bevölkerung eines Landes ist, umso fortgeschrittener ist dessen ökonomisch-technische Entwicklung, und umso höher liegt der Durchschnitt des Lebensstandards.“<sup>864</sup> Der Stromverbrauch war aus dieser Perspektive ein „Barometer des Reichtums“, der im Zeichen von Wohlstand und Prosperität weiter hochgetrieben werden musste.<sup>865</sup> Umgekehrt war die Zügelung des Energiehungers weder denk- noch wünschbar, weil dadurch die industrielle Entwicklung, die Volkswirtschaft und das allgemeine Lebensniveau stagniert hätten. Folglich ging es für die Linke in den 1950er und 1960er Jahren einzig um die Frage, mit welchen Produktionstechnologien der

---

<sup>862</sup> In den 1980er Jahren versuchten die Linksparteien mit Zahlenmaterial zu belegen, dass die Atomenergie kapital-, Energiesparen aber beschäftigungsintensiv sei. Die SPS etwa kam 1983 in einen „Faktenordner“ zu dem Schluss, dass durch ein Atomkraftwerk „Arbeitsplätze für 16000 Mannjahre“ entstehen. Die Umsetzung energiesparender Massnahmen aber, dank welcher sich ein neues AKW erübrigen sollte, würde „rund viermal mehr“ Stellen schaffen – bei gleich bleibenden Kosten. SPS (Hg.), Helvetischer Faktenordner. Tatsachen und Argumente, Olten 1983, S. 12, SOZARCH Ar 1.255.14.

Ähnliche Berechnungen wurden auch von den anderen Linksparteien gemacht. Vgl. exemplarisch Vorwärts, 25.9.1980; POCH-Zeitung, Nr. 31, August 1984, S. 1; POCH-Zeitung, Nr. 34, September 1984, S. 1.

<sup>863</sup> Damir Skenderovic, Die schweizerische Umweltschutzbewegung, 1992, S. 40.

<sup>864</sup> Volksrecht, 11.12.1957.

extrapolierte Elektrizitätsbedarf sicher und billig abgedeckt werden konnte. Bekanntlich war es für die SPS und die PdAS gerade die Atomenergie, welche das Ideal des ewigen Wachstums am besten einzulösen verhies. So zählten diese Parteien zu jenen optimistischen Propheten des Atomzeitalters, die ungeduldig auf die Umsetzung des nuklearen Zukunftsprogramms pochten.

Mit der ökologischen Zäsur aber gerieten die wachstumsgeprägten Orientierungsmuster in die Kritik, und auch die Energieproblematik erfuhr eine entscheidende Umdeutung. Vielen Zeitgenossen wurde nun gewahr, dass sich die eigentlichen Zukunftsprobleme nicht nur durch einen Mangel an Energie, sondern im Gegenteil durch den exorbitant hohen Energiekonsum ergeben mussten. Da man jetzt um die natürlichen Lebensgrundlagen fürchtete, verlor eine wachstumsorientierte Energiepolitik mehr und mehr ihre Berechtigung. Mit der Atomenergie geriet dabei vor allem jene Technologie in die Kritik, welche bis dahin den Traum vom ewig währenden Wachstum geradezu verkörpert hatte.

In der SPS gab es schon um das Jahr 1972 einzelne Sektionen, die ausgehend von einem ökologischen Problemverständnis die Grenzen der Energieproduktion thematisierten.<sup>866</sup> Dabei galt der Stromverbrauch bald nicht mehr als unhinterfragbare Gegebenheit, sondern als Grösse, die durch politische Steuerung in einem verantwortbaren Mass zu halten sei. Als Alternative zum simplen Prinzip einer stetigen Nachfragebefriedigung wurde nun eine Strategie entwickelt, die einer grenzenlosen Energieproduktion geradezu entgegenlief: Energiesparen. Bis 1975 hatte sich in der SPS der Standpunkt durchgesetzt, dass die Energieprognosen der Elektrizitätswirtschaft nicht mehr unbesehen hingenommen werden konnten. Stattdessen wurde nun vom Bund die Ausarbeitung einer energiepolitischen Gesamtkonzeption eingefordert, welche durch die „Ausschöpfung aller Energiesparmöglichkeiten“ den ökologischen Anforderungen Rechnung tragen sollte.<sup>867</sup> Zu diesem Zeitpunkt standen die alten Ziele der sozialdemokratischen Energiepolitik bereits auf dem Kopf, denn nun ging es nicht mehr um die Steigerung, sondern um die Drosselung des Stromverbrauchs. Die Erhöhung der Energieproduktion indessen wurde abgelehnt, da jede weitere Zunahme zusätzliche Umweltprobleme geschaffen hätte.

---

<sup>865</sup> Emil J. Walter, Aktionsprogramm der SPS aus soziologischer Sicht, in: Profil, Nr. 6, Juni 1968, S. 161-166, hier S. 164.

<sup>866</sup> So etwa die SP Baselland. Vgl. dazu Leyla Gül, Die Atomenergiepolitik, 2002, S. 78.

<sup>867</sup> Sozialdemokratische Plattform 1975, in: Beschlussprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. März 1975 in Zürich, Bern 1975, S. 42-52, hier S. 44, SOZARCH Ar 1.116.18.

Aus dem ‚Energiekonzept‘ von 1977 war dann ersichtlich, dass ein hoher Energieverbrauch nicht mehr als Fortschrittsindikator und Wohlstandsbarometer betrachtet wurde. Im Gegenteil: Ein anschwellender Energiekonsum stand jetzt für Umweltzerstörung oder Gesundheitsrisiken und galt entsprechend als Bedrohung, welche Wohlfahrt und Lebensqualität, ja sogar die Zukunft gefährdete. Deshalb musste die Politik im Sinne der Existenzsicherung dafür sorgen, dass „der Energieverbrauch auf einem möglichst tiefen Niveau gehalten werden kann“.<sup>868</sup> Je mehr sich diese Zielvorstellung verfestigte, umso unerwünschter erwies sich jene Mehrenergie, welche die Atomkraftwerke zu liefern versprochen. So setzte sich innerhalb der SPS während der zweiten Hälfte der 1970er Jahre das Credo durch, dass anstelle des Baus weiterer Atomreaktoren weniger Energie zu verbrauchen sei.

Mehr Mühe mit dem Ziel der Energiereduktion hatten die Kommunisten, schliesslich hatte sich die PdAS 1974 vorgenommen, „jede Verherrlichung von Wachstumseinschränkungen“ zu bekämpfen.<sup>869</sup> Deshalb wollte die Partei auch nichts zu tun haben mit jenen AKW-feindlichen Kampagnen, die „selbst eine Einschränkung des Verbrauchs an Elektrizität fordern“.<sup>870</sup> Dahinter steckte die Ansicht, dass eine Gesellschaft der Gleichheit erst in einer Situation des Überflusses aufgebaut werden könne. So wurden in den Energiesparappellen fortschrittsfeindliche Forderungen erkannt, denen zu widersprechen war. Wenn der Stromverschleiss doch einmal thematisiert wurde, dann galt dieses Übel als „eine unvermeidliche Folge einer kapitalistischen Energiewirtschaft“, welches erst mit „der Sozialisierung des Energiesektors“ beseitigt werden könne.<sup>871</sup>

Letztlich war der ökologische Diskurs aber zu wirkungsmächtig, als dass die PdAS dauerhaft am unbeschränkten Energiewachstum festzuhalten vermochte. Die Umkehr der Kommunisten vollzog sich 1979: Im Aktionsprogramm „Vivre mieux et autrement“ sprach sich die PdAS für die Unterstützung aller Massnahmen aus, mit denen der Energieumsatz eingedämmt werden konnte.<sup>872</sup> Unter dem Hinweis, dass ein „wachsender Energiekonsum [...] eben nicht mit wachsendem Wohlstand oder gar besser Lebensqualität gleichzusetzen (ist)“, wurde die Stabilisierung des Energieverbrauchs zu einem ‚fortschrittlichen‘ Ziel erklärt.<sup>873</sup>

---

<sup>868</sup> SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977, S. 11.

Die gleiche Zielformulierung fand auch Eingang in das Parteiprogramm von 1982. SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1982], 1983, S. 65.

<sup>869</sup> Entschliessung des 10. Parteitages, in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz, 1974, S. 65-74, hier S. 68.

<sup>870</sup> Bericht des Zentralkomitees der PdAS an den 10. Parteitag, Basel, 1.–3. Juni 1974 (Berichterstatter: Jean Vincent), in: PdAS (Hg.), Für eine neue Schweiz, 1974, S. 3-64, hier S. 21 und S. 22.

<sup>871</sup> Energie Dossier, in: Vorwärts, 4.12.1975.

<sup>872</sup> PdAS (Hg.), Vivre mieux et autrement, 1979, S. 36.

<sup>873</sup> Vorwärts, 8.2.1979 (Karl Odermatt).



Nun ging es weder für die SPS noch für die PdAS darum, mit den Energiesparmassnahmen die wirtschaftliche Entwicklung zu bremsen oder gar das verfeimte ‚Nullwachstum‘ anzustreben. Die traditionelle Linke vertrat nämlich den Standpunkt, das Wachstum der Produktivkräfte könne auch ohne die Steigerung des Energieumsatzes vorangetrieben werden.<sup>874</sup> Dahinter steckte die Auffassung, dass die ökonomische Entwicklung vom Energieverbrauch abgekoppelt werden könne. Mit dieser Loslösung wies die Linke nun die Behauptung zurück, wonach eine Verbesserung von Lebensqualität und Lebensstandard zwangsläufig mehr Energie notwendig mache. Damit wurde in einem ansteigenden Energieverbrauch nicht mehr jener wirtschaftliche Treibstoff gesehen, ohne den ein weiteres Vorwärtskommen unmöglich ist.

Angesichts der atomaren Mehrenergie kam die SPS im Laufe der 1980er Jahre sogar zu dem gegenteiligen Schluss. „Atomenergie schadet der Wirtschaft“, titelte die Rote Revue 1984, denn diese sei teuer, verschärfe die Arbeitsplatzfrage und verzögere günstige Energiespar- und Produktionsmethoden.<sup>875</sup> Weil die „wirtschaftlichen Nachteile“ dieser Technologie „überwältigend“ seien, dränge sich eine Abkehr regelrecht auf, zumal dies der schweizerischen Wirtschaft internationale Wettbewerbsvorteile verschaffen müsse. Als dann die SPS am Jubiläumsparteitag 1988 ihr 100-jähriges Bestehen feierte, sagte Parteipräsident Helmut Hubacher in der Schlussrede: „Der Ausstieg aus der Atomenergie ist eine erstklassige Chance für die Wirtschaft. Unsere Zukunft liegt nicht im Atomkraftwerkbau, sondern liegt in vielen alternativen Möglichkeiten, um die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft zu realisieren.“<sup>876</sup> Weil demnach das Wachstum den erneuerbaren Energieträgern gehörte, sollte die Schweiz über den Atomausstieg auf diese verheissungsvollen Märkte setzen.

Einst hatte sich die Linke vom Atomzeitalter eine glänzende Wirtschaftsepoche versprochen, in welcher Strom – das Elixier des modernen Lebens – billig und unbegrenzt zur Verfügung stehen sollte. Die ökologische Zäsur machte diesen Traum zunichte. Die wirtschaftliche Seite der Atomenergie wurde neu bewertet, und bald erschien ihre Nutzbarmachung als Irrweg, welcher teuer zu stehen kommen könnte. Am Ende der 1980er Jahre war es dann ausgerechnet der Ausstieg aus dem Atomprogramm, von dem sich die wirtschaftliche Weiterentwicklung erhoffen liess – und dies sogar unter Einhaltung ökologischer Kriterien.

---

<sup>874</sup> Die SPS ging schon in ihrem ‚Energiekonzept‘ von 1977 davon aus, dass durch ein qualitatives Wachstum das Bruttosozialprodukt auch ohne Erhöhung des Energieverbrauchs gesteigert werden könne. SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977, S. 9.

<sup>875</sup> Ruggero Schleicher, Atomenergie schadet der Wirtschaft, in: Profil/Rote Revue, Nr. 7/8, 1984, S. 5-12, hier S. 5. Für das nachfolgende Zitat siehe S. 10.

<sup>876</sup> Schlussrede von Helmut Hubacher, am SPS-Jubiläumsparteitag vom 7.–10. Oktober 1988 in Zürich, S. 3, SOZARCH Ar 1.116.8.

## Die technologische Dimension der Atomenergie

Ist die Atomtechnologie wirklich sicher? Wer ab 1970 am Atomstrom festhalten wollte, kam um diese Frage nicht mehr herum, denn von da an wuchsen die Zweifel, ob man diese Produktionsmethode auch tatsächlich handhaben könne. Die Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung war entbrannt, und die Sicherheitsproblematik wurde zum Dreh- und Angelpunkt des Atomenergie-Diskurses.

Unter den Sozialdemokraten meinten zunächst einige, dass die Atomenergie von den AKW-Gegnern zu Unrecht dämonisiert werde. Manche wagten sogar den Versuch, die Bevölkerung von der Gefahrlosigkeit der Atomkraftwerke zu überzeugen, war man doch der Ansicht, die Zweifel an der Atomspaltung seien lediglich theoretischer Natur. So sollte die Macht des Faktischen jegliche Vorbehalte beseitigen: „In den nahezu 200 Reaktoren, die weltweit der Stromerzeugung dienen, ist bisher noch in keinem einzigen Fall ein Mensch durch Strahleneinwirkungen getötet worden“, berichtete etwa 1978 ein Genosse am SPS-Parteitag. Und da „die immer wieder an die Wand gemalte Katastrophe [...] niemals eingetreten“ sei, konnte auf einen hohen Sicherheitsstandard geschlossen werden.

Solche Argumente zeigten das geringe Verständnis der linken Atomenergiebefürworter für die Sorgen der Skeptiker. Vielmehr wurde ein mit der Politisierung der Atomenergie einhergehender Rationalitätsverlust beklagt. So diagnostizierte ein sozialdemokratischer Redaktor bei den Atomkraftwerksgegnern „irrationales Denken“, weil doch eine Technologie „verketzert“ werde, „die in kommerziell betriebenen Kernkraftwerken noch keinen einzigen Strahlentoten zu verzeichnen hatte“.<sup>877</sup> Wer aber im Namen der geforderten ‚Sachlichkeit‘ argumentierte, beurteilte die atomaren Risiken als akzeptabel. Zwar konnte das enorme Schadenspotenzial nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden, doch wurde die Wahrscheinlichkeit einer Atomkatastrophe als verschwindend gering erachtet. So blieben einige Sozialdemokraten auch in den 1970er Jahren der Überzeugung treu, dass die inhärenten Gefahren der Atomenergie durch Schutzvorkehrungen und Gefahrenmodelle beherrscht werden könnten.

Die Kommunisten reagierten auf die Infragestellung der Atomenergie mit der Idee, dass die atomaren Risiken die Verstaatlichung des Energiesektors nötig machten. Demnach bedurfte es einer gesellschaftlichen Kontrolle, um die Atomenergie gefahrlos nutzen zu können. Dieser (ökosozialistischen) Logik folgend unterschied die PdAS bis in die 1980er Jahre hinein zwischen einer kapitalistischen und einer sozialistischen Kernspaltung. Im kapitalistischen Gesellschaftssystem galt die atomare Energiegewinnung als risikoreich und unverantwortbar,

da Sicherheitsaspekte den Profitinteressen untergeordnet würden.<sup>878</sup> Entsprechend würden die Atomkraftwerke nicht von Fachleuten geleitet, sondern von Verwaltungsräten, welche lediglich Gewinne maximieren wollten. Daher forderte die PdAS immer wieder die Verstaatlichung des schweizerischen Atomenergiesektors.<sup>879</sup> Im öffentlichen Besitz glaubte man vor den Gefahren der Atomtechnologie gefeit zu sein, weil die technologische Entwicklung einer gesellschaftlich legitimierten Richtung folgen sollte – und nicht dem Diktat der Wirtschaftsmonopole. „Dass die Gefahr nicht im wissenschaftlich-technischen Fortschritt, sondern im Kapitalismus liegt“, war für die PdAS deshalb „keine doktrinäre Deformation, sondern einfach die Feststellung einer Tatsache“.<sup>880</sup>

Jene Sozialdemokraten und Kommunisten, welche von der Lösbarkeit der Sicherheits- und Entsorgungsfrage überzeugt blieben, versuchten gelegentlich, den Umweltdiskurs zur Propagierung der Atomenergie zu nutzen. Bereits im September 1971 war in der Zürcher AZ zu lesen, dass jeder Energieverbrauch die Umwelt aufheize, und auch ein Atomreaktor sei ein „Ofen“.<sup>881</sup> In puncto „Atmosphärenverschmutzung“ hätten Berechnungen indessen ergeben, dass „ein Atomkraftwerk 500'000 mal ‚sauberer‘ sei als ein mit fossilen Brennstoffen betriebenes Kraftwerk“. Im Vergleich zu den konventionell-thermischen Kraftwerken galt die atomare Stromgewinnung deshalb als „haushoch überlegen“, und man sah in ihr ein „Musterbeispiel dafür, wie die Umweltbeeinflussung drastisch reduziert werden könnte“. Noch 1984 gab es in der SPS ‚Atomgenossen‘, welche nicht nur mit ökonomischen Argumenten, sondern auch „umweltpolitische(n) Überlegungen“ für die Atomenergie eintraten.<sup>882</sup> Aus ihrer Perspektive war der Treibhauseffekt „das langfristige Umweltproblem Nr. 1“, da durch die Erwärmung der Atmosphäre „mit unübersehbaren Klimaveränderungen“ zu rechnen sei. Weil die radioaktiven Abfälle – anders als das Treibhausgas Kohlendioxid – von der Umwelt isoliert würden, galt die Atomenergie gegenüber den fossilen Brennstoffen als Weg, um die Umweltbilanzen zu verbessern.

---

<sup>877</sup> Richard Lienhard, Das Ja steht nicht im Parteiprogramm, in: Profil, Nr. 2, 1979, S. 33-38, hier S. 37.

<sup>878</sup> So war etwa 1973 in der Parteizeitung zu lesen: „Atomkraftwerke sind ein viel zu gefährliches Unterfangen, als dass sie profitinteressierten Gesellschaften, die bereit sind, Wichtiges zu verschweigen, die keine Verantwortung dem Menschen gegenüber fühlen, überlassen werden könnten.“ Vorwärts, 28.6.1973.

Zum Vertrauen der PdAS in eine ‚sozialistische‘ Anwendung der Atomenergie vgl. auch Pierre Jeanneret, Popistes, 2002, S. 516-518.

<sup>879</sup> Der PdAS-Nationalrat Jean Vincent reichte am 2. März 1978 sogar eine Motion ein, welche verlangte, dass die Nutzung der Atomenergie eine Sache von Bund, Kantonen und Gemeinden sein müsse. Vgl. dazu Vorwärts, 8.2.1979.

<sup>880</sup> Pierre Payot, Präsident der PdAS-Energiekommission, Partei der Arbeit und Nutzung der Atomenergie, in: Vorwärts, 26.5.1977.

<sup>881</sup> Martel Gerteis, Wir alle heizen die Umwelt auf, in: Zürcher AZ, 1.9.1971.

<sup>882</sup> Erklärung der 33 zur SP-Energiepolitik (19.8.1984), in: Profil/Rote Revue, Nr. 9, 1984.

In den 1970er Jahren haben auch einige Kommunisten versucht, die Nutzung der Atomenergie in ökologische Begründungsmuster einzubetten. Gemessen an der atomaren Stromgewinnung galten Erdöl, Kohle oder Erdgas demnach als „viel gefährlichere und konstantere Quellen der Umweltverschmutzung“.<sup>883</sup> Aus dieser Perspektive beschränkte sich das Problem des „biologischen Gleichgewichts“ nicht „auf die atomare Verseuchung“.<sup>884</sup> „Eine angemessene friedliche Nutzung der Atomenergie“ galt vielmehr als Hoffnungsträgerin, um der Klimaerwärmung oder der Rohstofferschöpfung entgegenwirken zu können.

All diesen Befunden war gemeinsam, dass das Postulat der Umweltgerechtigkeit nicht gegen, sondern für die Atomenergie ins Feld geführt wurde. Dazu wurde die Umweltverträglichkeit verschiedener Stromproduktionsmethoden gegeneinander abgewogen, wobei man die atomare Energiezeugung lediglich mit den Bilanzen thermisch-konventioneller Kraftwerke konfrontierte. Da Wind- oder Sonnenkraft als zu unbedeutend erachtet wurden, fielen alternative Energieträger stillschweigend aus den Vergleichen heraus. Letztlich jedenfalls obsiegte stets die Atomenergie, weil fossile Energieträger Luft und Wasser in verheerender Weise verschmutzten. Je mehr dann der klimaverändernde Treibhauseffekt zur Sprache gebracht wurde, umso leichter konnte die nukleare Strategie mit einem ökologischen Freibrief versehen werden.<sup>885</sup> Kein Wunder also, dass das CO<sub>2</sub>-Problem zum bedeutsamsten Umweltargument der Atomenergie-Befürworter avancierte.<sup>886</sup>

Unter den Linken jedoch vermochte sich die Sicht der Atomspaltung als ökologischer Technologie im Laufe der 1970er Jahre nicht durchzusetzen. Dies hing zum einen mit den viel zitierten Wachstumsgrenzen zusammen, an welche auch die Energieproduktion zu stoßen schien. Andererseits spielte es eine entscheidende Rolle, dass die Sicherheitsfrage aufgeworfen werden sollte, noch bevor sich die ersten desaströsen Atomunfälle ereigneten.

Nun muss noch einmal daran erinnert werden, dass auch den bestehenden Linksparteien das Gefahrenpotenzial der atomaren Energiegewinnung spätestens ab Mitte der 1950er Jahre bekannt war. Doch in einer Zeit des ungebrochenen Fortschrittsoptimismus warfen die Risiken lediglich einen leichten Schatten auf die Atomenergie. Durch die ökologische Zäsur aber veränderte sich das Vertrauen in die Verlässlichkeit technologischer Problemlösungsstrategien. Der Glaube an die Omnipotenz der menschlichen Erfindungskraft wurde nachhal-

---

<sup>883</sup> Arbeitspapiere zum 10. Parteitag vom 1.–3. Juni 1974, ausgearbeitet vom Zentralkomitee der PdAS, in: Vorwärts, 18.4.1974.

<sup>884</sup> Pierre Payot, Präsident der PdAS-Energiekommission, Partei der Arbeit und Nutzung der Atomenergie, in: Vorwärts, 26.5.1977.

<sup>885</sup> Der Begriff des Treibhauseffektes war zu Beginn der 1970er Jahre bereits bekannt, nachdem manche Naturwissenschaftler schon ab Mitte der 1950er Jahren einen Anstieg des Kohlendioxidgehaltes nachgewiesen hatten und klimatische Veränderungen vermuteten.

<sup>886</sup> Vgl. dazu Patrick Kupper, Abschied vom Wachstum und Fortschritt, 1998, S. 75-79.

tig erschüttert, weshalb die Möglichkeit eines Reaktorunfalls oder das Problem der radioaktiven Abfälle in einem völlig neuen Licht erschienen. So führten einige AKW-Kritiker schon zu Beginn der 1970er Jahre die Risikofrage in den Anti-AKW-Diskurs ein, wo sie mehr und mehr ins Zentrum rücken sollte.

Unter den Linken schätzten manche die Gefahr einer radioaktiven Kontaminierung bald als unverantwortbar ein. Ein PdAS-Redaktor beispielsweise griff bereits im Sommer 1972 Sicherheitsbedenken auf, und die Neue Linke brachte ab 1973/74 die inhärenten Risiken der Atomenergie immer wieder zur Sprache, um gegen die kapitalistischen ‚Atombarone‘ zu mobilisieren.<sup>887</sup> Mit Blick auf die Atomenergie machte es sich 1974 eine SPS-Sektion zur Aufgabe, „der Mär von ihrer ‚Sauberkeit‘ ein Ende zu bereiten“.<sup>888</sup> Zwar habe es bislang noch keine katastrophalen Unfälle gegeben, doch im Fall „einer radioaktiven Verseuchung“ sei „ein schneller Tod das gnädigste Urteil“.<sup>889</sup>

Die Auffassung setzte sich durch, dass komplexe Technologien wie die Atomspaltung unmöglich gegen alle Unfallszenarien abgesichert werden könnten. Deshalb wurden den Beschwichtigungsversuchen und Prognosemodellen der Atombefürworter jene Gefahrenquellen entgegengestellt, die theoretisch denkbar waren. Dabei warf man das Risiko von Reaktorkatastrophen auf, denn einen störungsfreien Betrieb schien es wegen möglicher technischer Defekte, Verschleisserscheinungen, menschlichen Versagens, Flugzeugabstürzen, Terroranschlägen oder Naturphänomenen nicht geben zu können, ja sogar ein (Super)-GAU konnte nicht ausgeschlossen werden. Weiter brachten die Zweifler die Atomtransporte und das Atommüll-Problem zur Sprache, da auch bei der Verfrachtung bzw. der Entsorgung des hochgefährlichen Materials Radioaktivität entweichen konnte. Im Unterschied zu diesen vielgestaltigen Problemfeldern galten einzig die verheerenden Auswirkungen einer Atomhavarie als absehbar: Bei einer radioaktiven Verstrahlung drohten der dichtbesiedelten Schweiz die anhaltende Verseuchung von Mensch und Umwelt, Zwangsumsiedelungen, Krebstote, genetische Anomalien und andere Folgeerscheinungen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam dann die gesamte Linke zu dem Schluss, dass alle Unwägbarkeiten ernst zu nehmen seien. Jetzt konnten auch die kleinsten Eintretenswahrscheinlichkeiten nichts mehr an der Auffassung ändern, dass die tatsächlichen Unfallfolgen katastrophale Ausmasse annehmen würden.<sup>890</sup> So wurde die Sicherheitsproblematik

---

<sup>887</sup> Zur Artikelserie von Heiri Strub vgl. Vorwärts, 8.6.1972; Vorwärts, 15.6.1972; Vorwärts, 20.7.1972.

<sup>888</sup> SP Maennedorf (Hg.), Atomkraftwerke oder friedlich in die Katastrophe, 1974, S. 4.

<sup>889</sup> SP Maennedorf (Hg.), Atomkraftwerke oder friedlich in die Katastrophe, 1974, S. 31.

<sup>890</sup> Im sozialdemokratischen ‚Energiekonzept‘ beispielsweise wurde ein vierjähriger Bewilligungs- und Baustopp wie folgt begründet: „Eine Reihe von Problemen, vor allem bezüglich (sic!) der Sicherheit, sind noch ungelöst. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines grossen Unfalls bei einem einzelnen Atomkraftwerk sehr klein ist, so

zum wichtigsten Argument, mit welchem die Neue Linke (1975), die SPS (1976) und die PdAS (1978) die Forderung eines vierjährigen Atommoratoriums begründeten.<sup>891</sup> Als dann im US-amerikanischen Harrisburg im März 1979 radioaktive Gase und verseuchtes Wasser ungefiltert in die Umwelt gelangten, wurden die düsteren Vorahnungen bestätigt. Für die traditionelle Linke war jetzt definitiv klar, dass ein Ausbau des hiesigen Atomprogramms zu verhindern sei, was die PdAS allerdings nicht davon abhielt, gelegentlich die Sicherheit einer ‚sozialistischen‘ Atomspaltung zu unterstreichen. Die Neue Linke andererseits stellte sich seit 1977 auf den unzweideutigen Standpunkt, dass die risikoreiche Atomenergie selbst dann abzulehnen wäre, „wenn wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben würden“.<sup>892</sup> Konsequenterweise verlangten POCH und RML ab dem Ende der 1970er Jahre nicht nur ein Verbot neuer Atomkraftwerke, sondern auch die Stilllegung der bereits bestehenden Reaktoren.<sup>893</sup>

Da sich die Linksparteien im Laufe der 1970er Jahre von den risikobehafteten Atomkraftwerken distanzierten, stellte sich ihnen die Frage konstruktiver Alternativen für eine umweltschonende Stromversorgung. Mit den erneuerbaren Energieformen stiess man dabei auf Möglichkeiten, welche eigentlich schon lange bekannt waren. Tatsächlich: Vor Beginn des Atomzeitalters im Jahr 1945 hatten die Kommunisten in der Sonnen- und Windenergie die „Energiequellen der Zukunft“ gesehen.<sup>894</sup> Doch derartige Utopien verblassten mit dem Anbruch der nuklearen Epoche, und auch in der SPS galt die Atomspaltung bald als die einzige Zukunftstechnologie, welche den steigenden Energiebedarf zu befriedigen versprach. Angesichts dieser Fokussierung auf die Atomenergie geriet jegliche Alternative in Vergessenheit –

---

wirken doch die gewaltigen Ausmasse der im schlimmsten Fall möglichen Katastrophe erschreckend. Auch die Probleme im Zusammenhang mit der Brennstoffaufbereitung und der Lagerung radioaktiver Abfälle harren noch einer Lösung.“ SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977, S. 5.

<sup>891</sup> Zur Erinnerung: Das Lager der ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner um die Neue Linke hatte ab dem Sommer 1975 Unterschriften für eine Petition gesammelt, die für alle Atomkraftwerke in der Schweiz einen vierjährigen Baustopp verlangte. Eine solche Moratoriumsforderung hat die SPS erstmals 1976, die PdAS zwei Jahre später erhoben.

<sup>892</sup> Bresche, Nr. 97, August 1977, S. 1, S. 7. Die gleiche Haltung vertraten auch die POCH: „Sowohl in den USA, Kanada, der BRD, Frankreich oder Schweiz, wie in den sozialistischen Ländern können heute keine sicheren AKW gebaut, kann keine sichere Endlagerung, kann für den Katastrophenunfall für die Bevölkerung kein wirksamer Schutz gewährleistet werden.“ Erklärung der Geschäftsleitung der POCH, Atomkraftwerke Nein, in: POCH-Zeitung, Nr. 36, Oktober 1977, S. 3-4, hier S. 3.

<sup>893</sup> Eine entsprechende ‚Atomverbotsinitiative‘ mussten die ‚Atomstöppler‘ um die POCH 1981 aber zurückziehen, weil nach der Zersplitterung der ‚fortschrittlichen‘ AKW-Gegner nicht genügend Unterschriften gesammelt werden konnten.

<sup>894</sup> Auch mit der Erdwärme und der Gezeitenkraft hätte die kommende „Zeit des Energiehungers“ bewältigt werden sollen. Vorwärts, 29.3.1945, Nr. 1, S. 11.

nicht nur innerhalb der traditionellen Linken, sondern auch im öffentlichen Bewusstsein oder bei den politischen Entscheidungsträgern.<sup>895</sup>

Im Zuge der ökologischen Zeitenwende wurden die erneuerbaren Energiequellen wieder aufgegriffen, was vielen Zeitgenossen als eine Neuentdeckung erschien. Auch Vertreter der Linken brachten mit der Sonnen- und Windenergie, der Geothermie oder der Bioenergie bald alternative Produktionsmethoden zur Sprache, welche den Atomstrom substituieren sollten.<sup>896</sup> Nach einem 30-jährigen Unterbruch wurde diese Art der Energieerzeugung selbst unter Kommunisten wieder als die „eigentliche Zukunftsenergie“ bezeichnet.<sup>897</sup>

Die Verfechter einer alternativen Stromgewinnung stiessen jedoch auf Skeptiker, die das Produktionsvolumen der Atomenergie gleichwohl für unverzichtbar hielten.<sup>898</sup> Diese pronuklearen Stimmen redeten den energiepolitischen Spielraum insofern klein, als sie weder den regenerativen Energieträgern noch den energetischen Einsparmöglichkeiten zutrauen wollten, die befürchtete ‚Stromlücke‘ zu schliessen. Derartigen Einwänden hielt die Linke ab Mitte der 1970er Jahre offiziell die Auffassung entgegen, dass der technologische Fortschritt zugunsten der erneuerbaren Energieformen zu beschleunigen sei. Im ‚Energiekonzept‘ von 1977 verlangte etwa die SPS ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm, um die Nutzung umweltschonender Energieressourcen zu forcieren.<sup>899</sup> Die Förderung alternativer Energien sollte eine ausreichende Stromversorgung auch ohne den Bau neuer Atomkraftwerke sichern können.

In ökologisch-technologischer Hinsicht versprachen sich die Linksparteien von den erneuerbaren Energieträgern das, was die Atomenergie offensichtlich nicht einzulösen vermochte: eine umweltverträgliche, sicher zu betreibende Lösung, eine dauerhaft zur Verfügung ste-

---

<sup>895</sup> So schrieb Peter Hug, dass die „Fixierung auf das Nukleare“ dem Bundesrat Anfang der 1960er Jahre den Blick auf erneuerbare Energieformen versperrte – obwohl mit einer Studie über die Sonnenenergie alternative Vorschläge vorgelegen hätten. Peter Hug, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft*, 1994, S. 181-182.

<sup>896</sup> Bis in die Mitte der 1970er Jahre wurde gelegentlich auch die Kernfusion erwähnt. Dass diese Option dann fallengelassen wurde, hing zum einen mit den technologischen Schwierigkeiten, zum anderen mit der allgemeinen Diskreditierung atomarer Umwandlungsprozesse zusammen. Aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes kam für die Linke auch ein Ausbau der Wasserkraftwerke nicht in Frage.

<sup>897</sup> Dossier Energie, in: *Vorwärts*, 4.12.1975.

<sup>898</sup> So meinte noch 1979 ein Sozialdemokrat, „dass wir um die achtziger Jahre herum mit einer Energielücke zu rechnen haben werden. Diese lässt sich auch durch konventionelle Energieträger nicht mehr schliessen. Bis etwa Sonnenenergie in grossem Massstab gewonnen werden kann, bleibt auf Grund der gesicherten Uranvorräte die Kernenergie als einzige zuverlässige Energiequelle übrig. Die andere Alternative wäre Verzicht auf Energiewachstum, Rückkehr zum einfachen Leben und so Verzicht auf Wirtschaftswachstum. Wollen wir das?“ Richard Lienhard, *Das Ja steht nicht im Parteiprogramm*, in: *Profil*, Nr. 2, 1979, S. 33-38, hier S. 35.

<sup>899</sup> SPS (Hg.), *Konzept für eine neue Energiepolitik*, 1977, 19.

Im Sommer 1979 forderte dann die SPS die „Einführung einer zweckgebundenen Energieabgabe“, um über einen Fonds die Förderung alternativer Energieträger zu finanzieren. SPS-Resolution ‚für eine verantwortliche, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung‘, in: *Beschlussprotokoll des ausserordentlichen SPS-Parteitages vom 23.–24. Juni 1979 in Bern*, Bern 1980, S. A56-57, SOZARCH Ar 1.116.18.

hende Form der Energiegewinnung, die nach menschlichen Massstäben unerschöpflich ist, weil sich ihre Quellen – im Gegensatz zu den fossil-atomaren Ressourcen – von selbst erneuern. So verpflichtete sich die Linke in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einem Zukunftsdiskurs, dessen Hoffnungen nicht mehr auf der Atomenergie, sondern auf den alternativen Energieträgern lagen.

Die Dringlichkeit dieses Diskurses wurde 1986 geradezu zementiert, als die Folgen der bislang verheerendsten Atomkatastrophe auch die Schweiz heimsuchten. Am 26. April barsten im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl Brennstäbe, der Reaktorblock explodierte und radioaktive Stoffe gelangten in die Atmosphäre. Die Strahlenwolke überwand Staats- und Systemgrenzen und schob sich nach wenigen Tagen auch über die Schweiz. Mit den radioaktiv verseuchten Niederschlägen kamen Angst und Panik auf. Schwangere und Stillende bangten um ihre Kinder, Bauern sorgten sich um Felder und Tiere, und alle verfolgten mit grösster Besorgnis die Prognosen über die Windrichtung. Während sich also die schlimmsten Befürchtungen des Anti-AKW-Diskurses bewahrheiten, ging noch einmal ein Ruck durch die Energiepolitik der traditionellen Linken. SPS und PdAS vollzogen eine neuerliche Wende und steuerten mit dem Atomausstieg auf jene Position zu, welche die Neue Linke seit Ende der 1970er Jahre vertreten hatte.

Jene Kommunisten, welche die Sicherheit der atomaren Energiegewinnung krampfhaft an eine sozialistische Gesellschaft gekoppelt hatten, wurden durch dieses Drama eines besseren belehrt. Die Havarie von Tschernobyl ereignete sich nicht in einer kapitalistischen ‚Profitwirtschaft‘, sondern in der kommunistischen Sowjetunion. „Tschernobyl ist überall“, lautete jetzt das Fazit des Vorwärts, um die systemimmanente Sinnlosigkeit der Atomenergie zu unterstreichen.<sup>900</sup> Bezogen auf die PdAS wirkte sich die Reaktorkatastrophe insofern aus, als diese auf den Kurs des Atomausstiegs einschwenkte. Da „kein Atomkraftwerk vor einem solchen Unglück sicher“ sei, verlangte die Partei im Juni 1986 eine „alternative Energiepolitik, um Schritt für Schritt die bestehenden Atomkraftwerke ausser Betrieb zu setzen“.<sup>901</sup>

An diesem Wendepunkt liess sich die PdAS zur Geschichtsklitterung verleiten und wollte in derselben Resolution daran erinnern, „dass sie sich immer gegen das Programm für den Bau von Atomkraftwerken ausgesprochen hat“.<sup>902</sup> Zwar ist es unbestreitbar so, dass die PdAS

---

<sup>900</sup> Vorwärts, 13.6.1986.

<sup>901</sup> Vgl. Für eine andere Energiepolitik, Resolution vom 7.6.1986, angenommen vom politischen Büro der PdAS, in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987, S. 29-32, hier S. 31.

Siehe auch Die Richtung ändern. Politisches Aktionsprogramm der PdAS für die Parlamentswahlen 1987, angenommen vom 13. Parteitag 1987, in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987, S. 21-28, hier S. 23.

<sup>902</sup> Für eine andere Energiepolitik, Resolution vom 7.6.1986, angenommen vom politischen Büro der PdAS, in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987, S. 30.



etwa das Atomgesetz von 1959 bekämpft hatte – aber nur, weil sie diese „source d'énergie tellement fabuleuse“ nicht der Privatwirtschaft ausliefern wollte.<sup>903</sup> Mit derartigen Verkürzungen wurde die vergangene Atomeuphorie kaschiert, ja die PdAS sollte sogar als die eigentliche Pionierin des Anti-AKW-Diskurses erscheinen. Wahr ist indessen, dass die PdAS 1978 und 1986 zwei brüske Kehrtwendungen vollzog, die manche nur widerwillig mitvollziehen mochten. Deshalb können ihre Positionen nicht in ein Kontinuum eingebettet werden, ja einige Kommunisten liessen sich selbst durch ‚Tschernobyl‘ nicht vom Glauben in den Segen der Atomenergie abbringen.<sup>904</sup> Immerhin pflegten andere einen ehrlicheren Umgang mit der eigenen Geschichte: „Unsere Position aus den 50er und 60 Jahren ‚Vernichtet die Atombomben – nutzt die Atomkraft friedlich‘, ist durch bittere Erfahrungen überholt“, lautete im Sommer 1986 etwa ein Kommentar zur widerspruchsvollen Energiepolitik der PdAS.<sup>905</sup>

Während die Haltung der PdAS uneinstimmig blieb, brachte der Tschernobyl-Fallout für die SPS konsensfähige Gewissheiten. „Atomkraftwerke“, so führte ihr Präsident Helmut Hubacher am Parteitag 1986 aus, „sind eine permanente Kriegserklärung an die Zukunft“, da „das Prinzip der absoluten Sicherheit“ nicht existiere.<sup>906</sup> Und Otto Stich korrigierte die Utopien der Nachkriegszeit mit der bitteren Erkenntnis der Gegenwart: „In der Kernenergie liegt nicht die Zukunft“, sagte der Bundesrat, auch wenn die Sozialdemokratie genau davon einst „zutiefst überzeugt“ gewesen sei.“<sup>907</sup> ‚Einstieg in den Ausstieg‘ hiess jetzt die Parole, und die SPS versuchte, die Atomenergie zu Grabe zu tragen. So beschlossen die Delegierten mit überwältigender Mehrheit, eine Volksinitiative gegen die Nutzung der Atomenergie zu lancieren. Darin wurde einerseits die raschestmögliche Stilllegung der bestehenden Atomanlagen gefordert.<sup>908</sup> Andererseits sollte der Bund die „Erforschung, Entwicklung und Nutzung von de-

---

Noch ein zweites Beispiel: „Seit 1957 schon, seit der Unterbreitung eines ersten Verfassungsartikels, laufen in unserem Lande nun die Diskussion über die Kernenergie. [...] Dazumal gab es keine Opposition, ausser jener der Partei der Arbeit natürlich. Nicht anders war es 1959.“ Energiedossier der VO Réalités, 19.6.1986, auf Deutsch wiedergegeben in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987S, 33-36, hier S. 33-34.

<sup>903</sup> Jean Vincent, in: Sten. Bull. NR, Nr. 69, 1959, S. 603-606, hier S. 604.

Bereits 1954 hatte der Vorwärts verlangt: „Die Atomwerke haben Volkseigentum zu sein!“ Vorwärts, 1.12.1954, S. 1.

<sup>904</sup> Armand Magnin beispielsweise bekämpfte 1987 die Ausstiegsinitiative der SPS mit folgenden Worten: „Ich erinnere daran, dass sich die Partei nie gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie unter bestimmten Bedingungen und mit bestimmten Garantien ausgesprochen hat.“ Bericht des Politischen Büros vom 1. März 1987 (Berichterstatter: Armand Magnin), in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987, S. 41-52, hier S. 46.

<sup>905</sup> Vorwärts, 3.7.1986.

<sup>906</sup> Rede von Helmut Hubacher, in: Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. Juni 1986 in Lausanne (maschinengeschrieben), hier S. 5, Ar 1.116.28.

<sup>907</sup> Vortrag von Otto Stich, in: Wortprotokoll des SPS-Parteitages vom 21./22. Juni 1986 in Lausanne (maschinengeschrieben), S. 8, SOZARCH Ar 1.116.28.

<sup>908</sup> Volksinitiative ‚für den Ausstieg aus der Atomenergie‘, zitiert in: SPS (Hg.), Geschäftsbericht 1986/87, Schaffhausen 1988, S. 55.

---

zentralen umweltverträglichen Energieanlagen“ fördern. Diese politischen Forderungen fielen der SPS leicht. Erstens war ‚Tschernobyl‘ ein Ereignis, das die vertrauten Argumentationsmuster des Anti-AKW-Diskurses bestätigte. Was bereits zuvor befürchtet werden musste, war zur Realität geworden. Zweitens war die Vorstellung des Ausstiegs mit der Utopie eines Neuanfangs verbunden: Der Ausstieg aus der Atomenergie galt als Einstieg in eine sichere, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Art der Energieerzeugung.

Nach ‚Tschernobyl‘ waren sich die Linksparteien über das angestrebte Ende der Atomenergie und die Abschaltung bestehender Reaktoren einig. Zwar wurde am 23. September 1990 die SPS-Initiative ‚für den Ausstieg aus der Atomenergie‘ von 53 % der Stimmenden abgelehnt.<sup>909</sup> Dennoch hatte sich die Linke im Anti-AKW-Diskurs als politische Kraft positioniert, die nicht mehr ignoriert werden konnte.

---

<sup>909</sup> Immerhin wurde die von der Linken unterstützte Initiative ‚Stopp dem Atomkraftwerkbau‘ angenommen, welche über die Atomkraftwerke einen 10-jährigen Baustopp verhängte. Diese Moratoriumsinitiative war im August 1986 vom NWA gestartet und von zahlreichen Gruppierungen unterstützt worden. Am 23. September 1990 erreichte sie rund 55 % der Stimmen.

## 6 Bilanz und Schlusswort

Die historischen Auffassungen der Umweltproblematik untersuchend, geht diese Studie der Frage nach, wie sich die ökologische Zäsur auf das Fortschrittsverständnis des sozialistischen, linken Lagers auswirkte. Dazu wurden mit der SPS, der PdAS, den POCH und der RML vier Parteien in den Blick genommen, die sich in den 1970er und 1980er Jahren als politische Vertreterinnen der schweizerischen Linken verstanden. Den thematischen Rahmen der Untersuchung bildet das Aufkommen eines neuartigen Umweltbewusstseins, das um 1970 der diskursiven Ordnung Risse zufügte und althergebrachte Gewissheiten brüchig werden liess. In methodischer Hinsicht wird mit der Anlehnung an diskurstheoretische Überlegungen ein konstruktivistischer Ansatz gewählt, der auf die Kommunikation der untersuchten Akteure fokussiert. Rekonstruiert wurden dabei nicht gesamtgesellschaftliche Wirklichkeitswahrnehmungen, sondern jene Lernprozesse der Linksparteien, in deren Zuge die Begriffe ‚Fortschritt‘, ‚Wachstum‘ und ‚Technologie‘ neu beurteilt wurden. Dazu wurde ein Quellenkorpus erstellt, mit dem sich die Denkpositionen, Argumentationsmuster und politischen Handlungsweisen zum ökonomischen Entfaltungsprozess und zur Nutzung der Atomenergie erforschen liessen. Die Studie setzt mit der Herausbildung der Neuen Linken im Zuge der 68er-Bewegung und dem Anbruch der ökologischen Ära ein. Die Untersuchung endet Anfang der 1990er Jahre, als Umweltfragen zumindest vorübergehend an gesellschaftlicher Dringlichkeit zu verlieren schienen. Zudem hörten um 1990 POCH und RML/SAP als selbständige Organisationen auf zu existieren.

Wie zu Beginn der beiden Hauptkapitel gezeigt, stehen die nachkriegszeitlichen Positionen der traditionellen Linken zur Atomenergie bzw. zum Wirtschaftswachstum in einem Kontrast zu denjenigen nach dem ökologischen Umbruch. Die SPS wie die PdAS entwickelten in den 1950er und 1960er Jahren eine unkritische Wachstumsphilosophie. In der Zeit des Wirtschaftswunders mehrten sich zwar die Anzeichen, dass der ungehinderte Expansionskurs einmal an seine Grenzen stossen könnte. Um aber das Fundament des Wohlstands weiter zu verbreitern, wollte die SPS die Akkumulationsdynamik bewahren. Da der materielle Aufschwung ein langanhaltender war, glaubten manche Sozialdemokraten bereits in der Gegenwart sozialistische Elemente erkennen zu können. Umfassendere Utopien wurden vom Wachstumsziel überdeckt und Fortschritt wurde vor allem als Ausbau des materiellen Reichtums verstanden.

Übertroffen wurde die sozialdemokratische Wachstumsorientierung durch die Kommunisten. Für die PdAS war die angestrebte Gesellschaftsordnung ein säkulares Paradies, in welchem dank der Befreiung der Produktivkräfte ‚Milch und Honig fliessen‘ sollten. Damit verhies die kommende Gesellschaft nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch einen Zustand des allgemeinen Überflusses. Für die Umwelt freilich blieb im ökonomisch-utilitaristischen Den-

ken der PdAS wenig Platz, sollte der allgemeine Wohlstand doch durch eine immer perfektere Beherrschung der Naturprozesse gesichert werden.

Dass die sozialistischen Zukunftsideale nach dem Zweiten Weltkrieg einer technoökonomischen Wachstumsbegeisterung wichen, kam exemplarisch im Atomenergiediskurs zum Ausdruck. SPS und PdAS sahen in der Atomspaltung eine Schlüsseltechnologie des Fortschritts, welche die technologische, ökonomische und soziale Entwicklung beschleunigen sollte. So glaubte die Linke an ein unbegrenztes Wachstum und an das Recht, die organische und anorganische Natur sozioökonomischen Bestrebungen unterzuordnen.

Trotz der weitem begrüßten Modernisierungsdynamik gab es einzelne Anhänger der PdAS, welche den massiven Raubbau beklagten oder, wie Pierre Jeanneret am Beispiel der Parti Ouvrier et Populaire Vaudois aufzeigte, Anstrengungen unternahmen, die bedrohte Natur zu schützen.<sup>910</sup> So wehrten sich im Kanton Waadt während der 1950er und 1960er Jahre einige Kommunisten gegen die Verbauung der Gewässer oder sprachen sich offen gegen ein Flugplatzprojekt aus. Doch solche Aktivitäten waren mit der offiziellen Parteidoktrin nur schwerlich in Einklang zu bringen. Stalin hatte 1934 die sowjetischen Naturschützer verhaften lassen, und auch in der PdAS galten die entsprechenden Leitsätze als ‚reaktionär‘. Vielmehr sollte der Mensch die Umwelt bezwingen, um die Natur einem effizienten und zielgerichteten wirtschaftlichen Verwertungsprozess zu unterwerfen.

Immerhin war der Vorwärts gelegentlich um eine antikapitalistische Note bemüht, indem die Naturzerstörung auf das bürgerliche Wirtschaftssystem zurückgeführt wurde. So stand für die Parteizeitung zu Beginn der 1950er Jahre fest, dass die „Plünderung der Natur“ erst durch den Kapitalismus zum System erhoben worden sei, weshalb sich ihr Schutz gegen das „kapitalistische Raffén“ richten sollte.<sup>911</sup> Und in den 1960er Jahren wurden Phänomene wie die Verschmutzung von Gewässern und Luft zur Klassenfrage erklärt, da auch diese elementaren Ressourcen dem privatwirtschaftlichen Geldstreben geopfert würden.<sup>912</sup> Mit solchen Deutungsmustern wurde nicht der technoökonomische Modernisierungsprozess an sich, sondern der Eigennutz des Bürgertums zum Problem erklärt.

Sozialisten wie Leonhard Ragaz haben sich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensiv mit dem Verhältnis von Mensch und Natur auseinandergesetzt.<sup>913</sup> Der Mitbegründer

---

<sup>910</sup> Pierre Jeanneret, *Popistes*, 2002, S. 522-526.

<sup>911</sup> „In allen bisherigen Gesellschaftsformationen galt bisher der ungehemmte Raubbau, die Plünderung der Natur ohne jede Ueberlegung. Besonders schlimm wurde es, als der Kapitalismus aufkam, der an sich Raubwirtschaft bedeutet und die Plünderung der Natur zu einem allgemeinen grossen System machte.“ Vorwärts, 22.8.1951.

<sup>912</sup> Der Vorwärts interpretierte den Gewässerschutz „als klassisches Beispiel des Klassenkampfes“, während die „Reinheit der Luft dem industriellen Gewinnstreben“ geschuldet sei. Vorwärts, 18.10.1967; Vorwärts, 14.1.1965.

<sup>913</sup> Leonhard Ragaz (1868–1945) wirkte als Pfarrer, Religionslehrer und Theologieprofessor, bis er sich ab 1921 ganz der Arbeiterbildung und der religiös-sozialen Bewegung verschrieb. 1913 trat der Pazifist der SPS bei, gab

der religiös-sozialen Bewegung betrachtete die Schönheit der Natur als Teil der göttlichen Schöpfung, was den Menschen zu einem sorgsamem Umgang verpflichtete.<sup>914</sup> In seinem bedeutendsten Werk, dem während des Zweiten Weltkrieges geschriebenen Buch ‚Die Bibel: Eine Deutung‘, nahm Ragaz sogar den Umweltschock voraus, indem er der Verabsolutierung des Industriesystems ein fatales Ende voraussagte: „Die Technik ist der Moloch geworden, der Himmel und Erde, Wasser und Luft beherrscht. [...] Wir beuten die Natur aus, vergewaltigen sie, zerstören sie in unserer gottlosen Gier und Brutalität – und werden dafür, wenn keine Wandlung eintritt, mit dem Tode und Untergang bezahlen.“<sup>915</sup> Mit solchen Warnungen stand Ragaz aber quer zur sozialistischen Wachstumsideologie, wie sie die traditionelle Linke besonders in der Nachkriegszeit entwickelte. So hat die SPS seine gleichsam prophetischen Worte erst zu Beginn der 1970er Jahre wahrgenommen, als die Grenzen von Wachstum und Technologie in aller Munde waren.<sup>916</sup>

Warum aber war in den Parteiprogrammen, Resolutionen oder Druckschriften der traditionellen Linken viel von Produktivität, Wohlstand oder Wachstum die Rede, nicht aber von den zerstörerischen Folgen des Modernisierungsprozesses? Weshalb war der Schutz der Natur als linke Zielvorstellung bis zur ökologischen Zäsur praktisch inexistent? Ein wichtiger Grund lag im Naturschutzdiskurs selbst, der sich noch nicht durch einen globalen Horizont auszeichnete. An der Stelle einer ökologischen Weltsicht stand bis um 1970 ein eher bürgerlich-konservativer Wertekonsens. So war im 19. Jahrhundert das Fundament des Naturschutzdiskurses fernab der Arbeiterbewegung geschaffen worden. Das galt zum einen für die ästhetisierende, auf einem bürgerlichen Kultur- und Schönheitsverständnis basierende Sicht der Natur, wonach diese wegen ihrer landschaftlichen Reize zu schützen sei.<sup>917</sup> Zum anderen waren auch die patriotischen Beweggründe des Naturschutzdiskurses auf freisinnige und

---

1935 aber den Austritt, nachdem die Sozialdemokratie den Widerstand gegen die militärische Landesverteidigung aufgegeben hatte. Ausführlich zu Ragaz Biographie siehe Markus Mattmüller, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus: Eine Biographie, 2 Bände, Zollikon 1957-1968. Für kurze Übersichtsdarstellungen: Willy Spieler et al., Für die Freiheit des Wortes: Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus, Zürich 2009, S. 27-28 oder Ruedi Brassel-Moser, Ragaz, Leonhard, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 12.1.2012, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D9059.php>.

<sup>914</sup> Vgl. zum Folgenden Paul Schmid-Amman, Die Natur im religiösen Denken von Leonhard Ragaz: Eine Studie, Zürich 1973 und Willy Spieler et al., Für die Freiheit des Wortes, 2009, S. 342-345.

<sup>915</sup> Leonhard Ragaz, Die Bibel: Eine Deutung, Band 2, Zürich 1947, S. 145, zitiert in: Paul Schmid-Amman, Die Natur, 1973, S. 22.

<sup>916</sup> So bedauerte die Rote Revue 1973, dass Ragaz' Warnrufe lange Zeit ungehört geblieben waren. „Heute beginnen wir zu merken, dass wir mit unserer technischen Besessenheit, mit unserem Aberglauben an die allmächtige Technik die Welt in eine Wüste zu verwandeln im Begriffe sind, in der uns allen der Untergang droht.“ Profil, Nr. 12, 1973, S. 356.

<sup>917</sup> Stefan Bachmann, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft, 1999, S. 93-98 und S. 323-324.

bäuerlich-konservative Kreise zurückzuführen.<sup>918</sup> Das Motiv der erhaltenswürdigen landschaftlichen Schönheit der Schweiz bildete bis weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus den Kern des Naturschutzdiskurses. Vaterländische Beweggründe aber waren der internationalistisch gesinnten Arbeiterbewegung seit jeher suspekt. Und wer mit sentimental-ideellen Motiven die Naturschönheiten verteidigte, geriet innerhalb der Linken rasch in den Verdacht, von soziopolitischen Problemen ablenken zu wollen.

Dass der Naturschutzdiskurs zur traditionellen Domäne ihrer Gegnerschaft wurde, ist natürlich auch mit dem Selbstverständnis der Linken zu erklären. Die Linke wollte nicht in vermeintlich rückwärtsgewandter Nostalgie das Vergangene bewahren, sondern die Zukunft gestalten und verändern. Dabei zielte sie auf einen gesellschaftlichen Umbau, der durch die technoökonomische Entwicklung vorangetrieben werden sollte. Ihrer soziopolitischen Perspektive wegen blieb das Verhältnis von Mensch und Natur weitgehend unbeleuchtet.

Vor diesem Hintergrund traf der Umweltschock die Linke umso härter. Anfang der 1970er Jahre trat zutage, dass die Industriegesellschaft nicht unbesehen zur Hoffnungsträgerin einer sozialistischen Alternative erklärt werden konnte. Die ökologische Grundsatzdiskussion um den Modernisierungsprozess ging über die Kapitalismuskritik hinaus: So war der Umweltdiskurs zum Teil radikaler, als dies mit marxistischen Denkkategorien je möglich gewesen wäre. Obschon sie sich im Zuge ihrer Theoriearbeit ganz den marxistischen Traditionen verpflichtet hatte, war es besonders die Neue Linke, welche in ihrer Politarbeit auf die ökologische Zäsur reagierte. Gerade die POCH setzten sich schon früh gegen die Wachstumsexzesse des Modernisierungsprozesses zur Wehr, bekämpften ‚Betonwüsten‘ sowie die ‚Verkehrsflut‘ und unterzogen die Atomenergie einer missbilligenden Analyse. Dann machten sich ihre Mitglieder für die Gleichstellung der Frauen stark, befassten sich mit dem Status sozialer Randgruppen oder verlangten den Abbau gesellschaftlicher Hierarchien. Die Trotzlisten präsentierten sich häufig als Vertreter der Arbeiterklasse, nahmen aber ebenfalls von Anfang an auch die Neuen sozialen Bewegungen in den Blick. Die RML intervenierte in der Umwelt-, der Anti-AKW- oder der Solidaritätsbewegung und griff damit in Diskursfelder ein, die nur schwerlich in das gängige Links-rechts-Schema einzuordnen waren. Dabei sollten antikapita-

---

<sup>918</sup> Spätestens seit der Helvetischen Republik haben freisinnige Kräfte den ‚schönen‘ Alpen eine Symbolfunktion als Grundlage einer eidgenössischen Identität zugeschrieben, während bäuerlich-konservative Kreise das territoriale Nationalbewusstsein gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf die traditionellen Kulturlandschaften ausweiteten. Christian Pfister, *Landschaftsveränderung und Identitätsverlust*, 1997, S. 51-53; Ulrich Im Hof, *Mythos Schweiz: Identität, Nation, Geschichte, 1291–1991*, Zürich 1991, S. 106-111, S. 155-160, S. 222-227.

listische Deutungsmuster selbst in jenen Bewegungen verbreitet werden, die sich explizit als neu verstanden.<sup>919</sup>

Die Neue Linke konnte die Debatten um Umweltschutz, Atomenergie oder Feminismus deshalb so leicht aufnehmen, weil sie von Anfang an im Spannungsfeld verschiedener Bewegungen stand. Die POCH und die RML waren ein Produkt der 68er-Bewegung, schrieben sich in die Tradition der Arbeiterbewegung ein und fühlten sich stets den Themen der Neuen sozialen Bewegungen nahe. Als ‚Hybrid‘ verschiedener Bewegungen trug die Neue Linke das Potenzial in sich, an jene Diskurse der 1970er und 1980er Jahre anzuschliessen, die als postmaterialistisch bezeichnet werden können.

Dass gesellschaftliche Aufbrüche in den 1970er Jahren vorwiegend ausserhalb der Arbeitswelt stattfanden, hat das Selbstverständnis der POCH zunehmend beeinflusst. 1983 verabschiedeten sie sich definitiv vom Bild einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei und sahen ihre Aufgabe darin, dem gängigen Modernisierungsmodell ökologische Alternativen gegenüberzustellen. Die Entwicklung zu einem Bestandteil der links-alternativen Umweltbewegung war nicht frei von Widersprüchen: In den 1970er Jahren schrieben die POCH mit dem Entwurf ökosozialistischer Deutungsmuster alle Missstände dem Kapitalismus zu. In den 1980er Jahren gelangten sie dann zu der Ansicht, dass sowohl das Ideengut des Sozialismus als auch jenes des Liberalismus durch ein verhängnisvolles Fortschrittsideal gekennzeichnet sei. Wachstum und Technologie hatten als unabdingbare Zukunftsfaktoren ausgedient, da der von Arbeit und Kapital vorangetriebene Modernisierungsprozess „die Gefahr der Selbstvernichtung“ heraufbeschworen hatte.<sup>920</sup> „Das Projekt der Moderne ist auf halbem Weg steckengeblieben“, stellten sie 1987 fest und schlugen vor, „eine neue Richtung einzuschlagen“.<sup>921</sup>

Angesichts der bitteren Erfahrungen, welche die Neue Linke mit der erlahmenden Arbeiterbewegung gemacht hatte, wäre ein Umschwenken auf einen grün-alternativen Kurs auch für die RML/SAP eine nachvollziehbare Konsequenz gewesen.<sup>922</sup> Die Trotzlisten hielten jedoch lange an revolutionären Leitsätzen fest. Damit blieb die Partei auf ökosozialistische Orientie-

---

<sup>919</sup> Zwei exemplarische Beispiele, wie die RML den feministischen Diskurs antikapitalistisch zu prägen versuchte: RML (Hg.) *Frauenbefreiung und Kapitalismus*. Artikel aus *inprecorr und bresche*, Zürich 1977; *Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau*, Druckschrift der RML (ohne Orts- und Jahresangabe; vermutlich 1979), *SOZARCH* Ar 65.16.5.

<sup>920</sup> Peter Mattmann, in: *positionen*, Nr. 45/46, Juni 1983, S. 20-27, hier S. 23.

<sup>921</sup> Entwurf zu einem POCH-Manifest 1987, in: *POCH-Zeitung*, Nr. 14, April 1987, S. 5-8, hier S. 8.

<sup>922</sup> Rückblickend meinte ein SAP-Mitglied 1986, man habe die „Zeitzeichen“ allzu lange überhört: „Mit der traditionellen Arbeiterbewegung ist es bergab gegangen. [...] Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass die wichtigen Bewegungen nicht von der Arbeiterbewegung ausgegangen sind. Umweltbewegung, Friedensbewegung, Jugendbewegung, Frauenbewegung haben ihre Wurzeln ausserhalb der Bewegung. [...] Mit unserer Gewichtung

rungsmuster fixiert, obwohl diese zur Erhellung der Umweltkrise keine ausreichenden Erklärungen boten. Erst 1987 war die trotzkistische Führung bereit, sich definitiv mit links-alternativen Grünen zusammenzutun.<sup>923</sup>

Abschliessend lässt sich zur Neuen Linken festhalten, dass ihre eigentliche Bedeutung nicht in der angestrebten Revitalisierung revolutionärer Traditionen liegt. Die trotzkistische Avantgarde blieb eine „Vorhut ohne Rückhalt“, und auch den POCH blieb eine breite Gefolgschaft verwehrt.<sup>924</sup> Die Organisationen der Neuen Linken wurden also nie jene revolutionären Akteure, wie von ihren Mitgliedern ab Ende der 1960er Jahre erträumt. Allerdings griffe es zu kurz, die Neue Linke lediglich an derartigen Zielsetzungen zu messen. Eine wichtige Rolle spielte die neulinke Demokratie- und Gesellschaftskritik etwa in den Neuen sozialen Bewegungen, welche die 1970er und 1980er Jahre politisch prägten. Was den Umweltdiskurs betrifft, wirkten POCH und RML innerhalb der Linken als eine Art ‚ökologischer Katalysator‘. Als solcher beschleunigten und beeinflussten sie den Meinungsumschwung der Linken – namentlich in Fragen der ökonomischen Entfaltung oder der Nutzung der Atomtechnologie. So hat die Neue Linke nicht nur die Sozialpartnerschaft oder den Arbeitsfrieden attackiert. Sie kritisierte auch einen Fortschrittsbegriff, den die traditionelle Linke während der Nachkriegszeit auf Wachstum und Technologie reduziert hatte. Bereits in den 1970er Jahren durchmischte sich die marxistische Rhetorik der Neuen Linken mit der Zivilisationskritik des Umweltdiskurses. Über die ökosozialistischen Orientierungsmuster hinaus fand im Verlauf der 1980er Jahre ein ideologischer Szenenwechsel von ‚rot‘ zu ‚grün‘ statt. Dieser Übergang war keineswegs nur eine politische Überlebensstrategie. Er basierte auch auf Lernprozessen, welche besonders die POCH innerhalb des Umweltdiskurses durchgemacht hatten. Dass die Umweltbewegung das Erbe der ehemaligen Klassenkämpfer aufnahm, beeinflusste die GPS in geografischer und politischer Hinsicht.<sup>925</sup> Die ökologische Zäsur bildete die Basis, auf der

---

der Verbindung zur Arbeiterbewegung haben wir uns in diesen Bewegungen eher gebremst.“ 7. Kongress, Diskussionsbulletin 1, Text Nr. 3, Mut zur Veränderung, Text vom 2.5.1986, SOZARCH Ar 65.10.4.

<sup>923</sup> Immerhin hatte sich SAP ab den Nationalratswahlen 1983 offen für Wahlallianzen mit links-alternativen Partei-gruppierungen gezeigt. Simon Jäggi, Vorhut ohne Rückhalt, 2007, S. 112.

<sup>924</sup> „Vorhut ohne Rückhalt“ – so lautete denn auch der treffende Titel einer Lizentiatsarbeit: Simon Jäggi, Vorhut ohne Rückhalt, 2007.

<sup>925</sup> Durch den schrittweisen Übertritt links-alternativer Grüner verlagerte sich das geografische Schwergewicht der GPS in die Deutschschweiz, und ihre Zielsetzungen wurden um drittweltsolidarische, feministische und armeekritische Imperative erweitert. Mit diesen neuen Ausprägungen rückte die GPS politisch nach links. Zu den geografischen Verschiebungen vgl. Markus Furrer, Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren, Zürich 1992, S. 54 und S. 61; Madeleine Schneider, Die Grünen in Zahlen. Analyse der Wahlergebnisse 1975 bis 2007, in: Werner Seitz, Matthias Baer (Hgg.), Die Grünen, 2008, S. 151-163, hier S. 155-156. Zum Linksrutsch siehe Andreas Ladner, Linksrutsch an der Basis. Die Mitglieder und Aktiven der Grünen, in: Werner Seitz, Matthias Baer (Hgg.), Die Grünen, 2008, S. 39-54, hier S. 48; Matthias Baer, Des einen Freud, des anderen Leid. Die gegenläufigen Konjunkturen von Grünen und SP, in: Werner Seitz, Matthias Baer (Hgg.), Die Grünen, 2008,



eine nationale Partei aufgebaut werden konnte. Die Neue Linke trug in diesem Kontext dazu bei, aus dem Umweltschutz ein eigenständiges Politikum zu machen.

Die Umweltkrise stellte auch SPS und PdAS vor grosse Herausforderungen, wurde doch die sozialistische Zukunftsgewissheit durch das neue Umweltbewusstsein in Frage gestellt. Tatsächlich kam ein Lernprozess in Gang, der seine Spuren hinterliess. Durch den zentralen Stellenwert des neuen Problemkomplexes flossen ökologische Postulate früher oder später in die linke Programmatik ein. Und weil das Verhältnis von technoökonomischer Entfaltung und gesellschaftlicher Entwicklung neu definiert werden musste, begann sich das sozialistische Fortschrittsverständnis zu wandeln. Der Umweltdiskurs hat die traditionelle Linke also insofern geprägt, als die überlieferte Vorwärtsstrategie durch eine differenziertere Beurteilung des Modernisierungsprozesses abgelöst wurde.

Dass die traditionelle Linke ab den 1970er Jahren einen tief greifenden Wertewandel vollzog, kam paradigmatisch in der Stellung zur Atomenergie zum Ausdruck. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Linke Utopien einer besseren Zukunft mit der Atomkraft verbunden. Aus der neuen Perspektive der 1970er und 1980er Jahre aber erwies sich die einstige Hoffnungsträgerin als Risikotechnologie, die es aus ökologischen, (demokratie-)politischen, gesellschaftlichen und technoökonomischen Erwägungen abzulehnen galt. Die Vision einer sicheren, sauberen, billigen und schier unversiegbaren Energiequelle hatte sich als Trugbild erwiesen. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stellten sich SPS und PdAS auf den Standpunkt, dass von der nuklearen Stromgewinnung abzusehen sei. Ziel war nun der Atomausstieg.

Zunächst spielte die SPS lediglich eine unbedeutende Rolle, denn als sie sich 1976 mit der Moratoriumsforderung ins Lager der AKW-Gegner begab, hatte die ökologische Zäsur der Energiedebatte längst ihren Stempel aufgedrückt. Der Seitenwechsel der SPS war aber gewichtig, da der Anti-AKW-Diskurs erstmals über eine Regierungspartei in die politische Arena Eingang fand. Diese Veränderung der Akteurkonstellation stärkte die Wirkungsmacht der antinuklearen Kräfte, und die AKW-Gegner konnten nicht mehr glaubhaft als linksextreme Revolutionäre oder alternative Spinner ausgegrenzt werden. Das alles war umso wichtiger, als die Gesellschaft angesichts der Atomenergie in zwei gleich grosse Lager gespalten wurde. Die SPS trug dazu bei, dass die AKW-Gegner ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gehalten konnten. In diesem Tauziehen wendete sich die SPS spätestens 1986 mit der

---

S. 73-88, hier S. 74-77; Werner Seitz, ‚Melonengrüne‘ und ‚Gurkengrüne‘. Die Geschichte der Grünen in der Schweiz, in: Werner Seitz, Matthias Baer (Hgg.), Die Grünen, 2008, S. 15-37, hier S. 33.

Lancierung der Ausstiegsinitiative kompromisslos gegen die Atomenergie. Obwohl das Atomprogramm im 20. Jahrhundert nicht rückgängig gemacht werden konnte, trug die SPS doch dazu bei, dass nach dem Kernkraftwerk Leibstadt kein weiteres Atomkraftwerk mehr in Betrieb gehen konnte.

Die PdAS hingegen schloss sich der Oppositionsbewegung zu spät an, um als glaubwürdige Gegnerin der Atomenergie wahrgenommen zu werden. Noch in der ersten Hälfte der 1970er Jahre hatten ihre Exponenten die AKW-Gegner als fortschrittsfeindliche Maschinenstürmer deklariert, und die Kaiseraugster Bauplatzbesetzung war erst nachträglich gebilligt worden. Selbst die 1978 vollzogene Kehrtwende war wenig überzeugend, weil sie gegen den Willen der Parteiführung durchgesetzt wurde. Die Meinung innerhalb der PdAS war also keineswegs einstimmig, und manche Kommunisten blieben trotz des 1986 beschlossenen Ausstiegs vom Nutzen der Atomenergie überzeugt.

Das Zaudern der kommunistischen Atompolitik wird, verglichen mit der Entschlossenheit der Neuen Linken, umso offensichtlicher. POCH und RML verliehen dem Anti-AKW-Diskurs neue Impulse, indem sie die Atomenergie als Ausdruck der sozioökonomischen Machtkonstellation begriffen. Die Gegenbewegung profitierte auch von der Militanz der linken Aussenseiterparteien, denn durch ihr Hinzukommen wurde die Mobilisierungskraft für direkte Aktionen erhöht. Allerdings nahm mit der Neuen Linken auch die politische Heterogenität der Bewegung zu, bis die Einheit an den Gegensätzen zerbrach. Dennoch trugen ihre Organisationen besonders in den 1970er Jahren zur Stärkung des Anti-AKW-Diskurses bei. Innerhalb der Linken kam den 68er-Parteien sogar eine Vorreiterrolle zu: Mit der Forderung nach einem Moratorium oder dem Atomausstieg ebneten POCH und RML den Weg zu jenen Standpunkten, die später auch die Parteien der traditionellen Linken übernahmen.

Neben der Atomenergie versahen SPS und PdAS auch den ökonomischen Entfaltungsprozess mit neuen Vorzeichen. Die Sozialdemokratie verabschiedete sich im Zuge eines langen Lernprozesses vom Wunschbild eines grenzenlosen Akkumulationsmodells. Die Produktivitätssteigerung durfte nicht mehr das alleinige Ziel des ökonomischen Handelns sein, weil das nützlichkeitsorientierte Denken die Harmonie zwischen Mensch und Natur offensichtlich beeinträchtigte. So wurde die Wachstumsphilosophie der Nachkriegszeit ökologisch aufgebrochen, alte Leitsätze wichen neuen Handlungsimperativen. Als die SPS 1982 ein neues Parteiprogramm verabschiedete, wendete sich die SPS programmatisch von der unbedingten Wachstumsorientierung ab. Aus ihrer Sicht hatte sich gezeigt, dass der ‚Fortschritt‘ nicht allein mit quantitativen Massstäben oder rein materiellen Kriterien zu messen sei.

Auch die PdAS kam angesichts der ökologischen Zäsur nicht darum herum, den Glauben an ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum zu hinterfragen. Sie setzte sich allerdings nur widerwillig mit der eigenen Expansionsdoktrin auseinander, gingen die Kommunisten doch davon aus, dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft erst unter der Voraussetzung einer materiellen

‚Überfülle‘ aufgebaut werden könne. 1978 aber ging die PdAS zu einem quantitativen Wachstumsverständnis auf Distanz, indem sie die simple Gleichsetzung von Lebensqualität und Produktivitätssteigerung als irreführend beurteilte. Da die Partei über die Entwicklung ökosozialistischer Positionen nicht hinauskam, blieben im Verhältnis von Ökonomie und Ökologie viele Widersprüche undiskutiert.

Gegen Ende der 1980er Jahre verlor der Umweltdiskurs an Virulenz, nicht nur innerhalb der Linken, sondern in der Gesellschaft überhaupt.<sup>926</sup> Im Widerstreit zwischen materiellem Lebensstandard und ökologischen Erfordernissen setzte die Sozialdemokratie ab Beginn der 1990er Jahre wieder vermehrt auf die Ökonomie, und es gibt etliche Hinweise dafür, dass das Wachstumsdenken seitens der SPS gegen Ende des 20. Jahrhunderts kaum noch grundsätzlich hinterfragt wurde.<sup>927</sup> Dazu mag die Propagierung marktwirtschaftlicher Umweltschutzinstrumente beigetragen haben, womit insgesamt eine ökonomische Logik die Oberhand zu gewinnen schien. Der eindimensionale Wachstumsduktus der Nachkriegszeit kehrte deswegen nicht zurück, denn das Denken in ökologischen Kategorien konnte nicht rückgängig gemacht werden.

Die Auseinandersetzung mit der Atomtechnologie und dem wirtschaftlichen Entfaltungsprozess lehrte die Linke im Zuge der „1970er Diagnose“, dass sich der technoökonomische Wandel nicht zwangsläufig zum Nutzen der Gesellschaft vollzieht. Eine differenzierte Betrachtung hatten SPS und PdAS in der Nachkriegszeit vermissen lassen, als Wachstum und Technologie mit gesamtgesellschaftlichem Fortschritt gleichgesetzt worden waren. Die ökologische Zäsur liess dann zutage treten, dass dieser Modernisierungsprozess in einer Sackgasse enden könnte. So schwand mit den ökologischen Leitbildern die sozialistische Fortschrittsgewissheit. Die optimistische Bejahung des technoökonomischen Entfaltungsprozesses wich einer kritischen, nüchternen Beurteilung, in der Risiken und Chancen der modernen Zivilisation gegeneinander abzuwägen waren.<sup>928</sup> Dadurch wurde einerseits vieles komplizierter, denn eine deterministische Vorwärtsstrategie war durch ein komplexeres Fortschrittsverständnis zu ersetzen. Andererseits eroberte sich die Linke politische Handlungsspielräume zurück, indem vermeintliche Sachzwänge aufgelöst wurden. Die Vergangenheit wurde hinterfragt, das Kommende war offen und gestaltbar. Wenn Wachstum

---

<sup>926</sup> Manuel Eisner, *Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses*, 2003, S. 77-80.

<sup>927</sup> Matthias Baer, *Des einen Freud*, 2008, S. 75.

<sup>928</sup> In einem Vorentwurf für ein neues SPS-Programm schrieb etwa eine Arbeitsgruppe zu Beginn der 1980er Jahre: „Entscheidend ist bei alledem, dass wir von einem neuen Fortschrittsbegriff ausgehen: Fortschritt ist nicht eine gesellschaftlich und politisch blinde Vervollkommnung bestehender Wissenschaft und Technik [...], sondern Fortschritt ist nur, was der Verbesserung der Lebensqualität und der Emanzipation des Einzelnen und des Volkes dient.“ SPS (Hg.), *Programmrevision*, 1981, S. 70.

und Technologie keine unhinterfragbaren und unbeeinflussbaren Faktoren mehr waren, konnte über wünschenswerte Zukunftsszenarien diskutiert werden, ohne den Modernisierungsprozess bedingungslos weitertreiben zu müssen.

SPS und PdAS lösten sich in den 1970er und 1980er Jahren also von der Idee grenzenloser Machbarkeit und gingen zu mechanistischen Wachstumsmodellen auf Distanz. Trotz der Absage an die Atomtechnologie oder das Produktivitätscredo verwarf die traditionelle Linke aber weder den technologischen Innovations- noch den ökonomischen Entfaltungsprozess grundsätzlich. Dass das Ziel einer besseren, sozialistischen Gesellschaft nicht ohne Wachstum und Technologie zu erreichen sei, blieb im Grundsatz unbestritten. Trotz der ökologischen Problematiken vergass die Linke nicht, dass der materielle Wohlstand und soziale Errungenschaften auf der technoindustriellen Zivilisation beruhten. Deshalb wollten SPS und PdAS die Moderne weder aufhalten noch rückgängig machen: Aus ihren Reihen wollte niemand zu einem ‚technikbefreiten‘ Leben zurückkehren, weshalb die Utopie einer vorindustriellen, ‚natürlichen‘ Gesellschaft breit zurückgewiesen wurde. Die Ablehnung richtete sich also nicht gegen Ökonomie und Technologie an sich, sondern vor allem gegen die Art und Weise ihrer Nutzung bzw. deren unbeabsichtigte Folgen im Verhältnis von Mensch und Natur.

Anstatt das ‚Ende allen Fortschritts‘ zu verkünden, ging es für die traditionelle Linke vielmehr darum, die moderne Gesellschaft in sozial- und umweltverträgliche Bahnen zu lenken. Wachstum und Technologie sollten nicht verworfen oder behindert, sondern kanalisiert und auf ökologisch wünschenswerte Anwendungen hin ausgerichtet werden, um weiterhin zum gesellschaftlichen Fortkommen beizutragen. Diese Grundidee vertrat die PdAS mit dem Konzept des Ökosozialismus, sollten damit doch alle relevanten Entscheidungen dem gesellschaftlichen Willen unterworfen werden. In der SPS hingegen verloren ökosozialistische Deutungs- und Lösungsmuster im Verlauf der 1980er Jahre an Überzeugungskraft. Doch der Vorstellung, dass die „Sozialdemokratie als lenkende Kraft zur Beherrschung des Fortschritts“ zu wirken habe, blieb man treu.<sup>929</sup> So entwickelte eine Arbeitsgruppe im Juni 1986 ein Diskussionspapier, wonach es „die grundlegende Aufgabe der SP“ sei, „den wirtschaftlich-technologischen in einen gesellschaftlichen Fortschritt umzusetzen“.<sup>930</sup> Die „soziale und ökologische Steuerung des Fortschritts“ wurde von einem Mitverfasser sogar als „neue historische Aufgabe“ der SPS bezeichnet.<sup>931</sup>

---

<sup>929</sup> Rudolf H. Strahm, *Vom Wechseln der Räder*, 1986, S. 186.

<sup>930</sup> *Perspektiven der Sozialdemokratie* (Juni 1986), 1988, S. 165 (kursiv im Original).

<sup>931</sup> Hans Werder, *Dem Fortschritt eine neue Richtung weisen*, in: Hans Werder et al. (Hgg.), *Sozialdemokratie 2088*, 1988, S. 147-155, hier S. 154, S. 153.

Die Neuorientierung der traditionellen Linken angesichts der ökologischen Zäsur stellte indessen keine geradlinig verlaufende Entwicklung dar. Die Herausbildung eines neuen Fortschrittsverständnisses erwies sich vielmehr als ein spannungsgeladener Kommunikationsprozess, der von Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen geprägt war.<sup>932</sup> In den parteiinternen Konflikten prallten AKW-Gegner und Technokraten, Umweltbesorgte und Wachstumsbefürworter aufeinander und stellten damit SPS und PdAS vor eine Zerreißprobe.

In der Sozialdemokratie drängten jene am ungeduldigsten auf eine ökologische Neuausrichtung, die auf ihrem ‚Marsch durch die Institutionen‘ in der SPS gelandet waren.<sup>933</sup> Dieser Zulauf eines Teils der 68er-Bewegung hat die Partei offenkundig verändert. Zum einen ging damit die Wiederbelebung utopischer Ideale einher.<sup>934</sup> Zum anderen wollte die junge SP-Linke erstarrte Denkmuster auch aus einer ökologischen Perspektive aufbrechen. So brachten diese Gegner der materiellen ‚Überflusgesellschaft‘ mit dem Kampf gegen die Citybildung, die Landschaftsbetonierung oder die Atomenergie ungewöhnliche Impulse ein. Teile der 68er-Bewegung wirkten also nicht nur über die Organisationen der Neuen Linken, sondern auch innerhalb der SPS als eine Art ‚ökologischer Katalysator‘.

Dass die Leitbilder der Nachkriegsjahre plötzlich als Irrtümer gelten sollten, konnten manche Genossen nicht akzeptieren. Besonders der gewerkschaftlich orientierte SPS-Flügel brachte für die postmaterialistischen Ansätze kein Verständnis auf. Dieses Lager blieb einer quantitativen Wachstumsideologie treu und wollte sich auch von der Atomenergie nicht verabschieden. So gerieten die Interdependenzen zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozess und der Entwicklung der Produktivkräfte zur zentralen Streitfrage zwischen der jungen SP-Linken und der gewerkschaftsnahen Parteirechten. Die Konflikte spitzten sich Ende der 1970er Jahre zu, als die SPS gegen den Willen der parteiinternen AKW-Befürworter die Atomschutzinitiative unterstützte. Ebenfalls war die Revision des Parteiprogramms beschlossen worden, um auf die ökologische Krise reagieren zu können. Der Gewerkschaftsflügel fühlte sich darob in die Ecke gedrängt und fürchtete um die Grundlage des

---

<sup>932</sup> Anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums meinte etwa der SPS-Präsident, der „Umdenkungsprozess“ sei „partiell intern nicht automatisch [...] möglich geworden, sondern hat Wunden und Spuren hinterlassen“. Gleichwohl habe die Partei mit der Wende zu einer umweltverträglichen Politik „eine gewaltige intellektuelle und politische Leistung vollbracht“. Helmut Hubacher, Nachwort und Ausblick, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, 1988, S. 400-403, hier S. 403.

<sup>933</sup> Teile der sozialdemokratischen Linksopposition formierten sich ab Mitte der 1970er Jahre in losen Zusammenschlüssen wie der ‚Gruppe Schiff‘, der ‚Groupe d’ Yverdon‘ oder dem ‚Palmhof‘. Vgl. dazu Jakob Tanner, Felix Müller, Groupe d’Yverdon – ein Katalysator, in: Profil/Rote Revue, Nr. 5, 1981, S. 4-5; 10 Jahre Neue Linke, in: Profil/Rote Revue, Nr. 5, 1984, 1-3.

von ihm verteidigten Akkumulationsmodells. Auf nationaler Ebene konnte die Parteispaltung abgewendet werden, doch in einigen Kantonen machte sich der rechte Parteiflügel selbständig. 1982 setzte sich in Basel-Stadt die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) ab, worauf es in Graubünden (1987) und im Kanton Freiburg (1989) zu weiteren DSP-Abspaltungen kam.<sup>935</sup> In der SPS wurde dadurch die ökologisch orientierte Parteilinke gestärkt, so dass im Parteiprogramm von 1982 ein differenzierteres Fortschrittsverständnis verankert werden konnte. Die kommunistische Parteiführung versuchte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die konfliktträchtigen Umweltdiskurse zu unterdrücken. Selbst in den eigenen Reihen kamen keine Debatten in Gang, sodass die PdAS ihre ‚alte‘ Atompolitik unangetastet liess, während die Widersprüche ökosozialistischer Positionen nicht ausgeräumt werden konnten. Die Wende, welche die Partei dann Ende der 1970er Jahre vollzog, kam abrupt und unvermittelt. Der Widerstand gegen das Atomprogramm und die Abstriche am quantitativen Wachstumsverständnis schienen eher taktischem Kalkül geschuldet als Ergebnis von Lernprozessen zu sein. Trotzdem hatte die PdAS eigene Tabus gebrochen. Die parteiinternen Auseinandersetzungen konnten somit nicht länger unter dem Deckel gehalten werden: Manchen schritt die Annäherung an den Umweltdiskurs nicht rasch genug voran, weswegen sie die Partei enttäuscht verliessen.<sup>936</sup> Orthodoxen Kräften hingegen ging die Öffnung zu den gesellschaftskritischen Bewegungen zu weit, weshalb 1988 in Basel-Stadt einige ‚Erneuerer‘ ausgemustert wurden. Das wiederum wollte das PdAS-Zentralkomitee nicht hinnehmen, so dass die Basler Kantonalsektion im Herbst des gleichen Jahres in corpore ausgeschlossen wurde.<sup>937</sup> Nun ging es bei all diesen Kontroversen, Austritten und Ausschlüssen nicht allein um die Frage des Umweltschutzes. Trotzdem zeigen die Dispute, wie schwer sich die PdAS mit der ökologischen Umorientierung tat. Nach aussen bekundete die Partei zwar ab Ende der 1970er Jahre ein neues Fortschrittsverständnis. Intern aber blieben die Atomenergie oder die Wachstumsfrage umstritten.

---

<sup>934</sup> Schon am SPS-Parteitag von 1970 liess eine ‚Gruppe sozialistische Politik‘ verlesen: „Grossvaters Sozialdemokratie ist tot. Es lebe der Sozialismus!“ Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitages vom 27./28. Juni 1970 im Kongresshaus Biel, Schaffhausen 1970, S. 181, SOZARCH Ar 1.116.17.

<sup>935</sup> Landesweit vermochten sich die Abweichler indessen nie zu formieren, weshalb im Jahr 2009 die letzte Kantonalpartei aufgelöst wurde. Vgl. dazu NZZ, 18.3.2009.

Zur Abspaltung in Basel-Stadt siehe Gerhard Schmid, Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt – Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26, S. 89-105.

<sup>936</sup> Im Juli 1983 etwa trennten sich rund 20 Aktivisten von der PdA Zürich, weil die Partei im Dilemma von „Ökonomie und Ökologie“ keine Auswege entwickeln könne. Austrittsreiben vom 12. Juli 1983, auszugsweise wiedergegeben in: Vorwärts, 4.8.1983.

Zu den internen Konflikten und Parteiaustritten während der 1980er Jahre vgl. André Rauber, Formierter Widerstand, 2003, S. 650, S. 659-664.

Aufgrund all dieser Widersprüche waren die 1980er Jahre für die PdAS eine äusserst schwierige Zeit. Ein Wahldebakel folgte dem nächsten, und der Partei drohte der Absturz in die Bedeutungslosigkeit. Die Kommunisten hatten neben der ökologischen Fortschrittskritik auch andere gesellschaftliche Umbrüche verpasst, was sie mit einer schweren Krise büssten.<sup>938</sup> Anders als die wandlungsfähigen Organisationen der Neuen Linken gingen die Kommunisten aber nicht in der Umweltbewegung auf, sondern konnten ihre, wenn auch marginale, Eigenständigkeit bewahren.

Wenn auch etwa hinsichtlich der PdAS unter gewissen Vorbehalten, so kann doch festgehalten werden, dass die Linksparteien den Umweltdiskurs aufgriffen. Lange hatte sich die Linke den destruktiven Folgen der Moderne insofern verschlossen, als sie sich im Namen des gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozesses die weitere Entfaltung der Industriegesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Im Zuge der ‚1970er Diagnose‘ aber verlangten neue Fragen nach neuen Antworten. Bereits 1975 meinte der damals in Zürich lehrende Philosoph Hermann Lübke zur Linken, aus „Apologeten des Fortschritts“ würden „Kritiker einer Zivilisation der Fortschrittsnebenfolgen“.<sup>939</sup> Während der ökologische Problemkomplex in das Blickfeld der Linksparteien geriet, gruppieren sich die in Umweltfragen engagierten Kräfte um. Heute werden Umweltfragen und postmaterialistische Werte gemeinhin mit linken Anliegen identifiziert: Die Linke bezeichnet sich als ökologisch, und die Grünen positionieren sich mehrheitlich links. Es waren also die Linken, welche ab den 1970er Jahren das moderne Umweltbewusstsein politisch zu prägen begannen.<sup>940</sup> Eine ökologische Problemwahrnehmung – so die hier vertretene These – bildete dabei die Voraussetzung dafür, dass sich der Schutz der natürlichen Umwelt von einem bürgerlich-konservativen Anliegen zu einer linken Domäne entwickeln konnte. Der traditionelle Naturschutz wollte das Erbe der Vergangenheit und die

---

<sup>937</sup> Vorwärts, 22.9.1988; Vorwärts, 13.10.1988.

<sup>938</sup> Das Politbüro selbst sah 1987 den wichtigsten Krisengrund darin, „dass wir zu lange die tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft und die sich stellenden neuen Probleme nicht gesehen haben, dass wir die traditionellen Forderungen bevorzugten und nicht früher das Gewicht auf Forderungen wie den Umweltschutz, die Lebensqualität, die Wachstumsqualität legten.“ Bericht des Politischen Büros vom 1. März 1987 (Berichterstatter: Armand Magnin), in: PdAS (Hg.) Für eine Wirtschaft des Friedens, 1987, S. 41-52, hier 50.

<sup>939</sup> Hermann Lübke, Traditionsverlust und Fortschrittskrise. Sozialer Wandel als Orientierungsproblem, in: ders., Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart, Freiburg im Breisgau 1975, S. 32-56, hier S. 55.

<sup>940</sup> Zu Beginn der 1970er Jahre allerdings vermochte zunächst die radikale Rechte den Umweltdiskurs politisch zu besetzen. So schrieb beispielsweise der Politologe Erich Gruner, dass die entstehende Umweltbewegung in den Jahren 1970–1971 noch „ein blosses Anhängsel der Fremdarbeiterabwehr“ gewesen sei. Dazu beigetragen hatte besonders die Nationale Aktion, indem sie die Ausländer zu den Urhebern einer ökologisch verhängnisvollen ‚Überbevölkerung‘ erklärte. Die Koppelung von Ökologie, Demographie und Xenophobie hat die Zeit aber nicht überstanden, und der rechtsgerichtete Umweltdiskurs verlor an Bedeutung. Erich Gruner et al., Der Stimmbürger und die „neue“ Politik, 1983, S. 236.

---

schweizerischen Naturschönheiten konservieren, während der Umweltdiskurs darauf abzielte, die Zukunft des Planeten zu sichern. Erst mit dieser bedeutungsvollen Akzentverschiebung konnte der Schutz von Natur und Umwelt in den Radar der Linksparteien geraten. SPS, PdAS, POCH und RML nahmen die ökologische Zäsur zum Anlass, um vertraute Denk- und Orientierungsmuster zu revidieren, wobei die ursprünglich konservative Idee der Naturbewahrung früher oder später als ‚fortschrittlich‘ umgedeutet wurde.

Rund 40 Jahre nach der ökologischen Zäsur ist die Umweltfrage immer noch ungeklärt, und hinsichtlich ihrer Lösbarkeit ist ein gewisser Pessimismus bemerkbar. Fatalismus und Resignation sind aber keine zwingenden Konsequenzen. Immerhin hat diese Studie zur ökologischen Umorientierung der Linken gezeigt, dass kollektive Lernprozesse möglich sind.



## 7 Bibliografie

### 7.1 Quellen

#### 7.1.1 Ungedruckte Quellen

Partei der Arbeit der Schweiz: SOZARCH Ar 459

-Ar 459.17.1 – 459.17.2: Diverse Drucksachen

-Ar 459.21.14: Broschüren

Progressive Organisationen Basel: Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)

-Pa 933a G 4-1: Unterlagen zum Kampf gegen das AKW Kaiseraugst

-PA 933a G 5-1: Unterlagen zur Verkehrspolitik

-PA 933a G 6-1: Unterlagen zum Mietwesen und zur Wohnungspolitik

Progressive Organisationen Bern: SOZARCH Ar 66

-Ar 66.50.1 – 66.50.2: Informationen zur nationalen Struktur

-Ar 66.70.1 – 66.70.3: Diverse Broschüren und andere Drucksachen

Progressive Organisationen Zürich: SOZARCH Ar 56

-Ar 56.11.1 – 56.11.3: Parteigeschichtliches zu den POCH

-Ar 56.15.4 – 56.15.5: verschiedene Unterlagen zur Verkehrspolitik der POCH

-Ar 56.15.6: Unterlagen zur Atompolitik der POCH

-Ar 56.25.11: Unterlagen zur Entstehung der PSB/POB/POCH

-Ar 56.40.1 – 56.40.4: Schriftenreihen und Zeitungen der POCH

Revolutionäre Marxistische Liga: SOZARCH Ar 65

-Ar 65.10.1 – 65.10.4: Nationale Kongresse und Konferenzen

-Ar 65.12.4: Nationale Info-Bulletins

-Ar 65.13.7: Dokumentation Atomkraftwerke

-Ar 65.16.5 – 65.16.7: Publikationen der RML/SAP

Sozialdemokratische Partei der Schweiz: SOZARCH Ar 1

-Ar 1.116.15 – 1.116.28: Parteitagsprotokolle 1934 bis 1987

-Ar 1.250.14: Parteiprogramme und Programmentwürfe

-Ar 1.250.15 – 1.250.16: Programmrevision 1959

-Ar 1.250.17 – 1.250.19: Programmrevision 1982

-Ar 1.255.10 – 1.255.15: Broschüren und Drucksachen

-Ar 1.510.2: Konjunkturpolitik der Nachkriegszeit

-Ar 1.510.9: SPS-Wirtschaftskonzept 1976-1980

-Ar 1.520.4: Dossier Energiewirtschaft

-Ar 1.731.4: 100 Jahre SPS 1988

### 7.1.2 Gedruckte Quellen

#### *Bücher, Broschüren und andere Drucksachen*

- Angelopoulos, Angelos, Atomenergie und die Welt von morgen, Göttingen 1956 (Original: L'atom unira-t-il le monde?, Paris 1956).
- Bringolf, Walther, Die Sozialdemokratie: Gestern, heute, morgen. Referat, gehalten am SPS-Parteitag in Winterthur vom 27./28. Juni 1959, 1959.
- Carson, Rachel Louis, Der stumme Frühling, München 1962 (Original: Silent spring, Boston 1962).
- Commoner, Barry, Wachstumswahn und Umweltkrise, München 1972 (Original: The Closing Circle, New York 1971).
- Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz [von 1904], ohne Angabe von Jahr und Ort.
- Demoll, Reinhard, Ketten für Prometheus: Gegen die Natur oder mit ihr? München 1954.
- Dubos, Réne, Der entfesselte Fortschritt. Programm für eine menschliche Welt, Bergisch-Gladbach 1970 (Original: So Human an Animal, New York 1968).
- Egli, Emil, Natur in Not – Gefahren in der Zivilisationslandschaft, Bern 1970.
- Ehrlich, Paul R., Die Bevölkerungsbombe, München 1971 (Original: The Population Bomb, New York 1968).
- Ehrlich, Paul R., Ehrlich, Anne H., Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Die Ökologie des Menschen, Frankfurt am Main 1972.
- Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption, Das schweizerische Energiekonzept, Schlussbericht, Bern 1978.
- Engels, Friedrich, Anti-Dühring, MEW 20.
- Engels, Friedrich, Brief an Danielson, Nikolai Franzewitsch (vom 18.6.1892), MEW 38, S. 363-368.
- Enzensberger, Hans Magnus, Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch, 33, 1973, S. 1-42.
- Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Band 2, Berlin 1955.
- Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst, GAK (Hg.), Atomenergie-Argumentekatalog, Liestal 1974.
- Goldsmith, Edward et al., Planspiel zum Überleben. Ein Aktionsprogramm, Stuttgart 1972 (Original: A Blueprint for Survival, in: The Ecologist 2 [1972]).
- Gorz, André, Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise II, Reinbek bei Hamburg 1980. (Original: Ecologie et Liberté, Paris 1977).
- Gorz, André, Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise, Reinbek bei Hamburg 1977. (Original: Ecologie et Politique, Paris 1975).
- Graeub, Ralph, Die sanften Mörder: Atomkraftwerke – demaskiert, Rüslikon 1972.
- Harich, Wolfgang, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Reinbek bei Hamburg 1975.
- Il'in, Michail Jakovlevič, Naturgewalten und Menschenmacht, Basel 1945. Mit einem Vorwort von Maxim Gorki, illustriert von Hans Erni.
- Jäckel, Ernst, Tödlicher als die Bombe, München 1968.
- Jungk, Robert, Der Atomstaat: Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.
- Leibundgut, Hans (Hg.), Schutz unseres Lebensraumes: Symposium an der ETH in Zürich vom 10. bis 12. Nov. 1970 – Ansprachen und Vorträge, Frauenfeld 1971.

- 
- Mandel, Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968 (Original: *Traité d'économie marxiste*, Paris 1962).
  - Marx, Karl, Das Kapital I, MEW 23, S. 529.
  - Marx, Karl, Engels, Friedrich, Das Kommunistische Manifest (1848), MEW 4, S. 462-493.
  - Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW 19.
  - Marx, Karl, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, MEW 40 (Ergänzungsband 1).
  - Meadows, Dennis et al., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972 (Original: *The Limits to Growth*, New York 1972).
  - Mieter- und Planungsgruppe der POB/POCH (Hg.), Wohnen statt Profit. Materialien zur Wohnungsfrage, Basel 1981.
  - Müller, Jörg, Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder oder die Veränderung der Landschaft, Aarau 1973.
  - Müller, Jörg, Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn oder die Veränderung der Stadt, Aarau 1976.
  - PdAS (Hg.), Für eine Wirtschaft des Friedens. 13. Parteitag der PdAS: Genf, 1. März 1987, Genf 1987.
  - PdAS (Hg.), Ökologie und Sozialismus. Ökologische Grundsatzfragen, 1983.
  - PdAS (Hg.), Die Partei der Arbeit der Schweiz. Was sie ist – was sie will. Programm der PdAS, verabschiedet durch den siebten Parteitag, 16.–18. Mai 1959.
  - PdAS (Hg.), Keine Zukunft ohne Vergangenheit. 60 Jahre Partei der Arbeit, Genf 2004.
  - PdAS (Hg.), Nach zwanzig Jahren. Die Entwicklung der Partei der Arbeit 1944–1964, Genf 1964.
  - PdAS (Hg.), ohne Titel, Zürich 1971.
  - PdAS (Hg.), *Vivre mieux et autrement*. Programme d'action politique du Parti suisse du Travail, adopté par une conférence nationale du Parti tenue les 26 et 27 mai 1979 à Regensdorf, Genève 1979.
  - PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit der Schweiz? 59 Thesen zu ihrer Politik, Zürich 1971.
  - PdAS (Hg.), Was will die Partei der Arbeit?, Zürich 1945.
  - PdAS, Für eine neue Schweiz – dem Sozialismus entgegen! 10. Parteitag der Arbeit der Schweiz, 1.–3. Juni 1974, Zürich 1974.
  - Perspektiven der Sozialdemokratie (Juni 1986), in: Werder, Hans et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988, S. 163-181.
  - POCH, Delegiertenversammlung der POCH ,75, Zürich 1975.
  - POCH, Für eine revolutionäre Generallinie. Materialien zur Diskussion der Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung, Zürich 1974.
  - Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, angenommen durch den Parteitag vom 27. und 28. Juni 1959 in Winterthur, Zürich 1959.
  - Ragaz, Leonhard, Die Bibel: Eine Deutung, Band 2, Zürich 1947.
  - Ritschard, Willi, Wieviel Energie braucht der Mensch?, Rede an der Hochschule St. Gallen vom 20.4.1977, in: Meyer, Frank A. (Hg.), Willi Ritschard. Bilder und Reden aus seiner Bundesratszeit, Zürich 1984, S. 85-94.
  - RML (Hg.), Frauenbefreiung und Kapitalismus. Artikel aus *inprecorr* und *bresche*, Zürich 1977.

- 
- RML (Hg.), Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau, Druckschrift der RML (ohne Orts- und Jahresangabe; vermutlich 1979), in: SOZARCH Ar 65.16.5.
  - RML (Hg.), 3. Kongress der RML, 1977.
  - RML (Hg.), Die kapitalistische Umweltzerstörung, Zürich 1976.
  - RML (Hg.), Indochine: La marche vers le pouvoir, Lausanne 1975.
  - RML (Hg.), Was will die RML?, Zürich 1979.
  - Schwab, Günther, Der Tanz mit dem Teufel, Hannover 1958.
  - Schweizerische Parteiprogramme, Bern 1983.
  - SP des Kantons Zürich, Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (Hgg.), Arbeit und Umwelt. Ein Konzept für eine ökologische Wirtschaftspolitik, Zürich 1988.
  - SP Maennedorf (Hg.), Atomkraftwerke oder friedlich in die Katastrophe, 1974.
  - SPS (Hg.), Konzept für eine neue Energiepolitik, 1977.
  - SPS (Hg.), Wirtschaftskonzept und Selbstverwaltung, Bern 1980.
  - SPS (Hg.), Geschäftsbericht 1984/1985, Schaffhausen 1986.
  - SPS (Hg.), Helvetischer Faktenordner. Tatsachen und Argumente, Olten 1983.
  - SPS (Hg.), Manifest 1971, 1971.
  - SPS (Hg.), Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1979–1983, Bern 1979.
  - SPS (Hg.), Probleme des modernen Sozialismus: Beiträge zur Programmrevision der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, St. Gallen 1959.
  - SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Angenommen durch den Parteitag vom 10./12. Dezember 1920 in Bern), Bern 1920.
  - SPS (Hg.), Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, verabschiedet vom ordentlichen Parteitag vom 12. bis 14. November 1982 in Lugano, Bern 1983.
  - SPS (Hg.), Programmentwurf 1982, Bern 1982.
  - SPS (Hg.), Programmrevision: Ein Programm-Vorentwurf und Materialien für die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Bern 1981.
  - SPS (Hg.), Regierungsbeteiligung der SP. Unterlagen für eine Arbeitstagung der SPS vom 15.9.1979, 1979.
  - SPS (Hg.), Wirtschaft und Umwelt. Sozialdemokratische Vorschläge für einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Schriftenreihe ‚Fakten und Argumente‘, Nr. 3, Juli 1991.
  - Taylor, Gordon Rattray, Das Selbstmordprogramm. Zukunft oder Untergang der Menschheit?, Frankfurt am Main 1970 (Original: The Doomsday Book, London 1970).
  - von Tillier, Johann Anton, Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des sogheissen Fortschrittes: Von dem Jahre 1830 bis zur Einführung der neuen Bundesverfassung im Herbste 1848, Bern 1854–1855 (3 Bände).
  - von Walterskirchen, Martin .P. et al., (Hgg.), Umweltpolitik in Europa. Referate und Seminarergebnisse des 2. Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St.Gallen vom 31. Okt.–2. Nov. 1972, Frauenfeld und Stuttgart 1973.
  - von Walterskirchen, Martin .P., Umweltschutz und Wirtschaftswachstum. 1. Symposium für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen, vom 19.–21. Okt. 1971, Frauenfeld und Stuttgart 1972.
  - Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Ausserordentlichen Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Köln 1959.

-Walter, Otto F., Wie wird Beton zu Gras, Reinbek bei Hamburg 1979.

-Wells, Herbert Georg, Befreite Welt, Wien 1985 (Original: The World Set Free, London 1914).

-Widener, Don, Kein Platz für Menschen. Der programmierte Selbstmord, Stuttgart 1971 (Original: Timetable for disaster, Los Angeles 1970).

-Woker, Gertrud, Atomic energy and alternative sources of power, Genf 1957.

#### *Quelleneditionen*

-Favez, Jean-Claude, Mysyrowicz, Ladislas, Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile, 4 Bände, Lausanne 1987.

-Annexe 1: Suite historique 1945–1975.

-Annexe 2: Textes à l'appui 1945–1946.

-Annexe 3: Textes à l'appui 1947–1966.

-Annexe 4: Textes à l'appui 1971–1980.

#### *Zeitungen und Zeitschriften*

-Berner Tagwacht. Organ der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern.

-Der Spiegel.

-Bresche. Magazin der RML/SAP.

-IPZ-Information.

-La Brèche. Organe de la Ligue marxiste révolutionnaire.

-La Nation.

-National-Zeitung.

-Neue Zürcher Zeitung (NZZ).

-Panda. Magazin des WWF Schweiz.

-POCH-Zeitung.

-Positionen. Politisches Magazin, herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der POCH.

-Rote Revue. Sozialistische Monatsschrift (ab 1967 Profil: Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur; ab 1980 Profil/Rote Revue: Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur).

-Tages-Anzeiger.

-Technische Rundschau.

-Voix ouvrière. Organe du Parti Suisse du Travail (ab 1986 VO Réalités).

-Volksrecht. Sozialdemokratisches Tagblatt.

-Vorwärts. Organ der Partei der Arbeit der Schweiz.

-z.B. Kaiseraugst. Zeitschrift der GAGAK.

-Zürcher AZ. Tageszeitung für Stadt und Kanton Zürich.

-Zürichsee-Zeitung.

#### *Amtliche Publikationen*

-Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat (Sten. Bull. NR).

-Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, Ständerat (Sten. Bull. SR).

-Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BBl).

*Jahrbücher*

-Année politique Suisse/Schweizerische Politik im Jahre..., Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der Schweizerischen Politik an der Universität Bern (Hg.), Bern.

-Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Bern.

## 7.2 Darstellungen

-Ackermann, Michael, Konzepte und Entscheidungen in der Planung der schweizerischen Nationalstrassen von 1927 bis 1961, Bern 1992.

-Aemmer, Fritz, Küffer, Kurt, Beznau: Der erste Druckwasserreaktor, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, S. 163-177.

-Altermatt, Urs (Hg.), Die Schweizer Bundesräte: ein biographisches Lexikon, Zürich 1992.

-Altermatt, Urs et al., Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik, 1965–1990, Basel 1994, S. 62-94.

-Aubert, Jean-François, So funktioniert die Schweiz: Dargestellt anhand einiger konkreter Beispiele, Bern 1980.

-Bachmann, Stefan, Öko-Aussteiger: Harte Landung auf dem Boden der Realität, in: Beobachter Natur, Nr. 18, 2009.

-Bachmann, Stefan, Zwischen Patriotismus und Wissenschaft. Die schweizerischen Naturschutzpioniere (1900–1938), Zürich 1999.

-Baer, Matthias, Des einen Freud, des anderen Leid. Die gegenläufigen Konjunkturen von Grünen und SP, in: Seitz, Werner und Baer, Matthias (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 73-88.

-Beck, Ulrich, Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt am Main 1988.

-Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.

-Bergier, Jean-François, Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1990.

-Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vom 22. November 1989, Bern 1989.

-Bieler, Peter, Albert Steck 1843–1899; Der Begründer der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Olten 1960.

-Binswanger, Hans Christoph et al. (Hgg.), Der Nawu-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt am Main 1978.

-Binswanger, Hans Christoph, Wirtschaft und Umwelt. Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1981.

-Binswanger, Hans Christoph, Wirtschaftliches Wachstum – Fortschritt oder Raubbau? (Antrittsvorlesung an der Hochschule St. Gallen 1969), in: ders., Geld und Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Stuttgart und Wien 1991.

-Bittner, Stefan, Höhenflüge im Underground: Die Bärglütli und ihre Sommer-Camps 1971–1973: ein Schweizer Hippi-Dropout-Phänomen als Ausdrucksform des ‚romantischen Komplexes‘, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2006.

-Blanc, Jean-Daniel, Luchsinger, Christine (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994.

- 
- Blum, Roger, Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26, S. 119-150.
- Boillat, Valérie, Degen, Bernard et al. (Hgg.), Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006.
- Boller, Hans, Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz, Zürich 1976.
- Boos, Susanne, Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft, Zürich 1999.
- Brechtbühl, Roland, „Kleine und saubere Atomwaffen“. Die öffentliche Diskussion zur Atomwaffenfrage in der Schweiz 1958–1963, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2003.
- Brechtbühl, Ursula, Rey, Lucienne, Natur als kulturelle Leistung. Zur Entstehung des modernen Umweltdiskurses in der Schweiz, Zürich 1998.
- Brüggemeier, Franz-Josef, Rommelspacher, Thomas (Hgg.), Besiegte Natur: Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1987.
- Brüggemeier, Franz-Josef, Tschernobyl, 26. April 1986: Die ökologische Herausforderung, 20 Tage im 20. Jahrhundert, München 1998.
- Brunold, Martin, Der Silberling. Bericht eines Polizeifotografen, Wald 1987.
- Büchel, Katrin, Umweltschutz: Perzeption und Reaktion in der schweizerischen Politik (1950–1986), Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1988.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Hg.), Katastrophen und Notlagen in der Schweiz: Eine Risikobeurteilung aus der Sicht des Bevölkerungsschutzes, Bern 1995.
- Burckhardt, Dieter, Die Wiege des Naturschutzes stand in Basel – Streiflichter auf Entstehung und Entwicklung des Naturschutzes in der Schweiz, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel, 102 (1), Basel 1992, S. 3-45.
- Coty, Gilbert-François, Die umstrittenen Erben. Longo mai und die europäischen Medien, Giessen 1983.
- Challand, Benoît, La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969–1980), Fribourg 2000.
- Chopard, Théo (Hg.), Lebensqualität – Qualité de la vie – La qualità della vita. Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Bern 1975.
- Clalüna, Flurin, Von der Generallinie zum Grünen Bogen: Aufstieg, Wandel und Fall der progressiven Organisationen der Schweiz (Poch); unter besonderer Berücksichtigung der Poch Zürich, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 2000.
- Dahinden, Martin (Hg.), Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987.
- Degen, Bernard, „Von ‚Ausbeutern‘ und ‚Scharfmachern‘ zu ‚Sozialpartnern‘, in: Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.), Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, Zürich 1991, S. 231-270.
- Degen, Bernard, Der Arbeitsfrieden zwischen Mythos und Realität, in: Baumann, Hans et al., Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Zürich 1987, S. 11-30 (Widerspruch-Sonderband).
- Degen, Bernard, Die Anfänge der Arbeiterbewegung, in: Boillat, Valérie, Degen, Bernard et al. (Hgg.), Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006, S. 17-57.
- Degen, Bernard, Hochkonjunktur und Kalter Krieg, in: Boillat, Valérie, Degen, Bernard et al. (Hgg.), Vom Wert der Arbeit, Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006, S. 229-275.
- Degen, Bernard, Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Zürich 1993.

- 
- Degen, Bernard, Zwischen Opposition und Bundesratsbeteiligung, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 370-397.
- Eisinger, Angelus, ‚Trockene Realitätspolitik‘ – die Wirtschaftspolitik des SMUV in den 50er und 60er Jahren zwischen Sozialpartnerschaft, Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt, in: Rote Revue, Nr. 1, 1999, S. 39-42.
- Eisinger, Angelus, „Die dynamische Kraft des Fortschritts“. Gewerkschaftliche Politik zwischen Friedensabkommen, sozioökonomischem Wandel und technischem Fortschritt. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) 1952–1985, Zürich 1996.
- Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003
- Eisner, Manuel, „Wenn Fische und Bäche stimmen könnten...“. Die Gewässerschutzdiskussion von 1958 bis 1972, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 92-124.
- Eisner, Manuel, Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 46-80.
- Eisner, Manuel, Einleitung, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 11-22.
- Eisner, Manuel, Moser, Peter, Vielfalt und Einheit von Umwelt- und Risikoproblemen: Schlussfolgerungen, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 241-256.
- Engeler, Urs Paul, Grosser Bruder Schweiz: Wie aus wilden Demokraten überwachte Bürger wurden. Die Geschichte der politischen Polizei, Zürich 1990.
- Epple, Rudolf, Schweiz – atomare Präzision, in: Mez, Lutz (Hg.), Der Atomkonflikt, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 260-283.
- Epple, Ruedi, Die schweizerische Friedensbewegung: Alte Wurzeln – Neue Blüten, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26, S. 193-210.
- Epple-Gass, Rudolf, Zur Friedensbewegung in den 50er Jahren, in: Blanc, Jean-Daniel, Luchsinger, Christine (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 147-156.
- Ernst, Urs, Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz: Stand und Entwicklung der persönlichen Einkommens- und Vermögensverteilung, Diessenhofen 1983.
- Fagagnini, Hans Peter, Die Parteien vor dem Problem des Umweltschutzes, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 21, Bern 1981, S. 79-98.
- Favez, Jean-Claude, Le nucléaire et la culture politique Suisse, in: Favez, Jean-Claude, Mysyrowicz, Ladislav, Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile [sommaire], Lausanne 1987, S. 109-178.
- Favez, Jean-Claude, Mysyrowicz, Ladislav, Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile [sommaire], Lausanne 1987.
- Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main 1973 (Original: L'archéologie du savoir, Paris 1969).
- Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970, Frankfurt am Main 1991.
- Frei, Annette, Zwischen Traum und Tradition. Frauenemanzipation und Frauenbild bei den Sozialdemokratinnen 1920–1980, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 256-285.



- 
- Frey, Bruno S., Umweltökonomie, Göttingen 1972.
  - Frey, René et al., Energie, Umweltschäden und Umweltschutz in der Schweiz, Chur 1991.
  - Frischknecht, Jürg et al., Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz: Ein aktuelles Handbuch, Zürich 1979.
  - Fritsch, Bruno, Mensch, Umwelt, Wissen: Evolutionsgeschichtliche Aspekte des Umweltproblems, Zürich 1993.
  - Füglister, Stefan (Hg.), Darum werden wir Kaiseraugst verhindern. Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW, Zürich 1984.
  - Furrer, Markus, Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren, Zürich 1992.
  - Gärtner, Edgar, Arbeiterbewegung und Ökologie, in: Konrad, Helmut, Andersen, Arne im Auftrag d. Internat. Tagung d. Historiker der Arbeiterbewegung, (Hgg.), Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung, Wien 1990, S. 33-44.
  - Gass, Stephan, Die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (1870–1890), in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 91-112.
  - Gautschi, Willi, Der Landesstreik 1918, Zürich 1988.
  - Geden, Oliver, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996.
  - Giger, Andreas, Umweltorganisation und Umweltpolitik, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Band 21, Bern 1981, S. 49-78.
  - Gilcher-Holtey, Ingrid, Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001.
  - Gilcher-Holtey, Ingrid, Kritische Theorie und Neue Linke, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 168-187.
  - Gilg, Peter, Jungendliches Drängen in der schweizerischen Politik: Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation, Bern 1974.
  - Giugni, Marco, Passy, Florence, Zwischen Konflikt und Kooperation: Die Integration sozialer Bewegungen in der Schweiz, Chur 1999.
  - Graf, Beatriz, Longo mai – Revolte und Utopie nach '68: Gesellschaftskritik und selbstverwaltetes Leben in den Europäischen Kooperativen, Egg 2005.
  - Graf, Nicole, Das Zeitalter der subatomaren Energie? Die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 125-151.
  - Gruner, Erich (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Band 1: Demographische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen, Zürich 1987.
  - Gruner, Erich (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Band 2: Gewerkschaften und Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt, Zürich 1988.
  - Gruner, Erich (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Band 3: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur, Zürich 1988.
  - Gruner, Erich et al., Der Stimmbürger und die „neue“ Politik: Wie reagiert die Politik auf die Beschleunigung der Zeitgeschichte?, Bern 1983.
  - Gruner, Erich, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968.
  - Gruner, Erich, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969.

- Gschwend, Hanspeter, Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26, S. 242-256.
- Gugerli, David (Hg.), Allmächtige Zauberin unserer Zeit: Zur Geschichte der elektrischen Energie in der Schweiz, Zürich 1994.
- Gül, Leyla, „Soziale Sicherheit ohne gesicherte Umweltqualität ist eine Pflanze ohne Erde.“ Die Atomenergiepolitik der sozialdemokratischen Parteien Aargau und Baselland zwischen 1969 und 1986, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2002.
- Gül, Leyla, Einstieg in den Ausstieg. Ein Rückblick auf die Atomenergiepolitik der SP Schweiz von den 1950er Jahren bis Tschernobyl, in: Rote Revue 2/2006, S. 7-11.
- Gutknecht, Bernard, Proteste gegen den Nationalstrassenbau 1957–1990. Von punktueller Opposition zu grundsätzlichem Widerstand, in: Altermatt, Urs et al., Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik, 1965 – 1990, Basel 1994, S. 62-94.
- Hablützel, Peter, Politische Steuerung durch den Staat, in: Werder, Hans et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988, S. 131-134.
- Haefeli, Ueli, Der lange Weg zum Umweltschutzgesetz. Die Antwort des politischen Systems auf das neue gesellschaftliche Leitbild „Umweltschutz“, in: König, Mario et al. (Hgg.), Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Schweiz 1798–1998, Band 3, Zürich 1998, S. 241-249.
- Harmsen, Ger, Sozialismus, Natur, Umwelt, in: Konrad, Helmut, Andersen, Arne im Auftrag d. Internat. Tagung d. Historiker der Arbeiterbewegung, (Hgg.), Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung, Wien 1990, S. 88-104.
- Häsler, Alfred, Das Ende der Revolte: Aufbruch der Jugend 1968 und die Jahre danach, Zürich 1976.
- Häsler, Alfred, Der Aufstand der Söhne. Die Schweiz und ihre Unruhigen, Zürich 1969.
- Haslinger, Peter, Diskurs, Sprache, Zeit, Identität. Ein Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Themenheft ‚Das Ge- rede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte‘, Band 4, Innsbruck 2005, S. 33-59.
- Hauser, Albert, Der Maschinensturm von Uster, in: Zürcher Taschenbuch, 1957, S. 107-116.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Die Vernunft in der Geschichte, herausgegeben von Hoffmeister, Johannes, Hamburg 1955.
- Heiniger, Markus, Die schweizerische Antiatombewegung 1958–1963: Eine Analyse der politischen Kultur, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1980.
- Hermand, Jost, Grüne Utopien in Deutschland, Frankfurt am Main 1991.
- Hirsch, Fred, Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Reinbek bei Hamburg 1980.
- Hirter, Hans, Die Streiks in der Schweiz 1880–1914: Quantitative Streikanalyse, in: Gruner, Erich (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914: Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik, Band 2, Zürich 1988, S. 837-1008.
- Historisches Lexikon der Schweiz (HLS): Diverse Beiträge.
- Hochstrasser, Urs, Politik und Gesetzgebung, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, S. 59-69.
- Hofbauer, Hannes, Der ökologische Harich, in: Prokop, Siegfried (Hg.), Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich, Berlin 1996, S. 42-52.

- 
- Holenweger, Toni (Hg.), *Inseln der Zukunft? Selbstverwaltung in der Schweiz*, Zürich 1979.
- Holzinger, Hans, Robert Jungk: *Der Atomstaat – eine Einführung*. URL: <http://www.jungk-bibliothek.at/atomstaat.htm> (Der Text basiert auf einem Vortrag Holzingers am 30.4.2009 in Paris).
- Hubacher, Helmut, *Nachwort und Ausblick*, in: *Solidarität, Widerspruch, Bewegung*, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 400-403.
- Huber, Gerhard, *Der Fortschrittsgedanke in Philosophie und Geistesgeschichte*, in: Svilar, Maja (Hg.), *Was ist Fortschritt?*, Bern 1979, S. 9-25.
- Hug, Peter, *Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft: Das vergebliche Werben der Schweizer Reaktorbauer um die Gunst der Elektrizitätswirtschaft*, in: Gugerli, David (Hg.), *Allmächtige Zauberin unserer Zeit: Zur Geschichte der elektrischen Energie in der Schweiz*, Zürich 1994, S. 167-184.
- Hünemörder, Kai F., *Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre*, in: Uekötter, Frank, Hohensee, Jens (Hgg.), *Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Öko-Alarme*, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft (HMRG), 57, Stuttgart 2004, S. 78-97.
- Hürlimann, Jacques, *SPS und militärische Landesverteidigung 1946-1966*, Zürich 1985.
- Im Hof, Ulrich, *Mythos Schweiz: Identität, Nation, Geschichte, 1291–1991*, Zürich 1991.
- Inglehart, Ronald, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a.M. 1989.
- Jäggi, Simon, *Vorhut ohne Rückhalt. Integrationsprozess der RML/SAP (1969–1987)*, Lizentiatsarbeit an der Universität Fribourg, 2007.
- Jeanneret, Pierre, *Die Spaltung von 1939 in der welschen Schweiz*, in: *Solidarität, Widerspruch, Bewegung*, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 288-324.
- Jeanneret, Pierre, *Popistes: Histoire du Parti Ouvrier et Populaire Vaudois 1943–2001*, Lausanne 2002.
- Jung, Matthias, *Öffentlichkeit und Sprachwandel: Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie*, Opladen 1994.
- Kammann, Georg, *Mit Autobahnen die Städte retten? Städtebauliche Ideen der Expressstrassen-Planung in der Schweiz 1954–1964*, Zürich 1990.
- Keller, Reiner, *Wissen oder Sprache? Für eine wissensanalytische Profilierung der Diskursforschung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Themenheft ‚Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte‘*, Band 4, Innsbruck 2005, S. 11-32.
- Kellner, Manuel, *Trotzkismus: Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart 2004.
- Kleinewefers, Henner, *Inflation und Inflationsbekämpfung in der Schweiz*, Frauenfeld 1976.
- König, Mario et al. (Hgg.), *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Schweiz 1798–1998*, Band 3, Zürich 1998.
- König, Mario, *Vertrag und Gesetz*, in: Boillat, Valérie, Degen, Bernard et al. (Hgg.), *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*, Zürich 2006, S. 220-225.
- Konrad, Helmut, Andersen, Arne im Auftrag d. Internat. Tagung d. Historiker der Arbeiterbewegung, (Hgg.), *Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung*, Wien 1990.
- Kreis, Georg et al. (Hgg.) *Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935–1990. Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates*, Bern 1993.

- 
- Kreis, Georg, Basel in den Jahren 1945–1970, in: Burckhardt, Lukas et al. (Hgg.), Das politische System Basel-Stadt, Basel 1984, S. 87-115, hier S. 114.
- Kreis, Georg, Die Universität Basel 1960–1985, Basel 1986.
- Kriesi, Hanspeter (Hg.), Bewegung in der Schweizer Politik, Frankfurt am Main 1985.
- Kriesi, Hanspeter et al. (Hgg.), Politische Aktivierung in der Schweiz: 1945–1978, Diessenhofen 1981.
- Kriesi, Hanspeter, AKW-Gegner in der Schweiz, Diessenhofen 1982.
- Kriesi, Hanspeter, Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge, Frankfurt 1984.
- Kupper, Patrick, „Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt!“ Die Auseinandersetzungen um die zivile Nutzung der Atomenergie, in: König, Mario et al. (Hgg.), Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Schweiz 1798–1998, Band 3, Zürich 1998, S. 227-239.
- Kupper, Patrick, „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer“. Zur Geschichte der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972, in: Uekötter, Frank, Hohensee, Jens (Hgg.), Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Öko-Alarme, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft (HMRG), 57, Stuttgart 2004, S. 98-111.
- Kupper, Patrick, Abschied vom Wachstum und Fortschritt: Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz (1960–1975), Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1998.
- Kupper, Patrick, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft: Die Geschichte des gescheiterten Atomkraftwerks Kaiseraugst, Zürich 2003.
- Kupper, Patrick, Die „1970er Diagnose“. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 325-348.
- Ladner, Andreas, Linksrutsch an der Basis. Die Mitglieder und Aktiven der Grünen, in: Seitz, Werner und Baer, Matthias (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 39-54.
- Ladner, Andreas, Switzerland: The “Green” and “alternative Parties”, in: Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), New Politics in Western Europe, London 1989, S. 155-165.
- Landwehr, Achim, Die Geschichte des Sagbaren: Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.
- Lang, Karl, Mattmüller, Markus et. al., 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 10-29.
- Leggewie, Claus, Das Leben des André Gorz zwischen Österreich, Frankreich und Deutschland, in: Leggewie, Claus, Krämer, Hans Leo (Hgg.), Wege ins Reich der Freiheit. André Gorz zum 65. Geburtstag, Berlin 1989, S. 12-35.
- Leimgruber, Walter, Fischer, Werner (Hgg.), Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz 1945, Zürich 1999.
- Levy, René, Duvanel, Laurent, Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Basel 1984.
- Linder, Wolf, Die fünfziger Jahre: Die Verarbeitung ökonomischer Modernisierung durch die politischen Institutionen der Schweiz, in: Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, S. 295-309.
- Löwy, Michael, Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, in: Utopie kreativ, Nr. 174, April 2005, S. 306-316.

- 
- Lübbe, Hermann, Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft. Über die moralische Verfassung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation, Berlin/Heidelberg 1990.
- Lübbe, Hermann, Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart, Freiburg im Breisgau 1975.
- Lübbe, Hermann, Traditionsverlust und Fortschrittskrise. Sozialer Wandel als Orientierungsproblem, in: ders., Fortschritt als Orientierungsproblem. Aufklärung in der Gegenwart, Freiburg im Breisgau 1975, S. 32-56.
- Luhmann, Niklas, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986.
- Lüscher, Otto, Die Schweizer Reaktorlinie, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, S. 115-131.
- Lüthy, Herbert, Geschichte und Fortschritt, in: Meyer, Rudolf W. (Hg.), Das Problem des Fortschritts – heute, Darmstadt 1969, S. 1-28.
- Mattmüller, Markus, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus: Eine Biographie, 2 Bände, Zollikon 1957–1968.
- Meier, Ruedi, Ökologisierung der Wirtschaft, in: Werder, Hans et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988, S. 135-145.
- Meyer, Rudolf W. (Hg.), Das Problem des Fortschrittes – heute, Darmstadt 1969.
- Moser, Christian, Neue politische Gruppierungen ziehen in die Parlamente ein, in: Stadlin, Paul (Hg.), Die Parlamente der schweizerischen Kantone, Zug 1990, S. 175-190.
- Moser, Peter, „Der Wald stirbt!“ – „Der Wald stirbt nicht. Das steht heute fest.“ Aufstieg und Niedergang des Waldsterbens 1983 bis 1990, in: Eisner, Manuel et al., Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz, Zürich 2003, S. 152-182.
- Müller, Felix, Tanner, Jakob, „...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft“. Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988, S. 326-367.
- Müller, Josef, Umweltveränderungen durch den Menschen, in: Kreeb, Karlheinz, Ökologie und menschliche Umwelt: Geschichte, Bedeutung, Zukunftsaspekte, Stuttgart/New York 1979, S. 8-67.
- Müller, Reto Patrick, Innere Sicherheit: Rechtliche und tatsächliche Entwicklungen im Bund seit 1848, Egg bei Einsiedeln 2009.
- Müller, Roland, Vom Umweltschutz zur Lebensqualität, in: Schweizer Rundschau, Nr. 74, Januar/Februar 1975, S. 8-17.
- Mysyrowicz, Ladislav, Aux origines de la problématique nucléaire, in: Favez, Jean-Claude, Mysyrowicz, Ladislav, Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile [sommaire], Lausanne 1987, S. 9-107.
- Niederer-Schmidli, Susanne, Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre. Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins Anfang der siebziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Basel, in: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel, 102 (1), 1992, S. 175-210.
- Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Themenheft ‚Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte‘, Band 4, Innsbruck 2005.

- 
- Pellaud, Bruno, Strom aus Wasser- und Kernkraft, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, S. 151-161.
- Peter, Nicole, Die Dritte Welt der schweizerischen Linken: Genese eines heterotopischen Ortes 1964–1968, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 2006/2007.
- Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995.
- Pfister, Christian et al., „Das 1950er Syndrom“: Zusammenfassung und Synthese, in: Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, S. 21-47.
- Pfister, Christian, Das „1950er-Syndrom“ – die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft, in: Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, S. 51-95.
- Pfister, Christian, Landschaftsveränderung und Identitätsverlust. Akzentverschiebungen in der Modernisierungskritik von der Jahrhundertwende bis um 1970, in: Traverse, 1997/2, S. 49-67.
- Pfister, Christian, Schuler, Anton, Historische Umweltforschung. Eine neue, fächerverbindende Aufgabe für Natur- und Sozialwissenschaft, in: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.), Geschichtsforschung in der Schweiz; Bilanz und Perspektiven 1991, Basel 1992, S. 169-187.
- Pfister, Christian, Umweltgeschichte. Interdisziplinärer Anspruch und gängige Forschungspraktiken, in: Di Giulio, Antonietta et al. (Hgg.) Allgemeine Ökologie. Innovationen in Wissenschaft und Gesellschaft, Bern 2007, S. 51-63.
- Pictet, Jean-Michel, Die Genfer Konferenz 1955, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, 47-57.
- Prokop, Siegfried (Hg.), Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich, Berlin 1996.
- Prokop, Siegfried, Wolfgang Harich – Leben und Werk, in: ders. (Hg.), Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich, Berlin 1996, S. 14-25.
- Radkau, Joachim, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Radkau, Joachim, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000.
- Rapp, Friedrich, Fortschritt. Entwicklung und Sinngehalt einer philosophischen Idee, Darmstadt 1992.
- Raschke, Joachim, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
- Raschke, Joachim, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt/Main 1985.
- Rauber, André, Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991, Freiburg 2003.
- Rausch, Heribert, Das Schweizerische Atomenergiericht, Zürich 1980.
- Rebeaud, Laurent, Die Grünen in der Schweiz, Bern 1987.
- Rechsteiner, Rudolf, Umweltschutz per Portemonnaie, Zürich 1990.
- Redboox Edition (Herausgeberin im Auftrag der SP Schweiz), Einig – aber nicht einheitlich. 125 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 2013.

- 
- Ribaux, Paul, Das Versuchsatomkraftwerk Lucens, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992, S. 133-149.
- Riedo, René, Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik von 1945–1970, Frankfurt am Main 1976.
- Rogger, Franziska, Der Doktorhut im Besenschrank. Das abenteuerliche Leben der ersten Studentinnen – am Beispiel der Universität Bern, Bern 1999, S. 178-198.
- Rogger, Franziska, Gertrud Woker (1878–1968), Kein Pazifismus ohne politische Gleichberechtigung der Frau, in: Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg.), Der Kampf um gleiche Rechte, Basel 2009, S. 304-309.
- Rohkrämer, Thomas, Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1933, Paderborn 1999.
- Rucht, Dieter, Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt 1994.
- Sarasin, Philipp, Die kommerzielle Nutzung der Atomenergie in der Schweiz. Ein historischer Abriss vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Besetzung in Kaiseraugst am 1. April 1975, in: Füglistner, Stefan (Hg.), Darum werden wir Kaiseraugst verhindern. Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW, Zürich 1984, S. 11-38.
- Sarasin, Philipp, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt am Main 2003.
- Schäppi, Eugen, Der Kampf ums Kraftwerk Rheinau 1951–1954, Zürich 1978.
- Schär, Renate, 'Erziehungsanstalten unter Beschuss'. Heimkampagne und Heimkritik in der Deutschschweiz Anfang der 1970er Jahre, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2006.
- Scheffold, Bertram, Umweltökonomie. Die Entstehung einer Fachdisziplin vor dem Hintergrund von Weltuntergangsängsten, Kapitalismuskritik und Methodenkontroversen zur neoklassischen Theorie, in: Acham, Karl et al. (Hgg.), Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaft, Stuttgart 2006, S. 252-255, S. 296-299 und S. 504-538.
- Scheiben, Oskar, Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte, Zürich 1987.
- Schelbert, Heidi, Schweizerische Wirtschaftsentwicklung seit 1950, in: Pfister, Christian (Hg.), Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995, S. 201-217.
- Scherrer, Lucien, Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla: Die linksextremen Organisationen PdA, POCH und RML zwischen internationalistischer Theorie und Praxis, 1969–1981, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004.
- Scheubert, Ernst, Hermann, Bernd (Hgg.), Von der Angst zur Ausbeutung: Umwelterfahrung zwischen Mittelalter und Neuzeit, Frankfurt am Main 1994.
- Schmid, Gerhard, Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt – Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26, S. 89-105.
- Schmid-Amman, Paul, Die Natur im religiösen Denken von Leonhard Ragaz: Eine Studie, Zürich 1973.
- Schneider, Madeleine, Die Grünen in Zahlen. Analyse der Wahlergebnisse 1975 bis 2007, in: Seitz, Werner, Baer, Matthias (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 151-163.
- Schramm, Engelbert, Im Namen des Kreislaufs: Ideengeschichte der Modelle vom ökologischen Kreislauf, Frankfurt 1997.

- 
- Schroeren, Michael, z.B. Kaiseraugst. Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam, Zürich 1977.
  - Schweizerische Friedensbewegung (Hg.), Schweizerische Friedensbewegung 1949–1984, 1984.
  - Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969, Oberbötzberg 1992.
  - Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.), Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986/26.
  - Seitz, Werner und Baer, Matthias (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008.
  - Seitz, Werner, ‚Melonengrüne‘ und ‚Gurkengrüne‘. Die Geschichte der Grünen in der Schweiz, in: Seitz, Werner und Baer, Matthias (Hgg.), Die Grünen in der Schweiz: Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich/Chur 2008, S. 15-37.
  - Sieferle, Rolf Peter (Hg.), Fortschritte der Naturzerstörung, Frankfurt am Main 1988.
  - Sieferle, Rolf Peter, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
  - Sieferle, Rolf Peter, Rückblick auf die Natur: Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt, München 1997.
  - Siegenthaler, Hansjörg, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.
  - Siegenthaler, Hansjörg, Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter, in: Dahinden, Martin (Hg.), Neue soziale Bewegungen und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987, S. 251-264.
  - Siegenthaler, Hansjörg, Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit, in: Blanc, Jean-Daniel, Luchsinger, Christine (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 11-17.
  - Siemann, Wolfram (Hg.), Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003.
  - Skenderovic, Damir, Die Umweltschutzbewegung im Spannungsfeld der 50er Jahre, in: Blanc, Jean-Daniel, Luchsinger, Christine (Hgg.), Achtung die 50er Jahre, Zürich 1994, S. 119-146.
  - Skenderovic, Damir, Die schweizerische Umweltschutzbewegung in den 1950er und 1960er Jahren, Lizentiatsarbeit an der Universität Fribourg, 1992.
  - Skenderovic, Damir, Die Umweltschutzbewegung im Zeichen des Wertewandels, in: Altermatt, Urs et. al., Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik, 1965–1990, Basel 1994, S. 33-61.
  - Skenderovic, Damir, The radical right in Switzerland. Postwar Continuity and Recent Transformations. A Study of Politics, Ideology and Organizations, Fribourg 2005.
  - Solidarität, Widerspruch, Bewegung, 100 Jahre SP Schweiz, Zürich 1988.
  - Spehr, Michael, Maschinensturm: Protest und Widerstand gegen technische Neuerungen am Anfang der Industrialisierung, Münster 2000.
  - Spieler, Willy et al., Für die Freiheit des Wortes: Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus, Zürich 2009.
  - Stettler, Peter, Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931, Bern 1980.
  - Strahm, Rudolf H., Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug, Zürich 1986.



- 
- Studer, Brigitte, *Un parti sous influence: Le parti communiste suisse, une section du Komin-tern 1931 à 1939*, Lausanne 1994.
  - Svilar, Maja (Hg.), *Was ist Fortschritt?*, Bern 1979.
  - Tanner, Albert, *Arbeitsame Patrioten – wohlanständige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914*, Zürich 1995.
  - Tanner, Albert, *Das Schiffchen fliegt, die Maschine rauscht: Weber, Sticker und Unternehmer in der Ostschweiz*, Zürich 1985.
  - Tanner, Albert, *Von der Heimarbeit in die Fabrik: Geschichte der industriellen Arbeit*, in: Boilat, Valérie, Degen, Bernard et al. (Hgg.), *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*, Zürich 2006, S. 53-57.
  - Tanner, Jakob, *Die Schweiz in den 50er Jahren – Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten*, in: Blanc, Jean-Daniel, Luchsinger, Christine (Hgg.), *Achtung die 50er Jahre*, Zürich 1994, S. 19-50.
  - Tanner, Jakob, *Lebensstandard, Konsumkultur und American Way of Life seit 1945*, in: Leimgruber, Walter, Fischer, Werner (Hgg.), *Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz 1945*, Zürich 1999, S. 101-131.
  - Tempus, Peter, *Das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung*, in: Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute/SGK (Hg.), *Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939–1969*, Oberbötzberg 1992, S. 89-114.
  - Thönen, Simon, *Ökonomisches Wachstum und politische Krise der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft 1945–1975*, in: Gugerli, David (Hg.), *Allmächtige Zauberin unserer Zeit: Zur Geschichte der elektrischen Energie in der Schweiz*, Zürich 1994, S. 41-55.
  - Trepl, Ludwig, *Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 1987.
  - Tschäni, Hans, *Parteien, Programme, Parolen*, Aarau 1979.
  - Uekötter, Frank, *Hohensee, Jens (Hg.), Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Öko-Alarme, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft (HMRG), 57*, Stuttgart 2004.
  - Uekötter, Frank, *Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2007.
  - Ulrich, Dieter, *Von einer linken zu einer links-grünen Politik. Der Generationenwechsel in der SP des Kantons Solothurn von 1967 bis 1989*, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004.
  - Vogelsanger, David, *Trotzkismus in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1986.
  - von Gunten, Hansueli, Voegeli, Hans, *Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz (1912-1980)*, Bern 1980.
  - von Leitner, Gerit, *Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen? Gertrud Woker (1878–1968), Chemikerin, & Internationale Frauenliga 1915–1968*, Berlin 1998.
  - von Stokar, Thomas et al., *Marktwirtschaftliche Instrumente für einen ökologischen Strukturwandel. Übersicht über die Entwicklungstrends*, 1993, S. 3 (Herausgegeben vom Bundesamt für Kommunikation).
  - von Tschärner, Benedikt, *Fortschritt ohne Wachstum? Politische und wirtschaftliche Aspekte des Fortschritts*, in: Maja Svilar (Hg.), *Was ist Fortschritt?*, Bern 1979, S. 103-129.
  - Walter, François, *Bedrohliche und bedrohte Natur, Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800*, Zürich 1996.

- 
- Wanzek, Jörg, Komplexe Natur – Komplexe Welt. Zum Aufkommen des Umweltbewusstseins in der Schweiz in den Jahren 1968–1972, Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 1996.
  - Waser, Peter Gaudenz, in: Meyer, Rudolf W. (Hg.), Das Problem des Fortschritts – heute. Ringvorlesung, gehalten von Dozenten der Universität Zürich im Wintersemester 1967/68, Darmstadt 1969, S. 202-226.
  - Weeber, Karl-Wilhelm, Smog über Attika: Umweltverhalten im Altertum, München 1990.
  - Werder, Hans et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988.
  - Werder, Hans, Dem Fortschritt eine neue Richtung weisen, in: Werder, Hans et al. (Hgg.), Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert, Basel 1988, S. 147-155.
  - Wicki, Julien, „On ne monte pas sur les barricades pour réclamer le frigidaire pour tous“: histoire sociale et politique du parti socialiste vaudois (1945-1971), Lausanne 2007.
  - Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969, Zürich 2003.
  - Winiwarter, Verena, Knoll, Martin, Umweltgeschichte. Eine Einführung, Köln 2007.
  - Wisler, Dominique, Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution, Zürich 1996.
  - Wyss, Oliver, ‚Das schönste Rot ist grün‘. Die POCH 1971–1990 und die Rolle der Umweltbewegung, Lizentiatsarbeit an der Universität Bern, 2004.
  - Zürcher, Johannes Max, Umweltschutz als Politikum, Bern 1978.
  - Zwicky, Heinrich, Umwelt als Aktivierungsgrund: Politische Aktivierungsereignisse zu Umwelt-, Verkehrs- und Wohnfragen in der Schweiz, 1945-1989, Zürich 1993.